


LUDWIG REINERS  
BISMARCK  
GRÜNDET  
DAS REICH



C.H. BECK

**LUDWIG REINERS**

**BISMARCK GRÜNDET  
DAS REICH**

**1864-1871**



**VERLAG C.H.BECK MÜNCHEN**

*Mit 10 Abbildungen im Text, 24 Abbildungen auf 6 Tafeln*

7.-9. Tausend. 1965

Umschlag und Einband: Wolfgang Taube, München

© C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck) München 1957

Druck der C. H. Beck'schen Buchdruckerei Nördlingen. Printed in Germany

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader](#)

## VORWORT

Die Historie wird immer wieder umgeschrieben: dieses Wort Rankes ist in unseren Tagen oft zitiert worden. Aber Ranke hat hinzugefügt, man erkenne heute oft die Sache selbst nicht mehr, weil jede Zeit ihre Gedanken darauf übertrage. «Es kann dann nichts helfen als Rückkehr zu der ursprünglichen Mitteilung.» Aus solcher Empfindung heraus habe ich in diesem Werk Bismarck selbst ausgiebig zu Worte kommen lassen.

Gegen diese Art der Darstellung haben einige Kritiker eingewandt, Bismarcks Erinnerungen seien nichts weniger als eine objektive Geschichtsquelle und auch seine jeweiligen Äusserungen in Briefen, Noten und Gesprächen stäken so voll hintergründiger Tendenzen, dass man aus ihnen den Verlauf der Ereignisse nicht entnehmen könne, ja nicht einmal die wirklichen Überzeugungen und Absichten Bismarcks.

Der Einwand ist völlig treffend, aber er trifft nicht mein Buch. Er würde es treffen, wenn ich versucht hätte – wie früher von anderer Seite geschehen – Bismarcks Leben in Selbstzeugnissen wiederzugeben. Aber in meinem Buch machen diese Selbstzeugnisse – wenn man von der besonderen Sphäre seiner Liebe und Ehe absieht – noch nicht ein Zehntel des Werkes aus. Sie sollen auch keineswegs den «Gang der Handlung» schildern. Sie haben eine ganz andere Aufgabe: sie sollen vor den Augen des Lesers mosaikartig ein Bild Bismarcks aufbauen. Der Mensch kann ja sprechen, worüber er will, immer sagt er dabei am meisten über sich selbst. Nicht der nackte Inhalt, sondern der Stil des Ausdrucks und der Stil des Denkens geben hier entscheidende Aufschlüsse. Das Wort ist hier nicht Faktum, sondern Symptom. Kein gebildeter Leser wird jedes Wort Bismarcks für bare Münze nehmen, so wenig wie er das bei einer Bühnenfigur tut – etwa bei Wallenstein oder König Philipp oder gar bei Antonio im Tasso. Ganz unbewusst setzt er das «Jetzt und Hier» der einzelnen Äusserung in Zusammenhang mit

dem Ganzen und entnimmt dem Ganzen den Massstab seines Urteils.

Das Urteil über grosse Staatsmänner ist schwieriger als das Urteil über grosse Künstler. Bei dem Künstler haben wir als Grundlage das, was er gedichtet oder gesungen, gemalt oder gebaut hat. Bei den Schöpfungen des Staatsmannes wissen wir nie, wieviel wir seiner persönlichen Leistung zurechnen müssen und wieviel den Mitarbeitern, der Zeitgunst oder dem Zufall. Um seine Grösse zu beurteilen, brauchen wir seine persönlichen Äusserungen; nicht auf ihre objektive Richtigkeit kommt es uns hier an, sondern auf die Kraft des Ausdrucks, die Tiefe des Denkens, die Weite des Blicks und die Eigenart des Menschen, alles Dinge, die ein kritisches Ohr bei ihnen heraushört.

Auch habe ich, um das Gesamtbild abzurunden, gerade die giftigsten Gegner Bismarcks mit ihren gehässigsten Urteilen reichlich zu Worte kommenlassen – vielleicht sogar ausgiebiger, als ihren Anhängern lieb sein wird.

Das Bismarckbild der Gegenwart ist völlig verkrustet. Die Nationalisten sehen in ihm einen Schutzheiligen, aber sie haben nicht den bescheidensten Anspruch auf den Mann, der noch nach Königgrätz von dem «nationalen Schwindel» sprach. Manche europäisch Gesinnten verabscheuen in Bismarck einen blutigen Gewaltmenschen – etwa zwischen Attila und Hitler –, aber es hat kaum je einen Staatsmann gegeben, der so sehr der Mann des Masses war wie er, der sofort nach der Gründung des Reiches seinem Monarchen erklärte, diese Gründung sei das äusserste, was Europa von den Deutschen hinnehmen werde; man müsse daher künftig auch auf unbegründete Empfindlichkeiten der andern Rücksicht nehmen. Und diese Rücksicht hat er genommen – so sehr, dass ihn das Ausland schon zu seinen Lebzeiten den «Minister von Europa» genannt hat. Der «Reichsgrobschmied» ist in Wahrheit bei all seinen politischen Massnahmen mit der Behutsamkeit eines Uhrmachers vorgegangen. Der berühmte «Machtpolitiker» hat das deutsche Reich viel bescheidener erbaut, als seine liberalen Gegenspieler wünschten, die auch seine beiden verhängnisvollsten Fehler – die Annexion Elsass-

Lothringens und den Kulturkampf – mit anfeuerndem Beifall begrüßten. Nach seinem Aufbau hat er – wie das Ausland staunend anerkannte – stets nur eine Sicherheits- und niemals eine Machtpolitik betrieben. Der Mann der Kürassierstiefel hat die schönste deutsche Prosa seines Jahrhunderts geschrieben und bei jeder Gelegenheit einen so einfallsreichen, ursprünglichen Humor an den Tag gelegt, wie wir ihn bei seinen Gegnern vergeblich zu finden wünschen. Der «Mann von Blut und Eisen» hat bei aller Härte, die sein Beruf und seine Lebensaufgabe von ihm verlangten, bei aller Menschenverachtung, die die Erfahrung in ihm grosszog, bei allem Jähzorn, mit dem die Natur sein vulkanisches Wesen ausgestattet hatte, in seinem Innern eine Zartheit des Empfindens bewahrt, wie sie uns überhaupt kaum für einen anderen Staatsmann bezeugt ist.

Nicht das ist die Eigenart Bismarcks, dass er Gewalt oft angedroht und bisweilen angewandt hat – denn *das* hat er mit allen erfolgreichen Staatsmännern der Weltgeschichte gemeinsam – nein, das Eigentümliche an ihm ist, dass er die Einigung Deutschlands (alle Staatseinigungen sind durch Kriege erfolgt) ohne Kampf zustande bringen wollte – und fast wäre es ihm gelungen – und dass er nachher ein unendliches Mass von Geschicklichkeit und Mässigung aufgeboten hat, um Kriege zu verhindern – nicht nur Kriege mit Deutschland, sondern auch Kriege zwischen seinen Nachbarn. Und nach jedem Kampf bot er die Hand zu einer freigiebigen Versöhnung: den Dänen wie den Österreichern, den Franzosen wie dem Papst, den Liberalen wie den Ultramontanen; selbst gegenüber so verhärteten Naturen wie Twesten oder Beust hat er das versucht, und viele seiner Gegner, von Thiers bis Joseph Chamberlain, haben es ihm gedankt. Zwei seiner klügsten Gegenspieler, Salisbury und Windthorst, haben seinen Rücktritt ehrlich und bitter beklagt. Der angebliche Gewaltmensch war in Wahrheit ein Mann von fast ängstlicher Vorsicht und peinlichster «Andacht zum Kleinen», der seine Noten dreimal durchfeilte und umschrieb – und bei jeder Aufgabe es zunächst mit den mildesten Mitteln versuchte: ein Blick in diese Werkstatt, gleichsam auf den Sekundenzeiger der Weltgeschichte, ist politisch lehrreicher als die Erörterungen grossartiger «ausserpolitischer Konzeptionen».

Wir haben von diesem Mann in unseren Tagen in wissenschaftlichen Büchern lesen müssen, dass er ein Mann ohne Gerechtigkeit gewesen sei, selbst in den Intrigen ein blosser Dilettant, ein Mann, der nie gelernt habe, sich zusammenzunehmen, und dessen Verhandlungsart man angemerkt habe, dass sie von dem Stettiner Wollmarkt stammte. Aber diese Schiessbudenfigur blinder Fanatiker ist ebenso unwirklich wie der Denkmalspopanz der Alldeutschen. Beide Entstellungen haben einen fressenden Schaden in Deutschland und im Ausland angerichtet.

In Amerika sind so umkämpfte Gestalten wie Washington oder Lincoln gemeinsamer Besitz aller geworden. Sollte es nicht zu der Aufgabe deutscher Geschichtsschreibung gehören, das Bild des wirklichen Bismarck im deutschen Volk zu verbreiten, das Bild, an dem – jeder in seiner Art, aber doch in vielen Grundzügen übereinstimmend – so bedeutende Historiker wie Erich Marcks und Hermann Oncken, Gerhard Ritter und Hans Rothfels, Ludwig Dehio und Otto Becker, Wilhelm Mommsen und Otto Vossler, Leonhard von Muralt und viele andere sorgfältig und ausgiebig gearbeitet haben? Fleckenlos freilich vermag und braucht dieses Bild nicht zu sein; völlig einwandfrei ist nur die runde Null.

München, Sommer 1957

Ludwig Reiners

## INHALT

### *Der Kampf um Schleswig-Holstein*

Der dänische Rechtsbruch.....	3
Bismarcks grosses Spiel.....	14
Bismarck-Krise.....	26
Bismarck gewinnt die erste Runde.....	33
Der Kampf mit den Dänen.....	41
Friedenskonferenz.....	46
Sieg.....	56

### *Der Kampf um die Einigung Deutschlands*

Was soll aus Schleswig-Holstein werden?.....	71
Der Vertrag von Gastein.....	88
Biarritz.....	96
Neuer Streit um Schleswig-Holstein.....	103
Neue Bismarck-Krise.....	109
Das Bündnis mit Italien.....	123
Bismarck beantragt Bundesreform.....	132
Österreich macht mobil.....	145
Bismarcks letzter Vermittlungs vor schlag.....	156
Der Krieg und die anderen deutschen Staaten.....	161
Der Krieg bricht aus.....	169
Der Feldzug gegen Österreich.....	180
Der Kampf gegen die Bundesarmee.....	188
Intermezzo: Constantin Frantz.....	198

### *Versöhnungspolitik*

Versöhnungsfriede mit Österreich.....	211
Die drei «Gastwirtsrechnungen» Napoleons.....	232
Bündnisse mit den Süddeutschen.....	240
Die Kriegsschuldfrage von 1866.....	245



Krankheit und Genesung .....	254
Der Friede mit den Liberalen.....	264
Die Versöhnung der neuen Gebiete .....	287
Der Norddeutsche Bund .....	308
Der Krieg um Luxemburg findet nicht statt.....	326
Das Gitter am Main .....	337

### *Frankreichs Kampf gegen Deutschlands Einigung*

Napoleons Einkreisungs-Pläne .....	357
Die spanische Thronkandidatur .....	374
Frankreich erklärt den Krieg.....	396
Im Krieg gegen Frankreich .....	421
Das Problem Elsass-Lothringen .....	433
Der Kampf gegen die Militärs .....	440
Der magische Kreis .....	455
Die Gründung des Reiches .....	468
Waffenstillstand .....	488
Frieden .....	501
Bismarck und die politische Moral.....	510
Zeittafel .....	529
Literaturverzeichnis.....	530
Quellen-Nachweis .....	543
Personenverzeichnis .....	551
Verzeichnis der Abbildungen .....	561

*Die Menschen leben in dem Wahne, dass ein jeder, der etwas leistet, dadurch ihr Schuldner wird und noch weit hinter dem zurückbleibt, was sie eigentlich wollten und wünschten, ob sie gleich kurz vorher, ehe die grosse Arbeit vollendet war, noch gar keinen Begriff hatten, dass so etwas vorhanden oder nur möglich sein könnte.*

*Goethe*

*Bismarck war, gemessen am Deutschland seiner Tage, gewiss kein reaktionärer Politiker, noch war er jener sardonische und satanische Zyniker, zu dem ihn die Legende gemacht hat. Er war vielmehr ein europäischer Politiker mit dem Gefühl der Verantwortung für den europäischen Frieden, und sein alter biblischer Herrgott war, wenn man auf die Praxis sieht, in seinem Herzen und in seinen Taten weit lebendiger und wirksamer als die Gottheiten oder metaphysischen Abstraktionen vieler Leute, die sich als modern bezeichnen.*

*Karl Vossler an Benedetto Croce*

*. . . ein Mann, der sehr klug, sehr gebildet, sehr nüchtern war und in aller Kühnheit der Phantasie und Verwegenheit der Mittel sich unter dem Gesetz des Masses wusste.*

*Theodor Heuss*

**DER KAMPF  
UM SCHLESWIG-HOLSTEIN**

*Die grossen Krisen bilden das Wetter,  
welches Preussens Wachstum fördert.*

*Bismarck*

## DER DÄNISCHE RECHTSBRUCH

*Schleswig Holstein, meerumschlungen . . .*

*Mathias Chemnitz:*

*Das Lied von Schleswig-Holstein (1844)*

### I

Der englische Premierminister Palmerston hat einmal ärgerlich gesagt: «Die schleswig-holsteinische Frage haben nur drei Menschen verstanden: der Prinzgemahl Albert, aber der ist gestorben; ein deutscher Gelehrter, aber der ist darüber verrückt geworden, und ich selbst, aber ich habe die Sache leider vergessen.»

Am Ende des Mittelalters hatten die meerumschlungenen Herzogtümer Schleswig und Holstein den König von Dänemark – einen Mann aus deutschem Fürstengeschlecht – zum Herrscher gewählt. Sie legten aber fest: die beiden Herzogtümer werden nicht Bestandteile Dänemarks; nur durch den gemeinsamen Herrscher – also in Personal-Union – sollen sie mit ihm verbunden sein. Holstein blieb sogar Bundesland des Deutschen Bundes. Die Bewohner beider Herzogtümer sprachen deutsch; nur im Norden Schlesiens sprach man dänisch.

Viele Generationen hausten ohne Streit beisammen. Aber das 19. Jahrhundert brachte gefährliche Spaltpilze in das friedliche Zusammenleben. In Kopenhagen kam ein demokratisches Parlament ans Ruder; die Volksboten mussten den Wünschen ihrer Wähler genügen und wollten daher wenigstens Schleswig Dänemark einverleiben. Toleranz ist keine Eigenschaft der Massen. Mit der Demokratie erwachte ihr Zwillingsbruder, der Nationalismus: dass man verschiedene Sprachen sprach, bedeutete plötzlich eine Kluft.

Und zu allem Unglück stellte sich heraus: der König Frederik VII. von Dänemark hatte keine männlichen Erben. Nun galt zwar in Däne-

mark die weibliche Erbfolge, aber sie galt nicht in Schleswig und in Holstein. Wenn der König starb, so folgte ihm in Dänemark seine Tante Charlotte und ihre Nachkommen. Aber in Schleswig und Holstein war dann die Erbfolge umstritten. Sie hing z. T. davon ab, ob man bei der Auslegung mittelalterlicher Urkunden ein fehlendes Komma so oder so ergänzte. Den stärksten Anspruch besass eine Nebenlinie des Königshauses, die Augustenburger.

König Frederik grübelte nicht über fehlende Kommas. Er hatte keine Lust, zwei Fünftel der Länder seiner Dynastie einzubüßen. Seine Lage war ohnehin schwierig genug. Eine Falstaff-Figur mit aufgedunsener Gestalt und plumpen Manieren, in den Matrosenschenken dank derber Spässe bewundert, in der Gesellschaft verachtet, zweimal verheiratet, zweimal wegen seiner Rohheit geschieden, war er in die Netze einer liederlichen Putzmacherin gefallen, hatte sie zur Gräfin erhoben und sich mit ihr zur linken Hand vermählt. Seine erschütterte Existenz benötigte Stützen. Er fand sie, indem er sich dem Parlament in die Arme warf. Im Sturmjahr 1848 löste Kopenhagen die Erbfrage auf dem einfachsten Wege: das Parlament erklärte Schleswig zu einem Bestandteil Dänemarks. Mit Holstein, das dem deutschen Bund angehörte, konnte es diesen Gewaltakt nicht wagen.

Aber gegen diesen Rechtsbruch erhob sich ganz Schleswig-Holstein. Selbst die dänischsprechenden Schleswiger wollten lieber auch weiterhin von eigenen Beamten regiert werden. Preussische Truppen kamen zu Hilfe, und die Dänen wurden vertrieben.

Mit Entrüstung blickte England auf diesen Vorgang. Nicht als ob es die Vergewaltigung der Herzogtümer missbilligt hätte, nein, diese Frage berührte die Engländer nicht. Es berührte sie auch nicht, ob in Schleswig-Holstein männliche oder weibliche Erbfolge galt. Sie sahen das Problem unter einem anderen Gesichtspunkt: die Herzogtümer hielten den Schlüssel zur Ostsee. In dänischen Händen war dieser Schlüssel gut aufgehoben, denn Dänemark war machtlos, und wenn man den Schlüssel brauchte, konnte man ihn holen. Zu Napoleons Zeiten hatte England

zweimal im tiefsten Frieden Kopenhagen bombardiert und seine Flotte entführt. Wie aber, wenn Schleswig und Holstein Teile eines einigen Deutschen Reiches wurden? Sollte man etwa dulden, dass Deutschland sich in dem Kieler Hafen die Grundlage einer Seemacht schuf? Eine solche Dreistigkeit versties in den Augen der Briten gegen menschliches und göttliches Recht! Und glücklicherweise war Russland der gleichen Meinung. Auch ihm war als «Portier der Ostsee» das schwache Dänemark sympathischer als ein starkes Deutschland. Somit war die «Unversehrtheit Dänemarks» ein unbestrittenes europäisches Interesse. Russland und hinter ihm die anderen Grossmächte zwangen 1848 den Preussenkönig, die Herzogtümer zu räumen. «Die preussischen Hunde bellen, aber sie beißen nicht», triumphierten die Dänen. Ihre Zeitungen rühmten sich, wenn vier Preussen gegen einen Dänen stünden, so sei die Übermacht auf dänischer Seite.

Nach langem Tauziehen regelten die 5 Grossmächte die Frage nach ihren Wünschen. In dem Londoner Protokoll von 1852 bestimmten sie: die weibliche Thronfolge gilt auch für die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Ein angeheirateter Neffe, Prinz Christian, erbt den Thron; den «Protokollprinzen» nannten ihn die Schleswig-Holsteiner verächtlich. Aber die beiden deutschen Grossmächte – in Österreich war damals Schwarzenberg am Ruder, und der liess mit sich nicht so umspringen wie Friedrich Wilhelm IV. – schlossen vorher einen Zusatzvertrag: Dänemark verpflichtete sich, Schleswig nicht einzuverleiben, auch «nichts Dahinzielendes zu unternehmen», vielmehr die Rechte der beiden Herzogtümer künftig zu achten und sie auch nicht zu trennen. Sie setzten auch durch: Dänemark musste sich vorher mit dem Herzog von Augustenburg über eine Abfindung einigen. Diesen Vertrag vermittelte der damalige preussische Bundestagsgesandte Bismarck. Freilich bestand hier eine Schwierigkeit: die Dänen erklärten, der Herzog könne nicht auf irgendwelche Thronrechte verzichten, da er keine habe. So wählte man eine andere Form: Dänemark zahlte dem Herzog für seine beschlagnahmten schleswig-holsteinischen Güter  $2\frac{1}{4}$  Millionen Taler, und der

Herzog verpflichtete sich für sich und seine Familie, hinsichtlich der Erbfolge den dänischen Beschlüssen in keiner Weise entgegenzutreten. Der Vertrag schloss mit den Worten: «Wir geloben und versprechen demnach hiermit für Uns, Unsere Erben und Nachkommen in bündigster Weise, dass Wir Unserer Seits alles dasjenige, was in obiger Vereinbarung verabredet und festgesetzt worden ist, getreulich erfüllen und nie gestatten wollen, dass von den Unserigen auf einige Weise dawider gehandelt oder etwas vorgenommen werde.» Der Vertrag enthielt auch Bestimmungen über Fideikommissgüter, also Güter mit bestimmten familiären Bindungen; für diese Festlegungen war auch die Zustimmung des Sohnes des Augustenburgers, des Erbprinzen Friedrich, erforderlich. Friedrich stimmte ihnen zu.

Das Londoner Vertragswerk war voller mühsam verkleisterter Risse. Waren die Grossmächte überhaupt berechtigt, über die Herzogtümer Entscheidungen zu treffen, ohne deren Stände zu befragen? Und wie sollte in der dänischen Gesamtmonarchie Frieden herrschen, wenn das Parlament weiterhin die allmähliche Danisierung Schlesiens betrieb und nur durch einen papiernen Vertrag daran gehindert war? Und warum hatte man nicht lieber den Augustenburger und seine erwachsenen Söhne klar auf ein «etwa behauptetes» Erbrecht verzichten lassen, wozu man sie sicherlich hätte bringen können? Die Sucht der Grossmächte, einen unnatürlichen Zustand schnell nach ihren eigenen Interessen notdürftig auszubessern, hatte einen windschiefen Bau errichtet, der zu Streitigkeiten führen musste.

Diese Streitigkeiten liessen nicht auf sich warten. Dänemark fuhr fort, Schleswig zu danisieren oder, wie sich ein demokratischer Minister Kopenhagens ausdrückte, «den Schleswigern mit blutigen Striemen auf den Rücken zu schreiben, dass sie Dänen seien.» Ein Schwarm von dänischen Amtsträgern legte sich über Schleswig – von den 571 Beamtenstellen besetzte Kopenhagen 541 mit geborenen Dänen. Den Herzogtümern wurde die finanzielle Last des gegen sie geführten Krieges aufgebürdet. Deutschland war empört. Wenn auf den Sänger-, Schützen- und Keglerfesten die umflorten Fahnen des verlassenen Bruderstammes

emporgezogen wurden, da flammten die Augen, da ballten sich die Fäuste und ungestümer pochte auch das kälteste Herz. Feierlich erklärte der Nationalverein, das deutsche Volk werde einen Krieg für das Recht Schleswig-Holsteins nicht scheuen. Der deutsche Bundestag protestierte, und Dänemark legte den Protest zu den Akten.

Bismarck – damals noch Bundestagsgesandter – sah die Frage anders an als seine Landsleute. Für ihn hatten die Pläne, einen 37. Bundesstaat in Schleswig-Holstein zu errichten, wenig Verlockendes. Er wusste: ohne Krieg gab das dänische Parlament die Herzogtümer nicht frei. Wenn aber Preussen für die Befreiung der Schleswig-Holsteiner einen Krieg führen musste, so schien es ihm klüger, Schleswig und Holstein gleich Preussen anzugliedern. Denn der neue 37. Bundesstaat war für Preussen bedenklich: bei dem bevorstehenden Kampf um die deutsche Einheit würde er in dem benachbarten Preussen eine Gefahr erblicken und mit Österreich gehen. Sollte Preussen das Blut seiner Söhne einsetzen, um einen ständigen Feind im Rücken zu haben? Man musste abwarten, bis sich in Europa eine Gelegenheit ergab, bei der Preussen Schleswig-Holstein für sich selbst gewinnen konnte. So schrieb Bismarck damals, man solle die Sache älter werden lassen; es sei garnicht die Aufgabe Preussens, dafür zu sorgen, dass die Schleswig-Holsteiner unter ihrem dänischen Herzog glücklich würden; sie würden dadurch nur das Interesse an Preussen verlieren, das später einmal wichtig werden könne.

## II

Aber zunächst verschob sich die Lage weiter zugunsten Dänemarks. Der englische Thronfolger heiratete eine dänische Prinzessin, und der polnische Aufstand von 1863 beschäftigte die Grossmächte. Die Dänen nutzten sogleich die Lage: sie brachen die Verträge von 1852 in Stücke und schlossen durch das «Märzpatent» Schleswig enger an Dänemark an. Was tun? Zu so ungünstiger Stunde wollte Bismarck – inzwischen



preussischer Ministerpräsident – den Fehdehandschuh nicht aufnehmen. Sein einziger Freund, Russland, war durch den Polenaufstand lahmgelegt. Preussen stand eben wegen dieses Aufstands im Gegensatz zu Frankreich und England. Es haderte wegen der habsburgischen Bundesreformpläne mit Österreich. Preussen musste abwarten.

Auch der preussische Landtag kannte die Weltlage. Aber er konnte auf sie keine Rücksicht nehmen. Er sah hier eine Möglichkeit, das verhasste Ministerium Bismarck erneut anzugreifen. Der fortschrittliche Abgeordnete Twesten vergass sich in seinem Hass so weit, rundum zu erklären, infolge seiner zerrütteten inneren Verhältnisse könne Preussen keinen Krieg führen; dies sei auch der Grund für den dänischen Übermut. Der Regierung Bismarck werde man die Mittel zur Kriegführung nicht bewilligen. Bismarck glich diese Aufforderung zu einem Angriff auf Preussen sofort aus, indem er gelassen antwortete: «Ich kann Ihnen versichern und dem Ausland versichern: wenn wir es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheissen». Die Wahrung des deutschen Rechtes betrachte Preussen als Ehrenpflicht: es werde die Frage gemeinsam mit den anderen deutschen Staaten prüfen.

Der Bundestag forderte Dänemark auf, das Märzpatent zu widerrufen; es verletze verbrieft Rechte des Bundeslandes Holstein. Er drohte mit einer Bundesexekution. Aber Kopenhagen fand Rückhalt in London. Premierminister Palmerston bemerkte lächelnd, die Aufforderung des deutschen Bundestags komme ihm vor, wie wenn die Dienerschaft des Herzogs von Devonshire über das Eigentum eines Landedelmanns verfügen wolle.

Lord Henry John Palmerston war ein ganz anderer Mensch, als die fortschrittlichen Verehrer Englands sich einen liberalen englischen Premier vorstellen. Er besass ein unerschütterliches Selbstvertrauen, das Andersdenkende bestenfalls mit gutmütigem Mitleid behandelte. Die Leichtigkeit seines Auftretens und die humorvolle Art, wie er den Lauf der Welt beurteilte, hatten ihm die Verehrung seiner Landsleute verschafft, obwohl er England wiederholt in gefährliche Sackgassen gebracht hatte.

Wenn es sich um wichtige Interessen Englands handelte, so waren andere Gesichtspunkte – insbesondere solche rechtlicher Natur – für ihn nicht auf der Welt; er wäre garnicht auf den Einfall gekommen, dass sie eine Rolle spielen könnten. Er hatte vor fast 60 Jahren das Bombardement Kopenhagens verteidigt, da es zum Schutze Englands gegen Napoleon notwendig gewesen sei, und er hielt die vertraglichen Ansprüche der Schleswig-Holsteiner für dummes Zeug, da die Unversehrtheit Dänemarks doch offensichtlich im britischen Interesse lag. Wie konnte ein vernünftiger Mensch nur daran denken, den Deutschen die Grundlage einer Seemacht zur Verfügung zu stellen? Er war kriegerisch aus Überzeugung und aus Temperament. Er pflegte zu sagen: «Meine auswärtige Politik ist sehr einfach: ich halte jeden Ausländer für einen Feigling und stosse ihn vor den Kopf.» Seine naive Kraft und seine Volkstümlichkeit wurzelten in seiner reckenhaften Konstitution. Seinen achtzigsten Geburtstag feierte er durch einen Inspektionsritt zu den Küstenforts, bei dem er von ½ 9 Uhr bis 6 Uhr unterwegs war. Den Achtzigjährigen beobachtete ein Besucher, wie er in seinem Garten heimlich über einen Zaun hin- und zurückkletterte, nur um seine Kraft zu erproben. Er schlief auch in den sorgenvollsten Zeiten seine acht Stunden und ass mit dem besten Appetit. Ein Diner des Einundachtzigjährigen wird von einem Augenzeugen so beschrieben: «Er ass erst zwei Teller Schildkrötensuppe, dann wurde ihm eine sehr reichliche Platte Kabeljau mit Austernsauce gebracht, hierauf nahm er eine Pastete, sodann wurden ihm zwei sehr fett aussehende Entrees serviert, nunmehr liess er eine Platte von gebratenem Hammel kommen, weiter erschien vor ihm das grösste und für mein Gefühl härteste Stück Schinken, das je auf der Tafel eines Edelmannes figurierte; kaum war es verschwunden, so hatte er grade noch Zeit, die Frage seines Butlers zu beantworten: ‚Schnepfе, Mylord, oder Fasan?‘ Er erwiderte sofort: ‚Fasan‘ und vollendete so seinen neunten Gang.»

Palmerston verfuhr, wie er es gewohnt war. Er erklärte, wer mit Dänemark anbinde, werde merken, dass es nicht allein stehe. Was sollte er auch befürchten? Der Deutsche Bund war handlungsunfähig; die Dänen

pflegten ironisch auf ihn als ihren besten Freund anzustossen. Derjenige Bundesstaat, der bei einem Krieg geographisch zur «Exekution» berufen war, Hannover, klagte im Voraus, seine Truppen würden von den Dänen in die Pfanne gehauen werden und seine Küsten lägen den dänischen Angriffen offen. In Preussen regierte – wie sich die Times ausdrückte – der «verrückte Minister», ein Mann, von dem der Bruder des Prinzgemahls Albert, Herzog Ernst von Koburg, gesagt hatte, er sei das unzuverlässigste Subjekt, das je einen Ministersessel eingenommen habe. Und das ganze Preussen war ja – wie aus den Verhandlungen des Landtags ersichtlich – völlig morsch. Beruhigt schrieb die Times: «Bei dem gegenwärtigen Zustand der preussischen Armee würde die erste ernste Begegnung mit der französischen Armee nicht weniger verhängnisvoll für die Preussen sein wie die Schlacht von Jena. Die Franzosen würden ohne Schwierigkeit über sie hinweg nach Berlin marschieren.» Palmerston war entschlossen, notfalls den Degen Frankreichs zu ziehen und Ordnung zu schaffen.

Mit Vergnügen hörte Kopenhagen die Zusicherung Palmerstons. Die Dänen gingen einen Schritt weiter. Sie kündigten eine neue «Gesamtstaats-Verfassung» an; Schleswig wurde völlig in Dänemark einverleibt.

Bismarck war diese Verschärfung bei der gegebenen internationalen Lage unerwünscht. Er liess durch einen Studienfreund, einen Schwager des dänischen Thronfolgers, dem Dänenkönig sagen: wenn Dänemark die Lage der Deutschen in Schleswig-Holstein erleichtert und auf die «Gesamtstaatsverfassung» verzichtet, werde ich die Bundes-Exekution zu verhindern suchen. England war von Bismarcks Mässigung sehr befriedigt; «most correct» fand ihn der englische Gesandte. Schwerlich hätte man ihm in den folgenden Monaten soviel Vertrauen geschenkt, hätte er nicht damals Dänemark goldene Brücken gebaut. König Frederik fiel dem Vermittler um den Hals und nannte ihn seinen Retter. Aber er konnte sich gegenüber seinem Parlament nicht durchsetzen. An der Halsstarrigkeit der Kopenhagener Volksboten scheiterte die friedliche

Lösung: der dänische Reichstag nahm die «Gesamtstaatsverfassung» an. Selbst der dänenfreundliche englische Gesandte bezeichnete sie als eine Kriegserklärung an Deutschland. Aber in diesem Augenblick starb König Frederik VII., noch ehe er die Verfassung unterzeichnet hatte. Zu dem Streit um die «Gesamtstaatsverfassung» kam jetzt noch der Streit um die Erbfolge. Das Krisenwetter war da!

### III

Der «Protokollprinz» Christian von Glücksburg bestieg den dänischen Thron – mit den Worten: «Jetzt sind die Tage meines Glücks vorbei.» Er war deutscher Abstammung und daher wenig beliebt. Bismarck drahtete sofort bei der Thronbesteigung Christians, England möge ihn telegraphisch von der Unterzeichnung abhalten. Wollte er den Konflikt vermeiden? Oder wollte er London nur zeigen, wie friedensfreundlich er war? Alle europäischen Grossmächte warnten Christian, die Gesamtstaatsverfassung zu unterzeichnen.

König Christian wollte nicht unterschreiben. Aber er fand für seinen Standpunkt kein Ministerium, geschweige denn eine Parlamentsmehrheit. Im Gegenteil: man sagte ihm mit dünnen Worten, wenn er nicht unterschreibe, werde man ihn zugunsten des Schwedenkönigs vom Thron stossen. Der Pöbel tobte vor dem Schlosse, und der Ministerpräsident erklärte, er könne für das Leben des Königs und das seiner Familie keine Gewähr übernehmen. Der dänische Oberbefehlshaber de Meza antwortete freilich, mit ein paar braven holsteinischen Bataillonen könne er das Gesindel in alle Winde jagen. Indes, Christian war nicht hart genug, der Vernunft und dem Recht zu folgen und schiessen zu lassen. Er unterschrieb die neue Verfassung.

Aber an dem gleichen Tag, an dem Christian König von Dänemark und Herzog von Schleswig und Holstein wurde, an dem gleichen Tag erklärte noch ein anderer, dass er Herzog von Schleswig-Holstein ge-

worden sei: der Erbprinz Friedrich von Augustenburg. Sein Vater habe ihm seine Rechte abgetreten. Nun hatte dieser Vater aber gegen 2¼ Millionen Taler für sich und für seine Familie gelobt, nichts gegen die Thronfolge Christians zu tun. Zweifellos konnte er nichts Stärkeres gegen Christian tun, als seine – nicht mehr vorhandenen – Rechte seinem Sohne abtreten! Unstreitig war der alte Herzog zu dieser Abtretung nicht berechtigt; sie war daher nichtig. Der Erbprinz hatte auch bei Abschluss des ihm genau bekannten Vertrages gegen die Verpflichtung seines Vaters keinen Einspruch erhoben – sonst wäre der Vertrag schwerlich zustande gekommen. Erst 7 Jahre später, als die Millionen ausgezahlt waren, hatte Friedrich eine «RechtsVerwahrung» eingelegt. Niemand hatte sie beachtet; denn Friedrich konnte ja Ansprüche nur von seinem Vater ableiten, und sein Vater besass keine mehr. Entweder hatte der alte Herzog das Verzicht-Gelöbnis, das er auch für seine Nachkommen «in bündigster Weise» gegeben hatte, ohne Einverständnis mit seinen Söhnen gegeben: dann war er ein Betrüger. Oder er hatte es im Einverständnis mit ihnen gegeben: dann war Friedrich ein Betrüger. Aber die Anhänger des Augustenburgers fanden einen Ausweg: der alte Herzog sei nicht berechtigt gewesen, ohne Zustimmung seiner volljährigen Söhne jene Erklärung abzugeben; nur sich selbst habe er damit gebunden. Der Sohn sei erbberechtigt «aus eigenem Recht».

Welch windige Argumentation! Aber diese Rechtsfragen konnte der Augustenburger beiseiteschieben. Er verfügte über einen ungeheuren Trumpf: wenn er Herzog wurde, kamen die Schleswig-Holsteiner von Dänemark los. Seine Ratgeber fanden für diesen Gedanken eine schlagende Formulierung: «Mein Recht ist Eure Rettung.» Die hochaufschäumende Brandung nationaler Begeisterung überspülte alle Jurisprudenz: als ein Vorkämpfer des Augustenburgers die 23 deutschen Juristenfakultäten befragte, erklärten 16: Friedrich ist erbberechtigt.

Friedrich leistete sogleich einen Schwur auf die schleswig-holsteinische Verfassung von 1848, die freiheitlichste Verfassung, die in irgend einem deutschen Lande galt. Der Prinz – von seinem Erbrecht völlig

durchdrungen – war ein wohlmeinender Mensch von bescheidenen Geistesgaben. In den Herzogtümern war er wenig bekannt; die Schleswig-Holsteiner stellten auch bald fest, dass – wie sie sagten – der rechtmässige Herzog ein recht mässiger Herzog sei. Statt Friedrich VIII. nannte man ihn Friedrich den Sachten. Aber das alles wog nichts gegenüber einer Tatsache: der Augustenburger befreite sie von den Dänen.

## BISMARCKS GROSSES SPIEL

*Wer Bismarcks Kampf um diese Zeit in seinen Notizen und Immediatberichten, in seinen Gesprächen und Briefen, in den Depeschen der fremden Diplomaten, der Verhandlungen der Parlamente, den Auseinandersetzungen der Presse verfolgt, muss immer wieder staunen über seine geniale Meisterschaft: seine fast märchenhafte Gewandtheit, den unbegrenzten Reichtum seiner geistigen und dialektischen Hilfsmittel, seine unermüdliche Tätigkeit, seinen unerschütterlichen Mut und die Unbeirrbarkeit, mit der er sein Ziel nie aus den Augen verliert, Erich Eyck*

### I

Ganz Deutschland jubelte Friedrich von Augustenburg zu. Aber zwischen ihm und dem Thron lagen die Schwerter der europäischen Grossmächte. England war gegen ihn, denn Schleswig-Holstein sollte dänisch bleiben. Der Zar verabscheute ihn, denn wenn das Land wirklich nicht dänisch bleiben sollte, so beanspruchte er selbst Erbrechte, die er feierlich einem Verwandten, dem Grossherzog von Oldenburg, abtrat. Österreich hatte grundsätzliche und begreifliche Bedenken gegen jedes Selbstbestimmungsrecht der Völker; wenn sich dieser Gedanke herum sprach, so bedeutete er den Untergang der habsburgischen Monarchie. Obendrein war der Augustenburger in den Augen Wiens ein roter Demokrat; als er sich nach Holstein begab, schlug Österreich vor, ihn zu verhaften. Frankreich wollte den dänisch sprechenden Norden Schlesiens bei Dänemark belassen; das übrige Gebiet hätte Napoleon gern in preussischen Händen gesehen, vorausgesetzt, dass er hierfür eine Entschädigung am Rhein erhielt.

Für den Augustenburger waren die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Sie hätten gern einen 37. Bundesstaat geschaffen; auch war es ihnen willkommen, auf so billige Art ihren deutschen Patriotismus an den Tag zu legen. Freilich wollten auch sie nicht das Blut ihrer Söhne, sondern nur das Feuer ihrer Redner für Schleswig-Holstein einsetzen – mit Recht, denn ihre Truppen fielen gegenüber den Grossmächten ohnehin nicht ins Gewicht.

Bismarck sah die Lage anders. Wenn er an diese plattdeutsch sprechenden Bauern und Fischer dachte, empfand er ein Gefühl enger Zusammengehörigkeit. «Dat Land und di Lüüt mööt wi hebben», sagte er zu Johanna; er hatte «das Gefühl eines Römers, der Sabinerinnen raubt». Aber dieser Wunsch – dass das Land preussisch werden solle – war natürlich noch schwerer zu verwirklichen als die Herrschaft des Augustenburger. Ein preussisches Schleswig-Holstein mit Kiel als preussischem Hafen: der Einfall schien den Engländern absurd. Auch Russland wünschte Preussen nicht als Portier der Ostsee. Österreich vollends wäre sofort bereit gewesen, gegen diesen Plan das Schwert zu ziehen und mit ihm die deutschen Mittelstaaten – fünfzig Millionen gegen sechzehn. Frankreich schliesslich verlangte einen Preis, den Preussen nicht zahlen konnte.

Aber nicht genug damit: gegen diesen Angliederungsplan war auch das gesamte deutsche Volk, an seiner Spitze der preussische Landtag. Denn in Preussen herrschte ja ein reaktionärer Minister, und der Augustenburger war ein freiheitlich gesinnter Mann. Dass Friedrich der Sachte weder ein Recht besass noch die Fähigkeit, Schleswig-Holstein gegen den Widerstand Europas von Dänemark loszulösen, während jener Bismarck der einzige Mensch in Deutschland war, der dies ungeheuer schwierige Spiel spielen konnte, dass der Anschluss an Preussen für das deutsche Volk und die Schleswig-Holsteiner segensreicher war als der 37. Bundesstaat: das erkannte niemand – während es wenige Jahre später allen selbstverständlich erschien. Ja, selbst der Mann, der Bismarcks einzige Stütze war – und obendrein bei einer Angliederung an Preussen der Haupt-Nutziesser – selbst König Wilhelm verabscheute



diesen Gedanken. Als Bismarck in einer Staatsratssitzung eine Angliederung der Herzogtümer an Preussen andeutete, hob der Kronprinz beschwörend die Hände zum Himmel, die Kollegen schwiegen, und der König liess die Bemerkung nicht in das Protokoll aufnehmen; er nahm an, Bismarck habe zu stark gefrühstückt. Er verbat sich auch, dass Bismarck derartige Bemerkungen ausserhalb des Sitzungssaals mache. In dieser Frage stand Bismarck allein gegen Europa.

Bismarck wäre kein Staatsmann gewesen, wenn er sich einen eingeleigten Plan gemacht hätte. Wie immer sah er eine Welt von Möglichkeiten: man konnte sich zunächst damit begnügen, die reine Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogtümern wiederherzustellen und sich für die Freiheit der deutschen Einwohner Garantien geben lassen. Man konnte auch den Augustenburger einsetzen, sofern er für die preussischen Interessen Sicherheit bot. Man konnte das Gebiet teilen. Man konnte das Ganze selbst erwerben. Und dazwischen lag eine Fülle von Varianten. Man musste abwarten, wieviel sich verwirklichen liess, ohne in einen Krieg mit den Grossmächten zu geraten. Denn hier lag das wirkliche Problem! 1848 hatte Preussen im Kampf für Schleswig-Holstein gegen Russland, England, Frankreich und Österreich gestanden und war bis in den Staub gedemütigt worden: es hatte helfen müssen, die Schleswig-Holsteiner unter das dänische Joch zurückzuführen.

Nicht zum zweiten Mal durfte Preussen diesen Fehler begehen. Es durfte nicht mit ganz Europa anbinden. Es musste zunächst einmal erklären, dass es an dem Londoner Protokoll festhalte, das alle fünf Grossmächte, die meisten deutschen Einzelstaaten und Dänemark unterzeichnet hatten. Freilich: das Londoner Protokoll gewährleistete die Erbfolge des dänischen Christian. Die Kluft, die zwischen ihm und der Befreiung Schleswig-Holsteins klaffte, schien unüberbrückbar. Aber Bismarck traute sich zu, diese Brücke zu schlagen.

## II

Gegen jede der Grossmächte hatte Bismarck eine Waffe. Und zugleich musste ihm jede Grossmacht als Waffe gegen die andern dienen.

Zar Alexander schätzte Bismarck, aber er bestand darauf, dass das Londoner Protokoll entweder garnicht oder nur zu Russlands Gunsten angetastet werde. Als der preussische Geschäftsträger den russischen Staatskanzler Gortschakoff mit ungeschickter Wendung bat, er möge sich durch etwaige diplomatische Schachzüge Preussens in seinem Vertrauen nicht wankend machen lassen, erwiderte Gortschakoff boshaft, man möge ihn doch lieber immer vorher benachrichtigen, wenn Preussen einen «blossen Schachzug» beabsichtige, damit er nicht etwa strachele und, den Schein für Wahrheit nehmend, hübsch in die den andern gestellte Falle gehe. Überraschende Widerstände konnten in Petersburg jeden Tag einsetzen. Es hing von Nuancen ab, ob Bismarck sie vermeiden konnte. Wenn Bismarck – wie das der König, der deutsche Bundestag, der preussische Landtag und die öffentliche Meinung ganz Deutschlands stürmisch verlangten – das Londoner Protokoll als erledigt erklärte, so opferte er die Freundschaft Russlands dem Beifall des Landtags, also eine entscheidende Substanz seiner Politik einem blossen Schatten. Solche Fehler lagen Bismarck fern. Er benutzte vielmehr die Begeisterung der Schleswig-Holstein-Vereine als Argument gegenüber dem Zaren: er müsse diesen revolutionären Bestrebungen die Waffen aus der Hand nehmen, indem er selbst die verletzten Rechte der Deutschen in Schleswig-Holstein schütze. Kampf gegen drohende Revolution: dies Argument verfehlte nie seinen Eindruck auf Alexander.

Schwieriger war die Politik gegen England. England hatte den Dänen Beistand versprochen; das englische Gewissen war belastet mit den Untaten, die man in der napoleonischen Zeit an den Dänen verübt hatte. Nun wäre das Foreign Office mit diesen Gewissenskrupeln schliesslich fertig geworden, aber keinesfalls konnte es sich abfinden mit der Ent-

stehung einer deutschen Seemacht. Die Deutschen wurden damals in England verachtet. Der preussische Gesandte Bernstorff berichtete verzweifelt: «Der Bogen ist so scharf gespannt, dass wenn wir ihn noch schärfer anziehen, der Bruch unvermeidlich erscheint. Leider ist es nicht das Recht, das in der Politik den Ausschlag gibt, sondern die Interessen und die Macht, dieselben zur Geltung zu bringen.»

So war Bismarck gezwungen, in der Behandlung Englands einen Weg zu gehen, der ihn nur ganz allmählich seinem Ziel näherbringen konnte. Unzweideutig erklärte er immer wieder, er halte am Londoner Vertrag fest, sofern auch Dänemark seine Verpflichtungen von 1852 erfülle. Er erzählte dem englischen Gesandten Buchanan, nur durch Androhung seines Rücktritts habe er den König von der Aufhebung des Londoner Vertrags abhalten können; er hoffe aber durch Englands Vermittlung die Frage so mit Dänemark zu arrangieren, dass Kopenhagen zum Schluss ein nützlicher Bundesgenosse für Preussen werde. Er habe bisher verführerische Vorschläge Napoleons abgelehnt; wenn aber die bisherige Selbstverleugnung der preussischen Regierung von England nicht gewürdigt werde, müsse er diese Vorschläge erneut erwägen. Auf die englische Neigung, nichts zu überstürzen, ging er mit verbindlicher Elastizität ein. Buchanan war gescheit genug, seinem Bericht die Bemerkung hinzuzufügen, im Falle eines preussisch-dänischen Krieges würde er sich nicht wundern, wenn Bismarck mehr verlangen würde als die Ehre, den Augustenburger auf den Thron gesetzt zu haben.

Der preussische Ministerpräsident versäumte aber auch nicht, die Grenzen seines Entgegenkommens klarzustellen: wenn die Dänen die Gesamtstaatsverfassung nicht aufhoben und wenn England sie trotzdem in ihrem offenbaren Unrecht unterstütze, so werde auch er sich vom Londoner Vertrag lossagen. Zu König Wilhelm sagte er: nur wenn Dänemark in flagrantem Unrecht sei, könne man hoffen, die Zustimmung der Grossmächte zur Lossagung vom Londoner Protokoll zu erringen. Mit dieser Taktik erreichte er auch sein erstes Ziel. Ärgerlich schrieb der englische Aussenminister Russell seinem Kopenhagener Gesandten: «Wir können keine Regierung unterstützen, die sich so offenbar ins Un-

recht setzt. Wir müssen mit zugeknöpften Taschen und zusammengestellten Gewehren warten, bis Deutschland sich noch mehr ins Unrecht setzt als Dänemark.»

Genau das tat Bismarck nicht. Aber er hielt England nicht nur in Schach: er spannte es vor seinen Wagen. Er erbat von London ausdrücklich energische Noten, weil die Liberalen Deutschlands einfach nicht glauben wollten, dass ein preussischer Einmarsch auf englische Truppen stossen werde. England möge gegen Preussen die stärkste Sprache gebrauchen, die mit diplomatischer Form vereinbar sei. Es solle sogar für den Fall eines deutsch-dänischen Krieges eine Blockade durch die englische Flotte androhen; Englands Sprache sei zu mild, sie ermutige die Kriegstreiber in den deutschen Mittelstaaten. Bismarck liess einen halbamtlichen Bericht veröffentlichen, England habe die deutsche Regierung unterrichtet, dass es den Dänen die verlangte Hilfe gewähren werde, wenn die deutschen Truppen in Schleswig einmarschierten. Diese doppelbödige Politik hatte für Bismarck zwei Vorteile: sie hielt die Kriegslust seines Königs und der deutschen Mittelstaaten in Schach und sie ermutigte die Dänen, die preussischen Vorschläge abzulehnen. Zugleich fühlte Bismarck bei dieser intimen Unterhaltung den Engländern den Puls und merkte: England war bereit, den Degen Frankreichs zu ziehen, aber es war schwerlich bereit, allein zu marschieren. Also lag die Entscheidung in Paris.

Aber auch hier sah es nicht günstig aus. Napoleon III. sass auf einem wackelnden Thron; um seiner Dynastie willen brauchte er einen Erfolg. Durch seine Wunschträume gaukelten das Saargebiet, Belgien, Luxemburg, die Rheinpfalz, das Moselland. Hin und her schwankend zwischen der Furcht vor einer Revolution und vor europäischen Verwicklungen setzte er, oft dem Einfluss seiner Umgebung unterliegend, seine Steine je nach Stimmung und Tageslage. Den Zeitgenossen – und auch den künftigen Historikern – gab sein unruhiger Geist unlösbare Rätsel auf. Der sicherste Weg schien ihm ein preussisch-österreichischer Konflikt. Er wollte Preussen zum Kriege ermutigen und dann kampfflos als Schiedsrichter sein Trinkgeld einstreichen. Der Franzosenkaiser wünschte, dass Preussen sich Schleswig-Holsteins angliedere, denn auf

diesem Wege konnte er es mit Österreich, mit den deutschen Mittelstaaten und mit allen Grossmächten verfeinden. Er hoffte bei dieser Gelegenheit, auch die Führung der deutschen Mittelstaaten nach Art des alten Rheinbundes zu übernehmen. Auch sollte Preussen auf diesem Wege eine Seemacht und ein Trumpf gegen England werden. Schliesslich hatte Napoleon bei diesem Plan noch einen Hintergedanken: das verkleinerte Dänemark sollte mit Schweden und Norwegen zu einer allskandinavischen Union vereinigt werden und diese wiederum ein Gegenspieler gegen England sein. Natürlich hielt Napoleon seine Rheinwünsche vorläufig noch hinter dem Busch: er fürchtete, Bismarck vom Zugreifen abzuhalten, wenn er seinen eigenen Appetit zeigte. Mit der Miene des anspruchslosen Biedermanns bot er Preussen zweimal in halben Worten ein Bündnis an.

Die Hilfe Frankreichs musste für Bismarck viel Verlockendes haben. Wie mit einem Zauberschlage schien der Weg nach Schleswig-Holstein freigelegt. Aber Bismarck ging nicht in die Falle. Von Frankreich wollte er so wenig abhängig werden wie im Vorjahr von Russland. Auch hier entschloss er sich zu einer vorsichtigen, hinhaltenden Politik, bei der er nur Schritt für Schritt seinem Ziel näherkommen konnte, je nachdem wie die tägliche Lage ihre Chancen bot. Prüfend sagte er, als der französische Gesandte die polnische Frage berührte: «Lieber sterben, als eine Verhandlung über preussischen Besitz in Polen zulassen.» Und kokett fügte er hinzu: «Eher würde ich unsere Rheinlande abtreten.» Der Gesandte fragte telegraphisch den Kaiser, ob er an diese Bemerkung anknüpfen solle. Aber der kluge Napoleon winkte ab: unmöglich durfte er Forderungen anmelden, ehe er nicht Preussen in einen deutsch-dänischen, möglichst auch preussisch-österreichischen Konflikt hineinmanövriert hatte: «Sprechen Sie nicht vom Rhein, beruhigen Sie mit Polen.» Aber auch der preussische Ministerpräsident liess alles kunstvoll in der Schwebe. Er deutete dem französischen Gesandten nur an, dass er nicht für den Augustenburger, diesen Tölpel, das Blut seiner Soldaten vergiessen werde, denn er wusste: Napoleon wünschte die Angliederung

an Preussen; sie sollte ja den österreichisch-preussischen Konflikt bringen. Im übrigen musste auch Napoleon Bismarcks Geschäfte besorgen: sobald der preussische Botschafter in Paris, Graf von der Goltz, aggressive Neigungen des Kaisers ankündigte, ängstigte Bismarck alle europäischen Höfe mit Napoleons revolutionären Plänen.

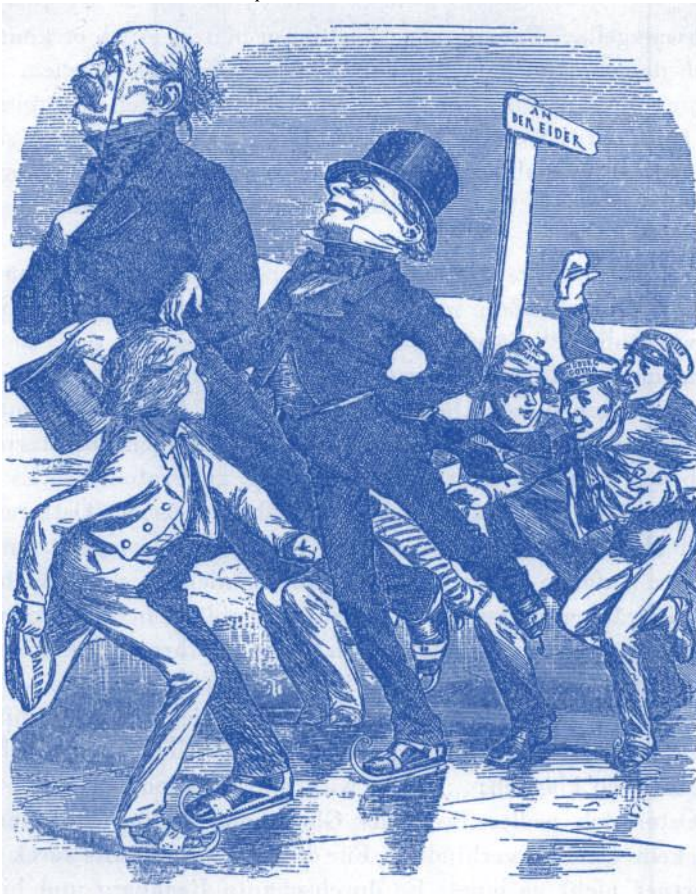
Bismarcks Kernproblem war: er musste Frankreichs Degen in der Scheide halten und damit auch Englands Neutralität sicherstellen, aber er durfte den Preis, der Napoleon vorschwebte, den preussisch-österreichischen Konflikt mit all seinen Konsequenzen, weder versprechen noch auch ablehnen. Im Gegenteil: hier musste er sein Meisterstück liefern: den natürlichen Gegenspieler Österreich zum Mitspieler machen. Österreich war «das Glashaus, das Preussen vor dem europäischen Zugwind schützen» sollte. Und diese Aufgabe musste er lösen, ohne Napoleon, der ein preussisch-österreichisches Bündnis natürlich verabscheute, ins Gegenlager zu treiben. Jedem andern wäre diese Aufgabe als unlösbar erschienen.

Denn wozu in aller Welt sollte Österreich nach Schleswig marschieren? Österreich wusste, dass Preussen seine Vorherrschaft in Deutschland brechen wollte. Österreich war verärgert, dass Preussen den Fürstentag zum Scheitern gebracht hatte. Österreich hatte keine Sympathien für die Schleswig-Holsteiner, weil alle Nationalitätenbewegungen für das Habsburger Reich lebensgefährlich waren. Und was sollte es eigentlich Österreich nützen, wenn man hoch im Norden zwei rebellische Stämme von Dänemark losriss? Von den «meerumschlungenen» Vorurteilen der Gesangsvereine war die kaiserliche Regierung völlig frei. Der Kandidat einer Volksbewegung – bei jeder Volksbewegung sah das Wiener Kabinett rot – war immer bedenklich. Wie leicht konnten diese strategisch wichtigen Landstriche schliesslich dem benachbarten Preussen in die Hände fallen! Es gab in Wien sogar eine starke Gruppe, die ein Bündnis mit Frankreich um jeden Preis empfahl, um einen Trumpf gegen Preussen zu gewinnen. Und unter solchen Umständen sollten die habsburgischen Regimenter Schulter an Schulter mit den Bataillonen Friedrichs des Grossen in den fernen Norden marschieren? Mit

Recht sagte ein österreichischer Abgeordneter: «Wir lassen unsere guten Regimentsmusiken aufspielen und mit Trommelwirbel und Schalmeienklang führen wir sie in die Herzogtümer hinein. Und mit welchen Melodien werden wir sie hinausführen?»

Es bedurfte eines Bismarck, um Österreich zu diesem Entschluss zu bewegen. Das Instrument, auf dem er spielte, war die Eifersucht des alten Kaiserstaates! Wenn Österreich nicht wolle, so marschiere Preussen allein und gewinne damit die Herzen und die Führung Deutschlands! Wenn diese Drohung aus dem Munde der früheren preussischen Außenminister, Schleinitz oder Bernstorff, gekommen wäre, so hätte Wien sie nicht ernst genommen. Aber diesem Bismarck, der imstande war, die Ärmel aufzukrempeln und auf die Barrikade zu steigen, war ja alles zuzutrauen! Vielleicht entfesselte er bei dieser Gelegenheit eine deutsche revolutionäre Einheitsbewegung – mit oder ohne Fürsten? Dass auf den Wellen der Schleswig-Holstein-Begeisterung plötzlich ein neues Paulskirchen-Parlament emporgetragen werden könne, wenn Wien und Berlin sich um die «Meerumschlungenen» nicht kümmerten: das sprach er drohend aus. Vielleicht erkaufte er die Neutralität Frankreichs mit der Rheinprovinz, mit der Rheinpfalz, mit Belgien? Schon liess dieser Bismarck einfließen, dass Napoleon mit Revolutionen in Venetien, in Ungarn, in Galizien «rechne», d.h. also sie entfachen wolle. Was sollte Wien tun? Die Kandidatur des roten Augustenburgers zu unterstützen, war unmöglich. Stille sitzen in einer Frage, von der ganz Deutschland widerhalte: das widersprach der geschichtlichen Verpflichtung des deutschen Führungsstaates. Wie nun, wenn man als Bewachung mit Preussen mitging, wenn man sich vorher alle nötigen Garantien gegen preussische Machtausdehnung geben liess und auf diesem Wege den preussischen Ehrgeiz in der Knospe brach?

Bismarck war zu allen Garantien bereit. Er sei gewillt – schon um die drei anderen Grossmächte neutral zu halten – auf dem Boden des Londoner Protokolls zu bleiben. Man brauche die Herzogtümer gar nicht loszureissen, es genüge ihm, wenn die Beziehungen zwischen Däne-



Die grossmächtlichen Schlittschuhläufer  
Graf Rechberg: «Sie, ich glaube, die wollen uns setzen.»  
Bismarck: «Glooben Sie etwas anderes, Herr Graf! det wagen sie nicht, schon  
wejen unserer kühnen Haltung.»

(Figaro, 9. Januar 1864)

mark und Schleswig-Holstein wieder auf die blosse Personalunion be-  
schränkt würden. Die berechtigten Wünsche der Schleswig-Holsteiner  
seien dann erfüllt. Und wenn diese Lösung scheitere, so verpflichte sich  
Preussen, keine Regelung zu treffen ohne Österreichs Zustimmung. So  
schien alles in schönster Ordnung. Selbst Kaiser Franz Joseph gefiel der



Plan. Endlich konnte man an die alten schwarzgelben Fahnen neue Lorbeeren heften. Auch er konnte sich der persönlichen Wirkung Bismarcks nicht entziehen. Als jemand den preussischen Ministerpräsidenten tadelte, brummte er ärgerlich: «Wenn ich ihn nur hätte!» Österreich wollte sich mit seiner Teilnahme gegen Preussen decken – genau so wie sich Preussen durch diese Politik gegen Österreich und gegen Europa deckte.

Es war ein Versuch, vielleicht nur ein Provisorium. Es hätte aber auch ein Anfang werden können: der erste Schritt zu einer «zweiköpfigen» Lösung der deutschen Frage, zu dem norddeutschen und dem süddeutschen Reich, beide vereinigt durch einen ewigen Bund. Aber diesen deutschen «Dualismus» wollte Wien nicht. In einer Sitzung des österreichischen Ministerrats gab der Aussenminister, Graf Rechberg, zu Protokoll: «Es ist ganz richtig, dass schliesslich das Verhältnis zwischen Österreich und Preussen nur durch einen Krieg geregelt werden kann, unsere Aufgabe aber ist es, für jetzt uns nicht in einen solchen hineindrängen zu lassen, in einem Augenblick, in welchem wir nicht genügend vorbereitet wären.» Die Gefahren seiner Politik verkannte Rechberg nicht. Als ihm ein Mitarbeiter sagte: «Wir können nur Erfolg haben, wenn wir im geeigneten Augenblick dem schlaunen Bismarck eine Nase drehen», da antwortete der kleine Graf kläglich: «Ja, das wird schwer fallen.»

Österreich wollte Preussens Gleichberechtigung nicht entwickeln, sondern verhindern. Für diesen Plan war Bismarck als Partner nicht geeignet. Er durchschaute Rechberg und hielt sich alle Türen und Hintertüren offen. Auf einem Hofball traf er den italienischen Gesandten und spielte im Gespräch mit dem Degen des Piemontesers. Als er ihn in die Scheide zurückstieß, sagte der Italiener: «Es scheint, dass Sie ihn nicht gebrauchen wollen, da Sie einen andern Waffenbruder gefunden haben.» «Ach», sagte Bismarck, «den haben wir gemietet.» – «Gratis?» – «Il travaille pour le Roi de Prusse.» Die Redensart war üblich für einen Menschen, der ohne Lohn arbeitete.

Von allen Pferden, die Bismarck vor seinen Wagen spannte, war Österreich das wichtigste: seitdem die Grossmächte wussten, dass sie bei einem Krieg zum Schutze Dänemarks auch auf die schwarzgelben,

Fahnen, stossen würden, hatten sie ein schärferes Auge für die Schwächen des dänischen Standpunkts. Napoleon freilich war über die preussisch-österreichische Einigkeit erbittert. Aber Bismarck zögerte nicht, ihn mit dem Trost hinzuhalten, es sei noch nicht aller Tage Abend, und über die Kriegsbeute seien schon viele Bundesgenossen in Streit geraten. So entschloss sich Napoleon, einen günstigeren Augenblick abzuwarten. Wiederum bewährte sich das Wort Sienkiewiczs, dass alle europäischen Staatsmänner, ohne es zu merken, immer taten, was Bismarck wollte.

Es war ein halsbrecherischer Weg, den Bismarck gehen musste. Er musste ab warten, wie weit jeder Tag ihm die Gelegenheit bot, seine Position zu verbessern. Der witzige Ludwig Bamberger hat später gesagt, Bismarck sei in der Lage jenes Romanschriftstellers gewesen, welcher zur Charakterisierung seiner Erfindungskunst sagte: «Wenn es an die Türe meines Helden klopft, so weiss ich selbst noch nicht, wer eintreten wird.» Erich Marcks hat von der «spöttischen Souveränität» gesprochen, mit der Bismarck sein Spiel gespielt habe: «Ein Virtuosen-spiel, ein hohes politisches Intrigenstück voll merkwürdig sprühenden Witzes der Ereignisse und der Worte, voll überlegener Ironie – fast heiter für den rückschauenden Betrachter, wäre der Einsatz nicht so gewaltig ernst und ginge die tiefe Erregung der mächtigen Gegensätze nicht auch, mit erschütternd tragischer Leidenschaft, durch das Herz des grossen Heldenpielers hindurch, dessen Hände die Fäden so souverän und leicht zu knüpfen und zu entwirren schienen. Er hat auch hier mit seinem ganzen Wesen bezahlt. Auf diese Leistung ist er, der über aller Eitelkeit stand, lebenslang stolz geblieben: fast unbegreiflich kühn und sicher hat er sich damals durchgerungen.»

## BISMARCK-KRISE

*Es gilt einen Generalanstorm auf die Regierung . . . Nieder mit Bismarck! . . . Man erfülle die Strassen von Berlin vom Morgen bis zum Abend mit diesem Ruf und binnen 3 Tagen ist die Sache fertig.*

*August Ludwig von Rochau*

### I

Ganz Deutschland wünschte, Preussen solle sich vom Londoner Protokoll lossagen, solle Dänemark auch auf Gefahr eines europäischen Krieges den Krieg erklären und den Augustenburger als Herzog von Schleswig-Holstein einsetzen. Bismarck wollte den Krieg mit den Grossmächten unter allen Umständen vermeiden, das Londoner Protokoll vorläufig weiterhin anerkennen, Dänemark ins Unrecht setzen und schrittweise in die Enge treiben – und es der Entwicklung überlassen, welche Lösung zum Schluss möglich war.

Begreiflicherweise wollten Bismarcks Feinde – und Bismarck hatte nur Feinde – diesen Augenblick des härtesten Ringens benutzen, um ihn zu stürzen. Es war eine Gesamtmobilmachung gegen Bismarck – von der Königin Auguste (das a hat sie sich erst als Kaiserin zugelegt) bis zu dem letzten Winkelstammtisch des souveränen Volks von Pflaumloch und Bopfingen am Stapf, das entschlossen das Londoner Protokoll für null und nichtig erklärte. Bismarcks Verfahren – schrieb eine liberale Zeitung – mache oberflächlich betrachtet den Eindruck, als ob ein ange-trunkener pommerscher Landjunker humoristische Studien treibe. Treitschke erklärte die Politik Preussens für «nackten Verrat». In Berlin ging die Scherzfrage um: «Was ist der Unterschied zwischen Bismarck und Ochsenmark?» Die Antwort lautete: «Mit Ochsenmark kann man

aufgestäubtes Haar glatt kriegen; durch Bismarck kann man die schlichtesten Haare sich sträuben machen.»

Auch Kronprinz Friedrich Wilhelm zweifelte nicht, dass Bismarck Preussen ins Verderben führe. Von allen denkbaren Lösungen hatte er – wie so oft – die falscheste erwählt. Er war mit dem Augustenburger, den seine Gattin «Fritz Holstein» nannte, aus Studententagen befreundet. Wenn er sonst auch die «Raubstaaten» der Einzelfürsten verachtete: jetzt wollte er mit dem herrlich wogenden Strom der Popularität schwimmen und die Führung der dänischen Sache dem Deutschen Bunde überlassen, ohne zu bedenken, dass der Bund bei Weitem nicht imstande war, die unerhört schwere Fahrt durch die Klippen der Grossmächte zu steuern.

Ironisch vermerkte er in seinem Tagebuch: «Was wird der weise Bismarck nur tun, wenn Deutschland in den Herzogtümern Fritz als rechtmässigen Herrscher verkündet?» Dass diese Verkündung rechtlich und sachlich belanglos war, empfand er nicht. Als einige Minister ihn davor warnten, sich vom Londoner Protokoll loszusagen, notierte er im Stil eines Jünglings in sein Tagebuch: «Elende Räte! Euer Strafgericht muss dereinst kommen ... Es ist einerseits zum Weinen, andererseits . . . geradezu zum Lachen, wenn wir bedenken, dass Bismarck nicht weiss, was er will, ausser das Gegenteil von des Königs edlen Absichten.»

Auch die Konservativen hatten kein Vertrauen mehr zu Bismarck. Sie wollten den Grafen Arnim-Boitzenburg zum Ministerpräsidenten machen und dem Pariser Botschafter Grafen Goltz das Auswärtige geben. Die Altliberalen sicherten Arnim zu, die inneren Händel zu vertagen, sofern er an Bismarcks Stelle trete und die dänische Sache in ihrem Sinne führe. Als «Tigersprung nach dem Portefeuille» beantragte Arnim im Herrenhaus: Lossagung von den Londoner Verträgen. Erst im letzten Augenblick konnte Bismarck erreichen, dass der Antrag vertagt wurde. Der Hausminister Schleinitz, Augustes Vertrauensmann, stellte in einem Brief an Goltz fest, dass Bismarck mit dem übelsten Willen die grösste Kurzsichtigkeit verbinde. Ironisch fügte er hinzu: «Als dem Mann von

Blut und Eisen ist für ihn die Furcht vor den Grossmächten das entscheidende Moment.» Es sei ganz unwahrscheinlich, dass England und Russland an Preussen aus Dänenfreundlichkeit den Krieg erklären sollten, «und es wäre auch nicht der Übel grösstes.» Bismarcks Gegner waren bereit, jede Gefahr in Kauf zu nehmen, wenn sie ihn nur stürzen konnten. Die Auguste-Clique beging aber den Fehler, dass sie nicht nur Bismarcks auswärtige Politik kritisierte, sondern auch seine innere. Dieser Missgriff schmiedete den Treubund zwischen dem König und Bismarck fester.

## II

Goltz war Bismarcks gefährlichster Gegenspieler. Er verdankte ihm seine Karriere, aber grade darum hasste er ihn mit der ganzen Glut eines Rivalen: «Jetzt macht der Mensch meine Politik und macht sie falsch», sagte er kopfschüttelnd. Goltz, ein wunderlicher, gescheiter, aber ganz ungenialer Junggeselle von charaktervoller Hässlichkeit – rothaarig mit stechendem Blick und krampfartigem, gellendem Lachen – barg in seinem Herzen ein Übermass unbefriedigten Ehrgeizes. Schon in Frankfurt pflegte er in den Gesprächen mit Bismarck seinen Hass gegen alle auszutoben. Als er ihn einmal verliess und auf dem Hof von dem bissigen Hofhund wütend angebellt wurde, rief ihm Bismarck aus dem Fenster zu: «Goltz, beissen Sie meinen Hund nicht». Der Graf war verhebt in die Kaiserin Eugenie und unterschätzte die Hintergedanken Napoleons. Immer wieder spottete er in seinen Briefen über den «seltenen Kohl», den Bismarck produziere. Er glaubte, Preussen werde «von einem Tag auf den andern sich sämtlichen europäischen Heeren und Flotten gegenüber sehen». Er war deshalb für stärkere Anlehnung an Frankreich; vergebens predigte ihm Bismarck, Preussen dürfe für einen so unsicheren Bundesgenossen seine Beziehungen zu Russland und England nicht aufs Spiel setzen. Goltz wollte – wie die öffentliche Meinung Deutschlands – Preussen solle sich von dem Londoner Protokoll lossagen und Dänemark den Krieg erklären.

Bismarck konnte in der gefährdeten Lage Preussens – es kam grade gegenüber Napoleon auf jede Schattierung der Darstellung an –, keinen Mitarbeiter brauchen, der ihm aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit sein Spiel verdarb. Er verlangte im Allgemeinen, seine Diplomaten müssten auf Kommando einschwenken wie Soldaten. Goltz dagegen machte dem König in unmittelbaren Berichten entgegengesetzte Vorschläge wie Bismarck und stellte ihm die aussenpolitische Lage so dar, dass seine Vorschläge gerechtfertigt erschienen. Goltz abzuberufen, lehnte der König ab. So schrieb ihm Bismarck in der Weihnachtsnacht 1863 einen Brief von 7 Druckseiten, in dem er ihn für seine Politik zu gewinnen versuchte: «Die Jagd hinter dem Phantom der ‚Popularität in Deutschland‘, die wir seit den vierziger Jahren betrieben, hat uns unsre Stellung in Deutschland und in Europa gekostet, und wir werden sie dadurch nicht wiedergewinnen, dass wir uns vom Strome treiben lassen, in der Meinung ihn zu lenken, sondern nur dadurch, dass wir fest auf eignen Füßen stehn und zuerst Grossmacht, dann Bundesstaat sind. . . . Sie glauben, dass in der ‚deutschen öffentlichen Meinung‘, Kammern, Zeitungen etc. irgendetwas steckt, was uns in einer Unions- oder Hegemoniepolitik stützen oder helfen könnte. Ich halte das für einen radikalen Irrtum, für ein Phantasiegebilde. Unsre Stärkung kann nicht aus Kammern- und Presspolitik, sondern nur aus waffenmässiger Grossmachtspolitik hervorgehen, und wir haben nicht nachhaltige Kraft genug, um sie in falscher Front und für Phrasen und Augustenburg zu verpuffen. . . Ich bin dabei in keiner Weise kriegsscheu, im Gegenteil, bin auch gleichgültig gegen revolutionär oder konservativ, wie gegen alle Phrasen; Sie werden sich vielleicht sehr bald überzeugen, dass der Krieg auch in meinem Programme liegt; ich halte nur Ihren Weg, dazu zu gelangen, für einen staatsmännisch unrichtigen. . . Ich kann selten so viel schreiben, wie heut in der Nacht am Heiligen Abend, wo alle Beamte beurlaubt sind, und ich würde an niemand als an Sie den vierten Teil des Briefes schreiben. Ich tue es, weil ich mich nicht entschliessen kann, Ihnen amtlich und durch die Büros in derselben Höhe des Tones zu schreiben, bei welchem Ihre

Berichte angelangt sind. Ich habe nicht die Hoffnung, Sie zu überzeugen, aber ich habe das Vertrauen zu Ihrer eignen dienstlichen Erfahrung und zu Ihrer Unparteilichkeit, dass Sie mir zugeben werden, es kann nur Eine Politik auf einmal gemacht werden, und das muss die sein, über welche das Ministerium mit dem Könige einig ist. Wollen Sie dieselbe und damit das Ministerium zu werfen suchen, so müssen Sie das hier in der Kammer und der Presse an der Spitze der Opposition unternehmen, aber nicht von Ihrer jetzigen Stellung aus, und dann muss ich mich ebenfalls an Ihren Satz halten, dass in einem Konflikt des Patriotismus und der Freundschaft der erstere entscheidet. Ich kann Sie aber versichern, dass mein Patriotismus von so starker und reiner Natur ist, dass eine Freundschaft, die neben ihm zu kurz kommt, dennoch eine sehr herzliche sein kann.»

Goltz antwortete ungerührt, er sei verpflichtet, den König vollständig auf dem Laufenden zu halten, sonst ergebe sich eine Diktatur des Ministers des Auswärtigen. Der Satz war eine bewusste Phrase, denn Goltz wusste am besten, wie stark die Gegengewichte gegen Bismarck waren. Trotz aller Erläuterungen Bismarcks schrieb er mit dem vollen Hochmut des untergebenen Rivalen an den Hausminister Schleinitz: «Wohin unser erleuchteter Premier mit seiner tenebreusen [stürmischen] Politik eigentlich will, ist schwer zu sagen. Vielleicht weiss er es selbst nicht. Doch tritt nach und nach immer mehr der Wunsch zutage, nicht sowohl mit den Dänen als mit den deutschen Nachbarn handgemein zu werden, wahrscheinlich, um auf diese Weise dem schmalen Körper die nötigen Dimensionen für die weite Rüstung zu geben.» Durch Bismarcks Politik hätten die deutschen Mittelstaaten für 20 Jahre Oberwasser bekommen! Der Pariser Botschafter konnte schwerlich etwas Falscheres schreiben.

Auch die Botschafter Bernstorff in London, Redern in Petersburg, Usedom in Florenz und Arnim in Rom gehörten zu Bismarcks Gegenspielern. Selbst Bismarcks persönliche Freunde wurden damals an ihm irre. Sein engster Mitarbeiter, der junge Robert von Keudell, übergab ihm eine Denkschrift über die Fehler seiner Politik. Über die Antwort Bismarcks berichtet er:

«Sagen Sie mal, weshalb haben Sie mir eigentlich diesen Brief geschrieben?... Dass die ganze politische Abteilung augustenburgisch ist, das stört mich nicht. Aber dass Sie, der Sie mich so lange und so gut kennen, denken, ich wäre in diese grosse Sache hineingegangen wie ein Fähnrich, ohne mir den Weg klar zu machen, den ich vor Gott verantworten kann, das vertrage ich nicht, das hat mir den Schlaf zweier Nächte gestört. Sie zu entlassen, liegt ja gar kein Anlass vor. Ich habe Ihnen nur zeigen wollen, wie die Kugel sitzt, die Sie mir in die Brust geschossen haben.» Keudell erbat seinen Brief zurück und Bismarck sagte: «Danke! Nun ist alles weggewischt und Sie können sicher sein, dass keine unangenehme Erinnerung bei mir ‚haken‘ bleibt. Aber wenn Sie wieder einmal anderer Ansicht sind, so schreiben Sie nicht, sondern reden Sie.»

Und wie verhielt sich der König gegenüber diesem Ansturm der Bismarck-Fronde? Sein Gefühl wehrte sich gegen Bismarcks Politik; er erlag seinen nationalen Empfindungen; auch er wollte sich vom Londoner Vertrag lossagen und die Dänen aus den Herzogtümern hinauswerfen. Die Windungen des Bismarckschen Spiels verstand er nicht. Er empfand auch persönliche Sympathien für den Augustenburger. Österreich – davon war er überzeugt – werde Preussen im Stiche lassen. Wilhelm war auch nicht der Mann, der sich von Bismarck zu Entscheidungen mitreissen liess, die er missbilligte. Immer wieder finden wir in seinen Briefen die Wendung, er habe wegen dieser oder jener Frage «die ganze Nacht nicht geschlafen». Immer wieder musste ihm Bismarck die Argumente für seine vorsichtige Politik darlegen. Sie waren natürlich genau auf den König abgestimmt: im Kampf mit England und Russland würden «die Schwierigkeiten unsere Kräfte übersteigen». Die Verbindung mit Österreich und Russland sei konservative Pflicht. Die Augustenburger Bewegung sei revolutionär. Die Rechte anderer Thronerben müssten auch geprüft werden. Und schliesslich den entscheidenden Gedanken: die Auflösung der Londoner Verträge könne nur das Ende, nicht der Anfang des Krieges sein. Dem König war diese Politik zu fein; verzweifelt fragte er ihn eines Tages: «Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?»



Damals war es, dass Bismarck zum erstenmal zu der Waffe griff, zu der er noch mehrmals hat greifen müssen: er erbat vom König seinen Abschied. Als Nachfolger empfahl er Goltz. Wilhelm lehnte ab. Aber die Krise dauerte an. Verzweifelt schrieb Bismarck Ende Januar an Roon: «Ich bin weit entfernt von übereilten oder selbstischen Entschlüssen, aber ich habe das Vorgefühl, dass die Partie der Krone gegen die Revolution verloren ist, weil das Herz des Königs im andern Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt ist. Nach 1 bis 30 Jahren ist es für uns gleichgültig, für unsre Kinder nicht. . . . Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren, und auf uns wird die Schuld von Mit- und Nachwelt geworfen. Wie Gott will. Er wird wissen, wie lange Preussen bestehn soll. Aber leid ist mir's sehr, wenn es auf hört, das weiss Gott!»

Auch dem französischen Botschafter erzählte Bismarck von seinen Rücktrittsplänen, vielleicht mit dem Hintergedanken, auch die fremden Mächte sollten ihren Einfluss für ihn und seine Politik geltend machen. Denn Bismarck hatte mit seiner vorsichtigen Politik das Vertrauen der Grossmächte erworben: sie sahen in ihm den einzigen Schutz gegen die Gefahr, dass Preussen im Bunde mit «revolutionären» deutschen Schwärmern einen europäischen Krieg entfessele.

Bismarck war in jenen Tagen mit seinem Jugendfreund Moritz von Blankenburg, Marie von Thaddens Gatten, oft bis tief in die Nacht zusammen. Blankenburg hat die Stimmung dieser Krise seinem Onkel Ludwig v. Gerlach mit den Worten geschildert: «Alles war gegen ihn. Die Armeeaufregung wirkte auf den König sehr zurück. Er wollte Aktion, und alle Hunde waren los. Aber der Lange blieb fest wie ein Koloss, nur des Abends klagte er mir sein Leid.»

## BISMARCK GEWINNT DIE ERSTE RUNDE

*Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen. . . . Was Sie im Innern etwa an Terrain verlieren möchten ... ist keine Einbusse auf ewig. In der auswärtigen Politik aber gibt es Momente, die nicht wiederkommen.*  
Bismarck

### I

Gestützt auf das Vertrauen der Grossmächte begann Bismarck sein Spiel. Der Bundestag fasste zunächst nur den bescheidenen Beschluss: um die Rechte des Bundeslandes Holstein gegen den Verfassungsbruch König Christians zu schützen, sollen sächsische und hannoverische Truppen in Holstein einmarschieren. Die deutschen Mittelstaaten hatten stärker auftrumpfen wollen. Aber Österreich und Preussen hielten sie in die Schranken der europäischen Verträge; sie konnten dies leicht durchsetzen, denn Sachsen und Hannover trauten sich selbst den Kampf nicht zu: mit flehentlich aufgehobenen Händen verlangten sie, hinter ihnen müssten ausreichende preussische und österreichische Reserven bereitstehen. Die Dänen zogen sich kampflos aus Holstein zurück.

Aber was sollte jetzt aus Schleswig werden? Schleswig war kein Bundesland; hier hatte der Bund keine Rechte. Wohl aber konnten Preussen und Österreich hier handeln. Ihnen gegenüber hatte sich Dänemark 1852 in London verpflichtet, das Herzogtum nicht einzugliedern, und diese Verpflichtung hatte Christian durch die «Gesamtstaatsverfassung» verletzt. Wiederum verfuhr Bismarck mit der Behutsamkeit eines Uhrmachers: mit keinem Wort berührte er das Erbrecht König Christians: nein, Preussen und Österreich richteten lediglich an Dänemark ein Ultimatum,

es möge die vertragswidrige «Gesamtstaatsverfassung» für Schleswig ausser Kraft setzen. Russland und England empfahlen Dänemark dringend, dieser Forderung zu entsprechen. König Christian war bereit. Aber der dänische Reichstag blieb hartnäckig; wiederum fand der König keine Regierung für diese Politik.

Jetzt beantragten Österreich und Preussen beim Bundestag, Schleswig solle besetzt werden «als Pfand für die Durchführung des Londoner Vertrags». In traditioneller Verblendung lehnte der Bundestag den Antrag ab: er wollte nichts von dem Londoner Vertrag hören, er wollte die Herzogtümer von Dänemark losreissen. Aber diese Ablehnung störte Bismarck nicht; das Völkerrecht bietet immer Auswege: Österreich und Preussen erklärten, sie würden – da sie ja nicht mit ihrem ganzen Gebiet zum Bunde gehörten – als selbständige europäische Grossmächte diese Massnahme durchführen.

Das deutsche Volk konnte den Sinn dieser Politik nicht durchschauen. Eine Münchner Volksversammlung verlangte, König Max möge «den bayerischen Staat gegen Preussen und Österreich in die Waagschale werfen». Die württembergische Kammer forderte Mobilmachung gegen Österreich und Preussen. Auch der britische Gesandte, Sir Andrew Buchanan, ersuchte Bismarck, von Zwangsmassnahmen abzusehen. Er bekam eine kühle Antwort: er, Bismarck, marschiere für die Wiederherstellung der Londoner Verträge; wenn aber England auch diesem Versuch entgegentrete, werde er den Abschied nehmen; sein Nachfolger werde sich dann vom Londoner Vertrag lossagen und den Augustenburger als Herzog ausrufen lassen. Sir Andrew verstummte. Es fehlte Bismarck selten an Argumenten, die auch die Gegner überzeugen mussten; er verdankte das der Vielgleisigkeit seiner Politik.

Österreich und Preussen stellten ihr Ultimatum. Dänemark lehnte ab, und der lang erwartete Krieg war da. Mit einer kunstvollen Note, an der man in Berlin und Wien drei Tage gearbeitet hatte, erklärten beide Staaten, sie anerkannten den Grundsatz der Unversehrtheit der dänischen Monarchie. Wenn aber die dänische Regierung ihr vertragswidriges

Verhalten fortsetze, so könnten sie sich «genötigt sehen, Kombinationen zu entsagen, die nicht mehr im Verhältnis zu ihren Opfern stünden». Sie würden jedoch keine endgültige Regelung ohne Mitwirkung der Grossmächte treffen.

Es war allzu offenkundig, dass Preussen und Österreich das Recht auf ihrer Seite hatten. Unter diesen Umständen konnte keine englische Regierung eine Mehrheit für einen Krieg finden. Russell las dem erstarrten dänischen Gesandten einen Brief Palmerstons vor: Dänemark dürfe nicht erwarten, dass Europa seine Vertragsbrüche dulden und ein System der Missregierung in Schleswig hinnehmen werde, das der russischen in Polen zu vergleichen sei. Für eine derartige Politik, sagte Palmerston mit schöner Offenheit, sei Dänemark zu klein und zu schwach. Ihm zufiebe könne England nicht mit ganz Deutschland Krieg führen. Durch ein Spiel von fast übermenschlicher Klugheit hatte Bismarck die erste Runde gewonnen: Europa blieb neutral.

## II

Aber Bismarcks behutsame Politik empörte den preussischen Landtag. Das Volk wollte die Herzogtümer kurzerhand von Dänemark losreissen, und der Landtag machte sich zu seinem Sprachrohr. Dass diese Politik zu einem Krieg mit den Grossmächten führen musste, glaubten die Abgeordneten nicht, weil sie es nicht glauben wollten. Sie waren von ihrem Recht überzeugt, und ihr Recht schien ihnen ein hinreichendes Argument. Aber der Politiker ist mit der Reinheit seiner Gesinnung noch nicht gerechtfertigt; er ist auch verantwortlich für die Folgen seines Handelns. Er hat nicht einfach das «Rechte» zu tun, sondern das Richtige.

Obendrein lasteten taktische Rücksichten auf den Herzen der Volksboten. Unverhüllt gestand Sybel einem Freunde: «Eine Volksvertretung darf nie die Initiative zum Krieg, noch weniger als zu Steuern- oder Ausgabenerhöhung ergreifen. Die unsrige riskierte damit die Hälfte der Wahlkreise: die Küsten und die Rheinlande. Man muss die Regierung

kommenlassen und dann kritisieren. . . . Ich bitte dringend um Ihren Rat. Natürlich nicht darüber, was an sich wünschenswert, sondern welche Handlungsweise für das Abgeordnetenhaus richtig erscheint.» Seine taktischen Erwägungen drapierte er mit einem Mantel, der mit moralischem Pathos bestickt war: «Wir trinken jetzt den Kelch der Schande bis auf die Hefe.» Der Augustenburger sei «der lebendige Ausdruck des Rechts der Herzogtümer». Der Anatom Virchow rief: «Mögen die deutschen Fürsten die Grundsätze der Legitimität opfern aus Gründen der europäischen Zweckmässigkeit, mögen sie deutsche Fürstengeschlechter in die Verbannung führen, weil es den Dänen gefällt, mögen sie ein deutsches Land nach dem andern hingeben, weil sich die Fürsten gegenseitig verlassen, mögen sie gestatten, dass dieses kleine Dänemark uns eine unsrer schönsten Provinzen wegnimmt, meine Herren, die Rache des Volks für diesen Verrat wird nicht fehlen. Solche Dinge verzeichnet die Weltgeschichte nicht bloss in ihren Blättern, die werden mit blutigen Buchstaben in die Herzen der Völker geschrieben: das werden sie niemals vergessen.» Er erklärte sogar, die preussische Grossmacht Stellung sei eine blosse Prahlerei.

Bismarck erwiderte: «Ich erlaube mir, dem Herrn Vorredner die Frage zu stellen, ob er es nicht für möglich hält, dass auf dem Gebiete seiner eigenen Fachwissenschaft jemand, der die Anatomie als Nebenbeschäftigung betreibt . . . anatomische Sätze . . . überzeugend dartun könnte, von deren Unrichtigkeit der Herr Referent als Sachkundiger vollständig überzeugt wäre, deren Widerlegung ihm aber nur vor einem mit allen Details des Gegenstandes ebenso wie er selbst vertrauten Auditorium möglich wäre. . . . Der Herr Referent hat eine eigentümliche Ansicht aufgestellt über dasjenige, was die europäischen Mächte in der dänischen Frage tun müssten, weil sie in Griechenland analoge Dinge getan hätten. Ich glaube, dass die europäischen Mächte sich nicht an juristische Spitzfindigkeiten und Deduktionen kehren, sondern dass sie ihren Verbindlichkeiten und ihren Interessen folgen. . . . Unsere Politik ruht auf dem von Ihnen im Adressenentwurfe zitierten Ausspruch Seiner Majestät, dass kein Fuss breit deutscher Erde verloren gehen solle und

dass ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden solle. Der Weg, den wir zu diesem Behufe gehen, scheint Ihnen nicht der richtige zu sein. Diesen Weg richtig zu wählen und ihn überhaupt zu wählen, ist aber Sache der Exekutive; soweit es in menschlichen Dingen überhaupt möglich ist, richtig in die Zukunft zu sehen, kann dies eben nur die Regierung, weil die Regierung nach Lage der Geschäfte mit diesen Dingen vertrauter sein muss als Sie. Eine Versammlung von dreihundertfünfzig Mitgliedern kann heutzutage die Politik einer Grossmacht nicht in letzter Instanz dirigieren wollen, indem sie der Regierung ein Programm vorschreibt, welches in allen Stadien der ferneren Entwicklung der Sache befolgt werden solle – das ist nicht möglich!» Virchow erwiderte, er wünsche, dass Bismarck unter den Diplomaten eine ähnlich angesehene Stellung erlange, wie er, Virchow, sie unter seinen Spezialkollegen besitze. Niemand könne Bismarcks Politik definieren, er habe überhaupt keine! «Ohne leitendes Prinzip stürmt er auf das Meer auswärtiger Verwicklungen hinaus, ohne Ahnung von nationaler Politik, ohne Verständnis für nationales Wesen.» Andere Redner tadelten, die Regierung habe ihre Haltung mehrfach geändert.

Jetzt antwortete Bismarck mit schneidender Überlegenheit: «Diese Auffassung erklärt sich dadurch, dass dem Auge des ‚unzünftigen‘ Politikers jeder einzelne Schachzug im Spiel wie das Ende der Partie erscheint und daraus die Täuschung hervorgeht, dass das Ziel wechsle. Die Politik ist keine exakte Wissenschaft; mit der Position, die man vor sich hat, wechselt auch die Benutzungsart der Positionen. Der Herr Vorredner hat gesagt, er wünsche, dass ich dereinst in meinem Fache mich derselben Anerkennung erfreuen möge, wie er in dem seinigen. Ich unterschreibe diesen Wunsch mit voller Aufrichtigkeit. Ich erkenne die hohe Bedeutung des Herrn Vorredners in seinem Fache vollkommen an und gebe zu, dass er in dieser Beziehung einen Vorsprung vor mir hat. Wenn aber der Herr Vorredner sich aus seinem Gebiete entfernt und auf mein Feld unzünftig übergeht, so muss ich ihm sagen, dass über Politik sein Urteil ziemlich leicht für mich wiegt. Ich glaube wirklich, meine Herren,

ohne Überhebung, die Dinge verstehe ich besser. (Grosse Heiterkeit) Der Herr Vorredner hat gesagt, mir fehle das Verständnis für die nationale Politik; ich kann ihm den Vorwurf nur mit der Unterdrückung des Epithetons [Beiworts] zurückgeben. Ich finde bei dem Herrn Vorredner Verständnis für Politik überhaupt nicht. Dieses Verständnis ist gewiss auch in anderen Ländern nicht weiter verbreitet, als bei uns, aber es findet sich in anderen Parlamenten doch selten dieser Grad von Entschlossenheit im Bilden und Aussprechen von Ansichten gepaart mit demselben Masse von Unkenntnis der Dinge wie bei uns.»

Klügere Fortschrittler ausserhalb Preussens waren duldsamer; sie meinten, wie Robert von Mohl, den «wahnsinnigen Junker» zu hängen sei in Jahr und Tag auch noch Zeit; Preussen solle seine inneren Händel vertagen. Auch Mommsen wies Gustav Freytag darauf hin, die deutsche Fortschrittspartei sei «im Ganzen eine negative Masse . . . alles, was den Staat regieren kann, steht derselben fern». Bernhardi vermerkte bekümmert in sein Tagebuch, selbst gescheite Liberale hätten gar kein Gefühl für Grössenverhältnisse; sie interessierten sich nur für Reden, für Wahlumtriebe und andere Lappalien, und die entscheidende europäische Bedeutung der dänischen Krise verschwinde dahinter.

Bernhardi berichtet auch eine Unterhaltung zwischen Bockum-Dolffs, dem Führer einer fortschrittlichen Fraktion, und dem Altliberalen Wehrenpfennig: «Als Wehrenpfennig auf die Gefahr eines europäischen Konflikts hinwies, antwortete Bockum-Dolffs apodiktisch: ‚Wenn sich eine europäische Verwicklung daraus ergibt, dann müssen wir sofort heraus aus den Herzogtümern; wir müssen sie dann ohne Weiteres aufgeben!‘ Wehrenpfennig, der seinen Sinnen nicht traute, liess sich die Worte wiederholen: ‚Ja! Sowie eine europäische Entwicklung aus der Sache zu entstehen droht, müssen wir ohne Weiteres die Herzogtümer verlassen, denn der Militäretat darf nicht erhöht werden!‘ – Das ist ein Staatsmann! Ich sagte nachher, es sei gewiss eine sehr merkwürdige Erscheinung, dass ein eigentlich dummer Gesell wie Bockum-Dolffs in ei-

nem Lande wie Preussen Haupt und Führer einer Partei sein kann – und beide gestanden, dass Bockum-Dolffs wirklich über jedes gewöhnliche Mass von Dummheit hinaus dumm ist.»

Nun waren die anderen Fortschrittler nicht so töricht wie Bockum-Dolffs. Aber sie waren ebenso doktrinär. Waldeck erklärte heiter – denn jetzt hatte er ja das Ministerium an der Gurgel –, ohne «Verfassungsgarantien» bewillige das Haus keinen Mann und keinen Groschen: «Wir tun unsere konstitutionelle Pflicht, unbekümmert um die Folgen; diese stellen wir Gott und dem Volke anheim.» Es war die verantwortungslose Ethik des *fiat justitia, pereat mundus*. Waldeck verstieg sich zu dem Satze: «Der Sieg ist der Freiheit nicht günstig.» Man prophezeite bei den Demokraten schadenfroh, es werde gehen wie 1806. So verweigerte das Haus der Regierung jeden Groschen. Nach dem Kriege hat Gneist zugegeben, dass die öffentliche Meinung der Regierung nicht so feindlich gewesen sei wie die Abgeordneten: eine Volksabstimmung hätte die Krieganleihe genehmigt. Die Fortschrittler erklärten sogar, sie müssten diesem Ministerium «nicht bloss wegen seiner verwerflichen Grundsätze die Mittel versagen, sondern auch deshalb, weil dieses Ministerium einen so ausserordentlichen Mangel an staatsmännischer Geschicklichkeit und Einsicht, an Kenntnis der wirklichen Verhältnisse des Staates, besonders aber der wirklichen Machtmittel dieses Staats gezeigt hat, so dass wir die Mittel, die wir ihm in die Hände geben, als verwüstet betrachten». Trotz ihrer Unfähigkeit wurde aber die Regierung Bismarck auch mit der Geldfrage leicht fertig; aus Überschüssen der Vorjahre, welche die blühende Wirtschaft ungeachtet der angeblich erdrückenden Steuerlast zur Verfügung gestellt hatte, verfügte sie über 16 Millionen Taler.

Als das Ultimatum an Dänemark gestellt war, versuchte Bismarck nochmals dem Landtag den Sachverhalt zu erklären: «Die Frage wegen völliger Lossagung Preussens vom Londoner Verträge erachte ich mehr als eine Frage der Opportunität als des Rechtes. Nur diejenigen Rechtsdeduktionen, welche man die Macht besitzt durchzusetzen, haben Kraft. . . . Wenn die deutschen Rechtsdeduktionen für durchaus klar, die ab-



weichenden Ausführungen dagegen mit Bezeichnungen wie fadenscheinige Sophistik' und ‚Winkelargumentationen' belegt worden sind, so will ich statt jeder Kritik sagen, dass Winkelargumentationen, wenn sie die Mehrheit der europäischen Bajonette erhalten, die Oberhand zu gewinnen pflegen.» Diesmal erwiderte Virchow, Bismarck sei dem Bösen verfallen und werde von ihm nicht mehr loskommen. Als der frühere Innenminister, der Altliberale Graf Schwerin, erklärte, die Regierung fürchte sich nur vor dem Ausland, antwortete Bismarck: «Was die Furcht vor dem Auslande betrifft, so bestreite ich die Richtigkeit des Ausdrucks. Man kann Vorsicht Furcht, man kann Mut Leichtfertigkeit nennen. Der Mut nimmt meines Erachtens diesen Charakter an, wenn man einer Regierung, die für das Schicksal eines grossen Landes verantwortlich ist, zumutet – wie mir das in der Kommission von Seiten des Herren Referenten geschehen ist –, auch gegen die erdrückendste Übermacht... Preussen zu den Waffen greifen zu lassen. Meine Herren! Das kann eine Regierung nicht, das kann der Einzelne, der entschlossen ist, seine Person daran zu setzen. Eine Regierung hat nicht das Recht, das Land, dessen Schicksal ihr anvertraut ist, gegen eine von Hause aus erdrückende Übermacht ohne Not ins Feld zu führen.»

Ein anderer führender Fortschrittsabgeordneter, Löwe, empfahl, den Schweden das dänische Jütland anzubieten; man könne es – so fügte er in öffentlicher Sitzung hinzu – ihnen ja später wieder wegnehmen. Das Abgeordnetenhaus nahm eine Entschliessung an: «In Erwägung, dass diese preussisch-österreichische Politik kein anderes Ergebnis haben kann, als die Herzogtümer abermals Dänemark zu überliefern; in Erwägung dass die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, erklärt das Haus der Abgeordneten, dass es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgentreten werde.»

## DER KAMPF MIT DEN DÄNEN

*Ich bedaure, nicht ein junger Mann zu sein und  
nicht mit gegen die Dänen ins Feld ziehen zu  
können.*

*Kronprinzessin Viktoria*

### I

Preussen, mobilisierte 40'000 Mann. Sogleich zeigten sich die Vorteile der Heeresreform. Nach dem alten System hätten auch 20'000 Landwehrleute ausrücken müssen; nach dem jetzigen System waren es nur 5'000. In folgerichtiger Doktrinarismus erhob der Landtag Einspruch gegen diese Schonung der älteren Jahrgänge. Zu den Preussen kamen 20'000 Österreicher. Den Oberbefehl führte der 80jährige Wrangel. Er war unfähig bis an die Grenze der Unzurechnungsfähigkeit. So befolgte er den Kriegsplan Moltkes nicht, der das dänische Heer – 40'000 Mann – gleich zu Beginn hatte abschneiden wollen.

Der dänische Reichstag hatte zwar grosse Worte geführt, aber sein Heer schlecht ausgerüstet. Aus Mangel an Uniformen trugen die Soldaten vielfach eine isländische Strickjacke und darüber einen hellblauen Frack; man nannte sie deshalb Vergissmeinnicht. Der ausgezeichnete dänische Oberbefehlshaber de Meza zog seine Truppen geschickt unversehrt auf die starke Stellung bei Düppel zurück. Er wurde schimpflich abgesetzt, während Wrangel nach dem Kriege in den Grafenstand erhoben wurde. Die preussischen und österreichischen Truppen besetzten fast ganz Schleswig. Dafür blockierte die dänische Flotte deutsche Häfen. Dieselben brüllenden Volksmassen, die jedes Nachgeben abgelehnt hatten, tobten jetzt durch Kopenhagen, belagerten das Kriegsministerium und spuckten die Königin und die Prinzessinnen beim Kirchengang an.

**II**

Aber die Probleme dieses Krieges waren nicht militärischer, sondern politischer Natur. Als Preussen und Österreich gegen die dänische Blockade und Kaperei, die dem damaligen Seerecht widersprachen, Einspruch erhoben und London baten, diesen Einspruch zu unterstützen, erhielten sie die gereizte Antwort: wir können die Dänen nicht von ihrer Verteidigung abhalten. Um die dänische Blockade zu erschweren, erschien eine österreichische Flotte in der Nordsee. «Das macht mein Blut kochen», rief Palmerston; er war der Ansicht, die englischen Kriegsschiffe hätten ein Monopol auf die Nordsee; eigentlich empfand er jedes Meer als englische Provinz. Aber das Kabinett beschloss gegen die Stimmen Palmerstons und Russells, Dänemark nicht mit Waffengewalt beizustehen, sofern es Frankreich nicht auch tue.

Napoleon fühlte: jetzt war er das Zünglein an der Waage. Er deutete in Berlin an, man solle ihm das Saargebiet, Landau und Teile Luxemburgs abtreten und vielleicht aus der Rheinprovinz einen selbständigen Staat machen. Aber Bismarck fühlte sich stärker als einst Cavour, der als Preis für Italiens Einigung an Napoleon Nizza und Savoyen abgetreten hatte; er stellte sich taub.

Sogleich versuchte Napoleon eine stärkere Beschwörung. Er liess die Wahl durchblicken: entweder ein Bündnis mit reichlichen Annexionen für Preussen und mit Kompensationen für Frankreich oder aber: Krieg. Aber die Lockung verfiel so wenig wie die Drohung. Bismarck schätzte Napoleon richtig ein: jetzt – da schwarzweisse und schwarzgelbe Fahnen siegreich in Schleswig-Holstein wehten – würde er nicht mehr wagen loszuschlagen. Schliesslich kannte der Franzosenkaiser Bismarck und kannte Russell. Bei Bismarck konnte man für die Zukunft immer noch auf einen Konflikt mit Österreich hoffen und damit auf einen günstigen Augenblick zum Eingreifen. Für England bedeutete der Krieg ein paar belanglose Seegefechte: die Last des Krieges musste dann Frank-

reich tragen. Und würde ihm England dann die Beute am Rhein oder in Belgien gönnen? Es war schwierig, den Standpunkt des uninteressierten Idealismus mit einer Politik der Trinkgelder harmonisch zu vereinigen – besonders für einen verwirrten Kopf und ein unter Kreislaufstörungen leidendes Herz. Und selbst im Falle eines grossen Sieges: würde dann nicht Russland den deutschen Mächten helfen? Bismarcks Beziehung zum Zaren war auch in diesem Augenblick eine entscheidende Stütze. Nüchtern und lächelnd sagte Bismarck dem französischen Gesandten: «Wenn Frankreich uns faccia feroce» – ein Kommando der neapolitanischen Armee, bei dem die Soldaten grimmige Gesichter machen mussten – «zeigt, müssen wir uns in demselben Augenblick in gute Beziehung zu Österreich setzen.» Bismarck hatte gegen jeden der Mitspieler einen Trumpf im Ärmel. Aber es war ein endloses Ringen. «Gottlob ist's ihm wohl gegangen – schrieb Johanna einer Freundin –, aber Mühe und Arbeit schlägt ihm oft über dem kahlen Köpfchen zusammen, so dass er manchen Tag keine Minute frei hat und schon hundertmal hätte ausspannen müssen, wenn Gott ihn nicht sehr wunderbar stärkte!»

Von Sorgen geradezu zerfressen in dem Auf und Ab dieser diplomatischen Kämpfe war König Wilhelm. Jede Note wollte er selbst mitredigieren. Freundschaft und Feindschaft Napoleons fürchtete er in gleicher Weise. Vor allem verabscheute er den Gedanken, der Bismarcks letztes Ziel war: dass Preussen Schleswig-Holstein annektieren solle. Dieser Plan treibe die deutschen Kleinstaaten ins österreichische Lager. «Also Österreich, Deutschland, England und Russland müssen gegen uns sein, und wir stehen allein und nur mit dem Erzfeind und unerforschlichen Führer desselben verbunden?? Das ist mehr wie gefährlich! . . .» Es war gefährlich. Aber Bismarck wurde der Gefahren Herr.

### III

Wrangel hatte Befehl, nur Schleswig zu besetzen. Aber er wollte auch Jütland erobern, den festländischen Teil Dänemarks. Als ihm die Regie-

rung diesen Vormarsch verbot, telegraphierte er an den König: «Die Preussen von ihrer Siegesbahn zurückzurufen, vermag ich nicht, denn der Fluch des Vaterlandes würde noch meine Kindeskinde treffen; es mögen die Diplomaten dazu raten; gewiss können sie dann sein, dass ihr Name an den Galgen kommen wird.»

Bismarck verlangte, der König solle Wrangel zur Berichterstattung nach Berlin rufen, aber Wilhelm lehnte dies ab und beschränkte sich darauf, Wrangel den Einmarsch in Jütland zu verbieten. Bismarck behandelte von da an Wrangel wie Luft. Wrangel ertrug dies nicht: als beide später einmal an der königlichen Tafel nebeneinander sassen, fragte der alte Feldmarschall – er duzte jeden «Mein Sohn, kannst Du nicht vergessen?» «Nein», war die Antwort. Nach einer kurzen Pause: «Mein Sohn, kannst Du nicht vergeben?» «Von ganzem Herzen», sagte Bismarck, und sie waren wieder versöhnt.

Um Wrangels Unfähigkeit auszugleichen, ging der Kronprinz in sein Hauptquartier; er sollte die Forderungen des Stabschefs durchsetzen und löste diese Aufgabe vortrefflich; er empfand sich als den wirklichen Oberbefehlshaber. Seine Mutter hatte den König beschworen, ihn in Berlin zu behalten. Aber Viktoria erklärte, ihr Mann wüsste am besten, was sein Leben wert sei, und bat ihren Schwiegervater, Fritz freie Hand zu geben. Und kaum stand Fritz an der Spitze des Heeres, so hatte sie ein Gefühl dafür, wie anmassend die englische Bevormundung war: «Als Deutsche empört sich mein Gerechtigkeitsgefühl über den furchtbaren Unsinn, der in den Blättern und im Parlament aus reiner Leidenschaft geschwätzt wird, und als Engländerin fühle ich mich gedemütigt und betrübt, dass das Land, das doch nun einmal das erste der Welt ist und bleibt, sich nach aussen so blamiert . . . Dieser hochpathetische, philanthropische und tugendhafte Ton . . . hat etwas vollkommen Lächerliches an sich. Die Engländer würden es auch nicht ertragen, wollte man ihnen ... in pompösem Stil vorschreiben, wie sie sich zu benehmen hätten; ich bin sicher, dass sie eine solche Einmischung nicht dulden würden. Warum sollten wir es also tun?»

Zeitweise weilte auch Bismarck auf dem Kriegsschauplatz, und der Kronprinz notierte ärgerlich: «Und nun dazu die lieben Angesichter Bis-

marcks, Roons und Manteuffels – ich glaubte mich wahrlich schon wieder im Berliner Kreise zu bewegen.» Viktoria bedauerte, dass Bismarck nicht als Zuschauer in ein Gefecht geriet. Der Hass des Kronprinzenpaares blieb trotz Viktorias Kriegsbegeisterung unverändert. Fritz schrieb an Bismarck – nach einem Entwurf Viktorias –, er habe kein Programm, er handle «nur nach den Umständen» und werde durch seinen Hintergedanken der Annexion «Preussens Politik völlig verfälschen und Europa gegenüber uns wahrscheinlich eine Niederlage bereiten». Von Viktoria erhielt er eine Rüge, weil er aus ihrem Entwurf einige «absichtlich hineingesetzte spitze Worte» weggelassen habe.

England schlug einen Waffenstillstand und eine Konferenz vor. Aber die Dänen lehnten ab: Schleswig war ohnehin fast völlig besetzt, Jütland war nach ihrer Ansicht vor Angriffen sicher; so hofften sie, durch Blockade und Kaperei den Gegner zu schädigen und eine günstige Lage abwarten zu können. Diese Hoffnung war irrig. Bismarck setzte in Wien durch, dass Wrangel jetzt doch bis an die Nordspitze Jütlands marschieren durfte, oder – wie Bismarck übermütig an Roon schrieb – «das alte Kind kann morgen mit neuen Stiefeln ins Wasser patschen». Jetzt erklärten sich die Dänen zu einer Konferenz in London bereit. Wenige Tage vorher erstürmten die Preussen die Düppeler Schanzen.

## FRIEDENSKONFERENZ

*Die schleswig-holsteinische Sache ist der diplomatische Feldzug, auf den ich am stolzesten bin.*

*Bismarck*

### I

Als die Diplomaten Europas sich kummervoll und schwerfällig an dem grossen Konferenztisch im Londoner Königspalast niederliessen, lag ein hämisches Grinsen auf den Lippen aller Gegner Bismarcks. Jetzt steckte er in der eigenen Falle. Er musste die Herzogtümer von Dänemark loslösen: weder sein König noch sein Volk konnten nach diesen Siegen eine andere Lösung dulden. Aber hatte er nicht treuherzig den Grossmächten versichert, er marschiere für die Durchführung des Londoner Protokolls? Hatte er nicht mit Österreich vereinbart, die Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogtümern solle bestehenbleiben? Aus diesem Zirkel konnte er nicht entkommen.

Aber Bismarck fasste die Sache ganz anders an. Er hatte kein Programm, keinen Spielplan vor sich liegen. Er wollte nur von Tag zu Tag seine Steine vorrücken und die Fehler der Gegner abwarten.

Zunächst musste man «das Stadium der Personalunion durchmachen». Aber man musste es so durchmachen, dass sie weder angenommen wurde, noch an Preussens Widerspruch scheiterte. Bismarck liess Bernstorff eine überaus gewundene Erklärung abgeben; sie verlangte die «vollständige Unabhängigkeit der Herzogtümer» und erklärte hinsichtlich des Souveräns sybillinisch, der rechtmässige Souverän müsse noch ermittelt werden. Aber Bismarck hätte sich soviel Mühe gar nicht zu machen brauchen. Wieder einmal besorgten seine Feinde die Arbeit für ihn. Der Gedanke der Personalunion war dem dänischen Reichstag unerträg-

lich, denn bei einer Personalunion hatte er selbst in den Herzogtümern gar nichts zu sagen; lediglich der dänische König verfügte dann über eine zweite Krone; dieser Besitz konnte ihn – angesichts der Güte der schleswig-holsteinischen Truppen – höchstens unabhängiger von dem Kopenhagener Parlament machen. So erklärte die dänische Delegation, auch wenn der König von Dänemark Herrscher des neuen selbständigen Staates werde, sei dieser Plan undiskutierbar; sie lehne es ab, ihn auch nur nach Kopenhagen weiterzugeben. Es wäre unmöglich gewesen, törichter zu verfahren. Bismarcks Hoffnung, dieser Vorschlag werde an der Torheit der Dänen scheitern, war schneller in Erfüllung gegangen als er hatte hoffen können.

## II

Aber was sollte jetzt geschehen? Unmöglich konnte Bismarck schon jetzt die Angliederung an Preussen Vorschlägen. Vielmehr musste jetzt ein zweites Stadium durchlaufen werden. Bismarck tat genau das, was alle am wenigsten von ihm erwarteten: er schlug den Augustenburger als Herzog vor. Der Grund dieses Schachzugs war einfach: Bismarck sah voraus: so bitter Österreich auch bisher den Augustenburger bekämpft hatte, nunmehr musste es den Prinzen vorschlagen, um auf alle Fälle die Angliederung an Preussen zu verhindern. Unter bestimmten Voraussetzungen schien Bismarck auch diese Lösung erträglich. Also regte er sie selbst in Wien an. Rechberg war entzückt, dass Bismarck seinen Gedanken erraten habe. Begeistert war auch König Wilhelm. Er gönnte dem Freund seines Sohnes den Herzogshut und freute sich ehrlich, als er seiner Mutter «als erster» diese gute Nachricht bringen konnte. Gar nicht begeistert war Roon, und er brachte seine Ansicht mit gewohnter Schärfe vor: «im Namen der Armee» müsse er die Besorgnis äussern, der «Ausgang der ruhmvollen Operation» werde das «unrühmliche Ende» der jetzigen preussischen Regierung sein.

Österreich und Preussen beantragten also in London die Einsetzung des Augustenburgers; der Antrag hütete sich freilich sorgfältig, ein



«Recht» des Augustenburgers anzuerkennen; er stellte nur fest, dass die Schleswiger und Holsteiner für ihn seien und dass «er in den Augen Deutschlands die meisten Ansprüche habe». Der österreichische Diplomat Biegeleben meinte, was ihm an Erbrecht abgehe, könne «durch das Recht des Siegers ergänzt werden».

Prinz Friedrich von Augustenburg war – wie seine Umgebung rühmte – ein tugendhafter Mensch. In fester Selbstzucht hatte er sich eine Reinheit errungen, die allen Proben standhielt; zweideutige Unterhaltungen auch in seiner Umgebung empfand er als unangenehm. An festem Durchgreifen war er durch seine Herzengüte behindert. Den Krieg 1848-50 hatte er als Generalstabsoffizier mitgemacht. Nun lebte er mit seiner Familie auf dem märkischen Gut Dölzig. Ungern verliess er diesen Frieden; nur Gewissenhaftigkeit führte ihn auf die politische Bühne. Seine Gewissenhaftigkeit steigerte sich leicht zur Entschlusslosigkeit; er pflegte sich dann in Denkschriften zu flüchten. Das Volk empfand diese Eigenart: man sprach von seinem Dölzig für niente, und als er nicht mit in den Krieg zog, sagte man: «Dolce est pro patria mori, Doiziger pro patria non mori!» Grossen Wert legte er auf Volkstümlichkeit. Er wollte sie erringen, indem er sich mit fortschrittlichen Ratgebern umgab und zu fortschrittlichen Anschauungen bekannte. Er wandte sich auch mit einer Bitte um Anerkennung an Napoleon III. und unterbreitete der «erleuchteten Würdigung» des Franzosenkaisers die Frage seines Rechtes; freilich musste der Brief 10 Tage liegenbleiben, weil in seiner Umgebung niemand hinreichend gut französisch sprach. Der Franzosenkaiser antwortete natürlich kühl und hinhaltend. Wie sollte er sich festlegen, ehe der genaue Stand dieser Schachfigur geklärt war!

Von Preussen hielt Friedrich der Sachte unter dem Einfluss seiner Ratgeber wenig; er meinte vor dem Kriege, es stehe gegenwärtig sehr tief im übrigen Deutschland. Nachlässig hatte er noch hingeworfen: wolle Preussen sich später seiner Sache anschliessen, so werde ihm das natürlich ganz lieb sein. Aber er gehe seinen Weg ohne alle Rücksicht



*Bismarck 1864 (49jährig)*

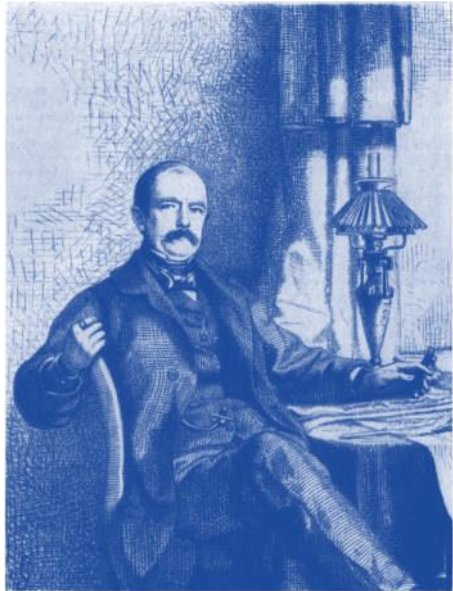


*Bismarck (1870 vor der Kriegserklärung)*

*Bismarck und Pauline Lucca 1865*



*Bismarck (51jährig) auf Schloss Putbus 1866*





*Helmuth von Moltke*



*Robert Graf von der Goltz*

*Eduard Lasker*



*Ludwig Bamberger*



auf Preussen. Als der Liberale Bernhardi – ursprünglich ein Vorkämpfer des Augustenburgers – einwendete, der Streit um seine Thronfolge könne zu einem neuen Rheinbund führen, erwiderte der Prinz, das könne wohl sein, aber er dürfe auf diese Gefahren, so sehr er sie bedaure, keine Rücksicht nehmen; er habe bestimmte Pflichten gegen die Herzogtümer zu erfüllen und gehe seinen geraden Weg vorwärts ohne Rücksicht darauf, was daraus entstehe. Es war der alte bequeme Standpunkt einer Ethik, die die Verantwortung für die Folgen der eigenen Taten ablehnt. Von einer solchen Gemütslage aus zu einem zutreffenden Bild der Welt und vollends zu richtigen Entschlüssen zu gelangen, war schwierig.

Schwerlich hätte sich der unglückliche Thronbewerber in diese Sackgasse verirrt, wäre er nicht so schlecht beraten gewesen. Der von Schuldbewusstsein geplagte Vater riet ihm, mit Berlin überhaupt nicht zu verhandeln; wenn er es aber tue, solle er «Herr in seinem Lande und über seine Truppen bleiben», wobei der alte Herzog ganz überging, dass Friedrich ja nirgends Herr war, und zwar vor allem weil gerade er, sein Vater, seine Rechte für einige Millionen Kronen aufgegeben hatte. Noch mehr wirkte sich der Einfluss des vielbeschäftigten Juristen Samwer aus, der an der Erhebung Schleswig-Holsteins beteiligt gewesen war. Er behauptete seit Jahren, Bismarck sei ständig halb betrunken, was jetzt jedermann einsehe. Einem Freunde schrieb er: «Über Bismarck ist wohl alle Welt minus ‚Kreuzzeitung‘ einig. Man kann gar nicht darüber schreiben, der andere ist ohne Weiteres einverstanden. Die Geschichte gibt wohl kein Beispiel eines solchen Ministers ... Manteuffel war ja ein Pitt gegen diesen Burschen.» In der Tiefe des Herzens wollte Samwer sich an Bismarcks Stelle setzen und Ministerpräsident eines fortschrittlichen preussischen Kabinetts werden, dessen Zusammensetzung er schon im Kopfe hatte. Es wäre für Friedrich schwer gewesen, einen schlechteren Ratgeber zu finden.

Bismarck hielt die augustenburgische Lösung nur dann für tragbar, falls der neue Herzog bereit war, bestimmte preussische Bedingungen

anzunehmen. Er sollte etwa eine Stellung erhalten, wie sie 6 Jahre später alle deutschen Fürsten gegenüber dem Kaiserreich einnahmen, und er sollte darüber hinaus einige lokale Sonderrechte an Preussen abtreten. Ausserdem legte Bismarck Wert darauf, dass sein Regime konservativ sei. Die schleswig-holsteinische Verfassung von 1848, die der Herzog bereits zugesagt hatte, verlieh der Volksvertretung grössere Rechte als jede andere deutsche Landesverfassung. Bismarck wollte sich dagegen sichern, dass im Rücken Preussens ein Staat entstehe, der bei jeder Bundestagsabstimmung gegen Preussen stimme und der bei dem drohenden Kampf um die Führung Deutschlands gegen Preussen fechte. Nicht dafür hatte er Blut und Gut Preussens geopfert, um ein Ministerium Samwer einzusetzen. Andererseits war aber Österreich entschlossen, Abmachungen zwischen dem Augustenburger und Preussen zu verhindern. Bismarck drängte deshalb, Friedrich solle so schnell wie möglich nach Berlin kommen, ehe er unter österreichischen Einfluss gerate. Hätte Bismarck die augustenburgische Kandidatur unter allen Umständen zum Scheitern bringen wollen, so hätte er ihn zunächst dem österreichischen Einfluss überlassen.

Erbprinz Friedrich musste sich entscheiden. Traute er sich zu, gegen Preussens Willen an Preussens Grenze ein Herzogtum zu ertrotzen, das die Waffen Preussens für ihn erobert hatten? Schwerlich konnte ihm das gelingen. So musste er also mit Preussen gehen! Dann musste er aber – und das rieten ihm die gescheitesten seiner Freunde – angesichts der preussischen Forderungen das Misstrauen Bismarcks entwaffnen durch die runde Erklärung: «Ja, lieber Freund, das versteht sich ja alles von selbst!»

Aber Friedrich der Sachte war nicht der Mann starker Entschlüsse. Er wollte auf allen Seiten Freunde haben und ahnte nicht, dass er dann keinen einzigen haben konnte. Er betrat die Schwelle Bismarcks mit dem Gefühl eines Souveräns gegenüber einem etwas fragwürdigen Minister, ohne sich klar zu sein: von diesem Mann und von niemandem andern hing sein Schicksal ab. Er überschätzte den Einfluss der deutschen Sangesbrüder und war überzeugt, seine Kandidatur könne keinesfalls mehr rückgängig gemacht werden. Bismarck empfing ihn höflich und sprach

ihn, seine kommende Würde vorwegnehmend, mit «Hoheit» an. Er sagte, der Prinz sei der Kandidat Preussens. Russland verfechte jedoch die Kandidatur des Grossherzogs von Oldenburg und halte ihn – Friedrich – für den Kandidaten der Revolution. Der Ausgang der Londoner Konferenz lasse sich nicht vorhersagen. England und Frankreich seien dafür, den nördlichen Teil Schlesiens bei Dänemark zu belassen, und zwar das Gebiet nördlich der Schlei. Schliesslich müsse Preussen bestimmte, dem Prinzen schon bekannte Bedingungen stellen.

Jetzt erhob der arme Augustenburger, der im Dunstkreis Samwers und seiner Freunde in einer ganz anderen Welt lebte, Einwendungen. Ein preussisches Aufsichtsrecht über den geplanten Ost-Nordseekanal sei «in seiner Ausdehnung nicht klar». Dass er am Ende des Kanals eine Quadratmeile an Preussen für Befestigungen abtreten solle, könne er seinem Landtag schwer zumuten. An der Verfassung von 1848 könne er im Augenblick nichts ändern. Eine Belassung des Nordteils von Schleswig bei Dänemark schiene ihm unmöglich, wenn sie über einen schmalen Grenzstrich hinausgehe. Mit «schimpflichen» Bedingungen – einem verstümmelten Gebiet, Landabtretungen an Preussen, Übernahme von Kriegskosten – könne er nicht vor seinen Landtag treten. Die Erbschaft könne mit solchen Bedingungen so ruiniert werden, dass es besser sei, sie nicht anzutreten. Auf alle Fälle müsse er sich die Genehmigung seiner Stände vorbehalten; mit dieser Bedingung blieben alle Abmachungen in der Schwebe. Preussen möge mehr darauf hinwirken, sein Herz zu gewinnen.

Bismarck antwortete erstaunt, Preussen habe sein Land befreit und hoffe damit sein Herz gewonnen zu haben. Jetzt liess sich der unglückliche Prinz zu der Bemerkung hinreissen, die Herzogtümer hätten Preussen nicht gerufen; der Deutsche Bund würde die Herzogtümer unter weniger lästigen Bedingungen befreit haben. Diese Auffassung konnte Bismarck leicht widerlegen; er wies daraufhin, dass die Bundestruppen ohne preussischen Rückhalt nicht hätten in Holstein einrücken wollen. Gleichzeitig ging der Ministerpräsident demonstrativ auf die Anrede «Durchlaucht» über; er behandelte ihn damit nicht mehr als Her-

zog von, Schleswig-Holstein, sondern als Erbprinzen von Augustenburg.

Nachträglich hat Bismarck sogar – vermutlich in poetischer Ausschmückung seiner Erzählung – berichtet, er habe die Unterhaltung mit den Worten geschlossen: «Durchlaucht, ein Dichter der plattdeutschen Heimat sagte und ich sage mit ihm: ‚Ick heff dat Kükken sülsen utbrödt; ick kann dat Kükken ok den Hals umdrein!‘ Ich empfehle mich, Durchlaucht!»

Bismarcks englischer Biograph Robertson schliesst seine Schilderung des Gesprächs mit den Worten: «Als der Augustenburger in die laue Juninacht hinauswanderte, wanderte er sich aus der Weltgeschichte hinaus. Oben auf der Treppe zuckte der Ministerpräsident die Schultern. Liberale konnten nie einsehen dass ein halbes Brot besser war als gar keins.» Noch weniger konnte der Prinz ahnen, dass 26 Jahre später sein Schwiegersohn diesen Bismarck aus allen seinen Ämtern entlassen werde: seine Tochter hat Wilhelm II. geheiratet.

Für Bismarck war bei der Unterredung das Entscheidende: war der Augustenburger ein zuverlässiger Bundesgenosse? Gerade diesen Eindruck hatte er nicht gewonnen. Im Gegenteil: mit diesem Herzog konnte das neue Herzogtum eine Gefahr für Preussen werden. Er war nicht gesonnen, sich diese Gefahr aufzuladen. Bernstorff wurde angewiesen, die Kandidatur des Augustenburgers ohne Nachdruck zu betreiben. Der Augustenburger hatte seine Stunde verspielt.

Erst 3 Wochen später entschloss er sich, an König Wilhelm einen Brief zu schreiben, in dem er weitere Zugeständnisse machte, aber immer noch Bedenken andeutete und versteckte Anklagen gegen Bismarck erhob. Er erklärte nunmehr sogar, er wolle zurücktreten, wenn die Stände seine Zusagen nicht annähmen. Aber um diese Zeit war die Londoner Konferenz schon in der Auflösung und vor allem hatte er bei Bismarck und beim König unverwischbar den Eindruck hinterlassen, kein sicherer Verbündeter Preussens zu sein. Bismarck soll später gesagt haben, er habe damals seinen Herrgott angefleht, den Augustenburger mit Blindheit zu schlagen, «und er hat mich erhört».

### III

Die Personalunion war von Dänemark abgelehnt. Aber England blieb feindselig; als der Vertreter des Deutschen Bundes, der sächsische Premierminister Beust, zufrieden meldete, Englands Animosität richte sich mehr gegen die beiden deutschen Grossmächte als gegen den deutschen Bund, schrieb Bismarck an den Rand: «Sehr erklärlich, Schafe erregen nicht Animosität.»

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Abgrenzung des neuen Herzogtums. Die neutralen Mächte schlugen als Grenze die Schlei vor. Befestigungen dürften nicht angelegt werden, auch nicht im Kieler Hafen. Der Grenzvorschlag war unbillig; er überliess grosse deutschsprechende Gebiete an Dänemark. Bernstorff erwiderte Russell, nach den Erfahrungen der letzten 30 Jahre könne man deutsche Untertanen dem König von Dänemark nicht anvertrauen; Russel antwortete mit Tränen in der Stimme, so etwas könne er nach Kopenhagen nicht mitteilen.

Nunmehr verlangte Bismarck mit schärfstem Nachdruck, die Bewohner Schleswigs sollten über den Verlauf der Grenze selbst abstimmen. Dieser Vorschlag verursachte allgemeine Entrüstung, denn die Grossmächte wussten, dass nur wenige Grenzbezirke für Dänemark stimmen würden. Der englische Vertreter, der nach den demokratischen Grundsätzen seiner Regierung für diesen Plan hätte eintreten müssen, erwiderte, unmöglich könne man die Untertanen des Königs von Dänemark befragen, ob sie seine Untertanen bleiben wollten. Ebenso hatten die Österreicher begreifliche Bedenken: bei diesem unheilvollen Grundsatz könne kein Staat bestehen. Auch die konservative preussische Kreuzzeitung erklärte in einem Artikel Wagens, eine Volksabstimmung sei ein Verstoss gegen Vernunft und Gerechtigkeit; die heidnische Basis des Bluts löse die christliche Gemeinschaft der Völker auf.

Sogleich spielte Bismarck seinen nächsten Trumpf: er schlug als Grenzlinie die Sprachgrenze vor: die Linie Flensburg-Tondern. Diese



Linie stimmt fast genau mit der Grenze überein, die 1919 durch Abstimmung ermittelt wurde. Aber der dänische Vertreter, der die Stimmung des Reichstags in Kopenhagen berücksichtigen musste, erklärte, dieser Vorschlag sei undiskutierbar. Die Schleigrenze sei das letzte Wort der Dänen.

Die Dänen begingen einen Fehler: sie hielten die dänischen Inseln für unangreifbar und sie hofften durch ihre Blockade, Preussen zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Ausserdem glaubten sie, England meine, was es sage. England liess es auch nicht an Drohungen fehlen. Staatssekretär Clarendon sagte zu Bernstorff: «Ich kann natürlich keine offizielle Erklärung abgeben; als Freund versichere ich Ihnen: so sicher wie wir in diesem Augenblick im Buckingham-Schloss sind: wenn der Krieg wieder beginnt, wird England an ihm teilnehmen.» Aber Bismarck antwortete dem englischen Gesandten in Berlin frostig, es sei ihm gleichgültig, ob England in den Krieg eintrete. Rechberg, der keine so guten Nerven hatte wie Bismarck, fürchtete das Eingreifen der Engländer. Bismarck überspielte ihn mit der Erklärung, wenn Österreich nicht länger mitmache, so werde Preussen die Feindseligkeiten gegen Dänemark allein wieder aufnehmen – er habe gar nichts gegen diese Lösung. Bismarck wusste: England wollte nur gegen Preussen und Österreich fechten, wenn Frankreich mitging, und Frankreich wollte den günstigen Augenblick abwarten, den Bismarck ihm für die Zukunft mit unbestimmten Worten an die Wand gemalt hatte. Es bewährte sich, dass Bismarck Österreich mit in die Partie genommen hatte und dass – dank seiner vorsichtigen Politik – Russland auf seiner Seite stand. Gortschakoff sagte dem englischen Gesandten kühl, er ziehe ein bewaffnetes Eingreifen Englands überhaupt nicht in Erwägung. In Bismarcks Spiel griff ein Rad ins andere. An allen Stellen Europas bewährten sich jene Schachzüge Bismarcks, die das deutsche Volk und seine Parlamente so scharf missbilligt hatten; gerade sie hatten die Voraussetzung für den Erfolg geschaffen.

Frankreichs Zurückhaltung entschied die Frage. Das englische Kabinett stimmte gegen die Stimmen Palmerstons und Russells abermals für

den Frieden. England habe nichts bei einem Krieg gegen die deutschen Mächte zu gewinnen, deren solide Kräfte einen Block zwischen Frankreich und Russland bildeten und damit einem alten englischen Interesse entsprächen. Der französische Aussenminister höhnte: «Das muss man den Engländern lassen: sie tun nichts halb: mit Wucht ziehen sie sich jetzt zurück.» Russell gab unter vier Augen zu, dass «die Erhöhung der Einkommensteuer um auch nur 2 Pence den Krieg zugunsten Dänemarks vollkommen unpopulär machen würde».

Im Grunde waren auch er und Palmerston froh über die Ablehnung ihrer Vorschläge. Ein englischer Biograph Bismarcks hat bitter gesagt, die Londoner Konferenz sei der Tiefpunkt der britischen moralischen Kraft und der Bankrott des französischen Kaiserreichs gewesen. In der letzten Konferenzsitzung beschuldigten die Dänen den englischen Aussenminister, ihr Land aufgehetzt zu haben und es jetzt im Stiche zu lassen. Russel erwiderte schnöde und unzutreffend, er habe nie etwas versprochen.

## SIEG

*Warum soll Preussen in den Elbherzogtümern einen neuen Kleinstaat, das heisst einen neuen Gegner, eine neue Nullität, ein Schwaben des Nordens errichten helfen? Warum nicht in Deutschland Einigung da, wo sie möglich ist, sofort realisieren, d.h. annectieren? ... Ist es uns vergönnt die praktische Wiederaufnahme des grossen Gedankens, der in der Paulskirche waltete, noch selber zu erleben, so wird alsdann für dieses Ziel jedes Mittel, auch das der Gewalt gerechtfertigt sein; denn die Notwendigkeit und die Nation reden beide im kategorischen Imperativ.*

*Theodor Mommsen*

## I

Die Londoner Konferenz ging ohne Ergebnis auseinander. Niemand konnte sagen, Bismarck habe sie gesprengt. Im Gegenteil, mit verblüffender Nachgiebigkeit hatten seine Gesandten allen möglichen Vorschlägen zugestimmt. Wie kam es nur, dass die andern sein Spiel gespielt, die Konferenz auf den Sand gesetzt und ihm freie Fahrt verschafft hatten?

Auf die diplomatische Überraschung folgte die militärische: die Preussen landeten auf der Insel Alsen. Sie trafen sofort Vorbereitungen, um nach der Insel Fünen überzusetzen – und das auf Bismarcks Wunsch in möglichst auffälliger Weise, denn Friedensliebe sei bei den Dänen nur ein Erzeugnis der Furcht.

Vielleicht hat Bismarck damals ein noch kühneres Spiel gespielt. Schweden drohte einzugreifen, und sein Eingreifen hätte den allgemeinen Krieg doch noch hervorrufen können. Aber plötzlich wurden in Stockholm Dokumente veröffentlicht, welche den Anschein erweckten,

als wenn Russland den deutschen Mächten weitgehend Hilfe zugesagt habe und bei einem schwedischen Eingreifen Truppen an der finnischen Grenze bereitstellen werde. Wir wissen bis heute weder, ob die Aktenstücke echt waren, noch ob sie von Bismarck lanciert wurden; auf alle Fälle waren sie geeignet, die Friedfertigkeit der Neutralen zu stärken.

Ein neues dänisches Kabinett vereinbarte einen Waffenstillstand. Als Roon während des Waffenstillstands wünschte, Österreich sollte weitere Schiffe nach Norden senden, lehnte Bismarck das ab; er halte das «nicht für ehrlichen Krieg». Wenige Wochen darauf traten die Dänen Schleswig-Holstein und das kleine Herzogtum Lauenburg an Preussen und Österreich ab. Eine Entscheidung über das künftige Schicksal des Gebietes wurde nicht getroffen.

So schrankenlos war der Sieg Preussens, dass Königin Viktoria ihre Tochter im Auftrag ihres Aussenministers bat, Preussen möge grossmütig sein und Dänemark nicht ganz von der Landkarte streichen. Aber solch napoleonische Politik – wie auch den von andern angeregten Eintritt Dänemarks in den Deutschen Bund – lehnte Bismarck als «unpolitisch» ab. Verständigerweise dachte auch niemand in Deutschland daran, die Halbinsel Jütland, eine wichtige europäische Machtposition, von Dänemark loszulösen – eine Mässigung, die andere Nationen in dieser Lage vielleicht nicht besessen hätten. Aber der preussische Generalstabschef Moltke war keine Eroberernatur.

## II

Helmuth von Moltke war der Sohn eines mecklenburgischen Edelmannes, der in dänischen Diensten bis zum General aufstieg, und einer bürgerlichen Mutter. Die Jugend verbrachte er im dänischen Kadettenkorps. Sie war hart: «Da ich keine Erziehung, sondern nur Prügel erhalten, so hat sich bei mir kein Charakter ausbilden können Das fühle ich oft schmerzlich. Dieser Mangel an Halt in sich selbst, dies beständige Rücksichtnehmen auf die Meinung anderer, selbst die Präponderanz

[Übergewicht] der Vernunft über Neigung verursachen mir oft einen moralischen Katzenjammer, der bei anderen gerade aus dem Gegenteil einzutreten pflegt. Man hat sich ja beeilt, jeden hervorstechenden Charakterzug zu verwischen, jede Eigentümlichkeit wie die Schösslinge einer Taxuswand fein beizeiten abzukapseln. . . . Wie beneide ich fast alle anderen Menschen um ihre Fehler, manchmal um ihre Derbheit, Unbekümmertheit und Geradheit. . . .»

Als Leutnant trat er in preussische Dienste. Als Prinz Wilhelm den jungen gelehrten Offizier bei einer Parade zum ersten Male sah, sagte er mit ärgerlichem Kopfschütteln: «Keine gute Akquisition.»

Moltke sprach fünf Sprachen, schrieb eine Novelle und umfangreiche Übersetzungen und war so arm, dass er sich nicht satt essen konnte. Er wurde stets nur in der Adjutantur, im Vermessungsdienst oder im Generalstab beschäftigt. Er hat weder eine Kompanie noch eine andere Einheit geführt; die erste Truppe, deren Führung er übernahm, war das preussische Gesamtheer im Krieg 1866. Als Hauptmann war er zwei Jahre Instruktionsoffizier in der Türkei und nahm an einem Feldzug gegen Ägypten teil. Da der türkische Pascha Moltkes Ratschläge nicht befolgte, wurde er völlig geschlagen. Als Moltke heimkam, empfing ihn Friedrich Wilhelm III., der nur in Infinitiven sprach: «Für Berichte danken, Hauptmann von Moltke. Braver Offizier. Ihnen den Orden Pour le Mérite verleihen.»

Der Vierzigjährige verlobte sich mit der 15jährigen Stieftochter seiner Schwester; sie war ein heiteres, immer zu neckischen Streichen aufgelegtes Geschöpf. Dank dieses Gegensatzes war die Ehe überaus glücklich. Mit grosser Behutsamkeit hat er versucht, seine Braut zu beeinflussen; diese Briefe spiegeln sein ganzes Wesen: «Lass Dir's gesagt sein, gute Marie, dass Freundlichkeit gegen jedermann die erste Lebensregel ist, die uns manchen Kummer sparen kann, und dass Du selbst gegen die, welche Dir nicht gefallen, verbindlich sein kannst, ohne falsch und unwahr zu werden. Die wahre Höflichkeit und der feinste Weltton ist die angeborene Freundlichkeit eines wohlwollenden Herzens. Bei

mir hat eine schlechte Erziehung und eine Jugend voller Entbehrungen dies Gefühl oft erstickt, öfter auch die Äusserung desselben zurückgedrängt, und so stehe ich da mit der angelernten, kalten, hochmütigen Höflichkeit, die selten jemand für sich gewinnt. Du hingegen bist jung und hübsch, wirst, so Gott will, keine Entbehrung kennenlernen, jeder tritt Dir freundlich entgegen, so versäume denn auch nicht, den Menschen wieder freundlich zu begegnen und sie zu gewinnen. ... Wer in sich selbst nicht das Gefühl seiner Würde findet, sondern sie in der Meinung anderer suchen muss, der liest stets in den Augen anderer Menschen, wie jemand, der falsche Haare trägt, in jeden Spiegel sieht, ob sich auch nicht etwas verschoben hat.. . Gesteh ich's doch, gute Marie, dass ich diese schönen Lehren von mir selbst abstrahiere. Mein ganzes Auftreten ist nur eine mit Zuversichtlichkeit und usage du monde über-tünchte Blödigkeit. Die langjährige Unterdrückung, in welcher ich aufgewachsen, hat meinem Charakter unheilbare Wunden geschlagen, mein Gemüt niedergedrückt und den guten, edlen Stolz geknickt. Spät erst habe ich angefangen, aus mir selbst wieder aufzubauen, was umgerissen war, hilf Du mir fortan, mich zu bessern. ... Es kann gar nicht ausbleiben, dass ich im Vergleich mit anderen Männern, die Du hier sehen wirst, sehr oft zurückstehen werde. Auf jedem Ball findest Du welche, die besser tanzen, die elegantere Toilette machen, in jeder Gesellschaft, die lebhafter sprechen, die besserer Laune sind als ich. Aber dass Du das findest, hindert gar nicht, dass Du mich nicht doch lieber haben könntest als sie alle, sofern Du nur glaubst, dass ich es besser mit Dir meine als alle diese. . . . Und nun gib mir einen Kuss, so will ich das Schulmeistern seinlassen.»

Alle Briefe Moltkes sind wie er selbst: zart und warm, aber ohne Leidenschaft; durchsichtig wie ein Kristall, aber von mühsam herbeigeführter Einheitlichkeit. Moltke hatte mehr vom Gelehrten und vom Künstler als vom Soldaten – er zeichnete sein Leben lang; nach eigenem Wunsch wäre er Geschichtspräsident geworden. Bismarck hat den romantischen Einschuss nie überwunden, Moltke war eine klassische Natur. Die vulkanischen Tiefen des Staatsmannes warfen manche Lava empor; Molt-

kes Wesen ist wie in Silber getrieben. Bismarck bebte Beethoven, Moltke Mozart. «Moltke war sein ganzes Leben lang in jeder Beziehung ein sehr mässiger Mann, während ich mein Licht immer an beiden Enden gebrannt habe, besonders in meinen jüngeren Tagen», hat Bismarck einmal im Alter gesagt. Wenn Bismarck nicht schlafen konnte, so lag es daran, dass er im Bette Unterhaltungen mit seinen Gegnern entwarf und über die Antworten ergrimnte, die er ihnen selbst in den Mund legte. Moltke ging, wenn er keinen Schlaf fand, mit gezählten Schritten im Zimmer auf und ab: «Ich machte im Zimmer eine Promenade ab von genau gezählt 5'000 Schritt = ½ Meile. Da das Zimmer sehr klein und voll Möbel war, so bewegte ich mich (ich brauchte reichlich eine Stunde) wie die Hyäne im Käfig.» Bismarck lebte mit der Natur durch alle Jahreszeiten hindurch. Moltke schrieb: «Ich begrüsse den Übergang zum Sommer stets mit Freude. Denn man lebt doch eigentlich nur im Sommer und zwar nur des Abends, wenn man spazierenreitet.» Um Bismarck hat es stets nach Pulver gerochen; er erwiderte nach seinem Abschied seinem Freund Keyserling auf den Rat, er müsse jetzt das Beispiel eines harmonischen Lebensabends geben: «Warum soll ich harmonisch sein?» Von Moltke bekannte selbst ein Mann wie der streitbare Zentrumsführer Windthorst, seine Ruhe habe auf ihn eine beruhigende Wirkung. Bei Bismarck hat niemand, der ihn sah, das Löwenhafte in seinem Wesen verkannt. Moltke sah nach dem Urteil Clarendons aus «wie zwischen Notar und Professor»; er war selbst ärgerlich, als Lenbach etwas vom Helden in ihn hineinlegen wollte, das er gar nicht habe.

Moltkes Laufbahn stieg nur langsam. Als Major wollte er sich pensionieren lassen, «da ich mir ohnehin sagen muss, dass ich zu einer grösseren Wirksamkeit als der bisherigen die nötigen Fähigkeiten nicht besitze». Der König machte ihn zum Adjutanten seines Neffen, des Prinzen Friedrich Wilhelm, aber dessen Vater, der Thronfolger, missbilligte diese Wahl und versetzte Moltke weg, sobald er Prinzregent wurde. Er machte ihn zum Chef des Generalstabs; dieser Posten war damals wenig bedeutend. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass fast auf dem Wege

der Strafversetzung der entscheidende Mann an die entscheidende Stelle gelangte – eine Stelle, der er freilich erst selbst Bedeutung verliehen hat.

In der neuen Stellung wurde er auch den Politikern bekannt. Ein Jahr vor Bismarcks Berufung dachte man im Freundeskreis des Kronprinzen daran, Moltke dem König als Aussenminister vorzuschlagen. «Gott soll mich bewahren», antwortete er zunächst, lehnte aber dann nicht völlig ab. Aber der Plan versandete in den Anfängen. Bei einer späteren Gelegenheit hat Moltke gesagt: «Im Krieg ist meine Hand eisern, im Frieden aber zu weich.» Es fehlte ihm an Machtwillen. Der grosse General war von Natur kein Kämpfer. Moltke blieben Volk und Armee fast unbekannt. Erst kurz vor dem Krieg von 1866 befahl der König, seine Befehle für die operativen Bewegungen der Armee sollten durch den Chef des Generalstabs an die Kommandobehörden gehen.

### III

Der Dänenkrieg schlug auch den Fortschrittlern tiefe Wunden. Sie hatten prophezeit, Bismarck in seinem altmodischen Legitimusismus werde das Land den Dänen belassen, sie hatten ihm jeden Groschen verweigert – und jetzt war Schleswig-Holstein befreit. Dass der Augustenburger nicht darin regierte, wurde den meisten bald gleichgültig. Er war ja nur das Symbol für die Befreiung vom Dänenjoch gewesen. Im Gegenteil: der Gedanke bürgerte sich ein, Preussen möge dieses Land nicht für Friedrich den Sachten, sondern für sich selbst befreit haben.

Selbst gebildete und besonnene Fortschrittsabgeordnete, wie der Danziger Anwalt Forckenbeck, schlossen ihre Augen vor der Wirklichkeit; ihr Weltbild war eingeeengt auf den Konflikt: «Ein System, das in schweren Zeiten dem Lande nur immer mehr Menschen und Geld abfordert, dessen Lasten drückend empfunden werden und sich naturgemäss immer mehr steigern müssen, ein System, welches, um sich aufrechtzuerhalten, jede Freiheit rauben, jedes Bollwerk der Verfassung zuletzt niederreissen muss, und welches andererseits nicht einmal einen



äußeren Erfolg bietet, ein solches System muss zusammenbrechen. Möge es dann nur nichts anderes begraben als sich selbst.» Jeder Satz stand in Widerspruch zur Wirklichkeit: die Steuerlasten waren gering, das Heer verjüngt und glänzend bewährt, Schleswig-Holstein befreit – aber trotzdem erntete diese Rede stürmischen Beifall. Viele Liberale trösteten sich mit der Schwärze der Zukunft: sie prophezeiten, ein Bürgerkrieg werde Deutschland entwürdigen und zertrümmern, und ein «französisches Protektorat über die deutsche Volksruine» werde das Ende sein. Sybel erklärte, die Soldaten und Offiziere hätten gesiegt, «trotz der diplomatischen Führung». Man könne mit dem König Frieden machen, aber die Minister müsse man gerichtlich zur Verantwortung ziehen. Wenn durch diesen Prozess die auswärtige Politik Schaden leide, so seien eben die Minister schuld; die Nation könne darüber nicht hinwegsehen «und wenn ein Engel vom Himmel ihr dafür die Herrschaft Preussens über ganz Europa verheisse». Schulze-Delitzsch schrieb, «ohne Rücksicht auf den Siegeschwindel» müsse man den Kampf gegen Bismarck fortsetzen. Der Ausschuss der deutschen Parlamente nahm die ganze Ehre des Sieges für sich in Anspruch: «Dem Abgeordnetentag und den Vereins Versammlungen ist es gelungen, die deutschen Grossmächte auf den Weg zu drängen, den sie widerwillig gezogen sind, und dem Ausland zu zeigen, dass es ein deutsches Volk gibt.» Wolfgang Menzel schrieb zu diesem Beschlusse: «So sagt der Bajazzo, wenn der erste Reiter seine Kunst produziert hat: das hat er von mir gelernt!»

Bismarck beantragte nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten von 20 Millionen Talern; die Regierung hatte sie zunächst aus Haushaltsüberschüssen und aus dem Staatsschatz gedeckt. Er erklärte, wenn das Haus wiederum ablehne, so möge es klar aussprechen, welche Politik es in der schleswig-holsteinischen Frage vorschlage. Aber mit dieser Forderung traf er die Fortschrittler ins Herz. Sie wollten teils den Augustenburger, teils die Einverleibung. So verwarfen sie sämtliche Anträge ohne Gegenvorschlag.

Die Regierung verlangte ferner 10 Millionen Taler für die Marine. Die Flotte war volkstümlich; ihr Ausbau war die natürliche Folge der

Befreiung Schleswig-Holsteins. Aber der Bericht der Kommission fand zwar den Gedanken einer Kriegsflotte lobenswert, lehnte es aber ab, einen Pfennig zu bewilligen. Selbst für diesen volkstümlichen Zweck wollte man dieser Regierung kein Geld zur Verfügung stellen. Bismarck antwortete, er habe mit Spannung dem Bericht der Kommission entgegengesehen: «Ich glaubte, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfnis haben, noch bestimmter und schneller die maritimen Unternehmungen zu fördern; ich war nicht darauf gefasst, in dem Bericht der Kommission eine indirekte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte. Auch diese deutsche Flotte scheiterte daran, dass in den deutschen Gebieten, ebenso in den höheren, regierenden Kreisen, wie in den niederen, die Parteilichenschaft mächtiger war als der Gemeinsinn. . . . Sie zweifeln an unserer Befähigung und an unserem Beruf, Staatsgeschäfte zu treiben. Ich bin nicht unbescheiden genug, dass mir nicht selbst mitunter solche Zweifel beikämen; ich bin überzeugt, dass jeder der Herren, die diese Phrase unterschrieben haben, die Sache an meiner Stelle besser gemacht haben würde; aber den Beweis davon haben Sie noch nicht gegeben.» Da der Bericht des Ausschusses behauptet hatte, dem Landtag sei die Befreiung Schleswig-Holsteins zu verdanken, fügte Bismarck ironisch hinzu: «Haben Sie mit der Verweigerung der Anleihe, die wir damals von Ihnen verlangten, Düppel erobert und Alsen, dann, meine Herren, habe ich auch die Hoffnung, dass aus Ihrer Verweigerung der jetzigen Anleihe auch eine preussische Flotte hervorgehoben werde.» Hannibal Fischer hatte 1852, als sich die deutschen Regierungen über eine Flotte nicht einigen konnten, die Versteigerung geleitet.

Diese Ausführungen riefen Rudolf Virchow auf den Plan. Der grosse Pathologe gehörte der Fortschrittspartei an; er pflegte zu sagen, als Naturforscher könne er nur Republikaner sein. Er hatte 1848 Barrikaden bauen helfen, «dann aber, da ich nur eine Pistole bekommen hatte, nicht wesentlich mehr nützen können». Im Landtag vertrat er die Ansicht, die preussische Aussenpolitik müsse «eine sichtbare moralische Linie» haben.

Seine politische Tätigkeit bezeichnete er als «Erholung»; sie erfordere einen kleineren Aufwand an Kraft und Anstrengung als die stille Arbeit des Gelehrten. Virchow erklärte, die Erfolge in Schleswig-Holstein seien nicht Bismarcks Verdienst, sondern Zufall. Ohne festes Programm lasse der Ministerpräsident das Staatsschiff je nach dem Winde treiben. Wenn er den Ausschussbericht mit Hannibal Fischer in Verbindung bringe, so habe er ihn offenbar nicht ganz gelesen. Andernfalls wisse er nicht, was er von der Wahrhaftigkeit des Ministerpräsidenten denken solle. Als Beweis las er die Lobesworte vor, welche der Bericht dem Gedanken einer Kriegsflotte gewidmet hatte.

Gegen innerpolitische Gegner war Bismarck nichts weniger als geduldig. Aber auch ein geduldigerer Mensch hätte diese Rede schwerlich ertragen. Bismarck hatte in dem Schleswig-Holstein-Konflikt eine staatsmännische Leistung vollbracht, wie die Geschichte nur wenige kennt: Virchow nannte sie Zufall. Er hatte mit unendlichem Geschick alle Klippen umschifft: Virchow warf ihm vor, er lasse das Schiff treiben. Er hatte zutreffend festgestellt, dass der Kommissionsbericht für die Flotte trotz aller Lobesworte keinen Pfennig bewillige und dadurch die Flotte preisgebe: Virchow beschuldigte ihn der Lüge.

Bismarck antwortete mit erstaunlicher Zurückhaltung: «Der Herr Vorredner hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt hätte, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich, was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, anderes tun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir anderen. Ich habe das Wort aber nicht deshalb ergriffen, sondern um einen Ausfall gegen meine Person von ganz spezifischem Charakter zu beantworten. Der Referent bemerkt, wenn ich den Bericht wirklich gelesen hätte, so wisse er nicht, was er von meiner Wahrheitsliebe denken solle. Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wissen, dass er sich damit der technischen und speziellen Wendung gegen mich bedient hat, vermöge deren man einen Streit auf das rein persönliche Gebiet zu werfen pflegt, um denjenigen, gegen den man

den Zweifel an seiner Wahrheitsliebe gerichtet hat, zu zwingen, dass er sich persönliche Genugtuung fordert. Ich frage Sie, meine Herren, wohin soll man mit diesem Tone kommen? Wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Kuratier erledigen? Es liesse sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist. Wenn das aber nicht, meine Herren, was bleibt mir dann anderes übrig, als gegen einen solchen starken Ausdruck meinerseits einen noch stärkeren wieder zu gebrauchen? Es ist dies, da wir Sie nicht verklagen können, der einzige Weg, auf dem wir uns Genugtuung verschaffen können; ich wünschte aber nicht, dass Sie uns in die Notwendigkeit versetzen, ihn zu betreten.»

Er baute Virchow eine Brücke mit dem Satze, es wäre ihm lieb, wenn er diese Beleidigung im stenographischen Bericht nicht wiederfinde. Aber Virchow war selbst in diesem Einzelfall so starrsinnig wie die Fortschrittler in ihrer Gesamtpolitik. Er verbesserte das Stenogramm nicht, und Bismarck sandte ihm eine Forderung. Das Abgeordnetenhaus beschloss, die Volksboten seien für Äusserungen im Parlament keine Genugtuung schuldig, und Virchow erwiderte spöttisch, nur mit dem Operationsmesser stehe er zu Diensten. Der Zweikampf unterblieb.

#### IV

Aber immer mehr zeigte sich: die Volksboten hatten keine sichere Mehrheit mehr hinter sich. Zu der Taktik des Konflikts gehörte ein stillschweigendes Bündnis mit dem jeweiligen Feinde des Staates, auch dem Feinde im Ausland. Dieses Bündnis wollte die siegesbegeisterte Nation jetzt nicht mehr hinnehmen. Unruh schrieb an Hoverbeck, die Partei sei völlig zerfahren; einig sei man nur noch in der Negation und in der Phrase. Hoverbeck erwiderte: «Wenn es noch so gut wäre. Aber selbst das kann man nicht.» Aus dem Nationalverein trat ein Drittel der Mitglieder aus. «Wie der Magnetberg der Sage die eisernen Nägel aus dem Schiffe zieht, so holte Bismarck aus dem Einheits- und Freiheitspro-

gramm der liberalen Nationalpartei alles heraus, den inneren Halt und den Glauben an sich selbst.» (Oncken) Der Historiker Droysen sagte zu Gruner, der einer der massgebenden Männer der «Neuen Ära» gewesen war: «Wenn Ihr noch am Ruder wärt, stünden wir heute noch vor der schleswigschen Grenze.»

Twesten empfahl die Angliederung der Herzogtümer an Preussen und wurde sogleich verschrien als Verleugner der Volksrechte. Theodor Mommsen – selbst Schleswig-Holsteiner, der vor dem Krieg empfohlen hatte, jeder Deutsche solle an den Augustenburger soviel Geld freiwillig abführen wie er an Steuern zahle – schrieb jetzt eine Schrift für die Annexion Schleswig-Holsteins: aus Vaterlandsliebe müsse er sich gegen einen neuen Kleinstaat wenden.

Vollends ein Mann wie der bayerische katholische Politiker Joseph Eduard Jörg sah jetzt seine Prophezeiungen bestätigt. Er hatte schon bei Beginn des schleswig-holsteinischen Konflikts erklärt, man werde sich einmal fragen, ob jemals eine Partei in diplomatischen Weltfragen mit so kindlicher Naivität, mit so knabenhafter Petulanz [Leichtfertigkeit] aufgetreten sei. «Es ist das schwere Verhängnis Preussens, dass es in dieser entscheidenden Stunde der Sklave eines maulfertigen Liberalismus sein muss, dessen politische Impotenz zu den weltbekannten Tatsachen zählt . . . Schon zu einer Zeit als noch jeder liberale Stiefel sich an dem Herrn von Bismarck putzte, haben wir vorausgesagt, dass Bismarck, sobald sich ihm die Möglichkeit zu einer grossen aussenpolitischen Aktion biete, das Feld in Preussen behaupten werde. Diese Wendung von der doktrinären Phantasiepolitik zur vernünftigen Realpolitik ist durchaus zu begrüssen.»

Es gab unter den Liberalen einen Kopf, der eine grosse und echte schöpferische Begabung besass und sie später im Amt bewiesen hat: Johannes Miquel, ein Niedersachse mit südfranzösischem Einschlag aus der Hugenottenzeit. 24jährig hatte er an Marx geschrieben: «Kommunist und Atheist – will ich wie Sie die Diktatur der Arbeiterklasse»; er empfahl, «den individuellen Hass, die Rachelust des Bauern, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den Herrn» auszubeuten; die Religion sei ein

bürgerliches Vorurteil, das Christentum ein notwendiges Übel. Dieses Jugendstadium überwand er rasch; schon zwei Jahre später urteilte der Führer der hannoverischen Liberalen, Rudolf von Bennigsen, Miquel sei an Geist und Wissen der bedeutendste Mensch, den er je kennengelernt habe. Er wurde hannoverischer Abgeordneter und Oberbürgermeister von Osnabrück. Nach dem Dänenkrieg erklärte er rundum: «Wir hatten zuerst praktisch zu agitieren um Wiederherstellung der Verfassung in Kurhessen, und wer hat den Ausschlag gegeben und geben müssen? Meine Herren, ich sage mit entschiedener Betonung: Bismarck. Wer hat den Zollverein wiederhergestellt? Es ist unter der Regierung Bismarcks geschehen. Wer hat das österreichische Reformprojekt vereitelt? Herr von Bismarck. Wer hat Schleswig-Holstein befreit? Herr von Bismarck. Sie werden nicht verkennen, dass ich weit entfernt bin, dem Ministerium Bismarck Lorbeeren zu streuen. Alles, was hier Herr von Bismarck tat, hat er vielleicht wider Willen getan, aber hat es im Interesse Preussens zugleich für Deutschland getan und tun müssen, da in allen grossen Fragen das deutsche und preussische Interesse zusammenfällt.»

Ein Jahr später schrieb Baumgarten in seiner «Selbstkritik des Liberalismus»: «Wir schienen uns einzubilden, es genüge, in einigen hundert Versammlungen das Recht der Herzogtümer zu proklamieren, der Himmel werde dann schon die Freundlichkeit haben, den bösen Bismarck niederzuschmettern. Aber es heisst bekanntlich: Hilf dir selber und der Himmel wird dir helfen. Der Himmel hat es noch nie mit sentimentalen Lamentationen, sondern stets mit männlichen Taten gehalten.»

## **DER KAMPF UM DIE EINIGUNG DEUTSCHLANDS**

*Der wirkliche Geschichtsverlauf hat gegenüber allen hypothetischen Konstruktionen die Wahrscheinlichkeit für sich, dass in ihm – trotz aller mitspielenden, oft sehr wichtigen Zufälle – die realen Kräfte sich ausgewirkt haben, wie es jeweils ihrem wirklichen Stärkeverhältnis entsprach.*

*Gerhard Ritter*

## WAS SOLL AUS SCHLESWIG-HOLSTEIN WERDEN?

*Ein offenes Recht des Herzogs von Augustenburg lag nicht vor, und durch den Verkauf der Erbrechte seines Hauses, dem er wenigstens stillschweigend zugestimmt hatte, war er selbst, wenn auch ein Schein eines formellen Rechtes übrigblieb, desselben unwürdig geworden.*

*Bischof Ketteler*

### I

Auf einer Wiese unter schattenden Buchen nahe Karlsbad spielt ein Dutzend Menschen Blinde Kuh. Eine hochgewachsene, junge Frau tappt, russische Worte murmelnd, mit der Binde vor den Augen umher. Inzwischen schleicht, ungesehen von ihr, durch den Wald eine kleine Musikkapelle herbei, geführt von einem Riesen mit spärlichen, rotblonden Haaren auf dem fast kahlen Schädel. Ein würdevoller alter Herr mit weissem Backenbarte übernimmt die Rolle des Dirigenten und ergreift einen Zweig als Taktstock. Mit einem Tusch setzt die Tanzkapelle ein, die tappende Dame erschrickt, aber schon hat sie der rotblonde Herr ergriffen und wälzt lachend mit ihr über die grüne Fläche. Bismarck hat der tanzfreudigen Grossfürstin Helene eine Überraschung bereiten wollen, und der königliche Dirigent lächelt gutmütig über die immer neuen Einfälle seines Ministerpräsidenten. Die Freundschaft mit Helene hat Bismarck in den folgenden Jahren zweimal geholfen.

Einige Tage darauf ist er in Schloss Schönbrunn bei Wien, um den Frieden mit Dänemark abzuschliessen. Überall wird er angestaunt «wie ein Nilpferd». Dass er aus anderem Holze geschnitzt ist als andere Staatsmänner, empfindet selbst der Generaladjutant Franz Josefs, Graf



Crenneville, und schreibt in sein Tagebuch: «Er ist ein ganzer Kerl; wäre ich ein Preusse, so hätte ich ihn fresslieb ... Er gefiel mir ausserordentlich, obwohl ich in vielen Dingen nicht seiner Ansicht bin.» Andere schütteln den Kopf über seine unbekümmerte Art zu sprechen, und Kaiser Franz Joseph muss sie besänftigen: «Was Bismarck gesagt haben mag, will ich nicht näher untersuchen. Er hat seine grossen Fehler, von denen wir aus früherer Zeit was zu erzählen wissen, und einer dieser Fehler ist, dass er sehr burschikos und übertrieben spricht und mit seinen Reden einschüchtern will.»

Als Sieger ist Bismarck versöhnlich. Die preussische Regierungspresse darf keinen feindlichen Ton gegen Dänemark anschlagen. Die Grenze will er grossmütig ziehen. Aber König Wilhelm kämpft in telegraphischen Instruktionen hartnäckig um jedes Dorf. Bismarck tobt über die Bevormundung. Wie oft in solcher Lage wird er krank. Roon schreibt ihm drohend: «Ich hörte, dass Sie leidend wären. Ist das Ernst? Sie dürfen nicht krank sein, das ist Landesverrat!» Bismarck will abreisen und die Friedensverhandlungen dem preussischen Gesandten in Wien überlassen; im letzten Augenblick gelingt ihm die Verständigung mit dem König.

## II

Der Sieg war errungen, die Probleme begannen. Was sollte aus Schleswig und Holstein werden? Der Plan, den Bismarck dem Grafen Rechberg in Schönbrunn andeutete und den Rechberg sogleich in einen Vertragsentwurf verwandeln liess – vielleicht gegen Bismarcks Absicht – dieser Plan war kühn: Preussen verpflichtete sich, im Falle italienischer Verwicklungen dem Kaiserstaat beizustehen, ihm Venetien zu erhalten, die Lombardei zurückzuerobern und in der Toskana die habsburgische Herrschaft wiedereinzusetzen. Italien solle wieder ein blosser Staatenbund werden. Dann wolle man gemeinsam Frankreich schlagen und das Elsass zurückholen. War diese Beute errungen, so sollte Preussen Schleswig-Holstein erhalten und den Oberbefehl in Norddeutschland.

War diese Regelung nur als «Zwischenlösung» gedacht? Bismarck hat diesen Begriff schwerlich gekannt. Er neigte zu dem Satz: «Tun was vorliegt, warten was wird.» Wenn jener Plan sich verwirklichen liess, wenn die schwarzweissen und schwarzgelben Fahnen und mit ihnen die aller andern deutschen Länder vor Paris wehten, konnte man prüfen, welche Möglichkeiten die neue Lage barg.

Der erste, der über diesen himmelstürmenden Plan sein sorgenvolles Haupt beugte, war der 34jährige Kaiser von Österreich. Franz Joseph I. war der gewissenhafteste Beamte seines Reiches. Die Aufgaben des Alltags vermochte er schnell aufzufassen; selbständige Wege zu gehen, liebte er nicht. Seine Persönlichkeit verschwand im Amt. Er war nüchtern wie Wüstensand. Das Unpersönliche seines Wesens kam ihm für das Regieren so vieler Völker und Länder zustatten. Im Verkehr beschränkte er sich nicht auf die «Cousinage», den historischen Adel, sondern zog auch Personen heran, deren Familien erst in den letzten Jahrhunderten geadelt waren, ja gelegentlich selbst Bürgerliche – diese beiden letzten Gruppen allerdings nur, sofern sie von ihm durch Betrauung mit einem hohen Amt ausgezeichnet worden waren. Auch durfte man mit ihm nur über Themen sprechen, die er selbst angeschnitten hatte. Er hielt – sogar hinsichtlich der höchsten Staatsstellungen – alle Menschen für beliebig auswechselbare Geschöpfe. Die Gabe seines Gegenspielers Wilhelm, auch kräftige Naturen, ja Genies zu ertragen, besass er nicht. Von Menschen mit unbeugsamen Überzeugungen und offener Sprache pflegte er sich zu trennen. Sein Gesichtskreis war begrenzt. Bücher las er nicht. «Es ist nicht sein Fehler», sagte seine Gattin, «dass er wie ein geborener Korporal ist».

Elisabeth war eine Frau von ungewöhnlicher Anmut. Auch wenn sie eine Bürgerin gewesen wäre, hätte sie im schlichsten Gewand jeden Vorübergehenden bis zum Erschrecken entzückt; mit der Würde einer Kaiserin ausgestattet, schlug sie ein 40 Millionenvolk in einen erotischen Bann. Franz Joseph liebte Elisabeth mit der Leidenschaft, deren seine hölzerne Natur überhaupt fähig war, aber er vermochte in ihr kein

Gefühl zu entzünden. In endlosen Reisen, halsbrecherischen Ritten und einsamen Nachspaziergängen auf den Schlossterassen suchte ihre unbefriedigte Natur sich vergeblich zu entspannen. Der Kaiser resignierte – hier wie so oft in der Politik. Seine Resignation hatte aber keine religiöse Färbung; er war auch auf diesem Gebiet Formalist. Sein Trost war die Jagd; in den ersten 12 Jahren seiner Regierung hat er 20'876 Stück Wild erlegt.

Franz Joseph und Wilhelm prüfen den Schönbrunner Plan. Der Habsburger fragt den Hohenzollern kurzerhand: «Willst Du die Herzogtümer zur preussischen Provinz machen?» Bismarck wirft ein, er freue sich über diese Frage, denn bei dieser Gelegenheit werde er endlich die Ansicht seines Monarchen erfahren. Verlegen antwortet König Wilhelm: «Ich habe ja kein Recht auf die Herzogtümer.» Schüchtern fügt er hinzu, wenn sie ihm angeboten würden, werde er nicht Nein sagen. Aus solcher Einstellung heraus ist der grosse Plan nicht zu verwirklichen. Er versinkt im Nichts. Alles bleibt in der Schwebel. Die Räte der Wiener Staatskanzlei sind froh. Sie missbilligen die Freundschaft mit Preussen, sie missbilligen auch, dass selbst ihr steinerner Monarch in letzter Zeit eine «beängstigende Sympathie» für das sichere Wesen des preussischen Staatsmannes gezeigt hat.

Jetzt wankt Rechbergs Stellung. Seine Politik der Freundschaft mit Preussen hatte der habsburgischen Monarchie keine Erfolge gebracht. Den letzten Anstoss zu seinem Sturz gab eine Frage zweiten Ranges. Sie betraf den deutschen Zollverein.

Preussen wünschte, auf seiner freihändlerischen Bahn fortzuschreiten und einen Handelsvertrag mit Frankreich zu niedrigen Zollsätzen abzuschliessen. Bismarck hat später einmal, als man ihn nach seinen Wirtschaftsanschauungen in jener Zeit gefragt hat, lachend geantwortet, er würde stolz sein, wenn er damals überhaupt irgendwelche gehabt hätte; er sei nur den Fachmännern gefolgt. Aber er stellte seine Stosskraft in den Dienst der wirtschaftlichen Vernunft: um die Zustimmung der anderen Mitglieder zu erzwingen, kündigte er entschlossen den Zollverein. Die Süddeutschen zögerten. Um die Mauer zu durchbrechen, bestach Bismarck den Kurfürsten von Hessen durch eine hohe Zuwendung an

seine morganatische Gattin. Jetzt gaben auch die andern nach und stimmten dem Vertrag mit Frankreich zu. Österreich hätte gern teilgenommen, aber bei diesen niedrigen Zollsätzen wollte seine Industrie den Wettbewerb nicht wagen. Auch Bismarck war gegen seinen Eintritt. Aber er wollte wenigstens eine freundliche Geste machen: der Vertrag solle eine Bestimmung enthalten, dass über eine Zolleinigung mit Österreich erneut verhandelt werde, wenn der Vertrag in 7 Jahren ablaufe. Ein ähnlicher Artikel hatte auch in den bisherigen Abmachungen gestanden; es war eine zu nichts verpflichtende Höflichkeitsfloskel. Rechberg legte den grössten Wert auf diesen Satz, aber der Berliner Sachbearbeiter, der liberale Geheimrat Rudolf Delbrück, widersetzte sich aus ethischen Gründen: «Preussen spricht mit dem Art. 25 eine bewusste Unwahrheit aus, es weiss, dass es nach sieben Jahren die Zolleinigung mit Österreich ebenso bestimmt ablehnen wird wie heute, und doch sagt es eine Verhandlung darüber zu. Diese Unwahrheit würde sich rächen, wie sich jede Unwahrheit rächt.» Jeder Schritt dieses Gedankengangs war verfehlt: niemand konnte voraussagen, ob 1872 nicht Preussens Stellung so gefestigt war, dass es den österreichischen Rivalen im Zollverein nicht zu fürchten brauchte, und Delbrücks frommer Kinderglaube, dass jede Unwahrheit sich in der Politik räche, sprach mehr für sein Herz als für seinen Kopf. Aber der Geheimrat erklärte: wenn er diesen Artikel aufnehmen müsse, so erbitte er seinen Abschied. Unterstützt wurde er von der Königin Auguste. Verärgert schrieb Bismarck an Roon: «Es sitzt dort nahe an unserem politischen Herzen ein geheimrätlicher Rheumatismus im Handels- und Finanzministerium, für den uns bisher das richtige Senfpflaster fehlt. Die Herren sind sich darüber ganz klar, dass sie der jetzigen Regierung Verlegenheiten bereiten, wenn sie unsere Beziehungen zu Österreich und Bayern durch unnötige Schroffheiten erschweren, von denen wir nicht den mindesten realen Vorteil haben, höchstens den augenblicklichen Kitzel triumphierender Zeitungsartikel, die praktisch keinen Pfifferling wert sind und die wir auf dem Felde der wirklichen Politik teuer zu bezahlen haben werden.»

Aber unglücklicherweise war Bismarck damals grade in Biarritz; er konnte den König nur mit Telegrammen bombardieren, Preussen möge Rechberg, seinen besten Freund, nicht aus dem Sattel heben. Aber Delbrück nahm den Artikel nicht auf, und Rechberg ging.

Erst nach seiner Rückkehr aus Biarritz setzte Bismarck eine entsprechende Floskel durch. Merkwürdigerweise hat er Delbrück seinen Eigensinn nicht verübelt, sondern mit dem erfahrenen und gescheiten Mann noch 15 Jahre eng zusammengearbeitet; er hat sogar einmal öffentlich anerkannt, bei Meinungsverschiedenheiten würde er im Zweifel sein, ob er sich nicht besser seinem Urteil füge. «Die Stärke der Stellung von Delbrück», sagte Savigny, «beruht darin, dass er sich nur für das interessiert, was Bismarck langweilt». Rechberg hat noch als Neunzigjähriger die Ansicht vertreten: wäre ich am Ruder geblieben, so wäre es nie zu dem Krieg von 1866 gekommen.

### III

Als neuen Aussenminister berief der Kaiser einen seiner Freunde, den Kavalleriegeneral Grafen Mensdorff. Der Graf war durch seine Mutter, eine koburgische Prinzessin, mit vielen europäischen Fürstenhäusern verwandt. Er war ein gescheiter Mensch, tapfer im Kugelregen und nicht ohne den Zauber jener schlaffen Anmut, die damals und später das Ideal der österreichischen Aristokratie war. Er besass wenig Energie und viele Bedenken; den neuen Posten übernahm er nach langem Weigern auf Befehl des Kaisers. Er war sehr beeinflussbar und man befürchtete, dass er einen Zickzackkurs fahren werde. Sein Kollege Belcredi sagte von ihm, seine Verwandtschaft mit dem Hause Koburg-Gotha habe ihm etwas vom «gothaischen» Deutschen eingeimpft, d.h. von jenem weltunkundigen, schwankenden Idealismus, der den Nationalverein beseelte. Mensdorff brachte es fertig, dem französischen Botschafter zu sagen: «Wenn Herr von Bismarck sehr kühn ist, so bin ich sehr geduldig.» In diesen Worten lag schon Königgrätz.

So oft Mensdorff in irgendeiner Frage nicht zum Entschluss kam, stieg er in den ersten Stock der Staatskanzlei hinauf zu dem Minister ohne Geschäftsbereich, Graf Esterhazy. Und dann war alles verloren. Der Ungar war ein krankhafter Sonderling, der sich wochenlang in ein dunkles Gemach einschloss, der als Gesandter in Rom monatelang keine Zeile geschrieben hatte und dessen geistige Störungen schliesslich so offenkundig wurden, dass man ihn in eine geschlossene Anstalt bringen musste. Aus lauter Bequemlichkeit hatte er die ungarische wie die deutsche Sprache weitgehend verlernt und sprach auch mit seinen Kollegen meist französisch. Er bestand nur aus Sorgen und Kritik. In jedem Glas Wasser sah er mit blossen Augen die Infusorien. Zu jeder Frage liess er sich Denkschriften anfertigen; zwar las er sie nicht, aber sie genügten, um seine Untätigkeit zu rechtfertigen. Mit doppelten Bedenken beladen stieg Mensdorff die Treppe wieder hinunter.

In dieser Welt blasser Entschlusslosigkeit gewannen einige Nicht-Österreicher die Oberhand, die in der Wiener Staatskanzlei Referenten waren. Der bedeutendste von ihnen war der Darmstädter Ludwig von Biegeleben, ein magerer nervöser Mann, der an Österreichertum die ältesten Grafengeschlechter des Habsburger Reiches überbot. Es ist immer ein Unglück, wenn ein feuriges Temperament und ein messerscharfer Verstand nicht durch die Bürde der Verantwortung im Gleichgewicht gehalten werden. Biegeleben wünschte, Österreich möge sich rechtzeitig der zweideutigen Umarmung Preussens entwinden und sich mit Frankreich verbünden, um Preussen zu zerschlagen. Aber zwischen Frankreich und Österreich lag Venetien, das Napoleon dem Königreich Italien versprochen hatte. Nun gut, so musste man es ihm geben und dafür Schlesien hereinholen und Frankreich auf dem Balkan belohnen. Freilich bedeutete das einen Krieg von Wien und Paris gegen Berlin und Petersburg. Aber Biegeleben glaubte, die altherwürdige Monarchie sei diesem Sturm gewachsen. (Hätte Franz Joseph diesen Weg eingeschlagen, so hätte er sich plötzlich allein gesehen: es wäre ein Kinderspiel für Napoleon gewesen, bei dieser Kombination seinen eigenen Anteil sicherzustellen und dann Österreich den Russen und Preussen als Beute

hinzuwerfen.) Der Hesse – eine verkrampfte Natur, die sich durch schulmeisterliche, aber vorzüglich stilisierte Noten Überlegenheitsgefühle verschaffte –, der Hesse kannte weder den Charakter Napoleons noch die labile Grundlage seiner Herrschaft noch das Wesen der Menschen. Biegeleben wollte die glorreiche Monarchie der Habsburger in den grossen Kampf mit den Hohenzollern hineinführen – und er hat sie hineingeführt. Als alles zusammengebrochen war, überliess er es Gott, die Gerechtigkeit wiederherzustellen; in einem seiner «Geharnischten Sonette über 1866» rief er Bismarck zu:

*Der Tod wird nicht an Deine Türe pochen,  
Eh' Gott Dein Werk Dir hat gezeigt in Scherben.  
Dann wirst Du das Geschick der Seelen erben,  
Die des Gewissens letzten Bann gebrochen.*

Aber auch das österreichische Volk hat später Biegelebens Zuneigung eingebüsst, weil es sich von ihm hat ins Verderben führen lassen:

*Und lasset Gott den Tag des Heiles dämmern,  
Dich wird er unwert finden, ihn zu sehen,  
Ein Volk von Toren, Wucherern und Schlemmern.*

Rechberg hatte mit Preussen gegen Frankreich marschieren wollen, Biegeleben mit Frankreich gegen Preussen. Franz Joseph traf keine Entscheidung. Sein Herzenswunsch war, alles zu lassen wie es war – eine unselige Idee im Zeitalter Bismarcks und Napoleons III. Aber Franz Joseph konnte den Nebel seiner Gefühls- und Grundsatzpolitik nicht durchstossen – durchstossen bis zu der nüchternen Klarheit, dass das innerlich wankende, äusserlich bedrohte und finanziell bankrotte Österreich, wenn es das preussische Bündnis brauchte, um seine Stellung zu festigen, dafür *bezahlen* musste.

Eines der ersten Probleme, mit dem der arme Kavalleriegeneral sich plagen musste, zeigte deutlich die zwiespältige Natur des deutschen Bundes. Noch lagerten behaglich in den Dörfern Holsteins die Bundes-  
truppen – Sachsen und Hannoveraner –, die der Deutsche Bund vor dem

dänischen Krieg nach Holstein «zur Bundesexekution» gegen König Christian von Dänemark entsandt und die damals Holstein kampflos besetzt hatten. Bismarck verlangte ihren Abzug; der Zweck der Exekution sei erfüllt; ihr Zielpunkt – König Christian – sei nicht einmal mehr Landesherr. Hannover stimmte zu: eine Fortdauer würde «ein beklagenswerter Verstoss gegen die Exekutionsordnung sein».

Aber der sächsische Ministerpräsident von Beust weigerte sich, aus Holstein abzumarschieren: mit den Waffen würden sich die tapferen sächsischen Grenadiere ihrer Vertreibung widersetzen. Für ihn handelte es sich um den Grundgedanken seines Lebens: die deutschen Mittel- und Kleinstaaten sollten nicht einen Zoll ihrer Selbständigkeit aufgeben, und der Bund, das Instrument, mit dem die Kleinen die Grossen majorisieren konnten, musste das letzte Wort in Deutschland sprechen. Aber das Spiel des kleinen Sachsen, hinter dem weder Recht noch Macht stand, liess sich mit Bismarck nicht spielen. Er überzeugte seinen König, es sei im Völkerleben wünschenswert, nicht für übermässig geduldig gehalten zu werden. Preussische Truppen versammelten sich an der sächsischen Grenze, und Bismarck teilte Beust mit, wenn in Holstein ein Schuss gegen die preussischen Bataillone falle, werde Dresden besetzt. Beust gab nicht nach; er mobilisierte, schaffte die Kassen auf die Festung Königstein und bereitete einen Rückzug der Truppen in das verbündete Bayern vor.

Aber Bismarck fand eine Lösung. Er veranlasste König Johann von Sachsen, einen Privatbrief an König Wilhelm zu schreiben; der Sachse fand die geschickte Formulierung, eine Schildwache – die sächsischen Truppen in Holstein – dürfe nicht abrücken ohne Befehl ihres Kriegsherrn, nämlich des Bundes. Der Bund fasste den notwendigen Beschluss, und die Bundestruppen rückten ab.

#### IV

Biegeleben war entschlossen, auch die Preussen aus Schleswig-Holstein zu vertreiben und den Augustenburger einzusetzen. So sandte er dem österreichischen Gesandten in Berlin, Graf Karolyi, einen langen



Erlass, dem man anmerkte, mit welchem Genuss er Spitze um Spitze angebracht hatte. Der Kern der Note war der meisterhaft stilisierte, nur ganz leicht ironische Satz: «In seinem königl. Alliierten von Preussen liebt und verehrt der Kaiser einen Gesinnungsgenossen, mit welchem er den Ruhm der Rechtlichkeit, konservative Überzeugungen und Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache teilt. Der Kaiser zählt daher fest darauf, dass der König von Preussen, gleich ihm selbst, auch die Tugend der Entsagung zu üben und die eigenen Wünsche zu begrenzen wissen werde, soweit dies nötig ist, um der höheren Rücksicht auf Erhaltung und Befestigung des österreichisch-preussischen Bündnisses Genüge zu tun.» Eine Einverleibung in Preussen: weder rechtlich noch politisch sei sie möglich! Noch entschiedener sei die Gründung eines halbsouveränen Staates abzulehnen. Preussen könne Vorteile in Schleswig-Holstein nur erhalten, soweit es mit den Bundesgesetzen vereinbar sei – welche freilich leider diese Möglichkeit nicht vorsahen. Und nachdem Biegeleben der berliner Regierung die Treue zu den Zehn Geboten innig ans Herz gelegt hatte, fügte er hinzu: höchstens wenn Preussen mit Österreich Halbpart machen würde, sei der apostolische Kaiser – wenn auch ungern – in der Lage, seine moralischen und politischen Skrupel zu überwinden. Aber sein erhabener Monarch müsse es weit von sich weisen, bares Geld anzunehmen: schlesisches Grenzgebiet und das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen: bei solchen Angeboten würde das Problem ein neues Gesicht gewinnen.

Als Karolyi dem preussischen Ministerpräsidenten diesen Erlass vorlas, fühlte sich Bismarck – wie Karolyi berichtete – «etwas angedonert». Biegeleben zögerte nicht, diesen Donner zu verstärken: die Einsetzung des Augustenburgers sei unaufschiebbar. Bismarck antwortete mit einem ausgesucht höflichen Hinhalten: es gebe viele Möglichkeiten: man könne die Herzogtümer zwischen Preussen und Österreich teilen, man könne Österreich mit Geld entschädigen, man könne einen gemeinsamen Krieg zur Wiedergewinnung der Lombardei führen. Wenn von zwei Gästen einer keinen Appetit auf ein Gericht habe, solle er doch

dem andern nicht das Zugreifen verbieten. Preussen und Österreich könnten gemeinsam jede Lösung durchsetzen; auf etwas oppositionelles Geschrei komme es nicht an. Selbstverständlich ändere Preussen nichts ohne Österreichs Zustimmung. Die kaiserliche Uniform sei dem König heilig; ein Gefreiter und 6 Mann würden ausreichen, um Österreichs Ansprüche in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Zunächst werde Preussen einmal die Forderungen zusammenstellen, die es aus geographischen und politischen Gründen stellen müsse, wenn ein neuer Bundesstaat gegründet werden solle. Auch dass Österreich Sachsen bei seiner Politik bisweilen unterstütze, nehme er nicht tragisch. Österreich habe mit Preussen eine Vernunft Ehe geschlossen; Preussen müsse ein Auge zu drücken, wenn Österreich sich mit seiner sächsischen Mätresse Familiaritäten erlaube. Bismarck behandelte die Frage, grade weil Biegeleben soviel Pathos auffuhr, mit spielerischem Humor. Vollends im Kladderadatsch musste Biegeleben zu seinem Ärger lesen:

1. *Wir wollen dasselbe, was Österreich will, nämlich annectieren. Also sind wir einig.*
2. *Was haben wir Österreich zu bieten? Nichts! Was will sich Österreich von uns bieten lassen? Nichts! Also sind wir einig.*

Biegeleben war empört. Aber recht wohl war ihm bei seiner Politik nicht. Ärgerlich schrieb er, am liebsten würde er ganz «Holstein samt Prälaten und Ritterschaft dem Gottseibeius» überantworten. Auch für ihn war der Augustenburger nur eine Schachfigur.

## V

Im Februar 1865 teilte Bismarck Wien die Bedingungen mit, unter denen er der Einsetzung des Augustenburgers zustimmen wolle: ewiges Bündnis mit Preussen, Verschmelzung der beiden Heere, Abtretung kleiner Gebiete an den beiden Mündungen des Nordostseekanals, den Preussen auf eigene Kosten bauen werde, und preussischer Kriegshafen in Friedrichsort an der Kieler Bucht. Es war ein Vertrag, wie ihn ähnlich

alle norddeutschen Staaten 2 Jahre später mit Preussen geschlossen haben. Aber damals schien er vielen unerträglich. Selbst der Zar sprach von einem schlechten Scherz. Biegeleben sagte: «Lieber Kartoffel bauen als unter solchen Bedingungen regierender Herr sein.» Friedrich lehnte ab; mehr noch: Samwer lancierte einen Artikel in die Schleswig-Holsteinische Zeitung, der Herzog müsse den mächtigen Schutz Frankreichs anrufen, und wenn Deutschland dadurch das linke Rheinufer verlieren solle.

Bismarck erklärte, er könne warten. Geduld und Gewalt waren ihm gleich vertraut. Er hatte noch andere Pfeile im Köcher. Über seinen Bankier Gerson (von) Bleichröder knüpfte er mit dem österreichischen Finanzminister an und bot eine gewaltige Geldentschädigung. Über Mendorffs Schwägerin, Gräfin Hatzfeld, malte er nochmals die Allianz von Schönbrunn an die Wand. Den Schleswig-Holsteinern rechnete er vor, was die Selbständigkeit kosten würde: wurde Schleswig-Holstein nicht preussisch, so musste es die Kriegskosten selbst bezahlen. Wolten sich die Meerumschlungenen wirklich für 50 Millionen Taler einen Herzog kaufen? Er deutete auch an, er persönlich sei für die Abtretung der Grafschaft Glatz, aber der König wolle keinen «Seelenschacher». Moltke empfahl den Tausch gegen Hohenzollern-Sigmaringen.

Da brachten die Mittelstaaten das schleswig-holsteinische Problem vor den Bundestag. Was würde Preussen, was Österreich jetzt tun? Österreich und Preussen hatten vereinbart, nur gemeinsam über die Herzogtümer zu verfügen; Wien war also nicht berechtigt, dem Bundestag die Entscheidung zu überlassen.

Der Unterschied zwischen Wien und Berlin wird erschreckend deutlich aus zwei Briefen, die hierüber fast am gleichen Tag geschrieben wurden. Bismarck instruierte seinen Bundestaggesandten Savigny mit den Sätzen: «Wir sind friedfertig und wünschen Verweisung an den Ausschuss; bei so vorgeschrittener Entwicklung des Geschwürs, wie sie aus Ihrem Telegramm erhellt, ist dies das einzige Mittel, Zeit zur Besinnung zu gewähren. Wird sie nicht akzeptiert oder nicht benutzt, so werden wir sehn, wer in unruhigem Wasser der beste Schwimmer ist; wir

werden dann mit gutem Gewissen jeder Eventualität entgegengehen und jeden Handschuh aufnehmen, der uns hingeworfen wird, sollte es auch ein kaiserlicher sein. Lassen Sie Kübeck [dem österreichischen Gesandten] keine Zweifel darüber, dass wir mutige und zuverlässige Bundesgenossen unsrer Freunde, aber auch auf jede Gefahr hin furchtlose Streiter gegen unsre Gegner sein werden.» Am Tag vorher hatte sein Wiener Kollege geschrieben: «Ich habe die dumme schleswig-holsteinische Frage nicht erfunden und muss leider an den Sünden der früheren Jahre würgen. Ob wir ohne Zusammenstoss aus dieser langweiligsten der langweiligen Angelegenheiten herauskommen, vermag ich noch nicht zu bestimmen.»

Bismarck langweilte sich nicht, er führte seine Politik Schritt für Schritt weiter. Preussen verlegte seine Marinestation von Danzig nach Kiel; um die Abmachungen nicht zu verletzen, verringerte es gleichzeitig die Zahl seiner Landsoldaten in Schleswig-Holstein entsprechend und stellte Österreich ironisch anheim, in Kiel auch eine Marinestation zu errichten. Auf Biegelebens Protest antwortete Bismarck präzise; nur eine in Berlin einrückende siegreiche österreichische Armee von 200'000 Mann kann Preussen von seinem Entschluss abbringen. Mensdorff sah die Gefahr und wollte Schleswig-Holstein für bestimmte Gegenleistungen opfern. Hätte er diese Politik kraftvoll verfolgt, so hätte er Österreich gerettet. Der gemeinsame Weg nach Schleswig musste nicht in Königgrätz enden, er hätte auch zu einem zweiköpfigen Deutschland führen können. Aber Mensdorff war – wie Bismarck einmal von einem anderen Gegenspieler gesagt hat – «zu schwach, um nachgeben zu können». Bismarck hatte vorgeschlagen, den Antrag der Mittelstaaten durch Überweisung an einen Ausschuss zu beerdigen. Mensdorff wollte jedoch seine mittelstaatlichen Freunde nicht verstimmen und lehnte ab, diesen Ausweg zu betreten. Er hatte sich damit ins Unrecht gesetzt.

Jetzt liess Bismarck Österreich keine Zweifel. Eigenhändig schrieb er an Karolyi: «Wir gelangen damit an eine Bifurcation (Wegegabel), von der ich wünsche, dass sie uns nicht auf lange auseinanderführen möge;

aber so wie die Sachen liegen, lauten unsre Fahrbillets leider auf divergierende Linien, und wir können für diese Reise nicht in das Coupé steigen, welches Sie schon mit andern teilen.» Karolyi sandte den Brief nach Wien, «als humoristische Illustration der augenblicklichen Stimmung Bismarcks!» Als der sächsische Gesandte, Graf Hohenthal, dem preussischen Ministerpräsidenten Vorhaltungen machte, erwiderte Bismarck mit dem Zitat aus dem Teil:

*Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit  
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.*

Bismarcks Festigkeit setzte sich durch: der Bundestag begnügte sich mit der «vertrauensvollen Erwartung», Österreich und Preussen würden das Land dem Augustenburger bald übergeben.

Jetzt setzte Biegeleben den einzigen – freilich schwachen – Hebel an, über den er verfügte: die österreichische Verwaltung in den Herzogtümern begünstigte, wo sie nur konnte, den Augustenburger und versuchte, den preussischen Einfluss lahmzulegen. Schildwachen wurden – vermutlich nicht ohne Mitwirkung Samwers – angegriffen. Die augustenburgisch gesinnten Beamten tyrannisierten in begreiflicher Revanchestimmung auch die Dänen in Nordschleswig. Aber hier schob Bismarck sofort die schwere Hand dazwischen. Er schrieb nach Wien: «Die dänischredende Bevölkerung kann mit den veränderten Verhältnissen nur befreundet werden, wenn bei ihrer Behandlung Gerechtigkeit und Billigkeit vorwalten und auch ihre natürlichen Gefühle geschont und geachtet werden.»

Bismarck war nicht bereit, auf dem Wege einer kalten Revolution Friedrich den Sachten als Herrscher einzusetzen. Die europäische Lage war jetzt für Preussen günstig: Frankreich war durch seine mexikanische Expedition gefesselt. England rechnete damit, in den amerikanischen Bürgerkrieg hineingezogen zu werden. Auf Italiens Hilfe konnte Preussen hoffen.

Aber Bismarck liess sich von dieser günstigen Konstellation nicht zum Kampf verlocken. Wie immer wollte er zunächst alle Mittel einer friedlichen Lösung erschöpfen. So schlug er in einem Kronrat vor,

Preussen möge auf die verhassteste der Februarbedingungen verzichten: auf die Verschmelzung der Truppen; es möge sich mit einer Militärkonvention begnügen. Erst wenn dieses Entgegenkommen kein Gehör finde, müsse man – nicht etwa den Krieg erklären, sondern «ein höheres Ziel ins Auge fassen», d.h. die Frage der deutschen Einheit aufwerfen. Wollte der König aber die Einverleibung der Herzogtümer, so sei dies eine Entscheidung, die «aus der eigenen freien Entschliessung Seiner Majestät» hervorgehen müsse. Seine Räte würden dann freudig mitmachen. Er schob die Entscheidung dem König zu, dessen Verantwortungsbewusstsein er kannte. Es war eine sehr sachliche Politik: der Fahneid der Schleswig-Holsteiner war keinen Krieg wert; nur wenn die Frage der deutschen Führung, das «höhere Ziel» auf dem Spiele stand, sollte man zu den Waffen greifen.

Jedoch Roon, Moltke und Manteuffel waren für den Krieg. Manteuffel hatte vor einigen Tagen, als der König ihn nach seiner Meinung fragte und – angeblich – hinzufügte, was denn in seinem Lieblingsdrama Wallenstein über Schleswig-Holstein stünde, schlagfertig – nur zwei Worte ändernd – geantwortet:

*So vieler Preussen adeliges Blut –  
es ist um Gold und Silber nicht geflossen!  
Und nicht mit magerm Lorbeer wollen wir  
zum Vaterland die Wimpel wieder lüften;  
wir wollen Bürger bleiben auf dem Boden,  
den unser König siegend sich erobert.*

Literarische Anspielungen berührten den König von Preussen nicht. Weit mehr wurde sein Urteil beeinflusst durch das Gutachten, welches die Kronjuristen nach halbjähriger Prüfung abgaben. Das preussische Kronsyndikat war ein seit jeher bestehender Ausschuss, der sich aus 4 Universitätsprofessoren, 10 hohen Richtern und 4 Verwaltungsbeamten zusammensetzte. Er entschied mit 16 gegen 1 Stimme: der Erbprinz von Augustenburg hat infolge des Verzichts seines Vaters gar keine Ansprüche. Ebenso wenig bestehen Ansprüche der Häuser Oldenburg oder Brandenburg. Berechtig war früher König Christian von Dänemark und sind jetzt nach dem Wiener Frieden Österreich und Preussen. König Wil-

helm war beglückt und beruhigt: unter diesen Umständen hielt er die Bedingungen, die Preussen dem Augustenburger gestellt hatte, noch für milde. Als Friedrich der Sachte nunmehr geneigt schien, sie anzunehmen, war es zu spät. Er erreichte damit nur, dass Biegeleben seinem Agenten erklärte, Österreich habe dann kein Interesse mehr an ihm: «Wir werden ihn nur als stop-gap [Lückenbüßer] benutzen.» Da der Augustenburger sich mehr und mehr die Befugnisse eines Landesherrn anmasste, forderte ihn König Wilhelm auf, das Land zu verlassen. Friedrich lehnte ab und nahm seinen Abschied als preussischer Offizier.

Wie immer versuchte Bismarck, die Frage auf mehreren Wegen zu lösen. Mit dem bayerischen Ministerpräsidenten von der Pfordten hatte er eine Aussprache, in der er ihn mit jenem einhüllenden Ton vollkommenen Vertrauens behandelte, dem sich kein Gesprächspartner Bismarcks je entziehen konnte. Er sei ganz einverstanden mit einer «Trias»: Norddeutschland unter Preussen, Süddeutschland unter Bayern und daneben Österreich. Er sagte Pfordten, er möge den Augustenburger veranlassen, aus freien Stücken einen Versöhnungsbesuch bei König Wilhelm zu machen. Gleichzeitig bereitete er aber für den Fall, dass Friedrich nicht nachgab, seine Verhaftung vor. Der Augustenburger kam jedoch zu keinem Entschluss.

Mit pädagogischer Taktik hielt sich Bismarck alle Wege offen: den Annexionisten predigte er die Möglichkeit der Versöhnung, die Pazifisten machte er mit der Gefahr des Krieges vertraut, vor allem den Kronprinzen, damit er seinen Augustenburger Freund zum Nachgeben bewege. Den Österreichern drohte er, Preussen werde auf eigene Faust dem bestehenden Rechtszustand Schleswig-Holsteins Geltung verschaffen und die von Österreich begünstigte, vertragswidrige Augustenburgererei beseitigen. Er wollte Wien jetzt systematisch einschüchtern. Die Zeitungen berichteten, er habe das preussisch-österreichische Bündnis als Mühlstein an dem Hals Preussens bezeichnet und gesagt, er wünsche Krieg mit Österreich; König Wilhelm lasse sich nicht wie ein Kurfürst von Brandenburg behandeln. Als Mensdorff den preussischen Gesandten Werther wegen dieser Äußerungen zur Rede stellte, murmelte Wer-

ther, Mensdorff wisse doch, dass Bismarck die Gewohnheit habe, mehr zu sagen, als er meine.

Aber Bismarck war keineswegs sicher, mit seiner Politik durchzudringen. Nach wie vor wurde der König tagtäglich gegen ihn bearbeitet. Am frühen Morgen warteten Kronprinz und Kronprinzessin, beim Frühstück seine Gattin, am Vormittag prophezeite Schleinitz das nahende Verderben, bei Tisch kamen aus London Briefe der Königin Viktoria, am Nachmittag von seinem Schwager, dem Grossherzog von Weimar, der auch den Zaren, seinen Vetter, gegen Bismarck mobilzumachen versuchte, und vor dem Schlafengehen musste er ähnliche Botschaften aus Koburg und Brüssel über sich ergehen lassen. Aber trotz aller Kriegsgefahr gingen der König und Bismarck in das österreichische Karlsbad und später nach Bad Gastein.

Allmählich wurde Franz Joseph ängstlich und sagte seinem Minister Belcredi Anfang Juli, der Krieg sei unvermeidlich. Biegeleben bezeichnete zwar die preussischen Kriegsdrohungen als blosse «Fanfaronade». Aber in Wahrheit stand auch ihm die Angst bis an den Hals: «Wenn ich die Kraft hätte, den frechen Friedensstörer Bismarck von Gastein auf die Festung Kufstein bringen zu lassen, was in ähnlichem Fall sein grosser Fritz sicher getan hätte, das könnte mir die Brust befreien . . . Stattdessen muss ich noch immer fürchten, dass ihm am Ende gar seine verwegenen Spekulationen auf unsere augenblickliche Not und Zerfahrenheit glücken, was Gott verhüten möge!»



## DER VERTRAG VON GASTEIN

*Wenn ich jemals etwas zu verhandeln habe,  
werde ich glücklich sein, wenn ich Bismarck als  
Bevollmächtigten bekommen kann.*

*Ludwig von der Pforden*

### I

Jedem, auf dessen Indiskretion er sich verlassen konnte, erzählte Bismarck, er wünsche den Krieg. Freilich hatte er, der grundsätzlich niemals alles Geld auf eine Karte setzte, auch durchsickern lassen, es gebe Wege, ihn zu vermeiden. Was konnte Wien tun?

Eine Welt von Sorgen lastete auf Franz Joseph. Die Kassen waren leer. Gerichte mussten Amtsdienern die Kosten für Verpflegung der Häftlinge schuldig bleiben. In Zivil- und Strafsachen musste man Sitzungen aus Geldmangel unterlassen. Im Heer wurde die langjährige Dienstzeit durch grosse Urlaube durchlöchert. Und der Geldmangel war noch nicht das schlimmste. Viel gefährlicher war, dass die Ungarn mit drohenden Forderungen an die Pforten der Hofburg klopfen. Der magyarische Adel, von Natur zäher und klüger als der österreichische, wollte Herr in Ungarn werden.

Auch in Preussen war vieles in der Schwebe. Zwar war der Landtagskonflikt von geringer Bedeutung, denn er fand im Volk kein Echo. Aber die Modernisierung der Artillerie war noch nicht durchgeführt, die Hilfe Italiens war unsicher, und Bismarcks eigene Partei, die Konservativen, verabscheuten einen Krieg gegen den Kaiserstaat an der Donau, auf dem der ehrwürdige Staub vieler Jahrhunderte ruhte.

Beide Teile neigten daher zu Verhandlungen. Ob Österreich oder Preussen bei diesen Verhandlungen obsiegen würde, hing ab von der

Standfestigkeit der beteiligten Staatsmänner. Wer Mensdorff, Esterhazy und Biegeleben auf der einen und Bismarck auf der anderen Seite betrachtete, konnte über den Ausgang nicht im Zweifel sein.

Wien entschloss sich den Gesandten Grafen Blome mit Verhandlungen zu beauftragen. Sie sollten in Gastein stattfinden. Blome war ein gescheiter Kopf ohne Illusionen, dessen prägnante Briefe aus dem Stil der üblichen Noten herausfielen. Gebürtiger Hannoveraner, hatte er eine Österreicherin geheiratet und war zum katholischen Glauben übergetreten. Erzkonservativ, hatte er für den Augustenburger keine Neigung.

In Gastein, wo Bismarck zur Kur weilte, traf Blome mit dem preussischen Ministerpräsidenten zusammen. Zu seiner freudigen Überraschung fand er in ihm einen sehr energischen, aber aufgeschlossenen und heiteren Menschen, der viel trank, noch mehr redete, mit haushohen, waghalsigen Einsätzen Karten spielte und mit unerschütterlicher Liebenswürdigkeit riesige Summen an ihn verlor. Er entdeckte zu seiner Freude manches Gemeinsame; so betonte der Preusse vor allem, man müsse die Revolution mit eiserner Faust niederhalten. Blome war stolz, dass er diesen Mann so schnell durchschaute. Der Preusse war offenbar ein gefährlicher Hasardeur, gegen dessen Waghalsigkeit man sich sichern musste, aber im Grunde kein Staatsmann, sondern – wie er nach Wien meldete – nur ein Parteimann, der sich «ausschliesslich durch Gründe der inneren Politik» bestimmen lasse. Österreich müsse ihn am Ruder halten, weil er ein zuverlässiger Verbündeter gegen die Revolution sei. In dem Bericht eines sächsischen Diplomaten an Beust, der auf Äusserungen Blomes beruht, finden sich die Worte: «Bismarck erkennt gar kein Gesetz an, weder ein inneres noch ein äusseres und schreckt vor nichts zurück. Seine Energie, die für unbändig gehalten wird, ersetzt bei ihm alles andere. Seine Persönlichkeit macht den Eindruck, als sei es ein Mann aus einer andern Zeit; von denen, die gleichsam ein Zeichen auf der Stirn tragen, dass sie prädestiniert sind, eines gewaltsamen Todes zu sterben, im Duell oder auf dem Schafott.» Beust schrieb bei der Stelle

«aus einer andern Zeit» an den Rand: «jedenfalls ein anderer Mann als sein Gasteiner Unterhändler» und bei dem Schafott «Nonsens».

Blomes Urteilskraft hatte durch den Umgang mit Bismarck erstaunlich gelitten. Bismarck hatte ihm alles suggeriert, was er ihm suggerieren wollte. Der Österreicher ahnte nicht, dass Bismarck – sonst ein vorsichtiger Spieler – vorsätzlich so tollkühn gespielt hatte; triumphierend schrieb Bismarck nach Berlin, eigentlich müsse ihm die Staatskasse diesen Verlust ersetzen.

Aber so angenehm Blome den Umgang mit Bismarck fand: in der Sache selbst kam er zunächst nicht recht weiter. Und wer einen einmaligen Sonderauftrag erhalten hat, reist nicht gern ohne Ergebnis nach Hause. Aber zum Glück ergab sich im Gespräch auch die Lösung des Problems, und zwar so einfach, dass Graf Blome sie für seine eigene hielt: Trennung der beiden Herzogtümer. Österreich sollte Holstein erhalten; Preussen wolle sich mit dem weit kleineren, obendrein halb dänischen Schleswig begnügen. Der Plan schien Blome vorteilhaft. Der Anlass zum Streit war dann beseitigt, und Österreich konnte Holstein bei einer guten Gelegenheit dem Augustenburger geben. Dann konnte auch Preussen ihm Schleswig nicht dauernd vorenthalten.

Freilich musste er in diesen Wein schnell etwas Wasser giessen. Bismarck wollte Holstein mit einigen Hypotheken belasten, z.B. sollten die Kriegskosten nach der Bevölkerungszahl aufgeteilt werden – eine sachliche Forderung, aber für Holstein eine fast untragbare Bürde. Dass der Nordostseekanal, den Preussen bauen wollte, und der Bundeskriegshafen Kiel – der mangels Bundesflotte zunächst ein preussischer Kriegshafen werden musste – in Holstein lagen, war nun einmal geographisch gegeben. Und selbstverständlich dürfe Österreich Holstein nur mit diesen Hypotheken weitergeben. Schliesslich wollte Preussen das kleine Lauenburg gegen eine Geldentschädigung übernehmen. Als Blome nach den Fristen für diese Zahlung fragte, lächelte Bismarck: Preussen werde alles sofort bar bezahlen; er wolle Österreich zeigen, dass sich mit Preussen gute Geschäfte machen liessen. Es war das Wohlwollen des reichen Mannes. Der ganze Vorschlag hatte etwas Provisorisches.

Bismarck beanspruchte im AugenbEck nicht mehr, weil nicht mehr zu haben war. Er telegraphierte von Gastein aus fleissig an seinen Gesandten Usedom in Florenz, um zu klären, ob ItaEen im Kriegsfall mitmarschieren werde. Aber der italienische Ministerpräsident La Marmora antwortete ausweichend. Er wünschte, Bismarck solle erst einmal alle seine Karten auf den Tisch legen – was durchaus nicht zu den Gewohnheiten des preussischen Ministerpräsidenten gehörte. Zu allem Unglück gelang es den Österreichern, diese Telegramme zu entschlüsseln; die Empörung über die Treulosigkeit Bismarcks war am Ballhausplatz noch grösser als die Befriedigung über die offensichtliche Angst La Marmoras.

## II

Als Blome seine Vorschläge nach Wien brachte, traf die Hofburg eine grundlegende Änderung: nicht der Besitz der Herzogtümer solle geteilt werden, sondern nur ihre Verwaltung. Das Provisorium war noch provisorischer geworden. Von Neuem reiste Blome nach Gastein. Was würde der Gewaltmensch zu dieser Änderung sagen? Der Gewaltmensch sagte, ohne eine Sekunde zu zögern: Einverstanden. Blome durchrieselte das zutreffende Gefühl, Wien habe eine Dummheit gemacht.

In der Tat war Bismarck die Änderung willkommen. Er fügte die Klausel ein: «unbeschadet der Fortdauer der gemeinsamen Rechte beider Mächte an den Herzogtümern.» So stand ihm auch jederzeit der Einspruch gegen Werbefeldzüge des Augustenburgers offen. Der Weg zur Endlösung – nämEch zur Einverleibung in Preussen – war auf diese Weise noch ebener. Bismarck hatte – wie er sagte – «die Risse im Bau verklebt», den Augustenburger beiseite geschoben und Österreich hierdurch mit den Mittelstaaten verfeindet. Auch Blome gestand, die Frage sei nur vertagt. Ob die endgültige Lösung am Schreibtisch der Diplomaten erfolgen würde oder unter dem Donner der Kanonen: diese Frage hing ab von Dutzenden unwägbarer Kräfte.

Schwerlich war jemand über den Gasteiner Vertrag empörter als Beust, der Protektor des Augustenburgers, hatten doch die beiden Grossmächte den Bund und seinen Kandidaten steinkalt beiseite geschoben. In den letzten Tagen der Verhandlung kam er zur Kur nach Gastein. Als er Bismarck nach dem künftigen Schicksal Friedrichs des Sachten fragte, sagte ihm Bismarck mit gewohnter Ungeniertheit, bei der Londoner Konferenz sei der Herzog von Augustenburg nur der Stier gewesen, welchen Preussen vor den Wagen gespannt habe, um ihn vorwärts zu bringen; jetzt bedürfe man dieses Stieres nicht mehr. Um Beusts Ärger bis zur Weissglut zu steigern, diktierte Bismarck eine Notiz, die das Auswärtige Amt in eine Zeitung lancieren sollte: «Dem Vernehmen nach war es wesentlich der versöhnlichen Einwirkung des sächsischen Ministers zu danken, dass die bereits gescheiterten Verhandlungen zwischen Bismarck und Blome in der letzten Stunde wieder aufgenommen und befriedigend abgeschlossen wurden. Man hat in Preussen Herrn von Beust doch wohl unterschätzt und für zu leidenschaftlich und einseitig augustenburgisch gehalten; bei dieser Gelegenheit hat er sich als ein weitblickender, vorurteilsfreier Politiker bewährt.»

Während der Verhandlungen informierte König Wilhelm durch Feldjäger seine in Koblenz weilende Gattin. Bismarck fürchtete sogleich, die Nachricht könne über Auguste oder über den Kronprinzen durchsickern an Königin Viktoria von England. Er wollte daher den König bitten, den Brief zurückzurufen. Aber wie sollte er das tun? Angriffe auf Auguste duldete Wilhelm nicht; als König und als Ehemann hätte er es abgelehnt, sie auch nur anzuhören. Bismarck hat seine Bitte in einem stilistischen Meisterwerk formuliert, das den gefrorenen Hofton glänzend verbindet mit schärfster Logik und mit einem Appell an den Landesvater und an den Christen: «Ich glaube mit Eurer Majestät, dass I. M. die Königin die Mitteilungen geheim halten werde. Wenn aber von Koblenz im Vertrauen auf die verwandtschaftlichen Beziehungen eine Andeutung an die Königin Viktoria, an die Kronprinzlichen Herrschaften . . . gelangte, so könnte allein die Tatsache, dass von uns das Geheimnis, welches ich

dem Grafen Blome auf sein Verlangen zusagte, nicht bewahrt worden ist, das Misstrauen des Kaisers Franz Joseph wecken und die Unterhandlung zum Scheitern bringen. Hinter diesem Scheitern steht aber fast unvermeidlich der Krieg mit Österreich. Eure Majestät wollen es nicht nur meinem Interesse für den allerhöchsten Dienst, sondern meiner Anhänglichkeit an Allerhöchst Ihre Person zu Gute halten, wenn ich von dem Eindrücke beherrscht bin, dass Eure Majestät in einen Krieg gegen Österreich mit einem andern Gefühle und mit freierem Mute hineingehen werden, wenn die Notwendigkeit dazu sich aus der Natur der Dinge und aus den monarchischen Pflichten ergibt, als wenn der Hintergedanke Raum gewinnen kann, dass eine vorzeitige Kundwerdung der beabsichtigten Lösung den Kaiser abgehalten habe, zu dem letzten für Eure Majestät annehmbaren Auskunftsmitglied die Hand zu bieten. Vielleicht ist meine Sorge töricht, und selbst wenn sie begründet wäre und Eure Majestät darüber hinweggehen wollen, so würde ich denken, dass Gott Eurer Majestät Herz lenkt und meinen Dienst deshalb nicht minder freudig tun, aber zur Wahrung des Gewissens doch ehrfurchtsvoll anheimgeben, ob Eure Majestät mir nicht befehlen wollen, den Feldjäger telegrafisch von Salzburg zurückzurufen.»

König Wilhelm liess den Feldjäger zurückholen.

### III

Europa empfand Gastein als Sieg Bismarcks. Nur einige Liberale, die durch ihren Bismarckhass völlig wirklichkeitsblind geworden waren, nannten Gastein ein «achtaches Olmütz».

Empört über die Einigkeit der beiden deutschen Grossmächte war Napoleon. Bismarck charakterisierte seine Stimmung durch die ironische Wendung: «Ich hätte die Rheingrenze bekommen, wenn nicht Österreich und Preussen die Un Würdigkeit begangen hätten, sich einstweilen wieder zu verständigen.» Der französische Aussenminister Drouyn de Lhuys versandte eine entrüstete Note an Frankreichs Vertre-

ter und liess sie an die Öffentlichkeit gelangen. Auch John Russell fand in dem Gasteiner Abkommen eine Missachtung des Volkswillens – des Volkswillens, den er doch auf der Londoner Konferenz durch Befürwortung der Dänenherrschaft und Ablehnung der Volksabstimmung vollständig beiseite geschoben hatte. Lord Clarendon nannte in einem Privatbriefe die «nun unabwendbare» Annexion die schamloseste Tat seit der Teilung Polens – offenbar waren ihm alle Einzelheiten der Entstehung des englischen Weltreichs entfallen. Aber er fügte hinzu, König Bismarck I. sei der einzige unter 40 Millionen Deutschen, der ein Ziel im Auge habe und einen Willen, es zu erreichen.

Erfreut über den «unblutigen Sieg» war König Wilhelm. Er erhob seinen Ministerpräsidenten in den Grafenstand. Bismarck und Johanna empfanden diesen Gnadenbeweis als eine nicht leicht zu überwindende Unannehmlichkeit; sie zogen ihren altmärkischen und altpommerischen Uradel vor.

Bismarck war in Karlsbad und Gastein oft heiterer Laune, so wenn er an Johanna schrieb: «Aus der Anlage [einem Foto] wirst Du endlich ersehen, dass Du einen ungewöhnlich gut aussehenden Mann hast . . . Aber Du glaubst es doch nicht, und darum schliesse ich gereizt . . . Sonst geht es mir gut, etwas beschleunigte Verdauung, wie alle vom Gefolge des Königs, die den Brunnen nicht trinken. Manteuffel, Gustav Alvensleben, Stiehle, Lauer, Steinäcker, wir begegnen uns immer an Orten, wo wir uns nicht suchten . . . Ich revoltierte gegen den Fürsten- und Excellenz-tisch und setzte mich zur Jugend, polnische, wallachische und hessische Mädchen. Als Badeort für Vergnügungssüchtige ist Karlsbad aber das Elendeste, was ich kenne...»

*An den Sohn Wilhelm aus Gastein:* «Du hast mir zwar nicht ein einziges Mal geschrieben, aber damit Du siehst, dass Väter im Ganzen bessere Menschen sind als Söhne, so will ich feurige Kohlen auf Dein Haupt sammeln und Dir von Herzen zu Deinem Geburtstage Gottes Segen wünschen. Schicken kann ich Dir von hier weiter nichts, denn hier sind nur Alpen, Nebel und Wasser, alle das Porto nicht wert, Du musst Dich also auf die Zukunft vertrösten . .

*An den Bruder:* . . Wir rücken, beide auf die 60 los, gebe Gott, dass wir noch einst mit dem Vater die ersten 70 als die besten rühmen. Von mir glaube ich es nicht; ich kann an dem Bergsteigen hier recht messen, wie jedes Jahr meine Kräfte abnehmen. Was mir im vorigen noch leicht war, unternehme ich jetzt gar nicht mehr, und die Genssen lasse ich ganz in Ruhe. Man wird eben verbraucht; dies Leben würde niemand ohne Schaden aushalten.»

*An die Gattin:* «Grüsse das Kind, welches uns hier vor 18 Jahren noch unbekannt war, und danke Gott mit mir für alles, was er uns seitdem Gutes getan hat, dass ich aus der Wüste des politischen Lebens im Geiste nach dem häuslichen Herde blicken kann, wie der Wanderer in böser Nacht das Licht der Herberge schimmern sieht. Gott erhalte es so bis zur Einkehr!»

Er hatte das Gefühl, einen Schritt vorwärtsgekommen zu sein; zu Keudell sagte er: «Wenn ich es noch erlebe, dass in Kiel ein preussischer Oberpräsident sitzt, will ich mich auch nie mehr über den Dienst ärgern.» «Ich hoffe, Sie einmal an diese Worte erinnern zu dürfen», antwortete Keudell. Bismarck schwieg einen Augenblick; er empfand, dass ihm in Wahrheit niemals eine Stimmung völligen Gleichmuts beschieden sein werde. Nach einiger Zeit sagte er: «Faust klagt über die zwei Seelen in seiner Brust; ich beherberge aber eine ganze Menge, die sich zanken. Es geht da zu wie in einer Republik . . . Das meiste, was sie sagen, teile ich mit. Es sind da aber auch ganze Provinzen, in die ich nie einen andern Menschen werde hineinsehen lassen.»



## BIARRITZ

*Bismarck ist geistreicher als es einem  
Deutschen zukommt.*

*Prosper Mérimée*

### I

Falls Bismarck die deutsche Frage kriegerisch lösen musste, brauchte er die Neutralität Frankreichs. Nun hatte sich Goltz – beseelt von seinem bohrenden Hass gegen Bismarck – während der Gasteiner Verhandlungen kritisch geäußert: das französische Volk sei preussenfeindlich, der Aussenminister Drouyn de Lhuys neige zu Österreich, der Kaiser selbst schwanke: man solle Napoleon nicht zum Schiedsrichter Europas machen. Waren diese Informationen zuverlässig oder sollten sie nur dazu dienen, Bismarcks Politik zu erschweren? Der gewissenhafte König wurde ängstlich. Bismarck musste sich Klarheit verschaffen und selbst mit dem Kaiser reden. So fuhr er nach Biarritz auf Urlaub; es war der Erholungsort Napoleons.

Sorgfältig bereitete er diese Reise vor. In stundenlangen Unterredungen setzte er vorher dem französischen Gesandten, Graf Benedetti, seine Gedanken auseinander – jenen Teil seiner Gedanken, den Napoleon erfahren sollte. Wieder sprach er mit verblüffender Offenheit. Noch sei das Wort «Italien frei bis zur Adria» nicht eingelöst, noch sei in den Donaufürstentümern kein stabiler Zustand, noch sei in den skandinavischen Ländern nichts entschieden. Leicht konnte sich Benedetti ergänzen, dass der Kaiser der Franzosen alle diese Fragen entscheiden möge. Preussen denke nicht daran, Österreich Venetien zu garantieren. Er wolle den Kopf Österreichs gleichsam stromabwärts der Donau nach der Walachei drehen. Und Deutschland? Mit den «süddeutschen Kalabresern» – Kalabrien war ein stets aufständischer Teil Italiens – wolle er nichts zu tun haben. Er wolle einen norddeutschen Bund unter Führung Preussens;

nur wenige Gebiete brauche er, um die beiden Teile Preussens zu vereinigen. Dieses starke Preussen würde Frankreich zu ewigem Dank verpflichtet sein, ein Schutzwall gegen Russland, eine Stütze der österreichisch-französischen Orientpolitik. Die Gasteiner Lösung sei nur ein Provisorium gewesen. Deutschland werde nach der Neuordnung aus zwei Stummeln bestehen, die Frankreich nicht gefährlich werden könnten. Auch könne Frankreich sich ja einen Ausgleich suchen. Er bot nichts



#### In Biarritz

Napoleon: Nun, so nehmen Sie die Austern (Holstein) allein, und geben Sie mir dafür den Wein (Rhein)!

Bismarck: Bitte tausendmal um Entschuldigung, aber der gehört ja gerade zu den Austern.

*(Kladderadatsch)*

an, aber der Gesandte gewann den Eindruck, dass Preussen sich nicht einmischen werde, wenn Frankreich bei Dritten-in der Rheinpfalz, in Rheinhessen, in Belgien – seine Entschädigung suche. Bismarck bemühte sich auch, die Stellung seines Gegenspielers Goltz in Paris zu erschweren. Er sagte Benedetti, Goltz sei der abscheulichste Untergebene, den man sich denken könne; erlas ihm auch vertrauliche Berichte Goltzens vor, um ihre Richtigkeit zu prüfen.

Alle Feinde Bismarcks waren überzeugt: in Biarritz will er die Neutralität Frankreichs mit dem linken Rheinufer erkaufen. Im Voraus schleuderte der Abgeordnetentag den «Bannfluch der Nation» gegen diejenigen, welche «in Unterhandlungen mit fremden Mächten mit deutschem Gebiete Schacher trieben». Wie Bismarck sein nuancenreiches Spiel spielte, konnten sie nicht wissen; sie hätten es auch nicht verstanden. Auf der Durchreise durch Paris scheint Bismarck das Bankhaus Rothschild gegen eine Anleihe an Österreich beeinflusst zu haben. Der alte Bankier empfahl der kaiserlichen Regierung, sie möge Holstein und Venetien verkaufen, um ihre Finanzen zu sanieren. Sicherlich war das von seinem Standpunkt die beste Lösung: sie sicherte den Frieden und die österreichischen Vermögenswerte der Familie Rothschild. Aber Wien lehnte diese «Unverschämtheit» ab und begnügte sich mit einer Anleihe bei kleinen Bankhäusern unter schlechthin wucherischen Bedingungen: es erhielt 90 Millionen Gulden und verpflichtete sich – ausser den Zinsen – 157 zurückzuzahlen.

In Biarritz war Bismarck sofort der Löwe der Saison, der französische Verse zu Ehren der Damen machte und die allgemeine Bewunderung auf sich zog. Der Dichter Prosper Mérimée, der zur Umgebung der Kaiserin gehörte, legte einer Hofdame eine Puppe ins Bett, die Bismarck täuschend ähnlich sah und bekannte, Bismarck habe an ihm «eine Eroberung gemacht»: «Ein hochgewachsener Deutscher, sehr höflich und nichts weniger als naiv. Er scheint keine Spur von , Gemüt\* zu haben, dafür aber sehr viel Geist. Er erschien mir als anständiger Mann, so ein Art diplomatischer Humboldt. ... Er allein ist ein wahrhaft grosser Mann . . . Mein Eindruck war, dass er zwar höflich, aber ziemlich kühl empfangen wurde.»

Napoleon war in der Tat durch das Hin und Her der letzten Jahre misstrauisch geworden. Aber Bismarck entwaffnete den Kaiser schnell. Er hielt sich auf seiner alten Linie und sparte nicht mit unverbindlichen Andeutungen. Als eine ausgezeichnete Sauce serviert wurde, rief er laut: «Für eine solche Sauce gäbe ich 20 Rheinufer.» Napoleon stand vor einem Rätsel: diese Art Mensch hatte er noch nie kennengelernt. Bis-

marcks Offenherzigkeit war ihm unbegreiflich. «Ist er toll?» fragte er Mérimée. Bismarck sagte ihm auch genau das, was er gern hören wollte: Gastein ist nur ein Waffenstillstand; Preussen will die Führung Norddeutschlands.

Wenn Preussen auf diesem Wege ist, dachte Napoleon, dann ist alles gut. Auf diesem Weg liegt: der Krieg zwischen Preussen und Österreich und Frankreichs Stellung als Schiedsrichter Europas – selbstverständlich mit reichlichen Schiedsrichtergebühren. Seiner weichen Art entsprechend begann er zu hoffen, was er wünschte, nämlich dass Bismarck über diese Gebühren mit sich reden lassen werde. Aber beide liessen alles in der Schwebe: Was Napoleon im Kriegsfall tun und was Preussen dafür zahlen würde, musste davon abhängen, wie der Krieg verlief. Bismarck konnte nur die Stimmung Napoleons herausfühlen und beeinflussen. Beides gelang ihm in ausreichendem Masse – wie das Jahr 1866 zeigen sollte.

Bismarcks Berichte an König Wilhelm waren erfüllt von strahlendem Zweckoptimismus. Er stand vor der grössten Entscheidung seines Lebens und er lud die Verantwortung auf sich, die Dinge so darzustellen, wie er es brauchte. Er habe dem Kaiser gesagt, der Erwerb Holsteins sei nur ein Angeld für Preussens nationalen Ehrgeiz; Frankreich möge Preussen in dieser Richtung ermuntern, denn ein strebsames Preussen werde stets Wert auf Frankreichs Freundschaft legen, ein entmutigtes seinen Schutz in Bündnissen gegen Frankreich suchen. Die Stimmung Frankreichs gegen Preussen sei «äusserst günstig».

## II

Bismarck, der mit seiner Familie gekommen war, hatte gehofft, Katja Orloff anzutreffen, aber sie war nicht gekommen.\* Schon dadurch war er in gereizter Stimmung. Obendrein ging es Johanna gesundheitlich nicht gut; in ihrer rührenden Art klagte sie, «dem armen Bismarck soviel zu kosten ohne jede Hoffnung auf Hilfe».

\* Band I, S. 312.

In dieser Stimmung traf er auf den intriganten Widerstand des Grafen Goltz, der auch in Biarritz weilte. Der preussische Gesandte pflegte zu sagen, eine liberale Regierung unter seiner Führung würde den inneren Frieden wohlfeil erkaufen, und gab auch Napoleon zu verstehen, dass der Kaiser mit ihm bessere Geschäfte machen würde.

Die Szenen, die sich zwischen ihnen abspielten, kennen wir – wenn auch einseitig – aus Briefen Goltzens an Bernstorff: «Bismarck hat ... in den zwei Jahren manches gelernt, wovon es gut gewesen wäre, wenn er es schon vorher gewusst hätte. In seinem Wesen ist er unverändert, namentlich auch in dem Haschen nach Effekt und den Illusionen über den letzteren . . . Die persönliche Aufnahme war konvenable, nicht mehr, nicht weniger. Er wurde einmal zum Frühstück eingeladen. Die Frau war sehr störend. Es gelang, sie und die Tochter einmal mit der Kaiserin in Berührung zu bringen und vorzustellen. Den Kaiser hat sie, wiederholter Kraftanstrengungen ungeachtet. . . nicht kennengelernt. Was mich anbehtrifft, so war es nicht sehr erquicklich, den Mann 9 Tage lang schwatzen zu hören, und auch ihm können die Expektionen keinen grossen Genuss bereitet haben. Denn es wird ihm gewiss nicht entgangen sein, dass ich mich durch dreijährige Abwesenheit von Berlin von dem allgemeinen Rausche freigehalten und ihm diejenige Bewunderung versagt habe, an welche er gewöhnt ist. ... In fünf bis sechs Unterredungen richtete er beharrlich und ohne allen Anlass die masslosesten, frechsten und gehässigsten Angriffe gegen den Kronprinzen: ‚Der Kronprinz kann den Tod seines Vaters nicht erwarten; er verrät die Geheimnisse des Königs an das Ausland; er steht unter dem unbedingten Einfluss einer Prinzessin, welche fremden Interessen gegen Preussen dient; er hat sein Ministerium der Zukunft bereits fertig; ich bin einer dieser Zukunftsminister, vielleicht der Premier? Das hat Hand und Fuss, und es ist Methode in dem Verfahren . . . Vom Kronprinzen, sagte er, erwarte er für Preussen nichts. Über ihn sei im Lande, und besonders auch in der Armee, nur eine Stimme, die der völligen Missachtung. . . . Wenn der Königliche Herr jetzt die Augen schliesse und dem Kronprinzen die Regierung liesse,

dann wäre es überhaupt gleich vorbei mit der Dynastie der Hohenzollern. Der Kronprinz würde mit einer neuen englischen Ära anfangen, die den preussischen Traditionen und der preussischen Monarchie bald ein Ende machen würde . . . Ich habe ihm in einer Weise geantwortet, dass ihm die Lust zu ähnlichen Unterredungen mit mir vergangen sein dürfte . . . Den Eindruck, den ich von diesen Äusserungen hatte, kann ich nicht deutlicher wiedergeben als durch die mir sofort im Stillen aufgeworfene Frage: ‚Will er etwa nach dem Tode des Königs Kaiser von Deutschland, ein deutscher Bonaparte sein?‘»

Goltzens Briefe sind verworren und übertrieben – der Hass berichtet selten genau. Aber ihren Kern kann er nicht erfunden haben. Was hat Bismarck mit diesen Gesprächen bezweckt? Zweifellos hat er zunächst einmal seiner Empörung über die Intrigen des Gesandten Luft machen wollen und ihm sein Urteil – wie bei ihm üblich – grob und furchtlos mitgeteilt und hat hierbei mehr herausgesprudelt als er wollte. Aber warum hat er Goltz, den er wahrscheinlich wirklich für den kommenden Premierminister des Kronprinzen gehalten hat, so masslose Angriffe gegen den Thronfolger vorgetragen? Gab er sich damit nicht in die Hand seines gehässigsten Feindes? Würde nicht Goltz dem König diese Ausfälle melden und musste der König dann nicht gegen solche Beleidigungen seines Sohnes einschreiten? Aber Bismarck hat vermutlich feiner gerechnet: er wollte gerade eine Beschwerde des rothaarigen Grafen beim König provozieren. König Wilhelm sah jede politische Tätigkeit seines Sohnes ungern. Fritz war für ihn General, Sohn und Untergebener; als politischer Konkurrent durfte er keinesfalls auftreten. Gerade dieser Anschein konnte aber entstehen, wenn Fritzens «kommender Premierminister» sich über den jetzigen bewährten Ministerpräsidenten mit dem Argument beschwerte, Bismarck habe Friedrich Wilhelm heftig kritisiert. Dem alten König waren Minister, die seinen Sohn kritisierten, immer noch lieber als solche, die mit ihm zusammen intrigierten und einen Kurswechsel vorbereiteten. Goltz konnte durch eine Beschwerde nur sich selbst kompromittieren, nicht Bismarck. Bismarck spielte mit

seinen Angriffen ein hohes Spiel, aber Furcht um den Einsatz lag ihm immer fern.

Goltz schrieb sofort die gesamte Unterhaltung auf und liess sie von dem Legationsrat Radowitz, einem Sohn des Schöpfers der «Union», als Zeugen der Unterhaltung abzeichnen. Er sandte sie «aus Notwehr» an den Hausminister Schleinitz, ausserdem an die Botschafter in London und Petersburg. Aber Goltz war zu gescheit, um nicht die Falle zu sehen, die ihm Bismarck gestellt hatte. Er schrieb sehr klug und sehr bezeichnend an Schleinitz: «Ich gebe Ihnen gleichzeitig *carte blanche*. Finden Sie, dass die Sachen bereits zu weit gediehen sind, um schweigen zu können . . . dass meine Mitteilungen dem Könige, dem Kronprinzen und dem Lande nützen können oder dass sie mir wenigstens nicht schaden werden, so machen Sie von den anliegenden Blättern den Gebrauch, welchen Sie für angemessen halten.» Aber er fügte hinzu, dass jemand, der «begründete und unwiderlegliche Anklagen vorbringen würde, der würde *persona ingratis* werden, weil er ein Dilemma schaffen würde, welches sich trotz allem zugunsten Bismarcks entscheiden müsste». Bismarck repräsentiere ein System; es komme jetzt nicht darauf an, ob dieses System ein haltbares sei: «er ist der Einzige, der imstande ist, das jetzige System zur Ausführung zu bringen, und das ist seine Stärke.»

Alle Empfänger haben geschwiegen. Der Kampf zwischen Goltz und Bismarck verlief unentschieden. Goltzens Denunziation blieb ohne Wirkung, aber es war Bismarck auch nicht gelungen, ihn einzuschüchtern. Bismarck hatte nur sein Herz erleichtert. Der Unterstaatssekretär Thiele stellte fest, «dass er in äusserst fideler Stimmung zurückgekehrt ist, übrigens nicht übel Lust zeigt, . . . die ganze Welt an allen vier Enden in Flammen zu setzen. Österreich wird auf die Hühneraugen getreten, ihm ein kategorisches *aut aut* vorgelegt, mit Italien ein Bündnis geschlossen, der Augustenburger kastriert, der Bund genozüchtigt und was der Ungeheuerlichkeiten mehr sind. Nun, Sie und ich wissen – und viele andere Leute wissen es ja auch – dass wir nicht so schlimm sind und mitunter auch Spass machen . . . Mit Robert Goltz scheint er sehr böse Szenen gehabt zu haben».

## NEUER STREIT UM SCHLESWIG-HOLSTEIN

*Eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen, sie kann uns heut ebenso gefährlich werden, wie sie 1805 war, und wir werden Amboss, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden.*

*Bismarck*

Österreich und Preussen ernannten neue Gouverneure für Holstein und Schleswig – General von Gablenz und General von Manteuffel – und wiesen sie an, Meinungsverschiedenheiten friedlich zu erledigen. Aber damit war wenig geholfen. Die Schleswig-Holsteiner dachten nicht daran, sich mit dem Gasteiner Abkommen abzufinden. Die Nord-schleswiger wollten zurück zu Dänemark, die übrigen wollten zu dem Augustenburger. Sie wollten «ungeteilt» sein, obwohl sie jahrhundertlang getrennt gewesen waren. Ärgerlich schrieb der Liberale Mathy, der nachmalige badische Minister: «Diese meerumschlungenen, ungeteilten Schmerzenskinder sind die grössten Schikaneure der Welt. Da sitzen sie auf ihren alten Urkunden und lassen es auf einen Krieg zwischen Preussen und Österreich ankommen. Lieber mögen in Deutschland die Wölfe hausen, als dass sie etwas von ihren alten Scharteken nachliessen.» Gablenz hatte Anweisung, einen Mittelkurs zwischen Preussen und Augustenburg zu halten. Er verbot der Presse die Bezeichnung Friedrich VIII., die in der Tat eine rechtswidrige Thronanmassung war, duldete aber die Titel «Herzog» und «Hoheit» auf die der Augustenburger auch keinen Anspruch hatte. König Wilhelm war über dies Entgegenkommen empört – noch dazu gegenüber einem Menschen, der – wie er Gablenz darlegte – nicht einmal mehr eine Uniform besitze. Gablenz regierte mit weicher Hand und war sehr beliebt.



Anders Manteuffel. Er war ein gebildeter Mensch, der im Gespräch mit Pastoren ein erstaunliches dogmatisches Rüstzeug entfaltete, dank seiner Freundschaft mit Ranke Verständnis für Geschichte besass und von dem ausländischen Parlamentarismus so viel wusste, dass Bennigsen einmal sagte: «Von dem Mann kann man etwas lernen.» Er sah auch seine Aufgabe im grossen Stil und sagte seinen Mitarbeitern, «der Verwaltungsbeamte hat die Aufgabe, Geist zu machen». Er war voll guten Willens und gab das Geld der preussischen Regierung mit vollen Händen aus. Aber er wurde ein Opfer seiner Sucht nach Originalität; sie verdarb nicht nur seine Ausdrucksweise, sondern den ganzen Stil seiner Existenz. In einer seiner Reden erklärte er, er werde jedes 7 Fuss lange Stück dieses Bodens mit seinem Leibe gegen eine Abtretung decken.

Dieses Pathos widersprach völlig Bismarcks Zusicherung an Napoleon, Preussen werde die dänischsprechenden Gebiete zu gegebener Zeit zurückgeben. Bismarck machte ihn in höflichster Form darauf aufmerksam. Aber der General fand Bismarcks Politik «leidenschaftlich, abenteu-erlich und prinzipienlos». Er wollte ständig grössere Vollmachten. Bismarck versuchte, ihm die Notwendigkeiten einer einheitlichen Führung der Regierung zu begründen: «Ich bin sehr gern bereit, dem Könige die von Ihnen gewünschte Ordre vorzulegen, nur bitte ich darin aufzunehmen zu dürfen, dass der König Sie zum Minister und mich zum Gouverneur von Schleswig macht, und ich verspreche Ihnen, ein für Sie strikte folgsamer Ausführer Ihrer Politik zu sein, der Ihre Gedanken zu erraten und auszuführen suchen, aber nicht zur Vermehrung der Schwierigkeiten Ihres Ministeriums beitragen wird. Es wird mir das auch nicht schwer werden, denn ich diene Gott und nicht den Menschen und bin oft genug in der Lage gewesen, den meinigen entgegengesetzte Ansichten des Königs und der Majorität des Ministeriums mit Eifer und Freude auszuführen . . . Seien Sie nicht böse, wenn ich ganz offen bin; ich würde es in dem Sinne gegen niemand sein, den ich nicht liebe und verehere.» Aber Manteuffel war nicht zu gewinnen. Er schrieb an Roon, er habe sich einem Zivilisten nicht einmal untergeordnet, als es sich um seinen

5 Jahre älteren Vetter gehandelt habe. «Glauben Ew. Exzellenz, es ist am besten, dass der König mich gehen lässt. Minister Graf Bismarck kann nur Maschinen oder politische Gegner erzeugen; ich will weder das eine noch das andere werden.» Sein Vorwurf war gerade nach Bismarcks freundschaftlichem Brief unbegründet.

Mit Gablenz hielt Manteuffel Frieden; beide empfanden sich als Edelleute alten Stils. Aber Gablenz liess zu, dass die holsteinischen Zeitungen den Gasteiner Vertrag brandmarkten und Friedrich als den wahren Landesherrn ansahen. Er gestattete, dass Friedrichs Gattin als Landesmutter gefeiert wurde, und erklärte auf Manteuffels Protest, das sei eine interne österreichische Verwaltungssache. Er erklärte sogar mit deutlicher Anspielung: «Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren.» Schliesslich duldet er eine Versammlung von 4'000 Männern in Altona, die den «rechtmässigen, geliebten Herzog Friedrich» hochleben liessen.

Damit hatte er Bismarck eine willkommene Waffe geliefert. Mit gutem Recht erklärte Preussen, es könne nicht dulden, dass Holstein, an dem es ja auch ein Recht besitze, in seinem Werte verringert werde; das geschehe aber, wenn man die augustenburgische Propaganda dulde. Die Preisgabe aller Autorität, die Verhöhnung bestehender Gesetze dürfe keine Regierung hinnehmen: «Wir verlangen keine Konzession, kein Aufgeben irgendeines österreichischen Rechts in den Herzogtümern, sondern nur die Erhaltung des gemeinsamen Rechts, nichts anderes, als was Österreich ebenso sehr seiner eigenen wie unserer Stellung schuldig ist, auch nichts anderes, als was die Kaiserliche Regierung jeden Augenblick ohne irgendein Opfer oder eine Schädigung ihrer Interessen auszuführen in der Lage ist.» Wenn Österreich sein System nicht ändere, so ende die gemeinsame Politik, und Preussen gewinne die Freiheit des Handelns zurück. Die schlecht vernähte Wunde war wieder aufgebrochen.

Franz Joseph war empört über den Missgriff seines Statthalters. Er erteilte ihm einen Verweis. Mündlich liess er dies auch nach Berlin mitteilen. Aber gleichzeitig erhielt Biegeleben das Recht, die offizielle Ant-

wort mit seiner spitzesten Feder abzufassen: sie lehnte jede Einmischung Preussens in die Verwaltung Holsteins ab. Da König Wilhelm gemeinsam mit Franz Joseph in Holstein Landesherr war, da man nur die Verwaltung geteilt hatte – Österreichs eigener, törichter Wunsch! –, so war diese österreichische Ablehnung rechtlich fragwürdig. Manteuffel seinerseits erliess eine Verordnung, die in Schleswig jede augustenburgische Propaganda mit Zuchthaus bedrohte. Die Mittelstaaten bestärkten Wien in seinem Widerstand. Beust war «zum Raufen ebenso bereit wie früher».

Diese Politik Österreichs, den Gasteiner Vertrag zu unterwühlen, kam Bismarck wie gerufen. Zeitlebens brachten ihm seine Feinde ins Haus, was er benötigte – oder vielmehr: in die kleinste Blöße, die sie sich gaben, schob er seine Klinge. Endlich konnte er den König überzeugen, dass Wien Preussens Rechte verkürze; er erweckte in ihm den Eindruck, der Preussenhass in Holstein sei nur ein Ergebnis der von Österreich geförderten Propaganda des Augustenburgers. Bismarck brauchte einen Hebel, um das schleswig-holsteinische und von da aus das deutsche Problem anzufassen. So begann er Österreich so stark unter Drohungen zu setzen, dass in Wien eine Nervenkrise entstehen musste. Sie sollte zur Lösung beider Fragen führen: entweder durch ein Kompromiss – für das er entgegenkommende Vorschläge in der Tasche hatte – oder aber, wenn Österreich alles ablehnte, durch Krieg. Bismarck erzählte jedem, der es hören wollte, alle Bande zu Österreich seien jetzt zerrissen. Er versicherte dem französischen Gesandten Benedetti, es sei ein Fehler, wenn Italien Venetien für 500 Millionen Lire kaufen wolle; ein Krieg werde nur 200 kosten. Er behauptete sogar, er würde notfalls zurücktreten, und dann könne Goltz mit einem liberalen Ministerium eine deutsche Volksbewegung entfesseln, welche die Mittelstaaten mitreißen oder vernichten würde. Er wusste und wünschte, dass diese Drohungen auch nach Wien gelangten. Das diplomatische Korps in Berlin staunte über seine offene Sprache. Karolyi meldete nach Wien, man habe sich in Berlin in einer Sackgasse verirrt; Bismarck sei «kaum mehr ganz zurechnungsfähig», oder – wie er es etwas später in einem steifen Amtsdeutsch aus-

drückte –: «Die Situation rücksichtlich der Beziehungen zu Österreich scheint in voller Krise zu sein.»

Aber Österreich rechnete mit lauter Illusionen: mit dem Sturz Bismarcks, mit dem Tod Napoleons, mit dem Zusammenbruch Italiens, und vor allem – mit dem innerpreussischen Konflikt: «Unsere stärksten und letzten Waffen sind die eigenen Schwierigkeiten Preussens.» Als Italien anbot, für Venetien 1 Milliarde Lire zu bezahlen, einen Bündnis- und einen Handelsvertrag zu schliessen und den Kronprinzen Humbert mit einer österreichischen Prinzessin zu verheiraten – mit andern Worten: Österreich von allen Sorgen zu erlösen –, lehnte Franz Joseph wiederum ab; dieser Vorschlag verstosse wider Habsburgs Ehre. Auch die Geistlichkeit war dagegen, das Königreich Italien, welches den Kirchenstaat bedrohe, in dieser Form zu festigen.

Wenn das Barometer auf Sturm steht, fehlt es nie an neuen Konflikten. Im vergangenen Herbst hatten Preussen und Österreich der Stadt Frankfurt mitgeteilt, als Sitz des Bundestags dürfe sie nicht dulden, dass der Abgeordnetentag, der dort stattgefunden hatte, die Autorität der Regierungen untergrabe; Österreich und Preussen würden sonst eingreifen müssen. Der Frankfurter Senat antwortete so hochmütig wie möglich: Der Deutsche Bund sei ein völkerrechtlicher Verein souveräner Staaten; er sei errichtet, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren – das hiess also zur Verewigung der deutschen Zerrissenheit –, und es widerspreche dem Recht, wenn Österreich und Preussen androhten, sie würden bestimmte Entwicklungen «nicht dulden». Die Antwort war weder rechtlich fest gegründet – denn eine besondere Überwachung der «Bundeshauptstadt» durch den Bund war vorgesehen – noch war sie politisch klug. Der Senat sollte sie bald bitter bereuen.

Jetzt trieb ein Keil den andern. Entgegen seiner Zusage hatte Österreich den Augustenburger als Herzog behandelt, entgegen seiner Zusage veranlasste Preussen einige Mittelstaaten, Italien anzuerkennen. In Wien waren jetzt die meisten entschlossen, den Handschuh, würde er von Preussen wirklich hingeworfen, selbst auf die Gefahr eines gleichzeitigen Krieges mit Italien aufzuheben. Aber zunächst wollte der gewissen-

hafte Franz Joseph die Situation klären. Er tat es mit schlichter Naivität: Karolyi musste Bismarck fragen, «ob er den Gasteiner Vertrag mit gewaltsamer Hand zerreißen wolle». Bismarck – in solchen Situationen unverbesserlich – sagte zunächst, dass eine jegliche ähnliche Anfrage nicht anders als mit «Nein» beantwortet werden könne; wenn eine Macht die Grenzen am nächsten Morgen überschreiten wolle, so würde sie am Vorabend auch mit einem «Nein» antworten. Dann antwortete er lakonisch mit einem einzigen Wort: «Nein». Am nächsten Tag merkte er, dass seine erste Bemerkung allzu zynisch war und versicherte Karolyi, im Fall gewaltsamer Pläne hätte er keine oder eine ausweichende Antwort erteilt. Er hoffte, Österreich durch Einschüchterung für seine – sachlich weit entgegenkommenden – Vermittlungsvorschläge reif zu machen.

## NEUE BISMARCK-KRISE

*Die preussische Fortschrittspartei hielt, als der dänische Krieg unerlässlich geworden war, zurück, weil sie fürchtete, dass die Regierung und die Armee reform sich im Kriege bewähren und befestigen möge . . . Und sie hat im Sommer 1866 das Interesse der Partei über das Vaterland in einem Masse gestellt, das ihr die preussische Geschichte schwerlich verzeihen wird.*

*Hermann Baumgarten:  
Selbstkritik des Liberalismus*

### I

In jenen Monaten, in denen Bismarck mit Europa um die Neugestaltung Deutschlands rang, hatte er zugleich einen Sturm zu bestehen, der sein ganzes Gebäude zum Einsturz zu bringen drohte. Er ging aus – wie Roon sich ausdrückte – von den «Haus- und Familienwanzen, die sich in den königlichen Schlössern eingenistet haben».

Königin Auguste schrieb fast täglich ihrem Gatten, er gehe einem Verhängnis entgegen. Sie hasste «Otto den Grossen» tödlich und redete nie mit ihm. Der Schwiegersohn Wilhelms, Grossherzog Friedrich von Baden, warnte den König, der Ministerpräsident sei zwar nicht – wie viele allen Ernstes glaubten – toll, wohl aber, «was er immer war, leichtfertig, gewissenlos und geneigt, alle Interessen zu opfern, um sich an der Macht zu halten».

Der Kronprinz schrieb, auf die geplanten Annexionen norddeutscher Kleinstaaten und auf Bismarcks Russenfreundschaft anspielend, er werde wohl bald zum Fürsten Otto Annexandrowitsch erhoben werden und ein Denkmal auf dem Leipziger Platz bekommen. Sein bodenloser

Leichtsinn und seine Seeräuberpolitik trügen die «Erfolglosigkeit an der Stirn». Der Krieg werde mit dem Verlust Schlesiens beginnen. Die Kronprinzessin suchte fremde Monarchen in den Kampf gegen «das Ungeheuer» einzuschalten. Sie benutzte hierfür ihren Verwandten, den Prinzen Alexander von Hessen, österreichischen General und Schwager des Zaren. Alexander war mehr durch Hass gegen Bismarck, den «verrückten, hirnverbrannten Minister» ausgezeichnet wie durch die Fähigkeit zu klaren Formulierungen; er schrieb: «Der Krieg ist unausweichlich, aber er ist auch unmöglich, wie ich neulich sehr richtig die Situation bezeichnen hörte.» Der Hesse empfahl seinem Zarenschwager, König Wilhelm «die Augen zu öffnen». Der Zar tat nichts dergleichen. An ihre Schwiegermutter schrieb Viktoria: «Dass unser liebes, blühendes Vaterland mit dem Blute deutscher Brüder getränkt werden soll, kann ich nicht fassen, es wäre zu sündhaft. . . Mich empört die Unsittlichkeit der jetzigen Politik so sehr!» Aber es gelang ihr, wie wir noch sehen werden, diese Empörung völlig zu überwinden, sobald der Sieg errungen war. Offenbar war es nicht so sehr die Unsittlichkeit als die Gefahr, die sie erregt hatte. Eine Unsittlichkeit mit gutem Ausgang vermochte Viktoria mühelos, ja begeistert zu ertragen.

Am gründlichsten wurde der Kampf von dem Schützenherzog Ernst von Koburg aufgezogen. Dieser preussische General schrieb seinem Vetter, dem österreichischen Aussenminister Grafen Mensdorff, kein Mensch ausser Bismarck wolle in Preussen den Krieg; die leitenden Personen seien «ebenso feig als perfid», den Gesamteindruck in Berlin müsse er als ‚Leichengeruch« bezeichnen. Bismarck selbst habe sein Vermögen schon vorsorglich nach Brüssel verschoben. Der Koburger empfahl eine Zusammenkunft zwischen Franz Joseph und Wilhelm; der österreichische Kaiser lehnte diese Unterredung ab. Stattdessen sandte Mensdorff seinem koburgischen Vetter einen Brief, den er König Wilhelm in die Hand spielen solle. Das Schreiben war auf den Preussenkönig berechnet: Ein Krieg werde nur dem Ausland zugute kommen; jeder Konservative müsse die beiden Staaten einig erhalten; leichtsinnig ent-

zünde Bismarck einen Weltbrand. König Wilhelm gab den Brief an seinen Ministerpräsidenten. Mit aller Wucht schlug Bismarck zurück: dieser Brief sei nur ein Teilstück eines Feldzuges, der von dem Kronprinzen, dem englischen Hof und anderen geführt werde. Bismarck veranlasste die Presse, scharfe Artikel gegen den Koburger zu bringen; sie verstimmten wiederum König Wilhelm.

Auch alle massgebenden preussischen Diplomaten kämpften gegen ihren Ministerpräsidenten: Usedom in Florenz prophezeite ein neues Olmütz. Bernstorff in London klagte, Preussen gelte in ganz Europa als Angreifer; Bismarck werde seine revolutionäre Politik nicht durchführen können. Der Wiener Militärattaché, Graf von der Gröben, sabotierte die Spionage, weil er als strenger Legitimist den Gedanken eines Krieges mit Österreich verabscheute. Selbst an das Offizierskorps musste der König einen Erlass richten, der seine Politik begründete.

Vollends Graf Goltz hoffte jetzt endlich «Bismarck das Genick zu brechen». Er schrieb dem König triumphierend, Preussen könne den Krieg nicht wagen: «Es ist meine feste Überzeugung, dass der bisherige Weg verlassen und ein anderer Ausgangspunkt für Eurer Majestät Politik gesucht werden muss, wenn wir nicht auch auf uns befreundeter Seite täglich ein Terrain verlieren und schliesslich in eine Lage geraten sollen, in welcher Krieg und Frieden gleich unmöglich sind und ein ehrenvoller Ausweg nicht mehr empfunden werden kann.» Mit anderen Worten: ein Ministerium Goltz solle das Ministerium Bismarck ablösen. Goltzens Warnungen ängstigten den gewissenhaften König in tiefster Seele. Er notierte auf einen Bericht: «Krieg mit Frankreich und Österreich, wenn wir den Rhein nicht abtreten! Das ist des Pudels Kern! Die Lage wird daher sehr schwierig und Goltz' Brief enthält manches Prüfungswerte.»

Der Hausminister Schleinitz, Augustes Vertrauter, empfahl den Hansestädten, am Krieg gegen Preussen teilzunehmen. Er stand mit dem österreichischen Aussenminister in geheimer Verbindung über Mendorffs Schwägerin, die in Preussen lebende Gräfin Gabriele Hatzfeld. Gabriele schrieb ihrem Schwager nach Wien – Schleinitz sorgte für ge-



heime Beförderung –, der Hausminister verbinde sich mit ihr zum Sturze Bismarcks, das ganze Land sei gegen den Krieg, kein Mensch erwarte einen Sieg, nur Bismarck rechne auf das Zündnadelgewehr und der «Jar de-Leutnant» auf seine Unwiderstehlichkeit «pour ne pas dire Unausstehlichkeit»: «Es ist nur eine Stimme darüber, dass Bismarck ganz toll ist und sich schon so hingerannt hat im Innern und Äussern, dass er den Kopf verliert und den Krieg à tout prix will, um sich aus der Affäre zu ziehen und zu erhalten. . . . Du kannst Dich aber darauf verlassen, dass ich mein gutes Maul seine schönsten Stückeln spielen lasse. . . . Man macht auch schon den Witz, Bismarck sei die letzte Mätresse des Königs, denn nur eine derartige Kreatur könne eine so magische Gewalt über einen alten Herrn üben, ihn auf diesen Grad von allen anderen entfremden.»

Der Finanzminister Bodelschwingh versuchte Bismarcks «gottlose Gewaltpolitik» zu durchkreuzen; persönlich unfähig, war er in der Hand seiner liberalen Geheimräte. Auch der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Ministerium, Thile, arbeitete gegen seinen Ministerpräsidenten; das hinderte ihn aber nicht, die treuherzigsten Briefe an Bismarck zu schreiben, so dass der biedere Keudell in sein Tagebuch notierte: «Bismarck gab mir den Brief von Thile zu lesen, der so sehr gefiel in seinem urgemütvollen Ton, dass ich ihn noch um 20 Grad wärmer liebe, wie schon bisher. Was ist's doch für eine Freude, wenn man unter der Masse gleichgültiger, langweiliger, falscher Kreaturen einem solchen Menschen begegnet mit so kerngesundem Herzen und so aufrichtig treuer Gesinnung.»

## II

König Wilhelm hat sich dem Eindruck dieses Ansturms nicht entziehen können. Der 69jährige war von einer selbstquälerischen Gewissenhaftigkeit. Er war Monarch und damit für alles verantwortlich. Gegen die eigene Überzeugung, gegen das Gewissen zu handeln, verbot Gott. Gewiss, dieser Bismarck versicherte, Preussen müsse die Führung Nord-

deutschlands übernehmen, die Frage der deutschen Einigung müsse gelöst werden, und wenn es nicht anders gehe, dann-wie bei allen Völkern-mit dem Schwerte. Aber hatte er wirklich recht? War es nicht richtiger, die Gefahren dieses Kampfes zu vermeiden? Was nun, wenn Napoleon eingriff? Vor seinem Oheim hatte der König von Preussen bis nach Memel fliehen müssen. Sollte sich dieses Schicksal wiederholen? Auf alle Fälle musste man die Geheimpapiere in eine leicht transportierbare Kiste verpacken. Hatte nicht selbst Moltke gesagt, im Kriege sei alles gefährlich und eine Niederlage sei nicht unmöglich, ja selbst nach einem Siege werde man an Russland und Frankreich Gebiete abtreten müssen? Wohin führte ihn dieser Bismarck? War er eigentlich konservativ oder revolutionär? Wenn er nur nicht immer so unvorsichtig und unüberlegt reden wollte! Alle rieten ihm, den Mann zu entlassen. Aber das war ganz unnötig: der Ministerpräsident musste ja ohnehin tun, was der König wollte. Aber was wollte er selbst? Man konnte nichts tun als Gott bitten, er möge ihm seinen Willen kundgeben.

König Wilhelm ist in diesem Gewissenskampf fast zusammengebrochen. Fünf Jahre später sagte er zu Beust, er habe erst nach 8 schlaflosen Nächten seinen Entschluss gefasst. Als sein Vorleser Schneider bat, ihn in das Hauptquartier aufzunehmen, sagte er düster: «Wozu? Sie werden doch von Potsdam nach Grossbeeren herrüberreiten können?»

Hohenlohe beschreibt das Aussehen des Königs in jenen Wochen mit den Worten: «Der Anblick des Monarchen erschreckte mich bis ins Innerste meiner Seele. Er war blass bis zur Aschfarbe. Die Stirn war in tiefe Falten gezogen. Ein furchtbarer Ernst, ein tiefer Kummer in seinen Zügen bewiesen, dass er mit schweren inneren Kämpfen beschäftigt, dass er im Begriffe war, die allerernstesten Entschlüsse zu fassen.» Zeitweise wuchs die Spannung zwischen König und Ministerpräsidenten so furchtbar an, dass der Legationsrat Abeken den Vortrag beim Monarchen übernehmen musste.

Bismarck hat in jener Zeit nicht weniger gelitten als der König. Auf ihm lag eine noch schwerere Last: er musste entscheiden und die Dinge

vorwärtstreiben, die der König als Schicksal über sich ergehen liess. Er wurde, wie er sagte, «am König krank». Mit ausländischen Widerständen zu ringen: das schien ihm ein natürlicher Kampf. Aber Widerstände im eigenen Staat empfand er als unnatürlich. Er war überzeugt, dass seine Politik für Preussen die richtige Politik war. Wer sich dieser Politik widersetzte, war in seinen Augen für den staatsmännischen Beruf zu törricht oder aber – und das schien Bismarck stets wahrscheinlicher – er verfolgte nicht die Interessen des Staates, sondern seine eigenen. Gegenüber dem König konnte er diese Empfindungen nicht hegen. Dass er das Beste des Staates wollte, verstand sich von selbst. Seine Urteilskraft anzuzweifeln, erschwerte ihm sein monarchisches Gefühl. So empfand er Streitigkeiten mit dem König als unerträglich. Später hat er einmal gesagt: «Die Zeit im Frühjahr und Sommer 1866 werde ich nie vergessen, wo ich Woche für Woche die Penelopearbeit zu verrichten hatte, immer von Neuem bei ihm aufzubauen, was er immer wieder fallen liess, denn ein so tapferer, furchtloser Degen er ist, ein so ängstlicher Politiker ist er doch. . . . Die Österreicher zu schlagen, war keine Kunst. Ich wusste, dass sie nicht gerüstet waren und dass ich auf die preussische Armee zählen konnte. Die Schwierigkeit war, meinen König über den Graben zu bringen. Dass mir dies gelungen ist, ist mein Verdienst, und dafür darf ich den Dank des Vaterlandes beanspruchen.»

Als die Dinge vor der Entscheidung standen, erkrankte Bismarck schwer. Roon schrieb in einem Gemisch von Heiterkeit und Verzweiflung an Blankenburg: «Unser Freund Otto B. in herkulischer Tag- und Nachtarbeit nervös abgenutzt, in seinem grandiosen Bedürfnis nach Erstattung verbrauchter Kräfte voll rücksichtsloser Ansprüche an seine Verdauungsorgane, hat jetzt mit der Rebellion seines bis dahin treuesten und gehorsamsten Untertanen, seines Magens, zu kämpfen. Er litt vorgestern an so heftigen Magenkrämpfen und war gestern infolgedessen so ausserordentlich herabgestimmt, so reizbar und verärgert – angeblich um Kleinigkeiten –, dass ich auch heute noch nicht ohne Besorgnis bin, da ich weiss, was auf dem Spiele steht, und dass er gerade jetzt aller

Kräfte seiner Seele, ungestört von körperlichen Einflüssen, dringend bedarf. Vollständige Geistesfreiheit und ein schlechter Magen und gereizte Nerven sind schwer zu vereinigen.» Schmerzhafte Neuralgie kam hinzu. Der König musste zum Vortrag in Bismarcks Krankenzimmer kommen.

### III

Der Landtag wurde erst im Januar 1866 wieder berufen und beriet – wie Waldeck sagte – «in majestätischer Ruhe» den Haushalt, während das Ministerium auf einer «vollständig abschüssigen Ebene herabgleitend» sehen musste, wo es blieb. Der Kampf ging weiter. Virchow verstieg sich zu dem Satze: «Die Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, dass das Volk ein Interesse hat, Preussen wie es jetzt da ist, als einen Grossstaat künstlich zu erhalten.»

Die gesamte Linke und auch die katholische Partei wünschten eine Niederlage Preussens: «Die aristokratische Brut muss für ihre Frevel den Lohn empfangen, ginge auch darüber alles in Trümmer.» Ein «ausgezeichnetes Mitglied der Fortschrittspartei» sagte prophetisch zu Treitschke: «Wenn Preussen siegt, sind wir verloren.» Twesten zitierte den Ausspruch eines ehrsamem Bürgers: «Nach einem Sieg dürften wir nicht mehr auf dem Trottoir gehen.» Friedrich Engels, ein leidenschaftlicher Amateurstratege, bewies, dass ein preussischer Angriffskrieg unmöglich sei. Er prophezeite Revolution und Republik, der Liberale Moritz Mohl einen dreissigjährigen Krieg.

Zur Finanzierung des Krieges gab die Regierung 10 Millionen Darlehenskassenscheine aus – verfassungswidrig ohne Genehmigung des Landtags; das Abgeordnetenhaus lehnte grundsätzlich jede Bewilligung ab. Sogleich liess die Fortschrittspartei ein Flugblatt erscheinen: «Nehmt kein ungesetzliches Geld.» Mit seltsamer Verquickung rechtlicher, wirtschaftlicher und poetischer Argumente predigte sie: «Hütet Euch, das ungesetzliche neue Papiergeld zu nehmen und lasst Euch in der Hoffnung auf augenblickliche Vorteile nicht verblenden, vom Rechten abzuweichen. Die Strafe würde nicht ausbleiben. Dies Geld ist falsch und hat

nicht die Kraft, Wohlstand zu erzeugen. Es trägt seine Nehmer wie das Teufelsgeld den Schatzgräber, das ihm in der Nacht glühend entgegenleuchtet, aber sich mit anbrechendem Tage in dürre Blätter verwandelt.» Viele Kaufleute weigerten sich, das Geld anzunehmen. Die preussische Staatsanleihe fiel von 97 auf 69.

Einer der gescheitesten deutschen Liberalen, Ludwig Bamberger, erzählte später, manche Leute seien «so in ihrer Überzeugung verrannt gewesen, dass sie laut verkündeten, Preussen werde den Krieg niemals wagen, als es schon mehrere Treffen geliefert hatte». Aber noch lange Jahre später hat der freisinnige Abgeordnete Richter erklärt, «dass niemals später eine so intelligente und zugleich patriotische Volksvertretung in Berlin wieder versammelt gewesen ist».

Besonders hasserfüllt waren die Fortschrittlichen Süddeutschlands. Der Stuttgarter Beobachter empfahl, ärztliche Autoritäten sollten ein Gutachten über Bismarcks Geisteszustand abgeben. Er sprach die Hoffnung aus, dass in Deutschland noch Galgenholz wachse für Reichsverräter. Den «Gothaern», also denjenigen, die für ein einiges Deutschland unter preussischer Führung eintraten, rief er zu, sie seien eine «Blumenlese hasenherziger, selbstsüchtiger, kriechender, eitler, aufgedunsener, eingetrockneter, mit einem Wort: unmännlicher Gesellen». Er focht gegen die Einigung und gegen die katholische Kirche: «Ihre Regierungskunst lässt sich in die Formel fassen: ‚Mit Hilfe der Gewalt das Institut des Blödsinns zu erhalten, auf dass mit Hilfe des Blödsinns das Reich der Gewalt erhalten bleibe‘.»

#### IV

Die Saat des Hasses ging auf. Zeitlebens hat Bismarck Ankündigungen von Attentaten erhalten. In jenen Tagen schrieb ihm ein Mann aus Regensburg, ein Fanatiker habe die verruchte Idee, ihm sein Gesicht grässlich zu verstümmeln; er sei bereit, nähere Angaben zu machen, wenn er vorweg 1'000 Taler und nach Festnahme und Geständnis des

Verschwörers weitere 1'500 Taler erhalte. Bismarck vermerkte auf dem Brief: «Ich bin sehr dankbar, werde nähere Mitteilungen gern honorieren, aber 1'000 Taler pränumerando finde ich für die Nase, die ich habe, doch zu teuer, und so leicht soll sie mir keiner nehmen.»

Bald darauf geht er an einem Spätnachmittag vom Schloss in seine Wohnung. Unter den Linden hört er plötzlich hinter sich zwei Schüsse. Er dreht sich schnell um und sieht einen Menschen, der mit einem Revolver auf ihn zielt. Bismarck packt sofort seine Kehle und seine rechte Hand. Aber der Mann nimmt schnell den Revolver in die Linke, drückt ihn gegen Bismarcks Überzieher und gibt noch zwei Schüsse ab. Bismarck glaubt «als Jäger», die beiden letzten Kugeln müssten «gesessen haben». Aber zu seiner Verwunderung kann er noch gehen. Der Kultusminister Mühler, der ihm einen Augenblick nach dem Attentat mit Frau und Tochter begegnet, erzählt, Bismarck habe seiner Frau die Hand und seiner Tochter die Stirne geküsst und ihn dann völlig ruhig gefragt: «Habe ich Schusslöcher auf der Rückseite meines Mantels?» Zu Hause stellt er fest: Überzieher, Rock, Weste und Hemd sind durchschlagen, aber an der seidenen Unterjacke sind die Kugeln abgeglitten; er hat lediglich eine erbsengrosse Geschwulst. Er vermutet, dass eine Rippe «elastisch gefedert habe».

In seinem Haus begibt sich Bismarck zunächst in sein Arbeitszimmer und schreibt einen kurzen Bericht an den König. Dann geht er ins Wohnzimmer und begrüsst die schon lange wartende Familie mit einem heiteren: «Warum essen wir denn heute so spät?», bietet einem Gast – einer Tochter Marie von Thaddens – den Arm und sagt, während er sie ins Speisezimmer führte, zu Johanna zurückgewandt beiläufig; «Liebes Herz, eben hat einer auf mich geschossen. Aber erschrick nicht! Ich bin durch Gottes Gnade unverletzt geblieben.» Johanna hörte, erst stumm vor Entsetzen, an, wie er den Fall mit der Ruhe eines Naturforschers zergliedert. Dann sagt sie: «Ottochen, wenn ich einmal tot bin und die Himmelsleiter hinaufsteige, komme an der Höllentür vorbei und sehe den Kerl da stehen – dann gebe ich ihm einen Stoss, dass er ganz tief in die Hölle hineinfliegt!» «Ach, Johannachen», erwidert Bismarck milde,

«wenn Du in dem Augenblick noch so denken könntest, wärest Du gewiss nicht auf der Himmelsleiter.» Als der König kommt, um Glück zu wünschen, sagt Bismarck: «Ich bin glücklich, für Euer Majestät einmal im Feuer gestanden zu haben.»

Kurz vorher hat sich Bismarck in Petersburg unbeliebt gemacht durch seinen Antrag auf Bundesreform, von dem wir gleich hören werden; der Zar hat ihn «revolutionär» genannt. Noch am Abend des Attentats telegraphiert Bismarck nach Petersburg an den preussischen Botschafter: «Ich bitte Euer Exzellenz, den Fürsten Gortschakow und womöglich Seine Majestät den Kaiser selbst darauf aufmerksam zu machen, dass der Mordversuch auf mich von einem württembergischen Republikaner ausgegangen und dass demnach wenigstens die süddeutschen Revolutionäre mich nicht als einen Förderer ihrer Pläne, sondern als den Vertreter des monarchistischen Prinzips ansehen und zu beseitigen suchen und gerade in meinen deutschen Reformen wie ich selbst das Hindernis ihrer Pläne sehen, dass also meine Stellung doch eine andere ist, als sie dem Kaiser dargestellt worden.» «Er schnitzt Bolzen aus jedem Holz», knurrt der russische Botschafter.

Vor dem Schlafengehen sagt Bismarck zu dem Hauslehrer seiner Kinder: «Es wird mir doch recht schwer werden, heute mein Vaterunser zu beten.» Er denkt an die 5. Bitte: «. . . wie wir vergeben unsern Schuldigern.» In seinem Andachtsbuch «Tägliche Erquickung für gläubige Christen» findet er unter diesem Tage: «Ihr müsset gehasset werden von jedem um meines Namens willen» und unterstreicht das Wort «gehasset». Als seine Familie ihn am nächsten Tag bittet, sich durch besondere Massregeln zu schützen, sagte er lächelnd: «Ich habe genug zu tun; das kann der liebe Gott allein besorgen.» Er ärgert sich nur, dass er an diesem Tage keinen Revolver bei sich hatte; er sei sonst oft mit der Hand am Kolben durch die Stadt gegangen; «Die weite Reise in die Ewigkeit hätte ich nicht gern allein gemacht!» Bei dem liberalen Polizeipräsidenten beschwert er sich, dass kein Polizist aufgetaucht sei. Mit klaglicher Entschuldigung antwortet der Präsident: «Ich habe mich lange gegen die

Übernahme dieses Amtes gestäubt.» «Nicht lange genug!» erwidert Bismarck.

Im Ausland gewinnt ihm das Attentat Sympathien. Namentlich in London imponiert seine furchtlose Haltung. Bisher hat man seine Politik verabscheut und nur seine Klugheit bewundert – «he is the cleverest»; nach dem Attentat erscheint fast die gesamte Londoner Gesellschaft demonstrativ auf einem Empfang des preussischen Botschafters.

Der Attentäter, ein württembergischer Student Cohen, der von seinem Stiefvater den Namen Blind angenommen hatte, nahm sich in der Haft das Leben. Die fortschrittliche Presse Süddeutschlands rühmte die Tat Blinds. Der «Beobachter» in Stuttgart schrieb: «Das Attentat gegen diesen von einem ganzen Volke einmütig verdamnten Attentäter hat nichts Überraschendes, und es wird sich niemand getrauen, den jungen Mann für einen schlechten Menschen zu erklären, der sein Leben darangegeben hat, um das Vaterland von einem solchen Unhold zu befreien.» Der «Volksbote für den Bürger und Landmann» in München sagte: «Schad um die Kugeln! Das Sprichwort sagt: wer gehängt werden soll, ersäuft nicht.» Andere Zeitungen behaupteten bis zu dem Selbstmord des Attentäters, es habe sich um ein abgekartetes Spiel gehandelt; andereveröffentlichten Gedichte auf Blind; ein mittelstaatlicher Kriegsminister erklärte, es sei keine Sünde, «dem Verbrecher an Deutschlands Ehre und Wohlfahrt mit gespannter Pistole entgegenzutreten». Die Zeitung «Graudaus» forderte auf, Blind müsste Nachfolger finden, und selbst Ludwig Bamberger schrieb noch einige Jahre später, damals sei «mehr denn ein ehrlicher Mann Gefahr gelaufen, über einem Ausruf ertappt zu werden, der vor dem Richterstuhl der strengen Moral hätte nicht bestehen können.»

Die Kämpfe, die Bismarck in den ersten 8 Jahren seiner Herrschaft zu bestehen hatte, haben in seiner Seele furchtbare Narben hinterlassen. Alle die Massnahmen, welche später die Fundamente der deutschen Einigung und damit eines jahrzehntelangen europäischen Friedens wurden, alle diese Massnahmen musste er durchsetzen gegen den Widerstand eines ganzen Volkes. Jahre hindurch focht er fast allein. Jahre hin-



durch wurde *er* als Verbrecher oder Verrückter verspottet. Jahre hindurch musste er tagtäglich die Steine wegräumen, die seine Gegner ihm in den Weg rollten, die stärksten Machthaber am Hof, im Heer, im Landtag, in der öffentlichen Meinung und vor allem in der Familie des Monarchen. Die steinerne Menschenverachtung, mit der er seinen Zielen sein Leben lang nachgegangen ist: nur auf dem Hintergrund dieser Kämpfe wird sie verständlich.

## V

An dem Tage, an dem Blind seine Kugeln auf ihn abfeuerte, traf Bismarck noch ein anderer Schlag, der ihn – wie er sagte – noch schwerer verletzte als das Attentat. Er ging aus von einem Mann, den Johanna «Onkel Ludwig» nannte, der der Pate seines ersten Sohnes war und einst Bismarcks Schutzpatron bei dem Beginn seiner politischen Laufbahn.

Ludwig von Gerlach war politisch ein Anhänger der Theokratie. Letzten Endes sei «der ewige Gott König von Preussen in staatsrechtlichem Sinn». Die Zehn Gebote bildeten «Mark und Knochenbau des irdischen Rechtes». Jede abweichende Meinung war sündhafter Pantheismus. Insbesondere war es eine «scheussliche Irrlehre», dass für Politik oder Krieg Gottes heilige Gebote nicht gelten sollten. Annexion war Diebstahl, Patriotismus ein Laster. Wenn man Gottes Herrschaft anerkenne, so gebe es keine politischen Differenzen und Grubeleien mehr. Nun beruhten freilich sämtliche Staaten auf früherer Anwendung von Gewalt. Gerlach tröstete sich damit, dass dieses Unrecht verjährt sei.

Natürlich konnte er seine Prinzipien in der Wirklichkeit nicht durchführen und wurde, wie jeder Doktrinär, zur Beute von Sophistereien. In der Schleswig-Holstein-Frage war er gegen den liberalgesinnten Augustenburger und schrieb, selbst wenn der Prinz das Erbrecht besäße, so müssten «niedere Rechtsnormen den höheren weichen», d.h. erbliche Ansprüche auf die Thronfolge dem Anspruch des Landes auf eine konservative Regierung. Aber die preussische Herrschaft über Schleswig

Holstein wollte er auch nicht, und als sich die gemeinsame Verwaltung durch Preussen und Österreich als unmöglich erwies, verzichtete er auf jede positive Lösung und begnügte sich mit der Kritik: es herrsche überall «Unbussfertigkeit, Mangel an Liebe zum Recht, schmunzelnde Grapsgier». Er konnte in den Auseinandersetzungen mit Bismarck von seinem Theokratismus aus nur Allgemeinheiten vortragen – eine Sprechweise, die Bismarck besonders erbitterte; an seinem immer heftigeren Rauchen merkten dann die Zuhörer der Unterhaltung, dass er die Geduld verlor. Sein Bruder, der Generaladjutant Leopold von Gerlach, hatte von ihm gesagt, das Konkrete berühre ihn gespenstisch, weil er die Realität in den Gedanken sehe; er dränge immer zu Taten, weiche aber im Augenblick der Entscheidung zurück. Ein anderer Hofmann prägte auf ihn das Wort: «Er badet sich im Gegensatz seiner selbst und trocknet sich dann mit einem Paradoxon ab.» Sein Wahlspruch

*Österreich – Preussen Hand in Hand  
Deutschland sonst aus Rand und Band*

brachte keinerlei Ansatz zu konkreten Lösungen. Er war ein Mann des Bekennens, nicht des Wirkens und neigte zu dem Standpunkt von Görres: «Traget Holz herbei und lasst Gott kochen.»

Gegen Bismarcks Österreich-Politik hatte er teils politische, teils moralische Bedenken; er fürchtete – wie er an Roon schrieb – die Herrschaft Napoleons, das italienische Revolutionswesen und die Befleckung des Gewissens. Er bat Kleist-Retzow, Bismarck in diesem Sinn zu beeinflussen: «Hauptsachen müssen Hauptsachen bleiben; ich will lieber Portier werden bei einem demokratischen Minister als durch Allianzen mit Cavourscher Politik mich beflecken. Halten Sie ja Ihr und unser Gewissen rein; es ist das Beste, vielleicht das Einzige, was wir haben. Ehe ich diese Festung übergebe, sprengte ich mich in die Luft!» Ein siegreicher Krieg sei ein noch grösseres Unglück als eine Niederlage, denn er werde den alten Bund zersprengen und Preussen mit der Demokratie «in besudelnde Verbindung» bringen. In seinen Zeitungsar-

tikeln lobte er aber gleichzeitig Bismarcks Staatskunst überschwänglich – ein moralischer Zwiespalt, der ihn selbst bedrückte, weil das Sophistische seiner geistigen Existenz hier offenkundig wurde. Schliesslich entlud sich – zufällig am Tag des Attentats – sein Zorn in einem flammenden Artikel in der Kreuzzeitung. Er enthielt neben scharfer Kritik Bismarcks nur phrasenhafte Allgemeinheiten: Preussen-Österreich müssten ewig verbündet bleiben; das allgemeine Stimmrecht sei der politische Bankrott. Wie immer bei ihm, fehlte jeder sachliche Vorschlag. Ein persönliches Gespräch mit Bismarck führte zu einem schroffen vollständigen Bruch.

Einige Monate nach dem Sieg vermerkte Gerlach in sein Tagebuch: «Der Generalstab gibt eine Geschichte des Krieges von 66 heraus, und nennt ihn in der Vorrede eine welthistorische Notwendigkeit'. Das war Kains Brudermord, Judas' Verrat und die Kreuzigung des Herrn auch. ‚Es müssen Ärgernisse sein – doch wehe dem, durch den.‘» Er war in seinen Überzeugungen unerschütterlich. Wilhelm von Kugelgen schildert ihn, wie er nach dem Tode seiner Frau «finster hinter dem Sarge des Liebsten, was er auf Erden besessen, so tapfer hersang . . . Ich wünsche manchmal, ich wäre Gerlach, hätte so einen dicken Bauch und so ein festes Felsenantlitz und so ein glaubenstarkes Gemüt».

## DAS BÜNDNIS MIT ITALIEN

*... und keiner lebet, der aus ihrem Dienst  
Die Seele hätte rein zurückgezogen.*

*Schiller: Wallensteins Tod*

### I

Die Einigung Deutschlands war in erster Linie ein Problem der Außenpolitik. Die Neutralität Russlands und Englands schien wahrscheinlich. Aber wie stand es mit Frankreich? Angesichts der diktatorischen Stellung des Kaisers war die französische Politik eine psychologische Frage: alles hing am Charakter Napoleons.

Als Louis Bonaparte nach seinem ersten Putschversuch im Gefängnis sass, nahm er sich seinen Schiller als Trost vor und übersetzte das Gedicht «Die Ideale» in französische Poesie; die Übersetzung hat er in seine «Gesammelten Werke» aufnehmen lassen. Auch in seiner Politik hat er sich in seinem träumerischen Naturell bisweilen in ein Reich der Ideale verirrt, ohne dass er die Kraft besass, sie mit den Interessen Frankreichs in Einklang zu bringen. Die Aufgabe, vor die ihn seine Abkunft und sein Ehrgeiz gestellt hatten, ging über seine Kräfte. Die Schwäche seines Charakters zog eine schwankende, verschlungene und oft irrealer Politik gross. Sein Steinleiden machte ihn allmählich mürrisch und entschlossenlos. Es quälte ihn zeitweise so, dass er seine Hand in die Flamme einer Kerze hielt, weil diese leichte Brandwunde ihn die anderen Schmerzen vergessen machte. Seine Gedankenspinne waren oft sehr fein, seine diplomatischen Einzelzüge voller Klugheit, aber alles war zu wenig elementar, zu wenig durchblutet, um in der Welt bestehen zu können. Ein Kraftvollerer und Einfacherer vermochte alle seine Netze zu zerreißen, obwohl er von einer schwachen Anfangsstellung

aus operieren musste. Bismarck hat den Charakter des Kaisers immer als eine entscheidende Gegebenheit in sein Schachspiel eingesetzt.

Napoleon hatte in den ersten Jahren seiner Herrschaft den Franzosen Ordnung, Wohlstand und Ruhe gebracht. Aber er hatte stets vor Augen, wie die lauwarne Monarchie Louis Philippes die Franzosen enttäuscht hatte. Er fürchtete, seine Dynastie werde sich nur halten, wenn er möglichst ohne Blutverluste Frankreich irgendeinen sichtbaren Erfolg verschaffe. Dieser Gedanke war der innerste Kern seiner Politik. Deshalb wollte er den Krieg zwischen Preussen und Österreich. An diesem Krieg sollten die deutschen Mittelstaaten teilnehmen, denn je grösser das Chaos, umso stärker wurde seine Stellung als Schiedsrichter. Deutschland sollte eine flüssige Masse werden, die des Gestalters harrete. Nach dem Siege Österreichs sollte Frankreich das niedergeworfene Preussen gnädig aufheben und hierfür seinen Lohn einstreichen.

An dem Siege Österreichs zweifelte niemand in Paris, bei Kriegsausbruch lagen die Wetten 4 zu 1; die Preussen hätten – infolge des Konflikts – keine Standkraft. Der Streit mit dem Landtag trug seine Früchte, freilich andere, als die Fortschrittler erhofft hatten. Aber ein schneller Sieg der Österreicher konnte Frankreich um seine Schiedsrichtergebühr bringen; deshalb musste Italien den Preussen beistehen. Diese Kombination war auch aus einem anderen Grunde nötig; der Kaiser wollte unter allen Umständen den Italienern Venetien verschaffen. Er hatte es ihnen feierlich versprochen und er war vor einem italienischen Attentat nicht sicher, wenn er sein Versprechen nicht hielt. Auch wollte er Italiens Ehrgeiz von Rom ablenken; die Ewige Stadt musste dem Papst verbleiben. Napoleon brauchte die katholische Partei Frankreichs als innerpolitische Stütze. Natürlich durfte er seine Karten nicht auf den Tisch legen, denn wenn er grosse Forderungen anmeldete, war dieser wendige Herr von Bismarck imstande, sich doch lieber mit Österreich zu verständigen, ja womöglich gemeinsam mit Österreich über Frankreich herzufallen. Diesem Mann war alles zuzutrauen. Also musste man die Frage der «Kompensationen» in der Schwebe halten. Seinen Appetit nach wei-

teren Gebieten konnte er durchblicken lassen, nicht aber den Umfang seines Hungers. Freilich hätte seine ängstliche Natur am liebsten die französischen Landgewinne im Voraus durch Verträge sichergestellt. Aber er merkte, dass das gegenüber Preussen nicht möglich war, wenn er nicht seinen Herzenswunsch, den Krieg, gefährden wollte. Nur gegen Österreich gelangte er – wie wir sehen werden – mit seinen Vertragswünschen ans Ziel. Vorsorglich empfahl er auch den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, «welche eigentlich das Herz Deutschlands bildeten», einen Bund mit bayerischer Spitze zu bilden, um sich gegen den schändlichen Egoismus der Österreicher und Preussen zu schützen. Dieser «Rheinbund» entsprach der alten französischen Politik, für die «Liberität» der deutschen Einzelstaaten zu sorgen. Auch empfahl er den Dänen, in Schleswig einzurücken, sobald Preussen vom Krieg ermattet sei. Napoleon träumte in stillen Stunden von einem gallischen Staatenbund, der Frankreich, Holland, Luxemburg und das Rheingebiet umfassen sollte – das napoleonische Kaiserreich in altem Glanze: er ahnte nicht, welches Erwachen ihm bevorstand.

Bismarck war sich über Napoleons Pläne klar: Der Kaiser komme ihm vor wie jener Engländer, der jeden Abend im Zirkus vor dem Käfig eines Löwenbändigers erschien, um mit unbeweglichem Antlitz abzuwarten, bis der Wärter eines Tages aufgefressen würde. Aber der Löwenbändiger Bismarck war Herr in der europäischen Menagerie. Er hüllte den französischen Gesandten, Graf Benedetti, in eine Wolke von Vertraulichkeit und Freundschaft, er erzählte ihm seine intimsten Geheimnisse in so bedenklichen Dingen, dass Benedetti das Gefühl bekam, den preussischen Ministerpräsidenten ganz in der Hand zu haben. Er verfolgte seine alte Taktik, zu behaupten, er selbst sei zu manchem Entgegenkommen bereit, aber der störrische, etwas wunderliche König müsse erst dafür gewonnen werden. Er habe aber den alten Mann schon zu so vielen Massnahmen gebracht, die ihm ganz gegen seine Überzeugungen gingen, er werde auch diese Aufgabe lösen. Sein – Bismarcks – Vertrauen zu Napoleon sei unbegrenzt; nicht einen Soldaten werde er auf dem linken Rheinufer belassen. Freilich, als Napoleon einen Schritt

weiter ging und ausser amtlich statt der Neutralität ein Bündnis anregte, hierfür aber die Mosellinie, Rheinpfalz und Rheinhessen fordernd, da erklärte Bismarck, über diesen Plan mit dem König nicht sprechen zu können. Gewiss: wenn Bismarck dies Bündnis annahm, so war der Krieg mit Österreich gewonnen. Aber dieses Bündnis hätte Preussens Stellung in Deutschland zugrunde gerichtet.

## II

Bismarck hatte einen besseren Zug bereit, um das Verhältnis zu Frankreich nach seinen Wünschen zu gestalten: der Weg von Berlin nach Paris führte über Florenz. Wenn sich Preussen mit Italien verbündete, wenn es für die Befreiung Venetiens focht, dann stand es in Paris und in London ganz anders da als bei einem Kampf für die Einverleibung Schleswig-Holsteins. Auch hielt Moltke die Hilfe Italiens militärisch für unentbehrlich; sie sollte 150'000 Österreicher binden. Wenn Preussen allein gegen Österreich und die anderen deutschen Staaten kämpfte, so standen 18 Millionen gegen 56; ohne einen Bundesgenossen war dieser Kampf nicht zu gewinnen.

Auf seinem Sterbebett hatte der Einiger Italiens, Graf Cavour, prophetisch gesagt: «Dieser deutsche Bund ist eine Anomalie; er wird aufgelöst werden und eine deutsche Union wird entstehen; aber das Haus Habsburg ändert sich nimmermehr. Was werden die Preussen tun? Ihnen gehen die Augen so langsam auf! Sie werden fünfzig Jahre brauchen, um zu tun, was wir in drei Jahren getan haben.» Cavour konnte nicht ahnen, dass auf der deutschen Bühne ein Regisseur erscheinen würde, der in dem gleichen Tempo spielen liess wie er selber.

Aber wie sollte Bismarck zu diesem Bündnis gelangen? Die Italiener waren – mit Recht – misstrauisch. Sie vermuteten, Preussen wolle das Bündnis nur, um damit auf Österreich zu drücken; es wolle sich auf diesem Wege mit Österreich friedlich über Schleswig-Holstein einigen und dann Florenz der Rache Wiens überlassen. Dieser Verdacht lag für sie

besonders nahe, weil sie selbst ähnliche Hoffnungen hegten: vielleicht konnten preussisch-italienische Verhandlungen Franz Joseph zu einem freiwilligen Verzicht auf Venetien bewegen. Cavour war tot, aber sein Realismus war lebendig.

Der italienische Ministerpräsident, General La Marmora, war ein schwankender, reizbarer Gamaschenknopf von knapp mittlerer Begabung. Er wollte mit Preussen nur einen glatten, klaren Vertrag abschliessen: an einem bestimmten Tag sollten beide Mächte über Österreich herfallen. Aber grade das konnte Bismarck niemals zusichern. Denn erstens wollte er ja zunächst alle Mittel friedlicher Verständigung mit Österreich erschöpfen und zweitens hatte er König Wilhelm noch keineswegs über den Graben des Kriegeentschlusses gebracht.

Bismarck beschloss, Moltke nach Italien zu senden. In der Instruktion, die er für ihn entwarf, stellte er sich, seiner Gewohnheit entsprechend – ganz auf den Standpunkt seines Verhandlungspartners: Italien müsse notwendigerweise das Misstrauen hegen, dass Preussen die Verhandlung mit Italien nur als Druckmittel benutzen wolle, um Holstein von Österreich gegen Geld zu kaufen. Man müsse daher den Italienern offen sagen: es handle sich nicht um Holstein, es handle sich darum, dass Preussen die Führung mindestens in Norddeutschland beanspruche. Dieses Ziel sei vermutlich nur durch Krieg zu erreichen. Aber Preussen könne keinen Termin nennen, denn es kenne nicht die Einstellung Frankreichs und Europas. Infolgedessen müsse Preussen einen Vorschlag machen, der für Italien zunächst ungünstig scheine: falls es einmal zu einem preussisch-österreichischen Kriege komme, solle Italien Österreich gleichfalls den Krieg erklären. Bei diesem Vorschlag verpflichtete sich Preussen lediglich, falls der gemeinsame Krieg ausbreche, nicht eher Frieden zu schliessen, als bis Österreich Venetien an Italien abgetreten habe. Moltke müsse damit rechnen, dass Italien diesen Vorschlag ablehne. Dann solle er sich mit einem Vorvertrag begnügen: beide Staaten seien bereit, sobald der Kriegeausbruch bevorstehe, ein jetzt nur vorbereitetes Bündnis zu unterzeichnen.

Aber bevor Moltke abreisen konnte, traf der italienische General Govone in Berlin ein. Bismarck erzählte dies sogleich dem alten General-



feldmarschall Grafen Wrangel, dessen Schwatzhaftigkeit bekannt war. Sogleich wanderte die Nachricht – wie von ihm gewünscht – über Hannover nach Wien.

Bismarck sagte Govone alles, was in Moltkes Instruktion stand. Er gab offen zu, er hoffe zwar den König zum Krieg fortzureissen, könne das aber nicht gewährleisten. Wie jeder, der Bismarck neu kennenlernte, war Govone über dieses offene Ausplaudern auch schädlicher Mitteilungen verblüfft. Der Mann sei ein Scharlatan, schrieb er an La Marmora. Ausserdem fand er, die deutsche Politik befinde sich in einem Zustand «überweltlicher» Verwirrung. Aber er werde trotzdem noch einige Tage bleiben, Bismarcks Vorschläge entgegennehmen und vielleicht auch einen unbestimmten «Freundschaftsvertrag» abschliessen. «Auf diese Art gewinnen wir Zeit und Mittel zu den anderen Kombinationen, von welchen Ew. Excellenz mir gesprochen haben, und dann hat die Natter den Scharlatan gebissen.» Mit den «anderen Kombinationen» meinte er natürlich die Einschüchterung Österreichs, die von diesen Verhandlungen ausgehen müsse.

Aber Govones Urteil änderte sich im Nu. Sehr bald schrieb er nach Rom: «Graf Bismarck ist unser Cavour wie er leibt und lebt.» Er formulierte Bismarcks Plan glasklar mit den Worten: «Bismarck lud uns zu einer auf die Herbeiführung des Krieges zielenden Partie ein, sagte sein Spiel an, zeigte uns seine Karten und war für seinen Teil fest entschlossen, die Partie bis zum Schluss durchzuspielen – wenn es möglich sein würde. Aber da er noch nicht wusste, wie weit er gelangen würde, wollte er sich das Recht wahren, alle Karten in der Hand zu behalten und im Falle unbedingter Notwendigkeit das Spiel zu eigenem Vorteil aufzugeben.»

Beunruhigt wurde der Italiener freilich durch die Tatsache, dass Bismarck in Berlin bei seinem Plan mit einem hasserfüllten Widerstand kämpfen musste; sein Mittelpunkt war noch immer Auguste. Die Gegenspieler verhinderten zunächst sogar die Antrittsaudienz Govones beim König. Der Unterstaatssekretär Thile erklärte Bismarcks persönlichem Referenten Keudell, sein Gewissen verbiete ihm das Bündnis mit Viktor Emanuel.

Bismarck «tobte wie ein wildes Tier im Käfig» über diese Hemmnisse im eigenen Haus. In seiner Wut ging er so weit, zu Govone zu sagen: wenn er mit dem König täglich schlafen könnte wie die Königin, dann würde die Sache marschieren. In der Zuspitzung seiner Formulierungen hat sich Bismarck nie eine Grenze gezogen.

Wie so oft kämpfte er nach allen Seiten; aber er setzte seinen Willen auch nach allen Seiten durch. König Wilhelm bewilligte den Vertrag, und Govone überredete den misstrauischen La Marmora, ihn zu genehmigen. Der geschmeidige General fand die Brücke, ihn seinem Minister erträglich zu machen: nur für 3 Monate übernahm Italien die Verpflichtung, in einen etwa ausbrechenden preussisch-österreichischen Krieg einzutreten. Bei der Unterzeichnung wollte Bismarck die ursprüngliche Überschrift «Offensiv- und Defensiv-Allianz» durch «Allianz- und Freundschaftsvertrag» ersetzen – was zweifellos dem Inhalt weit mehr entsprach. Aber als die Italiener auf dem ursprünglichen Namen bestanden, liess er ihn mit diesem Titel neu schreiben. Am 8. April 1866 wurde der Vertrag unterzeichnet, am 8. Juli lief er also ab. Bis dahin musste Bismarck eine Entscheidung – so oder so – zustandebringen. Der Vertrag verletzte die Bundesverfassung, denn Bündnisse mit dem Ausland gegen andere deutsche Staaten waren verboten.

Bald nach der Unterzeichnung fragte der Italiener: Was geschieht, wenn Österreich uns angreift? Bismarck erwiderte zutreffend: eine Waffenhilfe Preussens sei für diesen Fall nicht vorgesehen. Aber schon am nächsten Tag erkannte er, dass diese Antwort sachlich richtig, aber unklug war. Er erklärte Govone, Preussen sei zwar vertraglich zu keiner Hilfe verpflichtet, wohl aber moralisch. Er könne ihm daher – auch im Namen des Königs – für diesen Fall die preussische Kriegserklärung an Österreich fest zusagen.

Nebenher benutzte Bismarck die Italiener als unverbindliches Sprachrohr gegenüber Napoleon. Florenz wünschte natürlich, Bismarck solle Napoleon jedes gewünschte Zugeständnis machen, um sein Wohlwollen sicherzustellen. Im Verkehr mit Benedetti behielt Bismarck seine

alte Taktik unbestimmter Formulierungen bei. Aber Govone gegenüber liess er durchblicken, er sei Preusse, nicht Deutscher und lasse über bayerisches oder hessisches Gebiet mit sich reden; nur beim König liege die Schwierigkeit. Solche Anspielungen genügten, um Napoleon bei der preussischen Stange zu halten, ohne Bismarck selbst eine Verpflichtung aufzuerlegen. Als La Marmora einige Jahre später aus Rache diese Verhandlungen enthüllte, schrieb Bismarck an König Wilhelm: «Ich konnte die napoleonische Politik nur dadurch hinhalten, dass ich Benedetti und den Italienern, die vor Napoleon gar nichts geheimhielten, stets zu verstehen gab, ich wäre ganz geneigt, vom Pfade der Tugend abzuweichen, mein allergnädigster Herr aber nicht, und man müsse mir Zeit lassen, Eure Majestät zu überzeugen.»

### III

Österreich wusste von den Verhandlungen, aber nichts von dem Abschluss. Franz Joseph wurde ängstlich und entschloss sich zu einem vorbeugenden Vorschlag an Frankreich: Wenn Italien in einem preussisch-österreichischen Krieg neutral bleibt, so treten wir bei Kriegsende Venedig an Napoleon ab, damit er es an Italien weitergibt.

La Marmora stand vor einer schweren Entscheidung. Sollte er unter diesen Umständen neutral bleiben? Das erste Hindernis war der Vertrag mit Preussen. Aber mit diesem Hindernis traute er sich fertig zu werden – warum sollte ein italienischer Staatsmann durch übermässigen Idealismus sündigen! Selbst der vornehme Govone meinte, man könne nur schwer die Verantwortung übernehmen, ein solches Angebot friedlichen Erwerbs abzuweisen und stattdessen einen «Kampf mit unsicherem Ausgang zu entflammen». Preussen habe ja soeben «durch Spitzfindigkeiten» Italien den Beistand gegen einen österreichischen Angriff<sup>1</sup> verweigern wollen; schliesslich könne Italien ähnliche Spitzfindigkeiten finden; ausserdem erlösche der Vertrag am 8. Juli. Man brauche also nur den Kriegsausbruch über den 8. Juli zu verzögern.

Aber da war ein anderes Bedenken, das nicht rechtlicher, sondern höchst realer Natur war: wenn Preussen allein gegen Österreich und die Mittelstaaten focht, stand es nach der Volkszahl 1 gegen 3. Kein Mensch in Europa zweifelte, dass die Österreicher bei dieser Übermacht schnell in Berlin sein würden. Würde das Habsburger Reich, wenn die schwarzgelbe Fahne triumphierend vom Berliner Schloss wehte, dann wirklich Venetien an Italien abtreten? So viel Vertragstreue war von Wien schwerlich zu erwarten.



Französisch-Österreichische Entente cordiale

Die geheimnisvolle Angelegenheit soll so stehen: Sowie Preussen zugreift, schlagen Frankreich und Österreich ein.

(Kladderadatsch)

Nicht genug damit: grosse Teile des italienischen Volkes brannten wirklich darauf, auf dem Schlachtfeld jene Lorbeeren zu erringen, die in den bisherigen Kriegen den Söhnen Roms immer versagt geblieben waren. Sie wollten Venetien nicht von Napoleon geschenkt bekommen, sie wollten es erobern. So lehnte Florenz das Wiener Angebot ab.

Napoleon versicherte in Wien, er treibe kein Doppelspiel, und sonnte sich im Gefühl seiner vielfältigen Verschwörungen. Aber er täuschte sich: die Fäden lagen in der Hand seines Gegenspielers. Napoleon wünschte von Preussen eine Zusicherung deutschen Gebietes. König Wilhelm wünschte von Frankreich ein Versprechen der Neutralität ohne Gegenleistung. Bismarck hielt alles im Zwielficht. Er versprach Napoleon nichts, aber er nahm ihm auch keine Hoffnung. Er redete seinem König ein, Napoleon wolle gar kein deutsches Gebiet, und brachte ihn auf diese Weise schliesslich dazu, den Krieg auch ohne Neutralitätsversprechen Frankreichs zu beginnen. Und zu guter Letzt zwang er Napoleon, die Neutralität, die er wohlweislich nicht versprochen hatte, zu bewahren – und das ohne das kleinste Trinkgeld.

Bismarck hat Napoleons Kriegsfurcht – im Gegensatz zu allen Zeitgenossen, auch zu Goltz – mit steinerner Ruhe richtig eingeschätzt und nur dank dieser Sicherheit des Urteils die deutsche Frage lösen können. Freilich hat er im Jahr 1870 sein Spiel auf das gleiche Urteil gestützt, aber diesmal erwies es sich als falsch und stürzte ihn in eine diplomatische Niederlage, aus der er – wie wir sehen werden – nur um Haaresbreite entkommen ist.

## BISMARCK BEANTRAGT BUNDESREFORM

*Wenn Deutschland in derjenigen Verfassung, in welcher es sich gegenwärtig befindet, grossen europäischen Krisen entgegengehen sollte, so wird es entweder der Revolution oder der Fremdherrschaft verfallen.*

*Bismarck*

### I

Die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preussen: diese Forderung war kein Anlass zum Kriege. Konnte die deutsche Frage nicht friedlich gelöst werden, so musste man vor Deutschland und vor Europa den wirklichen Kriegsgrund greifbar hinstellen: der Kampf musste darum gehen, den elenden deutschen Bund in ein lebensfähiges Gebilde zu verwandeln. Preussen musste einen kraftvollen Schritt zu einer wirklichen Bundesreform tun. Wie alle kraftvollen Massnahmen, war dieser Schritt gefährlich. Aber Bismarck schreckte vor dieser Gefahr nicht zurück. Er warf das Ass der sofortigen Einberufung eines deutschen Parlaments auf den Bundestisch; es sollte nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gewählt werden und die Bundesreform beraten. Das ganze Bundesgebiet – auch Österreich – sollte für dieses Parlament wählen.

Es gab keine deutsche und keine ausländische Regierung, die über diesen Antrag nicht tief empört war. Ängstlich dachten viele an die französische Nationalversammlung von 1789, die Europa in ein Meer von Blut und Tränen gestürzt hatte. Gortschakoff erklärte: «Das ist nicht mehr Politik, das ist Revolution.» In Frankreich erregte der Vorschlag eine Panik. Thiers verkündete: «Der oberste Grundsatz europäischer Politik, aufgestellt im Westfälischen Frieden, ist, dass Deutschland sich aus unabhängigen Staaten zusammensetzt. Wenn die deutschen Einzelstaa-

ten im einigen Deutschland aufgehen, so ist das ein Attentat gegen die deutsche Freiheit und gegen Europa! Wohlan, wir leiden es nicht.» Die Kammer fand, es sei die beste Rede seines Lebens. Bernstorff meldete aus London, Aussenminister Clarendon sei aufs Tiefste erschreckt. Bismarck vermerkte am Rand, in England seien eben nur die oberen Klassen monarchisch und die Masse roh und unwissend; sie kenne nicht die



Der unverschämte Oberkellner im deutschen Bundeshotel:  
Sosse, meine Herren!

Anhänglichkeit an die Krone wie in Preussen. Der österreichische Bundestagsabgeordnete nannte diesen Schachzug «gefährlich und perfid». Ein liberaler Gelehrter wie Haym sagte, mit diesem Wahlrecht könne kein Volk bestehen. Selbst ein so universalgeschichtlich denkender Demokrat wie Max Weber hat noch 50 Jahre später von dem «Danaerge-

schenk des Bismarckischen Cäsarismus» gesprochen. Marx schrieb ironisch an Engels: «Welcher Verlust für Lassalle, dass er maustot ist! Den hätte Bismarck jetzt Rolle spielen lassen. . . . Wenn er jetzt lebte, welchen Skandal würde er machen.» Tatsächlich hat Bismarck damals Lassalles Nachfolger in der Leitung des Arbeitervereins, Schweitzer, aus dem Gefängnis beurlauben lassen.

Zu denen, welche diesen Schachzug mit grösster Sorge betrachteten, gehörte König Wilhelm. «Aber das ist ja die Revolution, die Sie mir Vorschlägen», rief er verzweifelt. Bismarck erwiderte ruhig: «Was kümmert es E.M., wenn Sie bei dem allgemeinen Schiffbruch auf einem vom Wasser nicht überfluteten Felsen stehen, auf dem alle, die nicht untergehen wollen, Rettung suchen müssen.» Er glaubte – für die nächsten Jahre zu Recht, für die Dauer zu Unrecht – dies Wahlrecht werde, mindestens in Norddeutschland, arbeitsfähige und königstreue Parlamente liefern.

Die Fortschrittler verstanden die Welt nicht mehr: sie sahen nur den Widerspruch zwischen diesem Antrag und den Theorien, die Bismarck nach ihrer Ansicht haben musste. Dass Bismarcks Vorschlag nach vielen Richtungen zielte und traf, konnten sie – von dem Leiden einer dogmatischen Blickverengung geplagt – nicht wahrnehmen. In Stuttgart schrieb der ‚Beobachter‘: «Es sind immer wunderliche Sprünge, die der Teufel macht, wenn er in einen Weihkessel fällt; aber possierlicher ist keiner als dieser Verzweiflungssprung des edlen Grafen.» Die Allgemeine Zeitung verglich – auf die wiederholte Vertagung des Preussischen Landtags anspielend – Bismarck mit einem Arzte, der in die Zeitung das Inserat einrücke, da alle seine Patienten gestorben seien, suche er neue. Der Kladderadatsch erklärte, er müsse sein Erscheinen als Witzblatt einstellen: dieser Konkurrenz – Bismarck appelliert an die Nation – sei er nicht gewachsen.

Im Volk blieb Bismarcks Antrag nicht ohne Widerhall. Der österreichisch gesinnte badische Ministerpräsident sagte dem Wiener Gesandten, Bismarck beherrsche mit seinem Vorschlag die öffentliche Meinung



Deutschlands; man müsse sorgfältig jeden Anschein einer Opposition gegen den Reformplan vermeiden.

Mit jener Sanftmut, die Bismarck nach dem ersten kräftigen Schock gern an den Tag legte, betonte er, das Parlament solle keine neuen Bundesstaaten konstituieren. Ja, er sei sogar bereit, wenn die Bundesreform verwirklicht werde, auf Schleswig-Holstein zu verzichten und begnüge sich mit den Februar-Bedingungen.

Bismarcks Antrag war nicht aussichtslos. Er hätte die deutsche Frage einer friedlichen Lösung zuführen können. Gelang es Bismarck, Bayern und mit ihm die anderen Mittelstaaten zu sich herüberzuziehen, so konnte Österreich schwerlich den Krieg wagen. Hätte in Bayern statt des einsiedlerischen Ludwig noch König Max regiert, so hätte ein neutrales Süddeutschland Österreich vielleicht zum Einlenken gebracht. Bayern hat sich auch in Wien für Bismarcks Reformplan eingesetzt. Pfordten empfahl zunächst auch den Mittelstaaten Neutralität bei einem Krieg zwischen Preussen und Österreich. Aber der lederne Formaljurist kam zu keinem mitreissenden Entschluss: Den Österreichern Bayerns Neutralität anzudrohen und hiermit die Annahme preussischer Vermittlungsvorschläge zu erzwingen – und damit den Frieden: solch kraftvolle Politik lag dem weisen Gelehrten nicht. Er verführte Österreich zum Kriege, indem er ihm seine Hilfe versprach, und er half zu seinem Untergang, indem er diese Hilfe nicht leistete.

Bismarck hat die Schwierigkeiten, die sich einer friedlichen Lösung entgegenwürften, nicht unterschätzt. Dem Herzog von Koburg schrieb er in seiner überlegenen Art: «Dass der vorliegende Entwurf den Beifall der öffentlichen Meinung haben werde, glaube ich nicht, denn für den deutschen Landsmann genügt im Allgemeinen die Tatsache, dass jemand eine Meinung ausspreche, um sich der entgegengesetzten mit Leidenschaft hinzugeben. Ich begnüge mich mit dem Worte: qui trop embrasse, mal étreint, und mit dem andern, dass Rom nicht an einem Tage gebaut wurde, wenn es auch schon in den ersten Anfängen durch Raub der Sabinerinnen erhebliches Odium auf sich lud. Ich glaube, dass auch

dem germanischen Rom der Zukunft, falls Gott ihm überhaupt eine beschert, einige Gewalttat an den Sabinern nicht erspart bleiben wird, und ich möchte sie auf ein Minimum reduzieren, der Zeit das Weitere überlassend. .

Wie immer sah Bismarcks weithin schweifendes Auge einen ganzen Strauss von Möglichkeiten vor sich. Da war zunächst die Notwendigkeit, von der blossen Erörterung der Schleswig-Holstein-Frage loszukommen und das wirkliche Problem, die Einigung Deutschlands, in den Vordergrund zu schieben. Das deutsche Parlament sollte ein «wohlthätiges Forum» werden, um den Teig zum Brodeln zu bringen. Das Wahlverfahren, das Bismarck vorschlug, war für Preussen günstig: wenn das Parlament direkt vom Volke gewählt wurde, dann entsandte Preussen in diesen Deutschen Reichstag nicht ein Siebzehntel der Stimmen wie beim Bundestag, sondern ein Viertel, wie es seiner Volkszahl entsprach. Auch glaubte Bismarck, dass grade Preussen von diesem Wahlrecht dank seiner monarchischen Landbevölkerung nichts zu fürchten brauche, im Gegenteil, der Anteil der fortschrittlichen Abgeordneten werde zurückgehen. Schliesslich wollte er den Liberalen Wind aus den Fahnen nehmen, wenn er die Ideale verwirklichte, die sie nur gepredigt hatten. Dass der Deutsche Bund nur «dem Scheine nach» bestehe, dass er stets nur «zur Erniedrigung der deutschen Nation» geführt habe, war ja ein liberales Dogma. Dass das neue Parlament revolutionär wirken könne, fürchtete er nicht; schon als Bundestagsabgeordneter hatte er gesagt: noch wichtiger als das Wahlrecht ist die Zuständigkeit einer Kammer. Aber trotz aller augenblicklichen Vorteile war das allgemeine gleiche Wahlrecht auf lange Sicht, mit Bismarcks *eigenem* Massstab gemessen, ein verhängnisvoller Irrtum.

Es war ein Gemisch sachlicher und taktischer Gesichtspunkte, die ihn zu seinem Antrag veranlassten. Wie immer war Bismarck beherrscht von der Erfahrung, dass sich das Schicksal nicht in die Karten schauen lasse, dass Mit- und Gegenspieler im letzten Augenblick unerwartete Züge machen konnten und dass es deshalb in der Politik keine mathematischen Berechnungen gebe; also müsse man sich zahlreiche Wege

offenhalten. Zu Benedetti sagte er: «Da das Wiener Kabinett sich mit uns nicht hat vereinigen wollen, um das Prinzip der Autorität zu sichern, so werden wir versuchen, uns auf das Nationalgefühl zu stützen.»

## II

Freilich stand Bismarck bei seinem Bundesreformplan – der ja Österreich nicht ausschloss – vor einer anscheinend unlösbaren Aufgabe: Wie sollte man einen zweiköpfigen Bund mit einem einheitlichen Parlament vereinigen? Und welche Stellung sollte Österreich in einem Bunde einnehmen, zu dem nur ein Viertel seines Gebiets gehörte? Sollten die Gesetze, die das neue Parlament beschloss, auch in Wien, Prag und Trient gelten oder womöglich auch in Budapest, Lemberg und Agram? Es waren die Probleme, mit denen die Paulskirche lange und vergeblich gerungen hatte. Sie hatte nur die «kleindeutsche Lösung gefunden» unter Abschluss eines «weiteren Bundes» mit Österreich, und Schwarzenberg hatte diesen Gedanken verächtlich abgelehnt.

Bismarck fand eine geniale Lösung der alten Schwierigkeiten: Das Parlament sollte zuständig sein für alle Fragen, die als «gesamtdeutsch» festgelegt wurden. Sie waren mit betonter Mässigung ausgewählt: Handels- und Zollgesetze, Verkehrsfragen, Schutz des Aussenhandels, Bundesheer, Bundesmarine; einige weitere Rechtsgebiete hätte man leicht hinzunehmen können. Für solche Fragen konnte Österreich die Zuständigkeit des Parlaments anerkennen, ja es konnte manche Gesetze unschwer auch für seine nicht zum Deutschen Bund gehörenden Landesteile einführen. Sobald aber das Parlament sich mit Gesetzen beschäftigte, die die Eigenstaatlichkeit Österreichs oder der süddeutschen Staaten beeinträchtigten, sollte es sich in zwei Gruppen aufspalten: die norddeutschen und die süddeutschösterreichischen Abgeordneten. Diese Gesetze sollten nur der norddeutschen Gruppe vorgelegt werden und nur für Norddeutschland gelten. Das Staatsrecht nannte diesen Vorgang *itio in partes*. Auf diese Weise wollte Bismarck die Sonderwünsche der Ös-

terreicher und Süddeutschen berücksichtigen und dennoch Norddeutschland enger zusammenfassen. Das Präsidium Gesamtdeutschlands sollte zwischen Österreich und Preussen wechseln. So hat Bismarck sechs Wochen vor Königgrätz einen Plan entworfen, der anknüpfend an das Bestehende eine deutsche Einheit und eine deutsche Volksvertretung «von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt» geschaffen hätte.

Aber es ist gar nicht dazu gekommen, dass Bismarck seine Pläne im Einzelnen darlegen konnte. Österreich wollte von Bundesreform nichts wissen und flüchtete in den Krieg. Mit Recht hat ein durchdringender Kenner der Bismarckschen Politik, Otto Becker, gesagt, was Bismarck in jenen Tagen bewiesen habe, sei nicht ein «vollendetes Schlaubergerium» gewesen, sondern etwas weit Grösseres als diplomatische Verschlagenheit: «Seine kühne Schlussfolgerung aus einer richtigen Diagnose der deutschen Krankheit war sittlicher als die Politik, die sich auf Rechte berief, die unsittlich geworden waren. . . . Er wollte wirklich, was er dem König und den Regierungen in seinen Entwürfen unterbreitete, aber er wollte nichts, was ihm nicht Mittel gewesen wäre, noch mehr zu erreichen. Es war dies mehr als nur diplomatische List, es war Verständnis für organisches Wachsen. Er wusste, dass das Reich sich nicht auf einmal schaffen liess: es konnte nach seiner Ansicht nur werden mit dem Wachsen der nationalen Idee und mit der sich entfaltenden Kraft der preussischen Hegemonie.»

### III

Die Mehrzahl der Liberalen und Fortschrittler verharren in dem Gehäuse ihrer Dogmen. Aber die bedeutenden Köpfe lösten sich mehr und mehr von der Partei. Mommsen sagte, die Fraktion sehe vor Bismarck die ganze übrige Welt nicht mehr; an Sybel schrieb er: «Hier greift der Bismarck-Wahnsinn täglich weiter um sich; kein Mensch sorgt und bedenkt mehr, was recht und was preussisch ist, sondern einzig, was für

oder gegen Bismarck ist, und so stützen wir ihn nach Kräften.» Das Verhältnis Bismarcks zu seinen liberalen Kritikern bezeichnete er mit den Worten: «Der Staatsmann gegen den blossen Zeitungsleser.» Haym schrieb: «Kein liberales Ministerium hätte das je geleistet ... Es ist eine glänzende Situation: die Allianz mit Italien, die Neutralität Russlands, die Verständigung mit Napoleon.»

Die Weltkundigen unter den Liberalen durchschauten auch, wie sehr die Politik der Liberalen das Kriegsfeuer anfachte. Das «Friedensgeheul», schrieb Duncker, «steigere nur den Mut der Österreicher.» Als der preussische fortschrittliche Abgeordnete Frese die süddeutschen Staaten aufforderte, gegen Preussen zu kämpfen, schrieb der Herausgeber der Preussischen Jahrbücher, der Liberale Wehrenpfennig: «Ich komme noch einmal auf den Schurken Frese. Wenn es sich in Ihre Arbeit einfügt, schildern Sie, ich bitte, die Verworfenheit eines Menschen, der hierher kommt, um die Bevölkerung der Mittelstaaten zum Kreuzzug gegen sein Land, gegen die Söhne und Brüder seines Volkes, seiner Wähler aufzurufen! Es ist ein entsetzliches Beispiel von dem Mass der Nichtswürdigkeit, zu welchem der Parteigeist führen kann ... Es ist eine Tatsache, dass wesentlich diese Politik Österreich mit Kriegsmut erfüllt, dass wesentlich sie den fast unabwendbaren Übergang Süddeutschlands ins österreichische Lager bewirkt hat.» Baumgarten klagte, solange er in preussischen Zeitungen lese, Preussen sei an dem Bruderkrieg schuld, müssten ja die Süddeutschen das Schwert gegen Preussen ergreifen. Ahnungsvoll fuhr er fort: «Hat der Liberalismus in der gegenwärtigen Lage niemand an Bismarcks Stelle zu setzen und fordert doch nichts als Bismarcks Sturz, so ladet er eine Verantwortung auf sich, die ihn erdrücken wird.» Treitschke nahm seinen Abschied als Freiburger Professor. Bei ihm ging der Bruderkrieg bis in die eigene Familie: sein Vater, sächsischer General, sagte sich öffentlich von ihm los. In der badischen Kammer erklärte der Liberale Mathy, der noch vor wenigen Jahren von dem «blödsinnigen Premier» gesprochen hatte, Bismarck gefalle ihm jeden Tag besser. Auch der fortschrittliche Abgeordnete Werner von Siemens, der grosse Industrielle, bekehrte sich zu Bismarck.

Der Gewissenskampf der Linken fand einen seltsamen Niederschlag in dem Briefwechsel zwischen dem fortschrittlichen Bürgermeister von Breslau, Franz Ziegler, und dem Nationalökonom Rodbertus. Ziegler, ein Führer der Steuerverweigerer von 1848, hatte in einer Rede erklärt, das Herz der preussischen Demokratie schlage dort, wo Preussens Fahnen wehten, und hatte sich durch diese Rechtsabweichung vom Kurs der Partei viele Vorwürfe zugezogen. Aber Bismarck gegenüber war Ziegler kritisch: «Wie Sie den Mann, den ich übrigens persönlich sehr gern habe, genial nennen können, ist mir ein Rätsel . . . Bismarck mag alles sein, aber er ist kein Staatsmann; er ist derselbe Dragoner wie Schwarzenberg.» Rodbertus antwortete: «Ich bin erschrocken über Ihren Brief. Sie halten ja das Glas verkehrt und sehen deshalb alles auf dem Kopf! Das ist ja das Unglück unserer Zeit, dass die Phrase und die Tatkraft des Fortschritts im umgekehrten Verhältnis zu einander stehen. . . . Jenes Missverhältnis ist die traurige Spalte in der Gesellschaft, in der sich ein cäsarisches Regiment . . . notwendig macht.» Ziegler las diesen Brief Virchow und Lasker vor und antwortete dann: «Ich kann Ihnen nicht verschweigen, dass eine allgemeine Heiterkeit die Antwort war. . . . Man gehe gerne durch den Cäsarismus, wenn ein Cäsar da wäre. Ein solcher hat die Massen und ihr Vertrauen für sich, während von Bismarck in diesem Punkt weit unter Manteuffel steht. Sie haben keine Vorstellung davon, wie sehr dieser Mann entweder gehasst oder, was noch schlimmer ist, verlacht wird.» Aber die Ankündigung der Fortschrittler, Bismarck werde die Truppen nicht bis zu den Bahnhöfen bringen, war falsch.

Unter den Liberalen der frühen 60er Jahre gibt es eine Anzahl Männer von hohen menschlichen Qualitäten und einer lautereren Auffassung des Lebens. Aber der Goldglanz ihres Idealismus hat uns bisweilen die Augen geblendet gegenüber den Folgen ihres politischen Wirkens. Dass in dieser unzulänglichen Welt vortreffliche Männer oft Schlechtes bewirken – und umgekehrt –, weiss jedermann. Die Liberalen jener Zeit haben bei dem Ringen um die deutsche Einheit die Bedeutung der Grossmächte, die Stellung Österreichs und die Absichten der Länderregierun-

gen falsch eingeschätzt. Sie haben sich obendrein während des Konflikts durch schwankende Beschlüsse auf einen unsicheren Rechtsboden begeben. Das alles haben die Klügsten unter ihnen bald erkannt und sehr offen ausgesprochen. Mommsen und Droysen, Bennigsen und Miquel, Twesten und Gneist, Wehrenpfennig und Baumgarten – also gerade die gescheitesten jener Männer – haben über die Oppositionspolitik der Konfliktsjahre Urteile gefällt, die weit bitterer sind als die dieses Werkes. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass heute manche Biographen Bismarcks jene Fehler der Liberalen aus der Welt reden möchten, die ihre Urheber selbst eingesehen und eingestanden haben. Schliesslich hat ein Historiker, den niemand als zügellosen Lobredner Bismarcks verdächtigen wird, Franz Schnabel, das runde Urteil abgegeben: Wenn man – wie die damaligen Liberalen – den deutschen Nationalstaat wollte, so gab es keinen anderen Weg als den Weg Bismarcks. Diese Erkenntnis fällt ein herbes Urteil über jene Männer, die Bismarcks Weg mit wahllosen Mitteln zu sperren versuchten. An der Feststellung Schnabels kommt niemand vorbei, wenigstens solange er auf dem Gebiet rationalen Urteils verbleibt und sich nicht in die dunklen Gefilde verletzter Gefühle verirrt.

In jenen Tagen beschloss Bismarck nochmals, eine Versöhnung mit der Linken zu versuchen. Aber er stiess auf den alten Starrsinn. Selbst ein gescheiter Mensch wie Twesten erklärte, er wollte lieber «mit gekreuzten Armen einem Kabinettskrieg zusehen, als durch Aufgeben des Rechtsstandpunktes zur Vermehrung der allgemeinen Demoralisation beitragen». Zunächst müssten das Haushaltsrecht des Parlaments bedingungslos anerkannt und die reaktionärsten Minister entlassen werden; wegen der nicht bewilligten Ausgaben müsse die Regierung «Indemnität» – Strafflosigkeit – beantragen. Es war aussichtslos, in diesem Augenblick König Wilhelm für einen solchen Kurswechsel zu gewinnen.

Der Liberale Unruh fragte Bismarck: «Werden Sie auch nach einem siegreichen Kriege für Versöhnung mit den Liberalen sein?» Bismarck antwortete: «Wenn ich diese Versöhnung nicht durchsetze, werde ich

nicht Minister bleiben. Sie können von dieser Äusserung Gebrauch machen.» Aber dies Versprechen genügte den Fortschrittlern nicht; sie erklärten trotzdem: lieber ein Olmütz als Bismarck. Die Fortschrittler wussten, dass ein Sieg Bismarcks ihre Partei bis ins Mark treffen musste. So hofften sie auf Preussens Niederlage.

Bismarck suchte auch Verbindung mit dem Führer der hannoverschen Liberalen, Georg von Bennigsen. Bernhardi besuchte ihn in Bismarcks Auftrag. Aber der Hannoveraner erklärte, Bismarck könne gar nicht Krieg führen, denn er habe «die öffentliche Meinung zu bestimmt und zu allgemein gegen sich». Es sei Bismarck gar nicht ernst mit dem Kriege. Er – Bennigsen – wolle sich «abwartend verhalten, weder opponieren noch unterstützen». Bernhardi erwiderte, *nur* Bismarck könne diesen notwendigen Krieg führen; ein liberales Ministerium würde am Widerstand der österreichfreundlichen Partei um den König – Auguste, Kronprinz, Augustenburg – scheitern. Empört schrieb Bernhardi in sein Tagebuch: «Es ist eben immer das alte Lied; der innere Konflikt ist in Bennigsens Augen das eigentliche Ereignis der Zeit, um das sich alles dreht; alles andere, namentlich der bevorstehende Krieg ist im Vergleich damit sowohl in seinen Augen nebensächlich als auch abhängig von den Wendungen dieses Zwistes. . . . Das preussische Volk oder wenigstens, die unermessliche Majorität des preussischen Volkes und die Fortschrittspartei, das sind für ihn – wie es scheint – identische Begriffe.»

Als Bernhardi dem Ministerpräsidenten von seinem gescheiterten Versuch berichtete, sagte Bismarck nur: «Man schießt nicht mit öffentlicher Meinung auf den Feind, sondern mit Pulver und Blei.» Wenn Bennigsen die Wahlstatistiken in der amtlichen statistischen Zeitschrift gelesen hätte, so hätte er gewusst, dass – gemessen an den Stimmen – hinter den Fortschrittlern, selbst in ihrer besten Zeit, nur ein Sechstel des Volkes stand. Aber offenbar hat nicht einmal Bismarck diese Zahl gekannt, denn er hat sie niemals zitiert.

Bismarck versuchte nunmehr, einen lebendigeren hannoverschen Liberalen zu gewinnen, Johannes Miquel; er sollte vor allem für Neutralität



Hannovers eintreten. Bernhardi hat uns die Unterhaltung geschildert. Miquel: «Wir können nicht mit Ihnen gehen, wenn Sie die Verfassung so verletzen.» Bismarck: «Wie kann ich denn anders mit dem König fertig werden? Kümmern Sie sich doch jetzt nicht um die Verfassung. Später, wenn wir gesiegt haben, sollen Sie Verfassung genug haben. Wollen Sie, wenn Sie nach Hannover kommen, zum Grafen Platen gehen und ihm sagen, wenn er nicht mit uns gehe, müsste ich Hannover besetzen, wir sind stark genug auch ohne ihn?» Miquel: «Ich will es gern tun, aber helfen wird es nicht, denn wir müssen heute offen reden: Platen hält Euer Exzellenz für einen Narren.» Bismarck: «Das kann ich ihm gar nicht übelnehmen, aber ich sage Ihnen: wir werden's doch wahr machen, ein kurzer Feldzug in Böhmen, und wir machen den Österreicher matt, und die Sache ist fertig. Es ist Ihre nationale Pflicht, uns beizustehen.» Miquel: «Wir werden es nicht fertigbringen.» Bismarck: «Nun, so will ich Ihnen sagen: wir brauchen Sie auch gar nicht.»

Dagegen gelang es Bismarck, einen andern Liberalen zu gewinnen, den ehemaligen Finanzminister von der Heydt. Er trat an die Stelle des unfähigen Bodelschwingh. Bismarck sicherte ihm vorher zu, dass er nach dem Kriege die nachträgliche Bewilligung der Staatsausgaben beantragen werde, die ohne Genehmigung des Parlaments erfolgt seien. Gemeinsam mit dem Bankier Bleichröder sicherte Heydt die Finanzierung des Krieges.

Auch dem englischen Botschafter, Lord Loftus, sagte Bismarck vor Kriegsausbruch, vielleicht müsse Preussen künftig mit einem liberalen Ministerium einen liberalen Kurs steuern. Loftus fragte, ob Bismarck ein solches Kabinett leiten wolle, und bekam zu seiner Verblüffung die Antwort: «O ja, warum nicht?» Und nach einer kleinen Pause: «Das würde keine Schwierigkeiten machen, eventuell könnte mich der König ja auch zu seinem Kammerherrn machen oder sonst irgendwohin nach seinem Belieben stellen.» Bismarck glaubte, mit jedem Strom schwimmen und von jeder Stelle aus die Politik lenken zu können.

## ÖSTERREICH MACHT MOBIL

*Um Gottes willen, nur jetzt keine Nachgiebigkeit! Der Krieg ist jetzt besser als der Friede. Nie war die Lage so günstig für Österreich. Bismarcks Wahnsinn ist vielleicht eine providentielle Fügung, um Österreich zum Retter Roms zu machen und somit zum Wiederhersteller der Ordnung Europas.*

*Graf Blome an Mensdorff*

### I

Zu den vielen Sorgen, die auf den österreichischen Staatsmännern lasteten, gehörte das Problem der Mobilmachung. In Preussen dauerte sie, dank der grossen Heeresreform, nur 2 bis 3 Wochen; Österreich dagegen benötigte 7 bis 8. Wenn Preussen plötzlich losschlug, konnten seine Husarenpatrouillen eines Tages den Stefansdom am Horizont sehen, ehe Österreich seine Armeen beisammen hatte. Die österreichischen Generale wollten daher früher anfangen mobil zu machen. So beschloss Wien – gegen den Rat Mensdorffs –, eine Anzahl Regimenter nach Böhmen zu verlegen.

Schon nach wenigen Tagen wurde Bismarck vorstellig. Die preussische Besorgnis war begreiflich: bei dem letzten preussischösterreichischen Konflikt hatte Preussen in den Olmützer Verhandlungen nachgeben müssen, u.a. weil Österreich in der Mobilmachung ihm Vorus war; Olmütz galt den meisten Preussen als Symbol der Schande. Wien antwortete, es sei keine Truppenverschiebung erfolgt ausser zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Man hatte sich den Vorwand ausgedacht, man habe Vorsorge gegen antisemitische Tumulte in Böhmen treffen müssen, eine ungewöhnlich durchsichtige Ausrede.

Für Bismarck war dieser neue Fehler Franz Josephs ein neues Geschenk des Himmels, denn niemand empfand das Gespenst von Olmütz,

das Bismarck sogleich an die Wand malte, so drückend wie König Wilhelm. Zu allem Unglück verbot Franz Joseph den österreichischen Zeitungen, Truppenverschiebungen zu erwähnen. Sogleich stellte Preussen der Presse in einem demonstrativen Erlass frei, nach Belieben über Preussens Rüstungen zu berichten.

Offiziell betonte Bismarck jetzt seine Friedlichkeit. Aber er unterliess nicht, das schwelende Feuer der österreichischen Besorgnisse privat immer wieder anzufachen, namentlich wenn die Torheit seiner Gegenspieler ihm eine passende Gelegenheit bot. So war die Gattin des sächsischen Gesandten Graf Hohental so ungeschickt, Bismarck bei einem Diner direkt zu fragen, ob er einen Krieg plane. Mit heiterster Miene erwiderte Bismarck: «Natürlich! Seit dem ersten Tage meines Ministeriums habe ich keinen anderen Gedanken gehabt. Sie werden bald sehen, dass wir besser schießen als unsere Gegner.» Da erbat die Gräfin einen freundschaftlichen Rat, wohin sie gehen sollte: auf ihre Besitzung in Böhmen oder auf ihr Gut bei Leipzig. «Ich kann nur empfehlen», sagte Bismarck, «nicht nach Böhmen zu gehen, denn gerade in der Nähe Ihres dortigen Besitzes werden wir die Österreicher schlagen; und da wird es mehr Verwundete geben, als Ihre Leute pflegen können. Aber auf Ihrem sächsischen Schlosse werden Sie nicht einmal durch Einquartierung belästigt werden, da es nicht an einer Etappenstrasse liegt».

Die Rüstung führte zu einem gereizten Notenwechsel. Mit aller Ironie, deren er fähig war, antwortete Bismarck auf Bismarcks Vorstellungen, und der preussische Ministerpräsident erwiderte mit gleicher Härte. Er wollte jetzt eine Entscheidung herbeiführen und die Einigung Deutschlands einen Schritt weiter treiben. Wenn sich Österreich friedlich mit der Bundesreform und mit der preussischen Führung Norddeutschlands abfand: umso besser. Wenn nicht, so war er bereit, die deutsche Frage mit dem Schwert zu lösen.

Die Fluten waren schon bedrohlich hoch angeschwollen, da schlug Mensdorff vor, beide Staaten sollten ihre Rüstungen auf den Friedensstand zurückführen. Bismarck kam dieser Wunsch ungelegen. Die Krise

drohte dann zu versanden, und der Zwiespalt Deutschlands blieb auf dem alten Fleck. Denn König Wilhelm war zwar bereit, für die preussische Stellung in Schleswig-Holstein zu fechten, aber das war kein brauchbarer Kriegsgrund für Europa. Für den wirklichen Kriegsgrund – gleich berechtigt vom weltgeschichtlichen wie vom taktischen Standpunkt –, nämlich für die Lösung der deutschen Frage, wollte der gewissenhafte Monarch die Schrecken des Krieges nicht entfesseln. So war



Alle grossen Männer wurden originell geboren –  
Bismarck durch Explosion eines Mörsers.

*(Spirito folletto Mai 1866)*

Bismarck tief beglückt gewesen, als Österreich rüstete. Mit dem Satze «uns droht ein neues Olmütz» konnte er König Wilhelm «über die Hürde bringen». Jetzt raubte ihm Mensdorff sein bestes Argument. Sollte es so kommen, dass Preussen auf alle Forderungen – auf die Bundesreform und auf Schleswig-Holstein – verzichten musste? Sollte Deutschland ewig in seinem jetzigen Zustand verbleiben? Um *diesen* Preis wollte Bismarck den Frieden nicht. Der Kern seiner Politik war: die grössten

Zugeständnisse, sofern nur die Einigung Deutschlands einen Schritt vorwärtskam, aber Kampf, wenn Österreich bei der jetzigen Aufspaltung in 33 Staaten verharrte.

König Wilhelm dachte anders: dankbar ergriff er die Friedenshand Österreichs: wenn Wien ihm seine Abrüstung mit genauen Terminen zusichere, werde er alle militärischen Massnahmen rückgängig machen. Der Frieden schien gesichert. Aber an dem gleichen 21. April, an dem die zustimmende preussische Note in Wien eintraf, vermochten die zitternden Hände der Österreicher den Schicksalsbecher nicht mehr zu halten; die beinernen Würfel des Mars rollten heraus.

Der österreichische Generalstab verabscheute die Abrüstung. Er fürchtete, von den Preussen überspielt zu werden. Da meldete ein – freilich als unzuverlässig bekannter-Agent, Italien konzentrierte bei Bologna ein Armeekorps von 40'000 Mann. Franz Joseph beriet sich mit seinen Generalen. Unglücklicherweise waren Mensdorff und Esterhazy erkrankt. Der Kriegsrat beschloss: die gegen Italien bestimmten Armeekorps werden sofort mobil gemacht.

Der Beschluss ist schwer verständlich. Ein einzelnes italienisches Armeekorps hatte für Österreich wenig Erschreckendes. Obendrein war auch die Nachricht falsch. Die italienische Armee wurde im April auch nicht um einen Mann vermehrt. Aber selbst wenn die Generale diese Information für wahr hielten, so war die Mobilmachung unnötig. Denn wenn Preussen abrüstete, war auch Italien ungefährlich; niemals konnte es wagen, allein mit Österreich anzubinden. Und wenn Österreich auch dies Risiko ausschalten wollte, so war die einzig natürliche Gegenmassregel, in Florenz und Berlin zu verlangen, dass die «Rückführung auf den Friedensstand» von allen drei beteiligten Mächten durchgeführt werden müsse. Wien musste sich klar sein: die Mobilmachung seiner Südmarmee bedeutete den Krieg. Denn Preussen konnte ja nicht wissen, ob man nicht diese Korps – aus völkischen Gründen meist Regimenter, die im Norden garnisonierten – eines Tages gegen Berlin marschieren liess. Preussen konnte auch nicht Gefahr laufen, dass Österreich vorweg Italien allein niederwarf. Wien erhielt die preussische Zusage der Abrüstung wenige Stunden, nachdem Franz Joseph die Mobilmachung seiner Südmarmee an-

geordnet hatte; der Kaiser, der sonst sein Leben lang mit allen Entschlüssen zu spät kam, hatte hier einmal zu früh gehandelt. Aber er hätte den Befehl unschwer noch abstoppen können. Was sich hier durchsetzte, war nicht Vorsicht, sondern der Kriegswille der österreichischen Generale. Selbst Pfordten sprach von «Kopflösigkeit und Perfidie» Wiens; offenbar habe die Kriegspartei die Oberhand gewonnen.

Noch ehe die Mobilmachung der österreichischen Südmarmee in Berlin bekannt wurde, hatte General Manteuffel in einem Brief an den König die Gefahr eines neuen Olmütz erwähnt. Bismarck gab Manteuffels Schreiben mit einem Brief an den König weiter, der mit höchster Verschlagenheit auf Wilhelms Denkart abgestimmt war, zugleich aber auch Wiens Stimmung richtig erriet: «Eure Majestät wollen Sie überzeugt halten, dass es meinem Gefühle, ich kann sagen, meinem Glauben widerstrebt, die höchsten landesväterlichen Entschliessungen über Krieg und Frieden in zudringlicher Weise beeinflussen zu wollen; es ist das ein Gebiet, auf dem ich Gott allein getrost überlasse, Eurer Majestät Herz zum Wohle des Vaterlandes zu lenken, und mehr beten als raten möchte. Die Überzeugung aber darf ich dabei doch nicht verhehlen, dass uns, wenn es jetzt gelingt, den Frieden zu erhalten, die Kriegsgefahr später, vielleicht in Monaten unter ungünstigeren Verhältnissen bedrohen werde. Der Friede lässt sich auf die Dauer nur halten, wenn beide Teile ihn wollen; Österreich mag jetzt aus Opportunitätsrücksichten wünschen, ihn nicht gestört zu sehen. Aber wer, wie Eurer Majestät alleruntertänigster Diener, seit 16 Jahren mit der österreichischen Politik intim zu tun gehabt hat, kann nicht zweifeln, dass in Wien die Feindschaft gegen Preussen zum obersten, man möchte sagen, alleinigen Staatszwecke geworden ist.»

Über Manteuffels Brief geriet der König – wie Bismarck dem General schrieb – «in einen prächtigen Zorn, der wesentlich zu meiner Genesung beitrug». Aufgebracht erklärte er: «Sie mögen Manteuffel . . . sagen, dass, wenn ein Preusse jetzt mir ‚Olmütz‘ in die Ohren raunt, ich sofort die Regierung niederlege! Andere, d.h. meine Feinde, werden Olmütz rufen; dürfen Preussen darin einstimmen?»

## II

In diese Stimmung des Königs schlug die Nachricht: Österreich mobilisiert seine Südmarmee. Bismarck wird sie als Erlösung empfunden haben; man hat daher die Frage aufgeworfen, ob er nicht jene Agenten nachricht aus Italien selbst veranlasst habe. Aber Karolyi berichtet, Bismarck habe ihm sofort erklärt, jene Nachricht sei nach Ansicht aller europäischen Kabinette falsch. Auch konnte Bismarck unmöglich damit rechnen, dass Österreich auf eine solche Agentennachricht im Stadium vereinbarter Abrüstung plötzlich seine Italienarmee mobil machen werde.

Jetzt war die Lawine im Rollen: Preussen forderte Österreich auf, die Mobilmachung der Südmarmee einzustellen. Wien lehnte ab. Preussen erklärte, dann könne auch Preussen die vereinbarte Abrüstung nicht durchführen. Sogleich mobilisierte Wien seine ganze Armee. Zutreffend und witzig sagte Zar Alexander: «In Wien ist man resigniert zum Kriege.» Es war, wie wenn er den Brief gekannt hätte, den der verzweifelte österreichische Aussenminister an seinen Freund Esterhazy sandte: «Ich fürchte, dass die Sache jetzt ein Embarras [Verlegenheit] für uns wird, nachdem wir uns bereits finanziell ruiniert . . . haben, dabei kriegsmutig die Welt in die Schranken fordern wollen.»

Moltke drängte auf Gesamtmobilmachung. Aber er brauchte zwei Wochen, um sie bei seinem gewissenhaften Monarchen durchzusetzen, obwohl er dem König versicherte, ein schnelles Handeln sei Preussens sicherer Sieg. Wilhelm gab trotzdem den gesamten Vorsprung der preussischen Organisation preis.

## III

Auch Franz Joseph wollte Frieden. Aber gleichzeitig wollte er zwei Dinge, die mit dem Frieden unvereinbar waren: er wollte Venetien behalten und die Vorherrschaft über ein gespaltenes Deutschland ausüben.

Beides war unmöglich. In der Epoche des erwachenden Nationalbewusstseins konnte Italien nicht auf Venedig verzichten, auf die alte Dogenstadt mit ihren Erinnerungen an Jahrhunderte glorreicher Herrschaft im Mittelmeer, an Tizian, Giorgone und Tintoretto. Frankreich, England und die öffentliche Meinung Europas standen in dieser Frage auf Seiten Italiens. Aber Franz Joseph glaubte immer noch wie Metternich, Italien sei nur ein geographischer Begriff.

Nicht besser stand es um Habsburgs Führungsanspruch über ganz Deutschland. 12 Millionen Einwohner hatte Österreich im Bund, und davon waren nur 6 Millionen Deutsche. Zweiundeinhalb mal soviel Deutsche umfasste Preussen. Würde sich dieser immer stärker werdende Staat auf die Dauer behandeln lassen wie Bayern oder Sachsen?

Wollte Österreich seine beiden gefährdeten Machtpositionen behaupten, so musste es kämpfen. Und zu diesem Kampf waren viele seiner Staatsmänner bereit, und wie immer setzten sich die stärkeren Naturen durch. Mit allen Fasern seines Herzens sehnte sich Biegeleben nach dem grossen Waffengang; Bismarck sei durch seine Unbeliebtheit Österreichs bester Verbündeter. Die einzige Gefahr sei, dass er vor dem Krieg gestürzt und hierdurch der Frieden gerettet werde. «Krieg, wir brauchen Krieg, nur Krieg.»

Das war das Entscheidende: Österreich glaubte «die Improvisation Friedrichs des Grossen» beseitigen zu können. Man war des Sieges sicher, konnte man doch eine Million Krieger gegen eine halbe Million stellen. Einen preussischen Sieg hielt man für undenkbar. «Nur kein milder Friede», predigten die österreichischen Zeitungen im Voraus. «Kein zweites Olmütz, sondern ein zweites Jena.» In Stettin sei schon die Einschiffung des Königs nach Königsberg vorbereitet. Selbst Karolyi meldete, bei Bismarck sei «in elfter Stunde ernste Bangigkeit zu bemerken» – ein Eindruck, den er aus Bismarcks immer erneuten Bemühungen um Verständigung zog.

Und wie sollte man nicht auf den Sieg hoffen, da doch der innere Konflikt Preussen offenbar wehrlos machte. Karolyi meldete Friedensdemonstrationen aus vielen Städten. Hohenlohe hörte in Wien, Bismarck sei in scheusslicher Lage, die Stimmung gegen ihn nehme überhand, die



Landwehr habe keinen kriegerischen Geist, die Militärorganisation genüge nicht, das Gardekorps müsse man wegen der Aufruhrgefahr in Berlin lassen. Je mehr man von dem Mangel an Kriegsbegeisterung in Preussen hörte, desto kriegslustiger wurde man in Österreich.

Und war der Krieg nicht auch das beste Mittel, um den Nationalitätenstreit über die Verfassung zu lösen? Nach dem Krieg hat Mensdorff in einer Denkschrift an den Kaiser erklärt: «Gerade die Politiker, denen ich Zeit zur Vollendung des inneren Ausbaues zu verschaffen bemüht war, überstimmten mich im Ministerrat, weil sie mit kurzsichtiger Verblendung die Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit von ihrer politischen Impotenz und durch einen kriegerischen Erfolg eine Machterhöhung für sich zu erzielen hofften, ohne zu bedenken, dass, wie ich ihnen im Ministerrat nach wies, zu einem solchen Erfolg die militärischen Vorbereitungen fehlten. Nie wurde von ernsten Männern eine Frage von so grosser Tragweite mit mehr Leichtfertigkeit behandelt als in jenem Zeitpunkt.»

Besonders kriegsbegeistert waren die Ungarn, freilich nur weil sie von den Schwierigkeiten des Krieges die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche erhofften. Die ungarischen «Freiwilligen», von denen die Zeitungen erzählten, mussten von Gendarmen abgeholt werden.

Die österreichischen Zeitungen überschlugen sich im Hass gegen Preussen, namentlich die liberalen Blätter, welche ihren Abscheu gegen den Reaktionär Bismarck austobten. «Kein Negersklave Brasiliens», schrieb die Wiener Presse, «der sich unter der Peitsche des Aufsehers windet, ist hilfloser, erbarmungswerter als das gesamte Preussentum. Es kann knirschen, wüten, jammern, aber es muss Haus und Hof verlassen und geknebelt in die Schlacht laufen für eine Meinung, die es missbilligt, und für eine Sache, die es hasst. ... Es ist selbst zu schwach, sich von den Staatsmännern zu befreien, die es knechten. Hier fühlen wir uns berufen, ihm unseren kräftigen Beistand angedeihen zu lassen». Die Zeitung war bis dahin in Preussen verboten; der Innenminister Eulenburg war klug genug, sie auf solche Artikel hin freizugeben. Die liberale Ostdeutsche

Post schrieb, die preussischen Depeschen röchen nach Rum. Bismarck wurde als Säufer, als Tollhäusler und als Feigling bezeichnet. Die «Tiroler Stimmen» forderten den österreichischen Soldaten auf, «nicht in dem Blute, sondern in den Hirnen zu waten, die sie ihren Feinden aus schlagen sollen». Ein steirischer Notar lobte einen Preis von 100 Gulden für denjenigen aus, der den bösen Mann Bismarck tot oder lebendig in seine Gewalt bekomme.

#### IV

Anfang Mai konnte Napoleon sich sagen: der Krieg ist gesichert. Aber nicht gesichert waren seine Trinkgelder. Er vertraute Goltz an, Österreich mache hohe Angebote. Bismarck sagte nicht Ja und nicht Nein; nur auf dem Wege über die italienischen Verhändler machte er den Franzosen Hoffnungen, die er jederzeit widerrufen konnte. Er wies aber erneut darauf hin, dass er sich schliesslich auch mit Österreich verständigen könne – selbst nach erfolgter Kriegserklärung. In Wien liess er sagen, wenn Österreich einen «Wetlauf des Buhlens um die Gunst Frankreichs» antreten wolle, so habe er sein Gegenmittel: Napoleon werde Heber versuchen, von Preussen direkt zu erlangen, was Österreich ihm nur indirekt anbieten könne, nämlich Gebiete am Rhein. In einem Kampf um Preussens Existenz könne er auch die «fessellose Entwicklung des deutschen Nationalgefühls» gegen Österreich aufrufen. Benedetti bestritt sogleich, dass sich Frankreich mit Österreich auf Preussens Kosten verständigen wolle. Bismarck war offenbar nicht leicht einzuschüchtern. So entwarf Napoleon einen neuen Plan.

Der Kaiser vermochte nicht zu unterscheiden zwischen Träumen und Denken. Er träumte von einer völligen Umgestaltung Europas: Österreich sollte Venetien abtreten und dafür Schlesien – oder auch Bosnien – erhalten; Preussen sollte Schlesien hergeben und grosse norddeutsche Gebiete einverleiben; die norddeutschen Fürsten sollten in Rumänien entschädigt werden, und Frankreich sollte das linke Rheinufer empfan-

gen oder mindestens einen selbständigen Rheinstaat gründen. Diese Luftschlösser waren in ihren Einzelheiten noch nicht ausgebaut und wurden den Beteiligten auch in den verschiedensten Gestalten vorgeführt. All das sollte auf einem Kongress in Paris geordnet werden. Im Hintergrund stand der Ehrgeiz des Emporkömmlings, noch einmal Europa zu präsidieren. England, Russland und der Deutsche Bund nahmen die Einladung nach Paris an. Gortschakoff, Bismarcks Freund und Feind, hatte den Hintergedanken: wenn Bismarck auf dem Kongress weilt, kann der Zar einen Adjutanten nach Berlin schicken und – unterstützt von Königin Viktoria – König Wilhelm zur Entlassung Bismarcks überreden.

Für Bismarck war der Kongress eine ungeheure Gefahr. Er stand dort allein gegen Europa. Die friedliche Einverleibung Schleswig-Holsteins oder gar die Bundesreform: das waren keine Ziele, für die er auf Unterstützung bei irgendeiner Grossmacht hoffen durfte. Auch konnte der Kongress die Entscheidung über den 8. Juli hinaus verzögern, und damit gewann Italien seine Handlungsfreiheit zurück. Aber trotzdem nahm er die Einladung sofort an. Er wollte nicht die Rolle des Friedensstörers übernehmen. Und er traute sich zu, auch auf einem Kongress sein Spiel zu spielen. Die Pfade des preussischen Ministerpräsidenten waren verschlungen und dicht überwachsen.

Für Österreich war die Kongressidee günstig. Zwar musste man vielleicht Venetien für gewisse Gegenleistungen opfern. Aber man konnte die Bundesreform bei dieser Gelegenheit bestimmt abwürgen und Schleswig-Holstein retten. Bismarck hatte dann nur die Wahl, den Kongress zu sprengen und damit die Missbilligung Europas auf sich zu laden, oder aber auf alle seine Ziele zu verzichten und den Degen vor den Augen eines spöttisch lächelnden Europa in die Scheide zu stecken. Auf diese Weise konnte Österreich einen Krieg vermeiden, der für die halb bankrotte, in allen Fugen krachende habsburgische Monarchie eine gefährliche Zerreißprobe darstellen musste. So dachten und rieten auch einige Minister. Aber ganz anders dachte der apostolische Kaiser. Er war unstreitig der erste Monarch der Christenheit. Sollte er sich einem euro-

päischen Gerichtshof stellen, den als Schiedsrichter ein schurkischer Parvenu präsierte? Sollte er sich von Europa zwingen lassen, das schöne Venetien gegen einen Judaslohn abzutreten an einen König, der doch nur eine Art italienischer Brigantenhauptling war? Gewiss, er hatte Venetien abgeben wollen, aber doch nur um freie Hand gegen Preussen zu gewinnen. Wenn er es jetzt kurzerhand an Italien abtrat, was würden dann seine ungarischen, tschechischen und kroatischen Untertanen für Wünsche vorbringen? Und dass man den Krieg vermied, das konnte ihn, den Träger der Krone Habsburgs, nicht zu der Demütigung eines Kongresses veranlassen, denn den Krieg würde Österreich ja gewinnen! Das war das Entscheidende: Franz Joseph war für den Krieg, weil er mit Sicherheit auf einen Sieg rechnete. So lehnte er den Kongress durch die höfliche Bedingung ab, keine der teilnehmenden Mächte dürfe einen Zuwachs an Macht oder Land erhalten. Der Kongress unterblieb. Das Geheimnis, durch Verzicht zu gewinnen, ist nur selten einem Staatsmann gegeben.

## BISMARCKS LETZTER VERMITTLUNGS- VORSCHLAG

*Viele Wege führten zu meinem Ziel; ich musste der Reihe nach einen nach dem anderen einschlagen, den gefährlichsten zuletzt. Einförmigkeit im Handeln war nicht meine Sache. Das war auch der Gedanke unserer Sendung des Herrn von Gablenz.*

*Bismarck*

In den Tagen, in denen Franz Joseph den Kongressplan erwog, musste er sich noch mit einer anderen Friedensvermittlung beschäftigen. Sie ging von einem Privatmann aus.

Am 20. April sandte General Ludwig Frhr. von Gablenz, der österreichische Befehlshaber in Holstein, dem Grafen Esterhazy einen Einführungsbrief für seinen Bruder Anton, der in Norddeutschland begütert und Mitglied des preussischen Landtags war. Er schrieb, Bismarck, ein politischer Abenteurer, habe nur Misserfolge aufzuweisen und werde daher abtreten müssen; reguläre Zustände seien nur zu erzielen, «wenn dieser Mann nicht mehr das grosse Wort zu reden hat». Man müsse Preussen und Bismarck trennen. Für das Wie sei er nicht zuständig. Offenbar erblickte er die Lösung in dem Plan, den Anton sich erdacht hatte.

Dieser Plan war einfach: Schleswig-Holstein sollte ein Herzogtum unter einem Hohenzollern, dafür aber auf ewig nicht mit Preussen vereinigt werden. Österreich erhalte 20 Millionen Taler Entschädigung, Preussen den Hafen Kiel; es müsse für diesen Hafen weitere 10 Millionen an Österreich zahlen. Österreich übernehme den Oberbefehl der süd-deutschen Bundeskorps – einschliesslich der preussischen Truppen in Hohenzollern –, Preussen über die norddeutschen. Österreich und Preus-

sen sollten gemeinsam eine Bundesreform durchführen und eine dauernde Allianz eingehen.

Fünfmal fuhr Gablenz zwischen Wien und Berlin hin und her. Von Bismarck war er begeistert; er verhalte sich zu Mensdorff wie moussierender Wein zu stehendem Wasser. Mit aller Wucht setzte sich der preussische Ministerpräsident für den Gablenz-Plan ein. Moltke musste in der Militärfrage ins Einzelne gehende umfangreiche Vorschläge aufsetzen. Allerdings versuchte Bismarck, den Plan für Preussen zu verbessern: für Kiel wollte er nur 5 statt 10 Millionen Taler zahlen, und das «ewige Verbot» der Vereinigung solle gestrichen werden. Zwei österreichische Ergänzungen vorschläge nahm er nicht auf: die Abtretung Hohenzollerns an Österreich und eine Bürgschaft für Venetien.

An Goltz schrieb er, nicht-amtliche Verhandlungen seien aussichtsvoll. Schwierigkeiten bereite es, dass Preussen – obwohl vertraglich frei – aus Gründen politischer Ehre Italien nicht völlig fallenlassen könne. Aber diese Klippe werde sich umgehen lassen, falls Österreich wirklich – wie von Napoleon ständig behauptet – ohnehin bereit sei, unter gewissen Bedingungen Venetien aufzugeben. Nach dem Kriege hat Bismarck einem österreichischen Diplomaten erzählt, er habe Gablenz auch vorgeschlagen, die beiden stark gerüsteten Mächte Österreich und Preussen sollten sich nach ihrer Verständigung gemeinsam gegen Frankreich wenden und Strassburg für Österreich erobern; Preussen werde sich mit dem – bisher hessischen – Mainz begnügen. Angesichts dieses Geschenks einer «Abrechnung» mit Frankreich würden die deutschen Mittel- und Kleinstaaten den «Dualismus», die zweiköpfige Führung Deutschlands, hinnehmen. Die Hoffnung, man könne auf diesem Wege den ständigen Erpressungen der Franzosen und ihrem Widerstand gegen die deutsche Einigung ein Ende machen, lag vielen Deutschen nahe, aber für Bismarck war er schwerlich mehr als ein Gedankenspiel, eine Lockspeise für die Zukunft, die den ewig zögernden Habsburger beflügeln konnte.

Man hat darüber gestritten, ob Bismarck die «Gablenz-Lösung» als Zwischenlösung oder als Endzustand angesehen habe. Aber solche Fra-

gen verkennen das Wesen des handelnden Menschen. Bismarck hat bei seinen Massnahmen niemals nur einen Zweck im Auge gehabt, sondern stets mehrere, besser gesagt: er hat diese verschiedenen Zwecke gar nicht als Einzelziele empfunden, sondern nur geprüft, ob eine Massnahme seine Gesamtlage verbessere oder nicht. «Dauerlösungen» gab es in seinen Augen überhaupt kaum. Über den Main wollte er ohnehin nicht gehen; Süddeutschland war in seinen Augen damals strategisch und innerpolitisch für Preussen keine Verstärkung. Und die Einverleibung norddeutscher Gebiete, etwa von Hannover und Kurhessen zur Verbindung der beiden getrennten Teile Preussens: das waren Sorgen, die erst in Jahren akut wurden und erst auf Grund der Lage, wie sie dann sein würde, erwogen werden konnten. «Bismarck hat sich nie als im Auftrag eines Zukunftsprogrammes stehend, als Platzhalter des Kommenden gefühlt, sondern immer als Diener des lebendig Bestehenden, unterworfen der Aufgabe der konkreten Situation.» (Otto Becker). Der Gablenz-Plan brachte Preussen auf alle Fälle ohne jede Gefahr ein grosses Stück vorwärts. Der Krieg war unberechenbar. Wenn das Schlachtenglück Preussen im Stiche liess, konnte der Staat Friedrichs des Grossen auf das Kurfürstentum Brandenburg reduziert werden. Also war es klüger, mit einem Kompromiss vorliebzunehmen.

Bismarcks Weltbild war so bunt wie die Wirklichkeit. Dass dies Bild sich täglich verschob und dass er sein Handeln diesen Änderungen anpassen müsse, gehörte für ihn zum täglichen Brot. «Im Gegensatz zu den Führern des Nationalvereins hatte er sein Programm ‚unter den Händen‘, d.h. er hatte kein Programm ausser dem elastischen Streben, für die Erreichung dessen, was er als das Dringlichste erkannt hatte, den gangbarsten Weg zu suchen.» (Otto Becker).

Wenn der Kronprinz am Schluss einer politischen Unterhaltung Bismarck fragte, was aus dem Augustenburger werden würde, und die Antwort bekam: «Das hängt davon ab, wie jeweils die Karten liegen werden», so war er über dies leichtfertige Umspringen mit Mitteln und Zielen empört. Aber es war nur der Gegensatz zwischen dem handelnden Menschen und dem Theoretiker: «Es war stets ein Fehler der Deutschen,

alles erreichen zu wollen oder nichts und sich eigensinnig auf eine bestimmte Methode zu steifen. Ich war dagegen stets erfreut, wenn ich der Einheit Deutschlands, auf welchem Wege immer, auch nur auf drei Schritte näherkam.»

Man hat auch geglaubt, Bismarck habe mit seiner Förderung des Gablenz-Planes nur König Wilhelm seine Friedensbereitschaft zeigen wollen, um-wenn Österreich ablehnte – umso leichter die Unterschrift unter die Kriegserklärung zu erhalten. Aber diese Vermutung lässt sich nicht halten. Es war durchaus möglich, dass Franz Joseph den Vorschlag annahm. Es war ferner möglich, dass die Verhandlungen sich über den 8. Juli hinaus erstreckten; dann wurde Italien von seinen Verpflichtungen frei, und ohne Italien unterschrieb König Wilhelm bestimmt nicht. Wenn Bismarck zu Gablenz sagte, «Fliegen Sie als Friedenstaube!», so musste dies die Wahrscheinlichkeit eines Krieges vermindern, nicht vergrößern.

Es ist auch verfehlt, anzunehmen, Bismarck habe durch diese Verhandlungen Österreich bei den Mittelstaaten «kompromittieren» wollen: wenn diese Verhandlungen ruchbar geworden wären, so hätten sie Österreich isoliert. Das ist eine kindliche Beurteilung menschlicher Beweggründe: die Mittelstaaten hätten, wenn sie etwas darüber erfuhren, doch selbstverständlich Österreich nur umso mehr geboten. Wer schwach ist und keine Wahl hat, muss seinem Freunde umso inniger anhängen, je schlechter er behandelt wird. Und die Mittelstaaten hatten keine Wahl: weder im preussischen noch im französischen Lager hatten sie eine günstigere Chance als bei dem Gablenz-Plan.

Aber in Wien rannte Gablenz gegen eine Mauer. Unschwer hätte Österreich erklären können: mit dem ursprünglichen Gablenz-Plan sei man einverstanden – vielleicht noch mit diesem oder jenem Zusatz. Hierüber musste man freilich direkt verhandeln; Bismarck hatte kurz vorher ein Gespräch zu dritt angeregt.

Aber Franz Joseph rechnete fest auf seinen Sieg, und der Gablenz-Plan war schlechter als ein Sieg. Vergeblich riet Gablenz dem Kaiser, er solle heimlich diesen «Vertrag von Kiel» zeichnen, und sobald auf dem



Kongress – über den damals noch nichts entschieden war – die Frage Venetien angeschnitten werde, solle der österreichische Gesandte diesen Vertrag vor den erschreckten Napoleon auf den Tisch legen und die Konferenz verlassen. «Welch süsse Rache für Villa Franca!»; mit dem Frieden von Villa Franca hatte Österreich die Lombardei an das neue Königreich Italien abtreten müssen.

Aber solche Erwägungen hat Franz Joseph schwerlich angestellt. Wien fand die alte Formel: «Es ist zu spät!»; vor 6 Wochen sei man vielleicht bereit gewesen, den Vertrag anzunehmen. Gagern, der ehemalige Präsident der Paulskirche, schrieb nach Berlin, Bismarck verschaffe durch seine Unbeliebtheit Österreich Bundesgenossen: «Darum, so urteilt man hier, besser jetzt.» Mensdorff liess einfach die Flügel hängen: «Gablentz hat mich abends lange embêtirt [belästigt], ich habe ihm immer wieder versichert, dass der Moment zu spät sei und es uns unmöglich sei, eine Garantie für die Annahme des Projekts zu geben. . . . Wenn uns von preussischer Seite kein Anlass zum Krieg gegeben wird, so sitzen wir eigentlich in der Patsche.»

Als Österreich den Gablentz-Vorschlag und den Kongressplan abgelehnt hatte, ergriff Bismarck einen seiner Zimmermannsbleistifte und schrieb auf die erste Seite des Entwurfs für die Bundesreform: «Bund besteht aus bisherigen Ländern ausser Österreich.» Aber auch jetzt ging er behutsam vor: den Oberbefehl über alle süddeutschen Korps sollte nicht Preussen übernehmen, sondern Bayern.

## DER KRIEG UND DIE ANDEREN DEUTSCHEN STAATEN

*Welcher Blödsinn hat die deutschen Menschen,  
hat die begeisterten Freunde der nationalen Ein-  
heit ergriffen, dass sie sich einreden und einreden  
lassen, der unglückliche Bund von 33 souveränen  
Staaten sei das wahre deutsche Palladium?*

*Johann Gustav Droysen*

*Deutschland muss geeinigt werden, aber nie-  
mand hat ein Recht, es zu tun.*

*Volkstümliche Redensart von 1866*

### I

Der Deutsche Bund umfasste ausser Österreich und Preussen noch weitere 31 selbständige Staaten. Die Stimmung bei ihnen war geteilt. Schwarzburg-Rudolstadt war zunächst entschlossen, seine gesamte Armee von 150 Mann auf die österreichische Seite zu werfen, während Waldeck mehr zu Preussen neigte; leider verfügte es nur über 21 Mann. Natürlich hatte Preussen unter den norddeutschen Zwergfürsten – aus geographischen Gründen – kaum wirkliche Freunde; jeder von ihnen wusste: wenn Preussen siegt, hört mein Reich auf, ein international selbständiger Staat zu sein, und wird ein Bundesstaat unter Vorherrschaft Preussens.

Bismarck wollte – schon aus militärischen Gründen – vor allem Bayern gewinnen. Er behandelte seit Langem den Ministerpräsidenten von der Pflichten wie seinesgleichen – was Österreich nie tat. Er bot Bayern den Oberbefehl über die süddeutschen Korps und er gewann auch Pfordtens Sympathie. Aber Professor Pfordten war kein Mann starker Entschlüsse. Seine Leidenschaften waren theoretische Rechtsuntersuchun-

gen; der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, fand: «Die formelle Richtigkeit einer politischen Handlung interessiert ihn mehr als deren praktische Konsequenzen. Je länger ich mit ihm verkehre, desto lieber gewinne ich den loyalen, biederen, oft kindlich naiven Mann, desto geringer wird aber auch meine Meinung von seiner staatsmännischen Bedeutung.» Er besass in der Tat kein Augenmass für die Wirklichkeit, keine Freiheit des Geistes, keine Spannkraft des Willens. Zeitweise war er bereit, Preussen die Vorherrschaft in Norddeutschland zu überlassen. Aber im nächsten Augenblick gestand er sich, dass das, was er als «Grossmachtstellung Bayerns» empfand, auf dem Schaukelspiel zwischen Österreich und Preussen beruhte. Er fürchtete einen vollständigen Sieg Habsburgs und zugleich freute er sich auf den siegreichen Einzug in Berlin. Lange spielte er mit dem Gedanken der Neutralität, aber er kam zu keinem Entschluss. Der alte Bund war die altgewohnte Deckung, und Wagnisse lagen dem liberalen Professor fern.

Noch schwankender war König Ludwig II. Er hasste die «geschorenen Igelköpfe», wie er seine Offiziere nannte, und erwog, abzudanken. An Richard Wagner telegraphierte er: «Immer mehr verfinstert sich der Horizont; der grelle Schein der friedlichen Tagessonne martert unsäglich. Ich bitte den Freund um baldige Antwort auf folgende Frage: Wenn es des Teuren Wunsch und Wille ist, so verzichte ich mit Freuden auf die Krone und den öden Glanz.» Während des Krieges flüchtete er auf die Roseninsel im Starnberger See, wo er nur mit Ruderboot erreichbar war.

Das Volk in Süddeutschland war abwartend gestimmt: «Das grosse Publikum sieht die ganze Krisis mit einer gewissen Gleichgültigkeit. . . Dass die gegenwärtigen Zustände nicht dauern können, das sieht jeder-mann ein. Warum für die Erhaltung derselben Krieg führen?» schrieb Hohenlohe. Wirklich preussenfeindlich waren nur die Zeitungen und die Parteiführer. Der Nürnberger Anzeiger erklärte: «Selbst, wenn das Land Bismarck davonjagt, kann ein Staatsmann wie er an die Spitze eines Brigantenkorps treten und wie Spiegelberg sich da Geld nehmen, wo er es

eben findet.» Der nachmalige badische Minister Jolly sagte von seinen liberalen Parteifreunden damals, dass sie «mit gemeinem Neide gegen alles Grosse ankämpften, nur weil es hervorrage».

In Württemberg gab der Minister Varnbüler die Parole aus: lieber französisch als preussisch. Das VAE VICTIS werde Preussen nicht erspart bleiben. Der «Beobachter» ging so weit, Preussen und Österreich als «die beiden historischen Reichsverräter» anzuprangern, die sich wie die beiden Löwen der Fabel gegenseitig bis auf die Schwänze auffressen sollten. Die besten schwäbischen Geister dagegen empfanden den ungeheuren Gewissenskonflikt. Karl Christian Planck schrieb: «Wir kämpfen mit dem Bewusstsein, dass Österreich und die Bundesmehrheit neben dem klaren Recht ihren Sonderzwecken nachgehen, die nicht die unsern sind. Wir müssen kämpfen, weil eine Nation Recht, Ehre und Gewissen auch um eines Gutes wie die nationale Einheit willen nicht hintansetzen darf. Niemals darf das an sich Verwerfliche gewählt werden um der besseren Folgen willen, die möglicherweise daraus hervorgehen können.» Es war der alte Gedanke, dass der Staatsmann für die Folgen seines Handelns nicht einzustehen brauche.

Baden war das «reichsfreundlichste» Land; in ihm regierte der Schwiegersohn König Wilhelms. Aber gerade deshalb musste er sich bei ruhiger Überlegung für Österreich entscheiden: Wenn er mit Preussen ging und Preussen unterlag, so wurde die «badische Wurst» zwischen Württemberg und Bayern geteilt. Wenn er dagegen mit Österreich ging und Österreich unterlag, so würde der König von Preussen seinen Schwiegersohn sicherlich nicht entthronen. So zog Grossherzog Friedrich folgerichtig das Schwert gegen seinen Schwiegervater. Aber seine Generale sorgten dafür, dass es nicht mit Blut bedeckt wurde.

In Hessen-Darmstadt erklärte Minister Dalwigk offen: «Wenn es die Verhältnisse durchaus nötig machen sollten, sich unter das Protektorat einer Grossmacht zu stellen, dann würde das Grossherzogtum Frankreich wählen.» Er war auch bereit, den Franzosen als Preis für ein Bündnis zur Erhaltung der deutschen Mittelstaaten das linke Rheinufer zu überlassen, und wünschte den französischen Einmarsch in Rheinessen

und Pfalz. Wahrheitswidrig fügte er hinzu, auch Pfordten wüschte den Einmarsch, er dürfe es nur nicht aussprechen. Als sein Gesandter sich bei Kriegsausbruch in Berlin verabschiedete, sagte er, er werde wiederkommen und sich ein paar Provinzen ausbitten.

In Hessen-Kassel regierte immer noch jener Friedrich Wilhelm, der schon 16 Jahre früher in dem Unionsstreit eine unwürdige Rolle gespielt hatte. Er hatte seine frühere Mätresse zur Gräfin Schaumburg gemacht; als der Fürst von Schaumburg-Lippe sich hierüber bei Bismarck beklagte, hatte ihm der preussische Ministerpräsident empfohlen, er möge als Repressalie einem beliebigen Individuum den Adelstitel «Kurfürst von Hessen» verleihen. Kurfürst Friedrich Wilhelm war der verhassteste Landesherr Deutschlands. Aber selbst ihm gegenüber widerstand Bismarck der Versuchung, das Ländchen auf die Gegenseite zu schieben, um es dann ein verleiben zu können. Er bot dem Kurfürsten an, ihm Besitzstand und Souveränität zu garantieren, wenn er neutral bleibe. Auch das Volk war in Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und Nassau gegen den Krieg; die Landtage verweigerten die Mittel zur Mobilmachung. Trotzdem war der Hesse blind genug, Bismarcks Vorschlag abzulehnen.

Der sächsische Ministerpräsident Friedrich Freiherr von Beust liess sich an Preussenfeindschaft von niemandem übertreffen. Er empfand sich als einen der klügsten, wenn nicht überhaupt als den bedeutendsten Staatsmann Europas. Er predigte jedem Menschen, diesmal müsse man der «Improvisation Friedrichs II.» ein Ende machen. Die Sachsen hatten freilich manchmal das Gefühl, Beust sei eigentlich ein sehr grosses Pferd und Sachsen ein sehr kleiner Wagen. In den Tagen vor Kriegsausbruch wirkte er auf den badischen Gesandten als »vollkommen unzurechnungsfähig«.

Hinsichtlich der 19 norddeutschen Zwergstaaten erklärte Bismarck zunächst allgemein, Bundesgenossen gewährleiste Preussen Besitzstand und Souveränität. Für die neutral Bleibenden liess er alles offen. Aber er nahm diese Frage nicht leicht und begnügte sich nicht mit dieser pau-

schalen Ankündigung; bei jedem der 19 Gebilde erwog er die Lage sorgfältig und stufte seine Forderung und seine Druckmittel individuell ab, jeden Bruch möglichst vermeidend und das Zuckerbrot stärker benützend als die Peitsche. Die Zwergstaaten zu überrennen war leicht; sie zu gewinnen – auch für den kommenden Norddeutschen Bund – war bei der knappen Zeit mühsam. Aber er hat diese Aufgabe gelöst: 17 von den 19 Kleinstaaten blieben neutral oder traten an Preussens Seite; nur Meiningen und Reuss ältere Linie schlossen sich der österreichisch-süddeutschen Koalition an. Zu den neuen Bundesgenossen gehörte auch der Schützenherzog Ernst von Koburg, der in Erwägung der Staatsraison seinen Hass gegen Bismarck hinunterschlang und ein tapferer Mitstreiter Preussens wurde. Er hatte sich nur ausgebeten, die Aufforderung Preussens an seine Regierung möge sehr kraftvoll ausfallen, damit er gezwungen sei, zu Preussen hinüberzuschwenken. Die Kriegserklärung an Reuss ältere Linie liess Bismarck durch einen Bettler gegen ein Trinkgeld im Schloss zu Greiz abgeben.

## II

Die beiden Hauptteile Preussens waren getrennt durch Hannover. Es war auch hier eine starke Verlockung für Bismarck, Hannover «auf die gegnerische Seite zu schieben», um es nach dem Krieg Preussen einzuverleiben. Aber angesichts der Übermacht seiner Gegner schien ihm dies Spiel zu hoch. Er bot, als sich der Konflikt mit Österreich zuspitzte, dem König von Hannover eine Garantie seines Besitzstandes und seiner Souveränität in einem neuen Bundesstaat, wenn er neutral bleibe und seine Truppen auf dem Friedensstand halte.

Hannovers Schicksal war der Charakter seines Königs. Georg V. war seit seiner Kindheit blind. Diesen Mangel wollte er durch ein aufs Höchste gesteigertes Herrscherbewusstsein ausgleichen: der von Gott eingesetzte Souverän erhalte seine Erleuchtungen vom Heiligen Geiste. Hannover war nach seiner Überzeugung von Gott zur Führung des deutschen Volkes auf den Meeren bestimmt. Dagegen übte er auf dem Land gegen

Verkehrswünsche seiner Nachbarstaaten – Preussen, Hamburg, Bremen, Oldenburg –, auch wenn sie sachlich begründet waren, eine kindliche Schikane. Bennigsen hielt ihn für nicht mehr zurechnungsfähig. Vergebens versuchte König Wilhelm seinen Vetter zur Neutralität zu überreden. Der Welfe lehnte rundum ab; Österreich bot ihm Gebietserweiterungen, wenn er an dem Kampf gegen Preussen teilnehme. Sein früherer Minister Windthorst garantierte, dass es richtig sei, gegen Preussen zu kämpfen.

Als der Bund beschlossen hatte, die Korps der kleinen Staaten gegen Preussen mobilzumachen, stellte Preussen an Hannover ein Ultimatum: Hannover solle ein «Bündnis mit Preussen» schliessen. Es solle jedoch nicht mitkämpfen, sondern nur seine Truppen auf den Friedensstand zurückführen, dem geplanten deutschen Parlament zustimmen und den Preussen den Durchmarsch gestatten; dafür garantiere ihm Preussen Gebiet und Souveränität im Rahmen der vorliegenden Vorschläge zur Bundesreform. Abermals sagte der blinde König Nein und marschierte mit seinen Truppen nach Süden, um sich mit den Bayern zu vereinigen. Aber sogleich erwies sich die erbärmliche Organisation der Bundesarmee: die Bayern rückten ihm nicht entgegen, und den Hannoveranern fehlte es an Proviant, Munition, Pferden und Lazaretten und vor allem an entschlossener Führung. Zwischen ihnen und den Bayern standen zunächst nur schwache preussische Truppen; die 20'000 Hannoveraner hätten sich leicht durchschlagen können. Aber sie zögerten, verhandelten, schlugen eine falsche Richtung ein und erreichten keine Verbindung mit den Bayern oder Hessen. Es gelang ihnen zwar, einige preussische Truppenteile – zum Teil nur Landwehr – bei Langensalza zu schlagen, aber schon am folgenden Tage musste ihr ganzes Heer kapitulieren, denn Moltke hatte inzwischen mit der Bahn weitere preussische Truppen herankommen lassen, und den Hannoveranern ging der Kriegsbedarf aus. König Georg und sein Gefolge durften nach Wien reisen, das übrige Heer wurde einfach entlassen. Noch während der Kämpfe hatte Bismarck sein Angebot wiederholt. Aber zum drittenmal hatte der Welfe Nein gesagt.

Erst nach Königgrätz wandte sich Georg an seinen Vetter Wilhelm. Sein politischer Berater, Onno Klopp, setzte ihm einen Brief auf, in dem er seinen «lieben Wilhelm» bat, ihm die Friedensbedingungen mitzuteilen. Aber der König von Preussen nahm den Brief nicht entgegen. Benignsen schrieb an seine Gattin: «Der verblendete König und das elende Ministerium haben unter Beihilfe der bornierten ersten Kammer den Staat Hannover zugrunde gerichtet.»

Solange er lebte, hat der blinde Welfe seinen Widerstand gegen die Neuordnung Deutschlands fortgesetzt. Sein Hauspolitiker Klopp veröffentlichte eine Reihe von Schriften gegen Preussen, gegen Friedrich den Grossen und gegen Bismarck. Klopp war ein ehemaliger Töcherschullehrer, dem, wie sein Sohn in seiner Biographie sagt, «viele und erhebliche Misserfolge in der Anbahnung einer seinen wissenschaftlichen Neigungen entsprechenden Lebensstellung beschert waren.» Er verfügte über ein grosses Mass von Kenntnissen und las alle europäischen Kultursprachen. Seine philologischen Arbeiten, vor allem seine Leibnizausgabe, sind vortrefflich. Dagegen besass er, wie er selbst gesteht, nicht nur in fremden Sprachen, sondern auch im Deutschen «für den mündlichen Ausdruck eine geringe Befähigung». Er könne auch keinen Scherz machen, sondern sitze in einer Gesellschaft «wie ein Pagode» da. Auch sei er stets so stark in seine eigenen Gedanken verstrickt, dass er die Äusserungen der anderen oft nicht höre und einer Predigt oder einem längeren Vortrag nicht folgen könne. Bei dieser Veranlagung hätte er sich zu seinem ursprünglichen Beruf sicher eher geeignet als zum Staatsmann. Aber er selbst hielt sich für einen Politiker hohen Ranges. In Preussen sah er «den Erbfeind Deutschlands» und empfahl ein Bündnis mit Frankreich gegen Berlin. Aber auch von den Österreichern war er enttäuscht: «Die Persönlichkeiten hier scheinen dazu bestimmt zu sein, jeden seiner Kraft sich bewussten Menschen hinüber zu Bismarck zu treiben. Es ist dort Teufelei, das ist wahr; aber es ist doch Energie. Und dies lodderige Wesen hier! Gott erbarme sich dessen.» Klopp – selbst Protestant – verfasste eine anonyme Schrift: «Wird Deutschland wieder



katholisch werden?», ohne aber selbst zunächst überzutreten; er glaubte, «als Nicht-Katholik der katholischen Kirche Dienste erweisen zu können, die höher anzuschlagen sind». Auch hätte sein Brotgeber, der streng evangelische König Georg, den Übertritt sicher missbilligt. Nach Georgs Tod ist er konvertiert. Der Einfluss, den dieser Sonderling auf den blinden König ausübte, war ungünstig. Er veranlasste ihn, im Ausland eine weifische Legion aufstellen zu lassen, von der wir noch hören werden.

Es ist auffallend, dass unter den erbittertsten Feinden Bismarcks sich so viele Menschen befinden, die durch die Natur oder durch den Gang ihres Lebens in irgendeiner Richtung zu kurz gekommen waren.

## DER KRIEG BRICHT AUS

*Sie haben recht: Sie müssen! Dass Sie können,  
was Sie zu müssen eingesehen, hat mich  
mit schauernder Bewunderung durchdrungen*

*Schiller: Don Carlos*

### I

Den Kongress-Plan und den Gablenz-Plan hatte Franz Joseph verworfen. Und der Kaiser krönte diese zwei Fehlentscheidungen durch eine dritte, die zu den unbegreiflichsten Tatsachen der Weltgeschichte gehört.

Anfang Juni übergab Napoleon III. dem erblassenden österreichischen Gesandten, dem Fürsten Richard Metternich, dem Sohn des Altkanzlers, drei Forderungen-Forderungen, mit denen er gleichsam ausglich, was der alte Metternich seinem Oheim vor 50 Jahren angetan hatte. Er verlangte, Österreich solle, wie immer der Krieg mit Preussen und Italien ausgehe, am Kriegsende Venetien an Frankreich abtreten zur Weitergabe an Italien. Österreichs Soldaten sollten also mit ihrem Blut für eine Provinz fechten, die ihr Kaiser im Voraus abgetreten hatte. Ein sinnloses»blutiges Ballett«, wie Mensdorff sagte, sollte in Italien aufgeführt werden. Zweitens solle sich Österreich verpflichten, auch nach einem Sieg Veränderungen in Deutschland, die das europäische Gleichgewicht berührten, nur mit Zustimmung Frankreichs vorzunehmen. Drittens solle Österreich sich damit einverstanden erklären, dass ein international selbständiger Rheinstaat gegründet werde; vielleicht hatte man ihn dem seit 1860 thronlosen habsburgischen Grossherzog von Toskana zgedacht. Und für diese ungeheuren Leistungen: was sollte Österreich erhalten? Nicht die Neutralität Italiens, nicht die Hilfe Napoleons, nein, lediglich die Neutralität Frankreichs! Aber diese Neutralität

war ohnehin gesichert. Denn unmöglich konnte Napoleon Preussen durch seine Unterstützung zu einem schnellen Siege verhelfen und sich auf diese Weise um sein rheinisches Trinkgeld bringen; von einem siegreichen Preussen konnte er diesen Lohn niemals einstreichen. Napoleon konnte auch gar nicht wagen, durch einen neuen Krieg gegen Österreich die katholische Partei Frankreichs vor den Kopf zu stossen, die seine wichtigste Stütze war – von ihrer Führerin, der frommen Eugenie, gar nicht zu reden, die seine ständigen Amouren nur duldete, wenn er in seiner Politik auf ihre religiösen Ideale Rücksicht nahm. Selbstverständlich log der Bonaparte Metternich vor, Preussen habe ihm das Rheinland bereits angeboten; er brauche nur zu unterschreiben.

Wenn Frankreich diesen Vorschlag dem Fürsten Schwarzenberg gemacht hätte, so hätte der schlanke Dragoneroffizier mit betonter Lässigkeit geantwortet: «Vorschläge von solcher Impertinenz liegen jenseits dessen, worüber die kaiserlich österreichische Regierung zu reden bereit ist. Sollte sich die französische Regierung mit uns brouillieren wollen, so werden wir uns mit Preussen innerhalb von 24 Stunden einigen. Diese Einigung, wie immer sie ausfällt, würde uns sicherlich keine solche Bassessen zumuten wie der französische Vorschlag. Ohne Zweifel werden unsere Generale uns nach einer solchen Einigung darauf hinweisen, dass die anderthalb Millionen Mann, die dann in den deutschen Staaten unter den Waffen stehen werden, den Weg nach Paris seit 1814 noch nicht vergessen haben. Ich bitte Sie um die Freundlichkeit, dies alles S. M. dem Kaiser Napoleon möglichst wortgetreu auszurichten.»

Mensdorff sagte nichts dergleichen. Er hörte sich diese Erpressung geduldig an, bei der der Erpresser nichts bot und alles verlangte. Er unterschrieb. Er unterschrieb einen Vertrag, den selbst Beust das unglaublichste Aktenstück nannte, das ihm je vorgekommen sei. Franz Joseph hatte sich schwer dazu durchgerungen, den Krieg gegen Preussen zu führen. Jetzt blieb er dabei. Die Gabe, seine Entschlüsse der täglich wechselnden Wirklichkeit anzupassen, jene Gabe, die sein grosser Gegenspieler mit selbstverständlicher Leichtigkeit handhabte, hatte ihm die

Natur versagt. Mensdorff setzte nur die lächerliche Erleichterung durch, dass Österreich Venetien nur dann abzugeben habe, wenn es gegen Preussen siegreich sei. Napoleon wird verständnislos den Kopf geschüttelt haben, als er von dieser Forderung hörte; denn wenn Österreich gegen Preussen unterlag, war die Abtretung Venetiens noch selbstverständlicher.

Heinrich Ritter von Srbik, der unter dem Titel «Deutsche Einheit» einen vierbändigen Nekrolog Österreichs geschrieben hat, sagt von diesem Vertrag: «Österreichs Politik war wenig durchdacht, oft geradezu stümperhaft gegenüber der echten Staatskunst eines Bismarck und der überspitzten Raffiniertheit und zynischen Erpressung eines Napoleons.»

Die Diplomatie ist ein Gewerbe ständiger gegenseitiger Täuschungen, wir werden die Gründe im letzten Kapitel kennenlernen. Die Politik Napoleons III. ist eine Gipfelleistung dieses Handwerks: «Während er mit der einen Hand die Hindernisse wegräumen half, die Preussen vom Kriege zurückhalten konnten, reichte er mit der andern den Österreichern eine Anweisung auf die preussische Niederlage. Während er die Italiener, seine gefügigen Trabanten, zum Kriege losliess, schloss er mit den Österreichern einen Vertrag, der ihren Sieg über Italien zur Voraussetzung hatte. Ob es wohl in der Geschichte der Diplomatie jeweils etwas gegeben hat, was sich an Doppelzüngigkeit mit diesem Verfahren vergleichen liesse? Nicht einmal im Zeitalter Machiavellis dürfte sich Ähnliches finden lassen.» (Hermann Oncken). Es liegt ein Trost darin, dass Napoleons Politik völliger Treulosigkeit eine Politik völliger Erfolglosigkeit wurde. Freilich nicht dank einer tieferen Gerechtigkeit des Weltlaufs, sondern dank eines überlegenen Gegenspielers.

## II

Seit Österreich Ende Mai den Kongress abgelehnt hatte, wusste Europa: der Krieg war unvermeidlich. Aber weder Österreich noch Preussen wollten den ersten Schuss tun. Vergebens hatte Moltke seit Wochen

erklärt: wenn wir, gestützt auf unsere schnellere Mobilmachung, loszuschlagen, ehe Österreich seine Armeen bereitgestellt hat, ist uns der Sieg sicher; wenn wir es nicht tun, ist er fraglich. Solche Argumente fanden in den Ohren des siebzijährigen Preussenkönigs keine Stätte. Er wollte sein Gewissen nicht mit einer Kriegserklärung belasten; ungerührt liess er nach der Mobilmachung der österreichischen Nordarmee mehr als 6 Wochen verstreichen. Jetzt fürchtete Bismarck, er werde auch noch den zweiten Trumpf verspielen, die Hilfe Italiens. Am 8. Juni lief die Bindung ab. Aber König Wilhelm wartete. Zum Glück zögerte Franz Joseph auch diesmal nicht, in Bismarcks Karten zu spielen.

Am 1. Juni beantragte Österreich, der Bundestag möge die schleswig-holsteinische Frage entscheiden. Und damit der Bund den Augustenburger einsetze, tat Österreich einen weiteren Schritt: es berief die holsteinischen Stände ein; sie sollten zur Erbfolge Stellung nehmen. Diese Massnahmen brachen die preussisch-österreichischen Verträge in Stücke; denn feierlich hatten beide Staaten vereinbart, nur gemeinsam über die gemeinsam eroberten Provinzen zu verfügen.

Österreich hätte gar keinen Anlass gehabt, die Entwicklung zu beschleunigen. Aber die Nerven der Wiener Grafen waren der Anspannung nicht mehr gewachsen. Sofort spielte Bismarck auf allen Registern. Er veröffentlichte den preussisch-österreichischen Bündnisvertrag von 1864, um Österreichs Vertragsbruch der Welt nachzuweisen. Gleichzeitig sandte er an die Grossmächte und an den Bundestag eine Note, in der er – zutreffend – feststellte, Österreich wolle offenbar den Bruch und den Krieg erzwingen. «Seiner Majestät dem König sind aus zuverlässiger Quelle Äusserungen der einflussreichen österreichischen Staatsmänner und Räte des Kaisers berichtet worden, welche keinen Zweifel darüber lassen, dass die Kaiserlichen Minister teils in der Hoffnung auf Waffenerfolge, teils zur Überwindung der inneren Schwierigkeiten, ja sogar in der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preussische Kontributionen oder durch einen «ehrvollen» Bankrott aufzuhelfen, den Krieg um jeden Preis wollen. Mit dieser Absicht stimmen die Handlungen der österreichischen Regierung nur zu genau

überein.» Diese Bemerkungen, die auf Mitteilungen Gablenzens beruhten, sollten offenbar durch undiplomatische Grobheit die Tür fest zuschlagen.

Vor allem aber stieß Bismarck sogleich den Degen in die Blöße, die ihm Österreich bot; er erklärte: Österreich hat den Vertrag von Gastein aufgelöst; also ist Preussen berechtigt, auch nach Holstein wieder eine preussische Besatzung zu legen. Beide Mächte hofften, in den meeresumschlungenen Herzogtümern werde es jetzt zu einem Blutvergiessen kommen und der Krieg gleichsam von selbst entstehen. Österreich rechnete: nach einem Gefecht in Holstein tritt der ganze Bund auf die Seite Österreichs.

Aber die Hoffnung auf ein Blutvergiessen erfüllte sich nicht. Die beiden Generale in Schleswig und in Holstein, der Preusse Edwin von Manteuffel und der Österreicher Ludwig von Gablenz, waren Originale. Manteuffel ein «Bayard mit einem Schuss Don Quichotte», Gablenz ein eleganter, in den Künsten der Kosmetik erfahrener Kavalier, von dem man sagte, er habe noch nie «die Wahrheit ungeschminkt gesagt». Der Bayard zeigte dem österreichischen Kollegen den Einmarsch so rechtzeitig genau an, dass er seine Truppen zurückziehen konnte. Und entgegen den ausdrücklichen Befehlen Wiens leistete Gablenz den Preussen keinen Widerstand, sondern rückte über Hannover nach Österreich ab. Als er aus Kiel abfuhr, spielte das preussische Seebataillon dazu das «Gott erhalte Franz den Kaiser». Es war fast wie 500 Jahre vorher in der Schlacht von Fontenay, in der der französische General rief: «Meine Herren Engländer, Sie haben den ersten Schuss.»

Manteuffel hatte Bismarck seinen friedlichen Plan vorher mitgeteilt. Bismarck war empört und schrieb ihm – Manteuffels Vorliebe für Wallenstein ausnützend: «Sie sagen, die Besitznahme würde als Gewalttat die Gemüter verwirren. Ich antworte Ihnen mit Deveroux: ‚Freund, jetzt ist’s Zeit zu lärmen!‘, und wenn wir es nicht tun, so verrücken Sie nicht nur mir, aus militärischer Courtoisie für Gablenz, das europäische Konzept, sondern Sie werden in der Armee . . . niemand mehr finden, der Verständnis für Ihr Verfahren behält. . . . Sie haben jetzt den präzisen

Königlichen Befehl, zu handeln, und wenn Sie ihn nicht ausführen so schleunig wie unsre Gesamtpolitik es verlangt, so tun Sie Preussen m.E. schweren Schaden. . . Ich muss schliessen, verzeihen Sie den hastigen Stil des Briefs, aber Ihr Telegramm hat mir heute früh die Nerven gelähmt, und jetzt reagieren sie... In grosser Eile, aber in alter Freundschaft der Ihrige.» Als Nachschrift fügte er die Verse aus dem Wallenstein hinzu:

*... Ich tats mit Widerstreben,  
Da es in meine Wahl noch war gegeben;  
Notwendigkeit ist da, der Zweifel flieht,  
Jetzt fecht ich für mein Haus und für mein Leben.*

Selbst die Regiebemerkung setzte er hinzu, da sie vorzüglich passte: «Er geht ab, die andern folgen!» Der Brief hatte – wie so viele vorzüglich formulierte Briefe – keinerlei Wirkung: die Österreicher waren schon abgerückt.

Aber Bismarck hatte, seiner Gewohnheit entsprechend, noch andere Eisen im Feuer. Der Krieg war jetzt unvermeidlich; es lag in Preussens Interesse, den ersten Schuss nicht länger zu verzögern. Er empfahl den Italienern, Freiwillige unter Garibaldi oder ein «verführtes kroatisches Korps» sollten dort die Feindseligkeiten beginnen. Jedoch auch dieser Versuch schlug fehl: Italien trat kurz. Bismarck hörte zu seinem Schrecken, entgegen den früheren Angriffsplänen wollten die Italiener zunächst die 4 österreichischen Festungen an der Grenze Venetiens belagern. Dieser italienische Entschluss hatte gute Gründe: Napoleon hatte Italien verständigt, es werde auf Grund einer französisch-österreichischen Abmachung Venetien in jedem Fall erhalten und solle daher den Krieg nicht mit zuviel Blutaufwand führen. Mit diesem Ratschlag wollte Napoleon – durchaus folgerichtig – die Chance für eine preussische Niederlage erhöhen. Sogleich suchte Bismarck neue Wege. Er beauftragte seinen Gesandten in Florenz, den Grafen Usedom, von Italien eine kraftvolle Kriegführung zu verlangen. Es solle auch mit ungarischen Aufständischen zusammenarbeiten. Wenn er Italien in eine ungarisch-slawische

Revolutionsbewegung verwickelte, so konnte es sich schwerlich im letzten Augenblick mit Österreich über eine friedliche Abtretung Venetiens verständigen. Drohend liess Bismarck selbst gegenüber dem russischen und dem französischen Botschafter Hinweise fallen, dass Preussen auch ein «Appell an die revolutionären Elemente» möglich sei. Der Zar setzte an dieser Stelle 3 Ausrufungszeichen der Entrüstung auf den Bericht seines Botschafters.

### III

Dank der Ritterlichkeit Manteuffels fehlte noch immer der letzte Anstoss zum Krieg. Aber zum zweitenmal war Franz Joseph bereit, den Anlass zu liefern. Er tat es aus einem Gemisch von Hilflosigkeit und Siegesbewusstsein. Um die gegenwärtigen Probleme Österreichs zu lösen, hätte es eines Staatsmannes bedurft. Franz Joseph war ein Normalmensch, der gegen ein Genie fechten musste. Er war von seinen Aufgaben weit überfordert. So beantragte er beim Bunde, die gesamte Bundesarmee mobilzumachen, mit Ausnahme der preussischen Korps. Österreich berief sich darauf, Preussen habe durch den Einmarsch in Holstein den Vertrag von Gastein gebrochen; der Bund müsse gegen diesen Friedensbruch einschreiten.

Der Antrag war rechtlich verfehlt. Die Massnahme, die Österreich forderte, war nichts anderes als die Bundesexekution gegen Preussen. Aber für dieses äusserste Zwangsmittel des Bundes schrieb die Bundesverfassung bestimmte Formen und Fristen vor. Über diese Bestimmungen setzte sich Wien hinweg. Selbst die schärfsten Anti-Preussen warnen Mensdorff vor solchen Verletzungen des Bundesrechts. Der Bayer von der Pfordten brachte einen anderen Antrag ein, der nur die Mobilmachung der nicht-österreichischen und nicht-preussischen Korps vorsah; die österreichischen waren ja ohnehin schon mobil. Aber auch dieses Vorgehen entsprach nicht den Bundesbestimmungen über die Exekution. Selbst in diesen Sterbetagen des Bundes zeigte es sich, dass er handlungsunfähig war; ein so bundestreuer Staat wie Österreich konnte



ihn nur zu wirkungsvollem Handeln bringen, wenn er die Bestimmungen der Bundessatzung verletzte. Ohne es zu wollen, bewies Österreich bei seinen Bemühungen um die Erhaltung des Bundes, wie unmöglich diese Erhaltung war.

Mit dem Exekutionsantrag Österreichs war die Entscheidung gefallen. Preussen erklärte, dieser Antrag sei ein Bundesbruch; wenn er angenommen werde, sei der Bund aufgelöst, und Preussen betrachte sich dann als im Krieg befindlich mit allen Mächten, die für die Exekution stimmen würden. Zwei Tage vor der Abstimmung im Bundestag brach Österreich die diplomatischen Beziehungen zu Preussen ab.

#### IV

Schwer lastete die Entscheidung auf König Wilhelm. Seitdem Österreich die Teilnahme an der Konferenz abgelehnt, den Gablenz-Plan verworfen, den Gasteiner Vertrag gebrochen und den rechtswidrigen Antrag beim Bund gestellt hatte, empfand er Österreich als Angreifer, und sein Gewissen war ruhiger. Aber trotzdem kam er zu keinem Entschluss. Einmal bat er während einer Beratung Bismarck, ihn für kurze Zeit zu verlassen. Beim Herausgehen sah Bismarck im Spiegel, dass der König niedergekniet war und im Gebet den Rat Gottes erflehte.

Über die endgültige Entscheidung hat der Flügeladjutant Graf Lehndorff einem Freunde einen Bericht gegeben, den dieser dem Historiker Hans Delbrück erzählt hat. Es hätten an diesem Tage nacheinander Roon, Moltke und Bismarck Vortrag gehabt. Roon, der am meisten das Vertrauen des Königs besass, kam unverrichteter Dinge heraus. Moltke wies auf die Gefahren des ständigen Zögerns hin; der König erwiderte, das alles habe keine Bedeutung, er wolle den Frieden so lange wie möglich erhalten. Nun kam als Dritter Bismarck. Nach einiger Zeit hörte Lehndorff, dass das Gespräch laut und heftig wurde; er traf Vorsorge, dass niemand weiter ins Vorzimmer käme, und entfernte auch die Lakaien. Endlich kam Bismarck heraus, blieb eine Zeitlang wie verstört

stehen und sagte endlich: «Gehen Sie hinein und melden Sie mich noch einmal.» Lehndorff ging hinein, kam aber wieder heraus mit dem Bescheid, die Sache sei entschieden und der König wolle nicht weiter darüber sprechen. Da packte Bismarck Lehndorff, der selber ein über sechs Fuss grosser, starker Mann war, warf ihn beiseite, riss die Tür auf und ging hinein. Von Neuem erhob sich drinnen der immer heftiger und lauter werdende Wortwechsel. Verzweifelnd, was er tun solle, stand Lehndorff vor der Tür. Bismarck hatte ihm beim Herauskommen durch sein verstörtes Wesen den Eindruck gemacht, als sei er verrückt geworden. Jetzt malte er sich aus, wie der Wahnsinnige drin gegen seinen Herrn handgreiflich werde. Sollte er als getreuer Flügeladjutant, der doch den Lärm hörte, draussen untätig bleiben? Plötzlich wurde die Tür aufgerissen, Bismarck stürzte heraus, warf sich halbtot auf die im Vorzimmer stehende Liegestatt und sagte: «Lassen Sie mich möglichst lebendig nach Hause bringen; der Krieg ist beschlossen.» Delbrück fügte hinzu: «Ehre dem König, der sich dem deutschen Bruderkrieg, dem Krieg gegen den Freund und Verbündeten, bis aufs Äusserste widersetzte, Ehre aber auch dem Staatsmann, der die bittere Notwendigkeit als solche erkannt hatte und endlich durchriss.»

Kurz vor der entscheidenden Abstimmung in Frankfurt empfing Bismarck den französischen Journalisten Vilbort in seiner Wohnung zum Essen – sichtlich um die französische öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dieser schrieb: «Ich werde die Mauer nicht überschreiten, welche das Privatleben des Staatsmannes umzieht. Ich werde das Publikum nicht in das Innere dieser Familie einführen, wo sozusagen ein Duft französischer Eleganz sich über die pommersche Einfachheit verbreitet. Doch sei es mir erlaubt, hier mitzuteilen, dass Herr von Bismarck das Mahl mit dem attischen Salz unerschöpflicher witziger Einfälle würzte. Keine Befangenheit lag auf seiner Stirn noch in seinen Augen, und doch war man an dem schrecklichsten Augenblicke der Krisis angelangt, denn am nächsten Tage sollte der Krieg erklärt werden. ... Es war ein ununterbrochener Strahl von feinen oder beissenden Witzen, der unter tau-

send pittoresken Formen von seinen Lippen sprudelte; er selber lachte darüber zuerst und aus vollem Herzen. Während er sich aber seiner wechselweise scherzhaften oder sarkastischen Laune überliess, verlor er kein Wort von dem, was um ihn gesprochen wurde.»

## V

Bei der Abstimmung in Frankfurt wurde der bayerische Antrag auf Mobilmachung gegen Preussen mit 9 gegen 6 Stimmen knapp angenommen: Baden enthielt sich der Stimme.

Sogleich verlas der preussische Bundestagsgesandte von Savigny seine Instruktion. Sie legte dar, das Bundesrecht kenne keine Mobilmachung gegen Bundestagsmitglieder, sondern nur ein geregeltes Exekutivverfahren. Preussen betrachte daher den Bundesvertrag als erloschen, sei aber bereit, einen neuen Bund auf neuer Grundlage zu schliessen. Savigny hatte Auftrag gehabt, selbst bei Ablehnung des Antrags den Bund für aufgelöst zu erklären, weil schon die Einbringung eines solchen Antrags im Widerspruch zu den Grundgesetzen des Bundes stehe. Leider versäumte Savigny, mehr ein Mann der Routinearbeit als der grossen geschichtlichen Augenblicke, nach seiner Erklärung die Versammlung sofort zu verlassen. Es musste ihm erst von der Mehrheit nahegelegt werden.

Bismarck war am Morgen des Abstimmungstages in schwerer Unruhe. Er schlug auf gut Glück die Bibel auf und stiess auf den Vers im 9. Psalm: «Ich freue mich und bin fröhlich in dir, und lobe deinen Namen, du Allerhöchster, dass du meine Feinde hinter sich getrieben hast; sie sind gefallen und umgekommen vor dir. Denn du führest mein Recht und Sache aus; du sitzt auf dem Stuhl, ein rechter Richter.» Als die Entscheidung gefallen war, sagte er mit seiner gewohnten Mischung von Gottesfurcht und Ironie: «Der Würfel ist gefallen! Haben wir gute Zuversicht, aber vergessen wir niemals, dass der allmächtige Gott launenhaft ist.»

Der ungarische Emigrantenführer, Graf Seherr-Thoss, berichtete aus diesen Tagen über eine Unterhaltung mit Bismarck: «Er erzählte von den

Kämpfen um die Reorganisation der Armee, ohne die die Sicherheit des Staats gefährdet und der jetzige Krieg unmöglich gewesen wäre. ‚Dieser Kampf kostete mich meine Nerven, meine Lebenskraft! Aber besiegt habe ich Alle! Alle!‘ rief er in prächtigem Zorn, mit der Hand heftig auf den Tisch schlagend, und nannte drei weibliche Namen, die ihm besonders viel Ärgernis bereitet zu haben scheinen. Es waren sicherlich die Namen der Königin, der Kronprinzessin und der Königinwitwe.

Aber es war keine Triumphstimmung, die Bismarck erfüllte. Zu mehreren Diplomaten hat er damals gesagt: »Der Kampf wird hart sein. Preussen kann verlieren, aber es hat dann wenigstens tapfer und ehrenvoll gefochten. Wenn wir geschlagen werden, kehre ich hierher nicht zurück. Ich falle dann in dem letzten Angriff. Man kann nur einmal sterben, und ehe man unterliegt, ist es besser, man stirbt.« Als der Kronprinz ihn auf die Gefahren für seine Person hinwies, sagte er nur wie Hagen in der Burg Etzels: »Was liegt daran, ob ich gehenkt werde, wenn nur der Henkerstrick später Ihren Thron fest mit dem neuen Deutschland zusammenknüpft!«

## DER FELDZUG GEGEN ÖSTERREICH

*Der Kaiser schrieb an den König:  
Ich habe Soldaten so viel  
Wie Halme stehn auf der Wiese –  
Du hast verloren das Spiel!*

*Da schrieb der König von Preussen:  
Dann hab' ich noch einen Stier,  
Ab frisst der die ganze Wiese –  
Mein Vetter, das merke dir!*

*Volksspruch von 1866*

### I

Preussen hat 18 Millionen Einwohner, Österreich 35. Trotzdem sind die beiden Armeen in Böhmen etwa gleich stark; das österreichische Abgeordnetenhaus hat die Heeresausgaben ständig gedrosselt, während Preussen dank der Heeresreform über die beste Armee Europas verfügt. Die Mobilmachung arbeitet mit der Präzision eines Uhrwerks. Der Fortschrittler Forckenbeck sagte später, die Regierung habe das unzulässig ausgegebene Geld wenigstens gut verwandt.

Bismarck empfiehlt dem König, ein Korps am Rhein zu lassen. Aber Moltke setzt durch, dass man auch dies Korps nach Böhmen zieht. Auch in dem Feldzug gegen die Süddeutschen versucht Bismarck mit einer – sachlich verfehlten – Massnahme einzugreifen und legt damit den Grundstein zu der Feindschaft mit dem Generalstab.

Moltke lässt die preussische Armee in einem gewaltigen Bogen an der sächsisch-schlesischen Grenze aufmarschieren. Erst auf dem Schlachtfeld will er sie vereinigen. Alle Fachleute, auch seine Untergebenen, halten diesen Aufmarsch für schlechthin unsinnig. Moltke ge-

niesst noch kein Ansehen; der Generaladjutant Boyen fragt verzweifelt, was mit diesem abgelebten Mann an der Spitze werden solle.

An der Spitze der österreichischen Nordarmee steht Feldzeugmeister Benedek. Er ist eine schlichte Natur von betonter Treuherzigkeit, der bei Solferino zu unverdientem Ruhm gelangt ist: er hatte bei dem Kampf gegen die französisch-italienische Armee zahlenmässig unterlegene Italiener vor sich gehabt und geworfen. Den Oberbefehl in Böhmen lehnt er zunächst ab und will wieder in Italien kämpfen, wo er jeden Baum kenne; für den deutschen Kriegsschauplatz sei er ein Esel. Aber der Kaiser antwortet, in Italien winke ein sicherer Sieg; deshalb solle hier ein Mitglied des Erzhauses, Erzherzog Albrecht, den Oberbefehl führen.

Als Generalstabschef bekommt Benedek den General Krismanic, einen gelehrten Theoretiker, der zwischen dem 12. und 20. Mai Anordnungen im Umfang von 189 Druckseiten herausgibt. Was er als Professor der Strategie gelehrt hat, wendet er im Kriege als starre Regel an. Die beste Eigenschaft Benedeks, seine zustossende Naivität, wird durch diesen Berater lahmgelegt.

So gelingt es Benedek nicht, eine der getrennt einmarschierenden Armeen mit Übermacht zu packen. In einem halben Dutzend Einzelgefechten werden seine Korps zurückgeworfen. Der Generaladjutant Beck wird zu ihm entsandt und findet einen völlig entmutigten Mann; Beck lässt sich anstecken und schreibt eigenhändig ein Telegramm an den Kaiser: «Bitte Euer Majestät dringend, um jeden Preis Frieden zu schliessen. Katastrophe für Armee unvermeidlich.» Der arme Oberbefehlshaber unterschreibt schweigend den Entwurf.

Franz Joseph ist mit Recht erstaunt. Er telegraphiert zurück: «Einen Frieden zu schliessen unmöglich. Wenn Rückzug nötig, ist derselbe anzutreten.» Sein Generaladjutant, Graf Crenneville, fügt noch die Frage hinzu: «Hat eine Schlacht stattgefunden?» Als Benedek diese Antwort liest, entschliesst er sich, die Entscheidungsschlacht zu wagen. Inzwischen haben alle preussischen Armeen sich ihm auf einen halben Tagesmarsch genähert.

**II**

Als die ersten siegreichen Gefechte gemeldet werden, ergreift die Berliner ein Freudentaumel. Die Menge will Bismarck die Pferde ausspannen und ihn im Triumph die Linden heruntertragen. Am Abend versammelt sich eine ungeheure Menschenmenge hochrufend vor seinem Hause. Bismarck tritt ans Fenster und bringt ein Hoch auf den König aus; als plötzlich ein starker Donner über den Häuptern rollt, ruft er: «Der Himmel schießt seinen Salut dazu.»

Am folgenden Tag fährt er mit dem König ins Hauptquartier nach Böhmen. Es ist so weit vorgeschoben, dass die Pferde des Nachts gesattelt bleiben müssen. Nach zwei Tagen wird Moltke um Mitternacht gemeldet, Benedek bleibe auf dem rechten Elbufer stehen, offenbar um den Entscheidungskampf zu wagen. Mit dem Rufe «Das ist das glücklichste, was geschehen konnte», springt Moltke aus dem Bett, fasst in einer Sekunde den Entschluss zur Schlacht, berät zehn Minuten mit dem König und gibt im Nu alle Befehle. Die Armee des Kronprinzen, die 15 km entfernt steht, wird auf das Schlachtfeld gerufen. Der Hofmarschall weckt Bismarcks Mitarbeiter Keudell und überlässt ihm, ob er Bismarck verständigen wolle. Als Keudell bei dem Ministerpräsidenten klopft, hört er erst den Hahn einer Pistole knacken, bevor geöffnet wird. Ärgerlich sagte Bismarck: «Das ist nun der unglückselige Biereifer der Herren Generale; da wollen sie dem König ein Nachhut-Gardegefecht vormachen, und deswegen muss ich meine Nachtruhe verlieren, die ich so nötig brauche. Aber was hilft's, wenn der König geht, muss ich mit. Bestellen Sie die Pferde.» Aber es ist kein Nachhutgefecht, es ist der Entscheidungstag in Bismarcks Leben: Königgrätz.

Auf einem Hügel im Kampfbereich hält der König mit Bismarck, Moltke, Roon und dem Gefolge. Bismarck im grauen Mantel hochaufgerichtet auf einem riesengrossen Fuchs wirkt auf Keudell wie ein Riese aus nordischer Urzeit. Die grossen blauen Augen unter dem Helm sind

auf das Getümmel gerichtet. Er schweigt, aber er weiss, dass sich hier sein Leben entscheidet. Jemand fragt ihn nach dem Stand der Schlacht und bekommt die Antwort: «Ich spiele eine Partie Landsknecht – ein damaliges Kartenspiel – um eine Million Einsatz, ohne sie zu besitzen.» Unentschieden geht die Schlacht hin und her. Die Armee des Kronprinzen, seit Stunden erwartet, bleibt aus. Ist etwa der unmilitärische Prinz nicht rechtzeitig abmarschiert? Bismarck bietet Moltke seine Zigarrentasche; mit Befriedigung stellt er fest: Moltke wählt ruhig und findet die beste heraus. Prinz Friedrich Karl, der Führer der Hauptarmee, will seine Reserven zum Sturm ansetzen. Moltke sendet einen Adjutanten, der es verbietet. Als dem Divisionsführer, General von Manstein, der Befehl Moltkes überbracht und erläutert wird, antwortet er: «Das ist alles sehr richtig, aber wer ist General von Moltke?»

Einige schwer angeschlagene Kompanien ziehen sich in Unordnung zurück. Sofort sprengt der König unter sie und treibt sie mit scharfen Vorwürfen wieder ins Feuer, österreichische Granaten schlagen auf dem Hügel ein. Ein Knäuel von zehn Kürassieren wälzt sich dicht daneben im Blute. Jetzt bittet Bismarck den König, einen anderen Standort zu wählen. Wilhelm antwortet: «Der oberste Kriegsherr steht dort, wohin er gehört.» Erst als Bismarck ihn in «harten» Worten anredet, trabt er auf seinem Rappen langsam weiter. Um die Gangart zu beschleunigen, drückt Bismarck dem Rappen seine Stiefelspitze in die Seite. Der König schilt, dass er «auf allerhöchsten Befehl» wegreiten müsse. Er fühlt sich so behaglich im Gefecht, dass er schon bald wieder in das Feuer «hineintändelt». Noch immer fehlt jede Meldung vom Kronprinzen. Schliesslich fragt der König Moltke, wie die Schlacht nach seiner Ansicht stehe. Steinern antwortet der General: «Euer Majestät gewinnen heute nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug.»

Gegen Mittag kommt rechtzeitig die Armee Friedrich Wilhelms und entscheidet den Kampf. Am Nachmittag geht Benedek über die Elbe zurück: der Rückzug wird zur Flucht. König Wilhelm in seiner bescheidenen Art zweifelt noch am Abend, ob es wirklich ein Sieg ist. Ein Flügel-



adjutant erklärt Bismarck: «Excellenz, jetzt sind Sie ein grosser Mann. Wenn der Kronprinz zu spät kam, wären Sie der grösste Bösewicht.» Bismarck lacht. Auch Roon sagt am Abend: «Bismarck, diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen.» Später hat Bismarck versichert, bei unglücklichem Ausgang würde er sich einer Kavallerie-attacke angeschlossen und den Tod gesucht haben. Beim Nachhausereiten kommt er an eine Stelle, wo grausig entstellte Leichen liegen, und sagt zu Keudell: «Wenn ich daran denke, dass künftig einmal Herbert auch so daliegen könnte, da wird mir doch schlecht.» Da alle Quartiere belegt sind, schläft er am Abend seines grössten Tages in Horschitz im Regen auf dem Strassenpflaster ohne Stroh und stellt, als er in etwas Weiches greift, ruhig fest: «Kuhmist.» Später nimmt ihn der Grossherzog von Mecklenburg in sein Zimmer.

Noch auf dem Schlachtfeld ernennt der König Bismarck, den Major der Landwehr, zum Generalmajor. Das hat eine merkwürdige Folge: der Ministerpräsident trägt von da an meist Uniform. Nicht aus Neigung zum Soldatischen-diese Neigung hatte, wie wir noch sehen werden, enge Grenzen – sondern aus einem sehr prosaischen Grunde: die festanliegende, über der Brust geschlossene Uniform schützt ihn besser gegen seine ständige Neigung zu Rheumaanfällen. Auch braucht er dann für Audienzen sich nicht umzuziehen» sondern nur den Helm aufzusetzen. Vielleicht hat er auch damit gerechnet, in Uniform auf den König mehr Einfluss zu haben. Gelegentlich hat er auch scherzhaft erklärt: «Das habe ich mir ganz gut eingerichtet. In der Zeit, wo die Leute vor mir ausspuckten, trug ich Zivilkleidung, da brauchte ich den Hut nicht abzunehmen; jetzt, wo sie mich so viel grüssen, trage ich Uniform, da brauche ich nur die Hand an die Mütze zu legen.» Freilich ist Bismarck selten vorschriftsmässig uniformiert: Degengurt und Degen fehlen fast immer, und wenn es ihm zu warm wird, öffnet er den Überrock und lässt eine schwarze Stoffweste sehen. Moltke pflegte von Bismarcks militärischer Dekolletierung zu sprechen.

## III

In Wien ruft das Volk ein paarmal hinter dem Kaiser: «Es lebe Kaiser Maximilian» – eine Anspielung auf den volkstümlichen Bruder Franz Josephs. Wien ist besonders verärgert, weil dieser Zwischenfall Anfang Juli grade die Feriendispositionen stört. Aber ein Sommernachtsfest mit venezianischem Korso für 2'000 Personen findet am folgenden Tag doch statt. Die Wiener bewahren ihren Humor. Heiter reimen sie:

*Die Freiwilligen haben kein' Knopf  
Die Generäle haben kein' Kopf  
Die Minister haben kein Hirn –  
So müssen wir alles verlieren.*

Als der Erzbischof Bittgesuche anordnet, notiert Grillparzer – freilich nur in sein verschwiegenes Tagebuch:

*Die Hilfe Gottes, muss ich vermuten,  
Liegt für uns heut ein wenig im Weiten;  
Denn nach diesem Leben hilft er den Guten,  
In diesem Leben aber – den Gescheiten.*

Der grosse Feuilletonist Kürmberger schreibt, die Regierung habe kürzlich, als sie die Verfassung aufhob, «freie Bahn» für die Versöhnung der Völker verkündet: «Wir standen und warteten, wer auf dieser freien Bahn nun einherziehen würde. Aber nichts zog einher. Wir haben nie eine so menschenleere Strasse gesehen. Endlich kamen aus Italien einige vertriebene Jesuiten und von Norden her sehr viele und sehr gut geführte Preussen, welche die Bahn so ausserordentlich frei finden, dass der Türmer vom Stephansturm nächstens mit ihnen die Blicke wechseln wird.»

Europa hat diese Niederlage nicht erwartet. Überall ist der Eindruck ähnlich wie bei dem päpstlichen Staatssekretär Antonelli, der verzweifelt ausruft: «Die Welt geht unter.» Der Führer der preussischen Klerikalen, von Mallinckrodt, vermerkt in sein Tagebuch: «Die Welt stinkt.»

Dass der Sieg auf das Eingreifen des Kronprinzen zurückgeht, verstimmt Napoleon besonders; mit der Hand auf den Tisch schlagend, ruft er verzweifelt: «Der künftige König auch noch ein guter General: das hat mir grade noch gefehlt.» In Wahrheit wurde die kronprinzliche Armee von seinem Generalstabschef Blumenthal geführt, der sich selbst für die «Seele des ganzen Krieges» erklärte; Moltke habe «keine Idee vom praktischen Leben und verstehe von Truppenbewegungen nichts».

#### IV

Ganz anders verläuft der Feldzug gegen Italien. Hier hat der Ministerpräsident General La Marmora den Oberbefehl übernommen. Seine Lage ist günstig: mit 165'000 Italienern steht er gegen 75'000 Österreicher. Da Österreich Venetien ja schon im Voraus abgetreten hat, kann er auf jede Schlacht verzichten oder er braucht sie nur anzunehmen, wenn ihm der Sieg sicher ist. Aber La Marmora, hölzern und tugendhaft, beschränkt und ängstlich, gleich unfähig als Politiker wie als Stratege, bringt es fertig, selbst diese günstige Lage zum Unheil zu wenden. Er zersplittert seine Armee, gerät bei Custozza halb wider Willen in einen Kampf, verliert während der Schlacht den Kopf und schliesst sich zu guter Letzt, sein eigenes Geschick mehr bejammernd als das seines Vaterlandes, in Weinkrämpfen in ein Zimmer allein ein, anstatt die nächsten Truppen herbeiholen zu lassen. Nicht nur die geschlagenen Divisionen, sondern auch alle anderen italienischen Truppen ziehen sich fluchtartig zurück. La Marmora hatte seiner Frau vorausgesagt, dass seine Soldaten davonlaufen würden.

Auch die italienische Flotte – gleichfalls nach Zahl und Ausrüstung weit überlegen – erleidet bei Lissa gegen den aus Westfalen stammenden Tegetthoff eine vernichtende Niederlage. Die Besatzungen der österreichischen Schiffe sind meist Venezianer; ihre Heimat ist im Augenblick der Schlacht schon abgetreten, aber todesmutig kämpfen sie gegen ihren neuen Landesherrn.

Denn schon am Tag vor Königgrätz hat Franz Joseph Venetien Napoleon überlassen, um auf diese Weise seine Südarmerie freizumachen. Die Truppen werden jetzt nach Wien verladen und machen mit ihren schwarzgebrannten Gesichtern unter blauen Mützen und weissen Nackenschleiern in der Kaiserstadt einen imposanten Eindruck. Die Italiener stossen nach – freilich in vorsichtigem Abstand von einigen Tagesmärschen.

## DER KAMPF GEGEN DIE BUNDESARMEE

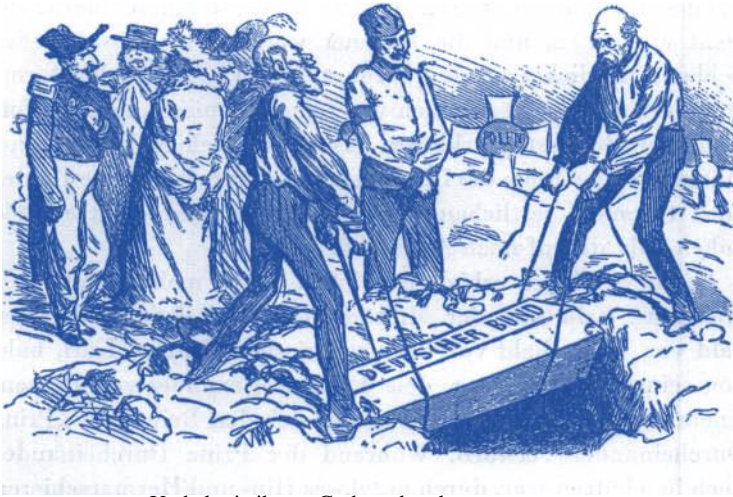
*Geboren in Wien, In Frankfurt verdorben, In  
Augsburg gestorben, Wer weiss, wer ich bin?  
Volkspruch von 1866*

### I

Bismarcks Gegner pflegen zu sagen: der alte Deutsche Bund war durchaus lebensfähig. Der Bund hat nicht versäumt, in den letzten 3 Wochen seines Bestehens dieses Urteil schlüssig zu widerlegen.

Die Mittel- und Kleinstaaten, die gegen Preussen im Felde standen, hatten zusammen fast die gleiche Einwohnerzahl wie Preussen. Aber Preussen begnügte sich, ein knappes Sechstel seiner Heeresmacht gegen sie einzusetzen, und dieses Aufgebot von 40'000 Mann erwies sich als ausreichend. Das Bundesheer befand sich in einem beklagenswerten Zustand. Hessen-Darmstadt erklärte: «Unsere Truppen können begreiflicherweise den Augenblick kaum erwarten, wo sie ihrer ruhmreichen Aufgabe entsprechen dürfen. Allerdings ist ohne die erforderlichen Trainpferde, ohne Ambulanz und noch verschiedene andere Requisiten ein Ausmarsch nicht wohl möglich.» Von der bayerischen Armee sagte ihr Oberbefehlshaber, Prinz Karl, der Onkel des Königs, sie sei eigentlich «nichts anderes als eine Miliz oder Bauernkerle in eine Uniform gesteckt». Sowohl der bayerische wie der württembergische Kriegsmi-  
nister mussten während der Mobilmachung entlassen werden. Vielfach war es noch üblich, sich dem Dienst zu entziehen und stattdessen «Einsteher» zu bezahlen, meist Subjekte, die zu jedem bürgerlichen Beruf unfähig waren. Die Ausrüstung war schlecht. Der Artillerie fehlten La-

fetten, der Kavalleriepferde, der Infanterie Uniformen. Noch 14 Tage nach Königgrätz forderte der «Beobachter» in Stuttgart zu den primitivsten Mitteln auf: «Jede Büchse, jede Muskete mit Bajonett, jede Pistole taugt zum Guerillakrieg, und vor allem wird die Axt nicht zu vergessen sein, welche in den Kämpfen bei Nacht, die das beste Gegenmittel gegen die Zündnadeln sind, die sicherste Wirkung tut.» Statt Reiterpatrouillen



Und als sie ihn zu Grabe gebracht,  
Hat niemand geweint, aber mancher gelacht!

(Figaro, 11. August 1866)

vorzutreiben, lobte Prinz Karl Belohnungen aus für diejenigen Privatagenten, die ihm den Standort der feindlichen Armee angeben könnten. Die Nachrichten, die er erhielt, waren so unzuverlässig, dass er die Lage nie richtig beurteilte und nutzlos über Berg und Tal marschierte.

Österreich hatte mit Recht verlangt, die süddeutschen Truppen, mindestens das bayerische Korps, sollten zur böhmischen Armee stossen. Aber der bayerische Ministerpräsident, Professor Pfordten, wollte «Bayern decken». So antwortete er in stolzer Torheit, er sei nicht der Vasall Österreichs; Franz Josephs

Generaladjutant Beck erwiderte: «Dann werdet Ihr sicher am Main und wir vielleicht in Böhmen geschlagen.» Es war eine Ironie der Geschichte, dass Bayern sogleich bei seiner Südarmee das gleiche Schicksal erlebte: als Prinz Karl das VIII. Bundeskorps – die Württemberger, Badener und Hessen – an sich ziehen wollte, scheiterte dieser Plan an dem Widerspruch der beteiligten Regierungen: die nassauische Armee musste Wiesbaden decken, die württembergische wollte die Nordgrenze ihres Landes verteidigen, Frankfurt liess sein Bataillon überhaupt nicht ausrücken, und die Badener waren entschlossen, jeder Schlacht möglichst aus dem Wege zu gehen, während der Darmstädter Souverän Frankreich um seine Einmischung bat. Vollends der Bundestag erklärte, das buntscheckige VIII. Korps müsse in erster Linie die Bundesstadt Frankfurt und die 13 hier noch tagenden restlichen Bundestagsmitglieder schützen; sie flohen bald darauf nach Augsburg.

Auf diese Weise erhielt das VIII. Korps mehr Befehle als Munition: bald von der Militärkommission des Bundestags, bald von Wien, bald von dem bayerischen Prinzen Karl, bald von seinem Korpsführer, dem Prinzen Alexander von Hessen, einem österreichischen General, der sich den Beinamen «Prinz Durcheinander» erwarb. Während der Prinz Durcheinander noch beschäftigt war, durch nutzloses Hin- und Hermarschieren auf diesem Kriegstheater allen Wünschen gerecht zu werden und die verstreuten Regimenter notdürftig zusammenzuhalten, bat ihn Franz Joseph telegraphisch, in völliger Verkennung der strategischen Lage, mit der vereinten Bundesarmee die Offensive gegen Berlin zu ergreifen. Diese Zerfahrenheit der Führung hätte die besten Truppen zugrunde gerichtet. Der Feldzug verlief, wie er unter diesen Umständen verlaufen musste. Sieben bayerische Reiterregimenter, die bis an die Rhön vorgestossen waren, fluteten, ohne einen Feind erblickt zu haben, in panikartiger Flucht bis an den Main zurück; angeblich hatten sie den aufgehenden Mond für ein preussisches Lagerfeuer gehalten – dieselben Regimenter, die sich vier Jahre später unter geordneter Führung in Frankreich mit höchster Tapferkeit geschlagen haben.

In einem Feldzug von 3 Wochen trieb die preussische Mainarmee die doppelt so starke Bundesarmee vor sich her, schlug sie in zahlreichen Gefechten und hatte im Augenblick des Waffenstillstands Frankfurt, Würzburg und Nürnberg besetzt und den Weg nach Stuttgart, Karlsruhe und München offen vor sich liegen.

## II

Kurz vor Kriegsausbruch hatte der badische Liberale Baumgarten an Sybel geschrieben: «Ich wünsche den guten Leuten, die Preussen so sehr verachten oder verachteten, eine derbe Lektion. Vor allem der Freien Stadt Frankfurt, die sich seit 10 Wochen so bübisch aufgeführt hat, wünschte ich von Herzen eine Kontribution von 10 Millionen. Die guten Bürger zittern auch schon weidlich vor derartigen Schicksalen.» Frankfurt galt mit Recht als die Hauptstadt des «Preussenhasses». Die preussische Besatzung, die der Bund dort unterhielt, war oft beschimpft und mit Steinen beworfen worden. Flugschriften wurden verbreitet, um die preussischen Soldaten gegen ihre Vorgesetzten aufzuwiegeln. Die Frankfurter Zeitungen predigten, Bismarck werde nicht wagen, seinen Staat von 18 Millionen gegen einen Bund von 50 Millionen Einwohnern zu führen; es sei etwas anderes, Herrn Virchow auf Pistolen als ganz Deutschland auf Kanonen zu fordern. Im April hatte ein Abgeordneter des Frankfurter Parlaments erklärt, die preussischen Junker seien um nichts besser als die Sklavenbarone der amerikanischen Sklavenstaaten und es stehe nur zu hoffen, dass man nach ihrer Niederwerfung mit energischerer Strenge als dort gegen sie verfare. Er fand stürmischen Beifall. Da schon die Nordstaaten nach dem Bürgerkrieg Zehntausende von Bürgern der Südstaaten willkürlich enteignet hatten, war das eine Auslegung des Kriegsrechtes, welche den Frankfurtern teuer zu stehen kommen musste, wenn sie Preussen auch seinerseits anwandte. Zum Glück dachten die Preussen, wie wir sehen werden, humaner.

Als der Krieg ausbrach, höhnte die Frankfurter Zeitung: «Wir sind begierig, woher Preussen alle die Heeres- und Geldkräfte nimmt, die der



gleichzeitige Krieg gegen Österreich und das übrige Deutschland fordert. Grosse Worte und dreiste Depeschen tun's jetzt nicht mehr.» Dass der Hass gegen Preussen zu «wahnsinnigen Verunglimpfungen der Gegner» geführt hatte, gab man im Frankfurter Parlament später offen zu.

Aber als man den Schlachtenlärm der herannahenden Preussen zu hören begann, änderte sich die Sprache der Frankfurter völlig. Der Bundestag bat die Stadt um einen Vorschuss von 200'000 Gulden, um Schanzen errichten zu können. Sogleich erklärte der Senat, Frankfurt stehe zwar auf dem Boden des Bundesrechts, aber es wolle nicht verteidigt werden; man wolle sich «gegenüber den Kriegseignissen in keiner Weise die Hände binden». Viele Frankfurter protestierten sogar gegen die – gesetzlich zulässige – Aushebung; vorsorglich suchte man für diesen Fall «Einstehler»; das Handgeld für sie notierte auf 2'000 Gulden. Selbst den Bundesgeneral Prinzen Alexander erbitterte diese Haltung so sehr, dass man im Hauptquartier des VIII. Korps dem Frankfurter Senator Speltz sagte, man gönne der Stadt Frankfurt ein kleines Bombardement.

Es kam nicht zu einer Bombardierung; kampflos rückten die Preussen ein. Vogel von Falckenstein verlangte ein Kontribution von 6 Millionen Gulden. Sie wurde als unerschwinglich bezeichnet und in 48 Stunden bezahlt; ausserdem wurden Naturallieferungen verlangt, die, nach Frankfurter Angaben, im Verlaufe der Besetzung weitere 3 Millionen Gulden erfordert haben.

Inzwischen hatte sich aber das Hauptquartier in Böhmen auch mit der Frage beschäftigt, welche Kontribution Frankfurt zahlen sollte. Es war die reichste Stadt Deutschlands; allein das Vermögen Rothschilds schätzte man auf 60 Millionen. Man war entschlossen, die «Hauptstadt des Preussenhasses» dort zu packen, wo sie am empfindlichsten war: am Geldbeutel. Roon schrieb an Bismarck, der König und auch der im Hauptquartier weilende französische Botschafter Benedetti hielten 25 Millionen Gulden für angemessen; nach Ansicht seiner Majestät könne Frankfurt aber 25 Millionen Taler – das waren 40 Millionen Gulden – leisten. Der König überlasse ihm die Entscheidung. Bismarck vermerkte

am Rand, schon 25 Millionen Gulden seien hoch, und telegraphierte diese Zahl an den Oberbefehlshaber der Mainarmee. Er sah die Androhung dieser Kontribution vorwiegend als ein Mittel an, um Frankfurt zum Anschluss an Preussen zu veranlassen.

Oberbefehlshaber war bei Eintreffen dieser Anweisung nicht mehr Vogel von Falckenstein. Moltke hatte ihn wegen eines Ungehorsams, der zu der Niederlage von Langensalza geführt hatte, durch Manteuffel ersetzt; da aber das Absetzungsschreiben 8 Tage unterwegs war, erreichte es den General erst, nachdem er inzwischen eine Reihe glänzender Siege errungen hatte.

Manteuffel, Bismarcks alter Gegenspieler, sah sich endlich am Ziel seiner Wünsche; er fühlte sich als Vizekönig aller eroberten Gebiete. Bismarck hat später behauptet, er habe sich damals den Bart spitz zuschneiden lassen, damit er aussehe wie Tilly und Wallenstein zusammen. Als er das Telegramm bekam, war er in Eile und Sorge, denn er musste am nächsten Tag mit schwachen Truppen der bayerischen Armee nachmarschieren, und damit die Festung Mainz mit 15'000 Mann feindlicher Besatzung und den Frankfurter Pöbel, den er seit 1848 für revolutionär hielt, im Rücken lassen. Er strich zunächst aus der Kontributionsanordnung die Worte «Auf Allerhöchsten Befehl», weil eine «so odiose Sache» nicht vom König ausgehen dürfe; er wolle alles auf seine Kappe nehmen. Dann teilte er den Vertretern der Stadt den Betrag mit. Auf die Frage, ob die bisherigen 6 Millionen angerechnet würden, erklärte er, in Berlin zurückfragen zu müssen; gegebenenfalls werde er sie wieder herauszahlen. Als Termin nannte er, da er am nächsten Tag abmarschieren musste, 24 Stunden. Der Bürgermeister erklärte diese Zahlung für unmöglich. Von urteilsfähigen Fachleuten wie dem Senator Dr. Speltz, wurde der Betrag bei ausreichender Frist für aufbringlich gehalten. Manteuffel bat die Herren, ihm gegenüber offen und ehrlich zu sein, dann wolle er gemeinsam mit ihnen überlegen, wie er seinen Befehl am schonendsten durchführen könne. Es sollten doch einfach die reichen Leute der Stadt für den Betrag gutsagen, wie es im Siebenjährigen Krieg die Berliner gegenüber einer hohen russischen Kontribution gehalten hätten; damit sei er zufrieden. «Wäre ich ein napoleonischer Marschall,

so wäre das Geld in einer Stunde da.» Mit begreiflicher Sorge erwiderte der Finanzsenator Dr. Müller, der gemeinsam mit dem Bürgermeister Fellner die Verhandlungen führte, die Herren hielten sich nicht für befugt, irgendetwas zu vereinbaren. Wenn der Krieg vorbei sei, wäre die Kriegsangst schnell vergessen; dann würden die Bürger ihnen vorwerfen, sie hätten die Interessen der Stadt nicht gewahrt, und würden sie womöglich persönlich haftbar machen. Er schlug eine sofortige Volksabstimmung vor, bei der alle bis 9 Uhr abends nicht abgegebenen Stimmen als bejahend anzusehen seien. Diesen Vorschlag konnte Manteuffel nicht annehmen, aber die Einwendung Müllers brachte ihn auf einen Einfall, in dem seine ganze Don-Quichotte-Natur zum Vorschein kam. Er werde die Herren auf einfache Weise gegen Vorwürfe schützen: er sei bereit, ihnen ein Zeugnis auszustellen, dass sie seiner Forderung erst nachgegeben hätten, nachdem er eine Plünderung der Stadt angedroht habe. Sie könnten sich das Zeugnis selbst ausschreiben und könnten einsetzen, was sie wollten; Tilly und Alba könnten von diesen Drohungen übertroffen werden: er werde es ihnen unterschreiben. Der offenbar völlig kopflose Dr. Müller antwortete, er habe es dem General gleich angesehen, dass er ein nobler Mensch sei.

Selbstverständlich wurde das Schriftstück nie aufgesetzt, aber Fellner und Müller erzählten in der Stadt von Manteuffels angeblichen Plünderungsabsichten, und als Manteuffel am folgenden Morgen von einigen Honoratioren beschworen wurde, die Stadt nicht plündern zu lassen, da glaubte er, Fellner und Müller nicht dementieren zu dürfen und «schwieg und behielt ein ernsthaftes Gesicht». Auch als der ihm bekannte Baron Ellwanger ihn bat, die Stadt nicht zu plündern oder anzuzünden, ironisierte er den Unsinn lediglich mit den Worten, er werde an Ellwangers Haus eine Schildwache mit weisser Fahne stellen, damit die Flammen es verschonten.

Aber Manteuffels theatrales Gehabe machte auf die meisten Frankfurter keinen Eindruck. Sie zahlten nämlich trotz seiner Drohungen nicht mehr einen einzigen Pfennig, sie machten auch keinen Gegenvorschlag, weniger oder später zu zahlen.

Im Gegenteil: die Repräsentanten der Stadt bestritten die Rechtsbeständigkeit alles dessen, was seit der Besetzung der Stadt geschehen sei, und eröffneten damit Fellner und Müller die niederschmetternde Aussicht, für die schon bezahlten 6 Millionen persönlich haften zu müssen.

Gleichzeitig sandten sie eine Abordnung an König Wilhelm. Als der bald darauf eingesetzte Zivilkommissar von Diest Rothschild bat, für seine Vaterstadt durch eine Bürgschaft einzuspringen, sagte der Bankier ärgerlich: «Was habe ich mit Frankfurt zu tun, Frankfurt geht mich nichts an.» Diest berichtet: «Als ich ihm andeutete, dass es ihm bei seinem Vermögen von mindestens 60 Millionen ein Leichtes sein würde, einen kleinen Prozentsatz davon zur Aufbringung der Kontribution zu opfern, da wurde er ganz ausser sich, dass ich ihm nur ein so geringes Vermögen zugetraut hätte, und verstieg sich schliesslich zu dem Ausruf: ‚Ich führe nicht mit Preussen Krieg!‘ Sein Bruder, der Pariser Rothschild, wurde damals auf 600 Millionen geschätzt.»

Trotz aller Verhandlungen bekamen die Preussen keinen Pfennig mehr. Die Frankfurter hatten auch erhebliche Vermögenswerte vor dem Einmarsch in London, Paris und Zürich geborgen. Sie waren zwar keineswegs bereit, ihr Blut für Frankfurt zu opfern, wohl aber mutig genug, ihr Gut auf jede Gefahr hin zu verweigern – und diese nüchterne Auffassung der Lage erwies sich als völlig richtig.

Aber die Bewohner der Bundeshauptstadt verbreiteten in ganz Europa die Nachricht, der Stadt drohe eine Plünderung. Erstaunt fragte Bismarck bei Manteuffel zurück. Der General antwortete eigenhändig, er habe nichts angedroht, am wenigsten eine Plünderung, aber er habe, als sich das Gerücht verbreitet habe, nicht widersprochen, weil «Furcht nützlich sei», namentlich im Rücken einer kämpfenden Armee. Bismarck wies in Paris und London das unsinnige Gerücht zurück; preussische Truppen würden sich niemals zu einer Plünderung hergeben. Er lenkte – unter ausdrücklichem Verbot jeder Plünderung – Manteuffels Aufmerksamkeit auf andere Möglichkeiten, um die hartnäckige Weigerung der Frankfurter zu bekämpfen: Schliessung der Lokale, Einstellung

des Eisenbahnverkehrs und, wenn alles nichts helfe: Sperre aller Tore. Man solle Frankfurt eine neue Frist setzen, und, wenn es diese Frist verstreichen lasse, die Kontribution pro Tag um 1 Million Gulden erhöhen. (Allerdings wissen wir von dieser angeblichen Anweisung nur aus einer Frankfurter Quelle.)

Aber schon wenige Tage später verzogen sich alle Wolken: Berlin sandte als Zivilkommissar den sanften liberalen Finanzminister der Neuen Ära, von Patow, Rothschild wurde ins Hauptquartier zum König gebeten, und Bismarck schrieb nach Berlin, man solle eine unparteiische Kommission beauftragen zu prüfen, was Frankfurt «ohne Gefährdung seiner Erwerbsverhältnisse» zahlen könne. Der Frankfurter Abordnung schlug Bismarck vor, er sei bereit, der Stadt jede Kontribution zu erlassen, ihr sogar die bezahlten 6 Millionen Gulden zurückzugeben und ihr innerhalb Preussens eine privilegierte Stellung mit Befreiung von der Wehrpflicht einzuräumen – sofern Frankfurt selbst den Eintritt in den preussischen Staat vorschlage. Frankfurt nahm diesen Vorschlag nicht an – hauptsächlich deshalb, weil die Stadt, seit 25 Jahren von Verfassungskämpfen erfüllt, gar nicht fähig war, in eindeutiger Weise zu sagen, was sie eigentlich wollte. Aber auch ohne dass Frankfurt dies Angebot machte, wurden die 25 Millionen gestrichen und die 6 Millionen zurückgegeben.

Wenn man betrachtet, auf welch wunderlichen Wegen das Plünderungsgericht entstand, wie theatralisch Manteuffel auftrat, wie zäh und sachlich die Frankfurter Kaufleute trotzdem jede Zahlung ablehnten, wie kühl sich Rothschild aus der Affäre heraushielt und wie schliesslich alle Forderungen gestrichen wurden, so könnte die Geschichte der Frankfurter Kontribution fast den Charakter einer Komödie gewinnen – wenn sie nicht durch ein furchtbares Ereignis verdüstert würde. Der Frankfurter Bürgermeister Fellner war, auch nach dem Urteil seiner Freunde, «alles andere als ein Politiker . . . eine weiche, liebenswürdige Natur . . . da-seinsunselbständig und ohne alle Initiative. Dass der Zufall des Loses ihn gerade dazu berufen hatte, in so ausserordentlicher Zeit die Geschichte der Stadt zu lenken, wurde sein Verhängnis». Eingeeengt zwi-

schen den Drohungen Manteuffels auf der einen Seite und den eventuellen Haftungsansprüchen seiner Mitbürger auf der anderen, machte er – kurze Zeit bevor sich die Schwierigkeiten lösten – seinem Leben ein Ende.

Sein Tod erregte nicht nur in Frankfurt tiefe Empörung. Bennigsen schrieb an seine Schwester: «Das Ganze ist eine unerhört miserable Geschichte, unvernünftig in der Anlage und über die Massen gemein in der Ausführung. Übrigens machst Du Dir von der Erbitterung, welche in ganz Norddeutschland gegen Frankfurt, als die Brutstätte aller antipreuussischen Hetzereien und Lügen und den Mittelpunkt einer vergifteten grossdeutschen Politik, herrscht, nur eine schwache Vorstellung.» Auch König Wilhelm war über die Entwicklung in Frankfurt entrüstet. Als einige Monate später Preussen mit Frankfurt darüber verhandelte, was die Stadt für ihr Staatseigentum von Preussen erhalten solle, ging die Frankfurter Forderung um 1 Million über das hinaus, was nach Ansicht des preussischen Kronsyndikats berechtigt war. Preussen hätte die Frage leicht unter dem Titel «Kriegsentschädigung» erledigen können. Aber da erklärte König Wilhelm, er wünsche, die Frankfurter sollten erhalten, was sie verlangten, und zahlte die fehlende Million an Frankfurt aus seinem privaten Vermögen.

## INTERMEZZO: CONSTANTIN FRANTZ

*Niemals haben Doktrinäre die Welt beglückt,  
sondern willenskräftige Männer haben es getan.*

*Constantin Frantz*

### I

Für die Reform des Deutschen Bundes wurden zu allen Zeiten Pläne gemacht. Unter diesen Plänemachern war ein Mann, von dem seine Anhänger gesagt haben, er sei «der geistgewaltigste Kritiker Bismarcks»; man dürfe ihn ruhig «Konstantin den Grossen» nennen. Der Münchner Historiker Franz Schnabel hat dargelegt, nur anhand von Plänen, wie sie dieser Mann entworfen habe, hätte man den Weg Bismarcks vermeiden können.

Gustav Adolf Constantin Frantz wurde als 8. Kind eines Halberstädter Pfarrers zwei Jahre nach Bismarck geboren. Er studierte Philosophie, Mathematik und Naturwissenschaften. Den 27jährigen Probekandidaten einer Berliner Realschule zog der russische Gesandte aus dem Dunkel der Dachkammer, machte ihn zu seinem Hausjournalisten und gab ihn später als literarischen Referenten an das preussische Kultusministerium weiter.

Bis zu seinem 45. Lebensjahr ist Frantz als Konsulatsbeamter und Geheimer Sekretär in preussischen Diensten geblieben. Mit hellem Hörnerklang focht er im Konflikt für Roons Heeresvorlage: «Mit der Anschauung, dass geistige Bildung eine reale Machtbasis darstelle, muss rückhaltlos gebrochen werden. Den ‚Intelligenzstaat‘ müssen wir jetzt in Feldmanövern wieder ausschwitzen, um wieder in den alten Takt des Dessauer Marsches zu kommen.» Das Streben, ‚die Staatsgewalt in eine diskutierende Versammlung zu verlegen‘, stehe im Widerspruch zum Wesen des Militärstaates, in welchem ‚der Geist des Befehls herrschen muss‘ . . . «Rings von Rivalen oder Feinden umgeben, muss Preussen

wie ein verschanztes Lager eingerichtet sein und regiert werden.» Folgerichtig wollte er, Roon weit übertreffend, die Heeresausgaben verdoppeln.

Frantz trat für das reine Nützlichkeitsprinzip ein, das – wie Bismarck tadelte – «den Faktor des Rechtes ausser Ansatz lässt.» Moral und Politik könnten – so lehrte Frantz – nicht identisch werden.

Sein Geist strebte ins Grosse. Er wünschte eine germanische Allianz, welche Grossdeutschland, die Niederlande, England und Skandinavien umfassen sollte; in ihr sollte «das norddeutsche Element» vorherrschen. Aber um die Mitte des Lebens nahm er Abschied von seinen russischen und preussischen Idealen und Bezügen. Auch als Bismarck, Ministerpräsident geworden, den gewandten Publizisten zu sich heranziehen wollte, lehnte er ab. Er hoffte im Stillen, er werde – wie er Richard Wagner schrieb – noch einmal selbst «die deutsche Politik in die Hand bekommen.» Zum Glück bekam er sie nicht, denn schon 1864 wollte er kurzerhand «Heber den Krieg gegen die ganze Welt als eine Erniedrigung vor Dänemark». Er starb 73jährig völlig vergessen.

Frantz hat nur *ein* Buch geschrieben, aber dieses Buch 44mal unter verschiedenen Titeln. Immer wieder blieb er ohne Echo und immer wieder führte er in trotziger Einseitigkeit das immer gleiche Gedankengebäude mit einigen An- und Umbauten vor dem Leser auf. Kern und Stern seines Denkens war in der Innen- und Aussenpolitik die Formel «Föderalismus»:

Der grösste Teil aller Menschen erfülle seinen Lebenszweck in seiner Gemeinde und seinem Gewerbe. Er habe daher keinen Beruf, sich in Staatsangelegenheiten zu mischen. «Selbstgesetzgebung des Volkes bleibt in unsern heutigen Staaten unter allen Umständen eine Schimäre, da vielmehr gerade die Gesetzgebung eine Aufgabe ist, welche Kenntnisse und Einsichten fordert, die immer nur sehr wenige besitzen. Fehlt aber der grossen Masse jedes Urteil darüber, – wie soll sie doch die rechten Gesetzgeber wählen können?» Vielmehr solle jeder in seiner Gemeinde und in seiner Berufsorganisation mitwirken. Diese Vertretungen sollen dann Mitglieder in die Vertretungen der Kreise, Provinzen und



Staaten delegieren. Die Delegierten sollten aber nur das Interesse ihrer Körperschaft vertreten: «Allgemeine Ansichten aufzustellen ist Sache der Wissenschaft, nicht der Volksvertreter» oder, wie Frantz gern schrieb, der «Volkszertreter». Eine «Wählermasse» könne gar nicht vertreten werden, sondern nur organisierte Körperschaften. Es solle deshalb eine Kammer aus Delegierten der Gebietsvertretungen, eine zweite aus denen der Berufsvertretungen gebildet werden. Die Parlamente bezeichnete Frantz abwechselnd als «Narrenhaus» oder als «Zirkus». Von den Parteien hasste er die Liberalen am grimmigsten, aber die andern nicht viel weniger: «Überall endigen die Parteien im Koteriewesen, und an die Stelle der Prinzipien, worauf sie angeblich beruhen, tritt nach aussen hin für das grosse Publikum die Phrase, nach innen die Intrige.» Die Berufsparlamentarier verabscheute er: «Wie soll der Wille eines Thüringer Wahlkreises in einem Berliner Reformjuden stecken? Ich sage vielmehr: man braucht so etwas nur auszusprechen, und der Blödsinn liegt zutage. Meinewegen der sogenannte höhere Blödsinn, da wir doch so ungeheuer fortgeschritten sind.»

Der «geistesgewaltigste Kritiker Bismarcks» war nämlich zeitlebens ein blindwütiger Antisemit: das Judentum wolle «auf Trümmern des Christentums seine Weltherrschaft begründen»; den Marxismus benütze es als Sturmbock. Man müsse den Juden die Staatsbürgerschaft entziehen und ihnen nur unter dem Titel der Menschenliebe, der Billigkeit und der Gunst einige Rechte belassen. Sie dürften nur an Orten wohnen, wo sie zahlreich genug seien, um Gemeinden zu bilden, müssten ein «Schutzgeld» zahlen, eigene Schulen halten und dürften keine Christen heiraten. In seinem letzten Werk verstieg er sich bis zu dem Satze: «Noch ein paar Jahrzehnte so fort, und an die Stelle des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation wird ein deutsches Reich jüdischer Nation getreten sein.» Er fügte hinzu, der Hauptförderer der Judenherrschaft sei – niemand anders als Bismarck; in ihm erblickte Frantz die Quelle aller Übel. Frantzens Herausgeber, Eugen Stamm, liess die antisemitischen und antimarxistischen Kapitel bei den Ausgaben der 20er

Jahre stillschweigend weg und fügte sie in den 30er Jahren stillschweigend wieder hinzu, wodurch er Frantz bei den Nationalsozialisten hohe Anerkennung verschaffte.

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft hat Frantz umwälzende Reformvorschläge gemacht. Die Aktiengesellschaften wollte er sozialisieren und auch die Bäckereien, Brauereien und Fleischereien in Gemeindebetriebe umwandeln.

## II

Aber wenn Frantz nach den beiden Weltkriegen eine vorübergehende Berühmtheit auch bei Leuten erlangt hat, die ihn nicht gelesen haben, so hat er das weniger seinen präzisen Vorschlägen hinsichtlich der Parlamente, des Judentums und der Sozialisierung zu verdanken als vielmehr seiner aussenpolitischen Konzeption.

Auch hier gelang es Bismarck nicht, Frantzens Zufriedenheit zu erlangen. Frantz legte dar, die Politik Preussens müsse «verständigerweise darauf gerichtet sein», seine Herrschaft im Baltikum bis an den Finnischen Meerbusen auszudehnen. Ausserdem müsse Preussen durch Personalunion mit dem bisherigen Russisch-Polen und mit Litauen verbunden werden. Der preussische Monarch müsse den Titel tragen «Kaiser von Preussen, König von Polen, Grossfürst von Litauen». Das würde gar keine schwierige Sache sein. Gleichzeitig müsse Russland durch Österreich «auch hinter den Dnjestr zurückgeworfen» werden. Es sei für Österreich «eine Lebensfrage, dass es am Schwarzen Meer festen Fuss fasse und die Herrschaft über die Donaumündungen gewinne». Hierzu müsse es Rumänien, Bessarabien, Podolien und vielleicht die Ukraine sich angliedern: «Warum soll Österreich nicht zur Handhabe dienen können, um allmählich auch die Länder an der untern Donau heranzuziehen, wie desgleichen Preussen im Nordosten allmählich seine Wirksamkeit bis an den Peipussee und die Beresina ausdehnen könnte? Schlössen sich dann andererseits an den westdeutschen Bundeskörper wieder Holland, Belgien und die Schweiz an, so wär damit der mitteleu-

ropäische Bund vollendet. Dies wäre in grossen Umrissen das Bild des Ganzen.» Dass hierzu «selbstverständlich ein grosser Krieg mit Russland gehören würde», störte Frantz nicht, weil er diesen Krieg ohnehin wünschte. Auch war er bereit – es war nichts Kleinliches an diesem Manne –, Russland zum Ersatz die Schutzherrschaft über China zu geben, wobei er sich keine Gedanken darüber machte, ob der Zar in dieser Ermächtigung des Herrn Frantz einen vollwertigen Ausgleich für die abgetretenen Länder erblicken würde.

Was Frankreich anging, so kam der ursprüngliche pädagogische Beruf des Verfassers zum Durchbruch: «Ist Frankreich so lange wie möglich das verzogene Kind gewesen, so muss man es endlich mit Strenge behandeln, sein Stolz muss gedemütigt werden. Und grade solche Demütigung würde sich hinterher für Frankreich selbst als ein Segen erweisen . . . Zwang wäre hier Wohltat.» Frankreich müsse alles herausgeben, was es einst dem Deutschen Reich entrissen habe; sonst sei keine Aussicht auf einen gesicherten Frieden. Diese Gebiete sollten jedoch nicht dem Deutschen Reich einverleibt werden, sondern als «Königreich Lothringen» unter einem Habsburger dem grossen Bund, von dem wir gleich hören werden, beitreten; natürlich müssten aber die wichtigsten Festungen Bundesfestungen sein; auch das alles «hätte gar keine Schwierigkeit».

Aber warum dort haltmachen? «Ich wüsste nicht, warum nicht auch die Freigrafschaft Burgund und Savoyen» dem Bunde beitreten sollten? Und schliesslich seien ja auch die Schweizer, Holländer und Flamen «Zweige unseres Stammes, welche in ihrer Absonderung zuletzt verkümmern müssten». Holland könnte der deutsche «Admiralstaat» werden. Auch Dänemark könne dann gleich miteintreten. Diese Verbindungen würden «eine erhebliche Vermehrung unserer Defensivkräfte und überhaupt unserer Machtmittel» bedeuten. Das «neue Reich» solle also «von der Schelde bis an den finnischen Meerbusen, vom Genfer See bis ans Schwarze Meer» reichen. Keine Macht der Erde würde diesen Bund anzugreifen wagen. Die deutsche Sprache werde «noch mehr den Charakter einer Weltsprache gewinnen als die englische oder spanische».

Selbst die wildesten All- und Knalldeutschen der wilhelminischen Zeit haben nie so ausschweifende Pläne entworfen wie dieser sächsische Pfarrerssohn und Freimaurer.

Aber all das genügte Frantz noch nicht. Er verlangte weiter einen neuen Kreuzzug gegen den Islam, aber gründlicher als im Mittelalter; der Orient müsse wieder christlich werden. Deutschland solle Teile Kleinasiens erhalten. Den Sitz des Papstes wollte er bei dieser guten Gelegenheit nach Jerusalem verlegen. Konstantinopel solle Freie Stadt werden. «Konstantin der Grosse» hat in der Tat die Grenzen der Staaten gründlicher korrigiert als Alexander der Grosse oder Napoleon I. – wenn auch nur auf dem Papier.

Diese Neuregelung der Welt hoffte Frantz zustande zu bringen mit dem einen Zauberwort «Föderalismus». In Mitteleuropa sollte es drei «Bünde» geben. Der engere Bund sollte die westdeutschen Gebiete umfassen – etwa bis zur Elblinie; die hierzu gehörenden bisher preussischen und österreichischen Gebiete sollten mit Preussen und Österreich nur noch lose Zusammenhängen. Dieser engere Bund sollte mit Preussen und Österreich ein «organisches Schutz- und Trutzbündnis» abschliessen; hierdurch entsteht der weitere Bund mit einem Direktorium als oberstem Bundesorgan. Dieser weitere Bund sollte sich nun mit den anderen erwähnten Gebieten – also mit Polen, Litauen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Bessarabien, Holland, Belgien, Lothringen, Schweiz, Savoyen usw. zum «weitesten Bund» zusammenschliessen, einem Gebilde, ähnlich wie das mittelalterliche Reich. Jeder Teilnehmer sollte seine inneren Fragen selbst behandeln. Nur die Fragen der Aussenpolitik, der Wehrmacht und der Wirtschaft – also freilich die wichtigsten Schicksalsfragen in der unzulänglichen Welt der Wirklichkeit – sollten Bundessache sein. Aber der «geistesgewaltigste Kritiker» hat sich sein Leben lang gehütet, anzugeben, wie seine drei Bünde im Einzelnen konstruiert sein sollten.

Was musste man nun tun, um diesen Bund zu begründen, das gewaltige Viereck Rotterdam-Reval-Bukarest-Besançon? Ziele proklamieren ist leicht, Wege finden ist schwer. Aber auch diese Frage hat Frantz

beantwortet – mit dem gleichen Grad von Anschaulichkeit, der allen seinen Schriften eigentümlich ist. In der «Kritik aller Parteien» finden wir diese entscheidende Frage und die entscheidende Antwort: «Was hat der Föderalismus zu tun, um solchen Bund zu begründen? Nichts weiter, als dass er den Partikularismus, d.h. die Individualität, aus ihrer Zurückgezogenheit herausführt und in die Gemeinschaft einführt, während er umgekehrt die Zentralisation durch die Individualität abschliesst und gerade durch die Befreiung der Individualität die Gemeinschaft nur umso lebendiger macht.» Wem diese Wegbeschreibung nicht ausführlich genug ist, dem kann man nicht helfen: noch genauer hat sich Frantz leider nicht über den Weg in das neue «Reich» geäußert. Mit manchen andern Einzelfragen seines Bundes hat er sich beschäftigt – so z.B. mit dem Problem der Konkurrenz ungarischer und französischer Weine, wobei er bewiesen hat, dass er von Weinen nicht mehr verstand als von Politik. Aber die Durchführbarkeit seiner Pläne hat ihn nie beunruhigt. Er war überzeugt, der Löwe werde neben dem Lamm weiden, wenn er ihm das Zauberwort «Föderalismus» zurufe. Im Grunde hielt er die Wirklichkeit für eine beliebig knetbare Masse. Die natürliche Kraft des geschichtlich Gewordenen schien diesem Rationalisten so belanglos wie der Wille der Völker. Wo er hindachte, da wurde das Gras dürr. Verächtlich schrieb er von Bismarck, «sein eigen war nur die Tatkraft und das praktische Geschick, womit er die Ideen der Gothaer ausführte und wobei er noch obendrein halb Louis Napoleon nachahmte, halb Cavour».

Aber hat Frantz nicht wenigstens einmal den Versuch gemacht, aus der Stille der Studierstube herauszutreten und in das wirkliche politische Leben einzugreifen? In der Tat: im Jahre 1875 erliess er einen «Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei». In Eisenach versammelte sich die Schar seiner 30 bis 40 Anhänger. Die neue Partei «sollte Bismarck ins Herz treffen». Jetzt konnte das Zauberwort «Föderalismus» wenigstens im kleinsten Kreis seine Kraft erweisen. Aber die Zauberkraft versagte völlig. Dem Einiger Mitteleuropas gelang es nicht, die 30 Anhän-

ger unter einen Hut zu bringen. Verzweifelt schrieb er: «Ich musste mich hinterher wirklich schämen, infolge meiner übergrossen Vertrauensseligkeit, und uneingedenk des alten Spruchs: dass man die Perlen nicht vor die Säue werfen soll, mit solchen Subjekten überhaupt nur in Berührung gekommen zu sein.» Diese Tölpel – seine wenigen Anhänger – hätten sich zu einem «föderativen Apostolat nicht besser geeignet als der Esel zum Lautenschlagen». Er selbst habe von dem «wirklichen Zustand des politischen Bewusstseins in Deutschland» nicht die richtige Vorstellung gehabt – wie er sie ja überhaupt von der Wirklichkeit niemals hatte. Wie viel leichter war es doch, Buch um Buch zu schreiben als Menschen mitzureissen! So gross war seine Empörung, dass er jetzt sogar mit Bismarck sympathisierte: «Mag doch der Reichskanzler das ganze Geschmeiss, welches, ohne irgendeinen eignen Gedanken zu haben, seine Unternehmungen nur zu benörgeln und zu begehren weiss oder Intrigen gegen ihn anzuzetteln sucht, gebührenderweise in den Staub treten, – dazu muss man ihm Glück wünschen.»

In Frantz hat die Zeitkrankheit des Doktrinarismus ihren Gipfel, die völlige Weltblindheit, erreicht. Frantz hasste und bekämpfte nicht nur Bismarck und die Liberalen, die Aktiengesellschaften und die Marxisten, die Juden und die Parlamente, sondern auch so schlichte Dinge wie den Rübenzucker, und zwar gleichfalls aus abstrakten Überlegungen. «Es geht gegen die Natur, dass der Saft, den die Rübe in der Erde entwickelt, durch künstliche Manipulationen jemals ganz dasselbe würde als der Saft des Zuckerrohrs, welchen die tropische Sonne in der freien Luft kocht.» Diese schematische Tüftelei wog bei ihm mehr als das Stück Zucker, das er im Munde hatte.

### III

Was ist zu dem «Frantz-Plan», wenn man ihn einmal ernst nehmen will, zu sagen?

Niemals wären all die Völker, die Frantz beglücken wollte, bereit gewesen, ihre nationale Selbständigkeit aufzugeben. Niemals hätten die

europäischen Grossmächte ein derartiges Machtgebilde entstehen lassen. Sie hätten es nach alter europäischer Tradition gar nicht tun dürfen. Denn die von Frantz angebotene Versicherung, der Bund werde rein defensiv sein, wäre für sie völlig belanglos gewesen. Kein Staat darf sich auf solche Versicherungen verlassen; er muss sich an die Tatsachen halten. Und wenn dieser Bund wirklich so stark gewesen wäre, dass «niemand gewagt hätte, ihn anzugreifen», so war er in den Augen der übrigen Staaten auf dem Wege zur Weltherrschaft; denn wer gegen jeden Angriff durch seine «Vermehrung der Defensiv- und überhaupt der Machtmittel» gesichert ist, ist auch zu jedem Missbrauch der Macht imstande. Wenn der «Bundeskanzler» Frantz seinen Eroberungsfeldzug gegen Russland begonnen hätte, so hätte Frankreich, das ja obendrein aus seinen Schriften wusste, welche pädagogische Lektion ihm bevorstand, gemeinsam mit allen Staaten Europas die Stunde benutzt, um nicht nur diesen Plänen einen Riegel vorzuschieben, sondern von Deutschland soviel abzureissen, wie jeder brauchen konnte. Selbst Frantzens grösster Lobredner hat bezweifelt, ob der «Föderativstaat» gegen Russland Sicherheit geboten hätte.

Unter diesen Umständen braucht man nicht erst zu prüfen, ob diese «confoederatio latissima» handlungsfähig gewesen wäre, ob sie wirklich den Deutschen mehr Sicherheit geboten hätte als das Reich und das Bündnissystem Bismarcks und ob nicht der lose Aufbau des Ganzen ihn zum Spielball der Nachbarn gemacht hätte, welche die Sonderinteressen jedes Teiles ausnutzen konnten, wie sie es 600 Jahre lang – von den Hohenstaufen bis zu Bismarck – mit dem alten Reich gemacht haben. Wirklicher europäischer Föderalismus konnte nicht bestehen in einem überdimensionalen Phantasiebund, der die Aussenpolitik, Wehrmacht und Wirtschaft von 20 Völkern von einer Stelle aus lenken wollte, sondern nur in jenem Bündnissystem Bismarcks, welches jedem Glied jenes Mass von Freiheit beließ, das kein Staat damals preiszugeben bereit war. Nur diese Bündnisse, von denen wir später hören werden, konnten den Deutschen soviel Sicherheit verbürgen, wie in dieser Welt möglich ist.

Constantin Frantz war ein durchaus origineller Kopf und ein sehr gewandter Publizist. Aber das Wesen politischer Begabung ist das Verständnis für das jeweils Mögliche. Von allen Deutschen, die sich mit Politik beschäftigten, ist Frantz daher der unbegabteste gewesen, so wie Bismarck der begabteste von ihnen war. Nur in dieser Beziehung lassen sich Bismarck und Frantz in einem Satz vereinigen. Sonst gibt es zwischen ihnen weder Vergleichsmöglichkeiten noch Berührungspunkte. Denn Bismarck hat zeitlebens in der Wirklichkeit gelebt und Frantz nur in einem Reich der Träume.



## VERSÖHNUNGSPOLITIK

*Ein Regierungsprogramm, das für alle Zeiten passt, kann es nicht geben, weil die Zeiten sich ändern. Es gibt solche, in denen diktatorisch oder reaktionär regiert, und andere, in denen liberal und progressiv verfahren werden muss. Wenn meine Gegner mir vorwerfen, dass ich früher – also unter anderen Umständen – eine andere Politik empfohlen habe, wie jetzt, so ist dies nur ein neues Zeugnis für die Unfähigkeit solcher Prinzipienreiter, welche glauben, jedes Land jederzeit nach demselben Rezepte regieren zu können.*

*Bismarck*

## VERSÖHNUNGSFRIEDE MIT ÖSTERREICH

*Es ist ein wunderbares Gefühl dabei zu sein, wenn die Weltgeschichte um die Ecke biegt. Dass Deutschland eine Zukunft hat und dass diese Zukunft von Preussen bestimmt wird, das ist nicht mehr eine Hoffnung, sondern eine Tatsache, und eine gewaltige für alle Zeiten,*

*Theodor Mommsen*

### I

Der grosse Fallensteller an der Seine hat alles reiflich erwogen. Nur mit einem schnellen, vollständigen Sieg der Preussen hat er nicht gerechnet. Königgrätz – oder wie die Pariser es nennen: Sadowa – ist eine Beleidigung: der französische Waffenruhm ist in den Schatten gestellt, die Vormachtstellung gefährdet, die Machtlosigkeit Deutschlands beendet.

Aber es gibt einen Hoffnungsanker: schon am Tage vor Königgrätz tritt Franz Joseph Venetien an Napoleon ab und bittet ihn, den Frieden mit Italien zu vermitteln. Sogleich erklärt der Franzosenkaiser, er werde den Frieden auch mit Preussen herstellen. Paris flaggt und illuminiert; sein Herrscher ist wieder einmal der Schiedsrichter Europas. Napoleon lässt seine Minister kommen. Sie haben noch nicht die Tür hinter sich geschlossen, da ruft der sonst so phlegmatische Kaiser: «Wir haben Venedig für andere gewonnen, aber den Rhein für uns verloren.»

Aussenminister und Kriegsminister schlagen vor: wir ziehen 80'000 Mann an den Grenzen zusammen und lassen den Preussen und Italienern keinen Zweifel, dass die Trikolore in 8 Tagen über Köln und Turin weht, wenn sie nicht sofort den Kampf einstellen und einen massvollen Frieden schliessen. «Mit allem Feuer» unterstützt sie Eugenie: «Es war eine der grössten Minuten

meines Lebens.» Aber zwei andere Minister stellen einige nüchterne Fragen: Wieviel Mann kann Frankreich, dessen Armee in Mexiko und Algerien ficht, aufstellen? Kann man, halb verfeindet mit Russland und England, Europa durch einen Vormarsch über den Rhein herausfordern? Werden die Italiener nicht sogleich bekanntgeben: zu diesem Krieg hat uns Napoleon veranlasst? Der Kriegsminister stottert verlegen: mehr als 400'000 Mann hat Frankreich nicht kriegsbereit. Aber der Aussenminister Drouyn de Lhuys verzieht keine Miene: «Das ist gleichgültig! Wir brauchen nur die Feldhüter an den Grenzen zu versammeln und uns eine Kriegsanleihe von 500 Millionen bewilligen zu lassen.» Napoleon weicht dem Blick Eugeniens aus: soll man sich wirklich ohne Wagemut in eine waghalsige Diplomatie, ohne Kriegswillen in eine Kriegspolitik stürzen – und das gegen einen Mann, der bestimmt von allen Staatsmännern Europas am schwersten durch einen Bluff einzuschüchtern ist? Hinter dem Rücken seiner Berater widerruft er die schon beschlossene Kriegsvorbereitung und begnügt sich mit zwei vermittelnden Noten an König Wilhelm und Viktor Emanuel.

König Wilhelm betrachtet, seinem Wesen entsprechend, die Vermittlung Napoleons von der militärischen und der moralischen Seite. Er freut sich zunächst, weil der Franzosenkaiser in seinem Telegramm die glänzenden preussischen Siege gerühmt hat. Und er findet es empörend, dass Franz Joseph in Paris Schutz sucht. «Unglaublich!», beginnt der Notizzettel, auf den er sogleich seine – zunächst noch unbestimmten – Wünsche notiert. Am Schluss des Wunschzettels schreibt er: «Oder abschlagen?»

Bismarck ist nicht erstaunt. Einmischung Napoleons: das ist genau das, womit er für diesen Zeitpunkt seit Jahren gerechnet hat. Übermut und Furcht liegen ihm gleich fern. Schon bevor die französische Note kommt, hat einer seiner Feinde, sein Unterstaatssekretär Thile, einem Freunde geschrieben: «Mein Trost in diesem ernsten Momente ist – nächst Gott – der Mut Bismarcks und anderseits seine gänzliche Entferntheit von Berausung durch die grössten Erfolge, worin er vorteil-

haft von unserem Aller gnädigsten ab sticht.» An Johanna schreibt Bismarck: «Weisst Du noch, mein Herz, wie wir vor 19 Jahren auf der Bahn von Prag nach Wien hier durchfuhr'n? Kein Spiegel zeigte die Zukunft. . . Wie wunderbar romantisch sind Gottes Wege. Uns geht es gut, trotz Napoleon. Wenn wir nicht übertrieben in unsern Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu giessen und geltend zu machen, dass wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch 3 Mächten, die uns hassen und neiden. . . . Holen die Österreicher ihre Südmarmee heran, so werden wir sie mit Gottes gnädigem Beistande auch schlagen, das Vertrauen ist allgemein. Unse Leute sind zum Küssen, jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können, und essen verschimmeltes Brot. Es muss doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein.»

Bismarck steht vor schweren Entscheidungen: soll man die Vermittlung Napoleons annehmen oder ablehnen? Soll man den Doppelkampf gegen Wien und Paris wagen? Soll man den Kampf mit Österreich fortsetzen und in Wien einmarschieren oder Franz Joseph einen Waffenstillstand bewilligen? Soll man bei den Friedens Verhandlungen österreichisches Gebiet verlangen oder auf alle Früchte des Sieges verzichten? Soll man den neuen Deutschen Bund auf Norddeutschland begrenzen oder über den Main gehen? Soll man die norddeutschen feindlichen Mittelstaaten – Hannover, Hessen-Kassel, Sachsen – bestehen lassen, verkleinern oder einschmelzen? Soll man die süddeutschen Staaten durch Gebietsabtretung schwächen oder als Verbündete gewinnen? Für die meisten dieser Fragen hat Bismarck keine endgültige Antwort mit Ja oder Nein. Seine Richtung kennt er; sein Programm behält er wieder «unter den Händen». Nur eines weiss er: im eigenen Lager wird er wieder alle gegen sich haben: König, Generale und Parlament. Eine unendlich viel-

gleisige, elastische Politik von grösster Geschmeidigkeit ist notwendig. Selten im Leben ist Bismarck so gross gewesen wie in den folgenden 3 Wochen.

Da ist Napoleons Vermittlung. Bismarck erwägt ruhig: «Wie stark ist die französische Armee, wie stark kann sie in 14 Tagen, in 4 Wochen, in 8 Wochen sein?» Über ihren schlechten Zustand ist er durch den preussischen Militärrattaché leidlich unterrichtet. Aber die Scharlachfahne eines neuen Sieges lockt ihn nicht. Die Vermittlung offen abzuschlagen, wie Wilhelm erwägt, ist unmöglich. Man muss sie annehmen, aber man muss sie gleichzeitig auf verschiedenen Wegen unschädlich machen. Im Nu lässt er zehn Gegenmassnahmen anlaufen. In kleinen böhmischen Bauernhäusern, an wackeligen Küchentischen sitzend, mehrmals das Quartier wechselnd, neben sich auf jeder Seite einen geladenen Revolver: so lenkt er, geplagt von Rheuma und Venenentzündungen, die Geschicke Europas in eine neue Bahn hinüber.

Napoleon erhält ohne das kleinste Zögern eine höfliche Antwort: Preussen nimmt die Vermittlung an. Den Vorschlag eines Waffenstillstands beantwortet Bismarck hinhaltend; beiläufig erwähnt er – um den Schiedsrichter Europas vor Überhebung zu bewahren –, Österreich verhandle auch direkt. Ein bei Napoleon beliebter preussischer Diplomat, Prinz Reuss, wird mit einem Handschreiben des Königs nach Paris gesandt. Der Brief ist sehr liebenswürdig und sehr unbestimmt; er empfiehlt, Napoleon möge einen Bevollmächtigten ins preussische Hauptquartier senden. Damit ist mindestens eine Woche gewonnen. Reuss trifft den Franzosenkaiser «erschüttert, fast gebrochen». Eugenie sieht schon preussische Truppen vor Paris und sagt dem Prinzen: «Ich werde eines Tages als Französin einschlafen und als Preussin aufwachen.»

Nach allen Seiten spielen jetzt Bismarcks Drähte. Italien wird in drohendem Ton auf seine Vertragspflichten hingewiesen. Die «ungarische Legion», die aus Kriegsgefangenen gebildet werden soll, wird wieder gefördert. Mit Bukarest und Belgrad nimmt Bismarck Fühlung. Petersburg beruhigt er durch die Zusicherung, Preussens Kriegsziele seien be-

scheiden. Zugleich nimmt er mit Wien Verbindung auf und bietet die günstigsten Bedingungen, wenn Österreich ohne Vermittler mit Preussen verhandle: Österreich soll unversehrt bleiben und keinen Kreuzer bezahlen; Preussen soll in Norddeutschland freie Hand haben, und Österreich die Vorherrschaft über Süddeutschland erhalten. Aber Wien hofft auf den Vermittler Napoleon und antwortet ablehnend: Preussen solle zunächst offiziell einen Wiener Abgesandten einladen. Wieder ist Habsburg mit Blindheit geschlagen. Vergebens fährt Bismarcks Bote auf dem Rückweg zwei Paar Pferde zuschanden: als er mit seinem lahmen Bescheid wieder bei Bismarck eintrifft, ist Napoleons Vermittlung eine Stunde vorher in Gang gesetzt worden. Gegen Paris ist Bismarck nicht schüchtern: Napoleon soll Sorge tragen, dass Österreich alle Soldaten italienischer Abstammung sofort entlässt, denn durch die Abtretung Venetiens an Frankreich seien diese Leute zu Franzosen geworden. Andernfalls verletze Frankreich seine Neutralität!

Sodann bemüht er sich noch zweimal – über Paris und über London –, Bayern herüberzuziehen. Nochmals bietet er ihm die Vorherrschaft in Süddeutschland. Aber Bayern lehnt ab; es vertraut auf den Schutz Napoleons.

Aber all das genügt Bismarck nicht. Furchtlos spielt er seinen höchsten Trumpf aus: er appelliert an das deutsche Volk. Schon vor 7 Jahren hat er es als Preussens einzigen Verbündeten bezeichnet. Zum Entsetzen seiner erkonservativen Kollegen verlangt er schnelle Einberufung eines Deutschen Reichstags nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht von 1849; er verlangt sofortigen Zusammentritt eines Vorparlaments und eine Sitzung des preussischen Landtags binnen 8 Tagen. Aber hier stößt er auf Widerstand von beiden Seiten: die reaktionären Kollegen in Berlin verschleppen den Gesetzentwurf, und die Fortschrittler erklären, vor der Gründung eines Deutschen Reiches müsse erst der sogenannte «Konflikt» bereinigt werden, also die Frage, ob die Regierung die nur provisorisch bewilligten Heeresausgaben – mit deren Hilfe Preussen die Schlacht von Königgrätz gewonnen und die deutsche Frage gelöst hat – habe ausgeben dürfen. Verzweifelt vermerkt Keudell: «Sie ergreifen die

dargebotene Hand niemals, um an einer Aufgabe, selbst wenn dieselbe ihre eigene ist, mitzuarbeiten, sondern sie sehen in jedem Entgegenkommen der Regierung nur eine Schwäche oder Verlegenheit derselben, die sie auszubeuten suchen, indem sie ihre Forderungen höher stellen.» Bismarck ist davon nicht überrascht.

Nach allen Seiten gewappnet, entwirft Bismarck die Instruktion für seinen Pariser Gesandten Goltz: Österreich könne unversehrt bleiben, müsse aber aus dem Bund ausscheiden. Preussen werde jedoch am Main stehenbleiben und nur einen Norddeutschen Bund gründen; den süddeutschen Staaten werde es ihre Selbständigkeit belassen. Selbstverständlich müsse Italien Venetien erhalten und Preussen Schleswig-Holstein – wenn nötig unter Verzicht auf die dänisch sprechenden Gebiete. In Norddeutschland müssten einige Gebiete preussisch werden; die Höchstforderung sei Hannover, Sachsen, Kurhessen, Oberhessen und Nassau; hierin könne Goltz stufenweise nachgeben. Er finde den Unterschied zwischen Nordbund und Angliederung nicht gross genug, um dafür von Neuem das Schicksal Preussens aufs Spiel zu setzen. Mit seiner Uhrmacherbehutsamkeit erklärt er vorsichtig: Preussen wolle nur soviel nehmen, wie Napoleon ihm zubillige, ohne als Entschädigung deutsches Gebiet zu verlangen. Aber wenn Napoleon trotz dieser Mässigung eine drohende Haltung einnehme, werde Preussen ohne Rücksicht auf Parteistandpunkte eine Nationalbewegung auf Grundlage der Reichsverfassung von 1849 entfesseln. Es ist Bismarcks alte Taktik: ein unerwartet faires Angebot in der einen Hand, aber die andere Hand warnend zur Faust geballt.

Während Bismarck diese Instruktionen entwirft, liest er sie – nach alter Gewohnheit – mit den Augen Napoleons. Er weiss: dem Kaiser geht es im Augenblick um sein Prestige, nicht um die Sache. Zeitlebens hat er gebangt, sein Ansehen bei seinem Volk und damit sein Thron könne ins Wanken kommen. Auch in diesem Augenblick ist für ihn das wichtigste: den Waffenstillstand herbeizuführen, um seine Schiedsrichterrolle vor Europa spielen zu können. Marschieren die Preussen nach Wien

herein, so ist der kaiserliche Friedensvermittler lächerlich vor seinen Franzosen, vor Eugenie und vor Europa. Um einen schnellen Waffenstillstand zu erkaufen, wird er daher zu Opfern bereit sein, namentlich wenn diese Opfer von den deutschen Mittelstaaten gebracht werden, die ihm – mit Ausnahme von Sachsen – gleichgültig sind; was wissen seine Franzosen von Kassel, Wiesbaden und Hannover? In diesem entscheidenden Punkte will ihm Bismarck deshalb entgegenkommen: kein Angriff auf Wien. Ein Einzug der Preussen in die alte Kaiserstadt ist mehr als Napoleons Volkstümlichkeit in Paris aushalten kann – nicht zu reden von der tiefen Wunde im Herzen der Österreicher.

Zum Glück ist er hier mit Moltke einig: man solle nicht die erreichten Erfolge aufs Spiel setzen; man dürfe nicht Rache üben, sondern müsse nur den eigenen Vorteil ins Auge fassen. Roon dagegen neigt zu der Ansicht: «Stehn wir einmal vor Wien, so müssen wir auch hinein.» Die andern Generale wollen dies «Spektakel» erst recht nicht entbehren; auch König Wilhelm will sich und der Armee diesen Triumph nicht versagen. Ironisch erklärt Bismarck: «Wenn die feindliche Armee Wien preisgibt und sich nach Ungarn zurückzieht, müssen wir ihr doch folgen. Überschreiten wir einmal die Donau, so wird es sich empfehlen, ganz auf dem rechten Ufer zusammenzubleiben. . . . Sind wir aber ganz drüben, so verlieren wir die Verbindungen nach rückwärts; es würde dann das geratens- te sein, auf Konstantinopel zu marschieren, ein neues byzantinisches Reich zu gründen und Preussen seinem Schicksal zu überlassen.»

In ihm wirkt der Anblick des Schlachtfelds von Königgrätz nach; er hat später einem hessischen Liberalen, der ihn fragte, warum man den glänzenden Siegeslauf nicht fortgesetzt habe, «plötzlich ernst werdend, ja fast finster aussehend» geantwortet: «Sie haben noch kein Schlachtfeld gesehen! Furcht vor Frankreich war es nicht; wir wären früher am Rhein gewesen als die Franzosen.» Auch ein militärisches Argument hat er für sich: die Cholera verbreitet sich im preussischen Heer; selbst im Quartier des Kronprinzen erkrankten zwei Soldaten.



**II**

Die Generale, auch Prinz Friedrich Karl, sind über Bismarcks Mässigung empört; sie nennen ihn den «Questenberg im Lager»; dieser Hass kann ihn verstimmen, aber nicht beeinflussen. Ein General hat später, als man ihn fragte, wer die militärische Fronde gegen Bismarck bildete, geantwortet: «Es war nicht einer, es waren alle. Wir dachten damals alle so, ich auch.» Bismarck hat später erzählt, die Generale hätten vor ihm ausgespuckt; doch wird diese Einzelheit zu den rednerischen Ausmalungen gehören, mit denen Menschen wie Bismarck im Laufe der Jahre ihre Geschichten auszuschnücken pflegen.

Zahlreiche Briefe aus ganz Preussen verlangen Nordböhmen und Österreich-Schlesien. Selbst Abeken liest Bismarck einen Brief seiner Frau vor, die Heimat vertraue auf seine eiserne Kraft. Dieser Stimmungswandel muss Bismarcks Menschenverachtung von Neuem anfachen. Auch Johanna schreibt an Keudell, es gräme sie, dass wir nicht in Wien einziehen sollten: «Die Jungen zittern und beben, dass Papachen zu säntflich verfahren möchte . . . Übrigens ist mir alles eins, wenn ich nur endlich wüsste, dass Bismarck wieder ganz wohl ist.» Aber Johanna hätte solche Bemerkungen nie an Bismarck selbst geschrieben, und Keudell erzählt seinem Chef nichts davon.

Aber nicht nur bei dem Volk ist die Stimmung von übersteigeter Furcht zu übersteigertem Übermut umgeschlagen, sondern auch einige der liberalen Führer erscheinen plötzlich mit den ausschweifenden Vorschlägen einer jetzt wohlfeilen Kriegsbegeisterung. Roggenbach fordert «ganze Arbeit» und «eine zweite Schlacht», Usedom die Verwerfung des Waffenstillstands und Gustav Freytag den Marsch an den Rhein, «preussische Heeresmassen in Süddeutschland» und Zerschlagung Österreichs. An der Ängstlichkeit Bismarcks – so versichert der Verfasser von «Soll und Haben» – sei dieses «grosse Spiel» gescheitert. Zum Glück sieht Bismarck die Dinge nüchterner. Er will keinen Siegesmarsch an die Seine, kein grosses Spiel, er will Frieden und Versöhnung. Sein

Spiel sieht bescheiden aus. Von Österreich beansprucht er keinen Fussbreit – aus drei guten Gründen. Erstens will er den Krieg schnell beenden; wenn Napoleon oder der Zar eingreifen, können im Nu alle Früchte des Sieges verloren sein. Zweitens wünscht er keine österreichischen Provinzen anzugliedern; in seinen Augen bedeutet die österreichische Monarchie für Deutschland einen gewaltigen Vorteil: 30 Millionen Slaven und Ungarn werden durch 10 Millionen Deutsch-Österreicher nicht nur neutralisiert, sondern vielleicht eines Tages zu Verbündeten. Drittens will er Österreich versöhnen. Schon am Abend von Königgrätz hat er ausgerufen, jetzt müsse man die alte Freundschaft mit Österreich wiederherstellen. Er befiehlt, in der Presse jedem Gerücht zu widersprechen, Preussen verlange die Abtretung von Böhmen und Mähren; Preussen könne keine österreichischen Provinzen brauchen. Aus guten Gründen ist die österreichisch-ungarische Monarchie für Bismarck zeitlebens ein unantastbares Gebilde gewesen.

Auch in einer zweiten Frage entschliesst er sich, dem Willen des deutschen Volkes entgegenzuhandeln und den Weg der Mässigung zu beschreiben: der neue Bundesstaat soll am Main haltmachen. Dies Zugeständnis müsse man Napoleon machen, sonst gefährde man seinen Thron, denn ein einiges Deutschland von den deutschen Alpen bis zum Meer schein dem französischen Volk unerträglich. Napoleons «Rheinpoltik» ist durch die preussischen Siege erledigt; eine «Mainpoltik» will er ihm bewilligen.

Wichtig ist ihm nur: die beiden getrennten Teile Preussens müssen vereinigt werden. Hierfür würden Teile von Hannover und Kurhessen genügen. Aber es scheint ihm gefährlich, diese beiden Staaten zu verkleinern und dadurch mit Preussen zu verfeinden und sie dann bestehen zu lassen. Drei feindliche Mittelstaaten – Hannover, Hessen-Kassel und Sachsen – im Nordbund: das muss ihn handlungsunfähig machen. So will er am liebsten alle 3 Staaten vollständig Preussen einverleiben. Dass durch diesen Schachzug drei Dynastien entthront werden, berührt Bismarck nicht. «In der praktischen Zerstörung geschichtlicher Dynastienlegitimität erwies sich der konservative Preusse als ein stärkerer Revolutionär denn die Verkünder des Gedankens der Volkssouveränität in der Paulskirche.» (Heuss)

### III

Im alten Königsschloss der Tuileries geht Napoleon ruhelos auf und ab und wartet, was seine italienischen und preussischen Freunde auf seinen Waffenstillstandsvorschlag antworten werden. Italien ist ein Geschöpf seiner Laune; nur durch fremde Hilfe – durch Königgrätz – ist es vor Vernichtung bewahrt worden; es erhält das ersehnte Venetien: von ihm kann sein Schöpfer und Gönner erwarten, dass es dankbar die Vermittlung annehmen wird. Aber er hat sich bitter getäuscht.

Das italienische Volk ist über Napoleons Vorschlag empört. Wie, waren die Österreicher nicht völlig besiegt – wenn auch freilich von den Preussen –, war die italienische Armee jetzt nicht imstande, glorreich vorwärts zu marschieren, das geräumte Venetien selbst zu erobern und die Kriegsziele nunmehr zu erweitern: auf Welschtirol, auf Triest, auf Istrien? Und diesen Siegeslauf will der Bonaparte hemmen? «Die Annahme dieser Schenkung Napoleons ist die Revolution in Italien», berichtet Ministerpräsident Ricasoli dem König. «Dieses Schwein!» antwortet Viktor Emanuel. Und als der französische Gesandte ihn darauf hinweist, Venetien sei jetzt französisch, die italienischen Truppen dürften es nicht betreten, erwidert Ricasoli mit dem ganzen Stolz seines Vaterlandes: «Sie haben doch wohl nicht die Absicht, mich einzu schüchtern?» Was soll der Italiener fürchten? Die Österreicher sind im Abmarsch, und Napoleon wird keine Truppen gegen sein Lieblingskind Italien marschieren lassen, nur um die Besetzung Venetiens zu verhindern! Viktor Emanuel ist entschlossen, diesen elenden Waffenstillstand zu verschleppen, der einen mühelosen, aber ruhmreichen Vormarsch unmöglich macht. Sein Schwiegersohn, Prinz Napoleon, Vetter des Franzosenkaisers, empfiehlt, Italien solle ständig die fehlende Zustimmung Preussens, Preussen die fehlende Zustimmung Italiens vorschützen. Bevor eine französische Kommission Venetien für Napoleon «in Besitz nehmen» kann, marschieren die tapferen Söhne Roms, ohne einen Feind zu erblicken, in unaufhaltsamem Vormarsch nach Venedig. Die Pariser

überschütten ihren Kaiser mit Spott: er könne dem Bräutigam nicht den Eintritt in die Brautkammer verwehren.

Um den Waffenstillstand mit Preussen endlich herbeizuführen, sendet Napoleon seinen Berliner Gesandten, Grafen Benedetti, ins preussische Hauptquartier. Bismarck empfängt ihn, verärgert über sein Kommen, aber höflich; sein Sekretär muss das Bett mit Bismarcks Mitarbeiter Keudell teilen. Der kleine korsische Graf ist ein weit härterer Unterhändler als sein Kaiser. Er will Bismarcks Angliederungsplan für Hannover, Kurhessen gar nicht ernst nehmen; man lebe nicht mehr im Zeitalter Friedrichs des Grossen, in dem jeder behalten könne, was ihm passe. Bismarck ist zu höflich, ihm zu erwidern, dass für einen Gesandten Napoleons III. eigentlich als Vergleich die Zeit Napoleons I. passender sei, der jenen Grundsatz weit ausgiebiger angewendet habe. Sachlich zutreffende Belehrungen solcher Art stiften mehr Schaden als Nutzen. Bismarck verbindet stattdessen, wie er es gern tut, Drohung und Lockung. Er droht, er werde dem König den Einzug in Wien empfehlen; er weiss, wie entsetzlich Napoleon dieser Gedanke ist. Aber er erklärt auch, von seinen Höchstforderungen könne er etwas ablassen. Und dann zieht er einen anderen Stein seines Schachspiels: vorsichtig und unverbindlich spielt er auf Belgien an. Benedettis Sekretär erwidert, Bismarck begnüge sich nicht damit, ein neues System in Deutschland zu errichten; er habe offenbar den Ehrgeiz, in Europa Schule zu machen. Dass diese Schule seit Jahrhunderten besteht und dass sie seit Richelieu in französischer Sprache gehalten wird, hat er vergessen. Viele Jahre später hat Bismarck erklärt, Napoleon habe damals nicht genug Courage gehabt. Er hätte Belgien besetzen und als Pfand für das, was kommen konnte, vorläufig behalten sollen. «Wir konnten ihn damals nicht hindern, und dass England ihn angriff, war nicht wahrscheinlich, jedenfalls konnte er's abwarten. Wenn es uns glückte, musste er versuchen, sich Rücken an Rücken mit uns zu stellen und uns zu weiterem Zugreifen zu ermutigen. Aber er ist und bleibt ein Tiefenbacher.» Tatsächlich hätte in diesem einzigen Au-

genblick Napoleon in Belgien vielleicht eine Chance gehabt, Ruhm zu erwerben und seinen Thron zu festigen. Der deutsch-französische Krieg wäre dann vielleicht unterblieben. Dass England hierdurch zum Feind Frankreichs wurde, wäre für Deutschland nur nützlich gewesen.

Napoleon gehört in jenen Tagen sogar noch stärker zu der Gruppe der «Schneider und Handschuhmacher», als Bismarck ahnt. Er ist zerfressen von der Furcht, der Waffenstillstand werde scheitern, Österreich werde zerbrechen und er werde sein mühsam aufgebautes Ansehen in den Augen seines Landes und Europas einbüßen. Sein altes Prostataleiden hat sich verschlimmert; kürzlich ist er in Haus und Bett einer seiner Geliebten bewusstlos geworden. Ständig lallt er: «Wir sind nicht bereit» und gebärdet sich so verzweifelt, dass Eugenie ihm vorschlägt, ihr die Regentschaft zu überlassen. Dem österreichischen Botschafter, Fürsten Metternich, gesteht sie, Napoleon könne weder gehen noch schlafen und kaum essen, er sei nicht fähig, eine Sitzung zu leiten. Sie schreibt ihm, wie eine zur Trennung gezwungene Liebende dem verlassenen Liebhaber schreibt: «Nur das eine kann ich sagen: dass ich traurig bin, aber ich vermag nichts . . . ich bin trostlos und kann nicht länger schreiben. Ach, wenn Ihr sie doch noch ordentlich verhauen könntet.»

So ist Napoleon bereit, Bismarcks Pläne Wort für Wort anzunehmen – vielleicht sogar noch mehr. Denn er lässt gelegentlich die Äusserung fallen, Süddeutschland müsse «wenigstens scheinbar» von Norddeutschland getrennt bleiben – eine Bemerkung von so furchtbarer Selbstentwürdigung, dass ein anderer Verhandler als Goltz hieraus vernichtende Schlüsse über die Widerstandskraft des Kaisers gezogen hätte. Aber all das erfährt Bismarck nicht, und zwar aus einem wunderlichen Grunde: sein Gesandter Graf Goltz macht wieder Politik auf eigene Faust. Er ist gegen die Angliederungen in Norddeutschland, gegen die Begrenzung auf die Mainlinie und für eine Kompensation an Napoleon durch Abtretung kleiner pfälzischer oder hessischer Gebiete an Frankreich. Er ist auch gegen einen zu starken Triumph seines Rivalen Bis-

marck. Zum Glück ist der gebrochene Napoleon preussenfreundlicher als der preussische Gesandte: er verzichtet auf die angebotenen kleinen Abtretungen. Als der Kaiser in seiner Verzweiflung Goltz bittet, er möge einen Entwurf der Friedensbedingungen machen, nützt der Graf diese Chance nicht aus und nimmt die Angliederungen in Norddeutschland nicht in den Entwurf auf.

Aber Bismarck besteht auf den norddeutschen Annexionen. Er versteckt sich hinter dem König – das einzige Mittel, Goltz zum Gehorsam zu bringen – und behauptet, Wilhelm wolle «ganz Norddeutschland» annectieren. Der König werde lieber abdanken, als ohne grösseren Ländererwerb heimkehren; er habe schon den Kronprinzen ins Hauptquartier gerufen. Tatsächlich sind – wie wir noch sehen werden – die Forderungen des Königs zwar in der Tat höher als die Bismarcks, aber in anderer Richtung. Über den pfälzischen Abtretungsvorschlag Goltzens sind König und Ministerpräsident empört. Bismarck hat für den schlimmsten Fall die Abtretung eines kleinen Stücks des Saargebiets ins Auge gefasst, um durch diese Geste Napoleon eine Brücke zu bauen.

#### IV

Unterdessen zittert das preussische Hauptquartier unter den erbitterten Kämpfen zwischen König Wilhelm und Bismarck. Der Monarch sieht das Problem des Friedens anders als sein Ministerpräsident. Es ist für ihn eine Angelegenheit der Moral: die Schuldigen müssen bestraft werden, also in erster Linie Sachsen, denn Beust sei der Haupttreiber zum Krieg gewesen und Österreichs böser Geist. Sachsen soll mindestens Leipzig und Umgebung abtreten. Sodann muss Österreich verkleinert werden, etwa in Österreich-Schlesien oder Nordböhmen. Dass Österreich straflos ausgehen soll, ist in seinen Augen unsinnig. In Norddeutschland sollen einige preussenfeindliche Fürsten zugunsten ihrer Söhne abdanken; auch soll Hannover und Kurhessen einige Gebiete abtreten, um die getrennten Teile Preussens zu verbinden. Diese Staaten

vollständig Preussen einzuverleiben und uralte Herrschergeschlechter zu entthronen, widerspricht seinem dynastischen Gefühl.

Bismarcks Nerven sind angespannt bis zum Zerreißen. Seine Grundgedanken sind unverändert: Österreich schonen, die süddeutschen Staaten selbständig lassen, in Norddeutschland durch kräftige Angliederungen einen lebensfähigen Nordbund schaffen. Aber dieser Plan scheint von zwei Seiten bedroht: Napoleon hat ihn, so mächtig er ist, noch nicht angenommen, und der König verabscheut ihn. Wie immer schlägt sich die Sorge auf seine Gesundheit. «Bin krank», notiert er am 16. und 17. Juli auf russisch in die «Losungen». An Johanna schreibt er, er habe Rheuma im Bein, es sei ein Nervenbankrott; er habe in den letzten 14 Tagen 50 Stunden Schlaf zu wenig gehabt; ein Gummistrumpf habe etwas geholfen. Seinen Kollegen droht er mit Rücktritt. Roon, ungerührt, findet die Erkrankung «unbequem» und den Zustand des Hauptquartiers «etwas kraus».

Der Streit geht zunächst darum: soll man durch milde Bedingungen einen Waffenstillstand mit Österreich zustandebringen oder soll man den gleichzeitigen Krieg mit Frankreich wagen? Roon kann – dank der Heeresreform – erklären, Preussen habe fast 700'000 Mann unter den Waffen und könne mit 200'000 bis 300'000 Mann schneller am Rhein stehen als die Franzosen. Es sei für einen Zweifrontenkrieg stark genug. Die französische Vermittlungswolke für gewitterschwarz zu halten, überlasse er dem Geschlecht derer von Piepmeier. Moltke antwortet mit seiner Lieblingswendung: «Im Krieg ist alles gefährlich»; den Ausgang bezeichnet er als zweifelhaft. Er rät nachzugeben, obwohl Preussen auch bei einem Krieg nach zwei Seiten gute Aussichten habe. Die Kämpfe wären entgiftet worden, wenn Goltz über die günstige Lage in Paris wahrheitsgetreu berichtet hätte.

Schliesslich findet Bismarck eine Formel, die der König annimmt: den Österreichern wird zunächst lediglich eine 5tägige Waffenruhe gewährt; während dieser Zeit soll über einen Vorfrieden verhandelt werden. Napoleon wird gleichzeitig verständigt, dass seine – von Goltz auf-

gesetzten – Bedingungen zwar als Grundlage für eine Waffenruhe, aber nicht für den endgültigen Frieden ausreichend seien.

Um den König zu beeinflussen, ergreift Bismarck eine neue Waffe: er lässt den Kronprinzen ins Hauptquartier bitten. Zwar hat Friedrich Wilhelm einige absurde Ideen – er will z.B. die «lächerlichen Königstitel» von Bayern, Württemberg usw. abschaffen und sie zu Herzögen degradieren – aber im Ganzen ist er doch ein Verfechter der Mässigung und er hat Einfluss auf seinen Vater.

Noch bevor die österreichischen Bevollmächtigten eintreffen, klärt sich die Lage in Paris. Bismarck hat mit seinem Hinweis auf den Willen des Königs das einzig wirksame Mittel ergriffen. «Mit verstörter Miene» erscheint Goltz bei dem französischen Aussenminister, wettet auf «diesen Abenteurer Bismarck», der bald abgewirtschaftet haben werde, und versichert, er billige die Forderungen nicht, die er vorbringen müsse; diese grossen Abtretungen in Norddeutschland seien seinen Ideen entgegengesetzt. Der preussische Hof sei offenbar von seinen Waffenerfolgen berauscht. Er werde um seine Entlassung bitten. Nichts hätte den Widerstand der Franzosen stärker ermutigen können als solche Bemerkungen.

Wäre es nur auf Eugenie und die Minister angekommen, so hätte Frankreich sicherlich abgelehnt. Aber Napoleon denkt nur an sein Prestige, das einen schnellen Waffenstillstand erfordert. Er nimmt sofort die Forderung an, dass Preussen sich in Norddeutschland ein Gebiet mit 3 bis 4 Millionen Einwohnern einverleiben werde; ja er bezeichnet sie sogar ausdrücklich als billig. Mehr noch: er ist einverstanden, dass auch weitere Gebiete einverleibt werden. Diese unverzügliche Zustimmung des Kaisers enthüllt Goltzens Gaukelspiel. Man kann die furchtbare Menschen Verachtung, die Bismarck von Jahr zu Jahr mehr vergiftet, nur verstehen, wenn man sich die Erfahrungen vergegenwärtigt, die er auf allen Seiten gemacht hat. Er spricht jetzt von Goltzens Landesverrat und sagt zu Benedetti, dieses Verhalten gehöre beinahe vor den Strafrichter. Der rothaarige Graf selber tröstet sich über seine Niederlage durch die tollsten Prahlereien. Seinem Bruder, dem Generaladjutanten des Königs,



schreibt er später:»Die Umstände gestatteten es mir, dass ich während des Krieges in zweiter Stelle vermöge einer unerhört glücklichen Campaigne das Zehnfache von dem für Preussen . . . durchsetzte . . . was die Bismarckschen Instruktionen in Anspruch nahmen . . . Der Friede ist mein Werk, nicht das seinige.»

## V

Die Verhandlungen mit den Österreichern verlaufen einfach. Der österreichische Kriegsminister hat sofort nach Königgrätz erklärt: «Am Verlangen des Austritts aus dem Deutschen Bund soll man die Verhandlungen nicht scheitern lassen, die öffentliche Meinung hat sich schon damit vertraut gemacht.» Die Kurse an der Börse sind nach Königgrätz gestiegen, weil man mit Frieden rechnet, und je näher die Preussen kommen, desto höher klettern sie hinauf. Hass empfinden die Österreicher hauptsächlich gegen Italien und Frankreich und erwägen, Venetien an Preussen abzutreten! Franz Joseph, der seine täglichen Briefe an seine Gattin in dieser Zeit mit «Dein armer Kleiner» unterschreibt, ist mit den Bedingungen einverstanden. Nur besteht er als Edelmann auf der Unversehrtheit Sachsens; sein Freund, Kronprinz Albert, habe tapfer mit ihm gefochten und dürfe keinen Schaden erleiden. Er will sogar durchsetzen, dass Sachsen nicht in den Norddeutschen Bund einzutreten brauche. Bismarck erwidert, diese Forderung werde er nur annehmen, wenn die Feinde in Berlin stünden.

Aber so leicht für Bismarck der Kampf mit den Österreichern ist, so schwer ist der Kampf mit dem König. Als die Wiener Herren kommen, umarmt er Bismarck unter Tränen und spricht von dem späten Abendrot seines Alters. Aber als er sich endgültig mit der Unversehrtheit Österreichs und Sachsens und mit der Entthronung in Hannover, Kurhessen und Nassau abfinden soll, sagt er rundum Nein. «Die massgebenden Nervensysteme», schreibt Roon, «sind dermassen überreizt, dass es bald hie, bald da lichterloh zum Dachstübchen hinausbrennt, und jeder Wohlmeinende mit dem Löscheimer herzueilen muss.»

Nochmals bittet Bismarck den Kronprinzen, zu kommen. Als Friedrich Wilhelm ankommt, sagt ihm Moltke, alles sei in der schlimmsten «Bagarre»; der König und Bismarck lehnten es ab, miteinander zu sprechen. Bismarck trifft er am Fenster stehend, während er grade erwägt, ob es nicht das Beste sei, sich hinunterzustürzen. Seinen Vater findet er am Abend in einem unbeleuchteten Zimmer, verbissen in einer Sofaecke sitzend. Nach einer halben Stunde kommt er zu Bismarck zurück und berichtet: «Es hat schwer gehalten; er hat zugestimmt.» Aber er hat nur die Zustimmung zu der Entthronung der Dynastien von Hannover, Kurhessen und Nassau erreicht, nicht zu der Unversehrtheit Österreichs und Sachsens. Am nächsten Tag prallen König Wilhelm, der sich als Verfechter einer höheren Gerechtigkeit empfindet, und Bismarck, der nur das sachlich Unerlässliche haben will, von Neuem aufeinander. Zornig ruft der alte König in Gegenwart des Kronprinzen, Bismarck lasse ihn «vor dem Feind im Stich»; er wolle ihn zu einem «schmachvollen Frieden» überreden. Bismarck bricht in Tränen aus und verlässt das Zimmer.

Am Abend entwirft er eine Denkschrift über die österreichisch-sächsische Frage. Sie beginnt mit dem entscheidenden Satze: «Es scheint mir von der grössten Wichtigkeit, dass der gegenwärtige günstige Augenblick nicht versäumt werde.» Er legt die unsichere Stellung Russlands und Englands dar, stellt alle erreichten Erfolge zusammen und schliesst mit den Worten: «Ich fühle die ganze Verantwortlichkeit gegen Euerer Königliche Majestät für den Rat, welchen ich zu erteilen berufen bin, und habe daher das Bedürfnis, amtlich zu konstatieren, dass, wenn ich auch jede von Euerer Königlichen Majestät befohlene Bedingung in den Verhandlungen pflichtmässig vertreten werde, doch jede Erschwerung des schleunigen Abschlusses mit Österreich behufs Erlangung neben-sächlicher Vorteile gegen meinen ehrfurchtsvollen Antrag und Rat erfolgen würde.» Der König, in der Tiefe seines Herzens sachlich und nüchtern, kann sich diesen Argumenten nicht entziehen und schreibt unter diese Denkschrift: «Wenn trotz dieser pflichtmässigen Vertretung vom Besiegten nicht das zu erlangen ist, was Armee und Land zu erwar-

ten berechtigt sind, d.h. eine starke Kriegskostenentschädigung von Österreich als dem Hauptfeind oder Landerwerb in einigem in die Augen springenden Umfange, ohne das Hauptziel (siehe vorher) zu gefährden, so muss der Sieger an den Toren Wiens in diesen sauren Apfel beißen und der Nachwelt das Gericht dieserhalb überlassen.» Als die Österreicher unterzeichnet haben, umarmt und küsst er unter Tränen erst Bismarck, dann Moltke und Roon und verleiht ihnen die höchsten Orden. Selbst Bismarcks getreuer Helfer, Geheimrat Abeken, meint, seine Vernunft müsse Bismarcks Mässigung bewundern, aber seinem Gefühl widerstrebe sie.

## VI

Wie nötig es war, den Augenblick zu ergreifen, bewährt sich schon einige Stunden später. Während in Nikolsburg der König und Bismarck noch erbittert streiten, liegt in Berlin eine Note des Zaren, die einen europäischen Kongress fordert. Gortschakoff hat schon bald nach Beginn des Krieges auf Anfrage Napoleons ein bewaffnetes Eingreifen in Aussicht stellen wollen, als die Nachricht von Königgrätz eintraf und ihn veranlasste, stattdessen herzliche Glückwunschdepeschen an Bismarck zu senden. Aber er hofft jetzt wenigstens noch, Preussens Siegesrausch würde sich abkühlen, wenn es Frankreich und Russland zugleich auf dem Halse habe. Napoleon jedoch will keinen Kongress; vor seinen Augen gaukeln die Hoffnungen, die Bismarck Benedetti angedeutet hat. So kann Bismarck den russischen Kongressvorschlag mit äusserster Schärfe ablehnen. In einem vom König genehmigten Telegramm teilte er dem nach Petersburg entsandten Sonderbeauftragten, General von Manteuffel, mit: «Ew. Hochwohlgeboren wollen Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber in vorsichtig freundschaftlicher Weise geltend machen, dass es für uns ohne Revolution in Preussen und Deutschland vollständig unmöglich ist, auf die Früchte unserer mit Gefahr unserer Existenz erkämpften Siege zu verzichten oder die Gestaltung Deutschlands

von den Beschlüssen eines Kongresses abhängig zu machen. Der König ist augenblicklich abwesend; ich aber kann Seiner Majestät nur raten, wenn die Einwirkung des Auslandes auf unsere Verhältnisse schärfere Umrisse annehmen sollte, die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder zum Behuf des Widerstandes zu entfesseln.» Der Hinweis auf die angrenzenden Länder ist eine Drohung, wie sie aus dem Munde Bismarcks den Zaren erschüttern muss. Sie kann nur bedeuten, dass Preussen nicht zurückschrecken werde, einen polnischen Aufstand zu entfesseln. Absichtlich hat Bismarck angesichts dieser ungeheuerlichen Bemerkung den König aus dem Spiel gelassen; in Wahrheit hat er den Text genehmigt. Niemand als Bismarck konnte diese Sprache wagen. Der Zar lässt seinen Vorschlag sogleich fallen. Schiedsrichter Europas zu werden wie Katharina oder Nikolaus: dazu fehlt ihm die Härte.

England ist nach Königgrätz preussenfreundlich geworden. Hat man vor einem Monat Bismarcks Angriffslust gebrandmarkt, so bewundert man jetzt seine Erfolge. Dass Franz Joseph Frankreichs Schutz aufgesucht hat, kostet ihm die englische Sympathie. Lord Russell schwärmt plötzlich für Bismarck. In den Friedensbedingungen gibt man Preussen freie Hand. Ärgerlich berichtet der sächsische Gesandte: «Hier ist man jetzt ganz preussisch.» Die Königin tröstet sich damit, dass Albert das alles vorhergesagt habe.

Vollends ihre Tochter Vicky wird noch preussischer als Bismarck. Über jede Vernunft hinausschiessend, schreibt sie: «Ich fühle, dass ich jetzt ebenso stolz bin, Preussin zu sein wie Engländerin. Das ist viel gesagt, da Du weisst, was für ein ‚John Bull‘ ich bin und wie hoch ich meine Heimat schätze. Ich muss sagen, dass die Preussen eine höherstehende Rasse sind, soweit Intelligenz und Menschlichkeit, Erziehung und Herzensgüte in Frage kommen . . . deswegen hasse ich diejenigen umso mehr, welche in Folge ihrer schlechten Regierungstätigkeit und Verwaltung der Nation die Sympathien rauben, die ihr gebühren. ... Weil das Schwert diesen Streit entschieden hat, muss der Sieger den Frieden schliessen, so wie er es will, und die Bedingungen müssen für viele hart

sein! Ich kann und will nicht vergessen, dass ich eine Preussin bin . . . Wir haben ungeheure Opfer gebracht, und die Nation erwartet, dass sie nicht umsonst sind.» Und als ihre Mutter ihr einige Jahre später Vorwürfe macht, König Wilhelm habe Fürsten des Thrones beraubt und ihre Schlösser weggenommen, greift Viktoria zu der bittersten Antwort: «Die Schlösser, in denen wir gewesen sind, waren wir ebensogut berechtigt zu bewohnen, wie Du berechtigt bist, den Kohinoor-Diamanten zu tragen oder die indischen Waffen ins Arsenal von Windsor bringen zu lassen.» Auch die Kandidatur «Fritz Holsteins» ist für das Kronprinzenpaar plötzlich erledigt, obwohl doch die angeblichen rechtlichen und moralischen Argumente durch die Granaten von Königgrätz unmöglich zerstört sein konnten.

## VII

Der endgültige Friede mit Österreich wurde in Prag verhandelt. Bismarck empfahl – wegen der drohenden Einmischung Frankreichs – den preussischen Unterhändlern, in allen untergeordneten Fragen entgegenkommend zu sein. Mit seiner alten Verbindung von Geschmeidigkeit und Härte kam er schnell zum Abschluss. Vorschläge des böhmischen Adels, er möge Böhmen und Mähren als «freies Reichsland zum deutschen Bunde» angliedern, lehnte er rundum ab.

Das österreichische Volk vergass den Krieg rasch. Schon im August sprach man von Versöhnung und Bündnis. Die Neue Freie Presse erklärte, die Österreicher blickten dem abrückenden preussischen Heer ohne Hass und Rachsucht nach. Eine der führenden Wiener Zeitungen, die «Presse», schrieb bald nach Friedensschluss: «Unglaublich, wie rasch wir die Prügel bei Königgrätz vergessen haben. Etwa vierzehn Tage wird es gedauert haben, dass wir tief erschüttert waren.» Kürnberger meinte: «Jetzt ist unser Verhältnis zu Deutschland erst rein, gesund und politisch vernünftig geworden», er empfahl allen Unterlegenen, französische Zeitungen zu lesen: die Eifersucht dieses «noch leidigeren Nebenbuhlers» sei ein Trost. Zwei Jahre später hörte Ranke in Wien kein

feindseliges Wort gegen Preussen. In Berlin forderte zwar der Liberale Gustav Freytag zum «geistigen Boykott» Österreichs auf, aber niemand nahm das ernst.

Auch das Ausscheiden aus dem Deutschen Bund empfanden die Österreicher nicht als Verlust. Ein besonders unverdächtig Zeuge, Beust, berichtet in seinen Erinnerungen: «Während meines unfreiwilligen Wiener Aufenthalts nach Königgrätz und Nikolsburg hatte ich Gelegenheit, manche mich überraschende Wahrnehmung zu machen. Dahin rechne ich auch die Leichtigkeit, fast möchte ich sagen Gleichgültigkeit, womit das Ausscheiden aus dem deutschen Bundesverband dahingenommen wurde. Ja mehr, es gab Stimmen, welche darin ein Glück, die Erlösung von einer lästigen Fessel erblickten.»

Der Eindruck des preussischen Sieges in ganz Europa war unermesslich. In Paris bewunderte man vor allem Bismarck. Ludwig Bamberger, der damals dort lebte, schrieb bald darauf, Bismarck sei hier populärer als einst Cavour: «Das Wort ‚populär‘ ist hier nicht im Sinne der Allbeliebtheit, sondern des Lebens in aller Vorstellung und Mund zu verstehen; in der ironischen und protestierenden Bewunderung, mit welcher der Name Bismarck in Frankreich von Gross und Klein genannt wird, liegt ein umso grösseres Zeugnis des Erfolges, weil es die Spuren der Gewalt an sich trägt, mit der es erst ab getrotzt werden musste. Bei aller sichtbaren Eifersucht auf die Lorbeeren des Krieges wird man ohne Übertreibung annehmen können, dass die staatskluge Überlegenheit des Diplomaten einen noch stärkeren Eindruck bei den Franzosen hinterlassen hat als alle Waffentaten der preussischen Armee.»

## DIE DREI «GASTWIRTSRECHNUNGEN» NAPOLEONS

*In solchen Fällen, wo man uns eklig kommen will,  
zeigt Bismarck sich immer am brilliantesten.*

*Unterstaatssekretär v. Thile*

An dem Tag, an dem in Nikolsburg der Vorfrieden unterzeichnet werden sollte, überreichte Benedetti Napoleons «Gastwirtsrechnung», wie sie Bismarck spöttisch nannte. Der Franzosenkaiser verlangte das Saargebiet, Landau und Luxemburg; zur Entschädigung Hollands, dessen König Grossherzog von Luxemburg war, sollte Preussen notfalls Ostfriesland abtreten. Bismarck hatte an diesem Tag den furchtbaren Streit mit dem König gerade hinter sich und erwartete stündlich die Antwort aus Wien, ob Franz Joseph den Vorfrieden annehme. Trotzdem operierte er mit höchster Meisterschaft: er wehrte den Druck nicht nur ab, sondern wendete ihn entschieden zum Vorteil.

Benedetti hatte vermutlich gehofft, Bismarck werde «Ja» sagen, um nicht die Unterzeichnung des Vorfriedens mit Österreich zu gefährden. Aber Bismarck drehte den Spiess genau um und erklärte: im gegenwärtigen Augenblick könne er dem König diese Vorschläge gar nicht vorlegen. Nur aus Rücksicht auf Napoleon habe König Wilhelm Österreich die milden Bedingungen gemacht. Wenn nun Napoleon trotzdem «Kompensationen» verlange, so falle diese Rücksicht weg. Der König werde dann den Vorfrieden nicht unterzeichnen, sondern seinen alten Lieblingsplan ausführen und in Wien einmarschieren. Benedetti zuckte zusammen: nichts wäre Napoleon widerwärtiger gewesen als dieser Ein-

marsch und der Zusammenbruch des Waffenstillstands. Der «Schiedsrichter Europas» wurde dann zur komischen Figur.

Aber mit der Einschüchterung verband Bismarck nach alter Gewohnheit die Lockung, und obendrein eine Lockung, die wohl überlegt war. Gewiss, der König werde vielleicht zugänglicher sein, wenn er die Siegesfrüchte gepflückt habe. Aber die Abtretung preussischen Gebietes – hier nahm er überlegend eine Karte in die Hand – werde immer schwierig bleiben; sie sei dem König nun einmal verhasst und obendrein brauche man für sie die Zustimmung des Landtags. Möglicherweise werde sich über nichtpreussische Gebiete leichter eine Verständigung erzielen lassen; in unverbindlichen Wendungen erwähnte er die Rheinpfalz, Rheinhessen, Belgien. Er versprach nichts – er konnte ja auch ohne den König nichts versprechen und am wenigsten das Gebiet fremder Fürsten –, aber er erregte, wie schon so oft, in dem Franzosen die schönsten Hoffnungen. Er hatte einen bestimmten Grund: in diesen Tagen betrieb Russland seinen Kongress-Plan. Wenn er jetzt dem Gesandten Napoleons die lieblichen Gefilde des linken Rheinufer und den Reichtum Belgiens an die Wand malte, so konnte er mit Sicherheit damit rechnen, dass Napoleon den Kongress ablehnen würde, denn auf einem Kongress waren solche Trinkgelder nicht auszuhandeln. Hätte Bismarck jene Unterhaltung nur ein wenig anders geführt, so wäre der Friedenskongress vermutlich zustande gekommen und die Einigung Deutschlands vielleicht gescheitert.

Dazu kam ein zweiter Vorteil: je höher die Forderungen waren, zu denen er Napoleon verleitete, desto sicherer konnte er das deutsche Nationalbewusstsein gegen sie ausspielen. Mit wohlersonnener List verstand es Bismarck, in Benedetti eine gläubige Zuversicht zu erzeugen, ohne ihm das kleinste Versprechen zu machen, ja sogar ohne ihm die Schwierigkeiten der Sache zu verschweigen; nämlich, dass König und Landtag zustimmen mussten. Er überliess es dem Scharfsinn Benedettis, zu beurteilen, wie gross unter solchen Umständen die Aussichten Frankreichs waren. Bei einigem Überlegen hätte sich der kleine Korse sagen müssen: noch lag Preussen im Krieg mit Österreich und halb Deutschland; war erst der Friede geschlossen, so konnten Frankreichs Chancen



nur kleiner werden. Aber er erlag Bismarcks persönlichem Einfluss und fand auch: man muss die Sache etwas aufschieben. Seinen Bericht färbte er optimistisch. Er erwähnte die notwendige Zustimmung des Landtags, meinte aber in blindem Eifer, der Landtag werde nichts mehr zu sagen haben. Er empfahl dringend den Aufschub: Bismarck sei im Augenblick der einzige Preusse, der auch unter Gebietsopfern zu einem Bündnis mit Frankreich bereit sei. Den selbstverständlichen Schluss, dass dieser eine Preusse nicht ausreichen werde, um die Wünsche Napoleons zu erfüllen, zog er nicht. Bismarck hat später Benedettis Bericht gelesen; 1870 wurde ein Exemplar mit anderen Akten erbeutet. Er hat daneben geschrieben: «Er hat es also ehrlich geglaubt.» Sein Erstaunen war berechtigt: selbst wenn sich Benedetti den Glauben an Bismarcks guten Willen hatte suggerieren lassen, so hätte er die auch dann noch bestehenden sachlichen Schwierigkeiten nicht übersehen dürfen. Nur die suggestive Kraft der Persönlichkeit Bismarcks kann diesen Grad von Fahrlässigkeit erklären. In der deutschen Presse liess Bismarck sogleich die Uneigennützigkeit Napoleons preisen; er wollte es ihm möglichst schwer machen, von dieser Stellung zurückzutreten.

Wieder einmal spielte der Gegner in Bismarcks Karten. Paris stellte eine ungeheuerliche Forderung: das Saargebiet, Luxemburg, die gesamte Rheinpfalz und Rheinhessen mit der Festung Mainz. Benedetti war entsetzt. Er bat, man möge ihn erst zur Berichterstattung nach Paris kommen lassen. Vergeblich: der Aussenminister Drouyn de Lhuys verlangte sofortige Ausführung des Auftrages. Benedetti wagte nicht, mit solchen Forderungen Bismarck unter die Augen zu treten – ein Beweis, dass Bismarck seine Anspielungen in Nikolsburg offenbar in weit kleinerem Rahmen gehalten hatte. Er schrieb nach Paris, im Hinblick auf das Temperament des preussischen Ministerpräsidenten werde er ihm diese Forderungen zunächst schriftlich übermitteln.

Noch am Abend des gleichen Tages, obwohl ein Sonntag, bat Bismarck den Gesandten Napoleons zu sich. Er empfing ihn mit betonter Höflichkeit und einer geschichtlichen Darlegung.

Niemals – abgesehen von den 10 Jahren nach der Französischen Revolution – habe Frankreich diese Gebiete besessen. Namentlich Mainz bedeute die strategische Beherrschung Süddeutschlands. Unter keinen Umständen könne er eine deutsche Bevölkerung zwingen, französisch zu werden. Preussen müsse, wenn Frankreich bei dieser Forderung beharre, «andere Kombinationen ins Auge fassen»; offenbar dachte er an die Erneuerung der Heiligen Allianz von 1815. Aber Benedetti blieb seiner Instruktion gemäss hart. Er drohte im Falle der Ablehnung nicht mit Krieg, aber mit «dauernder Verstimmung»; sie konnte im geeigneten Augenblick der Ausgangspunkt eines Krieges werden. Aber sein Ton war nicht ultimativ – wie Bismarck 5 Jahre später im Reichstag behauptet hat –, vielmehr sprachen beide Herren nach Benedettis Bericht «geradezu herzlich». Bismarck wählte diesen Ton absichtlich: er wollte die Tür nicht zuschlagen; seine Antwort sei eine Ablehnung des französischen Entwurfs «in der vorgelegten Fassung». Wieder erwähnte er beiläufig Belgien und Luxemburg.

Die Lage war kritisch. Auch wenn Benedetti kein Ultimatum stellte, so stand man doch am Rand eines Krieges mit Frankreich. Würde dann nicht der Krieg mit Österreich wieder aufleben? Sogleich traf Bismarck nach allen Seiten seine Massnahmen: Moltke musste den Plan für einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Österreich entwerfen; er sah lediglich eine starke Verteidigung in Böhmen und am Rhein vor; als Angriff könne man diesen Krieg nicht führen. Man brauche ihn nicht zu scheuen, aber auch ein nicht überall glücklicher Ausgang sei möglich. Die Friedens Verhandlungen mit Österreich und den süddeutschen Staaten wurden beschleunigt. Mit Italien nahm er dichtere Fühlung. Zum Glück waren die Beziehungen zu England freundschaftlich. Auch auf den englischen Botschafter übte Bismarck eine magische Wirkung aus, die den Briten zwang, die Dinge mit Bismarcks Augen zu sehen.

Dem Grafen Benedetti erklärte Bismarck, Preussen werde notfalls mit Österreich um jeden Preis Frieden schliessen und gemeinsam mit ihm, 800'000 Mann stark, gegen Frankreich marschieren und ihm das Elsass

abnehmen. «Wir sind gerüstet, ihr nicht». Als Benedetti davon sprach, dass die Dynastie Napoleons gefährdet sei, wenn er keine Erfolge aufweise, erklärte Bismarck, während eines Krieges seien revolutionäre Stöße noch wahrscheinlicher; der deutsche Thron sei dagegen stärker gesichert als der Bonapartes. Er drohte Benedetti auch, Preussen werde «einen neuen Vertrag mit Italien» schliessen, der «weitere Ziele stecke»; das hiess mit anderen Worten: Preussen werde Italien notfalls zu einem Angriff auf Rom ermutigen. Benedetti reiste mit den Worten ab: «Sie werden es bereuen.»

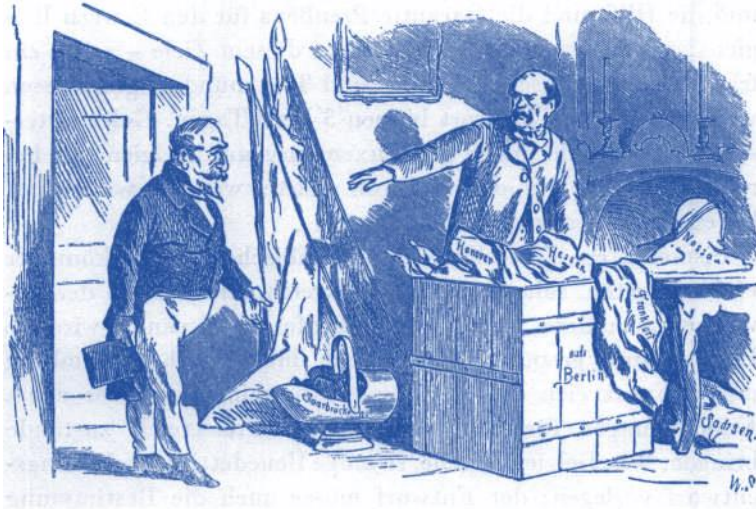
An Goltz ging eine ausführliche Note, ganz auf die Stimmung des Kaisers berechnet. Sie zeigte Napoleon die Gefahren, die seine Forderung in sich schloss. Er kompromittiere seine eigene gegenwärtig so glänzende Stellung. Eine Machtverstärkung Preussens sei für Frankreich keine Gefährdung, sondern ein Vorteil. Die von Frankreich geforderte Abtretung müsse Preussen um sein Ansehen in Deutschland bringen und Napoleon um das Vertrauen, das Preussen bisher zu ihm gehabt habe.

Die Drohungen und Lockungen dieser Note sind an Napoleon schwerlich abgeprallt. Aber noch mehr musste ihn ein anderer Schachzug Bismarcks beunruhigen: General Manteuffel reiste nach Petersburg. In Wahrheit war diese Reise schon vorher geplant. Sie sollte nur dazu dienen, den Zaren mit den innerdeutschen Verschiebungen auszusöhnen. Bismarck teilte diesen Zusammenhang Napoleon auch mit. Aber gerade diese beruhigende Erläuterung musste Napoleon doppelt misstrauisch machen: sicherlich sollte Manteuffel ein Bündnis mit Russland gegen Frankreich zustande bringen.

Bismarck spielte noch einen anderen Trumpf aus. Er hatte kurz vor dem Kriegsausbruch, 1866, das Herz des französischen Journalisten Vibert gewonnen. Ihm vertraute er durch Keudell die französischen Forderungen an, und die Pariser Zeitung «Siècle» brachte die Enthüllung. Ein Strom der Empörung rauschte durch Deutschland und Europa. Selbstverständlich dementierte Bismarck pflichtgemäss die Meldung des Siècle, aber niemand schenkte dem Dementi Glauben.

Bismarcks vielfältiges Gegenspiel traf Napoleon empfindlich. Als Benedetti nach Paris kam, fand er eine völlig veränderte Stimmung vor.

Obendrein hatte Marschall Mac Mahon dem Kaiser rundum erklärt, Frankreich könne zur Zeit keinen Krieg gegen Preussen führen. 70'000 Mann seien durch den Aufstand in Algier, 30'000 durch Mexiko festgehalten. Aus Geldmangel habe man die Mannschaftszahl herabgesetzt und die Ausrüstung vernachlässigt. Sogleich fiel Napoleon um. Er erklärte Goltz, es handle sich um ein Missverständnis. Während seiner schweren Krankheit habe sein Aussenminister ohne eindeutige Zustimmung des Kaisers Forderungen erhoben, die er nicht billige. Preussen



Napoleon: Ich wollte Ihnen nur zu der schönen Erbschaft gratulieren und sehen, ob nicht eine Kleinigkeit für mich –

Bismarck: Ach was! Hier wird nichts gegeben!

(Kladderadatsch)

möge diese Forderungen als nicht erfolgt betrachten. Die Darstellung war – wie sich aus den Akten ergibt – erfunden. Napoleon hatte die Forderungen selbst gelesen, verbessert und ergänzt. Bismarck verkannte auch nicht, dass die Gewitterwolken weiterzogen, aber nicht verschwunden waren.

## II

Die «zweite Gastwirtsrechnung» war zurückgezogen, die dritte liess nicht lange auf sich warten. Es war ein Plan, der – wie es in einer internen französischen Denkschrift mit verblüffender Formulierung hiess – den «doppelten Vorteil» hatte, dass er «Preussen kompromittiere» und ihm ein Pfand für die Lauterkeit der Politik des Kaisers sei. Es war eine wunderliche Lauterkeit, die den künftigen Bundesgenossen kompromittieren wollte. Benedetti verlangte jetzt das Saargebiet, Luxemburg und die Hilfe und die Garantie Preussens für den Erwerb Belgiens; zu diesem Ziele – und nur zu diesem Ziele – sollte ein französisch-preussisches Schutz- und Trutzbündnis geschlossen werden. Er erbat Antwort binnen 3 bis 4 Tagen. Goltz unterstützte die Forderungen auf Luxemburg und Belgien mit beredten Worten: Napoleons Thron wanke, wenn er wieder mit leeren Händen abziehen müsse.

Bismarck erwiderte Benedetti, preussische Gebiete könne er nicht abtreten, solange nicht Frankreich den Wunsch der Bewohner nach dieser Abtretung wahrufe; der Gesandte wird die Ironie kaum gespürt haben. Auch hinsichtlich Luxemburg müsse Frankreich die Sache selbst betreiben und vor allem Kundgebungen für den Anschluss an Frankreich zustande bringen. Was Belgien angehe, so möge Benedetti einen Vertragsentwurf vorlegen; der Entwurf müsse auch die Bestimmung enthalten, dass Frankreich dem Anschluss der süddeutschen Staaten an den Nordbund keine Schwierigkeiten mehr mache. Diese Bemerkung war Bismarck ernst. Sein Hauptziel war, Deutschland ohne Krieg mit Frankreich zu einigen. Wenn Frankreich dieses Recht des deutschen Volkes anerkannte, so war er bereit, ihm durch wohlwollende Neutralität zu einer Machterweiterung im französischen Sprachgebiet zu verhelfen. Mehr als wohlwollende Neutralität wollte er aber hierfür nicht gewähren; er hatte ja 1866 von Frankreich auch nur Neutralität verlangt. Aber auch ein Bündnis mit Frankreich hatte für ihn selbst nichts Abschre-

ckendes, jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen: es musste ein langfristiger, zur Verteidigung bestimmter Bund sein und nicht – wie Napoleon offenbar beabsichtigte – eine einmalige Erwerbsgenossenschaft, die den Franzosen Belgien verschaffen sollte. Obendrein konnte ihm ein Vorschlag Benedettis schriftliche Unterlagen für Frankreichs Ausdehnungsdrang verschaffen. Benedetti setzte den Entwurf mit eigener Hand auf, liess ihn in Paris durchsehen und ergänzen und übergab ihn Bismarck; er sollte noch einmal eine grosse Rolle spielen. Aber König Wilhelm wollte keine Zugeständnisse an Frankreich. Er überschätzte unter dem Einfluss seines badischen Schwiegersohnes die süddeutsche Begeisterung für den Nordbund und hoffte, diese Begeisterung werde Napoleon, der ja stets für das «Nationalitätsprinzip» eingetreten sei, zwingen, sich ohne jede Gegenleistung mit dem Eintritt der Süddeutschen abzufinden. Er glaubte im Ernst, dass solche Prinzipien in der Politik eine Rolle spielten. Von seinem eigenen Wesen ausgehend, hatte er eine falsche Vorstellung von dem Schwergewicht idealer Kräfte im Leben der Staaten.

So erhielt Napoleon auf Benedettis Entwurf eine höfliche, aber unbestimmte Antwort; Preussen werde sich gegenüber einer Ausdehnung im französischen Sprachgebiet wohlwollend neutral verhalten und bei Schwierigkeiten zu Verabredungen gern die Hand bieten. Napoleon war tief enttäuscht und versuchte jetzt die Verhandlungen nach anderer Richtung auszunützen: er liess England und Russland wissen, Preussen habe Napoleon geraten, seine Entschädigung in Belgien zu suchen; entrüstet habe er diesen Vorschlag zurückgewiesen. Auch im Haag und in Brüssel stellte Napoleon Preussen als den Versucher dar. Bismarck erfuhr es; es regte ihn nicht auf, er hatte diesen Gegenschachzug erwartet. Bald darauf erkrankte Bismarck schwer, und die Verhandlungen versandeten für lange Monate.

## BÜNDNISSE MIT DEN SÜDDEUTSCHEN

*In der verächtlichen Zeit, da niemand zu handeln vermochte, Scheinet der einzige Mensch, welcher doch handelte, gross; Weil charakterlos wir und schlaff sind, zeigt der eine, Der sie gewaget, die Tat, dass es Charakter noch gibt,*

*Friedrich Theodor Vischer*

Der Krieg gegen die Bundesarmee hatte bewiesen, dass der Bund lebensunfähig war. Die Friedens Verhandlungen bewiesen, dass man mit friedlichen Mitteln ihn niemals hätte beseitigen können. Denn die Mittelstaaten taten sämtlich, was deutsche Tradition war: sie baten das Ausland um Hilfe. Aber sie merkten bald, dass sie das seit Jahrhunderten bewährte Spiel mit Bismarck nicht spielen konnten. Der bayerische Ministerpräsident Pfordten wurde in Nikolsburg mit den Worten empfangen: «Wissen Sie, dass ich Sie als Kriegsgefangenen verhaften lassen könnte?» Bismarck – sonst im diplomatischen Verkehr für seine ausgesuchte Höflichkeit berühmt – verlangte in schroffem Ton Gebietsabtretungen. Die Verhändler waren froh, zunächst wenigstens einen knapp bemessenen Waffenstillstand zu erhalten.

Aber der Ton änderte sich, sobald der Vorfriede von Nikolsburg die Lage entspannt und die Einschüchterung unnötig gemacht hatte. Als Sieger war Bismarck stets versöhnlich. Der Liberale Baumgarten wunderte sich, dass solche «giftige Schürer des Vertilgungskampfes gegen Preussen» wie Varnbüler oder Dalwigk überhaupt mit Bismarck zu verhandeln wagten. Aber persönliche Empfindlichkeit lag Bismarck weitentfern. Er empfing Varnbüler, der Preussen das «Wehe dem Besiegten» zugerufen hatte, «mit studentischer Herzlichkeit». Sie einigten sich in wenigen Stunden. Die von Varnbüler gewünschte Aufnahme Württembergs in den Nordbund musste Bismarck ablehnen, denn Napoleon hatte

ausbedungen, die Südstaaten sollten einen «international unabhängigen Südbund» bilden. Aber Napoleon hatte versäumt, die Zustimmung der süddeutschen Staaten für dieses Geschenk einzuholen. Als Varnbüler fragte, ob Württemberg denn in den Südbund eintreten müsse, bestätigte ihm Bismarck mit Behagen, die Südstaaten seien zum Eintritt in den Südbund nur berechtigt, aber nicht verpflichtet. Nun dachten Württemberg, Baden und Hessen nicht daran, sich Bayern unterzuordnen und in dies «Winkeldeutschland» einzutreten. Auch diese Seifenblase napoleonischer Träume verschwand im Nichts. Gebietsansprüche gegen Württemberg erhob Bismarck nur einen Augenblick lang; er war sogleich bereit, auf sie zu verzichten, wenn Württemberg mit Preussen ein Schutz- und Trutzbündnis gegen äussere Feinde schliesse. Ausdrücklich hatte der grosse Träumer an der Seine dem Südbund die Freiheit internationaler Allianzen vorbehalten; dass die süddeutschen Staaten noch vor Kriegsschluss eine Allianz mit dem Kriegsgegner Preussen statt mit Frankreich abschliessen würden, hatte er nicht gehaut. Genau so schnell ging es mit Baden.

Schwieriger stand es mit Hessen-Darmstadt. Immer wieder erbat der Grossherzog die Hilfe Napoleons. Der hessische und der bayerische Gesandte liefen dem französischen Aussenminister die Tür ein. Drouyn de Lhuys rutschte auf seinem Stuhl hin und her. Gerade in diesen Tagen hatte er Bismarck angeboten: «Überlassen Sie uns Rheinhessen und die bayerische Rheinpfalz, und wir geben Ihnen freie Hand in Süddeutschland.» Sollte er den beiden Bittstellern, die seine Hilfe erflehten, eingestehen, dass er und nicht Bismarck ihnen einen Teil ihrer Länder wegnehmen wollte? Das war nicht gut möglich. So erging er sich in unbestimmten Redensarten, sprach gleisnerisch von den «finsternen Schatten», die über der Zukunft der Südstaaten lägen, und empfahl den Eintritt in den Südbund. Dass die «finsternen Schatten» nur in seinen eigenen begierlichen Absichten bestanden, erwähnte er nicht. Der Südbund hätte – wenn Bismarck das französische Angebot annahm – schon in seiner Geburtsstunde die Probe erlebt, welch einen Segen seine «internationale Unabhängigkeit» bedeutete. Es gehört zu der «sublimen Ironie» der Ge-



schichte, dass Bayern und Hessen in einem Augenblick, in dem Frankreich die Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz verlangte, sogar den Vorschlag Bismarcks, Mainz durch preussische Truppen zu besetzen, ablehnten und stattdessen in Paris um Hilfe flehten. Die Politik ist unvermeidlich ein Gebiet der Unaufrichtigkeit. Aber sie kennt kaum eine zweite Komödie von solcher Verlogenheit wie jene Unterhaltungen, in der die nichts ahnenden Opfer den Räuber baten, ihnen edelmütig gegen den Gendarmen zu helfen.

König Wilhelm wollte die Provinz Oberhessen Preussen einverleiben. Aber Bismarcks Karlsbader und Gasteiner Tanzpartnerin, die Grossfürstin Helene, überredete ihn auf Bismarcks Bitte, auf dies Gebiet zu verzichten. Hessen trat für diese Provinz in den Nordbund ein.

Am schwierigsten war die Einigung mit Bayern. König Wilhelm wollte unter allen Umständen Bayern «bestrafen»; sein moralisches Empfinden war in diesem Fall besonders scharf ausgeprägt, weil er die einst hohenzollerischen Markgrafschaften Bayreuth und Ansbach gern wieder preussisch gesehen hätte. Bayern sollte 1 Million Einwohner abtreten und 20 Millionen Taler zahlen. Angesichts der milden Behandlung von Württemberg, Baden und Hessen bezeichnete Pfordten diese Forderungen als ungerecht. Bismarck erwiderte schnöde: «Die Herrscher von Württemberg und Hessen haben den Zaren als Schwager; der Grossherzog von Baden hat den König von Preussen als Schwiegervater; Bayern hat keinen Beschützer, also müssen Sie für die andern mitzahlen.»

Pfordten empfahl seinem König, im schlimmsten Fall alles anzunehmen, denn Bayern könne den Krieg nicht fortsetzen. Da fand er plötzlich in der Tasche seines Mantels einen Zettel: «Empfehlung, statt aller Gebietsabtretung Kontribution von 25 Millionen Gulden und Bündnis gegen das Ausland anzubieten. Dieses Billett zu vernichten, bittet ein Freund.» Der bayerische Minister zweifelte nicht, dass der Zettel von Bismarck herrührte und machte in der nächsten Sitzung dieses Angebot. Bismarck sagte Pfordten sofort offen, er sei durchaus für eine derartige Lösung und gegen die von seinem König gewünschte Vermengung von

Moral und Staatskunst. Er habe Politik zu treiben, nicht persönlichen Gefühlen und Familienerinnerungen Rechnung zu tragen; auch liege ihm nicht ob, die Rolle der Nemesis für die gegen Preussen begangenen Sünden zu übernehmen<sup>1</sup>; für solche Fragen möge sich der König an seinen Kultusminister wenden. Pfordten fiel ihm schluchzend um den Hals. Die beiden einigten sich jetzt rasch, und es gelang Bismarck, die Zustimmung des Königs zu erwirken. Auch hier hatte er einen Weg gefunden, der den dynastischen Empfindungen Wilhelms entsprach: König Ludwig überliess König Wilhelm den Mitbesitz an dem alten hohenzollernschen Burggrafenschloss in Nürnberg. Bismarcks Feind und Unterstaatssekretär Thile bezeugte, die süddeutschen Verhändler seien von Bismarck bezaubert. Bismarck – eben noch Gegner im Bruderkrieg – erhielt den höchsten bayerischen Orden.

Auf Wunsch der Kronprinzessin verschaffte Bismarck ihrem «Onkel Ernst», dem Koburger Schützenherzog, den Wald von Schmalkalden. «Ich dachte, wenn ichs täte, so würde sie dafür dankbar sein und eine bessere Ansicht von unsrer letzten Politik kriegen. Aber kaum hatte der den Wald, so war sie ganz wie vorher.»

Fast wäre schliesslich die Neugliederung Deutschlands am Einspruch des Zaren gescheitert. Alexander hatte grundsätzliche Bedenken gegen die Entthronung alter Dynastien. Aber Bismarck wich auch vor seinem Freund, dem Zaren, nicht zurück. Er gab Manteuffel, der in Petersburg weilte, sofort die schärfsten Instruktionen: hinsichtlich Württembergs und Hessens habe er auf Russland Rücksicht genommen. Wenn das dem Zaren nicht genüge, so werde er mit diesen seinen Schwägern schärfer verfahren. Druck des Auslands werde ihn lediglich zur Proklamierung der Verfassung von 1849 treiben. «Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.» Wenn Russland mehr verlange als «höfliche Begrüssung» – ein diplomatischer abschätziger Ausdruck für eine rein formelle Verständigung –, so halte Preussen einfach an seinem ursprünglichen Programm fest. «Bedenken können wir nicht berücksichtigen.» Aber er stiess auf den Widerstand des Königs.

Wilhelm entwarf einen verwickelten Plan, wie die entthronten Fürsten doch noch Restgebiete erhalten sollten. Bismarck sagte rundum: «Nein.» Die Angliederung von Hannover, Hessen-Kassel und Nassau wurde durchgeführt.

In Petersburg durfte Manteuffel zusichern, Preussen habe nichts dagegen einzuwenden, wenn Russland die Klausel aufheben wolle, mit der die Westmächte Russland nach dem Krimkrieg verboten hatten, im Schwarzen Meer Kriegsschiffe zu halten. Der Zar war befriedigt; es blieb kein Stachel.

## DIE KRIEGSSCHULDFRAGE VON 1866

*Die Vorstellung von dem unversöhnlichen  
Preussen, das das Messer für die österreichische  
Gurgel wetzt, ist im Schwinden begriffen.*

*J. P. Gooch  
(Studies in Modern History)*

Der alte Deutsche Bund war keine sichere Heimstätte. Das Mittelvolk der Christenheit war das einzige europäische Kulturvolk, das keinen eigenen Staat, sondern nur einen handlungsunfähigen Bund besass, der – nach Ansicht Europas – unter europäischer Vormundschaft stand. Dieser Bund bedeutete einen machtleeren Raum in der Mitte des Erdteils. Dieses Vakuum hat viele europäische Kriege erzeugt. Der Anachronismus der 33 deutschen Kleinstaaten behinderte die Wirtschaft. Die Handlungsunfähigkeit des Bundes schloss Deutschland von der Überseepolitik aus. Die Kleinfürsten kämpften um ihre internationale Selbständigkeit. Aber diese Hoffnung war sinnlos. Ein Verfechter der international selbständigen deutschen Mittelstaaten, Vitzthum v. Eckstädt, zitiert selbst das Wort Rankes: «Wer sich nicht selbst zu schützen vermag, erklärt sich insofern unfähig, die volle Souveränität zu besitzen, und muss einen Teil davon demjenigen abtreten, der ihm Schutz und Schirm gewährt.» Man konnte den Bund nicht reformieren, ohne ihn zu zertrümmern. «Fünfzig Friedensjahre haben gezeigt, dass bei dem unpraktischen, immer nur auf die Phrase hinauslaufenden Sinn der Deutschen es zu einer Einigung auf dem Wege friedlicher Verständigung niemals kommen wird» (Moltke). Man musste ein neues Gebilde schaffen.

Bismarcks Ziel war: Norddeutschland unter Preussens Führung zu einem Bunde zu einigen; wenn dies friedlich möglich war, so war er bereit, auf Annexionen zu verzichten. Franz Josephs Ziel war: die Vorherrschaft Österreichs über ganz Deutschland zu behalten; in den letzten Monaten steigerte sich sein Ziel dahin, diese Vorherrschaft zu sichern, indem er Preussen niederrang und verkleinerte. Beide waren entschlossen, lieber einen Krieg zu führen, als auf ihre Ziele zu verzichten.

Bismarck hat zunächst den Versuch gemacht, das Problem im Einvernehmen mit Österreich zu lösen. Er hat die preussischen Ziele weit unter das Mass heruntergeschraubt, das die Liberalen wünschten. Er wollte sich mit der Führung Norddeutschlands begnügen und zunächst sogar nur den Oberbefehl beanspruchen; sicherlich hätte er auch auf diesem Weg durch ein gemeinsames Parlament allmählich ein Gebilde wie den Norddeutschen Bund hergestellt. Er hoffte, Österreichs Zustimmung durch den preussisch-italienischen Flankendruck zu erringen. Wäre es ihm gelungen, Bayern zu gewinnen – und er war hart daran – und durch Bayern die anderen Mittelstaaten, so hätte Franz Joseph vielleicht die «dualistische Lösung», das zweiköpfige Deutschland, bewilligt. Bismarcks Kampf für eine friedliche Lösung war keine Utopie. Es gehörte zu seinen erstaunlichen Fähigkeiten, sich nebeneinander zwei völlig verschiedene Wege offenhalten zu können. Aber, wie Ranke 1854 schrieb: mit dem guten Willen Österreichs kam Preussen nie aus seiner Lage heraus.

Der Zustand, den Franz Joseph auch um den Preis eines Krieges erhalten wollte, war unhaltbar. Er war auch deshalb unhaltbar, weil er in seinem Schosse schlimmere Kriege barg als den von 1866. Hätte Deutschland in der Form des Deutschen Bundes weiterbestehen müssen, so wäre es bei den grossen Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte Kriegsschauplatz, gepresster Bundesgenosse und Gegenstand internationaler Kompensation geworden. Der Verzicht auf grosse Politik schützt nicht vor ihren Folgen. Im Gegenteil, er macht das verzichtende Volk zum Spielball der andern. Der Weg, der Königgrätz vermied, führte zu neuen Schlachtfeldern von Austerlitz und Jena, von Lützen und

Fehrbellin, von Höchstädt und Malplaquet. Dass die Neuordnung Deutschlands keinen Aufschub duldete und dass sie von Preussen aufgegriffen werden musste, falls Österreich immer noch zögerte, haben selbst die unerbittlichsten Kritiker Bismarcks zugegeben.

Welche andere Lösung gab es? Die Hoffnung der Liberalen, die deutsche Einheit durch «moralische Eroberungen» herzustellen, war nicht von dieser Welt. Die Gegner dieser Einigung – die europäischen Grossmächte, die deutschen Fürsten, der deutsche Partikularismus – waren auf diesem Wege nicht zu überwinden, und auch das österreichische Problem war nicht mit Hilfe der «öffentlichen Meinung» zu lösen. Selbst Bismarck hat den begreiflichen Widerstand der Grossmächte gegen eine Einigung Deutschlands nur mit knapper Not überspielt. Einer liberalen Einigung Deutschlands hätte vor allem Russland seinen Widerstand genau so entgegengesetzt wie 1849. Auch Napoleon III. hätte den unberechenbaren Gewalten, die aus der Verbindung von Demokratie und Nationalismus zu entspringen pflegen, nie den Weg freigeben können. Alle Grossmächte hätten auf Grund alter Erfahrungen das Abgleiten einer liberalen Regierung nach links gefürchtet – auch England, das denn auch Bismarck vor dem allgemeinen Wahlrecht gewarnt hat. Die Möglichkeiten, die ein liberales Regime damals mit den gegebenen Menschen und den gegebenen Verhältnissen hatte, sind in den Mittelstaaten erprobt worden. Auf den beiden für die Einigung entscheidenden Gebieten haben diese Regierungen versagt: sie haben keinen Staatsmann von Rang hervorgebracht und sie haben ihre Heere verlottern lassen. Alle jene liberalen Hoffnungen beruhten im Grunde auf dem – an sich ansprechenden – Gedanken, man könne Menschen durch gute Beweisgründe aus einer Machtposition herausargumentieren – ein Satz, der nicht einmal zuträfe, wenn die Staaten von Philosophen geleitet würden. Wenn der Historiker in dem stillen Frieden seiner Studierstube niederschreibt, die Liberalen hätten das Deutsche Reich ohne machiavellistische Methoden gegründet, weil sie «mehr Vertrauen in die Welt besaßen», so hat dieser Glaube an die sieghafte Macht der Vernunft etwas Ergreifendes. Aber

mit der Wirklichkeit haben solche Überlegungen überhaupt nichts zu tun. Das Reich konnte nur geschaffen werden unter wohlwollender Neutralität Russlands, und grade diese Voraussetzung konnte die Linke nicht schaffen. Dieser Satz ist nicht abstrakt errechnet, sondern 1849/50 praktisch erprobt worden. Die liberale Kreuzzugs-idee eines Tendenzkrieges gegen Russland, die sentimentale Nibelungentreue der Grossdeutschen für Österreich – möglichst mit Habsburgs schwarz-gelben Fahnen über Mailand und Venedig: diese missionarische Weltblindheit hätte Deutschland in blutige und obendrein verlorene Kriege gestürzt.

Es hat niemals eine «grossdeutsche Lösung» gegeben. Sie wäre nur möglich gewesen, wenn die Slaven und Ungarn der Habsburger Monarchie in dieses Reich mit eingetreten wären – und das wiesen sie selbstverständlich weit von sich – oder wenn Habsburg in eine «Zerlegung» seiner Monarchie gewilligt hätte – aber das hat Wien stets rundum abgelehnt. Die sogenannte Grossdeutsche Lösung «verlangte den Verzicht auf die Staatwerdung Deutschlands und damit auf wahre Einheit und politische Gleichberechtigung neben den andern Völkern Europas.» (Hartung). Man muss dieser Tatsache ins Gesicht schauen. «Keine nachträgliche Idealkonstruktion kann an dem Fazit etwas ändern, das die Geschichte der Jahre 1848 bis 1850 selbst gezogen hat: Es gab keine grossdeutsche Lösung der deutschen Frage, die im Sinne des damaligen Aufstrebens deutscher Nation zu neuer Macht und Geltung in Europa wirklich befriedigen konnte, weder eine praktische noch eine theoretische, solange der Habsburgerstaat noch nicht zerfallen oder zertrümmert war.» (Gerhard Ritter).

## II

Aber wäre nicht ein anderer Weg möglich gewesen? Hätte Bismarck nicht weit klüger getan, wenn er die damals volkstümliche Idee des Nationalstaats entschlossen beiseite geschoben und – nach den Plänen von Constantin Frantz – einen Staatenbund von der Schelde bis zu den Do-

nau-Mündungen errichtet hätte? Nun, für diese Aufgabe hätte Bismarck eine wichtige Voraussetzung mitgebracht: er war alles andere als ein Nationalist. Er hat sich gelegentlich von den Wogen nationaler Leidenschaft tragen lassen und sich auch, wenn nötig, ihrer Sprache bedient, aber was ihn beseelte war Staatsgefühl, nicht Volksgefühl. Noch nach Königgrätz hat er in einer Depesche an Manteuffel davon gesprochen, man werde «den nationalen Schwindel» als Schutz gegen französische Forderungen brauchen. Die Alldeutschen hasste er zeitlebens genau so wie die Allslaven. Eben darum hat er seine Kriege aus so kühler Staatsraison führen können, frei von jeder Kreuzzugs-Überhebung, gleichsam mit der Sachlichkeit eines Schachspielers. Wenn er trotzdem kein «Mitteleuropa» gründete, sondern einen deutschen Nationalstaat, so hat er nicht aus zufälligen persönlichen Neigungen gehandelt, sondern aus zwingenden sachlichen Gründen. Niemals hätten die europäischen Grossmächte die Entstehung dieses Riesenbundes von der Schelde bis zum Finnischen Meerbusen, vom Genfer See bis ans Schwarze Meer geduldet, ein Gebilde, vor dessen Südfenster der restliche Balkan lag und dessen Festungen auf den Kanal blickten. Niemals hätten im Zeitalter der Nationalstaaten die vielen Völker Mitteleuropas auf einen selbständigen Staat mit selbständiger Aussenpolitik verzichtet. Gar nicht zu reden davon, dass dieses Gebilde dank der auseinanderstrebenden Interessen seiner zahlreichen Völker handlungsunfähig gewesen wäre und eine unerschöpfliche Quelle innerer Rivalitäten und Machtkämpfe – unter liebevoller Beteiligung der Nachbarstaaten.

Sofort nach der Gründung des Reiches schrieb Bismarck dem Kaiser, Europa werde von den Deutschen mehr als diese Gründung nicht hinnehmen; wir müssten daher künftig «selbst auf unberechtigte Empfindlichkeiten» anderer Staaten Rücksicht nehmen. Bismarcks Politik war eine Politik des Masses; die Träume von Constantin Frantz waren eine Politik der Masslosigkeit, die durch das Schlagwort «Föderalismus» in den Augen der europäischen Staaten nicht erträglicher wurde. Wenn ein Historiker in vollem Ernste den Satz niederschreiben konnte, nur das Dazwischentreten Bismarcks habe die mitteleuropäische Föderation



verhindert, so ist dieser Satz nur von psychologischer Bedeutung. Er zeigt, bis zu welchen Verstiegenheiten der Hass gegen Bismarck hinzu-reissen vermag.

### III

Aber auch wenn man den schönen Traum des mitteleuropäischen Staatenbundes aufgibt: muss man nicht wenigstens den Vorwurf erheben, Bismarcks Politik habe das Grab Österreich-Ungarns gegraben? Beust hat behauptet, erst Königgrätz habe den Ungarn jenes Übergewicht gegeben, das Franz Joseph zwang, ihnen ein Jahr später den «Ausgleich» zu bewilligen, der die Habsburger Monarchie in zwei föderativ verbundene Länder aufspaltete. Die Nationalstaatspolitik Bismarcks habe die Nationalstaatspolitik Ungarns grossgezogen.

Aber das ist nicht richtig. Gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Ungarn und Tschechen hat Wien schon 18 Jahre vor Königgrätz Waffengewalt einsetzen müssen. Das Habsburger Reich war ursprünglich «Deichhauptmannschaft» gegen die türkische Flut. Diese Gefahr war überstanden. Griechen, Rumänen und Serben hatten sich Nationalstaaten geschaffen; ihr Beispiel musste die kulturell höherstehenden Slaven Habsburgs verlocken. Bei ihnen vollzog sich obendrein der allmähliche soziale Aufstieg des Kleinbürgertums, das in allen Ländern damals national gesinnt war, schon weil es die Beamtenposten selbst besetzen wollte. Es hat nicht der Gründung des Norddeutschen Bundes bedurft, um den Ungarn oder Tschechen den Nationalstaatsgedanken beizubringen.

Aber wäre Österreich nicht ohne Königgrätz stärker gewesen? Dieser Gedanke scheint zunächst bestechend. Aber man muss ihn anschaulich abwägen, ehe man ihm zustimmt. Welche Stärke floss eigentlich Wien aus seiner Präsidialstellung am Deutschen Bunde zu? Nun, man kann sagen, dass Franz Joseph, wenn es keinen Bismarck und kein Königgrätz gegeben hätte, den Aufstandsgelüsten seiner Völker vielleicht mit märkischen oder pommerschen Regimentern hätte entgegentreten können –

als Drohung oder als Wirklichkeit. Aber zu dieser Politik gehörte ein Schwarzenberg, und wenn ein Schwarzenberg diese Hilfe von Preussen angefordert hätte, so wäre Bismarck auch nach Königgrätz jeden Tag bereit gewesen, sie zu leisten. Grade er war ja der einzige Mann in Preussen gewesen, der 1849 bedauert hatte, dass russische und nicht preussische Regimenter den ungarischen Aufstand niedergeworfen hatten. Dass der blosse Glanz des Präsidialtitels am Deutschen Bund die Kraft besass, Slaven und Ungarn in habsburgischer Gesinnung zu halten: selbst der hartgesottenste Theoretiker wird diese Behauptung nicht aufstellen wollen. Reale Hilfe konnte Österreich auch sofort nach Königgrätz erhalten, wenn es sich schon damals und nicht erst 12 Jahre später mit dem nördlichen Nachbarn ausgesöhnt hätte. Und – noch wichtiger – auch nach Königgrätz konnte die habsburgische Monarchie in einen Bundesstaat umgewandelt werden – vorausgesetzt, dass sie einen Staatsmann hatte, der zu diesem Riesenwerk imstande war. Dieses Gebilde war sogar eher zustande zu bringen und zu regieren, wenn es von Bregenz bis Hermannstadt reichte und nicht von Ostende bis Galatz. Alles, was Österreich in den nächsten Jahrzehnten erreicht hat, verdankt es der Anlehnung an ein starkes Deutsches Reich. Bismarck hat dem Staat der Habsburger eine Lebensdauer von 50 Jahren verschafft, und es hat eines völligen Verlassens der Bismarckschen Bahnen und eines ungewöhnlichen Ausmasses von Torheit bedurft, um ihn nach 50 Jahren zugrunde zu richten. Nicht an Königgrätz ist Österreich-Ungarn zugrunde gegangen, sondern an dem wachsenden Nationalismus seiner Völker. Statt ihm mit neuen Mitteln zu begegnen, türmte das Haus Habsburg auf den wankenden Bau die unnötigen Lasten der Balkanexpansion und der damit verbundenen Russenfeindschaft, bis es unter seinen Trümmern begraben wurde.

Man hat auch eingewandt: da Bismarck Deutschland als Nationalstaat errichtete, war es unlogisch, auf ein Bestehen des Vielvölkerstaats der Habsburger zu hoffen; Bismarck hätte ihn «abschreiben» müssen. Aber weder Bismarck noch sonst ein handelnder Mensch hat je nach ei-

nem derartigen Schema gehandelt. Wer in der Welt steht, weiss: verschiedene Aufgaben erfordern verschiedene Mittel. Wer im Leben ein einheitliches Prinzip durchführen will, wird mit Sicherheit zerschellen. Man könnte eher umgekehrt fragen: hätte Bismarck nicht den Umbau des verbündeten Österreich-Ungarn erzwingen sollen? Aber gewaltsame Eingriffe in eine fremde Machtsphäre hätten seinen Grundgefühlen widersprochen. Grade im Mass lag seine Macht.

Franz Joseph war überzeugt, er führe den «Kampf des Rechtes gegen Hinterlist und Raubgier» und sei der Infamie unterlegen, weil Österreich «sehr ehrlich, aber sehr dumm gewesen sei». Die Geschichte ist zu dem Ergebnis gekommen: Bismarck hat – sehr im Gegensatz zu den Liberalen – damals nur die preussische Vorherrschaft in Norddeutschland gewollt – wenn möglich auf friedlichem Wege, wenn nicht dann durch Krieg. Geschichtlich war diese Forderung berechtigt; sie war auch geeignet, später grössere Kriege Europa zu ersparen und das Los der Deutschen zu erleichtern, indem sie ihnen eine sichere Heimstätte gab. Österreich hat geglaubt, den friedlichen Verzicht auf seine norddeutsche Stellung ablehnen zu müssen, und zwar vor allem weil sein Kaiser überzeugt war, einen Krieg zu gewinnen. Aber es ist unmöglich, jeden Krieg, der für einen einmal entstandenen Zustand geführt wird, als legitimen Verteidigungskrieg anzusehen. Wer diese Theorie verfiicht, müsste dafür eintreten, dass von Rechts wegen noch heute der Halbmond über Belgrad und Granada wehen solle oder die Fahnen Österreichs über Mailand und Venedig. Man muss den Zustand, der verteidigt wird, auf seine sachliche Berechtigung prüfen.

Andere Kritiker Bismarcks glauben, auch ohne sein Eingreifen wäre über kurz oder lang auch ein Deutsches Reich zustande gekommen. Aber diese Kritik unterschätzt die Bedeutung der einmaligen Persönlichkeit für das Weltgeschehen. Wenn Friedrich bei Kunersdorf oder Napoleon bei Lodi oder Bismarck im Duell mit Vincke gefallen wären, so wäre die Weltgeschichte anders verlaufen – ebenso wie Bismarcks Kampf um die Einigung Deutschlands vielleicht anders verlaufen wäre, wenn

Fürst Schwarzenberg, der Herzog von Morny, der Graf Cavour und der Marquis von Wielopolski länger gelebt hätten.

Bismarck hat seinen Kampf in einer eisigen Einsamkeit durchstehen müssen. Er hatte in der Welt und in seinem Vaterlande nur Gegner. König Wilhelm war in jenen Jahren ein Gegenspieler, der jedesmal neu gewonnen werden musste, Roon ein im tiefsten an ihm verzweifelnder Freund. Der Erfolg hing von jedem einzelnen Schachzug ab, und jeden einzelnen Schachzug versuchten die Feinde im eigenen Land zu durchkreuzen. Dass er eine Partie gegen übermächtige Gegner spielte, war ihm ständig bewusst. Bewusst war ihm auch, dass er nicht nur sein Leben – das war ihm nicht sehr wichtig –, sondern auch seine Ehre bei dieser Partie aufs Spiel setzte. Wurde Preussen geschlagen, so war er ein elender Landesverräter, der Preussen an den Erbfeind Napoleon verraten und durch eine offenkundig unsinnige Politik ins Verderben gestürzt hatte. Wäre er nach einer Niederlage heimgekommen, so hätten ihn – wie er selbst mit grimmigem Humor erklärte – die alten Weiber mit Besenstielen totgeschlagen. Ein Mann, dessen Wesen nur auf rationales Denken und menschliches Mitgefühl gegründet war, hätte diese Lage nie durchstehen können. Diese Aufgabe konnte nur von einem sehr harten Mann gelöst werden – oder sie blieb ungelöst. Nur vulkanische Glut kann Eisen schmelzen.

## KRANKHEIT UND GENESUNG

*Warum ich nur in Varzin eine Brille trage?  
Weil ich hier alles interessant finde und in  
Berlin nichts.*

*Bismarck*

### I

Als Bismarck aus dem Feldzug zurückkehrt, ist er kaum wiederzuerkennen: die Haltung vornübergeneigt, das Auge matt, das Gesicht schmal, der Bart ungepflegt: er ist um Jahre gealtert. Seine Freunde finden, selbst «auf die unverwüstliche Frühlingspracht seines Humors sei ein Reif gefallen». Zu Keudell sagt er bitter: «Das Beste für mich wäre, wenn ich jetzt meinen Abschied nähme. Ich könnte es in dem Bewusstsein tun, dem Lande etwas genützt zu haben. . . . Ob ich noch schaffen kann, was zu tun übrigbleibt, weiss ich nicht.»

Im Altersrückblick sah er auch die Gründe: «Ich habe in meinem Leben sehr viele Wechsel auf meine Gesundheit ziehen müssen. Was dabei das Aufreibendste ist, das ist nicht die Arbeit, sondern das stete Risiko, das man auf sich nehmen muss. Bei allen grossen politischen Entscheidungen spielt man doch schliesslich ein unberechenbares Spiel; da heisst es: Schrift oder Kopf. Das ist unvermeidlich.»

Seit Petersburg war er ein kranker Mann. Neuralgische und rheumatische Schmerzen plagten ihn an Kopf, Schultern und Gliedmassen; der Magen rebellierte. Seine Freunde baten ihn, ein halbes Jahr Urlaub zu nehmen und weit weg an die Riviera zu gehen. Aber der Vorschlag war sinnlos: niemand konnte den Norddeutschen Bund zustande bringen als er. Es sollte sich sehr bald herausstellen; ohne sein geschmeidiges Eingreifen hätte er eine Gestalt angenommen, die den späteren Beitritt der Süddeutschen unmöglich gemacht hätte. So erklärte er Keudell mit ge-

wohnter Anschaulichkeit: «In Pommern sagen die Frauen, wenn die Stunde der Entbindung naht: jetzt muss ich meiner Gefahr stehen. Das ist gegenwärtig mein Fall. Wenn ich nicht ganz abgehe und ein anderer die Sache macht – ich weiss dazu allerdings niemanden vorzuschlagen –, dann muss ich es darauf ankommen lassen, ob ich zugrunde gehe oder nicht; dann kann ich nicht ein halbes Jahr Spazierengehen, sondern ich muss an die Ramme, sobald meine ruinierten Nerven einigermaßen wieder zusammengeflochten sind. Ich will deshalb auf einige Wochen an die Ostsee gehen.»

Er wollte die Zeit auf Rügen bei dem Fürsten Putbus verbringen. Aber wie so oft bei einem Übergang von höchster Anspannung zu völliger Ruhe traten plötzlich neue Störungen auf. Aus Putbus schrieb Johanna an Keudell: «So gingen wir auch fröhlich zu Bett, wurden aber nach zwei Stunden schon aufgeweckt von den furchtbarsten Qualen, die mein armer geliebter Bismarck in dem allerschrecklichsten Magenkrampf litt, den er ganz plötzlich bekommen, ich weiss durchaus nicht wovon. Alle Mittel, die der schnell herbeigerufene Arzt anwandte und die ich ihm vorher schon gegeben, blieben ganz wirkungslos. Opiumeinspritzungen brachten zuletzt ein wenig Linderung, aber die Angst, die wir ausstanden, und die Pein, die er litt, waren ohne Grenzen.»

Als er Anfang Dezember nach Berlin zurückkehrte, war er immer noch schonungsbedürftig. Aber er schonte sich nicht. Unermessliche Aufgaben lagen vor ihm: er musste die norddeutschen Regierungen zum Nordbund zusammenschliessen, die Zustimmung des Reichstags gewinnen, die aufziehende Luxemburger Krise lösen, die drohende französisch-österreichisch-italienische Allianz verhindern, im Orient schwelende Feuer ausdrücken und die Wiedervereinigung mit Süddeutschland anbahnen. Es gab keinen anderen Menschen in Preussen, von dem auch nur seine besten Freunde geglaubt hätten, dass er diese Aufgaben lösen könne. So war er bald genau so erschöpft wie vorher, und auch in den folgenden Jahren stand er immer wieder an dem Abgrund des völligen Zusammenbruchs seiner Gesundheit. Ein konservativer Abgeordneter,

Gustav von Diest, erzählt, er habe ihm zwei Jahre nach dem Krieg einmal seine Freude über sein kräftiges Aussehen ausgesprochen: «Da wandte er seine grossen Augen fast zornig auf mich: ‚Ich *gesund*?! Sie ahnen gar nicht, wie traurig es mit mir steht und wie es hier hinter (er strich mit dem Finger über seine Stirn) aussieht. Das ist kein Gehirn mehr, da ist nichts als eine gallertartige Masse. Etwa um die gleiche Zeit erklärte er Simson, er habe «Nervenbankrott», er könne nicht schlafen, nicht essen, nicht trinken, nicht rauchen, nicht lachen und nicht arbeiten. Tatsächlich ist Bismarck von seinem 50. Lebensjahr an niemals mehr völlig gesund geworden. Der Umgang mit ihm wurde hierdurch – trotz seines Strebens nach formaler Höflichkeit – überaus schwierig. Das Bewusstsein hoher geistiger Überlegenheit, die auf Erfahrung beruhende Menschenverachtung und die immer wiederkehrenden körperlichen Schmerzen machten ihn reizbar und ungeduldig. Wir werden davon noch oft hören.

Bismarck war auch – bis er im Alter Schweninger kennenlernte – ein sehr schlechter Patient. Er gehorchte seinen Ärzten niemals. Gelegentlich behauptete er, man müsse das Gegenteil von dem tun, was sie sagten: «Ich erinnere mich, wie ich einst an einem heftigen Fieber krank lag; ich bekam plötzlich grosse Lust, Wurst zu geniessen, denn ich fühlte mich ganz matt. Ich fragte den Arzt, der sagte: ‚Um Gottes willen, woran denken Sie; das wäre Ihr sicherer Tod!‘ Ich schweige, aber wie der Arzt aus dem Zimmer geht, sage ich meiner Aufwärterin, ich würde am Abend Besuch haben, sie solle mir etwas Wurst und Bier besorgen. Das bringt sie, und wie ich allein bin, stehe ich auf, falle um vor Schwäche und krieche nun auf allen Vieren bis zur Wurst, schneide mir mit einem Federmesser ein tüchtiges Stück ab, und von diesem Augenblick fühle ich mich ganz gestärkt und wurde bald gesund.»

Bismarck hat auch in den folgenden Jahren stets mehrere Monate auf dem Lande verbracht. Aber jetzt brauchte er nicht mehr die Gastfreundschaft anderer in Anspruch zu nehmen: er ging auf sein neues Gut nach Varzin.

## II

Nach dem Krieg hatte der König – wie in jener Zeit üblich – vorgeschlagen, Bismarck, Roon und 5 Generalen aus der Kriegsentschädigung eine «Dotation» zu bewilligen. Die Fortschrittler beantragten, Bismarck und Roon auszunehmen, aber dieser Antrag wurde abgelehnt. Bismarck erhielt 400'000 Taler und kaufte sich dafür im tiefsten Hinterpommern die Herrschaft Varzin. Sie war eine volle Tagereise von Berlin entfernt, zuletzt nur im Pferdefuhrwerk auf elenden Sandwegen, erreichbar.

Varzin umfasste 22'500 Morgen. Laub- und Nadelwälder wechselten mit weitem Wiesenland, steile Hügel mit grossen und kleinen Seen. Freilich waren die landschaftlichen Reize fast der einzige Vorzug des Gutes: die Landwirtschaft war verwahrlost, die Forsten waren ruiniert, die Holzbestände dünn und Kahlflächen zahlreich. Man warnte Bismarck, er werde viel Geld hineinstecken müssen. Das schreckte ihn nicht; er hatte schon als Vierundzwanzigjähriger eine heruntergekommene Wirtschaft wieder hochgebracht. So entschloss er sich zu kostspieligen Meliorationen; ein 120 Morgen grosser Bruch wurde trockengelegt, die kahlen Flächen wurden angeschont und 8'000 Morgen Unland aufgeforstet. Bismarck bevorzugte, spätere Einsichten der Forstwirtschaft vorwegnehmend, Mischwald, freilich sicher nur aus landschaftlichen Gründen. Gelegentlich sagte er zu den Bäumen, mit der Faust drohend: «Ihr seid schuld, dass ich Varzin gekauft habe.» Wenn ein liebgewordener Baum im Park am Wipfel verdorrte, schoss Bismarck die dürren Zweige herunter, damit der Förster keinen Anlass habe, ihn zu fällen. «Wie sollte ich nicht Mitleid mit solchen Bäumen haben! Bin ich doch selbst zapftrocken.» Er habe mit den Bäumen im Walde mehr zu reden als mit den Menschen in Berlin. Da der 300 Morgen grosse Schlosspark auf bestem Ackerboden stand, riet ihm sein Bruder, ihn roden zu lassen. Bismarck erwiderte ärgerlich: «Wollt ihr mich aus Varzin vertreiben? Wenn es mir Vergnügen machte, mir die Weizenähren in meine Schlafstufenfenster



spielen zu lassen, könnte ich ja in Schönhausen wohnen . . . Mancher meiner Kollegen pachtet sich bei Berlin eine sehr teure Jagd, ein anderer versucht sein Glück an der Spielbank. Hiervon treibe ich nichts, dafür bin ich ein Baumnarr.» Er erklärte sogar, am liebsten wolle er – wie angeblich bei einigen Indianerstämmen üblich – nach seinem Tode in hohe Baumwipfel gehängt werden; er werde lieber von den Vögeln gefressen als von den Würmern.

Bismarck wurde nie zum Stadtmenschen. Er verschmähte es, sich gegen Nässe zu schützen, Überschuhe oder Regenschirm waren ihm unbekannt; er fuhr bei jedem Wetter im offenen Wagen. Er war tieftraurig, wenn er erst nach der Ernte auf sein Gut reisen und nicht mehr an den wogenden Getreidefeldern entlanggehen konnte. Er war in seinen jüngeren und mittleren Jahren ein leidenschaftlicher Jäger; später wurde ihm die Anstrengung zu gross, die Augen wurden ihm im Freien leicht feucht und die Treffsicherheit liess nach. An die Stelle der Jagd trat eine Leidenschaft für Spazierengehen, Spazierenreiten und Spazierenfahren. Einer seiner Räte erzählte, bei Spaziergängen habe er gegen Mittag oft gesagt: «Sie werden uns jetzt zum Essen erwarten, aber sehen Sie dort den Hügel, da müssen wir noch hinauf, da gibts noch eine Aussicht.» Johanna erklärte übertreibend einem Besucher: «Eine Feldrübe interessiert ihn mehr als Ihre ganze Politik.»

Bismarck bemühte sich auch, seinen Besitz zu erweitern: er bekäme jeden Abend einen Heisshunger auf die Nachbargüter; am Morgen könne er sie wieder ruhig betrachten. Allmählich hat er 10'000 Morgen hinzugekauft. Er baute auch eine Holzschleiferei und eine Papierfabrik; sie wurden ebenso wie die Landwirtschaft verpachtet. Kniephof verkaufte er an seinen Neffen – «etwas, aber nicht viel billiger, als er es an einen Fremden verkauft hätte». Im Ganzen hat Bismarck aus Varzin – und auch später aus Friedrichsruh, das er 1871 als Dotation erhielt – wirtschaftlich nicht viel Nutzen gezogen, weil die Güter wenig abwarfen, und weil er geneigt war, viel Geld hineinzustecken. In seiner zuge-spitzten Art hat er später erklärt, man habe ihn durch die Dotationen rui-

niert: als einfacher Landjunker sei er gut durchgekommen; jetzt, da er zur «Pairie» gehöre, müsse er ganz anderen Ansprüchen genügen und sei «ein genierter Mann».

Das Schösschen Varzin war völlig verfallen. Bismarck liess es später umbauen: behagliche Räume mit breiten, lichten Fenstern und einem riesigen Kamin, der auch die gröbsten Kloben aufnehmen konnte. An diesen Fenstern sass er gern und freute sich an dem Blick über den Blumengarten und die Parkanlagen und über den Teich bis zur Föhrenwiese. Dass das alte, spitzgiebelige Schloss mit seinem flachen niederen Anbau von aussen abscheulich aussah, berührte ihn nicht. Ihm war nur das Innere und der Ausblick wichtig: Architektur und bildende Künste lagen ihm überhaupt fern.

In Varzin hat sich Bismarck immer am besten erholt. Hier stand er nicht, wie er zu sagen pflegte «ständig hinter dem Ladentisch», und seine tiefen Wälder waren sogar «depeschensicher». An Keudell schrieb er einmal: «Dass Carl mir hier in Delbrücks Auftrag ‚nicht aufregende‘ Vorträge halten will, ist wider die Abrede. Was ‚aufregend‘, ist garnicht vorher zu ermessen. . . . Empfehlen Sie Delponce [Delbrück], de prendre conseil de ses propres inspirations et de me laisser tranquille; de me f... la paix, möchte ich sagen.... Ich reite täglich 4-6 Stunden.»

Von seinem ersten Aufenthalt in Varzin berichtete er Johanna: «Wenn ich gefrühstückt und gezeitungt habe, wandre ich mit Jagdstiefeln in die Wälder, bergsteigend und sumpfwatend, lerne Geographie und entwerfe Schonungen; sobald ich heimkehre, wird gesattelt und dasselbe Geschäft bis zum Überdross Josephs, Röschens und Walters [Pferde] fortgesetzt ... Es gibt doch sehr dicke Buchen hier, auch Balken und Blöcke, Wüsteneien, Schonungen, Bäche, Moore, Heiden, Ginster, Rehe, Auerhähne, undurchdringliche Buch- und Eichenschläge, und andre Dinge, an denen ich meine Freude habe, wenn ich dem Terzett von Taube, Reiher und Weihe lausche, oder die Klagen der Pächter über die Untaten der Sauen höre.»

Im folgenden Jahr wurde sein Aufenthalt durch einen Reitunfall verlängert; sein Pferd trat in ein Loch und überschlug sich; Bismarck kam

unter das Pferd zu liegen, brach mehrere Rippen und wurde bewusstlos. Sein erstes Wort beim Erwachen war: «Die Pferde dürfen nicht vor mir in Varzin eintreflen, damit Johanna nicht erschrickt.» Er musste im Wagen abtransportiert werden. An Delbrück schrieb er 2 Monate später: «Mit den Folgen meines Sturzes bin ich ziemlich auseinander und heut zum ersten Male geritten, aber nur Schritt, ein Weiteres geht noch nicht; auch kann ich mich seit einigen Tagen ohne Hilfe aufrichten oder umdrehn, wenn ich liege, und nach Gefallen atmen. Auf mein Gesamtbefinden hat die Quetschung durch 8 oder 10 Ctr. Pferdefleisch eher günstig gewirkt, ich schlafe seitdem mehr.» Den Urlaub, den Delbrück erbeten hatte, bewilligte er gleichzeitig mit den liebenswürdigen Worten: «Verehrtester Freund, Sie erleichtern mich von einer Beschämung durch das Anerkenntniss, dass auch Ihre eiserne Arbeitskraft einer Pause bedarf, um das Nerven-Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen, und mein herzlicher Wunsch für volle günstige Wirkung Ihrer Erholungsreise ist kaum ein uninteressierter zu nennen.»

1869 war er 5 Monate in Varzin. Bei solch langen Aufenthalten hatte er in der Regel ein oder zwei seiner Räte bei sich, etwa Keudell oder Lothar Bucher, einen alten 48er, der von ihm sagte: «Der Chef ist ein genialer Mensch, für den man sich gern tot arbeiten würde.» Aber Bismarck setzte sich jeden Tag nur ungern an den Schreibtisch. Natürlich war diese Aktenarbeit seinem Wesen nicht. Obendrein war er ein ausgeprägter Abendmensch, der erst spät am Tage seine volle Schaffenskraft gewann und nicht vor 2 oder 3 Uhr einschlafen konnte; er blieb dann oft bis 11 oder 12 Uhr im Bett.

### III

Auch für Johanna war Varzin ein Trost. In Berlin konnte Bismarck ihr wenig Zeit widmen. Auch wenn er mit ihr zusammen war, waren oft Dritte dabei, und selbst wenn sie allein waren, wanderten seine Gedan-

ken zu seinem Werk. Nie hat Johanna eine andere Absicht gehabt, als ihm das Leben zu erleichtern. Von dem ersten Aufenthalt in Varzin schrieb sie an Keudell: «Das Haus ist ziemlich scheusslich, ein altes verwohntes Ungetüm mit 10'000 Kammern und Winkeln, schiefen Decken und Fussböden, so dass man Versenkung und Einstürzung auf Schritt und Tritt befürchtet. Vier Zimmer oben und vier unten sind erträglich, alle anderen sind Scheusäler – aber der Park so wunderreizend, wie man selten findet. Solche dicke, kräftige, alte Buchen und Eichen habe ich weder im Harz noch Taunus, noch Oden-, noch Schwarzwald gesehen. Gott gebe, dass wir ungestört drei Wochen hierbleiben können (Louis Napoleon wird doch vernünftig sein?) und Bismarck sich recht erholen und ausruhen kann in dieser wunderlieblichen grünen Stille! Donnerstag soll er auf dem Schlauer Kreistag als neuer Stand eingeführt werden und dazu plant man endlose dumme Festlichkeiten, worüber er so leidtragend ist, dass ich mich fortwährend in die allerseligste, ausgelassenste Laune hinaufschrauben muss, um ihm die Gedanken daran zu vertreiben und über diesen – scheinbar unübersteiglichen – Sorgen-Berg hinwegzuhelfen.» Sie bemühte sich, alle Störungen von ihm fernzuhalten, stellte selbst nie Ansprüche und verbarg nach Kräften ihr körperliches Leiden. Wenn Bismarck krank war, schlich die zarte Frau mit dem gelblichen Gesicht nachts auf blossen Füßen in den Gang und horchte neben der Tür auf seine Atemzüge. Wenn ein Fremder bei Tisch mit ihr Konversation machen wollte, gab sie ihm schnell zu verstehen, dass er doch in Wahrheit ihres Gatten wegen da sei und deshalb besser täte, dem Gespräch des Hausherrn zuzuhören. Jede Pose war ihr unmöglich. Ihr Mann sprach sein Leben lang zu ihr im Ton eines Bräutigams; er entschuldigte sich gleichsam stets, dass die Welt ihm soviel von seinen Kräften abfordere und er ihr nicht mehr geben könne. Er umsorgte sie, die viel an Kopfschmerzen litt und allmählich immer kränklicher wurde, mit gleichbleibendem Zartgefühl. «Die Gesundheit meiner Frau ist meine Gesundheit», pflegte er zu sagen.

Johanna lebte nur für ihre Familie. In der Gesellschaft bewegte sie sich mit ruhiger Selbstverständlichkeit und war niemals befangen oder

verlegen, aber sie besass weder gesellschaftliche Talente noch gesellschaftlichen Ehrgeiz. Sie hat dadurch ihrem Mann in seiner Laufbahn manche Schwierigkeit bereitet, aber niemals hat er versucht, sie zu erziehen. Selbst sein erbitterter Feind Holstein berichtet: «Nicht ohne Grossartigkeit war Bismarcks Haltung gegenüber den manchmal haarsträubenden Inkongruitäten seiner Frau. Er zankte nie, in ganz seltenen Fällen kam einmal eine in ganz ruhigem Tone gehaltene Ermahnung.» Er sei entschlossen gewesen, die Sache laufen zu lassen. «Um an diesem Entschluss festzuhalten, dazu gehörte Bismarcks Charakterstärke.»

Johanna war sehr musikalisch, und er freute sich, sie klassische Musik spielen zu hören. Von Menschen verstand sie mehr als viele, literarisch Gebildete und wusste ihre nähere Umgebung auch richtig zu behandeln. Man merkt dies an ihren Briefen, so etwa, wenn sie in der Petersburger Zeit an Keudell über den dreiundzwanzigjährigen Holstein schrieb, er lenke jetzt oft das Gespräch auf Keudell, «wo ich dann nicht im Scherzando oder in höhrender Tanten-Réprimandé zu bleiben vermag, die mir sonst so geläufig ist. Sobald er aber elegisch wird, wohin er sich schon mehrmals verirrt, so erlebt er gleich eine ganz abkühlende grossmütterliche Wendung, die ihm ausgezeichnet unangenehm, aber bestimmt sehr nützlich ist.» Später hat Holstein in seinen Erinnerungen an diese Zeit geschrieben, die Diners seien schlecht zusammengestellt gewesen, denn «die Fürstin, obschon sie zeitlebens wie eine Köchin aussah, verstand nichts von Küche, wenigstens von Dinern».

Bismarck mutete ihr nie zu, in Gesellschaften zu gehen, die ihr nicht lagen. Aber er hatte seine eigene Art, das Recht der unscheinbaren, bescheidenen Frau durchzusetzen. Königin Auguste fand eines Tages, die Gattinnen der Minister sässen an der Tafel zu hoch, und liess durch den Zeremonienmeister Bismarck ausforschen, was er von einer Änderung halte. Bismarck antwortete: «Meine Frau darf nicht schlechter placiert werden als ich. Aber mich kann man hinsetzen, wo es Ihrer Majestät beliebt. Wo ich sitze, ist immer oben.»

Bismarcks Feinde hasste Johanna mit unchristlicher Leidenschaft. Von Bismarck hat ein österreichischer Diplomat einmal gesagt, niemand könne so sehr der Feind seiner Feinde sein wie er. Aber von Bismarcks Gattin sagte der alte Bleichröder: «Bismarck hasst seine Feinde bis ins vierte Glied. Aber seine Frau bis ins tausendste.»

## DER FRIEDE MIT DEN LIBERALEN

*Wie ein Turm erhebt sich die Staatskunst  
Bismarcks inmitten des Durcheinanders der  
Parteien, Allen überlegen zwingt sie nach-  
einander alle Parteien, sich mit ihr auseinan-  
derzusetzen; sie schafft in wenigen Jahren eine  
ganz neue Parteiengruppierung, da sie keine in  
der ihr eigentümlichen Bahn lässt, die einen zu  
sich heranholt, die anderen in die Gegenseite  
hinüberwirft. Wer immer in öffentlichen Dingen  
mithandeln wollte, empfand mit einem Schlage,  
dass hier der Wille eines Stärkeren aufgestanden  
war und jede Bestrebung der anderen in seinen  
Strom riss.*

*Hermann Oncken*

### I

«War diese Heeresreform nötig?» Das war der sachliche Ausgangspunkt des Konflikts. Diese Frage war durch den Krieg eindeutig beantwortet worden. Die Gegner der Reform wussten jetzt: ohne Kampf hätte man die deutsche Einheit nicht herstellen und mit der alten Landwehr hätte man ihn nicht gewinnen können. Die Regierung hatte den stärksten Trumpf für sich: ihre Massnahmen hatten sich bewährt. «Oberleitung, Schnelligkeit, Rastlosigkeit, Tapferkeit der Truppe, Verwaltung des Heereswesens: alles gleich vortrefflich,» so schrieb einer der Wortführer des Konflikts, Sybel, acht Tage nach Königgrätz. Der ehemalige Finanzminister, Graf Schwerin, den der junge Bismarck einst so übermütig verhöhnt hatte, erklärte «mit Freude», er habe die Regierungspolitik irrig beurteilt und schenke jetzt dem Ministerpräsidenten volles Vertrauen. Simson schrieb, das Jahr 1866 erlebt zu haben, genüge, um das Leben eines Mannes, selbst bei sonst traurigen Erfahrungen, zu einem glückli-

chen zu machen; jubelnd berichtete er einem Bekannten, sein Sohn habe Gott sei Dank wenigstens einmal im Feuer gestanden. Georg von Bunsen, der Sohn des Londoner Gesandten, sagte knapp: «1866 war auch unser Königgrätz». Der demokratische Buchhändler Rosenthal erzählte Bernhardi, viele Leute sagten: «Wir hätten gern nochmal 5 Jahre ohne Etat, wenn das Ergebnis wieder so ist».

Der grosse Rechtsgelehrte Rudolf Jhering hatte im Mai von Bismarcks Schamlosigkeit und grauenhafter Frivolität gesprochen, von dem Frevel an allen Grundsätzen des Rechts und der Moral, von dem Abgrund der Perfidie. Drei Monate später schrieb er: «Ich beuge mich vor dem Genie eines Bismarck, der ein Meisterstück der politischen Kombination und Tatkraft geliefert hat, wie die Geschichte wenige kennt. Ich habe dem Mann alles, was er bisher getan hat, vergeben, ja, mehr als das, ich habe mich überzeugt, dass es notwendig war, was uns Uneingeweihten als freventlicher Übermut erschien! Es hat sich hinterher herausgestellt als unerlässliches Mittel zum Ziel. Der Mann ist einer der grössten Männer unseres Jahrhunderts; es ist mir eine wahre Erquickung, einen solchen Mann miterlebt zu haben; ich gebe für einen solchen Mann der Tat, nicht der leichtsinnigen, sondern der politisch und moralisch in gleicher Weise beherzten und gewappneten Tat, hundert Männer der liberalen Gesinnung, der machtlosen Ehrlichkeit. . . . Unverbesserliche Doktrinäre! Für die deutsche Einheit haben sie sich seit Jahren heiser geschrien und getrunken, und wenn dann jemand kommt, der das Unglaubliche leistet und die deutsche Einheit aus dem Kommerzbuch ins Leben einführen will, so schreien sie das ‚Kreuzige ihn‘». Sogar der staatsrechtliche Wortführer der Linken in der Konfliktszeit, Professor Gneist, gab jetzt zu: jeder Staatsgerichtshof müsse anerkennen, dass die Finanzverwaltung «rechtschaffen geführt» und die Heeresausgaben «in Voraussicht ihrer Notwendigkeit bona fide erfolgt seien».

Das sachliche Problem des Konflikts war gelöst. Es galt eine Rechtsform zu finden, um ihn zu beenden. Bismarck sah hier keine Schwierigkeit. In Fragen, die ihm formell erschienen, war er grosszügig. So wollte



er anerkennen, dass nach der Verfassung die Regierung nur durch das Haushaltsgesetz zu Ausgaben ermächtigt werde. Seine konservativen Kollegen wandten mit Recht ein, davon stehe in der Verfassung kein Wort. Ihre Auffassung entspricht auch der heutigen Ansicht vom damaligen Haushaltsrecht; noch 50 Jahre später hat der grosse Staatsrechtler Laband erklärt, es sei eine bedauerliche Verirrung, dass die Regierung nach dem Krieg ihre Haushaltsführung in der Konfliktzeit für «formell verfassungswidrig» erklärt habe.

Aber die in seinen Augen «formal-juristischen» Einwände der Konservativen beunruhigten Bismarck ebensowenig, wie ihn früher entgegengesetzte Einwände der Liberalen beunruhigt hatten. Seine politische Stellung war glänzend, also – so folgerte er im Gegensatz zu seinen konservativen Freunden – konnte er unbedenklich grossmütig und freigiebig sein. Einer der Kollegen bat, doch wenigstens das Wort «Indemnität» zu vermeiden, da es im englischen Sprachgebrauch «Straflosigkeit» bedeute; man solle «nachträgliche Bewilligung» sagen. Bismarck schrieb an den Rand: «Nein!» Wenn diese Liberalen nun einmal auf Worte Wert legten: ihn störte es nicht, dass ihm «Straflosigkeit» bewilligt wurde. Ihm schien nur eines wichtig: alle diejenigen Liberalen zu sich herüberzuziehen, die nach Begabung und Einstellung zur Mitarbeit am Staat imstande waren, und sich auf diese Weise eine feste Mehrheit zu schaffen. Preussen brauchte Versöhnung, nicht Rechthaberei. Er wusste ja, wie immer der Wortlaut ausfiel: in der Sache hatte er gesiegt und nicht die Liberalen. Der österreichische Minister Schöffle hat einmal gesagt, Bismarck habe immer mit «genialer Intuition» und fast unfehlbarer Sicherheit den sofortigen Machterfolg seines Handelns überschaut, dagegen sei er für theoretische Erwägungen beinahe unzugänglich gewesen.

Um den König für seinen Versöhnungsplan zu gewinnen, machte er den Kronprinzen gegen die widerstrebenden Kollegen mobil. Er überschätzte sein Ministerium nicht: Lippe sei borniert, ein Advokat mit Scheuklappen; Mühlner bedeute wenig; Eulenburg sei ein Mann der Fla-

sche und des Frauenzimmers, der öfters morgens gar nicht arbeiten könne; Itzenplitz unterschreibe, was man ihm vorlege, und Selchow sei ein wahres Rindvieh; «wenn ich Rindvieh sage, so will ich ihm damit nicht im moralischen Sinn zu nahe treten. Aber seiner Kapazität nach steht er eben nicht höher als solche Wesen.» An Johanna schrieb er: «Lippe führt das grosse Wort im konservativen Sinne gegen mich, und Hans Kleist hat mir einen aufgeregten Brief geschrieben. Die Leutchen haben alle nicht genug zu tun, sehn nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase. Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen alle Scheuklappen und sehn nur einen Fleck von der Welt?» Ihm war das konservative Parteiwesen so verhasst wie das liberale. Seinem Duzfreund Kleist, Johannas Onkel, drohte er mit dem Staatsanwalt, wenn er nicht angebe, woher er den Entwurf der Thronrede kenne. Zum Glück gestand der Justizminister Lippe ein, dass er eine Indiskretion begangen habe.

Im Verkehr mit den Volksboten in den Kommissionen war Bismarck wie verwandelt. Eulenburg erklärte Keudell, Bismarck beantworte die dümmsten Fragen und Einwendungen mit unermüdlicher Geduld und – man könne nur sagen – kindlicher Liebenswürdigkeit.

Die Thronrede König Wilhelms erklärte, die Staatsausgaben der Konfliktzeit entbehrten der gesetzlichen Grundlage; die Regierung erbitte Indemnität. Der König hatte sich schwer zu diesen Worten durchgerungen. Als ihm eine Adresse des Landtags überreicht wurde, sagte er mit seiner nicht zu bezähmenden Ehrlichkeit, er habe in der Konfliktzeit so handeln müssen und so werde er immer handeln, wenn sich ähnliche Zustände wiederholen sollten. «Aber, meine Herren, es wird nicht wieder vorkommen». Der Landtagspräsident Forckenbeck war klug genug, sich auf den Standpunkt zu stellen, es handle sich hier nicht um eine amtliche Mitteilung, da kein Minister zugegen gewesen sei, und das Kabinett bestätigte ihm ausdrücklich diese Auffassung. Bismarck vertrat die Indemnitätsvorlage ohne den leisesten Siegerstolz: beide Teile sollten auf jede rückblickende Kritik verzichten, sonst sei niemals ein Frie-

Densschluss möglich. «Wir werden die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen in Gemeinschaft lösen; ich schliesse von diesen Aufgaben Verbesserungen der inneren Zustände und Erfüllung der in der Verfassung gegebenen Zusagen keineswegs aus. Aber nur gemeinsam werden wir sie lösen können, indem wir von beiden Seiten demselben Vaterlande mit demselben guten Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des andern zu zweifeln.»

Die Fortschrittspartei war bei der Neuwahl, die zufällig am Tag von Königgrätz stattfand, auf die Hälfte verringert worden; sie war – wie Max Duncker schrieb – «innerlich tief gespalten, und nur noch ihre starke Organisation und der wohlorganisierte Terrorismus hält sie zusammen.» Ihre Ansichten waren geteilt. Hoverbeck beanstandete, dass Bismarck von einem Friedensschluss zwischen Regierung und Landtag gesprochen habe; so stünden sich die beiden Gewalten nicht gegenüber. Vielmehr bitte die Regierung den Landtag, dass er ihr Straflosigkeit gewähren möge. Virchow behauptete, er und seine Freunde hätten einen besseren Weg zur Einheit gewusst, den Weg durch die Freiheit; er unterliess jedoch jede Andeutung, wie eigentlich die Freiheitsbegeisterung der Fortschrittspartei mit den Kanonen Benedeks hätte fertig werden sollen. Nüchtern wandte Treitschke ein: «Der Satz: ‚Erst Freiheit, dann Einheit‘ stellt die Logik auf den Kopf; er bedeutet: erst staatliche Rechte, dann ein Staat.» Mit Recht sagte Vincke von seinen früheren Parteifreunden: «Sie haben jahrelang vom Konflikt gelebt, und es würde sie unangenehm berühren, wenn ihnen nun die tägliche Nahrung entzogen wird.» Der Antrag auf «Indemnität» wurde mit grosser Mehrheit angenommen.

## II

Kein Wort war Bismarck von den Fortschrittlern so verdacht worden wie seine Feststellung, dass die grossen Fragen der Zeit mit Blut und Eisen gelöst würden. Jetzt war wieder eine grosse Frage mit der Waffe

gelöst worden. Würde nicht die Linke das Ergebnis des Kampfes – die Angliederung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt – missbilligen?

Bismarck ahnte, dass es umgekehrt kommen würde: die Ernte der Gewalt würde ihnen noch nicht reichlich genug sein. Vor der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses schrieb er an Johanna: «Am Sonntag wird der Landtag eröffnet. Da werden sie allerhand auszusetzen haben, dass wir nicht sehr viele Länder noch, und des Kaisers Bart und den Mond uns im Frieden ausbedungen haben, und ich werde der Sündenbock für alles sein. Meinetwegen; der Wind, der durch die Schwätzerkehlen fährt, ist mir noch gleichgültiger als das Heulen desjenigen, der augenblicklich sich hier an meinem Eckfenster austobt.»

Es kam wie erwartet. Virchow hielt ihm vor, er habe zu wenig erreicht, «die so kühn begonnene Politik nicht entschlossen fortgeführt», sondern sei immer mehr «in die Verwicklungen der Kabinettspolitik geraten». Schulze-Delitzsch beanstandete, dass der geplante Nordbund den Länderregierungen zu viel Rechte belasse. Waldeck, der Führer der Fortschrittspartei, die sonst stets auf ihren «Rechtsboden» pochte, tadelte, die Regierung nütze den Sieg ihrer Waffen nicht genügend aus; auf den etwaigen Widerstand der anderen deutschen Staaten lege er kein Gewicht. Die Beckmesserei der Fortschrittler war die gleiche wie früher, nur machten sie jetzt der Regierung ungefähr die gegenteiligen Vorwürfe.

Virchow schlug sogar vor, man solle das ablehnen, was die Liberalen seit 20 Jahren als höchstes Ziel ihrer Wünsche verfochten hatten: die Wahl eines deutschen Parlaments. Die Fortschrittler sahen nämlich mit Angst und Eifersucht auf den kommenden Norddeutschen Reichstag, der nach dem gleichen direkten Wahlrecht gewählt werden sollte. Sie entwickelten plötzlich einen preussischen Sondergeist, den sie früher bei anderen als erbärmlichen Partikularismus verspottet hatten: sie verlangten, die Verfassung des Norddeutschen Bundes solle auch vom preussischen Dreiklassen-Landtag genehmigt werden.

Bismarck erwiderte: «Der Herr Abgeordnete hat das jetzt Erreichte oder Erstrebte als zu gering kritisiert; ja, meine Herren, es ist das günstigste Feld der Opposition gegen die Regierung jederzeit gewesen, stets

als ein notwendiges Bedürfnis hinzustellen, was für den Augenblick nicht erreichbar war, und der Regierung die Schuld davon aufzubürden, dass das nicht erreicht wurde.

Ich darf Ihnen aber vorhalten, dass wir vielleicht noch etwas Besseres erreicht hätten, wenn Sie die Politik, deren Ergebnisse Sie jetzt tadeln, unterstützt hätten. Dass wir, da uns Ihre Unterstützung fehlte und da wir mit gebundenen Händen in diesen Kampf gingen, dennoch diese Resultate haben gewinnen können, berechtigt meines Erachtens nicht diejenigen zur Kritik, die uns gehindert haben, mehr zu erreichen.»

Was den Widerstand der anderen deutschen Staaten angehe, so sei er vielleicht militärisch bedeutungslos, aber keinesfalls rechtlich, da sich diese Staaten ja auf ihre Verträge berufen könnten. «Je rückhaltloser Preussen zeigt, dass es seine Feinde von der Landkarte wegfegen kann, umso pünktlicher muss es seinen Freunden die gegebenen Zusagen erfüllen?» Dieser Glaube an die politische Redlichkeit Preussens werde in Süddeutschland von grossem Gewicht sein. Virchow erledigte er mit der Bemerkung: «Der Herr Vorredner hat nun angedeutet, wir würden unser Ziel nicht erreichen. Wenn wir es dennoch erreichten, so würde er sich der Regierung anschliessen. Der bedeutende Wert, den ich dieser Unterstützung beilege, veranlasst mich, dem Herrn Vorredner selbst eine Betrachtung zu Gemüte zu führen. Seit vier Jahren hat er in Bezug auf die Ergebnisse der Politik der Regierung stets das Gegenteil von dem prophezeit, was eingetroffen ist. Ich glaube daher und hoffe, dass er sich auch diesmal in derselben Weise irren werde, und dass er sich daher dreist schon heute der Politik der Regierung anschliessen kann.» Mit 273 gegen 14 Stimmen genehmigte das Abgeordnetenhaus die Angliederungen.

### III

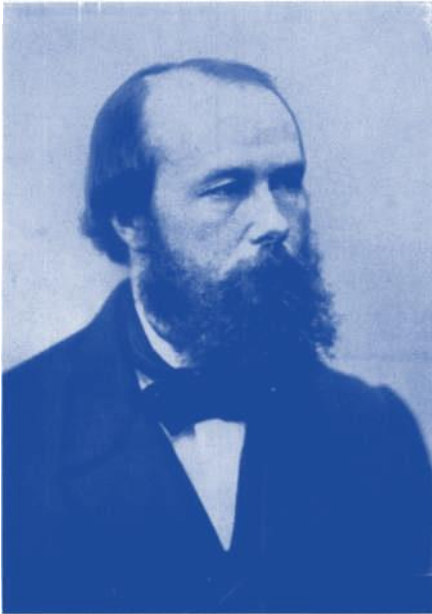
Das Schicksal hatte die Liberalen vor eine harte Aufgabe gestellt. Die meisten von ihnen lebten in einer Welt der theoretischen Betrachtung. Viele waren Jünger der Rechtswissenschaft; sie gehörten einem Bereich

an, von dem aus man schwer zu einem Verständnis des eigentlich Politischen durchstossen kann. Sie wohnten in einem weltanschaulichen Gehäuse, das durch eine bestimmte Rangordnung der Werte mit eiserner Strenge geordnet war. Es gab bestimmte Dinge, die sie nicht hinnehmen wollten: dass sich in der Wirklichkeit bisweilen gleichberechtigte Werte unversöhnbar gegenüberstehen können, dass der Politiker bei der Verwirklichung eines Ideals Zeit und Ausmass mit dem jeweiligen Zustand der Wirklichkeit abstimmen muss, dass jede Neugestaltung der Wirklichkeit nicht durch blosser Argumente bewirkt werden kann, sondern in erbittertem Kampf gegen Interessen und Traditionen, dass solche Kämpfe Machtfragen sind, dass der Weg des «Fortschritts» nichts anderes sein kann als eine Kette von Kompromissen, dass bei politischen Massnahmen nicht nur der «Rechtsboden» geprüft werden muss, sondern auch die mutmasslichen Folgen der Entscheidung, dass sich redliche Ziele oft nicht anders als mit Gewalt oder mit unredlichen Mitteln durchsetzen lassen und dass es Selbsttäuschung ist, einem Ziel nachzustreben, wenn man den einzigen Weg ablehnt, der dorthin führt. In Bismarck begegneten sie nun einem Mann, der in der Wirklichkeit zu Hause war und ihre Probleme – oft mit spielender Hand – meisterte, der in den letzten Jahren mit seinen Voraussagen ständig recht behalten hatte und dem die öffentliche Meinung jubelnd zugeströmt war. Es hiesse die Menschennatur überfordern, wollte man eine allgemeine Bekehrung der Liberalen zu Bismarck erwarten. Es kam vielmehr zu einem allmählichen Prozess schmerzhafter Umbildungen, die bei den Einzelnen verschieden verliefen.

Bismarcks Staatskunst wurde den bisherigen Parteigebildnen zum Verhängnis. Von der Fortschrittspartei löste sich eine Anzahl von Politikern, die zur Mitarbeit an dem werdenden Reich bereit waren. Sie stellten sich auf den Boden der preussischen Verfassung, welche die Gleichberechtigung von Regierung und Parlament vorsah – man nannte das damals «konstitutionelles System» – und verzichteten auf den aussichtslosen Versuch, unter Bruch der Verfassung die Alleinherrschaft des Parla-

ments – das parlamentarische System – zu erzwingen. Sie waren keinesfalls Anhänger Bismarcks, im Gegenteil, sie nannten sich mit verschwommener Formulierung «eine loyale Opposition», aber sie waren bereit, nicht nur nach Parteidogmen zu handeln, sondern jeden Vorschlag der Regierung sachlich zu prüfen. Dieser Gruppe – sie nannten sich später Nationalliberale – schlossen sich ausdrücklich oder innerlich fast alle Männer von Rang an, die Fühlung mit der politischen Wirklichkeit hatten: Bennigsen, Miquel, Mommsen, Bamberger, Forckenbeck, Twesten, Lasker, Wehrenpfennig, Treitschke, Baumgarten. Was zurückblieb, war eine Gruppe von Doktrinären, die mit dem Ressentiment der Konfliktszeit nicht fertig wurden oder ihre Prinzipien über die Notwendigkeiten der Gegenwart stellten. Ihr Führer war Waldeck, von dem Bismarck einmal bei einem parlamentarischen Tee-Nachmittag sagte: «Er hielt mit einer Stimme, die von tiefster Überzeugungstreue und Zuversichtlichkeit bebte, eine Rede darüber, dass der Löffel hier im Glas stecke, und proklamierte, dass jeder ein Schuft sei, der das nicht glauben wolle, und alle glaubten's ihm und priesen in allen Tonarten seine energische Gesinnung.» Auch Virchow blieb bei dieser Fortschrittspartei; er ging so weit, den Süddeutschen den Anschluss an den Nordbund zu widerrufen.

In dem neuen preussischen Landtag von 1867 schrumpften die Fortschrittler, die vor 1866 zusammen 253 Sitze gehabt hatten, auf 77 zusammen. Neben ihnen sassen 123 Nationalliberale und Altliberale und 188 Konservative. Der Umbildungsprozess erhitzte das Klima des Hauses. Wehrenpfennig, der Herausgeber des Grenzboten, klagte über «die ekelerregende Kammeratmosphäre, in deren gewächshausartiger Temperatur neben andern Pflanzen, als da sind Parteisucht, Intrige, Neid, Verbissenheit in einzelnen Fragen, Unfähigkeit, die gesamte Situation zu übersehen, usw. – auch die liebe Eitelkeit und Selbstüberschätzung üppig aufwächst.» Mit dem «Fortschrittsgesindel» könne man nicht zusammengehen. Die Gesamtzahl von 431 Abgeordneten überschreite einfach die geistige Leistungsfähigkeit Preussens.

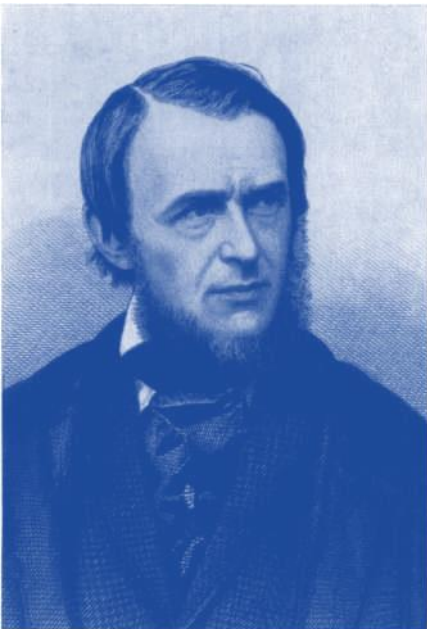


*Rudolf von Bennigsen*



*Max von Forckenbeck*

*Heinrich von Sybel*



*Johannes von Miquel*







*Rudolf Virchow*



*Rudolf von Delbrück*

*Friedrich Ferdinand Graf von Beust*



*Ludwig Windthorst*



Aber selbst Männer wie Wehrenpfennig standen Bismarck noch immer gegenüber wie einem Schüler, dessen Leistung sich zwar wesentlich gebessert habe, der aber das Ziel der Klasse noch nicht erreichte. Wehrenpfennig erklärte, in religiösen Fragen sei Bismarck so beschränkt wie ein Dorfpastor; organisatorisch sei er vollkommen unfähig. Forckenbeck schrieb, als die Regierung bald nach dem Krieg einen Kredit von 60 Millionen Taler erbat, stolz auf die neue Freundschaft und zugleich in merkwürdig überheblichem Ton an seine Frau: «Bismarck nahm mich in Beschlag, behielt mich nach allen Gästen da, führte mich in sein Arbeitszimmer und behielt mich über drei Stunden unter vier Augen bei sich, die heikligsten Staats- und Privatsachen mit einer ganz erstaunlichen Offenheit mit mir besprechend. Es war halb zwölf Uhr, als ich mich empfahl. Ich arbeite jetzt an einer allgemeinen Amnestie und an Vertagung, die meiner Ansicht nach am Ende dieser Woche eintreten soll. Das Geld, die 60 Millionen, gebe ich jetzt den Ministern nicht, namentlich nicht den Staatsschatz von 27 Millionen, der dieselben unabhängig machen würde. Sie brauchen uns, wir sie nicht, und ehe dieses Verhältnis abgeändert wird, müssen sie Garantien geben.»

Aber hiermit drang Forckenbeck nicht durch. Bockum-Dolffs, einst ein erbitterter Feind Bismarcks, liess den Ministerpräsidenten bitten, er möge persönlich zu der Verhandlung in das Abgeordnetenhaus kommen: nur ihm selbst wolle das Haus ein solches Vertrauen gewähren.

Als Bismarck später in einer sehr sachlichen Rede eine Erweiterung der Parlamentsrechte ablehnte, klagte Forckenbeck: «Bismarck wird wieder zuchtloser» und zeigte mit dieser Formulierung, aus welcher wunderlicher Ecke heraus er die Welt betrachtete. Einer der gebildetsten Nationalliberalen, Roggenbach, schrieb zwei Jahre nach Königgrätz an den badischen Minister Jolly, als Jolly eine Beteiligung an dem Kabinett Bismarcks anregte: «Die Mannschaft wollen wir doch lieber allein aussterben lassen. Es wird Arbeit genug machen, das infizierte Wrack dann glücklich dem Spiel der Wellen anheimzugeben.»

Vor allem ging der Ausbau des Nordbundes – den Bismarck schon mit Rücksicht auf die Süddeutschen nur vorsichtig vornahm – den Liberalen zu langsam. Der Kieler Staatsrechtler Beseler bescheinigte Bismarck, eine «grossartige Natur» und eine vielversprechende «Elastizität der Entwicklung». Aber für den inneren Ausbau fehlten ihm «Bildung und Befähigung». Vergebens predigte Bismarck den Volksboten – und schon aus dem Stil seiner Rede hätten sie Rückschlüsse auf sein geistiges Niveau ziehen können –: «Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, dass wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben. Ich möchte deshalb Ihnen doch mehr Geduld empfehlen, der Entwicklung Deutschlands Zeit zu lassen.»

Einige grosse Führer des Liberalismus sind mit dem Problem Bismarck innerlich niemals fertig geworden, so Twesten, Lasker und Gustav Freytag.

Karl Twesten war eine fast tragische Gestalt. Sein Vater, ein bedeutender holsteinischer Theologe, wurde der Nachfolger Schleiermachers. Der kränkliche Jüngling – ein Lungenleiden zwang ihn zu längerem Aufenthalt im Süden – war erfüllt von verzehrendem Ehrgeiz:

*Nimmer werde ich erlahmen,  
Nie vom Ziele sehn:  
Unter Deutschlands besten Namen  
Soll auch meiner stehn.*

Twesten studierte Rechtswissenschaft. Nebenher schrieb er fünfköpfige Trauerspiele aus der römischen Geschichte. Sie bewiesen eine vortreffliche Gesinnung, aber eine geringe poetische Begabung:

*... ,Wir sind erstarkt'  
Wir überwiegen die Patrizier weit an Zahl,  
Wir haben Geld und Gut, wir sind die Kraft*

*Des Staates, wir bezahlen seine Steuern,  
Wir ziehn ins Feld, wir schlagen seine Schlachten,  
So können wir denn grössere Recht auch  
In der Verfassung dieses Staates fordern . . .  
Und was ein Volk, das seiner Kraft bewusst,  
Mit ernstem Sinn begehrt, das wird kein Mann  
Und keine Macht je lang weigern können ...*

*Auch weisst du, Claudia, nur selten ist  
Ein Konsul Roms gefallen in der Schlacht,  
Du hast nicht viel zu fürchten. Nein, du kannst  
Dich ruhig schlafen legen, süsses Kind.*

Aber er war nicht nur Dichter, sondern auch Historiker. Er begann eine Entwicklungsgeschichte der Menschheit zu schreiben, deren Grund-  
auffassung freilich aus den Niederungen eines billigen Positivismus nie  
hinausgelangte. Er wollte «alle Sphären des menschlichen Lebens, na-  
mentlich Staat und Politik, auf den tatsächlichen Boden der intellektuel-  
len moralischen und materiellen Verhältnisse und Bedürfnisse zurück-  
führen» und als «letzten Zweck aller Wissenschaft die Erkenntnis der  
Gesetze suchen», von denen nach seiner Überzeugung «auch das histo-  
rische Leben beherrscht war». In diesem kurzgeschorenen Rationalismus  
des 18. Jahrhunderts ist er auch innerlich steckengeblieben. Er war – viel-  
leicht in Opposition gegen das Elternhaus – zum überzeugten Atheisten  
geworden und betrachtete die Weltgeschichte als einen Kampf zwischen  
Verstand und Glauben. «Dieser Kampf muss auf allen Gebieten dauern,  
bis der Verstand gänzlich durchdrungen ist, das heisst, bis nichts mehr  
geglaubt zu werden braucht, sondern alles verstanden und begriffen ist.»  
Twisten neigte ein wenig dazu, mit dem Getöse eines dröhnenden Pathos  
offene Türen einzurennen: «Eine gesunde und heilsame Politik kann nur  
auf richtiger Würdigung der physischen, sittlichen und geistigen Natur  
der Menschen und der menschlichen Gesellschaft beruhen, muss sowohl  
das Bleibende und Unveränderliche darin berücksichtigen als das, was  
sich in den wechselnden Kulturzuständen ändert, und darf nie vergessen,  
dass auch der mächtigste Staatsmann die Gesellschaft nur in sehr be-  
schränkten Grenzen modifizieren, nur vorhandene Tendenzen in ihrer

Entwicklung beschleunigen oder retardieren, aber niemals auf die Dauer politische Zustände schaffen kann, welche den gegebenen Bedingungen der faktisch vorhandenen Gesellschaft widersprechen.» In seinem Inhalt entsprach dieser lange Satz den Anschauungen Bismarcks, aber welcher Unterschied des Stils und welcher Unterschied des Menschen! Es war etwas Verkrampftes in Twesten – in seinen Reden schmeckt der Essig zu sehr vor, sagte selbst sein Freund Bamberger –, und so konnte er zu einem freien, unbefangenen Weitblick nicht gelangen.

Vielleicht wäre er aus seiner Winkelperspektive herausgekommen, wenn nicht ein unseliger Zufall zu einem schweren Zerwürfnis mit Bismarck geführt hätte. Twesten hatte vor dem Krieg im Abgeordnetenhaus eine scharfe Rede gegen den Justizminister zur Lippe gehalten. Lippe klagte, aber Twesten wurde freigesprochen, da die Verfassung für Parlamentsreden Redefreiheit vorsah. Jetzt griff Lippe zu einer merkwürdigen Waffe. In der Verfassung war der ursprüngliche Text, wonach «die von den Abgeordneten gesprochenen Worte und Meinungen» straffrei sein sollten, geändert worden; man hatte «die gesprochenen Worte» gestrichen. Lippe schloss daraus, dass nur Meinungen straffrei seien, dagegen sei es nicht straffrei, wenn ein Abgeordneter wahrheitswidrig beleidigende Tatsachen behaupte. Man musste der Verfassung Gewalt antun, um sie so auszulegen. Lippe konnte seine Rechtsauffassung auch nur auf einem völlig unzulässigen Wege durchsetzen: er entsandte in das höchste preussische Gericht, das Obertribunal, zwei «politisch zuverlässige» Hilfsrichter, und nunmehr schloss sich das Gericht mit einer Stimme Mehrheit Lippes Auslegung an. Selbst wenn man den verantwortungslosen Schimpftun des preussischen Abgeordnetenhauses in der Konfliktzeit missbilligte und beseitigen wollte: auf diesem Wege war es nicht möglich. Twesten übernahm sogleich die Rolle des Märtyrers mit schneidendem Pathos und glänzenden Formulierungen, wie sie nur die siedende Entrüstung eingibt: «Die rechtsverachtende Gewalt könnte sich nicht am Ruder halten, wenn sich ihr nicht die servile Ehrlosigkeit zur Verfügung stellte .... Mögen Sie Ihre Richter mit allen Orden des

preussischen Staates bedecken. Sie decken die Wunden nicht, welche diese Männer ihrer Ehre vor der Mit- und Nachwelt geschlagen haben, aber leider nicht bloss ihrer Ehre, sondern auch der Ehre ihres Vaterlandes.»

Das Unglück wollte es, dass Bismarck grade das Problem der Redefreiheit von einer anderen Seite ansah. Er war damals noch – bei aller Neigung zum Jähzorn – für seine Höflichkeit berühmt; er hatte Freude an gepflegter Form und kultivierte sie gelegentlich mit einer bis an die Grenze der Ironie gesteigerten Förmlichkeit. Nun hatte der Konflikt eine Reihe der rüdesten Angriffe auf ihn gebracht. Gegen persönliche Beleidigungen hatte er die traditionelle Empfindlichkeit des Edelmannes. Wenn er eine Grobheit hörte, so fuhr ihm gleichsam die Hand an den Degengriff. Deshalb empörte ihn von jeher die verbrieft Redefreiheit der Volksboten. Sie empörte ihn vor allem, weil – entgegen der englischen und amerikanischen Übung – auch der Abdruck von Beleidigungen, die ein Abgeordneter im Parlament ausgesprochen hatte, straffrei war. Er verteidigte die Auslegung Lippes und sagte: «Wenn Ihr Antrag eine rechtliche Begründung hätte, so wären die Mitglieder beider Häuser des Landtags im Besitz eines Vorrechts vor ihren Mitbürgern, wie es die junkerhafteste Phantasie eines anmassenden Patriziers in keinem zivilisierten Lande jemals sich hat träumen lassen. Es müsste dann der Artikel 2 der Verfassung einfach lauten:

„Alle Preussen sind vor dem Gerichte gleich, doch haben Mitglieder beider Häuser des Landtages das Recht, ihre Mitbürger zu beleidigen und zu verleumden, auch diejenigen Verbrechen zu begehen, die mit Worten begangen werden können, ohne dass sie dafür anders als im Wege der Kammerdisziplin zur Verantwortung gezogen werden können.“

Vergleichen Sie damit die Strafen, die auf ähnliche Roheiten, öffentlich begangen, das Strafgesetzbuch setzt, und Sie werden das Missverhältnis finden, in dem sich Ihre Mitbürger Ihnen gegenüber befinden. Ich habe vergeblich in allen Gesetzgebungen nach einer Analogie gesucht, wie Sie sie hier praktisch in Anspruch nehmen .... Mir ist nur eine eingefallen, die Sie hoffentlich nicht werden anziehen wollen, die preussi-

sche Gesindeordnung, wenigstens wie sie früher lautete. Da heisst es: ‚Reizt das Gesinde durch ungebührliches Betragen seine Herrschaft zum Zorne, so kann es wegen Injurien, die es von der Herrschaft erfährt, nicht klagen.› (Rufe links: Pfu! Pfu!).

Die Volksboten waren nicht schnell genug, um Bismarcks Anspielung zu verstehen; sie glaubten, mit dem Ausdruck «Gesinde» könnten nur sie gemeint sein, und protestierten laut. Bismarck fuhr daher fort: Der Vergleich liegt mir ganz ausserordentlich fern, denn niemand ist weniger geneigt als ich, diesem Hause ein solches Herrenrecht einzuräumen.»

Der Prozess Twesten ruhte zunächst, aber Twesten liess sich nach Auflösung der Kammer einige Monate vor Kriegsausbruch in seinen Wahlreden zu neuen Angriffen hinreissen, bei denen ihm kein Schutz des Parlaments mehr zur Seite stand: der bevorstehende Krieg sei ein ungerechter Krieg, die Regierung sei ungeeignet, die Interessen Deutschlands wahrzunehmen, man solle ihr kein Geld bewilligen. Nun war Twesten preussischer Beamter – Stadtgerichtsrat –, und keine Regierung hätte solche Angriffe von einem Beamten hingegenommen. Lippe leitete ein Disziplinarverfahren ein.

Bismarck wollte die neue Klage gegen Twesten vermeiden. Vom Feld aus bat er den Finanzminister von der Heydt, mit Lippe in diesem Sinne zu sprechen. Aber Lippe gab nicht nach. Twesten wurde – nach dem Krieg und nach der Versöhnung mit den Liberalen – in dem Disziplinarverfahren zu einem Verweis und 100 Talern Geldstrafe und in dem Strafverfahren wegen der Abgeordnetenrede zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt; gleichzeitig wurde er beurlaubt.

Bismarck liess Twesten sofort kommen und sagte ihm, er werde weder seine Strafe antreten müssen, noch sein Amt verlieren; die Tage Lippes seien gezählt. Er hatte Sympathie für den knorrigten Holsteiner und hatte zu Dritten gelegentlich gesagt, er hoffe mit ihm noch einmal in einem Ministerium zu sitzen. Aber Twesten erwiderte trotzig, er würde von Bismarcks Regierung eine Wiederanstellung gar nicht annehmen. Er plante einen ganz anderen Schachzug: er wollte jetzt eine persönliche Blösse ausnutzen, die sich Bismarck gerade gegeben hatte.

Diese Blösse hing zusammen mit der Versöhnungspolitik, die Bismarck in den angegliederten Gebieten betrieb. Hannover, Hessen und Nassau waren wohlhabender als Altpreussen; wirtschaftlich bedeuteten sie für Preussen eine Bereicherung. So wollte Bismarck gegenüber den Bewohnern wie gegenüber den vertriebenen Fürsten grosszügig sein. Der König von Hannover und der Herzog von Nassau sollten keine Märtyrer, keine Gegenstände des Mitleids werden. Reiche Thronanwärter seien ungefährlicher als arme. Obendrein war der Hannoveraner ein naher Verwandter der Königin von England, und beide waren Schützlinge des Zaren. Hatte sich der Zar schon schwer mit der Entthronung abgefunden, so musste man sie wenigstens in entgegenkommender Form vollziehen – und hierbei war die geldliche Regelung wichtig. Bismarck rechnete so: entweder der Welfe stellte auf Grund einer hohen Abfindung, von der er nicht das Kapital, sondern nur die jährlichen Zinsen erhalten sollte, seine Propaganda gegen Preussen ein: dann war die Versöhnung mit den Hannoveranern ungeheuer erleichtert. Oder er setzte sie fort, dann konnte man die Auszahlung wieder sperren. So hatte er dem Welfen 16 Millionen, dem Nassauer 9 Millionen Taler Abfindung bewilligt. Durch die Zahlung wurden zugleich die strittigen Ansprüche abgefunden, welche die beiden Landesfürsten auf Staatsgüter erhoben. Mit Recht machte Bismarck geltend: wenn er stattdessen jedem einen kleinen Teil ihres Landes als Herrschaftsgebiet belassen hätte, so wäre 1866 der Landtag immer noch über den grossartigen Sieg begeistert gewesen; der von ihm gewählte Weg sei weit zweckmässiger und wohlfeiler gewesen. Auch habe er ja jederzeit beispielsweise mit Bayern vereinbaren können, dass es einen Teil der Kriegsentschädigung nicht an Preussen, sondern an seinen ehemaligen, im Stich gelassenen Bundesgenossen zahlen solle – eine Lösung, die sogar den Vorzug eines gewissen Humors gehabt hätte –, auch das hätte das Abgeordnetenhaus sicherlich gebilligt.

Aber als er nun für seine Abmachungen die Genehmigung des Parlaments erbat, waren die Liberalen zunächst dagegen. Der Fortschrittler Ziegler verwies auf den abgesetzten Numidier-König Jugurtha, den die



Römer einfach im Gefängnis hatten verkommen lassen. Vergebens rechnete ihnen Bismarck vor, dass diese Beträge nicht ins Gewicht fielen gegenüber der Bereicherung, die Preussen durch das ungewöhnlich hohe Staatseigentum von Hannover erfahren habe. Die Liberalen fanden die Summen zu hoch.

Obendrein hatte Bismarck auf Rat von der Heydts einen schweren formalen Fehler begangen: er hatte die erforderliche Summe einem Kredit von 30 Millionen Talern entnommen, den der Landtag für die Landesverteidigung bewilligt hatte. Diese Entnahme war unzulässig; Bismarck hatte ausdrücklich zugesichert, die Regierung werde den Kredit für keinen anderen Zweck beanspruchen. Freilich war sich Bismarck seines Verstosses, den er offen zugab, kaum bewusst gewesen; er machte geltend, dass er ihn dann ja mühelos hätte vermeiden können; er hätte das Geld nämlich dem hannoverischen Provinzialfonds entnehmen können, von dem wir noch hören werden. Über diesen Fonds durfte er damals allein verfügen.

Auf diese Blöße zeigte jetzt der bis ins tiefste ergrimmt Twesten mit dem Finger. Er erklärte in der Landtagskommission in Gegenwart Bismarcks feierlich zweimal, es handle sich hierum einen «Gesetzes- und Vertrauensbruch». Mit einer derartigen Regierung sei ein gutes Einvernehmen unmöglich. Ob die Bezeichnung «Gesetzesbruch» zutraf, darüber haben die Juristen noch jahrelang gestritten. Zum mindesten hatte Bismarck das Gefühl der Rechtswidrigkeit gefehlt. Politisch aber war es ungewöhnlich, dass ein Führer der Regierungspartei einen Vorwurf gegen den Bundeskanzler mit solchen Worten formulierte – und das wegen einer Massnahme, die inhaltlich in ihrem Versöhnungsbestreben der Richtung seiner Partei durchaus entsprach. Dass Bismarck persönlich solche Beleidigungen tief verwundeten, war für Twesten nur ein Anlass mehr, sie auszusprechen, schliesslich hatte der Justizminister auf seine Empfindungen auch keine Rücksicht genommen, und Bismarcks persönlicher Ausgleichsversuch vermochte seine siedende Wut nicht zu besänftigen.

Der Angriff hatte eine unerwartete Folge, Bismarck verliess die Sitzung. Am nächsten Tag bat er Forckenbeck, den Präsidenten des Norddeutschen Reichstages, zu sich: er könne nicht mehr einem Hause gegenüber treten, das er betrogen haben solle. Wenn Fortschrittler solche Beschuldigungen erheben, sei es ihm gleichgültig, bei Twesten nicht. Er habe ihm ein glühendes Eisen in die Brust gestossen, er habe die ganze Nacht nicht geschlafen. Werde die Sache nicht in Ordnung gebracht, so lege er – ohnehin gesundheitlich am Rand seiner Kräfte – sein Amt nieder und werde als Nachfolger die Nationalliberalen Forckenbeck und Bennigsen gemeinsam mit den Konservativen empfehlen. Er war «so aufgereggt und leidenschaftlich, dass er es so nicht mehr lange treiben kann», schrieb Bennigsen. Forckenbeck fand einen Ausweg, der beiden Teilen das Gesicht wahrte: Twesten schrieb einen Brief, er habe seine Kritik nicht persönlich gegen Bismarck richten wollen, und die Kommission beschloss, dass sie sich Twestens Vorwurf nicht zu eigen mache. Bismarck sicherte zu, die Entlassung Lippes beim König durchzusetzen. In der Sache selbst siegte Bismarck völlig: die Mehrheit des Hauses stimmte der Abfindung zu.

Lippe wurde sofort entlassen; sein Nachfolger war der liberal denkende Hannoveraner Leonhardt. Twestens Strafe wurde vom Kammergericht auf 300 Taler herabgesetzt und gleich darauf völlig gestrichen, da sie unter eine Amnestie fiel; die Beurlaubung wurde aufgehoben. Aber Twesten lehnte es ab, sich «unter dem Regime Bismarck wieder unter das demoralisierte Gesindel des Beamtentums hinzusetzen». Er hatte von der Stadt Berlin ein Amt erhalten. Aber schon 2 Jahre später erlag er enttäuscht und verbittert seinem Lungenleiden.

## V

Eduard Lasker war in den Idealen eines entschiedenen Individualismus und eines gesicherten Rechtsschutzes noch viel tiefer verwurzelt als Twesten. Er wollte den Richter zur entscheidenden Figur auch in der Po-

litik machen. Vergebens sagte ihm sein weit klügerer Freund Bamberger, dass für seine Ideale auch ideale Menschen nötig seien, die es aber in der Wirklichkeit nicht gebe. Auch Wehrenpfennig meinte, er sei fleissig, begabt und liebenswürdig, aber kein Politiker. Seine Freunde nannten ihn einen Mann von aristidischer Sinnesart. Der Staatsauffassung Bismarcks stand er noch ferner als Twesten, aber er empfand für Bismarck persönlich eine von ihm bekämpfte, aber immer wieder durchbrechende Bewunderung. Er war ein grossartiger Redner und Dialektiker; freilich etwas langatmig; «es fehlt ihm am Mastdarm der Schliessmuskel», sagte Bismarck. Er empfand mit den Wählern und gab ihren Empfindungen einen idealisierenden Ausdruck. Sein Idealismus verleitetete ihn zu einem etwas apostolischen Auftreten. Von der Gründung der Partei an fühlte er die Verpflichtung, sie weiter nach links zu ziehen. So wirkte er oft als Sprengpulver und riss schliesslich die Partei wieder auseinander.

Lasker hatte die bescheidene Stellung als Syndikus eines städtischen Hypothekeninstituts. Der unscheinbare Mann – er war neben dem Katholikenführer Windthorst der kleinste Abgeordnete des Parlaments – lebte in 3 Stübchen einer Dritten-Stock-Wohnung ein äusserlich sehr bescheidenes Dasein. Er verkörperte – wie Bamberger in seiner Gedenkrede von ihm sagte – «die eigentümliche Mischung des kleinlebigen Daseins mit grossen Geistesgaben: er hatte etwas Rührendes und dies Rührende gewann ihm die Herzen der Menschen.» Er besass Witz; als Bismarck ihm einmal sagte, er hoffe eines Tages noch gemeinsam mit ihm arbeiten zu können, antwortete er: «Ich wusste nicht, dass Euer Exzellenz die Absicht haben, noch einmal Rechtsanwalt zu werden.» Freilich litt er unter einer starken Dosis von Eitelkeit; er liess sich sogar von Berthold Auerbach verleiten, unter dem Titel «Erlebnisse einer Mannesseele» Bekenntnisse über sein Liebesleben zu veröffentlichen; er erzählte darin ausführlich die Geschichte der Körbe, die er im Laufe seines Lebens erhalten hatte; vor dem Hohngelächter der Welt konnte das Buch gerettet werden, indem es seine Freunde vom Buchmarkt zurückzogen. Lasker hoffte, die Liberalen würden, wenn sie die Indemnität bewillig-

ten, «bei dem Aufbau des deutschen Staatswesens diesem die Richtung weisen». Den Niveauunterschied zwischen sich und Bismarck vermochte er nicht wahrzunehmen.

Wenn Lasker die Politik als Jurist betrieb, so betrieb sie Freitag als Philologe. Mit Behagen hatte er bei dem grossen Germanisten Lachmann die Theorie gelesen, dass das Nibelungenlied nicht einen einzelnen Menschen zum Verfasser habe, sondern der höheren Individualität der Völkerseele entsprungen sei. Er war grundsätzlich gegen grosse Männer und rief im Goethejahr 1849 ärgert: «Wir wollen keinen Goethe mehr, wir wollen keinen Napoleon.» «Ein vernünftiges Leben» – so schildert ihn ein feinsinniger Darsteller seiner Weltanschauung, Walther Bussmann – «enthält eine Ordnung, in der Ursache und Wirkung sowie vor allem der angemessene Ertrag .... jeder Kraft erkennbar sind und ferner ‚der peinliche Zufall‘ ausgeschlossen bleibt. Der Fortschritt in jedem Bezirk des Lebens, im individuellen wie im nationalen, ist vom dauerhaften Fleisse und letzten Endes vom guten Schulbesuch abhängig.» Die lederne Phantasielosigkeit dieses begabten Philisters, die so viele seiner Werke schwer geniessbar macht, hat auch seine politische Haltung ausgezeichnet. Er sprach keine fremde Sprache und war fast nie im Ausland. Seine Bewegungen waren unsicher, weil er sehr kurzsichtig war, aber zu eitel, um eine Brille zu tragen. So wie er sich durch die mit weichem Pinsel meisterhaft gemalten «Bilder aus der deutschen Vergangenheit» das Auf und Ab der Geschichte «erträglich gemacht hatte, so machte er sich auch den politischen Tageskampf erträglich durch bestimmte Spielregeln, die er aus wissenschaftlichen Erkenntnissen abzuleiten glaubte. Selbstbewusst schrieb er: «Wir messen die Weisheit eines Staatsmannes zum grossen Teil darnach, ob sein Verständnis für das Vernünftige und Zweckmässige neuer Gesetzgebung und ob sein Urteil über den richtigen Zeitpunkt dafür dem unseren entspricht.» Ein Staatsmann müsse seine Massnahmen auf den Glauben an die Güte im Menschen gründen. Der «unwiderstehliche Zwang der Tatsachen», die «natürliche Entwicklung» brächten das Richtige von selbst zustande.

Es war unvermeidlich, dass es Bismarck nicht gelingen konnte, den Beifall eines Mannes dieser Art zu erringen. Statt dass Abgeordnete und Schriftsteller das Deutsche Reich zusammenredeten, brachte es dieser «leidige Genius der Gegenwart» zustande. Freytag hat ihm das nie verziehen. Entrüstet schalt er auf das verzogene, in manchem verdorbene Kind Bismarck, auf diesen rohen Dilettanten in der Politik, der seine Erfolge nur seiner Stärke und rücksichtslosen Schlaueit verdanke, nicht seiner Umsicht und Kenntnis, auf den «kohlbauenden Genius von Varzin», der das Menschengeschlecht fortwährend zwingt, sich mit ihm zu beschäftigen. Als Bismarck schwer krank in Urlaub ging, hoffte er auf sein Ableben und schrieb erleichtert: «Der Bann, welcher seit 1866 auf einen gelegt war, ist weggenommen. Wir haben aufgehört, Werkzeuge eines Einzelnen zu sein. . . . Die Lage eines preussischen Patrioten war bislang eine merkwürdig peinliche. Ein unsicherer, grilliger, aus schlechter Gesellschaft heraufgekommener Mann hatte durch Verwegenheit, Glück und wahrhaft grosse Qualitäten verstanden, sich so mit dem Ruhm und der Grösse Preussens zu identifizieren, dass, wer ihn schlug, zugleich dem Staat wehe tat.»

Aber Freytags Ansichten wechselten. Als er für den Norddeutschen Reichstag kandidierte, fand er, die «Wahlhuberei» verderbe den Charakter und führe zur Menschenverachtung. Im Reichstag – er sass zufällig neben dem Bankier Rothschild, worüber der Kladderadatsch unter der Überschrift «Soll und Haben» berichtete – empfand er plötzlich die Schwächen seiner Partei: «Es ist mit der nationalen Partei dieselbe Geschichte wie mit Nationalverein und preussischer Opposition. In einem elenden Formalismus, in abgeschmackten Amendements [Zusätzen] verderben wir Kraft und Zeit, haben unsere wahrhaft imponierende Stellung eingebüsst und die ganze Verfassungsarbeit in borniertem Eifer in Frage gestellt.» Bei seiner einzigen Rede musste ihm sein Parteifreund Bennigsen das Wort entziehen. Schliesslich empfand er sogar, wie fragwürdig seine Grundtheorie war; an seinen Freund, den General Stosch, schrieb er: «Es liegt darin für uns Schriftsteller eine Lehre, nicht zu vie-

lerlei bedeuten zu wollen. Es ist überhaupt eine wunderliche Präsump-  
tion, dass der, welcher gut über Volk und Staatsleben geschrieben, auch  
das, was erst werden soll, gut machen könne. Er wird im Gegenteil, wenn  
er der Gewohnheit verfallen ist, die Dinge mit der souveränen Freiheit  
und Ruhe eines Historikers zu betrachten, zuverlässig die Geschäfte un-  
ruhig oder von dem Standpunkt betreiben, dass sie sich von selbst ma-  
chen.»

## VI

Ganz anders als Twesten, Lasker und Freytag stellten sich jene Libe-  
ralen zu Bismarck, die entweder – wie Bennigsen, Miquel oder Bamber-  
ger – stärker im tätigen Leben standen und von Natur Föhlung mit der  
Wirklichkeit besaßen oder die – wie die Historiker Mommsen und  
Droysen oder der Staatsrechtler Bluntschli – aus ihrem geschichtlichen  
Verständnis die Grösse seiner Persönlichkeit erfassten. Bennigsen kam  
aus dem hannoverschen Adel, Miquel von Marx, Bamberger aus der  
pfälzischen Revolutionsarmee, aber ihre aufgeschlossenen Naturen wur-  
den von dem grossen Magneten aus ihrer Bahn gerissen – auch gegen  
ihren Willen. «Er ist doch ein Mensch von Geist und Leben und mit dem  
findet man sich wieder», schrieb Bamberger widerstrebend an Lasker;  
er sympathisierte mehr mit Bismarcks Reden als mit denen Twestens.  
Droysen rief: «Dies Jahr 1866 allein schon macht es der Mühe wert, ge-  
lebt zu haben.» Er missbilligte, dass die liberale Opposition «gelegent-  
lich der Gründung einer deutschen Macht noch einige Schock Grund-  
rechte und andere Freiheiten herauszuschlagen Lust zeigt. Ich bin wahr-  
lich von Herzen liberal, aber diese deutsche Freiheitsgeilheit bei  
schimpflichster politischer Ohnmacht ekelt mich an.» Bluntschli berich-  
tete: «So reckenhaft und fast antediluvianisch mir der Mann erschienen  
war, als ich ihn zum erstenmal erblickte, so machte er mir nun einen  
ganz anderen Eindruck. Er war überaus liebenswürdig und bei seiner  
staunenswerten Offenheit durchaus behaglich. Oft lachte er ganz von  
Herzen. Seine Stimme offenbarte auch zarte und sogar weiche Empfin-

dungen. Ein paarmal aber leuchteten die Augen wie Blitze. Ich war in hohem Grade von der ganzen genialen Weise befriedigt.»

Vollends Theodor Mommsen erblickte diese Probleme von der Warte eines Menschen, der selbst voller genialer Züge steckte, und klagte: «Es ist doch eigentlich jammerschade, einem solchen Mann nicht näherzutreten zu können.»

Auch Friedrich Theodor Vischer, ein alter 48er, der ursprünglich aus seinem ganzen schwäbischen Stammesgefühl diesen Preussen, den er für einen Mann der Gewalt hielt, verabscheut hatte, rang sich zur Bewunderung Bismarcks durch und erklärte die Gegnerschaft gegen ihn aus der Unfähigkeit der Menschen, zu ertragen, dass Verstand und Wille von so vielen in einem zusammengefasst seien; «Sie hassen ihn und säen Hass gegen ihn. Genie sein, ist immer ein tragisches Schicksal.» Karl Hillebrand spottete über die «echt deutsche Neigung» der Liberalen, in ihrem Verhältnis zu Bismarck «an jeder Ecke irre zu werden». Der badische Liberale Baumgarten schrieb empört: «Wenn der alte Waldeck die Zeiten des Konfliktes als ruhmreiche und erfreuliche bezeichnen kann, so ist es wohl nötig, auf den kläglichen Bankerott hinzuweisen, welchen der Fortschritt in diesem Konflikt erlitten hat. . . . Reden, nur um die eigene Überzeugung zu wahren, ist doch vollkommen läppisch. Und die Herren dürfen doch wahrlich nicht vergessen, dass diese Regierung den Feldzug geführt und sie ihre Erfolge möglichst gehemmt haben. . . . Ich bekenne Ihnen, dass mir die Reden der Herren Lasker, Virchow, Unruh, Twesten einen wahren Ekel erregt haben, von Waldeck und Hoverbeck gar nicht zu reden. Diese Passivität, wo die grössten Dinge im Zuge sind, diese kleinliche Krittellei nach so gewaltigen Ereignissen lässt mich aber ebenso eine lange Periode der Ohnmacht des Liberalismus voraussehen. Er hat nicht nur zu den Ereignissen des vorigen Sommers nichts getan, sondern er sitzt auch heute noch mürrisch in der Ecke.»

## DIE VERSÖHNUNG DER NEUEN GEBIETE

*Nichts verderblicher, nichts weniger konservativ als für Formen und hergebrachte Dinge zu kämpfen und sich zu begeistern, die im Laufe der Zeit ihren Inhalt, ihre Bedeutung verloren – nichts lohnender, nichts gesunder, nichts wahrhaft konservativer, als der Kampf gegen solche Schatten und Unwirklichkeiten.*

*Thomas Carlyle*

### I

Die versöhnliche Stimmung, die Eulenburg nach dem Krieg an Bismarck bewundert hatte, stellten auch andere fest. Einer seiner erklärten Feinde, der sächsische Diplomat Graf Vitzthum, sagte, das schlimmste für Sachsen sei Bismarcks Erkrankung. Der unerwartete Erfolg habe diesen Staatsmann versöhnlich gestimmt; mit ihm könne man sich leichter verständigen als mit dem «charakterlosen, schwerfälligen und kleinlichen Savigny». Bismarck schrieb auch ein Jahr später eigenhändig an seinen Unterstaatssekretär Thiele, der Dresdner Posten erfordere ein hohes Mass von Takt und Behutsamkeit: «Wir müssen dort bescheiden auftreten.»

Anders dachte der Kronprinz. Er hoffte, den «Sturz der letzten Rheinlandskronen noch zu erleben»; der Einheitsstaat sei «gründlich vorbereitet». Er wünschte Dresden in eine Festung mit preussischer Besatzung zu verwandeln. Bismarck antwortete: «Aufgabe der preussischen Politik kann es nicht sein, sich zu erinnern, welches Unrecht die frühere sächsische Regierung gegen uns verübt hat, noch unsere Einrichtungen so zu treffen, dass die Gefühle der sächsischen Bevölkerung durch dauernde Demütigung stets von Neuem gereizt und der Zwiespalt verewigt werde, wie es Aufgabe der Politik überhaupt nicht ist, Strafgerechtigkeit zu üben und menschlich natürliche Regungen der Empfindlichkeit, so be-



rechtigt sie sein mögen, zu befriedigen.» Eine preussische Garnison in Dresden gehöre «mehr in die Kategorie des Gessler'schen Hutes als in die von politisch zweckmässigen Massregeln. Ebenso würde eine völlige Verwandlung Dresdens in eine Festung nicht bloss in Sachsen verletzen, sondern in ganz Europa als eine Zerstörung des Schönen und Annehmlichen empfunden werden, um dessen willen Dresden allen Völkern bekannt ist und von den Geniessenden als ein gemeinsamer Besitz betrachtet und geschätzt wird.» Der Kronprinz pflichtete sofort bei.

Bismarck war auch entschlossen, in den neuen Provinzen Preussens «Uniformität zu vermeiden und durch Bewahrung der Eigentümlichkeit grade den Beweis zu liefern, dass Preussen alle deutschen Individualitäten in sich aufnehmen kann, ohne sie aufzuheben». Er wollte auch den älteren Provinzen eine selbständigere Stellung einräumen und auf diesem Wege das allzu starre Gefüge Preussens auflockern. Man müsse die Bürokratie nach dem Wort Schwarzenbergs erst schwächen und dann vernichten. Es gelang ihm, den menschenfreundlichen Geist des Königs für diese Gedanken zu gewinnen; Wilhelm schrieb an den Innenminister: «Ich mache es den Ressortministern zur Pflicht, bei der Neuorganisation der annektierten Länder stets Vertrauenspersonen aus denselben zu den Beratungen hinzuzuziehn, damit meine oft ausgesprochene Absicht, soviel es mit den Umständen vereinbar ist, Landeseigentümlichkeiten zu schonen, zur Ausführung komme.»

Aber Bismarck stiess auf den erbitterten Widerstand seiner Kollegen. «Der Bismarck ruiniert uns noch den ganzen preussischen Staat», erklärte ein hoher Beamter. Solange Bismarck in Berlin war, setzte er seine Absichten durch. Aber kaum war er in Varzin, da liessen seine Kollegen einen Wolkenbruch von Verpreussungs-Massnahmen herunterprasseln. Sie setzten in den neuen Provinzen eine Fülle altpreussischer Verordnungen in Kraft, sie spickten die Verwaltung mit altpreussischen Beamten und sie vereinigten die finanziellen Mittel dieser Länder kurzerhand mit denen Preussens. Bismarck protestierte von Varzin aus mit äusserster Grobheit: es handle sich um plumpe Missgriffe; diese Schärfe

sei ganz unnötig; der König möge einschreiten. Daraufhin bat Wilhelm Bismarck fast um Entschuldigung: «Ich bitte Sie, den Ministern zu sagen, wie sie es schon aus meinen einzelnen Änderungen entnommen haben, dass ich sehr unangenehm berührt bin, und erwarte von Ihnen recht eingehenden Vortrag, um schleunig Remedur in Vielem zu bewirken.»

Bismarck brach seinen Urlaub ab, und eine Anzahl Massnahmen wurden rückgängig gemacht; so wurde z.B. der hessische Staatsschatz – er stammte aus dem Blutgeld der nach Amerika verkauften Landeskinder – zurückgegeben. Aber in vollem Umfang konnte Bismarck seine Pläne nicht durchsetzen; er war nicht Vorgesetzter der übrigen Minister und mit Arbeit zu überlastet, um sich um alle Einzelheiten selbst kümmern zu können. Er erzählte offen, wenn er nicht in Berlin sei, werde wenig geleistet: «Die Geheimräte haben sich untereinander gezankt, die Minister haben untereinander diniert, weiter ist gar nichts geschehen.» Man könne gar nicht ermessen, was es für eine Plage sei, sieben Menschen – die Minister – in Ordnung zu halten, die alle miteinander von der Sache nichts verstünden. Bei den sieben zählte er in der Eile sich selbst und Roon mit. Er erwog sogar, in ruhigerer Zeit einmal das Ministerium des Innern zu übernehmen, um «diesen Augiasstall zu reinigen». Aber der König lehnte es ab, sich von seinen Ministern zu trennen. Er legte sich dann – wie Bismarck ungeniert den Liberalen berichtete – «erst aufs Flennen und dann aufs Schmollen und bäte, man solle ihn alten Mann doch in Ruhe lassen». Zu allem Unglück beantragte Roon 6 Monate Krankheitsurlaub. Bismarck schrieb ihm verzweifelt: «Im Collegium der Gespielen bleibe ich ‚unter Larven die einzige fühlende Brust‘, und dem Könige gegenüber ist der Beistand Ihrer politischen Autorität gar nicht zu ersetzen, da niemand so viel Salz mit dem Herrn gegessen hat wie Sie.»

Auch auf anderen Gebieten zeigte es sich, dass Bismarck – wenn es die Lage gestattete – ebensowohl der Mann des Ausgleichs war, wie er vorher der Mann des Kampfes gewesen. Er setzte sich dafür ein, seinem

alten Duellgegner Vincke einen Landtagssitz zu verschaffen. Er unterband die Massnahmen des Innenministers gegen die Jesuiten. Er protestierte gegen eine geringfügige Überschreitung der vorgesehenen Heeresstärke, weil man sonst wieder «in den schönsten Verfassungskonflikt» geraten könne. Er verzichtete nach monatelangen zähen Verhandlungen auf Wunsch des Königs und seiner Kollegen auf eine Steuererhöhung mit der Begründung, er wolle nicht in den Fehler der parlamentarischen Politiker, nämlich des Glaubens an die eigene Unfehlbarkeit, verfallen. Es handelte sich um den geringfügigen Betrag von 5 Millionen Talern, aber dem König lag viel an der Sache, und er antwortete mit den rührenden Worten: «Wenn je meine Achtung und Dankbarkeit gegen Sie sich noch steigern könnte, so war es der Inhalt dieses Ihres Briefes . . . Meinem Königsherzen ist ein furchtbar schwerer Entschluss erspart, der meinem Volke in diesem Augenblicke neue Lasten auferlegt hätte.»

Als in der rumänischen Kammer ein antisemitischer Gesetzentwurf eingebracht wurde, riet er dem Fürsten Karl dringend, ihm nicht Folge zu geben, «da eine so vernichtende Verfolgung dieser immer mehr nützlichen als gefährlichen Klasse der Bevölkerung . . . ein gefährliches Unternehmen sein würde»; der König fügte hinzu, Karl dürfe, selbst wenn die Kammer «einen solchen Unsinn» annehme, ihn nicht bestätigen.

Bismarck hat sich von den überwältigenden Erfolgen von 1866 nicht einen Augenblick berauschen lassen. Er hat vielmehr die ganze Wucht seiner Persönlichkeit dem neuen Ziel gewidmet: alle verletzten Empfindungen innerhalb des neuen Preussens, innerhalb Deutschlands und innerhalb Europas wieder zu versöhnen.

## II

In Hessen-Kassel und in Nassau begrüßte man die Angliederung an Preussen. In Wiesbaden wurde König Wilhelm mit stürmischem Jubel empfangen; mit Tränen in den Augen sagte der bescheidene alte Mann: «Jedes Hurra, was mir gebracht wird, ist mir ein Stich ins Herz; denn es

liegt darin eine Untreue gegen den früheren Herrscher, und mich kennen ja die Leute noch gar nicht.»

Anders stand es in dem ehemaligen Königreich Hannover. Durch das wohlhabende blühende Land liefen mehr Strassen und mehr Eisenbahnen als durch Preussen; Häfen waren gebaut, Kanäle geplant. Das Staatsvermögen belief sich auf 54 Millionen Taler. 30 Prozent des Staatshaushalts waren gedeckt durch den Überschuss der Staatsbahn, die Verwaltung war engmaschig und vorzüglich, kurzum die Hannoveraner waren den Preussen in vielem überlegen. Bismarck wollte sie zufriedenstellen. Er schlug vor, der Kronprinz sollte als Statthalter in Hannover residieren. Aber dieser Vorschlag scheiterte an den Ansprüchen Friedrich Wilhelms. So setzte Bismarck wenigstens als Oberpräsidenten keinen Altpreußen ein, sondern den Grafen Otto v. Stolberg-Wernigerode, einen in Hannover begüterten Edelmann, taktvoll und wohlwollend, und vor allem stark genug, sich gegen die Berliner Minister durchzusetzen. In ausführlichen Briefen an Stolberg hat Bismarck die Personalangelegenheiten des Oberpräsidiums, die Einzelheiten der Verwaltung, die Organisationsprobleme und Schulfragen, vor allem Massnahmen zugunsten der Volksschullehrer, festgelegt. Bismarck bestand auch darauf, dass der hannoverische Staatsschatz dem Land als Fonds der Provinz Hannover erhalten bleibe. Die Versöhnungspolitik trug Früchte. Schon die erste Wahl ergab eine Mehrheit der preussenfreundlichen Parteien, und sie nahm von Wahl zu Wahl zu.

Aber in Altpreußen machte sich Bismarck mit dieser Politik grimme Feinde. Seine eigene Partei, die Konservativen, rebellierten. Sie glaubten, dafür gute Gründe zu haben. Hatte dieser Mann, der in ihren Augen doch schliesslich ihr Geschöpf war, sie nicht um alle Früchte von Königgrätz geprellt, nämlich um die Alleinherrschaft in Preussen? Hatte er ihnen nicht rundum ab gelehnt, die Verfassung nach dem Sieg nach rückwärts zu revidieren? Hatte er sie nicht ironisch gefragt, ob sie hierfür auch die Zustimmung des Thronfolgers besässen? Hatte er ihnen nicht in seiner «Laskerhaftigkeit», wie sie spöttisch sagten, das allgemeine

Wahlrecht beschert? Hatte er nicht drei Throne umgestürzt, und das nur, um Preussen einige Provinzen zu verschaffen, in denen man ohnehin doch gar nicht auf konservative Wähler rechnen konnte? Und war dieser gräfliche Bundeskanzler nicht überhaupt selbständiger und unabhängiger geworden, als es einem kleinen altmärkischen Gutsbesitzer zukam? Wählte er nicht als Hauptstütze seiner Gesetzgebung Leute, die im Konflikt auf der anderen Seite der Barrikade gestanden und ihn auf das Gemeinste beschimpft hatten? «Jede einzelne Massregel», schrieb der Landrat von Waldow-Steinhöfel trotzig an Bismarck, «war gegen den grossen Grundbesitz und gegen die konservativen Interessen gerichtet, und wie schmerzlich es auch ist, der Gedanke verbreitet sich mehr und mehr, dass Exzellenz die konservativen Interessen aufgegeben haben.» Die Konservativen stellten Bismarcks persönlichen Feind, den ehemaligen Finanzminister Bodelschwingh, den Bismarck als den grössten Lügner Preussens zu bezeichnen pflegte, an die Spitze ihrer Fraktion.

Was den Becher zum Überlaufen brachte, war die Versöhnungspolitik gegenüber den neuen Provinzen, vor allem, dass Hannover seinen Staatsschatz als Provinz-Vermögen behalten solle. Wenn die Konservativen schon zu dieser Massnahme ihre Zustimmung geben sollten, so wollten sie wenigstens nach alter parlamentarischer Sitte hierfür etwas einhandeln, und zwar einen Verzicht Bismarcks auf eine Reform der Kreisordnung; diese Reform sollte die Machtstellung der Gutsbesitzer abschwächen.

Aber Zugeständnisse, die er für sachlich verfehlt hielt, machte Bismarck seinen Freunden sowenig wie seinen Feinden. Er dachte nicht daran, «in die konservative Fraktion einzutreten». Er drehte den Spiess sogleich um. Der baltische Publizist Julius v. Eckardt beschreibt eine Szene bei einer privaten Abendeinladung im Hause Bismarcks, in der sich der Abgeordnete v. d. Marwitz zum Sprecher der Konservativen machte: «Ich muss dir sagen, lieber Bismarck», hob er mit einiger Befangenheit an, «ich muss dir aufrichtig sagen, dass wir Konservativen dir in der Sache des hannoverschen Provinzialschatzes nicht zu folgen vermögen. Dergleichen Abweichungen von der erprobten altpreussi-

schen Ordnung können unsere Sache nicht sein. Ich glaube, dass der grösste Teil unsrer Fraktion dagegen stimmen wird, und du wirst dich darüber nicht wundern können.» «Und ich,» fuhr es Bismarck heraus, «ich sage dir: Wenn ihr mir diese wichtige Sache verderbt, so sollt ihr eine Kreisordnung bekommen, die so aussehen wird, als wäre sie von lauter Kreisrichtern gemacht worden.» Herr v. d. Marwitz stutzte: «Du sagst das wohl, lieber Bismarck», meinte er begütigend, «aber tun wirst du es nicht». «So!», fuhr der mehr und mehr ins Feuer gekommene Minister auf: «Da kennt ihr mich schlecht. Im Jahre sechsundsechzig haben die Österreicher auch gesagt: Schiessen wird der Bismarck nicht, das tut er doch nicht! Nun, habe ich geschossen?» Sofort lenkte Marwitz ein: «Lieber Bismarck, du weisst, dass wir Landleute sind, die einen Kuhschwanz vom Pferdeschwanz wohl zu unterscheiden wissen – auf deine grosse Politik und was mit derselben zusammenhängt, verstehen wir uns dagegen nicht. Wenn an dieser hannoverschen Geschichte wirklich so viel gelegen ist, wie du sagst, so gibt es unserer Meinung nach nur ein Mittel, um mit ihr fertig zu werden. Auf dem nächsten Hof ball muss Majestät dem einen oder dem anderen von uns sagen, Sie wüschten entschieden, dass wir für den hannoverschen Provinzialfonds stimmen. So wird sich vielleicht die Sache machen lassen.» Das half. Der Provinzialfonds wurde genehmigt. Auch der widerspenstige Waldow-Steinhöfel gab im Herrenhaus nach. Die Kreisordnung wurde nach Bismarcks Wünschen reformiert. Der Kladderadatsch brachte eine Parodie auf Hektors Abschied von Andromache:

*Sie*

*Will sich Hektor ernstlich von uns wenden,  
Weil wir jüngst mit allzu kecken Händen  
In die Zügel fielen Seinem Pferd?  
Wer wird künftig uns zu wählen wagen,  
Wer im Volke wird nach uns noch fragen»  
Wenn Er stolz den Rücken uns gekehrt?*

*Er*

*Teure Freund', ihr scheint mir doch zu pauvre,  
Wenn beim Provinzialfonds für Hannover*

*Ihr gedacht, dass euch der Streich gelingt!  
Übertrumpfend eure dicksten Trumpfe,  
Werd ich lachen, wenn vor Angst im Sumpfe  
Euern Sieg' ihr euch be-bodelschwingt!*

*Sie*

*Wiederkehrend zu der alten Treue,  
Fühlen die konservatiefste Reue  
Wir schon jetzt ob unsrem Übermut.  
Was am Dönhofsplatze grob und sträflich  
Die Partei gefehlt – Waldow-Steinhöflich  
Macht im Herrenhaus sie's wieder gut!*

*Er*

*All mein Sehnen sollt ich, all mein Denken  
Nur nach eures Willens Strippe lenken?  
Nein ihr Herrn, ihr seid mir doch zu klein!  
Lebet wohl! Dahin ist das Prestige!  
Und ihr Alle könnt – Noblesse oblige –  
Könnt mir Alle – stets gewogen sein!*

Auch den Wunsch der Konservativen nach einem deutschen Reichskriegsminister lehnte er ab. Er traute sich zu – jetzt und später, hier wie anderwärts –, an die geschichtliche Mannigfaltigkeit der deutschen Überlieferung anzuknüpfen und trotzdem ein Werk aus einem Guss zu schaffen. Wo andere Grundsatzprobleme sahen, sah er die Notwendigkeit einer individuellen Leistung.

Selbst dem bedeutendsten der Konservativen, dem Kriegsminister Roon, wurde «fast greulich zu Sinne». Als Lippe gehen sollte, schrieb er, er habe Sorge, der «Dreihärige» – das war Bismarck in der Karikatur des Kladderadatsch – «könnte wieder einen genialen und überraschenden Einfall haben». Bismarcks «souveräne Verachtung seiner Umgebung» erfüllte ihn mit Bitterkeit. Einem Freund schrieb er: «Politisch gehöre ich – unter uns – der konservativen Opposition an, weil ich nicht wider meinen Willen mit verbundenen Augen geführt werden mag, wer weiss wohin . . . Aber ich verzage noch nicht.» Als die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes sich immer stärker mit liberalen Gedanken erfüllte, fing er an, seine gesamte Politik zu bereuen. «Es geht alles aus

dem Leim», klagte er meinem Briefe, «und ich alter Sünder habe zuweilen Gewissensbisse: da wir, wenn auch zu blendenden, doch zu ganz anderen Resultaten gekommen und zu kommen scheinen, als mir in meinen früheren Tagen wünschenswert geschienen.»

Die Kritik der konservativen Freunde erstreckte sich sogar auf Bismarcks Privatleben. Ein Gutsbesitzer Andrae auf Roman schrieb ihm – schon vor dem Krieg von 1866 – einen langen Brief über seinen Mangel an Religiosität: Bismarck gelte in weiten Kreisen für den rücksichtslosesten und gewissenlosesten Staatsmann der Gegenwart. «Als ich im Herbste mit einem bewährten, in weitesten Kreisen der Christen geachteten Berliner Geistlichen . . . über Sie sprach und mich darauf bezog, dass das unsre Hoffnung und unser starker Trost sei, einen Mann an der Spitze zu wissen, der, wenn auch trotz aller seiner grossen Gaben dem Irrtum unterworfen, die feste Aufgabe sich gesetzt habe, seinen Willen allewege gefangen zu geben in des Herrn Willen, erwiderte er mir: ‚Woher weiss man das? Er besucht fast nie das Gotteshaus, er setzt die höchsten Interessen aufs Spiel... er lässt sich mit einer öffentlichen Sängerin photographieren – das sind Dinge, die auf ein ernstes Christentum nicht eben schliessen lassen/ Mein hochverehrter, inniggeliebter Freund . . . die Tatsachen sind ja leider wahr. Sie werden mir nicht sagen: ‚Zum regelmässigen Kirchenbesuch habe ich keine Zeit‘, denn Sie wissen so gut wie ich, dass Gott keine Ordnung einsetzt, die nicht zu halten ist, sondern vielleicht wie in Frankfurt: ‚Ich erbaue mich an einer guten Predigt zu Hause besser, als an einer schlechten im Gotteshause.‘ Aber Berlin hat keinen Mangel an ausgezeichneten Pastoren, und ausserdem liegt ein besonderer Segen darauf, dass wir die von Gottes Wort und seiner Kirche gesetzten Ordnungen einhalten, und niemand wird sich ungestraft darüber hinwegsetzen.»

Bei der Photographie handelte es sich darum, dass Bismarck auf einer Kurpromenade sich auf Wunsch einiger Bekannter zusammen mit der weltberühmten Sängerin Pauline Lucca, verheirateter Frau v. Rhaden, einer Dame von bestem Ruf, hatte aufnehmen lassen (hier bei S. 49). Auf diesen unverschämten Brief notierte Bismarck: «ein eitler Poseur»,



aber er antwortete mit ausgesuchter Höflichkeit: «Es ist mir herzlich leid, wenn ich gläubigen Christen Ärgernis gebe, aber gewiss bin ich, dass das in meinem Berufe nicht ausbleiben kann . . . Wollte Gott, dass ich ausser dem, was der Welt bekannt wird, nicht andre Sünden auf meiner Seele hätte, für die ich nur im Vertrauen auf Christi Blut Vergebung hoffe!

Als Staatsmann bin ich nicht einmal hinreichend rücksichtslos, meinem Gefühl nach eher feig, und das, weil es nicht leicht ist, in den Fragen, die an mich treten, immer die Klarheit zu gewinnen, auf deren Boden das Gottvertrauen wächst. Wer mich einen gewissenlosen Politiker schildert, tut mir Unrecht und soll sich sein Gewissen auf diesem Kampfplatze erst selbst einmal versuchen.

Was Kirchenbesuch anbelangt, so ist es unrichtig, dass ich ‚niemals ein Gotteshaus besuche‘. Ich bin seit fast sieben Monaten entweder abwesend oder krank; wer also hat diese Beobachtung gemacht? Ich gebe bereitwillig zu, dass es öfter geschehn könnte, aber es ist nicht so sehr aus Zeitmangel, als aus Rücksicht auf meine Gesundheit, dass es unterbleibt, namentlich im Winter, und denen, die sich in dieser Beziehung zum Richten an mir berufen fühlen, will ich gern genauere Auskunft darüber geben; Sie selbst werden es mir ohne medizinische Details glauben. Über die Lucca-Photographie würden auch Sie vermutlich weniger streng urteilen, wenn Sie wüssten, welchen Zufälligkeiten sie ihre Entstehung verdankt hat. Ausserdem ist die jetzige Frau von Rhaden, wenn auch Sängerin, doch eine Dame, der man ebensowenig wie mir selbst jemals unerlaubte Beziehungen geschlechtlicher Art nachgesagt hat. Demungeachtet würde ich, wenn ich in dem richtigen Augenblicke das Ärgernis erwogen hätte, welches viele und treue Freunde an diesem Scherze genommen haben, aus dem Bereiche des auf uns gerichteten Glases zurückgetreten sein. Von Ihrer eignen christlichen Erkenntnis aber erwarte ich, dass Sie den ‚Urteilenden‘ Vorsicht und Milde bei künftigen Gelegenheiten empfehlen; wir bedürfen deren alle und wenn ich unter der Vollzahl der Sünder, die des Ruhmes vor Gott mangeln, hoffe, dass Seine Gnade auch mir in den Gefahren und Zweifeln meines

Berufs den Stab demütigen Glaubens nicht nehmen werde, an dem ich meinen Weg zu finden suche, so soll mich dieses Vertrauen weder harthörig gegen tadelnde Freundesworte noch zornig gegen liebloses und hoffärtiges Urteil machen.»

### III

Unversöhnlich blieb König Georg von Hannover. Im Stil einer päpstlichen Verfluchungsbulle bezeichnete er die Annexion als einen verbrecherischen und verabscheuungswürdigen Raub, einen offenkundigen Verstoss gegen die Unverletzlichkeit aller Staaten und Kronen. Er missbrauchte – wie Treitschke sagte – die Langmut Gottes, indem er tagtäglich die ewige Dauer des Weifenthrones verkündete. Hannoverische Offiziere schlossen einen «Totenbund»; jedes Mitglied sollte nacheinander Bismarck zum Duell zwingen, bis er erschossen sei; der Plan wurde aber aufgegeben.

Georg bereitete planmässig einen Aufstand vor und unterstützte auch polnische Emigranten. Ein Vertrauter König Georgs, der Regierungsrat Meding, erklärte der französischen Regierung, ein Krieg zwischen Preussen und Frankreich sei auf die Dauer unvermeidlich; dann werde König Georg einen Aufruf an sein Volk erlassen und ein bedeutendes Hilfskorps zusammenbringen. Dies Korps werde nicht nur zahlenmässig ins Gewicht fallen, sondern vor allem auch beweisen, dass der Krieg Frankreichs nicht gegen das deutsche Volk gerichtet sei, sondern nur gegen die preussische Regierung. Frankreich müsse Waffen und Geldmittel zur Verfügung stellen. Der Minister Platen, der mit König Georg nach Hietzing bei Wien gegangen war, schrieb an Meding: «Das Schwierigste ist meiner Ansicht nach für den Fall, dass man überhaupt auf unsere Hilfe reflektiert, das Geld zur Anschaffung von Waffen, Wegschaffung der Mannschaften aus Hannover nach dem bestimmten Sammlungsplatz und zur Unterhaltung der Armee. Ohne das erforderliche Geld ist nichts zu machen, und so viel als nötig haben wir nicht.»

Das gewünschte Geld erhielt König Georg, aber nicht von Frankreich, sondern – vermutlich zu seiner eigenen Überraschung – von Bismarck. Der König hatte eine Zivilliste von 400'000 Taler jährlich bezogen. Bismarck liess ihm als Abfindung 700'000 Taler, also eine bedeutende Aufbesserung bieten, und zwar – wie schon erzählt – in der Form, dass er ein Kapital von 16 Millionen Taler erhalten solle; jedoch solle dies Vermögen selbst zunächst unter preussischer Verwaltung bleiben, und nur die Zinsen sollten an König Georg fließen. Dafür solle der König die nach London verlagerten – ohnehin von den englischen Banken für beide Teile gesperrten – Staatsgelder herausgeben und auf seinen Thron verzichten. Die zweite Bedingung lehnte Georg rundum ab.

Aber Bismarck entschloss sich trotzdem, sein Angebot aufrechtzuerhalten. Königin Viktoria von England schrieb Bismarck, wenn ihr Vetter das viele Geld nehme, sei er auch ohne Thronverzicht durch Ehrenpflicht gebunden, wenigstens den bestehenden Zustand nicht zu stören. Bismarck selbst rechnete vermutlich weniger auf das Gewissen als auf die Vernunft des Königs, denn Georg musste sich ja sagen, dass Preussen ihm schwerlich die Zinsen auf die Dauer weiterzahlen werde, wenn er das Geld zu Rüstungen gegen Preussen benutze. So kam der Vertrag zustande. Der englische Aussenminister Stanley sagte dem preussischen Gesandten, er halte es für einen Akt sehr weiser Politik, dass die preussische Regierung den ehemaligen König von Hannover so glänzend abgefunden habe. Er habe dadurch sein ‚Königreich verkauft‘ und werde demnach nicht mehr imstande sein, Preussen im Falle eines Krieges oder unter sonstigen Umständen Verlegenheiten zu bereiten.

Aber Viktoria und Bismarck hatten den blinden König falsch eingeschätzt. Kaum war der Vertrag unterschrieben, baute er seine «Weissenlegion» weiter aus. Die Gewehre, Uniformen, Säbel, Stiefel, kurz die gesamte feldmarschmässige Ausrüstung für 10'000 Mann wurde in Frankreich gekauft und hinterlegt. Der Unterhalt des vorhandenen Kerns der Legionäre kostete jährlich 350'000 Taler; dazu kamen die Kosten der Agitation in Hannover. Zur Silberhochzeit des Königs wallfahrteten

2'000 Hannoveraner nach Hietzing bei Wien, und König Georg trank auf die Wiedererrichtung seines Königreichs.

Bismarck hatte von den Einzelheiten der Vorbereitungen König Georgs natürlich keine Kenntnis. Aber er erfuhr genug, um die Gefahr zu erkennen. In einer Zeit, in der ständig drohende Kriegswolken am Himmel standen, schürte König Georg mit preussischen Zahlungen einen Aufstand und wollte sich mit Preussens mutmasslichen Gegnern verbünden. Bismarck liess ihn durch Königin Viktoria und durch Österreich warnen. Aber König Georg verharrte so eigensinnig, wie er zeitlebens gewesen war, bei seiner Politik. Jetzt empfahl selbst Österreich, die Zinsen zu sperren. Auch Lord Stanley erkannte das Recht Preussens zu diesem Schritt an und bat nur, das Kapital selbst dem Weifenhaus zu erhalten. Die Sperre traf Georgs Geldbeutel empfindlich. Zwar besass er in England ein Privatvermögen von 30 bis 40 Millionen Mark. Aber er beabsichtigte nicht, dieses Geld auf die Dauer für die Weifenlegion zu opfern. Die Legion wurde im Frühjahr 1870 aufgelöst; jeder der armen verführten Menschen empfing die bescheidene Abfindung von 400 Franken. Zum Glück war König Wilhelm grosszügiger als Georg: bei Ausbruch des Krieges von 1870 erliess er, um einen Eintritt von Hannoveranern in das französische Heer zu verhindern, eine allgemeine Amnestie und bewilligte jedem Offizier der gegen ihn gegründeten Weifenlegion ein lebenslängliches Ruhegeld von 1200 Talern jährlich. Alle machten davon Gebrauch. In seiner praktischen Art sicherte Bismarck dem ehemaligen Vertrauten König Georgs, Meding, eine hohe Pension zu, falls er in Hannover dafür Sorge trage, dass Preussen keinen einzigen Hannoveraner wegen Landesverrats erschiessen müsse. Meding hat sich das Geld verdient.

Im preussischen Landtag erhob der ehemalige Justizminister und jetzige Rechtsvertreter König Georgs, Ludwig Windthorst, Protest gegen die Sperre der Zinsen. Bismarck habe für eine Agitation gegen Preussen keine Beweise als die Nachrichten von Spitzeln und Spionen. Er hatte den Mut, die Existenz der Welfenlegion zu bestreiten. Dieser Einwand ist heute überholt, da wir aus Medings Lebenserinnerungen alle Einzel-

heiten kennen. Bismarcks Gegner haben jetzt im Gegenteil eingewandt, Bismarck habe diese Agitation schon bei Abschluss des Vertrags gekannt. Aber auch diese Kritik ist unbegründet: grade aus Windthorsts Einwand ersehen wir, dass Bismarck ursprünglich nur unvollkommene Informationen vorlagen: auch konnte er mit Recht annehmen, dass Georg nach *diesem* Vertrag seine Rüstung nicht vergrössern, sondern einstellen werde. Erst 25 Jahre später hat Georgs Sohn auf die Krone verzichtet; darauf wurde das Vermögen wieder freigegeben.

Bismarck beantragte, ein Teil der gesperrten Zinsen solle als Geheimfonds verwendet werden, um staatsfeindliche Bestrebungen zu bekämpfen. Die Umsturzbestrebungen der Welfen waren belanglos, solange Frieden herrschte. Sie konnten aber für Preussen gefährlich werden, wenn es in einen europäischen Krieg geriet. Dass dieser Krieg infolge der schwierigen Lage Napoleons vor der Tür stand, ahnten die Abgeordneten nicht. Bismarck sprach vorsichtig von dem bedrohten Frieden und fügte hinzu: «Wenn ich das sage, so setze ich mich zwar wiederum der Gefahr aus, dass ein geehrter Abgeordneter hier mich für einen Schwarzseher hält und findet, ich spräche von einer Degenspitze, die auf unsere Brust gerichtet ist, und die er nicht sieht. Es ist mein Trost, dass dieser Herr Abgeordnete seinerzeit Hunderttausende von Bajonetten, als sie schon erkennbar in der Luft schwebten, auch nicht gesehen hat. Der schlaftrunkene Kämmerling des Königs Duncan sah den Dolch des Macbeth auch nicht; die Aufgabe der Regierung eines grossen Landes ist es aber, die Augen offen zu haben und wach zu sein.... Leider kann sich das Ausland sagen, dass, wenn eine Armee siegreich bei uns vordränge, sie nicht überall auf denselben feindlichen Widerstand stossen würde, wie er vielleicht bei jeder anderen geschlossenen europäischen Nation zu erwarten wäre. Die Coriolane sind in Deutschland nicht selten, es fehlt nur an Volkskern und wenn sie Volkskern fänden, würden sie sich bald demaskieren.»

Die Notwendigkeit eines politischen Geheimfonds begründete er mit den Worten: «Überall, wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glacéhandschuhen anfassen kann. Dieser Tatsache

gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösertige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben.» Bismarcks Gegner haben später diese Worte so umgeprägt, dass Bismarck hiermit seine eigenen «Reptilien» bezahlt habe, also Personen, die im In- oder Ausland für die Regierung schrieben oder Spionage trieben. Tatsächlich ist nur ein Teil der 700'000 Taler Zinsen für Geheimzwecke verwendet worden, weit mehr für Bauten in Hannover. Gemessen an den Geheimfonds, die später die meisten Staaten der Erde für solche Zwecke verwandt haben – etwa den Millionen, die zwischen Frankreich und Russland zum Ankauf von Journalisten hin- und hergeflossen sind – war dieser Dispositionsfonds sehr niedrig. Bei der Reichsgründung hat er sich – wie wir noch sehen werden – entscheidend bewährt.

Auf den Weifenfonds wollte Bismarck auch zurückgreifen, als preussisches Militär in Celle ein Denkmal für die bei Langensalza gefallenen Hannoveraner rechtswidrig entfernt hatte. Er schrieb an Roon, man solle auf der gleichen Stelle ein neues Denkmal für diese Hannoveraner errichten, «zum Zeichen, dass der König die Fahntreue auch da an seinen gegenwärtigen Untertanen ehrt, wo sie ihm berechtigterweise gegenüber gestanden haben». Es sei dies «ein Gebot der politischen Klugheit, und wenn wir von der nichts mehr wissen wollten, so dürfen wir den Abgeordneten auch nicht mehr vorwerfen, dass jeder von ihnen mit seinem ‚Rechtsboden‘ durch die Wand will, ohne zu ermitteln, was dabei aus dem Staate wird». Aber Bismarck drang mit diesem Vorschlag nicht durch; nur in einem privaten Garten wurde das Denkmal wieder errichtet.

#### IV

Bei der ersten Wahl in Schleswig-Holstein wurden noch zwei Drittel der Stimmen für liberale Abgeordnete abgegeben, die meist augustinburgisch waren. Aber schon bei der Abstimmung über die Verfassung

des Norddeutschen Bundes stimmte die Hälfte von ihnen mit Ja. Nach wenigen Jahren war Friedrich der Sachte vergessen.

Auch gegenüber den dänisch sprechenden Schleswigern betrieb Bismarck eine Politik der Versöhnung. Schon im Wiener Frieden hatte er der dänischen Sprache – von 800'000 Einwohnern sprachen 135'000 dänisch – Gleichberechtigung zusichern wollen; aber Dänemark hatte die Gegenseitigkeit abgelehnt. Der Prager Friede sah auf Wunsch Frankreichs vor, dass die Bewohner der nördlichen Kreise abstimmen sollten, ob sie zu Dänemark wollten. Bismarck hielt das für richtig; er erklärte im Landtag: «Ich bin stets der Meinung gewesen, dass eine Bevölkerung, die wirklich in zweifellos und dauernd manifestiertem Willen nicht preussisch oder nicht deutsch sein, sondern einem angrenzenden Nachbarstaate ihrer Nationalität angehören will, keine Stärkung der Macht bildet, von welcher sie sich zu trennen bestrebt ist.» Er liess schon Vorbereitungen zur Abstimmung treffen, aber er setzte sich nicht durch. Die Liberalen missbilligten diese Volksentscheidung. Twisten erklärte, es sei die Mission des deutschen Volkes, seine Kultur auch fremden Völkern einzuprägen. Bismarck hasste solche Phrasen: ein freundschaftlich gesinnter Nachbar sei wertvoller als 100'000 Einwohner mehr. Die Lösung sei aber in diesem Falle dadurch erschwert, dass Deutsche und Dänen durcheinanderwohnten. So wollte er die Frage sehr einfach lösen: der nördlichste Kreis Hadersleben sollte wieder dänisch werden. Aber damit waren auch der König und die Generale nicht einverstanden.

Bismarck musste sich begnügen, dem Zivilkommissar zu schreiben: «S. M. der König will den verpflichtenden Wahlspruch seines Hauses ‚Suum cuique\* auch auf die fremde Nationalität und Sprache angewendet wissen, welcher seiner Fürsorge anvertraut worden.» Er dachte nicht daran, die deutsche Sprache der Bevölkerung aufzuzwingen, sondern gab einen Erlass heraus, «dass jede Gemeinde für sich beschliesst, in welcher Sprache Kirche und Schule zu halten, unbeschadet der Befugnis der überstimmten Minorität, nach eigener Wahl für die Befriedigung ihres kirchlichen und pädagogischen Bedürfnisses in ihrer Sprache zu sor-

gen». Auch Manteuffel wirkte als Generalgouverneur versöhnlich, freilich so verschwenderisch, dass Bismarck ihm durch einen Bevollmächtigten eine Mahnung sandte. Dabei liess er dem alten Wallenstein-Verehrer andeuten, jetzt schicke er erst den Questenberg, wenn aber das nichts helfe, werde der Deveroux nachkommen. Aber solche Scherze vermochten Manteuffel nicht zu versöhnen.

Bismarck ging sogar so weit, in einer tief geheimen Vermittlungsaktion den Dänen zu raten, sie sollten durch den Zaren, der mit beiden Königshäusern verwandt war, auf König Wilhelm einwirken. Aber der gut gemeinte Plan scheiterte an der Torheit König Christians: er verlangte fast ganz Schleswig mit Flensburg. Angesichts dieser Forderung sah der Zar von jeder Vermittlung ab.

#### V

Bismarck hatte in den 5 Jahren seiner Regierung Grosses erreicht. Aber unablässig waren seine Feinde, vor allem der Kreis um Auguste, bemüht, ihn zu stürzen. Schon drei Monate nach Königgrätz glaubten die Nationalliberalen, seine konservativen Gegenspieler hätten seine Stellung erschüttert; sein Stern sei erblichen; freilich sei er jetzt der Damm gegen die Reaktion: «das ist der Humor davon». Bennigsen war überzeugt, zwischen dem König und Bismarck bestehe «mehr Hass als Freundschaft».

Zwei Jahre später schrieb Forckenbeck seiner Frau, er sei vom König auffallend höflich behandelt worden, sei an der Tafel sehr gut placiert worden – «der dritte Mann links vom Hofmarschall, der dem König gerade gegenüber sass» – und habe vor und nach Tisch lange mit ihm gesprochen. «An beiden Tagen kein Wort vom Grafen Bismarck . . . Die grosse, auffallende Höflichkeit mir gegenüber lässt mich vermuten, dass man auch ohne Bismarck auskommen und sich dafür freundlichst einrichten will und mich womöglich dazu braucht. Wir werden sehen! Auch dieses nur für meine heissgeliebte Frau!» Aber das war nur liberale Träumerei. Nicht einen Augenblick erwog der König, sich von Bismarck



zu trennen, und Forckenbeck war als Minister für ihn – leider – völlig undiskutierbar. Aber diese liberalen Illusionen zeigen, wie aussichtsreich man die Feindschaft gegen Bismarck damals einschätzte.

Einer der Hauptgegenspieler Bismarcks war der Gesandte in Florenz, Herr v. Usedom, der den Liberalen erzählte, und zwar in authentischer, aktenmässiger Form: Bismarck agiere nur noch stossweise und gelegentlich so, dass man an seiner Zurechnungsfähigkeit irre werden könne. Seine Passion für den Katholizismus übersteige alle Begriffe. Er habe mit Frankreich die Garantie für die weltliche Herrschaft des Papstes übernehmen wollen. Er stecke religiös samt seiner Frau bis über die Ohren im dicksten Aberglauben.

Es war Bismarcks Grösse, die die Kleinen bedrückte. Diese Abneigung äusserte sich in verschiedenen Formen. Die Konservativen waren ehrlich überzeugt, nur ihre patriarchalischen «Prinzipien» könnten das Glück Preussens gewährleisten, und die Liberalen glaubten dasselbe von ihren «Ideen der Zeit». Da Bismarck von diesen Prinzipien und Ideen nur übernahm, was nach seinem Urteil an diesem Tage für Preussen brauchbar war, so schalten sie ihn systemlos und oberflächlich und hatten das Gefühl, «am Abgrunde hinzutaumeln». Dass sich Parteidogmen dem Staatswohl unterordnen müssen und dass die täglich wechselnde Welt täglich andere Massnahmen erfordert, widersprach ihrem ganzen Empfinden. Noch mehr erbitterte sie, dass Bismarck nicht geneigt war, seine Pläne von ihren Einfällen durchkreuzen zu lassen: er dulde keine «selbständigen Persönlichkeiten». Dass schliesslich Bismarck auch die gemeinsamen Ziele oft nur mit Mitteln erreichen konnte, die ihrer Privatmoral widersprachen, dass ein Mann dieses Ranges nicht mit der Sanftmut eines Waisenhaus-Verwalters auftreten konnte, störte ihr Selbstbewusstsein.

## VI

Schliesslich führte der Konfliktstoff, der sich um Bismarck angesammelt hatte, zu einer Explosion. Sie entlud sich an der entscheidenden Stelle: gegenüber dem König. Wie oft im Leben kamen eine Anzahl

kleinere Reibungen zusammen und machten die Spannung unerträglich.

Der preussische Gesandte in Florenz, Graf Usedom, war nach Bismarcks Urteil nicht mehr als ein «angenehmer Feuilletonist»; er posierte den Strategen und «verfluchten Kerl», sei aber unordentlich und leichtsinnig. Aber er war Freimaurer, und der König erfüllte, wie Bismarck sagte, «die Pflichten gegen die Brüder mit einer fast religiösen Treue». Es wird auch Bismarck schwerlich verborgen geblieben sein, dass sein Untergebener gegen ihn mit dreisten Verleumdungen intrigierte. Er musste damit rechnen, dass er seinem königlichen Logenbruder ähnliche Behauptungen zutrug wie den Liberalen. Kein Minister der Welt konnte einen solchen Mitarbeiter dulden.

Nun war Usedom ein Missgeschick zugestossen, das seine Stellung in Florenz sehr erschwerte. Vor Beginn des Krieges von 1866 hatte General Govone zugesichert, Italien werde den Krieg ‚im Angriff‘ führen. Als Napoleon dann Österreich bewog, Venetiens Abtretung im Voraus zu versprechen, beschloss La Marmora, das Blut seiner Soldaten zu schonen. Sogleich forderte Bismarck Usedom auf, für die zugesicherte kraftvolle Kriegführung zu sorgen: Belagerungen könne man sich sparen, wenn es gelänge, «das Herz des Feindes zu erreichen». Usedom hatte diesen Gedanken in einer ungeschickt formulierten Note weitergegeben, indem er zu einem «Stoss ins Herz» Österreichs aufforderte. Die Zusammenarbeit mit den ungarischen Revolutionären, auf die er von jeher grossen Wert gelegt hatte, verlangte er in einer Form, aus der man den – völlig unzutreffenden – Eindruck gewann, als habe Preussen seit Langem eine Verschwörung gemeinsam mit aufständischen Ungarn betrieben, um die habsburgische Monarchie zu zertrümmern. La Marmora unterschlug diese vorwurfsvolle Note und veröffentlichte sie 2 Jahre nach dem Krieg, weil er sich über die Kritik des preussischen Generalstabswerks an seiner Kriegführung ärgerte. Die Indiskretion kam Bismarck ungelegen, denn er arbeitete ständig an der Versöhnung mit Österreich. Er benutzte den Vorfall, um die Entlassung Usedom zu ver-

langen, die der Gesandte zwar nicht für jene ungeschickte Formulierung, wohl aber für seine lügenhaften Intrigen verdient hatte.

Der König gab zu, dass Usedom in einiger Zeit zurücktreten müsse. Aber als sein Logenbruder ihn persönlich aufsuchte, sicherte er ihm in seiner gütigen Art zu, von seiner Entlassung könne keine Rede sein. Usedom rühmte sich dieses Erfolges. Sogleich schuf Bismarck eine vollendete Tatsache, indem er ihn mit ausführlicher Begründung aufforderte, «einen Schritt zur Lösung unserer geschäftlichen Gemeinschaft zu tun». Usedom dachte nicht daran, sondern wandte sich wieder an den König.

Zu diesem Zwischenfall kamen zwei weitere Fälle hinzu, in denen der König Absprachen mit Bismarck nachträglich auf den Rat Untergebener abgeändert hatte. Bismarck glaubte überall den Widerstand der Gruppe um Auguste zu spüren. Schliesslich brachte ein unbedeutender Vorfall den Becher zum Überlaufen. Die Stadt Frankfurt war mit der Rückerstattung der Kontribution und einem Übernahmepreis von 2 Millionen für das Staatseigentum nicht zufrieden gewesen, sondern hatte eine dritte Million verlangt. Das gesamte preussische Ministerium hielt die Forderung für unbegründet und wollte diesem besiegten Kriegsgegner, der von allen Gegnern am besten behandelt worden war, kein Zugeständnis mehr machen. Darauf legte Wilhelm auf Betreiben Augustes aus seinem Privatvermögen die dritte Million zu-ohne Fühlung mit Bismarck. Dass der König ihm keine Gelegenheit zur Äusserung gegeben hatte, veranlasste Bismarck zu einer sofortigen und völlig unangemessenen Reaktion. Er liess dem König durch einen Geheimrat mündlich mitteilen, er werde um seine Entlassung bitten. Der König wäre berechtigt gewesen, ihm schon wegen dieser unhöflichen Form zu grollen. Aber stattdessen antwortete er mit einem überaus herzlichen Schreiben, indem es hiess: «Wie können Sie nur daran denken, dass ich auf Ihren Gedanken eingehen könnte! Mein grösstes Glück ist es ja, mit Ihnen zu leben und immer fest einverstanden zu sein! Wie können Sie sich Hypochondrien darüber machen, dass eine einzige Differenz Sie bis zum extremsten Schritt verleitet! . . . Ihr Name steht in Preussens Geschichte höher als der irgend-

eines preussischen Staatsmannes. Den soll ich lassen? Niemals. Ruhe und Gebet wird Alles ausgleichen. Ihr treuster Freund W.» Das Billett des Königs brachte Bismarck zum Einlenken. Er arbeitete sein Abschiedsgesuch zweimal um. Der Text, der schliesslich hinausging, war kein Abschiedsgesuch mehr. Bismarck erkannte an, dass die Meinungsverschiedenheit über Frankfurt unwichtig sei. Der wirkliche Anlass seiner Abschiedswünsche sei sein Gesundheitszustand; er sei den ständigen Kämpfen nicht mehr gewachsen: «Diese Kämpfe, welche ich in dem mir von Eurer Majestät anvertrauten Amte zu bestehen gehabt, haben mir die Ungnade hochstehender und die Abneigung einflussreicher Personen zugezogen. Als Äquivalent habe ich stets nur die Zufriedenheit Eurer Majestät erstrebt, und Allerhöchst dieselben können es in Ihrer erhabenen Stellung nicht nachempfinden, wie schwer jeder Moment der Unzufriedenheit, der Kälte, ja jede Meinungsverschiedenheit mit Eurer Majestät auf dem Herzen eines anhänglichen Dieners lastet, und wie Gemütsbewegungen auf körperliche Leiden zurückwirken. Eure Majestät wollen mit dieser Schwäche Nachsicht haben, da sie ein Ausfluss, wenn auch ein krankhafter, der Liebe zu Eurer Majestät Person ist. Ein Minister sollte kühlem Herzens, weniger reizbar und vor Allem gesünder sein, als ich es bin.» Der König antwortete sehr ausführlich, ging auf alle schwebenden Einzelheiten ein, versprach ihm Entlastung und schloss: «Reduzieren Sie Ihre Vorträge bei mir auf das Wichtigste usw. Vor Allem aber zweifeln Sie nie an meinem unveränderten Vertrauen und an meiner unauslöschlichen Dankbarkeit!!»

Frankfurt bekam seine Million aus dem königlichen Privatvermögen. Usedom wurde in den Wartestand versetzt, aber der König zahlte auch hier aus seiner Schatulle den Unterschied zwischen Wartegeld und Gehalt, bis er ihn zum Museumsdirektor machte. Vorübergehend war Wilhelm verstimmt. Bismarck schreibt in seinen Erinnerungen, wenn er die Briefe der damaligen Zeit durchlese, empfinde er Reue. Er hatte Ursache zu dieser Empfindung.

## DER NORDDEUTSCHE BUND

*Frischere, stärkere Luft als diejenige, die im Spätherbst 1866 durch den deutschen Norden wehte, habe ich niemals im Leben geatmet. ... Die bis ins Mark strömende Wärme der politischen Temperatur des Herbstes 1866 hatte einen stillen Zauber, der keinem anderen verglichen werden konnte. Man stand an dem Eingange einer neuen Zeit, die Wunder versprach, unter dem Eindruck einer Überraschung, die in so überreicher Fülle eingetreten war, dass den Patrioten zumute war wie Träumenden.*

*Julius v. Eckardt*

### I

Von den 30 Millionen des Norddeutschen Bundes lebten 24 in Preussen. Roggenbach sagte daher verächtlich: «Wie kann man denn einen Bund bilden aus einem Hund und den Flöhen auf seinem Rücken?» Bismarcks Kollege Eulenburg zitierte diese vernichtende Kritik mit beifälligem Lächeln. Alle Gegner und Freunde Bismarcks rätselten und stritten, wie er den Bund zu gestalten gedächte: als Staatenbund oder als Bundesstaat, unter preussischer Führung oder unter Gleichberechtigung der Länder, mit konstitutioneller oder mit parlamentarischer Regierungsform.

Aber Bismarck ging nicht aus von simplifizierenden Schulmeinungen noch von der Überheblichkeit gescheiterter Existenzen. Er studierte nicht Dogmen, er empfand Kräfte. Er wollte kein Idealbild verwirklichen, er glaubte auch nicht, dass man die deutsche Frage mit einem Schlag lösen könne. Er nahm die Fehlentwicklung der deutschen Geschichte mit all ihrer Zersplitterung als eine Gegebenheit hin: «Je mehr man an die früheren Formen anknüpft, umso leichter wird sich die Sache

machen, während das Bestreben, eine vollendete Minerva aus dem Kopfe des Präsidiums entspringen zu lassen, die Sache in den Sand der Professorenstreitigkeiten führen würde.» Er hatte es mit drei «Potenzen» zu tun: mit dem König von Preussen, mit den 22 Länderregierungen und mit dem Parlament. Es war vorauszusehen: das Parlament des neuen Bundes würde unitarisch sein, denn es wollte seine Macht erhöhen. Und eben deshalb würden die Länderregierungen antiparlamentarisch werden. So konnte er bei den Problemen der Einheit und der Freiheit diese Mächte über das Kreuz benützen: ein Übermass von Parlamentarismus konnte er mit der Rücksicht auf den Bundescharakter, ein Übermass von Föderalismus mit der Rücksicht auf das Parlament eindämmen. Er konnte diese doppelpoligen Kräfte so gegeneinander auswiegen, dass Preussens Führungsanspruch im richtigen Ausmass blieb: nicht so stark, dass er die geschichtlich begründeten Empfindungen der Länder verletzte und die Süddeutschen abschreckte, noch so schwach, dass er die Geschäftsfähigkeit des Bundes beeinträchtigte. Es war sein bewährtes System der Gegengewichte, das ihm ermöglichte, alle Übersteigerungen zu verhindern und ihm als dem persönlich Überlegenen eine grosse Machtstellung auch ohne verbriefte Grundlage zu liefern. Er wollte das sprossende politische Leben nicht zu eng in die Formeln der Verfassungsartikel schnüren. Wenn man die Verfassung mit «elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken» ausstatte, könne man ihr den Spielraum verschaffen, den sie benötige, um ein «praktischer Abdruck der Kräfte mit der jetzt möglichen Richtigstellung» zu sein und zugleich den Aufgaben der Gegenwart gerecht zu werden. Um zu diesem ausgeglichenen Zustand zu gelangen, musste man alle 3 Kräfte pfleglich, aber nicht einseitig behandeln:

Was Preussen anging, so musste es eine Führer Stellung erhalten, denn nur Preussen besass Grossmachterfahrungen und Grossmachtfähigkeiten; auch konnte er anders den preussischen Partikularismus nicht überwinden. Aber gerade dank seiner Stärke konnte Preussen gegenüber dem Parlament und den anderen Ländern nachgiebig sein.

Dem Parlament konnte er ein grosses Zugeständnis machen und die Verfassung mit mehr als einem Tropfen demokratischen Öls salben: sie beruhte auf dem freiesten Wahlrecht Europas, einem Wahlrecht, bei dem Volksfreunde wie Gladstone verzweifelt den Kopf schüttelten und die liberalen Bürger ängstlich zusammenzuckten. Bismarck hoffte, dies Parlament werde ihm eine feste Mehrheit liefern und ein «Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls» werden.

Ein solches Parlament musste dem Ausland eine heilsame Furcht einflössen. Das Bürgertum hielt er für einen unentbehrlichen Verbündeten. Er wies Eulenburg an, die nationalliberalen Kandidaten zu unterstützen. Ein Reichstag ohne liberalen Zusatz werde keinen hinreichenden Druck auf die Länderregierungen ausüben. Aber das allgemeine Wahlrecht schloss auch ein Gegengewicht gegen die Liberalen in sich: er traute sich zu, notfalls die ärmeren Schichten – damals vor allem Landarbeiter und Bauern – gegen das Bürgertum ausspielen zu können.

Die Länderregierungen schliesslich behandelte Bismarck überaus behutsam. Einer der Minister erzählte nachher: «Ich habe in meinem Leben mit manchem grossen Herrn gesprochen, nie aber einen solchen Eindruck von Majestät, Macht und Grösse empfangen; so etwa denke ich mir Karl den Grossen. Bei vollkommener persönlicher Bescheidenheit, ganz schlicht und einfach, ohne jede Grossmüligkeit, hat sich doch in jedem von Bismarcks Worten das ruhige und feste Bewusstsein ausgesprochen, dass im gegenwärtigen Augenblick in seiner Hand die Zügel liegen. Seine Rede ist stets so scharf zutreffend, seine Worte sind so bezeichnend gewesen, dass jeder Gegenstand des Gesprächs sofort hell und überschaulich geworden.» Ein anderer nannte ihn einen «nicht bloss erträglich zivilisierten, sondern wohlgezogenen Löwen, der seine Kraft nur verbeisst». Der sächsische Minister Friesen rühmte den «liebenswürdigen Weltmann», der durch eine teils echte, teils fingierte Offenheit fast unwiderstehlich werden könne.

Bismarck beruhigte auch Friesens Sorgen über das Wahlrecht: sollte die Wahl radikal ausfallen und ein Konflikt unvermeidlich sein, so müsse man «den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus stürzen»

und ein neues Parlament auf Grund eines neuen Wahlgesetzes wählen lassen. Er schloss auch mit Friesen eine Geheimabmachung: falls das Parlament den Norddeutschen Bund ablehne, sollten die Regierungen sich durch einen Staatsvertrag binden. Er deckte sich gegen Fehler des Parlaments bei den Länderregierungen, aber zugleich auch gegen Fehler der Länder bei dem Parlament. Er verschwieg Friesen nicht, dass er bei eigensinnigem Widerstand der Länderregierungen sich mit den Liberalen gegen sie verbünden werde, und führte mehrmals eines seiner Lieblingszitate an: *Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo* [Wenn ich die Himmlischen nicht rühren kann, werde ich die Unterwelt in Bewegung setzen].

## II

Aus diesen Überlegungen ergab sich Bismarcks Entwurf der Verfassung. Im Bundesrat beanspruchte Preussen nur 17 von 43 Stimmen. Er schonte das Selbstbewusstsein der Länder und er hat es auch in der Regierungspraxis sein Leben lang peinlich berücksichtigt. Die Bismarckzeit war eine «goldene Zeit der kleinen deutschen Staaten». Der Bund erhielt auch kein Ministerium, sowenig wie damals die Vereinigten Staaten oder die Schweiz ein Bundeskabinett besaßen. Die Regierung des Bundes wurde von den 43 Bundesratsmitgliedern gebildet. Den Vorsitz in diesem Kollegium sollte – ähnlich wie einst der Präsidialgesandte in Frankfurt – ein «Bundeskanzler» führen. Aber er sollte ausser diesem Vorsitzernamt keinerlei Rechte besitzen. Bismarck hatte diesen Posten seinem katholischen Jugendfreund, Franz Karl v. Savigny, dem letzten preussischen Bundesgesandten, zgedacht.

Wenn es keine Bundesminister gab, konnten sie auch nicht parlamentarisch werden, und wenn dem Reichstag nur 43 Bundesratsmitglieder gegenüberstassen, hatte er niemanden, den er persönlich fassen konnte. Auch sparte sich Bismarck auf diese Weise die aufreibenden kollegialen Widerstände, die ihn in Preussen so oft erbittert hatten.



Das neue Gebilde war in seiner Form betont föderalistisch, und das war unerlässlich, denn nur eine föderalistische Verfassung konnte die Süddeutschen anlocken. Obendrein hatte dieser Föderalismus den Vorteil, dass er die Macht des Bundesparlaments abschwächte. Und trotz der föderalistischen Färbung, trotz der bescheidenen Stellung Preussens, ja gerade infolge dieser Eigenschaften war das wunderliche Gebilde so konstruiert, dass es Bismarck die Macht verlieh, die er benötigte. Ein Staatsrechtler hat später gesagt, kein Mensch könne angeben, in welche juristische Begriffskategorie der Norddeutsche Bund eigentlich falle. Der Satz enthielt im Grunde ein hohes Lob: der Bund war nach Mass gearbeitet, nach Mass der in Deutschland gegebenen Wirklichkeit.

Diese Massarbeit zeigte sich z.B. auch in der Art, wie Bismarck es erreichen wollte, für den Norddeutschen Bund jede Wiederholung des Konflikts von 1862 unmöglich zu machen. Der Aufwand für das Heer sollte ein für allemal geregelt werden: das stehende Heer sollte 1% des Volkes betragen, und pro Kopf sollte die Regierung jährlich 225 Taler ausgeben dürfen. In jener glücklichen Zeit gleichbleibenden Geldwerts – die Preise haben zwischen 1850 und 1900 nur wenig geschwankt – war diese Lösung möglich. Im Übrigen hatte der Bund kaum Ausgaben; der Heereshaushalt umfasste 95% des Gesamthaushalts. Die übrigen 5% der Ausgaben mussten vom Reichstag genehmigt werden. Die Einnahmen dagegen waren für den Augenblick durch Zölle auch langfristig geregelt. Wenn sie nicht ausreichten, sollte das Bundespräsidium Beiträge von den Ländern erheben dürfen.

Lange Zeit hat man erzählt, Bismarck habe die Grundzüge der Verfassung an einem Nachmittag ohne Akten und Bücher herunterdiktiert, «als ob er sie von der Wand ablese». Diese Darstellung ist eine Legende; sie geht zurück auf einen von Bismarcks Hausjournalisten, den schwerhörigen Moritz Busch, der sie von Bucher gehört haben will. In Wahrheit hat Bismarck schon von Putbus aus «Unmassgebliche Betrachtungen» und andere Diktate nach Berlin gesandt und von mehreren Herren, vor allem Savigny, hiernach Entwürfe machen lassen. Als er kehrte, aus

Putbus heimkehrte, standen die Grundzüge in seinem Kopfe fest. Die Entwürfe seiner Mitarbeiter hat Bismarck sodann mehrfach umgearbeitet und einen neuen Text nach seinen Richtlinien machen lassen.

So entstand der Entwurf, den Bismarck erst den Länderregierungen und dann dem Reichstag vorlegte. Die Länderregierungen waren nach kurzem Sträuben einverstanden, der Reichstag nicht.

### III

In dem verfassunggebenden Norddeutschen Reichstag sassen 98 Konservative, von denen 39 die freikonservative Partei bildeten, ferner 27 Altliberale und 79 Nationalliberale. Die Fortschrittler waren auf 19 Mitglieder heruntergekommen; hierzu kam noch eine Freie Vereinigung von 14 Köpfen. Die katholische Fraktion, die Welfen und Dänen zählten zusammen 20 Abgeordnete. Ausserdem waren 13 Polen und 27 Parteilose gewählt worden.

Der Reichstag brachte 90 Abänderungsanträge ein. Der Führer der Fortschrittler, der alte Waldeck, war empört, dass Preussen, welches über 80% der Einwohner zähle, nur 40% der Stimmen im Bundesrat erhalten solle; am besten sei es, wenn Preussen alle Kleinstaaten annectiere. Die süddeutschen Staaten würden beitreten, sofern man nur die Verfassung recht demokratisch gestalte. Auch Böhmen und Mähren würden sich dann anschliessen; der Hader zwischen Slaven und Deutschen sei durch eine demokratische Verfassung leicht zu lösen. Wenn es keinen verantwortlichen Bundesminister gebe, so werde der neue Bund nur eine elende Fortsetzung des alten sein, ohnmächtig nach aussen, reaktionär im Innern.

Dass der preussenfreundliche bayerische Ministerpräsident Hohenlohe schon den Entwurf Bismarcks als allzu unitarisch abgelehnt hatte, dass die Ansprüche auf Böhmen und Mähren für Preussen schädigend, die Ansichten über das deutsch-slawische Verhältnis unsinnig waren, dass mit diesem Plan die deutsche Einheit ebensowenig zu erreichen war

wie 1848/49: all das berührte Waldeck nicht. Er hatte gar nichts hinzugelernt, er war immer mehr in seinen weltfremden Dogmen erstarrt. Sein wohlmeinender Biograph schreibt über die Gründe, welche die «Veteranen der Konfliktzeit» zur «peinlichsten Bemängelung der Vorlagen» bewegten: «Mehr, als man sich eingestand, waren die vielgeschmähten Zustände den Einzelnen lieb geworden, und bald erschien die meist aufgezwungene preussische Verfassung als das wahre Palladium der Freiheit! Namentlich Virchows Nörgeleien waren augenscheinlich auf diesen Grund zurückzuführen. . . . Die abstrakte Auffassung der Sachlage war die damalige Signatur der Fortschrittspartei.»

Der Reichstag verfocht seine 90 Abänderungsanträge in erbitterten Reden. Aber der Kampf der Doktrinäre gegen Bismarck schuf in den eigenen Reihen des Liberalismus Besorgnis. Der badische Liberale Baumgarten schrieb dem Führer der hessischen Liberalen: «Ich bekenne Ihnen, dass ich für die Politik der Nationalliberalen in der letzten Woche absolut kein Verständnis habe, dass ich aber überhaupt gar nicht begreife, wie man sich zu Bismarck in ein so unseliges Verhältnis hat bringen können. Ich bitte Sie, täuschen Sie sich doch nicht darüber, dass die deutsche Nation, nachdem sie einmal Taten im grössten Stil erlebt hat, die schönsten Reden und Theorien verzweifelt wohlfeil gibt, dass, wenn Sie das Volk in die Lage bringen, zu wählen zwischen einem Liberalismus, der bisher nichts als Theorien produziert hat, und einem Staatsmann, den die Welt bewundert, es dem Liberalismus den Rücken kehren wird. Aber das ist noch weit nicht die schlimmste Aussicht. Sie nötigen Bismarck jetzt jeden Tag, 2 bis 3 mal auf die Bresche zu treten. Sie werden ihn auf diese Weise umbringen, ja umbringen. Sie werden ihn umbringen in einem Moment, wo noch alles auf dem Spiel steht, wo das Erliegen dieses Einen Mannes uns die furchtbarste Katastrophe zuziehen kann. Wird dann etwa Herr Lasker oder Herr Miquel oder auch Herr von Bennigsen das Vaterland retten? Ich habe von den beiden letzteren Herren alle mögliche gute Meinung, aber dass sie einen grossen Staat in schwierigen Umständen zu lenken verstehen, haben sie leider noch nicht bewiesen. Bester Freund, ich wünsche von ganzem Herzen, dass Sie und

Ihre Freunde einst mit ruhigem Gewissen darauf zurückblicken können, dass Sie in einem Moment der schwierigsten äusseren Verwicklung dem Vertreter des deutschen Interesses gegen Frankreich, dem einzigen Mann, den Frankreich fürchtet, dem Einzigen, der uns aus dem Elend herausgerissen hat, das Leben so schwer gemacht haben. Geht das so fort ... so kann es ehrlichen Patrioten passieren, dass sie den Reichstag zum Kuckuck wünschen.»

Die Forderungen der Liberalen waren vor allem: jährliche Bewilligung des Heereshaushalts, verantwortliche Bundesminister, erhöhte Befugnisse des Bundes und Tagegelder für die Abgeordneten. Einer der Volksboten steigerte sich bis zu dem Satze: «Was hülfte es mir, wenn ich die ganze Welt gewönne und Schaden nähme an meiner Verfassung.»

Als man die Annexion Hannovers erörterte, rief ein gescheiter, auch von Bismarck geschätzter Katholikenführer, der Abgeordnete von Mallinckrodt, pathetisch: «Justitia est regnorum fundamentum,» die Gerechtigkeit sei die Grundlage der Königreiche, aber an der Wiege des Norddeutschen Bundes habe sie nicht gestanden. Bismarck führte ihn in die geschichtliche Wirklichkeit mit den nüchternen Worten zurück: «Wie ist Hannover selbst zu Verden, Hildesheim, Osnabrück, Ostfriesland, Goslar und anderen Landesteilen gekommen als durch die Gewalt oder das Ansehen der Waffen? Die ganze Souveränität der deutschen Fürsten ist weder rechtlich noch moralisch, sondern durch Eroberung gegen Kaiser und Reich entstanden.» Dass gerade Bismarck bei der Erweiterung Preussens viel behutsamer vorgegangen war als früher andere Staaten, dass die «Eroberung» Hannovers in Wahrheit nur die unerlässliche Verschmelzung deutscher Länder darstellte: das alles schien der erbitterte Streiter, geblendet durch seine innerpolitischen Vorurteile, gar nicht wahrzunehmen. Bockum-Dolffs, dessen widernatürliche Unbegabtheit schon vor Jahren aufgefallen war, behauptete sogar, jeder preussische Abgeordnete, der durch die neue Verfassung ein Recht des preussischen Abgeordnetenhauses aufgabe, breche seinen Eid als preussischer Volksbote.

Mit unermüdlicher Geduld hat Bismarck immer wieder in diese Debatte eingegriffen. Er wies das Haus darauf hin, man müsse jetzt der 600jährigen Leidensgeschichte der deutschen Uneinigkeit ein Ende machen. Lösungen, die alle befriedigten, seien unmöglich. Es gebe keine Verfassung, die zugleich die Einheit Deutschlands auf ewig verbürge und gleichzeitig den Einzelstaaten freie Bewegung sichere. «Einen solchen Stein der Weisen . . . zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen; einer solchen Quadratur des Zirkels um einige Dezimalstellen näher zu rücken, ist nicht die Aufgabe der Gegenwart». Man dürfe die Hauptsache, die deutsche Einheit, nicht aus den Augen verlieren: «Glauben Sie wirklich, dass die grossartige Bewegung, die im vorigen Jahr die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjestr zum Kampf führte, zu dem eisernen Würfelspiele, in dem um Königs- und Kaiserkrone gespielt wurde, dass die Millionen deutscher Krieger, die gegeneinander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen, dass die Tausende und Abertausende von Gebliebenen und der Seuche erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können?... Ich möchte die Herren, die sich diese Möglichkeit denken, wohl sehen, wie sie etwa einem Invaliden von Königgrätz antworten würden, wenn der nach dem Ergebnisse dieser gewaltigen Anstrengung fragt. Sie würden ihm etwa sagen: Ja, freilich, mit der deutschen Einheit ist es wiederum nichts geworden, die wird sich wohl bei Gelegenheit finden, sie ist ja leicht zu haben, eine Verständigung ist ja alle Tage wieder möglich; aber wir haben das Budgetrecht des Preussischen Landtags gerettet, das Recht, jedes Jahr die Existenz der preussischen Armee in Frage zu stellen, ein Recht, von dem wir als gute Patrioten niemals Gebrauch machen würden. Aber es ist doch unser Recht; darum haben wir unter den Mauern von Pressburg mit dem Kaiser von Österreich gerungen – und damit soll der Invalide sich trösten über den Verlust seiner Glieder, damit die Witwe, die ihren Mann begraben hat?... Wir wollen den Grad von Frei-

heitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist. Es kann sich nur handeln um die Grenze: wie viel, was ist mit dieser Sicherheit auf die Dauer verträglich? ist ein Übergangsstadium nötig? wie lange muss dies dauern?... Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können.»

Als einige Abgeordnete ihm die Ansichten seiner Junkerzeit vorwarfen, zögerte er nicht zu bekennen: «Ich habe mich überzeugt, dass aus dem Zuschauerraum die politische Welt anders aussieht, als wenn man hinter die Kulissen tritt, und dass der Unterschied nicht bloss an der Beleuchtung liegt. Ich habe an mir selbst wahrgenommen, dass man die Politik anders beurteilt, solange man als Dilettant ohne das Gefühl schwerer persönlicher Verantwortlichkeit, etwa in den Mussestunden, die die anderweitige Berufsarbeit zulässt, an ihr mitwirkt, als wo man im Gegenteil einer vollen Verantwortung für die Folgen jedes Schrittes, den man tut, sich bewusst ist. Ich beschränke mich auf diesen kurzen Rückblick, indem ich hinzusetze, dass ich mich glücklich schätze, überhaupt nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nichts lernen.»

Aber die doktrinairen Einwendungen der Fortschrittler und mancher Nationalliberalen liessen nicht nach. Schliesslich sagte Bismarck: «Wenn man fünf Jahre lang schwer gekämpft hat, um das zu erreichen, was hier vorliegt, wenn man seine Zeit, die beste Zeit des Lebens, seine Gesundheit dabei geopfert hat, wenn man sich der Mühe erinnert, die es gekostet hat, oft einen ganz kleinen Paragraphen, eine Interpunktionsfrage zwischen zweiundzwanzig Regierungen zu entscheiden, wenn man nun auf den Punkt gekommen ist, wie er hier vorliegt, dann treten Herren, die von allen diesen Kämpfen wenig erfahren haben, von den amtlichen Vorgängen nichts wissen können, in einer Weise auf, die ich nur damit vergleichen kann, dass jemand in meine geschlossenen Fenster einen Stein hineinwirft, ohne zu wissen, wo ich stehe. Er weiss nicht, wo er mich trifft, er weiss nicht, welche Geschäfte er mir gerade im Augenblick erschwert, die vorliegen, und die mir durch diesen Wi-

derstand unmöglich werden. Dann kommt man sehr leicht, auch ohne künstlich nervös gemacht zu sein, in eine Stimmung, die ich dem Herrn Abgeordneten nicht besser charakterisieren kann, als wenn ich ihm empfehle, in einer der ersten Szenen von Heinrich IV. nachzulesen, was Heinrich Percy für einen Eindruck hatte, als der dort besagte Kammerherr kam, ihm die Gefangenen abforderte und ihm, der wund und kampfmüde war, eine längere Vorlesung über Schusswaffen und innere Verletzungen hielt. Die Stelle steht im Anfang des Stückes und fängt mit den Worten an: «I remember that when the fight was over, there came a certain Lord» usw. So ungefähr wie Percy ist mir zu Mute, wenn ich über die Dinge, für die ich gelitten und gekämpft habe, die ich besser kennen muss, solche Reden höre.»

Besonders erbittert waren die Kämpfe um das Wahlrecht. Sybel empfahl die preussische Dreiklassenwahl, aber Bismarck erwiderte, ein widersinnigeres und elenderes Wahlgesetz sei nie ausgedacht worden. Bismarck hat später geltend gemacht, bei dem «hastigen Bau des Norddeutschen Bundes habe man die Steine nicht so genau prüfen können». Tatsächlich hat er an sein demokratisches Wahlrecht bestimmte Hoffnungen geknüpft. Falls es sich nicht bewährte, wollte er es wieder abschaffen. Aber diese Ansicht schätzte die Entwicklung falsch ein.

#### IV

Aber so unfruchtbar manche Debatten auch waren, so hat doch in vielen Fragen der Reichstag den Entwurf verbessert. Die meisten Nationalliberalen lösten sich von dem negativen Formalismus der Konfliktzeit und widmeten sich einer schöpferischen Mitarbeit. Sogleich trieben die glänzenden Anlagen des gebildeten deutschen Bürgertums reiche Blüten, und die Zusammenarbeit zwischen ihnen und Bismarck brachte in den nächsten Jahren wertvolle Ernten ein.

Bennigsen kämpfte zunächst hartnäckig für Bundesminister. Bismarck überzeugte ihn jedoch, dass die Länderregierungen und vor allem die Süddeutschen, auf deren Beitritt der Bau des ganzen Hauses berech-

net sein müsse, diese Einrichtung nie hinnehmen würden. Aber er fand einen Mittelweg: der Bundeskanzler wurde Träger der gesamten ausführenden Gewalt und dem Parlament verantwortlich. Freilich musste nunmehr Bismarck diesen Posten selbst übernehmen. Wahrscheinlich hat er diese Lösung von vornherein im Auge gehabt. Er hätte sie aber bei seinen Kollegen und auch beim König vielleicht nur schwer durchgesetzt und zog es deshalb vor, sich vom Reichstag dazu drängen zu lassen. Es ist auch nicht richtig zu sagen, Bismarck habe sich die Stellung als Bundeskanzler – und später als Reichskanzler – auf den Leib zugeschnitten. Sie war zugeschnitten auf die Bedürfnisse Preussens und des Reiches. Die Sache verlangte einen Bundeskanzler, der zugleich preussischer Ministerpräsident war. Bismarck hat die Stellung auch später durch Einrichtung von Reichsämtern der Entwicklung angepasst.

Für Savigny hatte er nunmehr die Stellung eines Vizekanzlers vorgesehen, obwohl er gerade in diesen Monaten seine geringe Wendigkeit beklagte und anfang, ihn mehr «aus der Ferne zu lieben». Aber Savigny erklärte, er wolle Bundeskanzler werden oder gar nichts, und nahm seinen Abschied.

Miquel setzte durch, dass die Zuständigkeit des Bundes in der Rechtsprechung und auf einigen anderen politisch nicht feuergefährlichen Gebieten erweitert wurde. Er verteidigte Preussen auch gegen den Vorwurf, dass es ein despotischer Militärstaat sei. Preussen habe sich als erster deutscher Staat zu religiöser Toleranz bekannt, Preussen habe als erster Staat die Befreiung der Bauern durchgeführt und die Städteordnung geschaffen und es habe jetzt die Kleinstaaten mit höchster, ja mit übertriebener Billigkeit behandelt; es sei ein grosser Träger der nationalen Kultur. Der Norddeutsche Bund könne die Süddeutschen nicht durch verfassungsmässige Rechte anlocken, die immer mit Einschränkungen der Selbständigkeit der Länder verbunden seien, sondern nur dadurch, dass er ihnen einen Schutz gegen ausländische Angriffe biete.

Im Ganzen nahm der Reichstag 40 Änderungen vor. Es gelang Bismarck, sie alle bei den Ländern durchzusetzen mit zwei Ausnahmen, die



er nicht durchsetzen wollte. Sie betrafen das Haushaltsrecht für das Heer und die Gewährung von Tagegeldern an die Abgeordneten. Bismarck glaubte, er könne durch ein Verbot der Tagegelder die Entstehung von «Berufsparlamentariern» verhindern; nach seiner Ansicht sollten im Parlament nur Menschen sitzen, die in einem bürgerlichen Beruf zum Erfolg gekommen seien und sich hierdurch Lebenserfahrungen gesammelt hätten. Der Staat solle deshalb keine Diäten zahlen, und gegen private Diätenzahlungen solle das Parlament selbst einschreiten. Aber hiermit hatte er das Parlament falsch eingeschätzt. Schon in der Sitzung der Liberalen, die das Gesamtkompromiss mit Bismarck ausarbeiteten, entschlossen sie sich, zwar auf staatliche Diäten zu verzichten, aber es stillschweigend freizustellen, ob ein Abgeordneter von anderen Personen oder Körperschaften Zahlungen annehme.

In der Heeresfrage klagte Forckenbeck über die «kolossale Armee» von 360'000 Mann und dachte ebenso wie Lasker daran, sein Mandat niederzulegen. Aber schliesslich einigte man sich. Die Reform von 1862 zog niemand mehr in Zweifel; Moltke hatte den Abgeordneten bestätigt, dass im Kriege grade die dreijährige Dienstzeit von entscheidendem Wert gewesen sei. So genehmigte man den «eisernen Heereshaushalt» zunächst auf 4 Jahre. Dann sollte neu beschlossen werden, aber nur im Rahmen des jetzigen Heeresaufbaues. Bei diesem Kompromiss hat der Kronprinz erfolgreich zwischen Bismarck und den Liberalen vermittelt. Völlig doktrinär blieben die Fortschrittler. Hoverbeck wehrte sich sogar gegen einen Plan für den Ausbau der Marine, weil hierin für Schiffsbauten die Gelder für mehrere Jahre bewilligt werden mussten: der Reichstag müsse auf seinem jährlichen Bewilligungsrecht bestehen.

So kam die Verfassung des Norddeutschen Bundes zustande. Bismarck wurde Bundeskanzler. Freilich wäre es schwerlich gelungen, das Haus so schnell zu errichten, wenn nicht schwere Gewitterwolken am westlichen Himmel das Parlament zu grösster Anstrengung angespornt hätten.

## V

Zu dem Kampf mit dem Reichstag kam der Kampf mit den Kollegen. Sie verfochten einen stur preussischen Sondergeist – selbst Roon. Dass die Offiziere der Bundesmarine nicht preussische Offiziere, sondern Bundes Offiziere und infolgedessen auch von der preussischen Einkommensteuer nicht freigestellt waren – wie die preussischen Heeresoffiziere –, erbitterte den Kriegsminister so tief, dass er den Abschied nehmen wollte. Bismarck antwortete mit einem grossartigen Brief, der den deutschen und den preussischen Patriotismus geschickt ineinanderwob. Roon sollte nicht an Worten kleben: «Ich hoffe zu Gott, dass die Zeit kommen wird, wo unsere Söhne es sich zu Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer Königlich deutschen Flotte und im Königlich deutschen Heere zu dienen. Dazu aber müssen wir uns Freunde mit dem ungerechten Mammon der Redensart machen und nicht als Preussen, wie an jeder anderen Spitze, auch an der des Partikularismus stehen.» In der Sache selbst fand er den einfachsten Ausweg: man solle den Marineoffizieren ein etwas höheres Gehalt zahlen, damit sie auch nach Abzug der preussischen Einkommensteuer das gleiche Einkommen hätten wie die Offiziere des Heeres.

Mit grosser Behutsamkeit hat Bismarck in den folgenden Jahren den Ausbau des Bundes betrieben. Er musste bei diesem Ausbau jeden Stein vermeiden, der bei dem künftigen Anbau Süddeutschlands ein Stein des Anstosses werden musste.

Die Liberalen hatten mehrere Wünsche dieser Art; sie wünschten vor allem nach wie vor ein Kollegium von Bundesministern. Aber konnte man Preussen, das vier Fünftel des Bundes umfasste, wirklich zumuten, es solle, um ein weiteres Fünftel zu gewinnen, seine Selbständigkeit einem Bundesministerium opfern? Weder der König noch das preussische Kabinett hätten diesen Plan gebilligt. Und die Süddeutschen hätten das Bundesministerium als den Versuch empfunden, dem Bund eine Art von Souveränität zuzuerkennen, die sie verabscheuten. Obendrein kannte

Bismarck die Schwächen jeder Kollegialarbeit. Vergebens predigte er im Reichstag: «Wer einmal Minister gewesen ist und an der Spitze eines Ministeriums gestanden hat und gezwungen gewesen ist, auf eigene Verantwortung Entschliessungen zu finden, schreckt zuletzt vor dieser Verantwortung nicht mehr zurück, aber er schreckt zurück vor der Notwendigkeit, sieben Leute zu überzeugen, dass dasjenige, was er will, wirklich das Richtige ist. Das ist eine ganz andere Arbeit, als einen Staat zu regieren! Alle Mitglieder eines Ministeriums haben ihre ehrliche, feste Überzeugung, und je ehrlicher und tüchtiger sie in ihrer Tätigkeit sind, umso schwerer werden sie sich fügen. Jeder ist umgeben von einer Reihe streitbarer Räte, die auch jeder ihre Überzeugung haben, und ein Ministerpräsident muss, wenn er Zeit dazu hat – und ich würde mich dem auch nicht entziehen –, den einzelnen Rat, der in einer Sache das Ohr seines Chefs hat, zu überzeugen versuchen.» Der Reichstag stimmte trotzdem für Bundesminister, aber der Bundesrat lehnte sie ab.

Unermüdlich versuchte Bismarck die Abgeordneten zu gewinnen und mit dem wirklichen Leben des Staates vertrauter zu machen; eines seiner Mittel waren seine wöchentlichen parlamentarischen Bierabende. Er liess sich hier völlig gehen; zum Staunen der Abgeordneten sprach er ganz ungeniert über König und Kronprinz, über den Gang seines Lebens und über die Probleme der inneren und äusseren Politik. Heiter, geschmeidig und überlegen liess er den unerschöpflichen menschlichen Reichtum seines Wesens ausströmen, und staunend empfanden die Abgeordneten, dass der Mann von «Blut und Eisen» so völlig anders war, als sie geglaubt hatten. Geladen wurden Abgeordnete aller Parteien, aber ein grosser Teil der Gegner kam nicht. Ein alter 48er, Karl Schurz, der später zum amerikanischen General und Staatssekretär aufstieg, hat diese Bierabende beschrieben: «Die sprühende Lebhaftigkeit seiner dann und wann mit französischen oder englischen Sätzen vermischten Rede, die Geistesblitze, die den Gegenstand seiner Betrachtungen umspielten und mit scharfem Licht plötzlich einen hochgestellten Würdenträger, ein Ereignis oder eine Situation unheimlich beleuchteten, sein La-

chen, oft behaglich ansteckend, oft bitter sarkastisch, die raschen Übergänge von ergötzlichem Humor und spielendem Witz zu rührenden Herzensstößen, die Freude, die der Erzähler offenbar an seinen eigenen Geschichten hatte, das stürmische Tempo, in dem diese Geschichten zum Besten gegeben wurden, und hinter all dem jene gewaltige Persönlichkeit, die Verkörperung einer mehr als königlichen Macht, ein wahrer Atlas, der auf seinen Schultern das Geschick eines ganzen Volkes trug; das alles war unbeschreiblich. Es lag ein eigenartiger Zauber in der Gegenwart des Riesen, der bei aller Grösse doch so menschlich erschien.»

Einen gewaltigen Fortschritt bedeutete das gemeinsame deutsche Strafgesetzbuch. Es nahm, wie Treitschke pathetisch ausrief, «von unserem Vaterlande die Schande hinweg, dass Recht und Unrecht unter den Söhnen *eines* Volkes nicht mit gleichen Massen gemessen wird». Die Rechtsprobleme dieses Gesetzes berührten das Parlament wenig; es kämpfte eigentlich nur um einen Punkt: um die Abschaffung der Todesstrafe. Sie war vorgesehen für Mord und für Mordanschläge auf den Landesherrn. Der Führer der katholischen Partei, der Abgeordnete Reichensperger, legte dar, dass in Württemberg in der Zeit, als man die Todesstrafe abgeschafft hatte, die Mordfälle auf das Dreifache anstiegen, dass viele Verbrecher eingestanden hätten, sie seien von der Todesstrafe abgeschreckt worden, und dass eine lebenslängliche Freiheitsstrafe weit weniger abschreckend sei, weil jeder Verbrecher hoffe, sie nicht voll abbüßen zu müssen. Ein anderer Abgeordneter zitierte das berühmte Wort eines Franzosen: «Ich bin für Abschaffung der Todesstrafe, aber die Herren Mörder sollen den Anfang machen.» Treitschke wies darauf hin, dass die grossen Deutschen von Goethe bis Hegel für die Todesstrafe eingetreten seien. In einer gewaltigen Rede legte schliesslich Bismarck seine Gründe dar. Er wies darauf hin, dass kein Mensch der Polizei das Recht bestreite, einen Überfall auf fremdes Eigentum oder einen Aufstand notfalls durch Schüsse abzuwehren. «Ich habe ferner den Eindruck gehabt, dass die gegnerische Auffassung von einer gewissen krankhaften Neigung geleitet war, den Verbrecher mit mehr Sorgfalt zu schonen und vor

Unrecht zu schützen, als seine Opfer... Dass die Gegner der Todesstrafe selbst doch nicht an der Wirksamkeit, an dem Eindruck, den sie für den Schutz des friedlichen Bürgers macht, durchaus zweifeln, das geht schon daraus hervor, dass sie für solche Fälle, wo es absolut darauf ankommt, wirksamen und hinreichenden Schutz der Sicherheit herzustellen, die Todesstrafe beibehalten wollen. Was ist denn der Grund, weshalb Sie im Belagerungszustande, und wie ich nicht zweifle, im Heere, auf der Marine, da, wo es Ihnen darauf ankommt, dass Ruhe, Ordnung und Gehorsam gegen das Gesetz unbedingt sichergestellt werden, auch Sie die Todesstrafe beibehalten wollen?... Und diese – ich kann es nicht anders nennen als eine Schwäche – in dem so ehrenwerten und hohen und edlen Stande unserer Richter – diese schwächliche Abneigung, ihr Amt bis in seine höchste Potenz zu üben, ich kann nicht anders sagen, als: sie beruht auf einem Missverständnis. Denn ist nicht die Verantwortlichkeit ebenso schwer, wenn ich einen Menschen zeitlebens einsperre ... als wenn ich ihn zum Tode verurteile?» Erst als Bismarck rundum erklärte, die Regierung werde das einheitliche Strafgesetzbuch an dieser Frage scheitern lassen, entschloss sich der Reichstag, die Todesstrafe beizubehalten.

In den vier Lebensjahren des Norddeutschen Bundes ist Bismarcks Ansehen auch im Ausland ständig gewachsen. Der Morning Herald schrieb: «Homer allein könnte dem preussischen Premier gerecht werden. Seine Sprache wie seine Haltung ist ihrem Wesen nach wie in den alten Epen. Niemals verpasst er die Gelegenheit. Er spricht so gut wie er handelt. Er ist Ajax, Ulysses, Nestor, Agamemnon alles in einem. Wir sind erstaunt über des Mannes Kühnheit, doch wir begreifen seinen Erfolg.»

Bennigsen, der zunächst sehr viel an der Verfassung des Norddeutschen Bundes auszusetzen hatte, erklärte im Sommer 1870: «Die Verfassung hat sich so glänzend bewährt, dass man jetzt darüber einig ist, sie für die demnächst zu gewinnende staatliche Form für Gesamtdeutschland zugrunde zu legen.» Ja, selbst ein so kritischer Kopf wie Lascker gab später zu: «Die Tage des Norddeutschen Bundes bilden eine der

interessantesten Episoden modernen Völkerlebens, beinahe zu vergleichen mit dem Zustand eines unter den glücklichsten Voraussetzungen und Aussichten geschlossenen Verlobungsbundes. Die Periode des Norddeutschen Bundes bildet ein Eiland, wo unter einer mächtigen Streitbewegung, die gerade ausreichte, um die Kräfte frisch und die Stimmung wach zu erhalten, rastlose Arbeit mit reichen Erfolgen belohnt wurde, und erfreuliches Gedeihen dem freudigen Bemühen entspross, wo in der Wärme weniger Sommer herrliche Stämme gepflanzt und kostbare Früchte reiften und eingeheimst wurden. Eine so friedliche, so durchgreifende Umgestaltung eines grossen Staatswesens, eine so weit umfassende Umwälzung der staatlichen und auch der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sich dieselben unter der kurzen Zwischenherrschaft des Norddeutschen Bundes in ganz Deutschland vollzogen, ist beinahe ohne Beispiel in der Geschichte.»

## DER KRIEG UM LUXEMBURG FINDET NICHT STATT

*Ich kann nicht, nur weil Frankreich schwach ist, zu einem Kriege raten. Niemals werde ich zum Kriege herausfordern, weil wir die Stärkeren sind, und um die Gelegenheit zu benutzen, einen späteren Krieg vielleicht zu vermeiden. Ich trage dem Könige, dem Vaterlande und Gott gegenüber die Verantwortung für die schweren Opfer, die jeder Krieg dem Lande auferlegt.*

*Bismarck 1867 zu dem  
Militärattaché Oberst Loë*

### I

Kaum war Bismarck 1866 aus Varzin zurückgekehrt, da trug ihm Benedetti von Neuem Napoleons dritte «Gastwirtsrechnung» vor: Preussen solle durch Verhandlungen mit Holland den Franzosen Luxemburg verschaffen und mit einer späteren Angliederung Belgiens einverstanden sein. Ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Frankreich und Preussen solle diese Eroberungen gegen Europa abschirmen. Dafür willige Frankreich ein, dass Süddeutschland sich dem Nordbund anschliesse. Der Vorschlag war verlockend. Er verwirklichte den Grundgedanken der Politik Bismarcks: «Einigung Deutschlands ohne Krieg.» An Belgien war Preussen wenig interessiert. Und auch Luxemburg, das Goltz den «Prolog für die belgische Frage» nannte, war Bismarck bereit zu opfern, wenn er dafür die deutsche Einheit friedlich erreichte.

Luxemburg hatte zu dem alten Deutschen Bund gehört. Der Wiener Kongress hatte den König von Holland in Personalunion zum Grossherzog von Luxemburg gemacht und eine preussische Besatzung in diese Bundesfestung gelegt. Aber diese Besatzung lebte wie in Feindesland:

die 200'000 Einwohner des Ländchens sprachen zwar deutsch, empfanden sich aber nicht als Deutsche, sondern als «luxemburgische Nation»; sie wollten weder preussisch noch französisch werden, sondern luxemburgisch bleiben. Bismarck hatte deshalb bewusst darauf verzichtet, Luxemburg dem neuen Norddeutschen Bund anzuschliessen. Als Luxemburg einen neuen Vertrag über das Besatzungsrecht schliessen wollte, hatte er absichtlich keine Antwort gegeben.

Aber so sachlich Bismarck diese Frage beurteilte: das deutsche Volk, an der Spitze König Wilhelm, betrachteten die Luxemburger als Deutsche. Auch empfand Wilhelm gegen jedes Bündnis mit Frankreich noch immer eine tiefe Abneigung. Noch mehr verabscheute der Kronprinz diese Gedanken. Er wünschte, Preussen mit seinem Schwiegervaterland England zu verbünden, und wollte sogar im Orient Russland entgegen-treten, ja er spielte mit dem Gedanken, die Habsburger Dynastie nach Konstantinopel zu verpflanzen.

All diese Kräfte musste Bismarck in seine Rechnung einstellen. Obendrein war er durch seine Krankheit und durch den Kampf um die Verfassung des Nordbundes überlastet. Benedettis Drängen war ihm unerwünscht.

Trotzdem gab er ihm einen sorgfältig abgewogenen Rat. Frankreich solle zunächst Luxemburger Finanzkreise veranlassen, den Abzug der preussischen Besatzung und die Schleifung der Festung zu beantragen. Wenn Luxemburg dies von Preussen erbitte, werde er von den Generalen Gutachten über den militärischen Wert Luxemburgs verlangen; er glaube, dass sie verneinend ausfallen würden. Preussen könne dann erklären, es rücke ab, da es ja nur für den alten Deutschen Bund Besatzungsrechte besessen habe. Auf diese Weise sei Preussen aus dem Spiel. Sodann müsse sich Frankreich mit günstigen finanziellen Angeboten in aller Stille an den König von Holland wenden. Dass Preussen hier vermittele, sei ausgeschlossen. Der König von Holland sei «ein hinreichend grosser Junge», um über seine Hoheitsrechte in Luxemburg selbst zu verfügen; eine holländische Rückfrage in Preussen müsse Frankreich zu vermeiden wissen. Wenn sie dennoch erfolge, werde Preussen auswei-



chend antworten, aber so, dass er jeden Tag im Reichstag erklären könne, er habe seine Zustimmung nicht gegeben. Mehr könne er gegenüber der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht durchsetzen. Napoleon möge auch die ganze Luxemburger Frage nicht zu wichtig nehmen; selbst wenn er das kleine Ländchen erlange, werde es weniger wert sein als die Missstimmung, die hierdurch in Deutschland entstehen könne. Die Sache müsse deshalb möglichst vor dem Zusammentritt des Norddeutschen Reichstags geordnet sein. Um Napoleon zu helfen, untersagte der Bundeskanzler der offiziellen Presse, «teutonisierende Artikel» über Luxemburg zu bringen.

Napoleon hätte aus Bismarcks Darlegungen entnehmen können: die Luxemburger Frage musste mit grosser Geschicklichkeit behandelt werden. Stattdessen begann er mit einer groben Missachtung der Ratschläge Bismarcks: er sah davon ab, als erstes den Abzug der preussischen Truppen zu bewirken, und zwar weil dann die Festung geschleift worden wäre. Aber mit diesem Fehler war sofort alle Hoffnung verspielt: solange preussische Truppen in Luxemburg standen, konnte der König von Holland das Ländchen nicht ohne Zustimmung Preussens abtreten, und wenn er eine ausdrückliche Zustimmung erbat, konnte Preussen sie nicht erteilen. Die Ratgeber Napoleons waren auch nicht so kurzsichtig, dass sie die Gefahren dieser Politik übersehen hätten. Aber einige von ihnen wünschten den Krieg. Der militärische Berater des Kaisers, General Fleury, gestand: «Wenn nur die Preussen nicht nachgeben! Denn für uns ist der Krieg der einzige mögliche Ausgang aus diesem allgemeinen Chaos. Er wird die völlige Desorganisation Frankreichs und den Sturz der Dynastie durch feindliche Parteien verhindern.» Auch der Aussenminister Moustier sagte Goltz, in einigen Monaten würden Preussen und Frankreich wohl im Kriege sein.

Napoleon wandte sich an den König von Holland. An sich waren seine Aussichten hier nicht schlecht. Wilhelm III. war ein struppiger, genussüchtiger Fettwanst, der für seine Geliebte, Madame Musard, Millionen benötigte. Er hatte schon einmal ärgerlich ausgerufen: «Wenn

die Luxemburger unartig sind, verkauf ich sie einem Juden in Amsterdam.» Jetzt bot Napoleon 10 Millionen Franken und bestach die Musard. Wilhelm war nach längerem Feilschen einverstanden, erklärte aber, er benötigte die Zustimmung Preussens, dessen Truppen ja in Luxemburg Garnisonsrecht hätten. Napoleon erwiderte ihm, Preussen sei einverstanden. Diese Behauptung war ein zweiter Fehler: sie widersprach den vorausgegangenen Unterhaltungen. Natürlich glaubte der König von Holland Napoleon kein Wort und fragte in Berlin zurück.

Nicht genug damit, hatte Napoleon die Verhandlungen nicht geheimgehalten. Sogleich begann ein Sturm in der deutschen Presse, namentlich in den liberalen Blättern. Die Frankfurter Zeitung schrieb verächtlich, der Friede von Tilsit sei eine tragische Notwendigkeit gewesen; wenn Bismarck aber jetzt nach so viel tapferen Reden zurückweiche, so sei das eine feige Anerkennung der eigenen Minderwertigkeit. Die Kölnische Zeitung beschuldigte Bismarck, ein Komplize Napoleons zu sein, und die Vossische verlangte, Preussen müsse fechten. Die bismarckfeindliche Presse ging so weit, den süddeutschen Staaten zu sagen, hier sehe man, dass sie bei Bismarck keinen Schutz gegen Frankreich finden könnten. Auch Roggenbach – der zeitlebens bei jeder Streitfrage für den falschen Weg eingetreten ist – schrieb Bismarck, er möge «ohne zu zucken, rasch vorangehen»; der Krieg sei erwünscht. Vergebens liess Bismarck in der Kreuzzeitung gegen diesen «leichtfertigen Chauvinismus und das elende Getriebe liberaler Randalierpatrioten» schreiben.

Es war für Bismarck eine unermessliche Verlockung, es zum Krieg kommen zu lassen, denn in dieser Frage war er der Hilfe der Süddeutschen völlig sicher. Obendrein hatte der preussische Militärattaché in Paris, Oberst Loö, nach sorgfältigen Berechnungen die Gewähr übernommen, dass Frankreich gar nicht in der Lage sei, erfolgreich gegen Preussen Krieg zu führen. Die Armee sei durch das mexikanische Abenteuer – die Truppen mussten gerade zurückgezogen werden – und aus anderen Gründen in ihrer Stärke und vor allem in ihrer Ausrüstung nicht kriegsfähig. Aber Bismarck widerstand dieser Versuchung. Er suchte einen Ausweg.

Der Abtretung Luxemburgs konnte er nicht mehr zustimmen. Frankreich hatte die wichtigste Bedingung nicht erfüllt, nämlich dass Holland nicht Preussens Zustimmung verlangen dürfe. Die Abtretung war damit durch Frankreichs Ungeschick unmöglich geworden. Es kam jetzt nur noch darauf an, den Frieden zu erhalten und Frankreich als Ersatz einen kleinen Vorteil zu verschaffen. Wieder manövrierte er vorsichtig und schrittweise.

Dem König von Holland antwortete er nach Rücksprache mit Benedetti hinhaltend: Preussen müsse erst die andern Mächte befragen, welche die Verträge über Luxemburg unterzeichnet hätten; er liess aber keinen Zweifel, dass ohne Preussens Zustimmung die Abtretung unmöglich sei. Um jedoch nicht durch ein preussisches Veto der französischen Leidenschaft Nahrung zu geben, legte er England nahe, Widerspruch zu erheben. Aber England lehnte ab.

Wichtig war jetzt, in Deutschland und Frankreich die Kriegslust der öffentlichen Meinung zu dämpfen. Frankreich warnte er, indem er die Schutz- und Trutzbündnisse mit Süddeutschland veröffentlichte. Um den deutschen Begeisterungssturm abzuklären, bestellte Bismarck bei Bennigsen eine Interpellation über Luxemburg. Er kündigte Benedetti vorher an, was er zur Beruhigung antworten werde. Die Reichstags Verhandlung sollte die deutsche Erörterung auf ein sachliches Gleis herüberschieben, das französische Volk über die Stimmung in Deutschland unterrichten, Napoleon die Zwangslage Bismarcks klarmachen und auf diese Weise die Bahn für eine Kompromisslösung freilegen.

Kurz vor der Sitzung suchte ihn Benedetti auf und wollte ihm eine Depesche übergeben. Mutmasslich enthielt sie die Mitteilung, die Abtretung sei als perfekt zu betrachten. Bismarck bat den Gesandten, ihn zum Reichstag zu begleiten, und sagte ihm unterwegs: «Ich werde im Reichstag sagen, es seien Verhandlungen zwischen Holland und Frankreich im Gange, und ich zweifelte nicht, dass die Rechte des deutschen Volkes hierbei gewahrt würden. Wenn ich dagegen Kenntnis davon hätte, dass der Vertrag über die Abtretung Luxemburgs abgeschlossen ist, so müsste ich das aussprechen und müsste hinzufügen, dass wir die

Durchführung dieses Vertrages nicht dulden würden; diese Mitteilung könnte zu einem Bruch führen. Haben Sie mir unter diesen Umständen noch eine Depesche zu übergeben?» Benedetti zögerte verwirrt und antwortete dann kurz: «Nein». Er steckte die Depesche in die Tasche und ging.

Bennigsens Anfrage lautete, ob die Gerüchte über die Abtretung Luxemburgs begründet seien und ob Preussen und seine Bundesgenossen entschlossen seien, diesen Versuch abzuwehren, «der altes deutsches Land vom Gesamtvaterland losreissen solle». Bismarck antwortete überaus behutsam. Die Luxemburger Bevölkerung lehne einen Beitritt zum Norddeutschen Bund ab. Er beabsichtige auch nicht, ihn herbeizuführen. Der Stand der schwebenden Verhandlungen zwischen Frankreich und dem König von Holland sei ihm nicht bekannt. Er sei aber überzeugt, auf friedlichem Wege «die deutschen Rechte» schützen zu können. Napoleon erkannte an, geschickter hätte Bismarck die Anfrage nicht beantworten können.

Aber die französische Regierung wollte ihren Plan noch immer durchsetzen. Der Aussenminister Moustier drahtete Benedetti, Frankreich werde sich wie ein Mann erheben, wenn Deutschland «den Geist der Expansion und Intoleranz beweise». Benedetti erklärte daher Bismarck, die Abtretung lasse sich nicht mehr rückgängig machen.

Aber Bismarck war nicht einzuschüchtern. Dem König von Holland liess er nunmehr vertraulich mitteilen, Preussen sei mit der Abtretung Luxemburgs nicht einverstanden. Sogleich lehnte sie der König ab. Als der holländische Gesandte dies Bismarck meldete, antwortete der Bundeskanzler: «Sie retten den Frieden Europas.»

Napoleons Lage war durch die Ablehnung des Holländers etwas erleichtert: nicht vor einem Einspruch Preussens brauchte er jetzt zu weichen, sondern er musste sich nur damit abfinden, dass der holländische König Luxemburg nicht verkaufen wollte. Aber die Franzosen waren empört, und eine Woche lang rechnete Europa mit einer Kriegserklärung Frankreichs an Preussen. Bismarck bat England und Russland, Frankreich zurückzuhalten. Angesichts der öffentlichen Meinung könne

er der Abtretung Luxemburgs nicht zustimmen: «England darf sich darüber nicht täuschen, dass die europäische Lage durch einen Bruch der deutschen Regierungen mit dem deutschen Nationalgefühl tiefer in ihren Grundlagen gefährdet werden würde als selbst durch einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich.» Um England zu einem Bündnisversprechen zu bewegen, machte er es darauf aufmerksam, dass ohne eine englische Zusage der Frieden vielleicht nur durch Mittel erhalten werden könnte, welche die Existenz Belgiens gefährdeten. Aber England lehnte diese Zusage – die den Frieden sichergestellt hätte – ab. Der Aussenminister Disraeli war bismarckfeindlich; er schrieb seinem Ministerpräsidenten: «Wir sollten wieder einmal Europa ein wenig diktieren.» Aber zu Diktaten war England gar nicht imstande; es konnte nur in Berlin und Paris zur Mässigung raten.

Inzwischen hatte Bismarck die Karte ins Spiel gebracht, die den Frieden sicherstellen sollte: den Verzicht Preussens auf sein Besatzungsrecht in Luxemburg. Um diesen Trumpf in der Hand zu haben, hatte er vor der Krise das luxemburgische Angebot eines neuen Besatzungsvertrags unbeantwortet gelassen – und der alte Vertrag war überaus anfechtbar! Absichtlich hatte er bei Bennigsens Interpellation die Frage, ob Preussen sein Besatzungsrecht aufrechterhalten werde, völlig übergangen. Er wünschte, dass Napoleon wenigstens diesen Erfolg heimtragen solle.

## II

Mit seiner Friedensbereitschaft stand Bismarck wieder einmal allein gegen die öffentliche Meinung Deutschlands und gegen den König. Der alte Mann war nicht kriegslustig. Aber sollte Preussen wirklich seine Fahne in Luxemburg einziehen, nur um Napoleon einen Ausgleich für seine mexikanische Niederlage zu verschaffen? Und das in einem Augenblick, in dem seine Generale den Sieg garantierten, in dem Frankreichs Heer nicht kriegsbereit, Österreich bestimmt neutral und Süddeutschlands Hilfe sicher war. Mehr noch: Moltke erklärte, er halte leider angesichts der Einstellung Frankreichs einen Krieg innerhalb der

nächsten 5 Jahre für unvermeidlich; die Aussichten in diesem Krieg würden allmählich schlechter, denn Frankreich werde seine Armee reorganisieren, Österreich werde wieder kampffähig werden, und die Hilfe der Süddeutschen sei nicht bei jedem Anlass sicher. Als Bismarck trotzdem jeden Vorbeugungskrieg grundsätzlich ablehnte, antwortete der General: «Bismarcks Standpunkt ist unanfechtbar, wird uns aber seinerzeit viele Menschenleben kosten.»

Noch kriegslustiger als Moltke waren die Liberalen. Während und nach der Luxemburger Krise wurde Bismarck immer wieder wegen seiner Friedfertigkeit angegriffen und verhöhnt. Bennigsen erklärte, es sei «das Verkehrteste von allem», Frankreich noch ein halbes Jahr Zeit zur stärkeren Rüstung zu lassen: «Die Vereinigung mit dem Süden würde ein glücklich beendeter Krieg ungemein fördern. Für ein historisches Urteil kann ja leider auch kein ernsthafter Zweifel darüber sein, dass Frankreich nach seiner ganzen traditionellen Politik die Bildung einer stärkeren Kontinentalmacht, als es selbst ist, nicht ruhig dulden kann, ohne vorher einen sehr ernsten kriegerischen Versuch zu machen, diese deutsche Präponderanz im Entstehen zu hindern.» Roggenbach schrieb der Königin Auguste, Preussen habe schon in den unseligen Tagen von Nikolsburg seinen Gegner aus Unentschlossenheit ungeschwächt gelassen und befinde sich seitdem in ständigem Rückzug. Man habe Frankreich jetzt ein Einspruchsrecht in diesen Dingen zugestanden und man sei entschlossen, niemals über den Main zu gehen. Man werde bereuen, die notwendige Auseinandersetzung mit Frankreich nicht bei dieser Gelegenheit unternommen zu haben. Die Ursache liege darin, dass Bismarck kein Herz fassen könne. «Diese eigentümliche Unfähigkeit, zu gestalten und zu gründen, welche sich in dem Charakter des Grafen neben grosser Tatkraft zusammenfindet, hat ihren Grund in einer fast doktrinären Abneigung, irgendeinen festen Plan für sein politisches Handeln zu fassen.» Selbst ein Sozialist wie Liebknecht warf Bismarck Feigheit vor.

Besonders kriegslustig war – wie immer beim Blasen der Trompeten – Kronprinzessin Viktoria. Sie schrieb ihrer Mutter, sie und Fritz glaub-

ten, man dürfe diesen Krieg nicht scheuen: «Das grosse vereinigte Kaiserreich Deutschlands wird sich niemals in Frieden von selbst bilden können, bevor Frankreich nicht auf dem Festland zu einer zweitrangigen Macht herabgedrückt ist. Ich halte dies für Grossbritannien ebenso wünschenswert wie für Deutschland.» Die imperialistische Neigung der liberalen Engländer, andere Staaten zu Mächten zweiten Ranges herabzudrücken, lag Bismarck zeitlebens fern.

In zahlreichen Unterhaltungen und Reden hat sich Bismarck gegen den Vorwurf verteidigt, er müsse die günstige Gelegenheit ergreifen. Dem konservativen Abgeordneten, Grafen Bethusy-Huc, sagte er: «Kein Staatsmann hat das Recht, einen Krieg zu beginnen, bloss weil er nach seinem subjektiven Ermessen ihn in gegebener Frist für unvermeidlich hält. Wären zu allen Zeiten die Minister des Äusseren ihren Souveränen bzw. deren Oberfeldherren in die Feldzüge gefolgt, wahrlich, die Geschichte würde weniger Kriege zu verzeichnen gehabt haben. Ich habe auf dem Schlachtfelde und was noch weit schlimmer ist, in den Lazaretten die Blüte unsrer Jugend dahinraffen sehen durch Wunden und Krankheit, ich sehe jetzt aus diesem Fenster gar manchen Krüppel auf der Wilhelmstrasse gehen, der heraufsieht und bei sich denkt, wäre nicht der Mann da oben, und hätte er nicht den bösen Krieg gemacht, ich sässe jetzt gesund bei ‚Muttern‘. Ich würde mit diesen Erinnerungen und bei diesem Anblick keine ruhige Stunde haben, wenn ich mir vorzuwerfen hätte, den Krieg leichtsinnig oder aus Ehrgeiz oder auch aus eitler Ruhmessucht für die Nation gemacht zu haben. Ja, ich habe den Krieg von 1866 gemacht in schwerer Erfüllung einer harten Pflicht, weil ohne ihn die preussische Geschichte stillgestanden hätte, weil ohne ihn die Nation politischer Versumpfung verfallen und bald die Beute habsüchtiger Nachbarn geworden wäre, und stünden wir wieder, wo wir damals standen, würde ich entschlossen wieder den Krieg machen. Niemals aber werde ich Seiner Majestät zu einem Kriege raten, welcher nicht durch die innersten Interessen des Vaterlandes geboten ist.» Zu Bernhardt sagte Bismarck, es sei nicht wahr, dass ein Krieg mit Frankreich kom-

men müsse; er könne auch durch unvorhergesehene Ereignisse abgewendet werden, z.B. durch das Ableben Napoleons oder einen Bürgerkrieg in Frankreich. Preussen dürfe nicht als beständiger Störenfried verschrien werden. Auch als Keudell ihn auf Moltkes Zuversicht hinwies, antwortete er unwirsch: «Die Chance des günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen grossen Krieg anzufangen.» Prophetisch rief er: «Wenn die Preussen auch siegten – wozu würde es führen? Wenn man auch das Elsass gewänne, müsste man es behaupten, und schliesslich würden die Franzosen wieder Bundesgenossen finden, und dann könnte es schlimm werden!» In einer grossen Reichstagsrede hat er später seine Friedfertigkeit gegen Angriffe des Sozialisten Bebel verteidigt: Preussens Unabhängigkeit sei nicht bedroht, und das Recht auf die Besetzung in Luxemburg sei keinesfalls zweifelsfrei gewesen. «Für eine derartige Frage dreissig- oder achtzigtausend Menschen auf das Leichenfeld zu schicken, war eine Verantwortung, die der Herr Vorredner und seine Sinnesgenossenunter Umständen vielleicht auf sich nehmen können, die aber ein legitimer Landesherr nicht so leicht übernimmt . . . Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolgedessen auch in erhöhtem Masse das Bedürfnis, auf dem Schlachtfelde und im Lazarette dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen, diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können.»

### III

Wie immer fand Bismarck einen neuen Schachzug: Er wollte aus dem Verzicht auf die Besetzung in Luxemburg noch einen Vorteil für Preussen machen: Preussen werde nur abziehen, wenn die Neutralität Luxemburgs von den Grossmächten garantiert werde. Diese Garantie – sagte Bismarck dem König – ist wertvoller und sicherer als das Besatzungsrecht. England lehnte die Garantie zunächst ab, gab aber schliesslich nach. Eine Konferenz in London löste die luxemburgische Frage auf dieser Grundlage. Die Festung wurde geschleift.



Aber bald stellte sich heraus, dass Bismarck einem Betrug zum Opfer gefallen war. Die englische Regierung erklärte nämlich nachträglich: «Die Garantie verpflichtet England nur dann zum Eingreifen, wenn alle fünf Grossmächte dies gemeinsam tun.» Nun war ein solches «gemeinsames» Handeln aller fünf Mächte unmöglich, denn die Neutralität Luxemburgs konnte ja nur von Frankreich oder von Preussen verletzt werden. Der Premierminister Graf Derby meinte zynisch: «Da die beiden einzigen Mächte, durch die Luxemburgs Neutralität möglicherweise verletzt werden könne, selber Parteien des Vertrages sind, so ist, falls eine von ihnen die Neutralität verletze, die Verpflichtung aller übrigen erloschen.» Sein liberaler Gegner, Graf Granville, erwiderte, diese Auslegung sei «die vollendetste Täuschung einiger der ausgezeichnetsten Diplomaten Europas, von der man je gehört hat». Aber England blieb bei seinem Standpunkt. Die Frankfurter Zeitung höhnte, Bismarck habe Luxemburgs letzte Verbindung mit Deutschland für eine wertlose Garantie geopfert. Wenn in den folgenden Jahrzehnten die angeborene Vorliebe Bismarcks für England mit ständigem Misstrauen verbunden war, so hat der Luxemburger Betrug hierzu die Grundlage geschaffen.

Bismarck hat später versucht, einige liberale Führer in die auswärtige Politik einzuführen. Bennigsen schrieb darüber an seine Frau: «Die Diplomatie ist eins der verlogenensten Geschäfte, aber wenn sie im deutschen Interesse in einer so grossartigen Weise der Täuschung und Energie getrieben ist wie durch Bismarck, kann man ihr eine gewisse Bewunderung nicht versagen.» Aber es war primitiv zu glauben, Bismarcks Politik habe nur in einem Wust von Täuschungen bestanden. Selbstverständlich hat Bismarck – wie die Staatsmänner aller Zeiten und Völker – niemals alle seine Gedanken vor den Franzosen ausgebreitet. Aber er hatte den Franzosen den Weg gezeigt, auf dem sie Luxemburg hätten erhalten können. Frankreich ist nicht an der Tücke Bismarcks, sondern an dem Übermass seiner Wünsche und an seiner Ungeschicklichkeit gescheitert. Napoleon und andere französische Diplomaten haben das später ausdrücklich anerkannt.

## DAS GITTER AM MAIN

*Bismarck folgte keiner «selbstgemachten»  
Pflicht, keiner abstrakten Idee von deutscher  
Einheit, er sah sie als etwas Werdendes, das aus  
dem Gegebenen herauszuarbeiten war, und er  
weigerte sich in jeder Form, politisch wie  
militärisch, «Vorsehung» zu spielen.*

*Hans Rothfels*

### I

Viele Menschen glauben: zwischen 1866 und 1870 seien die getrennten Teile Deutschlands Jahr um Jahr enger zusammengewachsen. Aber das Gegenteil ist richtig: die Kluft zwischen Norddeutschland und Süddeutschland klaffte von Jahr zu Jahr weiter auseinander.

Der Prager Friede bestimmte: Preussen und Österreich sind damit einverstanden, dass die deutschen Staaten südlich des Mains – Bayern, Württemberg, Baden und Hessen – in einen «Südbund» zusammentreten. Er soll eine international unabhängige Existenz haben. Seine «nationalen Verbindungen» zu dem Nordbund bleiben der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten.

Diese Bestimmungen waren – wie so viele völkerrechtliche Verträge – unklar. Die Südstaaten dachten nicht daran, einen Südbund zu schließen. Sie waren hierzu auch nicht verpflichtet, denn man hatte sie bei Abschluss des Vertrages nicht gefragt. Wenn es keinen Südbund gab, so war nach dem Wortlaut des Vertrages dieser Artikel bedeutungslos geworden. Es war ein Fehler Napoleons und Österreichs, dass sie an diese Möglichkeit nicht gedacht hatten.

Aber Frankreich und Österreich legten den Artikel anders aus: er müsse auch für die einzelnen Südstaaten gelten. Auch sie müssten ihre

«international unabhängige Existenz» behalten, d.h. sie dürften dem Nordbund nicht beitreten. Es bestehe ein Anschluss verbot. Ja, Österreich erklärte sogar, schon ein Bündnis mit dem Norddeutschen Bund verstosse gegen diesen Artikel – eine schlechthin unsinnige Behauptung, da ja auch zahlreiche andere «international unabhängige Staaten» Bündnisse zu schliessen pflegten.

Bismarck selbst war der Ansicht: nicht der Prager Friede verbietet den Anschluss, wohl aber besteht ein anderes Bedenken: wir wollen keine Zwangsdeutschen. Die Südstaaten sollen freiwillig kommen oder gar nicht.

Bismarck war nie ein Anhänger des «Nationalitätsprinzips», wonach alle Menschen einer Zunge in einem Staat vereinigt sein müssten; er lehnte diesen Gedanken schon deshalb ab, weil er zu einer blinden Machtpolitik führen konnte. Er wollte auch keinen Konflikt mit Frankreich, solange er es irgend vermeiden konnte. Er fühlte sich Stürmen gewachsen, aber er pflegte die Elemente nicht herauszufordern. Dass der Main keine ewige Grenze war, erschien ihm selbstverständlich. An Goltz schrieb er: «Man hat die Mainlinie als eine Mauer zwischen uns und Süddeutschland aufrichten wollen, und wir haben sie akzeptiert, weil sie unserem Bedürfnis und unserm realen Interesse entsprach; aber sollte man sich darüber getäuscht haben, dass sie nicht eine wirkliche Mauer, sondern eine ideale Grenze – um im Gleichnis zu bleiben, gewissermassen ein Gitter ist, durch welches der nationale Strom – dessen Unaufhaltsamkeit man in dem Vorbehalt der *liens nationaux* [nationale Verbindungen] anerkennen musste – seinen Weg findet?»

Für den allmählichen Ausbau der «nationalen Verbindungen», die der Prager Frieden vorsah, gab es viele Wege: man konnte Vereinbarungen über die Heeresorganisation treffen, man konnte einen «weiteren Bund» schaffen, der bestimmte gemeinsame Fragen bearbeitete, man konnte den bestehenden Zollverein durch ein «Zollparlament» verstärken; man konnte die Verbrauchssteuern einheitlicher gestalten. All diese Wege hat Bismarck erwogen. Aber er hat sich dabei immer an den Grundsatz gehalten, den er den süddeutschen Regierungen sofort bekanntgab: Wir

überlassen unsern süddeutschen Verbündeten, welches Mass der Annäherung sie wünschen.

Zum Eintritt bereit war nur Baden. Der Grossherzog war der Schwiegersohn König Wilhelms, das Land lag dem Zugriff Frankreichs völlig offen, und obendrein wusste man, dass Napoleon erwogen hatte, Frankreich die Rheinpfalz anzugliedern und Bayern mit badischem Gebiet zu entschädigen. Mehrfach bot Baden den Eintritt in den Nordbund an, aber Bismarck sagte jedesmal Nein. Der Kladderadatsch brachte darüber Verse, die Schillers Gedicht über den Poeten im Himmel parodierten:

*Mein Auge hing an deiner Pickelhaube,  
Es hing mein Ohr an deines Reichstags Mund;  
Verzeih, mich hielt und stärkte stets der Glaube,  
Du riefest selbst mich nächstens in den Bund.  
«Was tun?» sprach Er. – «Soll ich den Kampf erneuern?  
Nein! In den Nordbund lass ich dich nicht ein;  
Doch willst Du Kaffee, Tabak, Bier besteuern –  
So oft du kommst, er soll dir offen sein.»*

Auch in Hessen war die Bevölkerung für den Eintritt; die zweite Kammer nahm mit grosser Mehrheit einen Antrag an, dass Hessen auch mit seiner südlich des Mains liegenden Hälfte in den Nordbund eintreten solle. Aber die erste Kammer lehnte ihn mit allen gegen eine Stimme ab. Der leitende Minister Dalwigk versicherte den Franzosen, Frankreich könne auf die Sympathien aller Süddeutschen und auch der Sachsen rechnen; es sei eine Kleinigkeit, den Kriegsfall zu schaffen: er sei bereit, dies zu tun, indem er den Eintritt ganz Hessens in den Nordbund beantrage. Bismarck werde diesen Vorschlag annehmen, und sogleich könnten Frankreich und Österreich marschieren. Natürlich müsse er eine feste Zusage haben, dass sie das dann wirklich täten. Auch die Österreicher suchte er für diesen Plan zu begeistern. Einen treuen Helfer fand er bei diesen Bestrebungen in Heinrich v. Gagern, dem ehemaligen Präsidenten der Paulskirche.

In Württemberg war der leitende Minister Varnbüler schwankend; in dem Luxemburger Streitfall wollte er neutral bleiben. Die Königin von

Württemberg, die russische Kaisertochter Olga, empfand es als Erniedrigung, dass Württemberg dem Preussenkönig Souveränitätsrechte opfern sollte. Ihren Mann beherrschte sie; Kronprinz Friedrich Wilhelm pflegte ihn «Olgus» zu nennen. Der Stuttgarter «Beobachter» war für einen republikanischen Südbund und sagte mit witzigem Doppelsinn, er sei «ebenso praktisch wie billig: er kostet nur ein paar Kronen.» Die begabten Schwaben hätten es nicht nötig, sich in Körperverrenkungen zu üben, die höchstens für die «in so vielfacher Beziehung hinter ihnen zurückstehenden Kinder der norddeutschen Tiefebene» gut sein möchten. Der ehemalige «Reichsregent» von 1848, Becher, empfahl, den Preussen doch wenigstens ihr Werk zu verpfuschen; er wurde von der Deutschen Partei seitdem der «Reichsverpfuscher» genannt. Der frühere Paulskirchen-Abgeordnete Moritz Mohl schrieb einen 400 Seiten langen «Mahn-ruf gegen die äussersten Gefahren», in denen er darlegte, die Preussen seien ein halbslavisches, geknechtetes Volk, das in seinen Sand wüsten Hunger leide und viel zu schwach, um Süddeutschland zu verteidigen. Gleichzeitig behauptete er jedoch, ihre übermächtige Konkurrenz werde die württembergische Industrie vernichten und ihre militärische Stärke beunruhige ganz Europa. Die württembergischen Demokraten erklärten auch, das Bündnis mit Preussen verpflichte Württemberg nicht, eine bestimmte Anzahl Soldaten zu haben. Man solle sich also mit 3 Mann begnügen und diese den Preussen zur Verfügung stellen.

Aber es gab auch Süddeutsche, die sich dieser Einstellung schämten. Der Führer der badischen Liberalen, der nachmalige Minister Mathy, schrieb in übermütigem Ton an Gustav Freytag: «Unser sogenanntes Süddeutschland, wo neben urdeutschem Sinn der deutsche Unsinn blüht, darf noch lange nicht hinein. Ich bitte dich, liebster Gustav, sage in Berlin, dass man uns zappeln lasse. Wir sind politisch gar nicht denkfähig, wir bilden uns ein, das siegreiche Preussen habe keine dringendere Aufgabe, als sich um unsere Sympathien zu bewerben und dann unsere Bedingungen entgegenzunehmen. Wir verlangen von Preussen Garantien

für unsere Freiheit, d.h. für unseren Blödsinn ... Uns ist die Aufgabe gesetzt, einstweilen mit den Bayern und Schwaben zu leben und diese zu bekehren. Ja, wenn sie noch Heiden wären, dann dürfte man Hopfen und Malz an ihnen noch nicht verloren geben. Aber seit sie die Unverschämtheit haben zu behaupten, dass sie Christen seien, hält es schwer, sie zu etwas Bessern, d.h. zu Deutschen zu machen; mit Gründen geht es gar nicht.»

## II

Am schlechtesten stand es in Bayern. Richard Wagner hatte Pfordten für den «schlechtesten Menschen unter der Sonne» erklärt und seine Entfernung verlangt. Auf Rat Wagners wurde er durch den Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst ersetzt. Chlodwig war ein hochgebildeter, liberaler, wohlgesinnter Mann, der auf der Jagd über lateinischen Klassikern die Gemsböcke verpasste, lange Gedichte aufzusagen pflegte und durchgreifende Entschlüsse verabscheute. Kampf liebte er überhaupt nicht; es gelang ihm daher nicht, bei dem König sein ursprüngliches Programm – den Anschluss an den Nordbund – durchzusetzen. Mit Ludwig II. war schwer zu verhandeln. Schon als 19jähriger hatte er die Kniebeugung vor dem König wieder einführen wollen. Menschengesichter hasste er so sehr, dass er sich von maskierten Lakaien bedienen liess; ihm fehlten alle seelischen Voraussetzungen für seinen Beruf.

Hohenlohe hatte keinen Rückhalt am Volk: die katholischaltbayerische «Patriotenpartei» verabscheute ihn, und die liberale, anschlussfreundige Partei war rückläufig. Das «Bayerische Vaterland» schrieb Anfang 1869 ironisch, den Vertrag mit Preussen werde man halten, «solange man kann, z.B. bis die Franzosen in Schwabing und die Österreicher in Sendling sind».

Hohenlohe war unter diesen Umständen gezwungen, schon bei Antritt seiner Stellung zu erklären, die Würde der Krone und die Pflicht der Staatsregierung verbiete den bedingungslosen Eintritt in den Nordbund, der viel zu stark zum Einheitsstaat neige. Möglich sei nur ein «Verfassungsbündnis» unter Wahrung der bayerischen Souveränität.

Bismarck verkannte diese Lage nicht; er schrieb an den preussischen Gesandten in München, Preussen dürfe keinesfalls versuchen zu imponieren oder Einfluss zu nehmen: «Euer Exzellenz können versichert sein, dass ich in dieser Richtung jede auch anscheinend weitgehende Rücksichtnahme und Bescheidenheit im amtlichen Verkehr mit Bayern bei Seiner Majestät dem Könige zu vertreten bereit bin und es nur billigen und Ihrer Aufgabe angemessen finden werde, wenn Sie sich zum Advokaten der bayrischen Wünsche und Auffassungen und dadurch zum Vermittler eines guten Verhältnisses zu machen suchen. Ein Zuviel in dieser Richtung ist im gegenwärtigen Augenblick in Bayern weniger bedenklich für uns als ein Abweichen von der richtigen Haltung nach der entgegengesetzten Seite hin.» Aber auch diese Behutsamkeit vermochte die Anschluss-Neigungen der Bayern nicht zu verstärken.

Während des Luxemburger Streitfalls versuchte Hohenlohe eine umfassende Lösung der «Mainfrage». Er schlug vor: die süddeutschen Staaten vereinbarten mit Norddeutschland gemeinsam einen «Staatenbund» – Einzelheiten blieben in der Schwebe – und dieser Staatenbund schliesst ein Verteidigungs-Bündnis mit Österreich. Bismarck erklärte sich einverstanden. Seit der Kanonendonner von Königgrätz verhält war, warb er um Österreichs Freundschaft, freilich bisher vergeblich. Österreichs Gesandter Graf Wimpffen war ein Feind Preussens; in Berlin fühlte er sich «wie im Feindesland während eines Waffenstillstands».

Bismarck machte sogleich ein grosszügiges Angebot: er sei bereit, Österreich seine deutschen Besitzungen für immer und die übrigen für eine bestimmte Zeit zu garantieren. Das Abkommen müsse Russland offen mitgeteilt werden. Man müsse auf das alte Bündnis Österreich-Russland-Preussen hinsteuern, dann sei der Frieden Europas gesichert. Auch England solle man heranziehen. Diese Pläne waren vortrefflich, und ähnliche Kombinationen sollten, als Bismarck sie viele Jahre später verwirklichte, Europa in der Tat eine lange Friedenszeit verschaffen. Aber sie waren nicht die Pläne Österreichs. Der Kaiserstaat wollte Revanche

für Königgrätz. Ironisch fragte man den bayerischen Ministerialrat Tauffkirchen, der im Auftrag Bismarcks und Hohenlohes nach Wien kam, ob dieser Bund etwa gegen Frankreich gerichtet sei und ob Preussen den Österreichern vielleicht nach einem Siege als Belohnung ein Exemplar des Prager Friedens in die Hand drücken werde. Wien berichtete sofort nach Paris, wie entrüstet man diese schamlose Zumutung von sich gewiesen habe. Auch Kaiser Franz Joseph erklärte Tauffkirchen mit gerunzelter Stirn, man könne sich darauf verlassen, dass Österreich diesmal sehr egoistisch sein werde und sich jede Leistung sehr teuer werde abkaufen lassen.

Anfang 1870 wurde Fürst Hohenlohe gestürzt. Die Patriotenpartei erlang eine starke Mehrheit. Sein Nachfolger, Graf Bray – wieder kein blutmässiger Bayer, sondern von französischer und livländischer Herkunft – war ein vorsichtiger Beamter und als langweiliger Gesellschafter gefürchtet, in seinem Herzen ein Feind des einheitlichen Deutschland. Seine urbayerische Unabhängigkeit spolitik pflegte er mit dem Rückerischen Vers zu begründen

*Wenn die Rose selbst sich schmückt,  
schmückt sie auch den Garten,*

so dass man ihn in München den Rosenpolitiker nannte.

### III

Der Zollverein bedurfte einer Reform. Seine Beschlüsse erforderten die Einstimmigkeit. Sie unterlagen also einem liberum veto: wenn *ein* Teilnehmer dagegen war, war der Beschluss gescheitert. Dieser Zustand erschwerte erfolgreiche handelspolitische Abmachungen mit dem Ausland. So schlug Bismarck vor, ein «Zollparlament» zu berufen, das mit Mehrheit Beschlüsse fassen solle. Das Zollparlament war leicht zu bilden, indem man den Norddeutschen Reichstag um süddeutsche Abgeordnete erweiterte. Entsprechend musste der Bundesrat erweitert werden. Bayern, das sein Einspruchsrecht behalten wollte, wünschte diese Änderung nicht, musste aber nachgeben, da der Norddeutsche Reichstag



androhte, andernfalls den Zollverein mit Bayern nicht zu erneuern. Bismarck baute den Bayern jedoch sogleich eine goldene Brücke, indem er ihnen im Zollbundesrat statt ihrer historischen 4 Sitze 6 überliess, obwohl hierdurch die ausserpreussischen Staaten im Zollbundesrat eine Zweidrittelmehrheit bekamen; sie ging später auch in den Bundesrat des Deutschen Reiches über. Formale Bürokraten wie Delbrück hielten es für sehr bedenklich, dass Preussen mit 24 Millionen Einwohnern nur 17 Stimmen hatte, während die anderen Staaten mit 14 Millionen über 41 verfügten.

In Süddeutschland fanden Wahlen statt, um den Norddeutschen Reichstag zum Zollparlament zu ergänzen. Sie waren eine Enttäuschung – hauptsächlich, weil viele Süddeutsche sich über die allgemeine Wehrpflicht ärgerten. Zwar wurden in Hessen nur Anhänger des Anschlusses gewählt und in Baden 8 Anhänger und 6 Gegner. Aber in Bayern errangen die Gegner mit Hilfe der Geistlichkeit 27 von 48 Sitzen und in Württemberg konnte die anschlussfreundliche Deutsche Partei nicht einen einzigen Abgeordneten durchbringen, obwohl sie ein Viertel der Stimmen erhielt; hier hatte auch die Regierung offen die Anschlussgegner unterstützt. Im Ganzen zogen aus Süddeutschland 50 Anschlussgegner und 35 Anschlussfreunde in das Zollparlament ein. Wehrenpfennig schrieb an Treitschke, Bismarcks Zurückhaltung in der Anschlussfrage habe sich doch als richtig erwiesen: «Sollte der Mann mit seinem wunderbar nüchternen Blick nicht doch besser gesehen haben als wir mit unseren idealen Wünschen? Und dabei hält er doch sein Ziel fest.»

Selbst der abgeklärte Moltke war über das Wahlergebnis empört: «Die Deutschen sind eine erbärmliche Nation. Zum erstenmal seit Karl V. ist ihnen die Gelegenheit geboten sich zu einigen, aber, statt zuzugreifen, sagen sie nein! . . . Die Leute sollten doch bedenken, wenn Preussen fällt, dann ist es vorbei mit der deutschen Nation. Deutsche kann es dann noch geben, aber keine deutsche Nation; nur deutsche Vasallen-Staaten, die von Frankreich abhängen würden.»

Freilich hatten die Freunde des Anschlusses im Zollparlament eine gewaltige Mehrheit, sofern man die norddeutschen und süddeutschen

Abgeordneten zusammenzählte. Aber Bismarck wollte unter keinen Umständen die anschlussfeindlichen Süddeutschen majorisieren und teilte dies den Parteiführern unzweideutig mit. Das Zollparlament war daher kein weiterer Schritt zur Einigung. Es hatte nur den Vorteil, dass Nord- und Süddeutsche sich kennenlernten und hierbei viele Vorurteile dahinschmolzen. Bamberger erzählt, wie beruhigt die süddeutschen Abgeordneten waren, als sie merkten, dass Bismarck ihren Beitritt nicht erzwingen wolle: «Sie fürchteten nun nicht mehr, von deutscher Einheit zu hören, nicht von Überschreitung des Mains; sie schauten vollständig beruhigt drein, rosig ausgeschlagen, und drückten ihren intimsten Freunden die Hände wie Leute, die ihrer Sache sicher sind; ihr Lächeln ist von der Farbe des Vergissmeinnichts.»

Die Debatten des Zollparlaments plätscherten dahin; nur einmal schwoilen sie an zu wirklicher Leidenschaft. Ein klerikaler Württemberger warnte, Frankreich durch die Verhandlungen des Zollparlaments zu reizen. Sogleich antwortete Bismarck: «Ein Appell an die Furcht findet im deutschen Herzen niemals ein Echo» und entfesselte damit eine Debatte über die deutsche Einigung. Der liberale bayerische Abgeordnete Völk mahnte zur Verständigung: «Wenn auch noch Einzelne sich mit Schneebällen werfen, das wird nicht mehr lange dauern ... Es ist Frühling geworden in Deutschland.»

#### IV

Die Jahre nach 1866 hatten Bismarck viele Enttäuschungen gebracht. Die Beziehungen zu Frankreich und Italien hatten sich verschlechtert; Frankreich war jetzt offenbar bereit, das Maingitter durch sein Schwert zu verstärken. Die englische Garantie für Luxemburg hatte sich als Spiegelfechterei erwiesen. Das Werben um Österreich war gescheitert. Die Hoffnungen, die er auf das Zollparlament gesetzt hatte, waren zerschellt. Die Mehrheit der Süddeutschen und ihre Regierungen – ausser Baden – waren gegen den Anschluss. Die eigene Partei Bismarcks – die Konser-

vativen – sahen jede Erweiterung des Norddeutschen Bundes aus eigensüchtigen Gründen nur ungern, und selbst König Wilhelm dachte an sie mit geteilten Gefühlen. Die Fortschrittler schliesslich wollten die Einigung nur unter Bedingungen, die auf keinen Fall durchzusetzen waren – weder bei den Grossmächten noch bei den Regierungen der deutschen Länder.

Aber diese Enttäuschungen machten Bismarck nicht ungeduldig. Nach wie vor wollte er die Auslegung, die Frankreich dem Prager Frieden gab, ebensowenig gewaltsam durchbrechen wie früher das Londoner Protokoll. Bismarck hat, weil er eine europäische Zusammenarbeit für unentbehrlich hielt, dem Machtegoismus des Staates stets Grenzen gesetzt. Für den Verlauf dieser Grenzen hatte er einen sicheren Instinkt. Anfang 1870 erklärte er dem württembergischen Kriegsminister Suckow mit jener Besonnenheit, die einen grossartigen Gegensatz zu dem hektischen Treiben seiner deutschen und ausländischen Gegner bildete: «Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Grosses, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Ausserordentliches, ein unerhofftes Gnadengeschenk von Gott.» Dem Publizisten Fröbel sagte er: «Der Süden muss aus freiem Entschlusse zum Norden kommen, und wenn er dazu dreissig Jahre braucht.» Auch König Wilhelm war überzeugt, die Einigung sei die Sache seines Sohnes, vielleicht seines Enkels.

Aber Bismarck sann ständig darüber nach, wie man den Gedanken der deutschen Einigung im Rollen halten könne, ohne ihn zu gefährden. Nun hatte man 1866 die Frage erörtert, ob nicht das «Präsidium des Norddeutschen Bundes» den Kaisertitel annehmen solle. Bismarck hatte diesen Gedanken damals zornig abgewiesen: er wollte das Verhältnis zu Frankreich nicht auch noch mit dieser – in seinen Augen formalen – Frage belasten, welche die Eitelkeit Napoleons treffen konnte. Auch der Kronprinz war damals dagegen, er wollte die Gründung des Deutschen Kaiserreichs sich selbst vorbehalten.

Inzwischen hatte sich aber die Lage verschoben: die einigungsfreundlichen Kreise verlangten stürmisch weitere Schritte, und der Titel konnte jetzt formal einfach geschaffen werden, indem der Norddeutsche

Reichstag die Verfassung um diesen einen Artikel ergänzte; tatsächlich hatte sich im auswärtigen Verkehr als störend erwiesen, dass das Haupt des Norddeutschen Bundes ein Neutrum war. Aber es war unsicher, ob König Wilhelm selbst hiermit einverstanden sein würde.

Bismarck beschloss, zunächst den Kronprinzen zu beeinflussen, und sagte ihm, man werde den Kaisertitel einsetzen müssen, um die Zustimmung des Reichstags zu einer Verlängerung des Militäretats zu gewinnen. Nichts fürchtete Friedrich Wilhelm so sehr wie einen neuen «Konflikt»; der Trumpf konnte daher vielleicht stechen. Er stach jedoch nicht. Friedrich Wilhelm wollte selbst das Kaisertum schaffen und meldete den Plan nach London. Aber die englische Regierung fand ihn nicht schlecht. Vielleicht hat Königin Viktoria sich gesagt, dass die Krone einer Kaiserin ihrer Tochter gut stehen werde und dass Bismarck diese Krönung eher zustande bringen könne als später ihr Heber Schwiegersohn allein; vielleicht hat auch Aussenminister Clarendon eine Massnahme begrüsst, die Preussen in Paris und Wien, in Petersburg und in München unbeliebt machen musste, ohne gleich zu einem Krieg zu führen. So ermunterte er Bernstorff, diesen Schritt zu tun; er habe in Paris schon vorgearbeitet. Bismarck antwortete zurückhaltend. Die Indiskretion störte sein Spiel; es war klar, dass der Plan von Paris auch nach München und Stuttgart gemeldet wurde. Diese Zurückhaltung war begründet: zwei Wochen später hatte Clarendon die Antwort aus Paris vorliegen: ein geharnischtes Nein. Jetzt riet er von diesem Schritt, der den Frieden gefährde, dringend ab, versprach aber gegebenenfalls vermittelnd zu wirken. Bismarck schrieb an den Rand: «Wir sind noch lange nicht so weit – und nicht eilig!» Er liess den Plan vorläufig fallen.

## V

Während Bismarck die Frage der deutschen Einigung mit grösster Behutsamkeit behandelte, sorgsam die Empfindungen der Grossmächte

und der Süddeutschen abwägend, fanden die Nationalliberalen, an ihrer Spitze Lasker, man müsse die deutsche Frage vorwärtstreiben. Sie beantragten, Baden in den Norddeutschen Bund aufzunehmen. Laskers Begründung war so gehalten, dass Bismarck das Gefühl hatte, die badische Regierung sei mit diesem Antrag einverstanden. Dieser dilettantische Eingriff in sein kunstvolles Spiel empörte ihn. Den Hauptgrund seiner Ablehnung konnte er nicht aussprechen, nämlich die Rücksicht auf Frankreich, denn damit hätte er Frankreich als Recht zugestanden, was er nur als Tatsache berücksichtigen wollte. Er antwortete in einer mehrstündigen kunstvollen Rede. Er bedauerte, dass es dem Parlament so schwerfalle, «dasjenige Mass von Selbstbeschränkung im eigenmächtigen, unverabredeten Hineingreifen in die auswärtige Politik zu erreichen, welches allein die exekutive Gewalt befähigt, in der ununterbrochenen und intimen Anlehnung mit den Parlamenten, wie wir sie wünschen, auswärtige Politik zu betreiben». Lasker, obwohl Führer einer Regierungspartei, habe keinerlei Fühlung mit ihm genommen, ob nicht diese Erörterung in diesem Augenblick für den Nordbund durchaus unerwünscht sei. Er unterstrich unzweideutig, dass er keinen Druck auf Süddeutschland ausüben wolle: «Der verstimimte, gezwungene Bayer oder Württemberger in der engsten Genossenschaft kann mir nichts helfen, und ich würde immer vorziehen, noch ein Menschenalter zu warten, als Zwang nach der Richtung hin zu üben.»

Bismarck wies darauf hin, es sei verfehlt, Baden allein anzugliedern; auch aus dem geographischen Grund, weil Württemberg und Bayern dann gegen Frankreich abgedeckt seien: «So glaube ich, dass wir nicht gut tun, das Element, welches der nationalen Entwicklung im Süden am günstigsten ist, auszuschneiden und mit einer Barriere abzuschliessen, gewissermassen . . . den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen.» Und mit einem Zitat aus dem damals viel gesungenen Heidelied von Robert Burns fuhr er fort: «Wir müssen die Wirkung betrachten, welche die Einverleibung auf das Grossherzogtum selbst, und welche sie auf Bayern und Württemberg ausüben würde nach der geo-

graphischen Konfiguration, die damit dem Norddeutschen Bundesgebiet gegeben werden würde. In Bezug auf den Westen könnte der Bund dann zu Süddeutschland sagen: ‚Mit meinem Mantel vor dem Winde schütze ich dich?‘ Lieber wolle er noch ein Jahrfüntf oder mehrere Jahrfüntfe warten. Die Volksboten sollten Geduld haben: «Ich hatte zuerst, als ich den Antrag las, das Gefühl, dass den Herren Antragstellern so etwa zu Mute war, wie Shakespeare den Heisssporn Percy schildert, der, nachdem er einhalb Dutzend Schotten umgebracht hat, über das langweilige Leben klagt: es passiert eben nichts, es muss etwas Leben hineingebracht werden! Gründung staatlicher Gemeinschaften, grossartige Reformen, durchgreifende Gesetzgebungen, das alles erschöpft den Tatendrang nicht: es muss etwas geschehen!

Aber nicht einmal ein Mann vom Range Miquels war zu überzeugen. Er warf Bismarck vor, er verleugne die Vergangenheit Preussens, und verlangte eine «Volkspolitik», die wirksamer sei als «hohe diplomatische Künste». Mit erstaunlicher Ruhe sprach Bismarck sein Bedauern darüber aus, dass «einer meiner besten Freunde, zu denen ich auch den Vorredner rechne», den Reichstag «als Hofkriegsrat für die Aussenpolitik einsetzen wolle: «Die auswärtige Politik ist nicht ein Gewerbe der Art, dass sie unbedingt die vorhergehende Veröffentlichung aller ihrer Phasen verträgt. Was der Herr Vorredner unter Volkspolitik versteht – ein Wort stellt bekanntlich zur rechten Zeit sich ein – so weiss ich nicht, versteht er darunter die öffentliche Meinung, die im Jahre 1866 in Adressen uns bestürmte, diesen Krieg nicht zu führen – versteht er darunter die Verweigerung der Mittel, diesen Krieg zu führen? Das war Volkspolitik, wenn die Sache irgendeinen Begriff hat, und ich glaube, man weiss es uns Dank, dass wir damals die Sache besser verstanden haben als diese Volkspolitik.» Er schloss mit den Worten: «Die öffentliche Politik Deutschlands kann von Ihren Stühlen nicht geleitet werden, sie muss von hier geleitet werden; wissen Sie alles besser als ich, so setzen Sie sich hierher, und ich werde mich auf jene Stühle setzen und will diejenige Kritik üben, die mir eine zwanzigjährige Erfahrung in den Geschäften deutscher Politik in die Hand geben wird; aber ich versichere

Sie, mein Patriotismus wird mich schweigen lassen, wenn ich fühle, dass Sprechen zur Unzeit ist.» Aber auch diese grosse Rede konnte die Liberalen nicht bekehren. Sie verstanden Bismarck nicht. Baumgarten schrieb an Treitschke, Bismarck wolle überhaupt nicht über den Main gehen. Sein Herzenszug führe zu Dalwigk, Varnbüler und Roon. In Wahrheit sei es aber nötig, «Bayern zu zerbröckeln». Auch Roggenbach predigte, man dürfe Bayern, «diesen unzuverlässigen, heimtückischen, jederzeit zu Verrat bereiten Staat», nicht als Verbündeten aufnehmen. Der preussische Gesandte in München warnte Bismarck, im Kriegsfall auf Bayern zu rechnen; zur Einigung Deutschlands könne man nur durch einen Sieg über Bayern kommen.

Bismarck hatte im Reichstag so ablehnend gesprochen wie nur möglich; er hatte sogar aus Höflichkeit Benedetti darauf hingewiesen, er müsse sich natürlich auf die innenpolitischen Gegenstände beschränken und könne die aussenpolitischen nicht erörtern. Trotzdem äusserte der französische Aussenminister seine Unzufriedenheit, und als der norddeutsche Gesandte entschuldigend sagte, Bismarck habe ja schliesslich den Anschluss Süddeutschlands auf eine entfernte Zeit verschoben, sagte er, man solle diesen Gedanken «bis zu den griechischen Kalenden» – also auf immer – zurückstellen.

## VI

«Die Hochflut der deutschen Einheitsbewegung ist vorbei», erklärte der klerikale Hannoveraner Windthorst zwei Jahre nach dem Krieg. Tatsächlich war eine Entwicklung eingetreten, welche die «Times» mit den Worten beschrieb: «Es gab eine Zeit, wo . . . der beschränkteste, eigensinnigste deutsche Steckenpferdreiter einräumte, dass im ganzen Lande nur ein Mann recht gehabt, nur ein Mann sein Ziel unverwandt im Auge behalten habe. Seit dieser Zeit indessen haben Selbstsucht, Eitelkeit und Querköpfigkeit ihren verlorenen Boden zum grossen Teile wiedergewonnen. Konservative und Radikale, Einheitsfreunde und Bundesfreun-

de, Männer aller Stände und Klassen, Männer aller Farben und Bekenntnisse bilden sich ein, ihre Sache besser zu verstehen als Bismarck.» Der europäische Frieden habe in der letzten Zeit nur «an der äusserst klaren und entschlossenen, zu gleicher Zeit aber doch vorsichtigen und verständlichen Politik des preussischen Staatsmannes gehangen.»

Zum Glück war dieser Staatsmann bereit, zu warten. Aber er wollte die Reichsidee nicht versickern lassen. Von Neuem erwog er das Problem des Kaisertitels. Diesmal spielte sein erfinderischer Kopf mit einer anderen Abwandlung: nämlich Bayern eine Art Vize-Kaiserschaft anzubieten; der Gedanke war auf den romantischen Geist Ludwigs II. berechnet. Aber auch diesmal machte der Kronprinz London mobil; der englische und der französische Botschafter erhoben in Berlin Vorstellungen. Die Einzelheiten sehen wir nicht klar, auf alle Fälle liess Bismarck diesen Plan endgültig fallen.

Der Bundeskanzler litt auch gesundheitlich an den wachsenden Schwierigkeiten und an dem Übermass der Arbeit; 7 Körperschaften verlangten seine Anwesenheit: Norddeutscher Reichstag, Bundesrat, Zollparlament, Zollbundesrat, Abgeordnetenhaus, Herrenhaus und Staatsministerium, – wobei freilich Bismarck in der Vielzahl der Versammlungen auch ein Ventil für den Tatendrang der Abgeordneten sah oder – wie er es in seiner übermütigen Art formulierte: «Man muss die Herren mit Parlamenten füttern wie die Konditorlehrlinge mit Süssigkeiten.»

In den Jahren 1867 bis 1869 musste Bismarck jeden Herbst mehrere Monate in Varzin verbringen. Zwei Monate vor dem Kriegsausbruch von 1870 schrieb Bennigsen: «Bismarck ist so elend, dass er vielleicht gar nicht mehr während des Reichstages herkommt. Dieser Zustand ist allmählich gar nicht mehr möglich. Bismarck wird am besten tun, sich förmlich auf ein Jahr oder länger von allen Geschäften zurückzuziehen, wenn er überhaupt noch wieder zu Geschäften dauernd tüchtig werden will. Als sein Nachfolger wird eventuell General Moltke genannt.» Schon triumphierten die Feinde des Bundeskanzlers wie einst in den Tagen des Konflikts. Strahlend schrieb Roggenbach: «Eine Besserung ist



so lange ganz unmöglich, als die Eigenwilligkeit und der Dünkel eines Mannes die Bildungen auf dem so schwierigen Felde der Verfassungsbegründung in der Hand hält und als dieser Eine so wenig konstruktive Begabung hat wie der gegenwärtige Bundeskanzler . . . Ich gestehe, dass ich auch nicht eine Person gefunden habe, aus allen Parteien, die nicht gefragt hätte, ja, so kann es ja doch nicht mehr gehen' . . . Graf Bismarck selbst gehört zu den Überzeugtesten von dieser Unmöglichkeit, wenn auch aus einem subjektiven Grunde. Er sagte mir, dass er eher zu allen Extremitäten fähig wäre, als dass er den blossen Gedanken ertragen wolle, noch ferner in einer Lage zu bleiben, in der er nur die Wahl habe, toll zu werden oder unter der Arbeitslast und den Schwierigkeiten seiner Stellung zu erliegen.»

Aber in Wahrheit lag Bismarck jede Verzweiflung fern. Er sah die Entwicklung mit Gelassenheit. An den preussischen Gesandten in München schrieb er: «Dass die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde, halte auch ich für wahrscheinlich. Aber eine ganz andere Frage ist der Beruf, eine gewaltsame Katastrophe herbeizuführen und die Verantwortlichkeit für die Wahl des Zeitpunkts. Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und dass die deutsche Einheit in diesem Augenblicke keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen. Hinter der wortreichen Unruhe, mit der Leute ausserhalb der Geschäfte nach dem Stein der Weisen suchen, der sofort die deutsche Einheit herstellen könne, verbirgt sich in der Regel eine flache und jedenfalls impotente Unbekanntschaft mit den Realitäten und ihren Wirkungen. Wir können die Uhren vorstellen, die Zeit geht aber deshalb nicht rascher, und die Fähigkeit zu warten, während die Verhältnisse sich entwickeln, ist eine Vorbedingung praktischer Politik.» Wenn wir von Bismarck nichts besäßen als diese Instruktion: aus der Kraft ihrer Formulierung wie aus der abgewogenen Art ihres Urteils könnten wir ersehen, wie ungeheuer er alle Zeitgenossen überragte, realpolitische Berechnung mit sittlicher Verantwortung verbindend.

Als Fritz Reuter, der 1848 zu lebenslänglicher Festung verurteilt, aber inzwischen seit Langem freigelassen war, dem Kanzler seine Werke sandte, antwortete Bismarck mit den schönen Worten: «Als alte Freunde habe ich die Schar Ihrer Kinder begrüsst und sie alle willkommen geheissen, die in frischen, mir heimatlich vertrauten Klängen von unsres Volkes Herzschlag Kunde geben. Noch ist, was die Jugend erhoffte, nicht Wirklichkeit geworden; mit der Gegenwart aber versöhnt es, wenn der auserwählte Volksdichter in ihr die Zukunft gesichert vorschaut, der er Freiheit und Leben zu opfern stets bereit war.»

**FRANKREICHS KAMPF GEGEN  
DEUTSCHLANDS EINIGUNG**

*Wenn die süddeutschen Staaten in den  
Norddeutschen Bund eintreten, gehen die  
französischen Kanonen von selbst los,  
Napoleon III.*

## NAPOLEONS EINKREISUNGS-PLÄNE

*Ich bin von der Sorge ziemlich frei, dass wir einen Krieg mehr als andere zu fürchten hätten; ich habe volles Vertrauen zu unserer Fähigkeit zu siegen, wenn uns der Krieg gebracht wird: aber ich halte selbst einen siegreichen Krieg für ein Mittel, welches zur Erreichung von Zwecken, die sich auch ohne einen solchen zweifellos erfüllen werden, von gewissenhaften Regierungen nicht angewendet werden sollte.*

*Bismarck an den preussischen  
Gesandten in Karlsruhe 1869*

### I

Auf dem Schlachtfeld von Königgrätz hatte Bismarck gesagt: «Jetzt kommt es darauf an, Österreichs Freundschaft zurückzugewinnen.» Aus diesem Wunsch heraus hatte er von Habsburg keinen Fussbreit Boden gefordert. Aber seine Versöhnungspläne waren einseitig: Franz Joseph wählte als neuen Aussenminister einen erprobten Feind Bismarcks, den Grafen Beust. Der sächsische Ministerpräsident hatte nach der Niederlage Bismarck seine «Mitarbeit auf dem Boden der Tatsachen» angeboten, aber auf Bismarcks Wunsch aus dem sächsischen Ministerium ausscheiden müssen.

Der kleine bewegliche Sachse mit dem blinzelnden Blick und den weichen, geschmeidigen Bewegungen hat viele an eine Katze erinnert. Er war ein in allen Sätteln erfahrener diplomatischer Jongleur. Obwohl er sehr schlechte Zähne hatte, trug er systematisch ein Lächeln zur Schau, das sich vergebens bemühte, den Eindruck eines heiteren Bonvivants hervorzurufen. Er erfasste die meisten Probleme mit durchdringendem Verstand und formulierte sehr überzeugend, pointiert und wit-

zig. Als Redner wirkte er mit seiner leisen, modulationslosen Stimme etwas kläglich; seine innere Unsicherheit wurde dann in einer verlegenen Haltung sichtbar; auch war er zu kurzichtig, um Aufzeichnungen zu benutzen, und zu ehrgeizig, um zuzugeben, dass ihm das Talent der Improvisation nicht gegeben war. Der russische Diplomat Ignatiew behauptete, bei Verhandlungen spreche Beust gern mit geschlossenen Augen, um sich besser reden zu hören. Seine zierlichen Füßchen, sein besonderer Stolz, pflegte er durch weite Beinkleider hervorzuheben. Aber die Beine, auf denen diese Persönlichkeit ruhte, waren zu schwach. Ihm fehlte alles Elementare, und dadurch die Fähigkeit, andere mitzureissen. Thiers sagte von ihm, von allen Menschen, die er kenne, besitze Beust am wenigsten das Aussehen, an das zu glauben, was er sage. Sein bester Freund und Mitarbeiter, Vitzthum, meinte: «Keulenschläge lassen sich mit einer Damaszenerklinge nicht parieren». Treitschke behauptete, ohne Spott liesse sich über «diesen gespreizten Eunuchen» nicht schreiben. Für Beust hat Bismarck das oft zitierte Wort geprägt: «Wenn ich mir ein Urteil über die Gefährlichkeit eines Gegners bilden will, so subtrahiere ich zunächst von dessen Fähigkeit seine Eitelkeit. Wende ich dies Verfahren auf Beust an, so bleibt als Rest wenig oder nichts.» Dem leichtlebigen Weltmann, der eigentlich in das galante 18. Jahrhundert gehörte, fehlte die Tiefe des Charakters, die Weite des Blickes und die Leidenschaft für die Sache.

In Wien war die Stellung des «importierten Ministers» schwierig. Der Unterhändler von Gastein, Graf Blome, sagte dem preussischen Gesandten: «Die Preussen in Böhmen waren eine Kalamität, der Sachse in der Staatskanzlei ist aber eine noch viel schlimmere Landplage.» Die stärkste Persönlichkeit der Monarchie, der ungarische Staatsmann Graf Andrassy, schrieb seiner Frau: «Von den Dingen hat Beust nicht den geringsten Begriff. Er ist leichtfertig, eitel, wohl ein kluger, doch einsichtloser Kopf. Hilft ein anderer nicht heraus, so wird er diese Monarchie ebenso unbedingt verderben, wie er Sachsen zugrunde gerichtet hat.» Beust selbst dagegen war überzeugt, jetzt endlich in der richtigen Stel-

lung angelangt zu sein: «Wenn man mich früher an die Spitze Österreichs gestellt hätte, so hätte ich die Ereignisse von 1866 unmöglich gemacht.» Seine einzige Forderung war, der Kaiser möge ihn nicht wie andere Minister um 6 Uhr früh, sondern erst um 9 Uhr rufen lassen.

Bismarck verbiss seinen Groll über Beusts Berufung; er dachte nicht daran, die Versöhnung mit Österreich unter persönlichen Abneigungen leiden zu lassen. So begrüßte er ihn mit einer eleganten Wendung; er sagte dem österreichischen Gesandten: «Ich bitte Sie, Ihrem Chef zu berichten, dass ich gegen ihn nicht die geringste Ranküne hege, im Gegenteil mich freue, ihn als Minister in Österreich zu wissen. In Deutschland, in Sachsen hätte er mich allerdings sehr geniert; dort ist für uns beide kein Platz, und wenn ich dies ausspreche, gebe ich mich der Hoffnung hin, dass mich Baron Beust nicht beschuldigen werde, ihm etwas Unverbindliches sagen zu wollen.» Aber natürlich war Beust durch solche Liebenswürdigkeiten nicht zu beeinflussen. Er wollte Revanche für Königgrätz.

Aber für diese Revanche musste er erst Frieden im Innern der Monarchie haben. Also musste er die Ungarn versöhnen, und da er unbelastet von jeder österreichischen Tradition war, schien ihm jedes Zugeständnis möglich. Die Magyaren nutzten ihre Chance, «und bald umschlang ein zartes Band, an dem auch schöne Damenfinger mitgeflochten, den vertrauensseligen ‚Sächser‘». Schon vor dem Kriege mit Preussen hatten die Ungarn die alten Forderungen von 1848 erhoben: Ungarn wollte mit Österreich nur den Monarchen, die Aussenpolitik und das Heer gemeinsam haben. Jetzt nahm Beust die ungarischen Forderungen, den sogenannten «Ausgleich», an. «Jetzt ist's gleich aus», sagten die Wiener. Beust war auch damit einverstanden, dass zu dem Königreich Ungarn zur Hälfte Gebiete gehören sollten, die nicht von Ungarn bewohnt waren, sondern von Kroaten, Serben, Slowaken, Rumänen und Deutschen; mit gewohntem Leichtsinn meinte er, die Kroaten könne man «mit Hafer und Peitsche behandeln». Mit diesem Entschluss hat er einen wesentlichen Stein zum Grab der Monarchie gefügt.

## II

Der Abmarsch der Preussen aus Luxemburg hatte nicht genügt, um Napoleons Stellung in den Herzen seiner Franzosen zu festigen; die Pariser verglichen ihn höhnisch mit einem Jäger, der nichts geschossen und auf dem Heimweg im Laden einen Hasen gekauft habe. Thiers sagte spöttisch: die beiden Minister des zweiten Kaiserreichs heißen Cavour und Bismarck. Der englische Botschafter schrieb aus Paris, die wirkliche Gefahr für Europa liege in den Schwierigkeiten Napoleons; es fehle der Glanz, der die Aufmerksamkeit des Volkes ablenke, der den Franzosen so teure «Reiz des Wechsels»; der Kaiser werde wohl versuchen, sich durch einen Theatercoup in der auswärtigen Politik zu halten. Der französische Aussenminister Moustier gestand dem preussischen Gesandten offen, die Siege von 1866 hätten in dem Heer Frankreichs die Neigung geweckt, sich mit Preussen zu messen: «Wir sind Hähne!»

Napoleon sah klar: ohne Bündnisse konnte er nicht gegen Preussen fechten. Wieder begann Eugenie die Verführung, wieder griff sie nach jener Karte Europas, in die sie in den letzten 10 Jahren schon so viele Wunschträume vergeblich eingezeichnet hatte; der österreichische Botschafter, Fürst Metternich, der Sohn des Staatskanzlers, meinte abergläubisch, das alte Exemplar sei ihr zum Glück gestohlen worden. Frankreich schlug Österreich ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis vor, um bestimmte Kriegsziele durchzusetzen: das linke Rheinufer und vielleicht auch Baden für Frankreich; Schlesien und die Zerschlagung des Norddeutschen Bundes für Österreich. Die Kaiserin spielte mit allen Mitteln: bei einer Zusammenkunft in Salzburg erschien sie nur in der bescheidensten Toilette, um sich vor der Schönheit der österreichischen Kaiserin gleichsam auszulöschen.

Aber Beust erwiderte, der Kaiser von Österreich habe 8 Millionen deutsche Untertanen; Eroberungen deutschen Gebiets durch Frankreich seien vielleicht möglich, aber niemals dürfe man sie als Zweck in ein

Bündnis aufnehmen. Obendrein wusste er: die Ungarn wollten keineswegs ihr Blut für einen Revanchekrieg opfern.

Beust hatte einen unvergleichlich klügeren Plan: er wollte die ständigen Streitigkeiten im Orient dazu benutzen, um einen neuen Krimkrieg gegen Russland zu entfesseln. Wenn wiederum Österreich, Frankreich, England, Italien und die Türkei zusammenstanden, schien ein Sieg sicher; für diesen Krieg gegen den verhassten Unterdrücker von 1849 würden sich auch die Ungarn begeistern. Wenn Preussen seinem russischen Freunde in diesem Kampf half, so musste es einen unpopulären Krieg führen. Süddeutschland ging dann sicher nicht mit und Preussen lag dem Zugriff der Verbündeten viel bequemer offen als Russland. Der Frieden kam dann auf Kosten Preussens und vielleicht der Türkei zustande. Wenn aber Preussen den Russen nicht half, so stand es, sobald Russland geschlagen war, vereinsamt und wehrlos dem siegreichen Fünfbund gegenüber. Der Plan war kühn und wohlüberlegt. Es bedurfte eines geschickten Gegenspielers, um ihn zum Scheitern zu bringen. Sehr viel hing von England ab, und um England bemühte sich Bismarck mit allen Künsten seiner Diplomatie. Drei Wochen, bevor Beust dem Kaiser Napoleon seine Pläne vortrug, begann Bismarck seine Gegenzüge.

### III

Bismarck hatte in London – dank der Darstellung der fortschrittlichen Presse – als der «Mann von Blut und Eisen» gegolten, als Freund des Zaren, als Revolutionär des europäischen Gleichgewichts und als ein Mann, der sich seit Jahren um die Freundschaft Napoleons bemüht habe. Er hatte beim polnischen Aufstand und beim dänischen Krieg dem englischen Kabinett schwere Niederlagen bereitet. Er genoss daher jene Achtung, die sich auf Furcht und Misstrauen gründet.

Aber seit 1866 war noch ein anderes Gefühl hinzugekommen. Der Erfolg ist der Vater des Erfolges. Schon nach der ersten Kriegswoche stellte die englische Presse fest, in den norddeutschen Ländern würden



die Preussen überall als Freunde empfangen, und nach dem Siege rühmte die Times, die preussische Armee habe sich überall vortrefflich aufgeführt; es sei dies «vorzugsweise dem hohen Grade von Bildung und dem menschlichen und sympathischen Nationalcharakter der Deutschen sowie der aus allen Klassen der Nation hervorgehenden Zusammensetzung der Armee zuzuschreiben». Der preussische Botschafter in London, Bernstorff, schrieb seinem liberalen Bruder: «Wenn du glaubst, dass Deutschland durch die grossen Ereignisse des letzten Jahres geschwächt sei, so möchte ich Dir wünschen, nur 24 Stunden in London, Paris oder Petersburg zuzubringen, wo Du bald anderer Meinung sein würdest. Deutschland ist im Gegenteil noch nie seit dem Westfälischen Frieden so stark, geachtet und gefürchtet gewesen.» Er zitierte ihm eine Äusserung der angesehenen Saturday Review: «Das kontinentale Europa erwacht augenblicklich zu der entzückenden Überzeugung, dass es nicht mehr der Willkür eines einzigen Mannes – Napoleon – unterworfen, und dass eine Macht entstanden ist, welche das kaiserliche Frankreich sich anzugreifen fürchtet.» Aber trotz dieser Sympathien war England geneigt, in der orientalischen Frage mit Frankreich und Österreich zu gehen, denn es war erfüllt von der Besorgnis, Russland könne die Türkei aufteilen und sich die Balkanstaaten angliedern.

Bismarck wies immer wieder England darauf hin: man solle Preussen nicht durch eine Annäherung London – Wien – Paris immer stärker zu einem Bündnis mit Russland, ja sogar mit Serbien und den anderen Balkanstaaten zwingen. Er liess keinen Zweifel, wie feuergefährlich diese Pläne waren. Wie so oft half ihm hier sein Ruf, dass er nicht der Mann war, zurückzuweichen. Gleichzeitig versuchte er die Orientfrage in seine Pläne einzuschmelzen; sie sollte nicht zum Zwist, sondern zur Versöhnung mit Frankreich dienen. Er war gern bereit, Frankreich im Orient die immer wieder gewünschten Kompensationen zu überlassen. Wenn die Befreiung der christlichen Balkanvölker von der türkischen Herrschaft zugleich das Material für eine Befriedigung des französischen Ruhmbedürfnisses lieferte und hierdurch den europäischen Frieden erhielt: umso besser! Es lag ihm ganz fern, hier eigene Prestige-Wünsche zu hegen.

Zu Benedetti sagte er, Frankreich und Preussen könnten sich gemeinsam an dem Feuer im Orient wärmen: «Wenn sich die Dinge dort zuspitzen, sollten wir uns verständigen.» Alle seine Gedanken kreisten um das Ziel, die Einigung Deutschlands ohne Krieg zustande zu bringen; im Orient konnte sein findiger Geist vielleicht die Mittel hierfür aufreiben: den psychologischen Ausgleich für Frankreich.

Aber das Problem war: er durfte sich hierbei nicht mit Russland überwerfen. Mit Russland hatte Deutschland keine Reibungsfläche; als Freund war es bequem, als Gegner verhängnisvoll. Die Russen hatten von sich aus Preussen angeboten, im Falle eines preussisch-französischen Krieges Österreich zur Neutralität zu zwingen, indem sie 100'000 Mann an den Grenzen versammelten. Der Zar rechne aber damit, dass Preussen bei einer Bedrohung Russlands ähnlich verfare. Bismarck stimmte zu, sträubte sich aber gegen einen schriftlichen Vertrag. In seiner heiteren Art versicherte er, der König verspüre gegen eine solche Urkunde die gleiche Abneigung wie manche Leute gegen die Niederschrift eines Testaments: «Sie glauben dadurch die in dem Testament vorgesehenen Eventualitäten gewissermassen herbeizuführen.» In Wahrheit wollte er vermeiden, die Russen durch verbindliche Zusagen zu einer kriegerischen Politik zu ermuntern. Er musste mit Russland in sicherer Freundschaft bleiben, ohne ihm seinen Degen zu leihen. Es war wieder einmal eine Politik der Nuancen. Da ein Orientkrieg das Ende Preussens bedeuten konnte, veranlasste er Russland, «seine Segel etwas einzureffen».

Schwierigkeiten bereitete ihm eine gegen Russland gerichtete Interpellation der Fortschrittler; er erwiderte, die auswärtige Politik könne nicht von Parlamentsmehrheiten betrieben werden; niemals lasse sich die gesamte Sachlage offen darlegen; keine aussenpolitische Frage sei jemals abgeschlossen.

Gortschakoff gestand dem preussischen Gesandten, er bewundere und beneide den Bundeskanzler und er wünsche sich manchmal, an Bismarcks Stelle zu stehen. Als er 1868 nach Deutschland kam, erbat er eine Zusammenkunft: er sehne sich nach ihm «wie nach einer schönen Frau».

Aber Bismarck war in Varzin und wollte die guten preussisch-russischen Beziehungen nicht zu deutlich plakatieren; so entschuldigte er sich mit Gesundheitsrücksichten.

#### IV

Für Rumänien hatte Napoleon 1866 den Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen vorgeschlagen. Er war mit ihm verwandt: seine Grossmutter war eine Beauharnais und Adoptivtochter Napoleons I. König Wilhelm hatte Bedenken, aber Bismarck hatte dem jungen Fürsten gesagt, er solle – ohne auf preussische Hilfe zu rechnen – heimlich nach Bukarest gehen und sein Glück versuchen. Es war Karl gelungen, das Wohlwollen der Mächte zu erringen. Aber sein Minister Bratianu betrieb gegenüber Österreich und der Türkei eine Ausdehnungspolitik, die zu einem Konflikt und einem europäischen Krieg zu führen drohte. Sofort griff Bismarck gegenüber seinem Schützling ein, und er tat es mit gewohnter Härte: der preussische Gesandte forderte die sofortige Entlassung Bratianus oder seine Pässe. Bratianu wurde entlassen, und der Frieden war gesichert.

Aber sehr schnell folgte ein neuer Streit, diesmal um die Frage, ob Kreta türkisch bleiben oder griechisch werden sollte. Wiederum drohte ein Krieg und wiederum war es Bismarck, der ihn verhinderte. Wie ein Feuerwehrmann musste er überall schnell eingreifen, ehe aus dem kleinen Feuerchen eines Konflikts der grosse europäische Brand emporloderte, der die friedliche Einigung Deutschlands verhindern konnte. Es kam ihm zustatten, dass er genau wusste, was er wollte, und dass alle europäischen Mächte mit seiner Härte rechneten, während sie selbst uneinig und schwankend waren: England wollte den Frieden, war aber nicht bereit, etwas dafür einzusetzen. Beust wollte den Brand im Orient entzünden. Napoleon schreckte davor zurück; er hätte lieber einen Konflikt aus westlichem Anlass – etwa in Belgien – gehabt, um Russland aus dem Spiel zu halten.

Bismarck legte den Briten dar, wie gefährlich Napoleons Ausdehnungsdrang für Belgien sei. Der englische Gesandte erwiderte, die

Rheinprovinz sei für Frankreich ein viel erwünschterer Siegespreis. Bismarck antwortete: «Diese Provinz ist für Frankreich unverdaulich und hinter ihr steht eine Million deutscher Soldaten. Wer steht eigentlich hinter Belgien?» Er wusste, dass England für die Verteidigung Belgiens auf den preussischen Degen rechnete, und er beeilte sich, diesen Irrtum zu beseitigen. Wenn Napoleon Belgien einstecke, so habe Preussen andere Wege, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Er wolle keinen bestimmten Weg nennen, also weder Holland noch Böhmen noch Bayern noch eine Verständigung mit Russland über Polen, er wolle nur betonen: wenn wirklich einmal die Selbsterhaltung zur einzigen Aufgabe der europäischen Staaten würde, so habe Preussen mancherlei Möglichkeiten. «Das wäre ja eine Räuberpolitik», erwiderte der englische Botschafter. Bismarck antwortete kühl, die europäische Politik sei seit Richelieu, Ludwig XIV. und Napoleon von diesen Prinzipien geleitet worden. Preussen werde jedoch bestimmt den Frieden nicht brechen. Wenn er aber von anderer Seite gebrochen werde, so würde Preussen notfalls zweifelhafte Neutrale ebenso rechtzeitig unschädlich machen wie England 1805 die Dänen, als es im tiefsten Frieden die dänische Flotte wegnahm und Kopenhagen bombardierte. Preussen sei aber jeden Tag zu einem Sicherheitsvertrag gegen jeden Friedensstörer bereit. «Bismarcks Wege sind unerforschlich», sagte Clarendon mit leichtem Grauen, als er diesen Bericht bekam. Er wünschte nicht für Belgien gegen Napoleon zu fechten, und er brachte es fertig zu erklären, Verträge, welche bei dem heutigen Stand der öffentlichen Meinung nicht mehr geschlossen worden wären, könnten auch keine Gültigkeit haben.

Es war ein gefährliches Spiel, das Bismarck spielen musste. Nur wer mit den Kräften der europäischen Staaten genau vertraut war, vermochte es zu beherrschen. Zu guter Letzt erzeugte Bismarck in London und Paris soviel Sorge vor seinem Gegenspiel und soviel Zutrauen zu seinen Absichten, dass alle Grossmächte seinem Vorschlag einer Kretakonferenz zustimmten, die das Problem friedlich löste.

## V

Gleichzeitig mit dem Beginn der Orientkrise spielte ein anderer Konflikt. Frankreich hatte seit Jahren seine Truppen aus dem Kirchenstaat zurückgezogen, und Italien hatte sich verpflichtet, ihn nicht zu betreten. Jetzt waren Freischaren Garibaldi dort eingefallen. Napoleon bat Preussen, gemeinsam mit ihm einzuschreiten. Aber Bismarck schloss sich dem Standpunkt Russlands und Englands an und blieb neutral. Preussen als überwiegend protestantische Macht müsse hier den katholischen Mächten den Vortritt lassen. Er wollte sich nicht durch militärisches Eingreifen mit Italien verfeinden. Umgekehrt wollte der Logenbruder des Königs, Usedom – damals noch Gesandter in Florenz – ihn dafür gewinnen, Italien gegen den Papst und Frankreich zu unterstützen. Diese Zumutung wies Bismarck mit Rücksicht auf die deutschen Katholiken mit groben Worten ab. Als der Papst anfragte, ob er gegebenenfalls in Preussen ein Exil finden könne, bot er ihm Köln oder Fulda an.

Napoleon schlug eine Konferenz über das Romproblem vor. Aber Preussen, England und Russland antworteten hinhaltend. Bismarck fürchtete, der Papst werde Wiederherstellung des früheren Kirchenstaates verlangen; dann gerate Preussen in einen Zwiespalt zwischen den Wünschen seiner katholischen Untertanen und seiner Freundschaft mit Italien; auch sei der Papst keine Macht, die sich einem Konferenzbeschluss unterwerfen müsse. Bismarck sah auch keinen Anlass, Napoleon aus Schwierigkeiten zu befreien, die er sich durch eigene Fehler aufgeladen hatte. König Wilhelm dagegen wollte, um Napoleon nicht zu verstimmen, den französischen Vorschlag annehmen. Bismarck erwiderte: «Unsere Beziehungen zu Frankreich würden durch nichts leichter gefährdet werden als durch einen wenn auch noch so leisen Anschein von Besorgnis vor Frankreichs Missfallen. Motive zur Verstimmung gegen uns wird man in Paris mit Leichtigkeit finden, sobald man glauben dürfte, dass uns die Verstimmung Eindruck macht.» Der König schrieb ängstlich an den Rand: «Ganz richtig. Aber Handgreifliches müssen wir

vermeiden.» Schliesslich löste Frankreich die Frage kurzerhand auf eigene Faust und verkündete, niemals werde es Rom den Italienern überlassen; französische Truppen landeten, schlugen die Freischärler Garibaldi und blieben als Besatzung im Lande. Bismarck hatte richtig manövriert: Frankreich war in eine Lage geraten, die ihm in dem Deutsch-Französischen Krieg empfindlich schaden sollte.

Bismarck hat auch drei Jahre später, als das Unfehlbarkeits-Konzil tagte, jedes Eingreifen abgelehnt und alle Entscheidungen den deutschen Bischöfen überlassen:»Wie weit die Bischöfe in dieser Wahrung ihrer Rechte gehen wollen oder können, das haben sie mit ihrem Gewissen abzumachen; die Regierungen können nur gerade so weit gehen wie die Bischöfe selbst.»

Die römischen Verhandlungen waren die letzten, die Goltz in Paris zu führen hatte. Seine Feindschaft gegen Bismarck war unverändert. Er klagte über seine «ständigen Perfidien und Lügen», über die er nächstens die Geduld verlieren werde, obwohl er ihm nichts schuldig bleibe: «Als ich in Berlin war, konnte ich nicht umhin, ihn unausstehlich zu finden und die Beamten und die fremden Diplomaten zu bedauern, welche mit ihm zu tun haben. Er schlief von 2-3 Uhr nachts bis um 12 Uhr mittags und ärgerte sich und andere während der übrigen Zeit . . . Der Mensch kann nicht Ruhe halten, ist in beständiger Koketterie mit den Roten, um sich dem Könige gegenüber auf eine parlamentarische Mehrheit stützen zu können, und ist dabei so unmanierlich, dass kein fremder Diplomat mehr mit ihm leben kann. ... Es ist wirklich sehr spasshaft.» Bald darauf erkrankte er an einem qualvollen Zungenkrebs und schrieb Bernstorff: «Meine Tage sind gezählt. Innerhalb weniger Monate, ja wohl Wochen dürften meine Gebeine in der Erde ruhen. Was mich dabei am meisten schmerzt, ist die Vereitelung des von mir sehnlichst gehegten Wunsches, meinem jetzigen oder künftigen Souverän bei der Vollendung des preussisch-deutschen Einigungswerkes als erster Ratgeber und erstes vollziehendes Werkzeug zur Seite zu stehen.»

## VI

Bismarck hatte Beusts Orientpolitik in einem ironischen Erlass entlarvt: man solle die friedensfeindliche Politik Wiens nicht lediglich dem «Bedürfnis des Grafen Beust nach anregender Beschäftigung» zuschreiben, sondern seinem festen Entschluss, den Prager Frieden zu zerstören. Allerdings hätten die Westmächte inzwischen erkannt, welche Rolle ihnen «als Unterlage der Staatskunst des Grafen Beust zudedacht» war.

Aber Beust hatte eine natürliche Stütze in der Sorge Napoleons um die Fortdauer seiner Dynastie. Diese Sorge war eine Gefahr für Europa. Einer seiner Minister, der Herzog von Broglie, urteilte: «Er ist ein Narr mit lichten Momenten. . . . Seine Regierung besteht aus Dummheiten, die gelungen sind, und solchen, die nicht gelungen sind.» Der Historiker Guizot sagte, er sei «unentschlossen, unwissend, ein Spieler». Der bayrische Gesandte in Paris meldete Anfang 1869, man mache im Kriegsministerium kein Hehl daraus, dass der Krieg mit Preussen unvermeidlich sei; Österreich muntere zum Krieg auf. Dem hessischen Minister Dalwigk teilte General Ducrot vertraulich mit, Napoleon sei mehr denn je zum Krieg entschlossen; er könne ihn im Interesse seiner Dynastie nicht vermeiden. Die Wahl von 1869 hatte mit 4,5 Millionen Stimmen für ihn und 3,3 Millionen gegen ihn eine schwache Mehrheit ergeben. Der Hofdichter Mérimée meinte, es herrsche am Hofe ein Gefühl wie im letzten Akt des Don Juan, ehe der Komtur erscheint. In der Armee sagte man, der Kaiser hätte wegen seiner Haltung von 1866 standrechtlich erschossen werden müssen; wenn er jetzt nicht zum Schwerte greife, müsse man ihn wegzagen. Auch Gortschakoff fürchtete, die inneren Schwierigkeiten würden Napoleon zum Kriege treiben. Der österreichische Militärattaché schrieb, das Ministerium sei mit einer Ausnahme für den Krieg; nur wolle Napoleon die Pandorabüchse nicht ohne Mithelfer öffnen. Auf alle Fälle führte Napoleon eine planmäßige Aufrüstung durch, mit dem Chassepotgewehr gab er Frankreich die beste

Waffe Europas. Freilich wurde diese Aufrüstung durch parlamentarische Geldkürzungen entscheidend geschädigt.

Napoleon wusste: nur mit starken Bundesgenossen konnte er die Einigung Deutschlands verhindern. Beust bot sich ihm an. Der Franzosenkaiser war diesmal klug genug, in seinem Bündnisvorschlag die – wie er sagte – «Sentimentalität» der Deutsch-Österreicher nicht zu verletzen. Der österreichische Botschafter in Paris, Fürst Metternich, schrieb ironisch: «Die Germanen werden im Text den Rhein nicht erwähnt finden, was ich nur mit einer gewissen Mühe habe durchsetzen können; sie werden kein Geschrei erheben können über eine gemeinsame Kriegsunternehmung von uns und dem Ausland gegen ‚die deutschen Brüder‘.» Der Entwurf selbst sah nur wechselseitige Garantie der Gebiete und gemeinsame Aussenpolitik vor; im Kriegsfall sollte ein Schutz-und-Trutz-Bündnis abgeschlossen werden. Kam es zum Krieg, so sollte Preussen zerschlagen und auf den Machtumfang Bayerns oder Sachsens herabgedrückt werden. Die drei Monarchien geboten zusammen über 100 Millionen Einwohner und über fast drei Millionen Bajonette. Es war ein Einkreisungs-Plan, der den kommenden deutschen Staat in der Wiege erwürgen musste.

Italien hatte gewaltige Wünsche angemeldet: Südtirol, Nizza, Tunis, eventuell den Tessin, Vorstreckung und Ersatz der Kriegskosten, gemeinsames Vorgehen bei der Papstwahl. Der italienische Unterhändler gestand lächelnd: «Man sagte uns, dieser Vertrag sei der Friede . . . Nun, der Krieg steht nicht vor der Tür, aber niemals würde Kaiser Napoleon uns einen derartigen Vertrag vorgeschlagen haben, wenn er nicht die feste Idee hätte, sich seiner Armee zu bedienen.» Aus der Freigebigkeit, mit der Napoleon diesen kleinen Verbündeten befriedigte, der nur 200'000 Mann stellen wollte, kann man Rückschlüsse auf seine eigenen Absichten ziehen.

Schon stand der Bündnisvertrag vor der Unterzeichnung, da fanden es die Söhne Roms an der Zeit, ihre Forderungen zu erhöhen: sie verlangten die Isonzogrenze und vor allem den Kirchenstaat. Diese Forderungen konnte der Franzosenkaiser nicht erfüllen, denn seine Politik stützte sich auf die Klerikalen.



Wenn er die Besetzung des Kirchenstaates duldet, war seine Mehrheit verloren. Die Unterzeichnung wurde verschoben. Aber Napoleon erklärte Metternich, er betrachte den Vertrag als unterzeichnet. Gleichzeitig leugnete er England gegenüber jede Verabredung ab.

So kam es nur zu einem Austausch von Monarchenbriefen. Sie waren überaus vorsichtig gehalten: man versprach sich Hilfe, falls die anderen angegriffen würden – Frankreich sicherte sie bedingungslos zu, Österreich «in den Grenzen des Möglichen», Italien unter Vorbehalt der Räumung Roms durch die Franzosen. Fest vereinbart war lediglich, dass kein Staat Bündnisse schliessen werde, ohne die anderen zu verständigen. Trotz dieser losen Formulierung sagte Napoleon seinem ersten Minister Rouher: «Ich betrachte unsere Verträge als moralisch unterzeichnet. Das Bündnis mit Österreich ist der Angelpunkt meiner Politik.»

Mehr noch: seinem General Lebrun gab er als Grundlage für seinen Feldzugsplan an, man könne das Bündnis mit Italien als gewiss, das Bündnis mit Österreich als moralisch, wenn nicht tatsächlich gesichert betrachten. Er war hierin völlig verblendet; nur diese Verblendung erklärt seine tollkühne Politik vom Juli 1870. Auch Beust schrieb an seinen Botschafter Metternich:» Wir haben jedenfalls genügend Vertrauen zur Loyalität Kaiser Napoleons, um durchdrungen davon zu sein, dass er sich von jetzt an moralisch gegenüber uns gebunden erachtet, wie wir uns selbst schon als Verbündete Frankreichs betrachten.»

Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custoza, reiste nach Paris und besprach den Kriegsplan: je 100'000 Franzosen, Österreicher und Italiener sollten in Süddeutschland einrücken und über Würzburg, Nürnberg und Ansbach nach Leipzig marschieren. Hier sollte die Hauptschlacht stattfinden; Napoleon wollte offenbar die entschiedene Niederlage seines Oheims an Ort und Stelle rächen – mit Hilfe der Österreicher. Man hoffte, die Süddeutschen durch Einschüchterung mitreissen zu können; in Stuttgart erklärte man, falls Bayern den Preussen helfe, werde es teuer, sehr teuer büssen müssen.

Die Dreier-Entente war kein vertragliches Angriffsbündnis. Aber wie bei jedem Verteidigungsbündnis hing es von den Zielen der beteiligten

Staatsmänner ab, ob es zu einem Krieg führen konnte. Frankreichs Ziel war: die Dynastie durch einen grossen Erfolg zu festigen, die Führer Stellung in Europa wieder aufzubauen, die Einigung Deutschlands zu verhindern, wenn möglich auf dem linken Rheinufer oder in Belgien Boden zu gewinnen und Rache für Sadowa zu nehmen. Österreich wünschte seine Vormachtstellung in Deutschland wiederherzustellen, Schlesien zurückzugewinnen und den Sieger von Königgrätz zu demütigen. Italien wollte Gebietszuwachs auf allen Seiten. Diese schreckenden Kometen standen in den Jahren vor der Reichsgründung am Himmel. Ohne Krieg waren diese Ziele der Verbündeten nicht zu verwirklichen. Deshalb betonte Österreich immer wieder, es benötige noch zwei Jahre zum Wiederaufbau seiner Armee; man müsse, wenn es so weit sei, Preussen in der Mobilmachung zuvorkommen und müsse den Krieg im Frühjahr beginnen. Der französische Kriegsminister Le Boeuf betrachtete den Krieg seit Albrechts Besuch als beschlossen.

Aber zum Glück waren Napoleon und Franz Joseph keine entschlossfreudigen Naturen. Metternich schrieb einmal an Beust: «Österreich ist in der Lage einer Schönen, die sich endlich entschliesst, Don Juan zu erhören und nun einen – Abälard nach der Verstümmelung findet.»

Aber in Wahrheit war auch «die Schöne» durchaus nicht völlig hingabebereit. Franz Joseph sagte dem französischen General Lebrun, der zu Generalstabsbesprechungen nach Wien kam: «Vor allem will ich den Frieden . . . Wenn ich den Krieg mache, so muss ich dazu gezwungen sein . . . Wenn Napoleon mit seinem Heere in Süddeutschland steht, nicht als Feind, sondern als Befreier, dann werde ich meinerseits gezwungen sein zu erklären, dass ich gemeinsame Sache mit ihm mache.» Aus dem Diplomatischen ins Deutsche übersetzt, hiess das: Frankreich muss erst einmal einige Siege erfechten, ehe ich bereit bin, ihm zur Seite zu treten.

Merkwürdigerweise hat Bismarck, obwohl von England und Russland mehrfach gewarnt, an diese Dreier-Entente nicht geglaubt. Bernhardi meinte kritisch, er halte sich diesem Glauben fern, weil er den Frieden leidenschaftlich zu bewahren wünsche.

Einige Meldungen Usedom bezeichnete er als «Klatsch» – schon, weil er Usedom nicht leiden konnte. Er vertraute der Entschlusslosigkeit Napoleons. Der Kaiser fürchte den Krieg mit Preussen mehr als einen Kampf gegen die Revolution im Innern. Benedetti berichtete Anfang 1870, der König und Bismarck seien friedlich gesinnt. Dem französischen Militär-Attache Stoffel sagte Bismarck, die Allianzgerüchte beunruhigten ihn nicht im geringsten. Gegebenenfalls würden die Russen nach Wien marschieren. Österreich würde nach diesem Krieg verschwinden. Bewusst kam er Frankreich in allen Tagesfragen entgegen: als preussische Offiziere aus dem Lager Chalons eines Formfehlers wegen ausgewiesen wurden, sagte er zu Oberst Stoffel, er werde sich «nur durch verdoppelte Höflichkeit gegen französische Offiziere rächen». Zufällig hatte Stoffel einige Wochen später einen Zusammenstoß mit deutschen Zollbeamten in Hamburg, bei denen er sich angeblich zu Beleidigungen und Tätlichkeiten hinreissen liess. Der preussische Finanzminister beantragte Beschwerde in Paris und Genugtuung für die deutschen Zöllner. Bismarck lehnte jede Beschwerde ab; er empfahl, den Zollbeamten mehr Höflichkeit nahelegen und von der zwecklosen Kontrolle des Handgepäcks abzusehen. Auch als Napoleon Benedetti ablösen wollte, der «kein Weltmann» sei, verzichtete Bismarck auf dieses Entgegenkommen.

Aber wenn er auch nicht an dieses Bündnis glaubte, so machte er doch seine Gegenzüge. Er warnte Italien: «Wenn man . . . in Frankreich hofft, uns zu schlagen, so hoffen wir unsererseits ebenso zuversichtlich, die französischen Heere zu schlagen, denen wir jedenfalls an Zahl um das Doppelte überlegen sind. Die Qualität der beiderseitigen Soldaten gegeneinander abzuwägen, verbietet mir die nationale Bescheidenheit, die uns auch nach dem Siege über die anscheinend überlegene Macht Österreichs nicht verlassen hat.»

In der Anschlussfrage trat Bismarck auf der Stelle, denn er wollte Frankreich keinen Vorwand bieten. Der württembergische Minister Varnbüler besuchte ihn in Varzin. Bismarck schrieb in seinem gewohnten Stil an seinen Bruder: «Ich habe den württembergischen Varnbüler

hier, trabe ihn täglich 4 Stunden zu Pferde und 3 zu Fuss in der Hitze ab und hoffe, der schwäbischen Rinde einige deutsche Keime einzuokulieren.» Aber er tat das so vorsichtig, dass Varnbüler in München nachher erzählte, Bismarck habe Süddeutschland ganz aufgegeben. Sogleich beschwerte sich König Wilhelm über diese Äusserung Bismarcks. Der Bundeskanzler stellte sie richtig, fügte aber hinzu, es schade gar nichts, wenn Varnbüler so rede: jedes Zeichen preussischer Ungeduld halte die Süddeutschen fern. Gelegentlich sagte er, Bayern gleiche einem Mädchen, das vor einem Mädchenjäger bei der Mutter Schutz suche, dann aber bemerke, dass der angebliche Verführer es keines Blickes würdige.

## DIE SPANISCHE THRONKANDIDATUR

*Ein fürchterliches Wort drang bis zu uns: ‚Die Kandidatur Hohenzollern ist ein sich vorbereitendes zweites Sadowa! . . . ‘ O, dieser Name Sadowa! Seit vier Jahren schon waren unsere erbittertsten Gegner nicht müde geworden, ihn uns an den Kopf zu schleudern. Wir konnten das Kaiserreich keinem zweiten Sadowa aussetzen; es hätte das nicht mehr ausgehalten.*

*Kaiserin Eugenie*

### I

Am Flügel steht ein kurzbeiniger, dicklicher Herr, den Kopf nach vorn rechts hängend, mit gedunsenem Gesicht, einer niedrigen Stirn über kleinen fast erloschenen Augen, einer schweren Nase zwischen tiefen traurigen Backenfalten und als einzigen markanten Punkt in dem unbeweglichen Lebemannsgesicht einen lackierten Schnauzbart: Er singt ein deutsches Gedicht – fast ohne Akzent. Wie er an die Stelle kommt

Und der Kaiser, der Kaiser gefangen, rinnt eine Träne über sein erdfahles Antlitz. «Sentimental wie ein Deutscher», denkt sein Begleiter; er heisst Prinz von der Moskwa und hat zu Heines Gedicht «Die beiden Grenadiere» auch enge familiäre Beziehungen.

Napoleon III. besass in der Tat Gemüt; «mein gutes altes Deutschland», pflegte er von dem Land zu sagen, in dem er einen Teil seiner Jugend verbracht hatte. Königin Viktoria fand in seinem Charakter mehr Deutsches als Französisches. Er hatte persönlich in seinem Volk wenig Liebe oder Achtung erworben. Dem österreichischen Botschafter gestand er, er wisse, dass er verachtet sei. Er war ein Emporkömmling,

obendrein vermählt mit einer unebenbürtigen Frau: von ihm verlangte das Volk mehr als von einem Erb-Monarchen. Eugenie, ein kluger, aber ganz ungeistiger Mensch – in ihren Zimmern war kein Buch zu finden –, sagte mit der Treffsicherheit des Naturkinds: «Das Tragische an einem Staatsstreich ist, dass er einem Pakt mit dem Glücke gleichkommt!» Napoleon war – wie Prinzregent Albert gesagt hatte – wie ein Theaterdirektor, der jeden Tag ein neues Stück spielen lassen soll. Aber er hatte gar nichts Napoleonisches; die Quellen seines Handelns waren Furcht, Ehrgeiz und Sinnlichkeit. Ständige Geld- und Weiberaffären erniedrigten seine Umgebung zu einem Tummelplatz zweifelhafter Figuren in einer vergoldeten Bohème. Seine Umgebung zog einen *service de femmes* für ihn auf. «Alle schönen Frauen», berichtet ein Zeitgenosse, «machen seinem Hofmarschall den Hof, um mit dem Kaiser schlafen zu können. Hat man mit dem Kaiser geschlafen, kann man alles erreichen.» Um Eugeniens Duldsamkeit zu erkaufen, gab er ihr in politischen Fragen nach. Sie war der harte männliche Gegenpol zu seiner weichen Art. Man sagte von ihm, er würde, nur um Frieden im Hause zu haben, einen Krieg beginnen. Gelegentlich klagte er, er fühle sich über 100 Jahre alt. Marx schrieb, er sei der «ernsthafte Hanswurst, der nicht mehr die Weltgeschichte als eine Komödie, sondern seine Komödie als Weltgeschichte nimmt».

Frankreichs Lage war schwierig. Vor 1866 hatte Frankreich mit seinen 36 Millionen Einwohnern eine Führerstellung in Europa gehabt. Preussen hatte damals 16. Aber wenn jetzt die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bunde beitraten, stieg die Volkszahl Deutschlands auf 38 Millionen. Mit bitterem Hohn warf die Linke Napoleon vor, dass er nicht 1864 und 1866 gegen Preussen eingegriffen habe. Ein Franzose erzählte Bismarck: «Der Kaiser schwankt zwischen dem Verlangen nach Krieg mit Ihnen und der Furcht, sich mit Deutschland zu messen.» Bismarck erwiderte: «Bei uns ist es gerade umgekehrt: wir haben weder dieses Verlangen noch diese Furcht.»

Anfang 1870 berief der Kaiser ein liberales Kabinett. An seiner Spitze stand der Rechtsanwalt Ollivier, ein Schwager Richard Wagners. Er war

dafür, Frankreich solle sich einer allmählichen Einigung Deutschlands nicht widersetzen. Bismarck legte den preussischen Zeitungen nahe, ihre Genugtuung auszusprechen, denn dies Kabinett bedeute den Frieden mit Deutschland.

Aber Olliviers friedliche Stimmung war nur von begrenztem Wert, weil er alles andere war als ein fester Charakter. Zu allen Zeiten sind schwache Naturen als Staatsmänner für den Frieden gefährlich gewesen, weil sie leicht zum Instrument anderer Kräfte werden. Wie viele demokratische Minister hatte Ollivier kein Gefühl für auswärtige Machtfragen. Er brachte es fertig, zwischen Obst und Käse den österreichischen Botschafter zu fragen, ob Österreich nicht Galizien an den Zaren abtreten könne, um ihn als Bundesgenossen gegen Preussen zu gewinnen. In seinen Stimmungen schwankte er hin und her. Als er in den Akten die Berichte über Sadowa und Luxemburg las, war er – wie er in seinen Erinnerungen berichtet – über die feige Schwäche seiner Vorgänger empört. Vielleicht aus diesem Grunde berief er als Aussenminister den Herzog von Gramont, der 1866 hatte losschlagen wollen und der – was noch schlimmer war – überall für sehr töricht galt. Der englische Aussenminister Clarendon nannte ihn eine Null. Bismarck sagte misstrauisch zu Benedetti: «Was für finstere Pläne muss Napoleon hegen, dass er so einen Dummkopf ernennt.»

## II

Die Königin Isabella von Spanien hatte als Fünfzehnjährige einen geistesschwachen und impotenten Vetter heiraten müssen. Diese Ehe hatte der damalige Franzosenkönig, Louis Philippe aus dem Hause Orleans, zustande gebracht, und das aus guten Gründen. Isabellas Schwester war nämlich mit seinem jüngeren Sohn vermählt, dem Herzog von Montpensier. Wenn also Isabella kinderlos blieb, so erbte Montpensier den Thron Spaniens. Aber das Schicksal durchkreuzte diesen wohlersonnenen Plan:

Isabella bekam Kinder – wenn auch nicht von ihrem Mann, was sie übrigens nicht hinderte, die päpstliche Tugendrose zu empfangen; ihr Lebensweg pendelte zwischen Alkoven und Beichtstuhl. Obendrein wurde in Frankreich das Haus Orleans 1848 gestürzt.

Im Jahre 1868 verjagten die Spanier Isabella und sahen sich nach einem neuen König um. Isabellas Sohn war unbeliebt. Italienische Prinzen lehnten ab.

Bismarck waren die spanischen Wirren willkommen; sie bedeuteten für Napoleon eine Unruhe im Rücken, die ihn friedlich stimmen musste. Die spanische Revolution hat uns vor dem «Kriege gerettet», sagte er gelegentlich und betonte, die spanische Frage müsse als «Friedens-Fontanelle» offenbleiben. Auch Moltke erklärte: «Diese spanische Fliege zieht vortrefflich.» Preussen sandte den Kriegshistoriker Bernhardt nach Spanien, um sich über die Lage zu informieren; er sympathisierte mit einer Republik.

Einige spanische Politiker wollten die Gelegenheit benutzen, um Spanien und Portugal einander zu nähern. Sie hätten deshalb gern den ehemaligen portugiesischen König Ferdinand, der kurz vorher zugunsten seines Sohnes auf seinen Thron verzichtet hatte, zum König von Spanien gemacht. Aber Ferdinand, der als Pensionär mit einer berühmt schönen Geliebten ein behagliches Leben führte, lehnte ab und verwies auf seinen Schwiegersohn. Der Schwiegersohn war ein gebildeter, liberaler Katholik im besten Alter von 35 Jahren; er sah ausgezeichnet aus, war Staboffizier in einer angesehenen Armee, und die weitere Thronfolge war bei ihm durch 3 Söhne gesichert. Er war mit Napoleon III. doppelt verwandt; seine Grossmutter mütterlicherseits, Stephanie Beauharnais, war eine Adoptivtochter Napoleons I. Sie war also Kusine und Adoptivschwester der Mutter Napoleons III. Seine Grossmutter väterlicherseits war eine Murat. Bonaparte hatte ihn früher einmal für den Thron von Griechenland in Aussicht genommen, ja ihn sogar auch als Herrscher eines rheinischen Pufferstaates in Erwägung gezogen, der Frankreich Sicherheit verbürgen sollte. Den Bruder dieses Prinzen hatte Napoleon gegen den Widerstand der Grossmächte auf den Thron Rumäniens gesetzt.



Aber der junge Mann hatte einen verhängnisvollen Fehler. Der Fehler war sein Name. Er hiess Hohenzollern.

Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen stammte aus der katholischen Nebenlinie des Hauses, die sich vor 600 Jahren von der Brandenburger Linie getrennt hatte. Sein Vater, Fürst Karl Anton, war vor 10 Jahren preussischer Ministerpräsident gewesen. Den ersten Hinweis auf Leopold hat noch vor Ausbruch der Revolution der damalige preussische Gesandte in Madrid, Freiherr v. Werther, in einem Tischgespräch mit dem spanischen Staatsrat Salazar gegeben. Salazar veröffentlichte später eine Broschüre, in der er für eine Union zwischen Spanien und Portugal eintrat, und fuhr nach Deutschland, um mit Leopold zu verhandeln. Aber der Prinz lehnte rundum ab. Auch sein Vater Karl Anton war dagegen: ein Sohn war bei Königgrätz gefallen, ein zweiter sass in Rumänien auf einem wackligen Thron: wenn jetzt auch noch Leopold nach Spanien ging, stand die deutsche Familie auf zwei Augen. Sein Vater sagte, nur wenn Napoleon dem König Wilhelm diese Wahl vorschlage und wenn König Wilhelm sie wünsche, könne er erwägen, ob seine Familieninteressen die Annahme gestatteten.

Frankreich erfuhr von diesen Plänen. Graf Benedetti sprach mit Bismarck. Der Bundeskanzler sagte ihm sofort, die Spanier hätten in der Tat «sondiert», aber der Prinz habe abgelehnt; auch König Wilhelm werde dem Prinzen nicht empfehlen, sich auf diesen höchst unsicheren Thron zu setzen. Bismarck vermied es aber, Zusicherungen für die Zukunft zu geben, und behandelte die Frage «mehr scherzweise». Offenbar mass er dieser Frage noch keine Bedeutung bei: bei kleinen Streitigkeiten mit der spanischen Regierung bewies er keinerlei Entgegenkommen. Merkwürdigerweise hat sich Napoleon nicht an die ihm befreundete und verwandte Familie Hohenzollern-Sigmaringen gewandt. Wenn er dort erklärt hätte, die Kandidatur sei der Krieg, hätte er die ganze kommende Entwicklung abgeschnitten. Aber er hat schwerlich eine Falle stellen wollen. Es war vermutlich nur seine Passivität, die ihn veranlasste, die Dinge treiben zu lassen. Friedrich von Holstein hat behauptet, die Sigmaringer hätten durch eine gemeinsame Vertrauensperson, Madame

Cornu, rechtzeitig sondieren lassen und seien auf keine Bedenken gestossen. Aber diese Nachricht klingt unwahrscheinlich, denn Karl Anton hat sich nie darauf berufen.

### III

Aber der spanische Ministerpräsident, General Prim, gab nicht nach. Im Februar 1870 sandte er Salazar nochmals nach Deutschland mit Briefen an König Wilhelm, Bismarck und den Fürsten Karl Anton. Der König lehnte ab, Salazar zu empfangen; ärgerlich schrieb er an Bismarck, das sei ja ein Blitz aus heiterm Himmel; er sei von Haus aus gegen diese Sache, wolle sich aber mit ihm beraten. Nach einem hohenzollernschen Familienvertrag war seine Zustimmung notwendig, wenn Leopold die Krone annehmen wollte. Als Bismarck den Brief Prim's erhielt, befahl er Keudell, niemanden zu ihm zu lassen; er müsse diese Frage einmal gründlich überlegen. Welche Gedanken ihm in diesen Stunden durch den Kopf gingen, können wir nach den Akten der folgenden Wochen erraten:

Wenn der Sigmaringer als Leopoldo I. den Thron von Madrid bestieg: was bedeutete das für die europäische Lage? Es bedeutete zunächst, dass Napoleon, wenn er Preussen angreifen wollte, wahrscheinlich ein Korps an den Pyrenäen stehen lassen musste. Freilich, Spanien war schwach und von Bürgerkriegen zerfleischt. Es konnte bestimmt nicht an einem deutschfranzösischen Krieg teilnehmen. Aber auch wenn es neutral blieb, stellte es mit seinen 16 Millionen Einwohnern ein gewisses Gewicht dar. Und wenn statt des Hohenzollern der Sohn Isabellas oder ein anderer klerikaler Prinz den Thron bestieg? Dann konnte ein gefährliches Ereignis eintreten: Spanien konnte die französische Besatzung in Rom ablösen; Isabella hatte das schon einmal angeboten. Um dieses Korps würde dann die französische Armee verstärkt. Aber das war noch das wenigste. Wichtiger war: die französische Besatzung in Rom hatte bisher das französisch-italienische Bündnis verhindert. Wenn sie verschwand, stand diesem Bund nichts mehr im Wege.

Und wenn Napoleon ein Bündnis mit Italien zustande brachte, dann konnte er auch das Bündnis mit Österreich schmieden, denn dann war Österreich in seiner Südflanke gesichert. Die französische Besatzung in Rom war bisher die Schranke gewesen, die die Dreier-Allianz gegen Preussen verhindert hatte: durfte er riskieren, dass sie durch spanische Truppen ersetzt wurde? Wenn aber Napoleon das österreichisch-italienische Bündnis in der Tasche hatte, würde er kriegslustig werden. Wie sollte er – Bismarck – dann sein Hauptziel verwirklichen: die friedliche Einigung Deutschlands? Unzweifelhaft: ein Hohenzoller in Madrid war ein Trumpf für den Weltfrieden. Es lag in Preussens Interesse, dass Leopold annahm.

Aber eben aus diesem Grunde widersprach diese Thronbesteigung den Interessen Frankreichs. Was würde Napoleon tun? Formell hatte er keinen Grund zur Beschwerde: jedes Volk war berechtigt, sich seinen König zu suchen, wo es wollte. Die preussische Regierung musste sich natürlich aus dem Spiel halten; es musste eine Privatsache der Familie Hohenzollern-Sigmaringen bleiben. Dann konnte Napoleon nur in Madrid protestieren. Schliesslich hatte ja Napoleon den Mexikanern und Rumänen auch Herrscher gegeben, ohne das Einverständnis der Grossmächte einzuholen.

Aber entscheidend waren solche formalen Erwägungen nicht. Entscheidend war: würde Napoleon das Schwert ziehen? Das schien unwahrscheinlich. So einschneidend war die Verschiebung des Gleichgewichts nicht; sie war weit schwächer als die von Napoleon betriebene Dreier-Allianz. Ausserdem war der Kaiser krank, unentschlossen, sentimental und jetzt auch gehemmt durch ein parlamentarisches Regierungssystem. Freilich, *eine* gewaltige Schwäche hatte der Plan: kam es wider Erwarten doch zum Kriege um Spaniens Königsthron, so blieb Süddeutschland mit Sicherheit neutral; vielleicht konnte dann sogar Österreich ins Spiel kommen. Als Kriegs Anlass war diese Kandidatur für Preussen lebensgefährlich, unvergleichlich ungünstiger als der Streit um Luxemburg oder der Beitritt Badens zum Norddeutschen Bund, den Bismarck erst vor wenigen Tagen im Reichstag so entschieden abgelehnt hatte.

Was folgte daraus? Er konnte die Kandidatur betreiben, durfte es aber ihretwegen auf keinen Fall zum Kriege kommen lassen! Wenn man indes die Sache ganz als hohenzollernsche Familienangelegenheit behandelte und wenn die preussische Regierung sich überhaupt nicht beteiligte, so behielt er das Spiel in der Hand. Drohte ein Krieg, so konnte er heimlich bewirken, dass Leopold auf den Thron von sich aus verzichtete. Dann war Preussen nicht blossgestellt. Das Spiel war nicht leicht zu spielen, aber schliesslich hatte er sich ja immer noch zu helfen gewusst! Hier lag eine Chance, die Bündnispläne Napoleons zu parieren. Preussen musste sie ergreifen.

So etwa wird Bismarck überlegt haben. Dass er Napoleon eine «Falle» stellen und einen Krieg herbeiführen wollte, ist unmöglich, denn dafür hätte er den unvergleichlich besseren badischen Anlass benutzt, bei dem Süddeutschland mit Sicherheit mitging und Österreich bestimmt neutral blieb. Er hat vielmehr die Kriegsgefahr dieses Plans unterschätzt, weil er Napoleons Furcht vor Preussen überschätzte. Er übersah *eine* Möglichkeit: dass Napoleon sofort stark auftrumpfen und hierdurch den Rückzug für Preussen zur Demütigung machen könne. Selten hat sich Bismarck so gründlich verrechnet. Wenn Frankreich einigermaßen geschickt operiert hätte, so hätte die Thronkandidatur Leopolds mit einer vernichtenden diplomatischen Niederlage Preussens enden können.

Als Bismarck aus seinem abgesperrten Zimmer tritt, ist sein Entschluss gefasst: er empfiehlt die Annahme. Der König berät sich mit ihm, dem Kronprinzen, Moltke, Roon und dem Fürsten Karl Anton. Alle ausser dem König sind für die Kandidatur. Keiner der Anwesenden erörtert, ob diese Thronfolge zu einem Kriege mit Frankreich führen könne. Nur beiläufig fragt ein Teilnehmer beim Essen den Generalstabschef: «Wenn aber das Napoleon übernimmt, sind wir dann bereit?» Moltke nickt.

Aber trotz dieser Einmütigkeit hat die Konferenz keinerlei Ergebnis; denn Leopold bleibt bei seiner Ablehnung: er nehme die spanische Krone nur an, wenn es König Wilhelm befehle. Von diesem Befehl ist der Chef des Hauses Hohenzollern weit entfernt. Er erklärt, er würde seine Zu-

stimmung nur geben, wenn der Prinz eine Berufung für diese Aufgabe verspüre. Leopold kann in diesen Tagen aus Bukarest von seinem Bruder Karl hören, dass Bismarck ihm jede Hilfe ablehne und ihm trocken sagen lasse: wenn die rumänischen Wahlen ungünstig für ihn ausfielen, so solle er seiner Wege gehen und die Rumänen in Gottes Namen machen lassen, was sie wollten. Solche Erfahrungen können keinen Hohenzollern veranlassen, sich auf einen fremden Thron zu setzen.

Bismarck beschliesst, zunächst die Situation zu klären. Er schickt den Legationsrat Bucher nach Madrid, um Prim einen Antwortbrief zu überbringen. Die Antwort enthält keine Entscheidung, sondern nur einige Fragen: über die Wahlaussichten, über die Finanzen und über die kirchlichen Verhältnisse Spaniens. Gleichzeitig sendet Moltke den Major v. Versen nach Madrid, um die militärischen Verhältnisse zu klären. Inzwischen überlegt man, ob nicht Leopolds jüngerer Bruder Friedrich in Betracht käme. Aber auch Friedrich lehnt ab. Jetzt lässt König Wilhelm Bucher zurückrufen und die Verhandlungen abbrechen. Aber Prim gibt seinen Plan nicht auf.

Da tritt ein geringfügiger Zufall ein, wie er oft bei geschichtlichen Hochspannungen eine Rolle gespielt hat: Major v. Versen ist von dem Gedanken begeistert, auf dem spanischen Thron einen Hohenzollern zu sehen. Er verfasst einen optimistischen Bericht. König Wilhelm schüttelt den Kopf: diese «rosenfarbige» Darstellung ändere an seiner Auffassung nichts. Aber Versen ist nicht zu halten. Er fährt auf eigene Verantwortung mit einem Brief des Kronprinzen zu Karl Anton und Leopold und lässt – wie er sich ausdrückt –, «alle Minen seines Mutterwitzes springen». Beide beginnen, sich für den Plan zu erwärmen. Jetzt lässt Bismarck, der Urlaub hat, den tatenfreudigen Major auch nach Varzin kommen. Freilich giesst er ihm Wasser in den Wein: Unterstützung von Preussen habe König Leopoldo I. nicht zu erhoffen. Aber er bestärkt Karl Anton in seiner Absicht, nunmehr doch die Genehmigung des Königs zu erbitten.

Von Prim hat er noch einen unbeantworteten Brief liegen. Da er sich nicht schriftlich festlegen will und auch Salazar um eine nochmalige



Der Hintensitzende: Wenn er uns hinüberbringt nach Spanien,  
so ists mir recht, aber ich weiss von nichts, weil alles  
hinter meinem Rücken geschieht!

(Figaro, 16. Juli 1870)

Reise Buchers bittet, schickt er – zum Ärger des Königs – den Legationsrat zum zweitenmal nach Spanien. Er gibt ihm einen «Instruktionsbrief» mit: Frankreich werde möglicherweise über die Kandidatur Leopolds beunruhigt sein; diese Beunruhigung dürfe man nicht verstärken. Deshalb müsse er und die preussische Regierung völlig aus dem Spiel

bleiben. Es handle sich um die Angelegenheit eines deutschen Privatmannes. Sie könne Frankreich keinen legalen Kriegsgrund liefern. Bismarck glaubt offenbar selbst, sich damit aus der Sache herausgezogen zu haben. Er geht nach Varzin, um dort eine Karlsbader Kur zu machen, und ordnet an, man solle seine Kur nicht stören, sondern alle Madrider Mitteilungen an Leopold schicken. Sein Gesundheitszustand ist in jenen Wochen so schlecht, wie nie mehr seit dem Zusammenbruch vor 10 Jahren.

Im Juni 1870 reist Salazar zum drittenmal nach Deutschland. Diesmal empfängt er Leopolds Jawort. Der Prinz empfiehlt aber, die Bekanntgabe aufzuschieben; inzwischen will er selbst bei einem Besuch in Paris Napoleons Zustimmung erbitten. Schweren Herzens gibt König Wilhelm seine Zustimmung, und Salazar telegraphiert den Erfolg nach Madrid. Aber als Salazar wieder in Madrid eintrifft, hat Prim das Parlament drei Tage vorher bis in den Herbst vertagt. Es ist unsicher, wie diese Vertagung zustande gekommen ist. Angeblich ist das Telegramm Salazars falsch entziffert worden; wahrscheinlich ist, dass auch Prim Zeit gewinnen will, um im Juli Napoleon selbst aufzusuchen. Die Zusage Leopolds will er zunächst geheimhalten; erst 8 Tage vor der Abstimmung muss nach der Verfassung der Kandidat dem Parlament bekanntgegeben werden.

Aber Salazar kann die freudige Nachricht nicht verschweigen. Im Nu ist in Madrid die Nachricht verbreitet: Leopold hat angenommen. Am 1. Juli kehrt Prim von einem kurzen Urlaub zurück. Als er auf dem Bahnhof hört, die Annahme der Kandidatur sei bekannt, zerknüllt er seinen Handschuh und ruft verzweifelt: «Verlorene Mühe, verlorene Kandidatur und gebe Gott, dass es nur das ist.» Er war ein guter Prophet.

#### IV

Am nächsten Tag macht Prim dem französischen Gesandten amtlich die Mitteilung, seine Regierung werde den Prinzen Leopold dem Parla-

ment vorschlagen. Es gebe keinen anderen Kandidaten mehr, man solle Mitleid mit dem armen Spanien haben. Ein fremder Fürst, der die freisinnigste Verfassung Europas beschwören müsse, könne bestimmt nichts gegen Frankreich tun. Aber der Gesandte lässt ihm keinen Zweifel: Frankreich ist gegen diesen Thronbewerber. Trotzdem beschliesst das Ministerium, Leopold vorzuschlagen, und beruft das Parlament für den 28. Juli.

In Paris ist man entschlossen, Leopold nicht auf den Thron steigen zu lassen. Der Entschluss ist begreiflich: ein Hohenzoller im Rücken Frankreichs schwächt seine europäische Position – auch wenn er nur über 600 Jahre zurück mit König Wilhelm verwandt ist. Bismarcks Standpunkt: jedes Volk kann sich jeden Privatmann zum König wählen, ist eine bloße Konstruktion; er entspricht auch nicht der europäischen Überlieferung. Aber was soll Frankreich gegen diese Kandidatur tun?

Es gibt viele Wege: man kann auf die spanische Regierung einwirken, man kann Abgeordnete des spanischen Parlaments kaufen, man kann Leopold warnen, man kann in Berlin vorstellig werden. Wenn man mit Berlin vertraulich erörtert, ob sich diese für Frankreich unbequeme Kandidatur nicht beseitigen lasse, so kann man dem friedliebenden König Wilhelm leicht eine Brücke bauen oder mindestens Preussen ins Unrecht setzen.

Aber diese Wege will Gramont nicht gehen – aus innerpolitischen Gründen. Er braucht einen Triumph, und hier kann er ihn ernten: Wie soll Napoleon seinem kleinen zwölfjährigen Sohn die Thronfolge sichern, wenn er nicht endlich einen aussenpolitischen Erfolg hat? Obendrein neigt der Herzog von Gramont dazu, sich gegen seinen kleinbürgerlichen Ministerpräsidenten Ollivier als überlegener würdevoller Herzog aufzuspielen. Wohlabgewogene Vorsicht passt nicht zu dieser Maske. Kriegs- und Marineminister versichern – wie in ihrem Beruf üblich –, Frankreich sei Preussen militärisch überlegen. So erklärt Gramont auf Beschluss des Ministerrates: «Wir glauben nicht, dass die Achtung vor den Rechten eines Nachbarlandes uns verpflichtet, zu dulden, dass eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls



V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas stören und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, dass diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen.»

Die Kammer tobt vor Begeisterung. Aber nach der Kammersitzung sagt ein Abgeordneter bedenklich: «Als der Sturm vorüber war, sahen wir einander an und fühlten etwas, wie wenn wir eine Dummheit begangen hätten.»

Dieser Meinung ist auch Europa. Der russische Gesandte sagt, Frankreich habe die Schiffe hinter sich verbrannt. Der englische Gesandte, Lord Lyons, hat das Gefühl, man wolle einen Krieg mit Preussen vom Zaune brechen; die Erklärung Gramonts sei sehr ungeschickt gewesen. Selbst Beust, der Napoleon zunächst den Rücken gestärkt hat, meint, diese Kundgebung hätte nicht den Charakter eines diplomatischen Schrittes, sondern einer Kriegserklärung. Die Presse tobt: «Wenn Preussen eine spanische Schildwache an unsere Grenzen setzt, so sind wir 36 Millionen Gefangene . . .» Und einige Tage später: «Das kaudinische Joch steht für Preussen bereit. . . Unser Kriegsgeschrei ist ohne Antwort geblieben . . . Hätte uns Preussen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon lange unterwegs.» Noch weiter geht der amtliche *Moniteur* in einem vom Ministerium gebilligten Leitartikel: Frankreich müsse als Genugtuung verlangen, dass Preussen auf jeden Einfluss südlich des Mains verzichte, seine Bündnisse mit den süddeutschen Staaten auf löse und Mainz räume.

In Paris herrscht Hochstimmung. Der österreichische Botschafter, Fürst Metternich, findet Napoleon fröhlich gestimmt, ja entzückt. Eugenie hofft, Preussen werde nicht nachgeben; Metternich neckt sie, sie sei ja um 10 Jahre verjüngt bei dem Gedanken eines politischen Triumphes oder eines Krieges. «Weicht Bismarck zurück», sagt die Kaiserin, «so ist das eine Demütigung, von der er sich schwer erholen wird.» Noch hem-

mungsloser spricht der einst so friedliche Ollivier: «Ich bin ein Minister des Volkes, hervorgegangen aus dem Volke, fühlend mit dem Volke. Ich habe diese Sache mit der patriotischen Entschlossenheit, die Sie an mir kennen, geführt. Wir haben einmütig den Entschluss gefasst, dass man marschieren muss, wir haben die Kammer fortgerissen, wir werden die Nation fortreißen. In vierzehn Tagen haben wir 400'000 Mann an der Saar, und wir werden den Krieg machen wie 1793, wir werden das Volk bewaffnen, das zu den Grenzen strömen wird.»

Zu Gramont sagt Metternich: «Ihr seid einfach blindlings in die Gelegenheit hineingesprungen, nach dem Sprichwort, eine gute Gelegenheit kommt nicht wieder, und habt gedacht, sie bei den Haaren ergreifen zu müssen, um entweder einen diplomatischen Erfolg davonzutragen oder den Krieg auf einem Terrain zu führen, das nicht den deutschen Geist gegen euch in Bewegung setzt.» – «Das ist ausgezeichnet gesagt», antwortet Gramont mit geschmeicheltem Selbstgefühl, «weiht nur den Reichskanzler in das Geheimnis des Würfelspiels ein. Herr von Beust wird zufrieden mit mir sein; er musste auf einen Wurf von meiner Art gefasst sein.» Beust liest Metternichs Bericht mit gerunzelter Stirn, denn Österreich ist weder politisch noch militärisch auf eine Teilnahme vorbereitet. «Frankreich sucht offenbar den Krieg unter irgendeinem Vorwand», schreibt er seinem Botschafter. Er gibt den Franzosen einen grotesken Rat: sie sollten Leopold abfangen, wenn er sich zu Schiff nach Spanien begeben. Gramont antwortet mit Recht, dieser Einfall passe höchstens in die Komische Oper. Er hätte mit dieser Taktik Spanien in die Arme Preussens getrieben.

Gramont ist klüger: zunächst lässt er den preussischen Gesandten, Frhr. v. Werther, kommen. Unglücklicherweise ist Werther ein knieweicher Mann von bescheidener Intelligenz und Entschlusskraft. Ollivier und Gramont erklären ihm sofort: niemals wird Napoleon diese Kandidatur dulden! Wollte Leopold das Schicksal Maximilians von Mexiko erleiden? Diese Kandidatur sei der Krieg. Werther möge sofort nach Bad Ems fahren, wo König Wilhelm eine Badekur macht, und ihm das mitteilen. Zitternd reist Werther ab und telegraphiert voraus, er komme mit

den «allerbedenklichsten Eindrücken». Gleichzeitig beauftragt Gramont den französischen Geschäftsträger in Berlin, vorstellig zu werden. Bismarck ist krank in Varzin. Der Staatssekretär Thile antwortet weisungsgemäss, diese Angelegenheit existiere für die preussische Regierung nicht; sie habe nichts damit zu tun; Frankreich möge sich an Spanien wenden.

In Deutschland nimmt man die Sache zunächst ruhig auf. Die liberale Presse – und das war die Mehrzahl aller Zeitungen – schreibt, diese Thronbewerbung sei keine nationale Frage, sondern nur eine dynastische und auf keinen Fall ein Kriegsgrund. Die Frankfurter Zeitung vermutet sogar, die Vorgänge in Spanien seien nur ein Wahlmanöver Bismarcks. Die Süddeutschen weisen jede Bündnishilfe von sich. Erst Gramonts Rede und die anschliessenden Pressestimmen in Frankreich machen die Stimmung feindseliger. Bismarck empfiehlt, die nichtamtliche Presse solle auf Gramonts Rede grob antworten. Er glaubt zunächst nach wie vor nicht an französische Kriegsabsichten. Mit einem bei ihm seltenen Formalismus hält er daran fest: wir müssen die Sache «fest und furchtlos» als rein spanisch bezeichnen, dann ist sie «für die französische Staatskunst nicht anfassbar». Eugenie – so schreibt er ironisch – könne keinen zweiten «spanischen Erbfolgekrieg» führen. Er legt dem Kronprinzen nahe, sich um eine englische Vermittlung zu bemühen, und rät Leopold, dem Kaiser Napoleon die Vorteile seiner Kandidatur darzustellen.

Der englische Aussenminister Granville – Clarendon war kurz vorher gestorben – erklärt dem französischen Botschafter, Gramont habe sich im Ton vergriffen. Aber gleichzeitig empfiehlt er in Berlin, Leopold möge um des Friedens willen zurücktreten – obwohl England zunächst Leopolds Kandidatur als reine Privatsache bezeichnet hat. Den gleichen Rat gibt der Zar. Italien regt eine gemeinsame Vermittlung der vier unbeteiligten Grossmächte an. Wien ist einverstanden, aber London lehnt ab: war es Englands Aufgabe, zu verhindern, dass sich zwei festländische Nebenbuhler Grossbritanniens gegenseitig die Zähne zogen?

Als Bismarck aus Gramonts Rede die Kriegsgefahr entnimmt, ist er überrascht. Er erwägt nunmehr, den Reichstag zu berufen, um Napoleon zu zeigen, dass das deutsche Parlament Gramonts Sprache nicht hinnehmen wolle. Noch glaubt er, die Kriegsgefahr durch eine kühle und feste Haltung beschwören zu können. Den preussischen Geschäftsträger in Paris, der Werther vertritt, weist er am 16.7. an: «Wenn die Leute Ihnen von Krieg sprechen, so bitte ich trocken und kurz zu antworten, wenn man ihn uns erklärte, so würden wir ihn führen. Wir sind bereit und imstande, uns zu wehren, und wollen Sie darüber niemand im Zweifel lassen, der Sie darauf anredet.»

Aber jetzt macht Gramont einen geschickten Schachzug: er sendet den französischen Botschafter Graf Benedetti zu König Wilhelm nach Ems.

## V

König Wilhelm hat das französische Kriegsgeschrei mit der Nüchternheit eines alten Mannes aufgenommen. An einen Krieg glaubt er zu nächst auch nicht und schreibt Auguste, es sei nur «gekränkte Eitelkeit» wie 1866, und damals habe Napoleon auch keinen Krieg gemacht. Die französische Regierung könne ja leicht durch Stimmenkauf im spanischen Parlament die Wahl verhindern; Preussen oder die Hohenzollern würden keinen Pfennig ausgeben. Wenn die Wahl auf diese Weise scheitere, sei es ihm nur recht. Die ganze Sache ist ihm widerwärtig: «Ich verdanke dies Bismarck, der die Sache auf die leichte Achsel genommen hat, wie schon manche andere.»

Benedetti hat Auftrag, den König dazu zu bringen, dass er Leopolds Annahme der Kandidatur widerruft. «Wenn nicht, so ist es der Krieg.» Notfalls soll er auch Leopold selbst aufsuchen. Aber diesen Auftrag unterbindet Napoleon: es sei «unter der Würde Frankreichs, den Verzicht des Prinzen zu erbetteln». Napoleon will den starken Mann spielen. Aber gleichzeitig bittet er den König von Belgien, der mit Leopold verwandt ist, er möge dem Prinzen vor Augen führen, dass der Friede Europas von seinem Verzicht abhängt.

Ausserdem beauftragt Napoleon seinen Gesandten in Madrid, auf die spanische Regierung zu drücken, sie möge Leopold den Verzicht nahelegen. Und gottlob: Spanien gibt sofort nach. Der Regent Serrano sendet im Einverständnis mit Prim am 10. Juli seinen Neffen zu Leopold und lässt ihn bitten, von der Kandidatur wieder zurückzutreten. Von diesem Augenblick an hat Leopold keine Aussicht auf eine Mehrheit. Sein Verzicht ist daher sicher. Das Problem ist gelöst. Der Friede ist gerettet!

Ist Gramont begeistert, dass Frankreich Leopold ausgeschaltet hat? Ruft er Benedetti zurück? O nein: in Gramonts Kopfe malt sich die Welt anders: mit immer neuen Depeschen feuert er jetzt Benedetti an, so schnell wie möglich durchzusetzen, dass König Wilhelm Leopolds Rücktritt befehlen solle. Denn nicht um diesen Rücktritt ist es ihm zu tun, sondern um eine Demütigung Preussens. Noch ehe Leopold von Spanien zum Rücktritt veranlasst wird, soll König Wilhelm unter dem Drucke Frankreichs ihn zum Rücktritt zwingen. Er depeschiert Benedetti: «Sie können sich nicht vorst eilen, bis zu welchem Grade die öffentliche Meinung aufgereggt ist. Sie überflutet uns von allen Seiten und wir zählen die Stunden. Sie müssen durchaus auf einer ablehnenden oder zustimmenden Antwort des Königs bestehen; wir müssen sie morgen haben, übermorgen wäre es zu spät.» Er könnte die öffentliche Meinung mit einem Satz beruhigen: «Die Kandidatur Leopolds ist erledigt.» Aber diesen Satz spricht er nicht. Im Gegenteil: einige Stunden später erhält der arme Benedetti ein neues Telegramm: «Ich muss Sie wissen lassen, dass Ihre Sprache, was Festigkeit betrifft, nicht mehr der von der Regierung des Kaisers eingenommenen Stellung entspricht. Sie müssen heute einen schärferen Ton annehmen. Wir verlangen, dass der König dem Prinzen von Hohenzollern verbiete, auf seiner Kandidatur zu beharren, und wenn wir morgen nicht eine entscheidende Antwort haben, so werden wir das Schweigen oder die Zweideutigkeit als eine Weigerung betrachten, zu tun, was wir verlangen.» Er unterlässt nichts, um die Krise die in Wahrheit ja erledigt ist – zuzuspitzen.

Am gleichen Tag versucht der französische Geschäftsträger in Berlin die Lage zu verschärfen, indem er dem spanischen Gesandten sagt, der König antworte Benedetti ausweichend, der Ministerpräsident sei nicht in Berlin, Geschäfte seien daher unmöglich; am besten sollten Benedetti und er abreisen. Das ist eine massive Drohung mit einem faktischen Abbruch der Beziehungen. Thile drahtet die Bemerkung an Bismarck. Der Bundeskanzler antwortete mit äusserster Kühle: «Ich habe Nr. 20 erhalten. Inhalt vollkommen gleichgültig. Lassen Sie geschehen, was geschieht.»

Abwartend bleibt er in der Hinterhand: es ist unwahrscheinlich, dass Frankreich Preussen kurzerhand überfällt – und wenn das geschieht, so reisst dieser Überfall die Süddeutschen in das preussische Lager. Wenn aber Frankreich weiterverhandelt, so hat er noch Zeit sich einzuschalten. Weder Bismarck noch König Wilhelm noch Benedetti wissen, dass ein Bote von Madrid nach Sigmaringen unterwegs ist, der Leopold den so oft angebotenen Thron wieder unter dem Gesäss wegziehen soll, dass das Problem also in Wahrheit erledigt ist. Für den rückblickenden Beschauer haben die dramatischen Stunden, die jetzt folgen, dadurch etwas von einer Komödie.

König Wilhelm empfängt Benedetti mit ausgesuchter Höflichkeit; er lädt ihn zur Tafel und ins Theater und lässt sich von ihm auf der Kurpromenade begleiten. In der Sache selbst erklärt er: er sei nicht zuständig: die Entscheidung liege bei Leopold. Aber während er nach aussen sein Gesicht wahrt, tut er in Wahrheit den entscheidenden Schritt hinter dem Rücken Bismarcks und seiner Regierung. Er schreibt an Karl Anton – Leopold selbst hat vor der Zuspitzung eine Bergwanderung angetreten –, er habe keinen Befehl zur Annahme gegeben und könne auch keinen Befehl zum Verzicht geben. Aber wenn Leopold verzichte, «so wird mein Einverständnis nicht fehlen . . . Das französische Ministerium will den Krieg ... es grenzt an Wahnsinn». Diesen Brief sendet er am 16. 7. nicht durch Feldjäger, sondern durch den Obersten von Strantz, der mit der ganzen Angelegenheit wohlvertraut ist. Er werde, so heisst es in dem Brief «alles Weitere sagen». Sicherlich wird Fürst Karl Anton den Ober-

sten fragen: «Welche Lösung zieht der König vor?» Und sicherlich hat dann Strantz zu antworten: «Den Verzicht!» Um keine Zeit zu verlieren, sagt der König Benedetti, er erwarte jeden Tag aus Sigmaringen endgültigen Bescheid. Benedetti versteht. Er telegraphiert Gramont, der Verzicht Leopolds stehe offenbar bevor.

Aber was nutzt Gramont ein Verzicht Leopolds? Schon verlangt die Kammer, man müsse mehr verlangen als den Verzicht. Gambetta von der äussersten Linken fordert die Schleifung deutscher Festungen. Ollivier – der später in einem Memoiren-Plädoyer von 18 Bänden seine Schuld bestreiten wird – regt beim Kaiser an, die «deutsche Frage» aufzuwerfen. Aber Metternich rät ab von einem Vorgehen, das die Deutschen einmütig um Preussen scharen muss. Napoleon findet einen anderen Weg, um zu dem gewünschten Kriege zu kommen. Metternich telegraphiert an Beust: «Kaiser Napoleon wird es mit einem neuen Mittel versuchen. Er wird morgen, Dienstag, die Mobilmachung ersten Grades anordnen, ohne den Stand der Frage zu verändern, und glaubt, dass das den Krieg unvermeidlich machen werde.» Aber diese Anordnung unterbleibt; vermutlich weil man in der Stille weiterrüsten will.

Der österreichische Militärbevollmächtigte berichtet: «Ich berechne den Vorsprung Frankreichs an Zeit auf acht bis zehn Tage. Man will hier absolut den Krieg, Aufregung sehr gross, der Anlass populär, das Abwickeln gefährlich; Kaiserreich würde allerdings nie wieder solche Vorteile vereinigen und einen solchen Zeitvorsprung gewinnen können. Graf Bismarck hat nur mehr die Wahl zwischen Krieg und einem zweiten Olmütz.» Aber diese Ansicht ist irrig.

## VI

In den einsamen Wäldern um Varzin erwägt Bismarck die Lage: Frankreich ist offensichtlich ernsthaft zum Krieg entschlossen. England und Russland raten Preussen, auf die Kandidatur zu verzichten. Die Hilfe

der süddeutschen Staaten ist unwahrscheinlich. Soll er es aus solchem Anlass zu einem Krieg kommenlassen, den er vor wenigen Monaten bei einem weit stärkeren Anlass – dem Eintritt Badens in den Nordbund – vermieden hat? Aber wie kann man aus der Affäre herauskommen, ohne das Gesicht zu verlieren? Sehr einfach: man muss dabeibleiben, dass es sich um eine spanische Angelegenheit handle, und den Ball an Spanien zurückwerfen. Zu einer – für Bismarcks Begriffe frühen – Morgenstunde, um ½ 9 Uhr sendet er am 12.7. ein Telegramm an das Auswärtige Amt: «Nach meinem Dafürhalten kann Erbprinz seine Annahme der spanischen Krone bei jetziger Sachlage nur unter der Bedingung anständigerweise aufrechterhalten, dass Spanien, falls Deutschland wegen dieser Sache von Frankreich angegriffen wird, sofort seinerseits Krieg an Frankreich erkläre und beginne. Ich glaube, dass es dem guten Namen des Prinzen und der Sache des Friedens förderlich sein würde, wenn man die Annahme, dass er im obigen Sinne handeln werde oder gehandelt habe, öffentlich verbreitete. Die geeignetste Vermittelung hierzu wäre vielleicht mündliche Mitteilung an Bleichröder, um den Gedanken etwa in Form eines Telegramms aus Frankfurt a. M. telegrafisch zu verbreiten.» Gleichzeitig bietet Bismarck seinen Besuch in Ems an und reist von Varzin nach Berlin ab.

Der Sinn dieses Telegramms ist klar: selbstverständlich ist Spanien nicht bereit zu fechten und damit hat Leopolds Verzicht eine vorzügliche Begründung. Thile spricht sofort mit Bleichröder, aber noch ehe sich dieser Schachzug auswirken kann, ist er überholt.

Am 12. Juli erscheint Oberst von Strantz mit Brief und Botschaft bei Karl Anton in Sigmaringen. Der Bote aus Madrid, der in seiner Aktentasche die Lösung bringt, ist noch nicht eingetroffen. Aber kurz vorher haben die Hohenzollern einen warnenden Brief des Königs von Belgien bekommen. Auch der Vertreter Rumäniens in Paris kommt nach Sigmaringen und erzählt dem Vater seines Landesherrn, der Krieg sei unvermeidlich; er werde auch seinen Sohn Karl in Bukarest die Krone kosten. Leopold ist noch immer in den Bergen. Kurz entschlossen telegra-



phiert Karl Anton im Namen seines Sohnes an die spanische Regierung, Leopold wolle nicht, dass aus einer Familienfrage ein Kriegsvorwand werde, und trete zurück. Um ja keine Zeit zu verlieren, verständigt er sofort auch den spanischen Gesandten in Paris.

Als König Wilhelm die Nachricht erhält, schreibt er an Auguste: «Mir ist ein Stein vom Herzen». Weniger friedliebend urteilen die Liberalen. Miquel schreibt an Bismarck, das sei Entehrung. Wehrenpfennig empfindet den Verzicht als weittragende politische Niederlage: «Ich kochte nur vor Ingrim, als ich den Verzicht Leopolds las. Das war eine grosse Schwäche des Königs.»

Bismarck erhält die Meldung nach seinem Eintreffen in Berlin. Er despeschiert nach Ems: «Der Verzicht des Erbprinzen ist gewiss richtig und ich habe ihn erwartet.» Aber er drängt darauf, Leopold müsse dies direkt nach Madrid – «und zwar womöglich noch heute» – mitteilen. Er befürchtet, der König werde in seiner Friedensliebe die Nachricht selbst übermitteln und hierbei durchscheinen lassen, dass er den Verzicht herbeigeführt habe.

Aber wenn ihm auch der Verzicht unvermeidlich erscheint, so ist er doch voll Unmut über den diplomatischen Sieg, den Frankreich erfochten hat. Süddeutschland muss jetzt den Eindruck gewinnen, dass Preussen sich vor Frankreich fürchtet. Wenn dieses Gefühl aufkommt, ist der deutsche Einheitstraum ausgeträumt. Er glaubte, dass der Frieden gesichert ist, aber es ist ein Frieden, der auf Kosten der Zukunft geht. Wie immer in solchen Fällen spielt er mit dem Gedanken des Rücktritts und spricht auch mit dem Kronprinzen darüber. An seine Familie telegraphiert er, wahrscheinlich kehre er in den nächsten Tagen nach Varzin zurück; ob als Minister, sei zweifelhaft. Er schwankt in seiner Stimmung. Um 18<sup>12</sup> telegraphiert er dem König, er reise heute Abend nach Ems weiter; um 19<sup>37</sup> teilt er mit, sein Gesundheitszustand erlaube die Reise nicht; an seiner Stelle komme der Innenminister Graf Eulenburg. Wenn Bismarck in seinen Erinnerungen erzählt, er habe keinen ehrenvollen Ausweg mehr gesehen, wenn Preussen nicht als Händelsucher er-

scheinen wolle, so ist diese Darstellung – wie das ganze Kapitel über die Emser Depesche – von nachträglichen Empfindungen völlig verfärbt. Er braucht ja nur Baden in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, und Frankreich steht vor der Wahl, in einer viel wichtigeren Frage nachzugeben oder aber für eine Forderung zu fechten, die ganz Europa ungerrecht erscheint. Indes zunächst erwägt er – seiner Gewohnheit entsprechend – mildere Mittel: er bittet den König telegraphisch, nach Berlin zurückzukehren, da man Frankreich auffordern müsse, sich über seine Absichten gegen Deutschland zu erklären. Aber Gramonts Torheit soll ihn schon am nächsten Tage aus allen Schwierigkeiten befreien.

## FRANKREICH ERKLÄRT DEN KRIEG

*Der Verzicht Leopolds hat die Lage Frankreichs vollständig geändert. Wenn der Krieg jetzt ausbricht, wird ganz Europa sagen, dass Frankreich die Schuld trägt, dass Frankreich sich ohne ernste Ursache in einen Streit gestürzt hat, bloss aus Stolz und Empfindlichkeit. . . . Frankreich wird die Meinung der ganzen Welt gegen sich, und sein Nebenbuhler den ganzen Vorteil haben, offenbar zum Kriege gezwungen zu sein.*

*Botschafter Lord Lyons zu Gramont*

### I

Und die Franzosen? Schwelgen sie in dem Gefühl ihres beispiellosen Sieges? Im ersten Augenblick sind Napoleon und Ollivier befriedigt, dass der Friede gesichert und der Triumph errungen ist. Mit dem hörbaren Aufatmen eines alten kranken Mannes sagt der Kaiser zu einem seiner Generäle: «Es gibt keinen Krieg. Stellen Sie sich vor, eines schönen Tages stiege im Kanal eine Insel aus den Tiefen des Ozeans. England und Frankreich beanspruchen den Besitz und rüsten, um ihr Recht zu verteidigen. Hierauf verschwindet die Insel wieder im Meer. Dann ist kein Krieg mehr möglich. Die Kandidatur Hohenzollern ist diese Insel. Keine Insel mehr, kein Krieg mehr, keine Kandidatur mehr, kein Krieg mehr.» Der alte Guizot klagte neidisch: «Diese Regierung hat ein unverschämtes Glück. Das ist der schönste diplomatische Sieg, der mir mein Leben lang vorgekommen ist.» Bismarck soll später gesagt haben: Frankreich hatte in diesem Augenblick eine ungeheure Chance. Es brauchte nur seinen Triumph auszunutzen und zu erklären: «Frankreich

erhob seine Stimme und man hat ihm gehorcht. Was die Leute angeht, die durch Ehrgeiz und Intrige den europäischen Frieden gefährdet haben, so hoffen wir und Europa, dass sie es nicht wieder wagen werden.» Dann hätte er – Bismarck – wahrscheinlich gehen müssen.

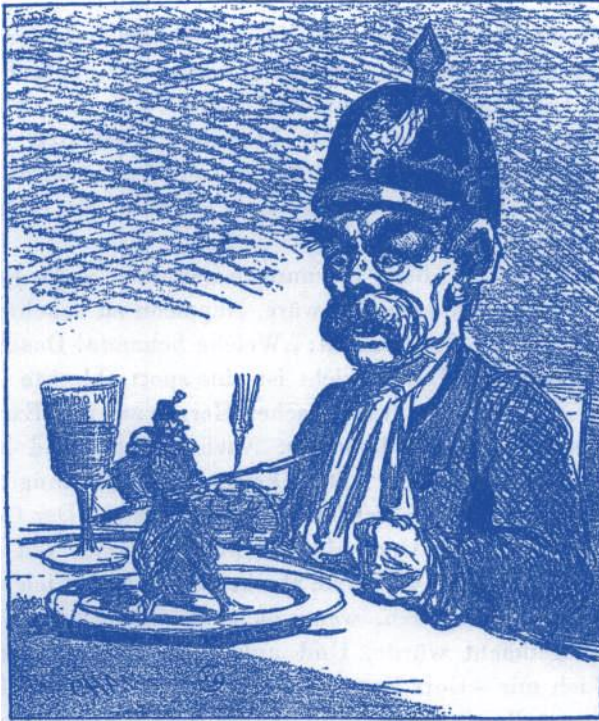
Den ungeheuren Triumph empfinden auch die Pariser. Aber er trägt sie weiter zu immer neuen Forderungen. Offenbar fühlt sich Preussen schwach: nun gut, dann muss man ihm den Daumen aufs Auge setzen. Endlich hat sich dieses verhasste Barbarenvolk einmal dem Willen Frankreichs unterworfen: also muss man ihm den Krieg erklären. Aber Leopold hat ja verzichtet? Das ist nicht genug! Wenn Preussen keinen Krieg wagt, so ist es offenbar überzeugt, ihn zu verlieren! Ein Grund mehr, um loszumarschieren. Der Historiker Spaniens, Lauser, berichtet von diesen Tagen: «Der Wahnsinn verbreitete sich in Paris. Ein warmer Juliabend trieb eine schau- und aufregungslustige Bevölkerung in die Gassen; ihre Einbildungskraft war verdorben durch die Gewohnheit eines politischen Charlatanismus, für welche der Krieg ein Drama und die Geschichte ein Roman war. Man riss sich die Blätter aus der Hand, welche die Aufregung in die Masse trugen; man sang die Verse der Marseillaise. Pöbelbanden, geleitet von geheimnisvollen Wühlern, vergrößert noch durch die von dem Lärm und der Hitze berauschten Müssiggänger, durchzogen die Boulevards mit dem Rufe «Nach Berlin!» Vor den Cafés sah die Menge zu, wie diese traurigen Maskeraden vorüberzogen, und sie glaubte in ihnen die siegreiche Vorhut einer neuen grossen Armee zu sehen.»

In der Kammer wird ein Antrag eingebracht: «Welche Bürgschaften hat die Regierung verlangt, um ähnliche Verwicklungen zu verhindern?» Der Herzog von Gramont, Gascogner von Herkunft und Wesen, ist genau der Mann, sich von diesen Wogen weitertragen zu lassen. Zunächst telegraphiert er an Benedetti, er müsse um jeden Preis erreichen, dass ihm der Verzicht Leopolds durch den König mitgeteilt werde oder dass sich das aus den Tatsachen ergebe. Aber ist das genug? Nein, man musste weiter gehen! Man hat Preussen endlich einmal unter den Knien,

jetzt ist der Augenblick gekommen, um den Krieg zu beginnen oder Preussen bis in den Staub zu demütigen. Als der arme Werther bei Gramont erscheint, froh, dass nun die Kriegsgefahr behoben, da empfängt ihn der Herzog mit der kühlen Bemerkung: «Dass Prinz Leopold verzichtet hat, ist Nebensache! Frankreich hätte seine Thronbesteigung doch nie geduldet.» Eine bleibende Verstimmung zwischen Preussen und Frankreich könne nur vermieden werden, wenn König Wilhelm an Kaiser Napoleon einen Brief schreibe, der zur Beschwichtigung der französischen Volksstimmung beitragen könne. Diesen Brief hat der Herzog schon vorbereitet. Er hat die bei privaten Entschuldigungsbriefen übliche Formel gewählt, König Wilhelm habe, als er die Annahme der Kandidatur erlaubte, nicht geglaubt, den Interessen oder der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten. Er schliesse sich jetzt dem Verzicht Leopolds an und hoffe, dass damit jeder Grund des Zwischenfalles verschwunden sei. Die verwandtschaftliche Beziehung zwischen Leopold und dem Kaiser solle der Brief nicht erwähnen. Der Brief müsse veröffentlicht werden. Selbst der gehässigste Beurteiler der Hohenzollernkandidatur, der amerikanische Geschichtsschreiber Lord, hat diese Forderungen «in letzter Analyse unnötig, taktlos und gefährlich» genannt.

Wenn Werther – wie es seine selbstverständliche Pflicht ist – auf diese Zumutung erwidert, er müsse es ablehnen, die Forderung eines Entschuldigungsbriefes weiterzugeben; er stelle, anheim, sie auf dem für solche Forderungen üblichem Wege, nämlich durch den französischen Botschafter Benedetti, vortragen zu lassen; wenn er darauf hinweist, dass Entschuldigungsbriefe zwischen Monarchen weder international üblich noch in diesem Fall angebracht seien: vielleicht hätte er Gramont auf die Erde zurückgebracht und den Frieden erhalten. Er hätte hinzufügen können, dass Napoleon auf den Thron von Rumänien einen Kandidaten wider den Willen dreier Grossmächte gesetzt habe, dass er seinen Vetter Jerome vor 11 Jahren ohne die Grossmächte zu fragen mit allen Mitteln zum Grossherzog von Toskana habe machen wollen und dass er bei der Kandidatur Maximilians in Mexiko nicht die Zustimmung der

benachbarten Vereinigten Staaten eingeholt, sondern Maximilian sogar mit Blut und Eisen den Mexikanern aufgez wungen habe. Aber Werther besitzt für dieses Auftreten weder den Kopf noch das Herz. Furchtsam und einfältig, lässt er sich von Gramont, dem Ollivier noch zu Hilfe



Mein Bester, in dieser Mahlzeit wirst du eine Gräte finden!

*(Charivari, Juli 1870)*

kommt, den Text des Abbittebriefs in die Hand drücken, den der König von Preussen eigenhändig an den Kaiser der Franzosen senden soll.

Nun, König Wilhelm hat Kaiser Napoleon einen «eigenhändigen Brief» gesandt, freilich erst 6 Wochen später. Es war nur ein Zettel. Der König benutzte, als er ihn schrieb, die Säbeltasche eines Husarenleut-

nants als Unterlage, und wenn er seinen Blick über den Zettel hinwegschweifen liess, so sah er vor sich das brennende Sedan. Eine Entschuldigung enthielt der Brief nicht, sondern die Annahme der Kapitulation Napoleons.

## II

Die Rede, die Werther zu halten zu feig ist, hält dem französischen Aussenminister 2 Stunden später der englische Botschafter Lord Lyons. Er erinnert Gramont daran, dass Frankreich zugesichert habe: wenn Leopold zurücktritt, ist der Streit beendet. Er verstehe nicht, dass die französische Regierung einen Augenblick zögere, den Verzicht als endgültige Lösung zu betrachten.

Vielleicht hätten diese Warnungen geholfen, wenn es nicht inzwischen Eugenie gelungen wäre, Napoleon zu bekehren. Sie empfängt ihn mit den Worten: «Welche Schande! Das Kaiserreich ist verloren! Der Verzicht ist eine spottschlechte Genugtuung! Es wird in allen französischen Herzen zu einer Explosion gegen das Kaiserreich kommen. Nach Sadowa und Mexiko dürfen wir den Stolz der Nation keiner neuen Prüfung aussetzen.» Noch 40 Jahre später hat Eugenie erklärt: «Der Gesundheitszustand meines Gemahls war beunruhigend. Ich musste meinem Sohn eine unversehrte Macht erhalten und ich wusste: er würde nicht regieren, wenn nicht das Übel von Sadowa wiedergutmacht würde. Und ausserhalb des Kaiserreiches konnte ich mir – Gott ist mein Zeuge – kein Gedeihen Frankreichs vorstellen.» Eugeniens Gegner sind – mit unbeweisbarer Vermutung – noch einen Schritt weitergegangen: die ehrgeizige Frau habe hinter den aufreibenden Strapazen des Krieges, denen Napoleon schwerlich gewachsen sein werde, schon ihre Regentschaft für den minderjährigen Sohn gesehen. Sie hatte den Stolz einer Römerin. Als später nach den ersten Schlachten Ollivier verlangte, der Kaiser solle nach Paris zurückkehren, bat sie, wenigstens ihr Sohn Lulu solle bei der Armee bleiben. Als Ollivier fragte: «Was soll er dort?» ant-

wortete sie mit einem Ausdruck der Verzückung: «Er kann sich totschliessen lassen! O bitte, lassen Sie ihn in den Tod gehen.»

Im Schloss ist die Stimmung bis zur Weissglut erhitzt. General Bourbaki wirft seinen Degen auf den Tisch: angesichts der Schande Frankreichs wolle er ihn nicht mehr tragen. «Das ist das Ende des Kaiserreichs», schluchzt Eugenie. Inmitten dieses Tobens steht, klüger als die anderen, aber hilflos aus Schwäche, der arme kranke Kaiser. Jetzt kommt Gramont und bringt einen neuen Plan: Benedetti soll von König Wilhelm verlangen, dass er dem Verzicht Leopolds zustimme. Ausserdem solle er sich verpflichten, niemals zu dulden, dass Leopold auf die Kandidatur zurückkomme. Die erste Forderung ist verständlich. Die zweite ist ein Versuch einer neuen Demütigung. Sachlich ist sie unnötig: Spanien hat den Verzicht angenommen, eine Wiederaufnahme ist undenkbar, und wenn man hier einen Riegel vorschieben will, so muss man – wie auch Ollivier am nächsten Tag einwendet ~ diese Forderung in Madrid vorbringen. Einem Menschen, der nachgegeben hat, plötzlich zusätzliche Forderungen zu stellen, ist immer gefährlich. Aber Napoleon, Eugenie und Gramont kennen keine Überlegung mehr: ohne den Ministerpräsidenten oder andere Minister zu fragen, geht diese neue Zumutung heraus; Ollivier nennt sie am nächsten Tag «die verrückte Improvisation des Kaiserschlosses».

### III

Benedetti ist nicht wohl zumute, als er den neuen Auftrag empfängt. Um möglichst schnell zum Zug zu kommen, beschliesst er, den König auf der Kurpromenade abzufangen. Der Plan gelingt. Als der König ihn am Rande des Weges stehen sieht, geht er mit der Zeitung in der Hand auf ihn zu und sagt: «Hier ist endlich eine gute Nachricht, die uns von allen Schwierigkeiten befreit.» In das befriedigte Gesicht des alten Königs hinein muss der arme Benedetti seine neuen Zumutungen vorbringen. Er tut es in höflichster Form. Der König antwortet ebenso höflich:



er habe noch keine direkte Nachricht aus Sigmaringen vorliegen und könne daher auch keine Erklärung abgeben. Eine Wiederaufnahme sei doch ohnehin undenkbar; er habe durch diese Sache zuviel Sorge gehabt, als dass er nicht wünschen solle, sie endgültig begraben zu sehen. Aber Erklärungen auf unbestimmte Zeit abzugeben, könne ihm niemand zumuten. Benedetti wiederholt seine Forderung. «Als er immer dringender und fast impertinent wurde, sagte ich zuletzt. ‚Setzen wir den Fall, dass Ihr Kaiser selbst diese Kandidatur aufnehme, so würde ich ja mit meinem geforderten Versprechen ihm entgegentreten müssen!‘» Aber selbst diese überaus höfliche Form der Ablehnung hilft nichts. Benedetti fragt, ob er nicht doch die gewünschte Erklärung nach Paris telegraphieren dürfe. Jetzt ändert der König seine Haltung. «Ich trat bei diesen Worten einige Schritte zurück und sagte in sehr ernstem Tone: ‚Ich glaube, Herr Botschafter, so klar und deutlich ausgedrückt zu haben, dass ich niemals eine solche Erklärung abgeben könnte, dass ich nichts mehr hinzuzufügen habe‘. Dabei zog ich meinen Hut ab und ging fort.» Aber er hat im Verlaufe des Gesprächs Benedetti mit unerschütterlicher Höflichkeit eine weitere Mitteilung in Aussicht gestellt, sobald er direkte Nachricht aus Sigmaringen habe.

Inzwischen kommt Oberst von Strantz mit dem Brief Karl Antons, der dem König den Verzicht meldet. Wilhelm lässt Benedetti durch seinen Flügeladjutanten, den Prinzen Radziwill, mitteilen, er habe nunmehr eine Bestätigung des Verzichts erhalten und betrachte die Sache als erledigt. Sogleich bittet Benedetti nochmals um eine Unterredung wegen seiner zwei Forderungen: der Billigung des Verzichts und der Zukunftsgarantie. Wieder sendet der König Radziwill: er billige den Verzicht des Prinzen in demselben Sinn, wie er vorher die Annahme gebilligt; hinsichtlich der Zukunft verweise er auf seine Darlegung auf der Kurpromenade. Benedetti, der von Paris während des Tages noch durch drei Telegramme angefeuert wird, bittet nochmals um eine Unterredung wegen der «Garantie für die Zukunft». Zum dritten Mal wandert Radziwill zu Benedetti: in dieser Frage seien die Ausführungen des Königs von heute Morgen sein letztes Wort.

Als Wilhelm diese Ablehnung ausspricht, ahnt er noch nicht, was ihm an diesem Tage noch bevorsteht: am Abend kommt Werthers Bericht mit der Forderung des Entschuldigungsbriefes. Eulenburg und Abeken schwanken, ob man dem König dieses Schreiben überhaupt vorlegen könne. Schliesslich sagt Abeken, aus Paris sei ein Schreiben eingegangen, das er amtlich nicht vorzulegen wage. «Nun, dann nehmen Sie an, wir seien für einige Zeit Privatleute», antwortet Wilhelm heiter. Aber die Heiterkeit vergeht, als er Gramonts Forderung liest. «Hat man je eine solche Insolenz [Unverschämtheit] gesehen?», schreibt er an seine Gattin. Dass er als «reueiger Sünder vor der Welt» auftreten soll, empört selbst diesen innerlich bescheidenen Menschen bis in die Tiefe seines Wesens.

#### IV

Bismarck hat an diesem 13. Juli in Berlin kein klares Bild der Lage: Werther hat seinen Bericht über den Entschuldigungsbrief nur nach Ems gesandt, und die neuen Forderungen Benedettis auf der Kurpromenade erreichen Berlin erst am Abend. Nur auf dem Umweg über die fremden Hauptstädte sickert die Nachricht durch, Frankreich wolle sich nicht mit dem Verzicht begnügen. Aus Petersburg telegraphiert der preussische Botschafter, Gortschakoff habe nach Paris gedrahtet, es sei unbegreiflich, dass Frankreich den Fall nicht als erledigt ansehe. Russland schlage eine gemeinsame Note der Grossmächte an Frankreich vor. Bernstorff depeschiert aus London, Gladstone sei der Ansicht, dass Preussen an die äusserste Grenze der Versöhnlichkeit gegangen sei und dass Frankreich im flagrantesten Unrecht sein würde, wenn es trotzdem Krieg anfangen; England drücke in diesem Sinne auf die französische Regierung. Auch aus Stuttgart kommt ein Telegramm des preussischen Gesandten, Ministerpräsident Varnbüler habe nach Paris und München mitgeteilt, die letzten Gramontschen Forderungen verletzen das nationale Gefühl der Württemberger.

All diese Gerüchte über neue Forderungen Frankreichs: Bismarck hat sie sicherlich mit Befriedigung gehört. So ist dieser Zwischenfall mit der Nachgiebigkeit Preussens nicht beendet! Offenbar überschreitet Gramont in seinem Triumph alle Grenzen, auch die Grenzen, die Europa für richtig hält. Wenn man diesen Übermut zurückweist, kann man den Eindruck preussischer Schwäche wieder beseitigen. Dem englischen Botschafter, Lord Loftus, sagt Bismarck: Preussen müsse für die drohende Sprache Gramonts eine Erklärung fordern. Aber er empfiehlt gleichzeitig, England möge sich dem Schritt Gortschakoffs anschließen – einen Schritt, der den Frieden sicherstellt. Aber Gortschakoffs Vorschlag strandet in London – genau wie vier Tage vorher eine italienische Vermittlung. Als im Unterhaus dies Verhalten der englischen Regierung bald darauf missbilligt wird, redet sich Gladstone sehr schwach damit heraus, man habe den russischen Vorschlag nur als eine private Anregung des russischen Botschafters aufgefasst. Englands Ablehnung kann auf wohlwogener Absicht oder auf blosser Zerfahrenheit beruht haben.

Am Abend isst Bismarck mit Moltke und Roon. Während des Essens kommt eine Depesche Abekens über die Vorfälle in Ems. Sie lautet:

«Seine Majestät der König schreibt mir: Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, dass ich für alle Zukunft mich verpflichte, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe, noch könne. – Natürlich sagte ich ihm, dass ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, dass mein Gouvernement wiederum ausser Spiel sei.

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, dass er eine Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zu-

mutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: dass Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte.»

Dass Frankreich nach dem ungeheuren Triumph, der in dem Verzicht Leopolds liegt, neue Forderungen stellt, dass der französische Gesandte den König von Preussen auf der Kurpromenade abfängt: das sind neue Blossstellungen Preussens, denen nur die eine Tatsache gegenübersteht: der König hat die Forderung der «Garantie» abgelehnt. Es ist Bismarck klar, dass Preussen nicht nochmals zurückweichen darf: es muss, wenn anders es nicht alle Achtung in Deutschland und damit jede Hoffnung auf die Einigung der Deutschen einbüßen will, klarstellen, dass seine Nachgiebigkeit ihre Grenze erreicht hat. Aber wie kann er das Ansehen Preussens wiederherstellen, ohne als Händelsucher zu erscheinen? Kürzlich hat er erklärt, dass «er sich stets noch helfen könne»: an diesem schwülen Juliabend beweist er diese Gabe.

Der König hat ihm anheimgegeben, die Information zu veröffentlichen. Die Depesche selbst ist zu grob, um sie zu publizieren. So streicht Bismarck einige besonders scharfe Wendungen («fing ab» – «zudringliche Art» – «zuletzt etwas ernst» – «wies zurück»). Aber er darf nicht nur mildern, er muss die ständigen Beleidigungen zurückweisen und auf einen groben Klotz einen groben Keil setzen, wenn er nicht als furchtsam erscheinen und die Chance der Einigung Deutschlands verspielen will. Zugleich will Bismarck den König auf seine Ablehnung festnageln. Die Depesche muss einen abschliessenden Ton erhalten. Grade das erreicht er durch Kürzung des Textes und stellt damit den Kern der Sache ins Tageslicht: nicht um die spanische Thronkandidatur geht es, sondern um

die Einigung Deutschlands: Frankreich hat Preussen demütigen wollen, um sein Ansehen in Deutschland zu untergraben; Preussen hat zwar die Kandidatur Leopolds geopfert, aber es abgelehnt, diese neue Demütigung einzustecken. Der neue Text lautet:

«Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, dass er nach Paris telegraphiere, dass Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, dass Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.»

In seinen Erinnerungen erzählt Bismarck: «Nachdem ich meinen beiden Gästen die konzentrierte Redaktion vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: ‚So hat das einen andern Klang, vorher klang es wie Schamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung‘. . . . Ich erläuterte: ‚Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und andern ab, die der Ursprung des Krieges hervorruft; es ist wichtig, dass wir die Angegriffnen sind, und die gallische Überhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Öffentlichkeit, soweit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, dass wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegenreten.‘

Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zu freudiger Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte. Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heitrer Laune. Roon sagte: ‚Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen.‘ Moltke trat

so weit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, dass er sich, mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: ‚Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsre Heere zu führen, so mag gleich nachher die alte Carcasse der Teufel holen.‘ Er war damals hinfalliger als später und hatte Zweifel, ob er die Strapazen des Feldzugs überleben werde.»

Das Telegramm geht an die Presse; gleichzeitig wird es an die deutschen und an acht ausländische Regierungen gesandt. Für München, Petersburg und London fügt Bismarck hinzu, Benedetti habe den König auf der Promenade provozierend angedet.

Man hat früher behauptet, Bismarck habe die «Emser Depesche» gefälscht. Der Vorwurf ist inzwischen auch von der französischen Geschichtsschreibung zurückgezogen worden; Bismarck war ja nicht verpflichtet, den Text des Königs unverändert für die Veröffentlichung zu verwenden. Eher könnte man sagen: Bismarck hat den Verlauf in Ems unfreundlicher dargestellt als er war. Aber auch dieser Vorwurf ist nicht begründet: auch König Wilhelm hat Benedettis Auftreten «zudringlich» und «impertinent» genannt. Allerdings hat er auf diese «Zudringlichkeit» zurückhaltender reagiert, als Bismarck nach Abekens Depesche annehmen musste. Die einzige «Fälschung» der Emser Depesche beging das amtliche französische Nachrichtenbüro: es übersetzte den «Adjutanten vom Dienst» statt mit aide de camp mit adjudant, also mit Unteroffizier, wodurch der Vorfall in der Tat zu einer Beleidigung Napoleons wurde.

Erst am Spätabend erfährt Bismarck aus zwei neuen Depeschen, wie berechtigt sein Entschluss gewesen ist. Werther telegraphiert, Gramont habe dem russischen Geschäftsträger gesagt, wenn der König die «Garantie» für die Zukunft ablehne, sei der Krieg da. Und bald darauf erhält er eine Depesche Abekens über den «Entschuldigungsbrief». Er empfiehlt Abeken um 2 Uhr nachts, Werther möge Gramont nachträglich mitteilen, er könne diesen Auftrag nicht ausführen; er habe Urlaub erbeten und erhalten und reise zur Berichterstattung nach Berlin; die Geschäfte übergebe er seinem Vertreter.

## V

Am folgenden Tag, dem 14.7., bittet Benedetti, der nach Paris zurückkehrt, sich von dem König verabschieden zu dürfen. Wilhelm, der nach Koblenz zu seiner Gattin fährt, empfängt ihn auf dem Bahnhof mit unerschütterlicher Liebenswürdigkeit: «In einigen Tagen bin ich in Berlin; die Sache kann dann weiter behandelt werden, aber nicht zwischen Ihnen und mir, sondern von Regierung zu Regierung.» Benedetti ist übrigens, als er die Emser Depesche liest, weder überrascht noch gekränkt. Ängstlicher ist der König: «Das ist der Krieg», soll er gesagt haben.

Als die Emser Depesche in Paris bekannt wird, stürzt Gramont zu Ollivier ins Zimmer mit den Worten: «Sie sehen einen Mann vor sich, der eine Ohrfeige bekommen hat.» Aber man schwankt, was zu tun sei. Unzweifelhaft hätte es für Frankreich einen einfachen Weg gegeben, um zu einem neuen Triumph zu gelangen. Die Emser Depesche hat inhaltlich drei schwache Stellen: König Wilhelm hat Benedetti höflicher behandelt, als es in dem Telegramm dargestellt ist; er hat dem Gesandten seine Zustimmung zu dem Rücktritt Leopolds mitgeteilt, und er hat am folgenden Tage Benedetti nochmals empfangen und eine Fortsetzung der Verhandlungen angeregt. Alle drei Tatsachen hat Bismarck bei der Abfassung nicht gekannt. Diese Schwäche kann man ausnutzen und ausserdem das Entscheidende in den Vordergrund schieben: mit der Hand am Degenriff hat Frankreich Leopold zum Verzicht gezwungen. Gramont braucht nur im Parlament zu erklären:

Die französische Regierung hat am 6. Juli mitgeteilt, sie könne im Interesse des europäischen Gleichgewichts nicht dulden, dass ein Prinz von Hohenzollern den Thron von Spanien besteige. Für diesen Standpunkt haben die Regierungen in London, Petersburg und Wien volles Verständnis bekundet. Wir haben uns daraufhin an die Einsicht der uns befreundeten spanischen Regierung gewandt und freuen uns festzustellen, dass sie uns zugesichert hat, sie werde dem Prinzen Leopold einen Ver-

zucht nahelegen. Ausserdem hat unser Gesandter am preussischen Hofe, Graf Benedetti, mit dem zur Kur in Ems weilenden König von Preussen fünf eingehende, durchweg freundschaftlich verlaufene Unterredungen gehabt. Noch bevor das Ersuchen der spanischen Regierung den Prinzen Leopold erreichte, hat er auf seine Kandidatur feierlich verzichtet, nachdem er einen Brief König Wilhelms empfangen hatte. Die französische Regierung hat Wert darauf gelegt, dass auch König Wilhelm sein Einvernehmen mit dem Verzicht ausspreche und dass Garantien gegen eine Wiederholung der Kandidatur gegeben würden. Der König hat dem Wunsche des Grafen Benedetti hinsichtlich seines Einvernehmens gestern Abend entsprochen, und die spanische Regierung hat uns zugesichert, dass die Kandidatur endgültig erledigt ist. Die von anderer Seite verbreitete Behauptung, der König von Preussen habe es abgelehnt, unseren Gesandten nochmals zu empfangen, ist unzutreffend. König Wilhelm hat sich heute früh in liebenswürdigster Form von dem Grafen Benedetti verabschiedet mit der Bemerkung, die Angelegenheit könne nunmehr von Regierung zu Regierung weiterverhandelt werden. Die französische Regierung zieht es jedoch vor, die grundsätzliche Seite der Frage einem europäischen Kongress zu unterbreiten. Sie wird diesem Kongress vorschlagen zu beschliessen, dass künftig Thronkandidaturen der europäischen Herrscherhäuser nur im Einvernehmen der Grossmächte erfolgen dürfen, um das europäische Gleichgewicht vor Intrigen aller Art sicherzustellen.

Wie hätte diese Erklärung gewirkt? Wenn Preussen als Antwort zum Schwert griff, so war es in den Augen Europas der Händelsucher; es ist unwahrscheinlich, dass die Süddeutschen dann den Bündnisfall als gegeben angesehen hätten. Wenn Preussen aber den neuen Hieb einsteckte, so musste Bismarck zurücktreten. Es wäre der glänzendste diplomatische Sieg des Jahrhunderts gewesen.

Sicherlich erwägen Ollivier und Gramont auch einen derartigen Ausweg. Aber sie betreten ihn nicht. Der Gedanke eines Kongresses wird erörtert. Aber als ihn Ollivier nur seiner eigenen Familie vorträgt, sind



seine Frau, sein Bruder und sein Sekretär entrüstet. Den Kriegsminister Marschall Le Boeuf fragt die Kaiserin, wie er sich zu dem Projekt eines europäischen Kongresses stelle. Le Boeuf erwidert, der Krieg wäre gewiss besser gewesen, aber, wenn man den Krieg nicht wolle, scheine ihm der Kongress das Beste, was man tun könne. «Wie, auch Sie billigen diese Feigheit?» ruft Eugenie. «Wenn Sie sich selbst erniedrigen wollen, erniedrigen Sie doch nicht den Kaiser.» – «Oh», sagt der Kaiser, «wie kannst du so zu einem Mann sprechen, der uns so oft seine Ergebenheit bewiesen hat?» Eugenie umarmte den Marschall, um sich zu entschuldigen, aber ihre Meinung ist unverändert. «Ich hatte nur die Wahl zwischen dem Krieg und der Schande.» So hoch brandet ihr Hass – wie sie selbst später erzählt –, dass sie in einer Messe Gott ihren einzigen Sohn als Sühnopfer anbietet.

Le Boeuf versichert im Ministerrat, früher oder später sei der Krieg unvermeidlich, und Frankreich werde nie wieder eine so gute Gelegenheit haben. Die Marschälle erklären, die Wahrscheinlichkeit des Sieges sei 20 zu 1. Man werde den Weg nach Jena zu finden wissen. Siegeszuversicht war zu allen Zeiten der gefährlichste Kriegsgrund. Gramont hat in seinen Erinnerungen eingestanden: «Ich glaube es erklären zu können: wenn man einen Zweifel, einen einzigen Zweifel auch nur gehabt hätte an unserer Fähigkeit zum Krieg, so hätte man auf der Stelle mit den Unterhandlungen innegehalten und darauf verzichtet, sie weiter zu verfolgen.» Mit diesen Worten gibt er freilich zu, dass Frankreich durchaus nicht zum Krieg gezwungen war.

Inzwischen kommt – Werthers Leiden sind noch nicht zu Ende – der preussische Gesandte und teilt mit, er sei von seiner Regierung getadelt worden, müsse Urlaub nehmen und übergebe die Geschäfte seinem Vertreter. Sicher hat diese Mitteilung Gramont von Neuem ergrimmt. Aber gleichzeitig kommen die Warnungen aus Petersburg und London. Die *Daily News* schreibt, auf Napoleon und seine Minister falle die Blutschuld für den schlechtesten und grundlosesten Krieg, den die Geschichte kenne. Selbst Freund Beust telegraphiert: «Ich sehe zu meinem tiefen Bedauern, dass man in Paris sein Möglichstes tut, um das gute Terrain in

ein sehr schlechtes zu verwandeln, und direkt darauf losgeht, den öffentlichen Geist Deutschlands so gut wie den von Europa zu erregen.» Leider ist Fürst Metternich so feig, Gramont das Telegramm zu unterschlagen. England macht den Vermittlungsvorschlag, König Wilhelm solle den Verzicht Leopolds billigen. Frankreich hat diese Billigung in Händen, verschweigt sie aber sorgfältig. Bismarck hat von ihr noch keine Kenntnis, lehnt auch angesichts des französischen Verhaltens dieses neue Zugeständnis ab; erst zwei Tage später erfährt er, dass der König schon am 13.7. die Billigung ausgesprochen hat, und stellt sofort seine erste Mitteilung in London richtig.

In Paris schwanken die Meinungen. Napoleon befürwortet den Kongress. Aber Gramont überschreit ihn mit den Worten: «Sire, wenn Sie noch einmal vom Kongress reden, so schleudere ich Ihnen mein Portefeuille vor die Füße!» Auch Ollivier versichert, das Volk werde die Minister auspeifen und mit Dreck bewerfen, wenn sie einen Kongress vorschlägen. Der Kaiser ist hilflos: «Es gibt Augenblicke im Leben der Völker», ruft er aus, «wo man vorwärts muss, auch wenn man nicht kann. C'est impossible, mais ça sera! Es ist das Einzige, was unter gewissen Umständen zu tun ist.»

Gramont hat drei Tage später den wahren Sachverhalt offen eingestanden. Er sagte nämlich zu dem dänischen Gesandten: «Wir haben zehn oder elf Tage Vorsprung vor den Preussen hinsichtlich der militärischen Vorbereitungen; wir würden noch mehr gehabt haben, wenn wir, so wie wir es wünschten, die Dauer der Verhandlungen noch hätten hinziehen können; unglücklicherweise ist es zu einer Insulte seitens des Königs von Preussen gekommen, und die Tatsache hat zur Folge gehabt, dass alle Verhandlungen abgebrochen wurden.» Der Satz ist aufschlussreich; die Emser Depesche hat also nicht eine hoffnungsvolle Verhandlung zerstört, sondern nur die Verschleppung der Sache, die Frankreich einen weiteren Rüstungsvorsprung sichern sollte, vereitelt.

Alle französischen Politiker haben sich seit 8 Tagen gründlich in den Gedanken des siegreichen Revanchekrieges hineingelebt; die Strassen

von Paris hallen wider von dem Ruf: «An den Rhein». Mit der Demütigung Preussens sind die Pariser nicht mehr zufrieden: sie wollen den Krieg. Verzweifelt sagt Napoleon zu Ollivier: «Sie sehen, in welche Lage eine Regierung kommen kann! Wenn wir auch keinen anständigen Grund zum Kriege hätten, wir müssten uns dennoch dazu entschliessen, um dem Willen des Landes nachzukommen.» Ollivier hat später behauptet, den Ausschlag habe die Tatsache gegeben, dass Berlin die Emser Depesche – die in allen Zeitungen gestanden hatte – auch den europäischen Regierungen übermittelt habe. Aber diese Depesche war nicht nur die unvermeidliche Antwort auf zahlreiche Herausforderungen, sie war auch so leicht zu überspielen, dass sie niemals den Anlass zu einem Krieg zu geben brauchte.

## VI

Am folgenden Tag beschliesst der Ministerrat den Krieg. Napoleon stimmt zu, ersucht aber hinter dem Rücken seiner Minister den österreichischen Diplomaten Vitzthum, Franz Joseph möge einen europäischen Kongress vorschlagen. Nach seinem Sturz hat Napoleon geschrieben, er hätte um den Preis seiner Krone weiser sein müssen als die Nation. Er hat auch nach dem Krieg zugegeben: «Ich erkenne an, dass wir die Angreifer gewesen sind.»

An den beiden folgenden Tagen verhandeln Senat und Kammer. Beide sind begeistert. Der ehemalige Minister Rouher erklärte an der Spitze des Senats, dieser Krieg sei das Ziel der vierjährigen militärischen Vorbereitungen Frankreichs. Aber in der Kammer erhebt sich der 73jährige Thiers. Seit Jahren hat er als Führer der Opposition gepredigt, das Wachstum Preussens schädige die Interessen Frankreichs; Napoleon habe in seiner Schwäche versäumt, rechtzeitig einzuschreiten. Jetzt da die Regierung für den Krieg sei, spricht er als Oppositionsführer dagegen. So erklärt er, mühsam gegen das Gebrüll der Mehrheit ankämpfend, man dürfe nicht wegen einer Formfrage Ströme von Blut vergiessen. Er verlange Vorlage der Depesche, die den Kriegs Anlass bilde. Nun hat die

Regierung keine Depesche als das allbekannte Emser Telegramm. Gramont liest daher nur Benedettis Bericht über die Emser Unterhaltungen vor. Aber sie zeigen grade, dass Benedetti über keinen Mangel an Höflichkeit zu klagen hat, was Gramont auch ausdrücklich zugibt. Dass der König dem Verzicht Leopolds zugestimmt hat, verschweigt er. Trotzdem erklärt Ollivier, mit leichtem Herzen nehme er die Verantwortung für diesen Krieg auf sich. Die Kammer lehnt den Antrag auf Vorlage der Depesche ab und wählt einen Ausschuss zur Prüfung der Kriegskredite.

Der Vorsitz des Ausschusses fragt Gramont, ob Frankreichs Forderungen ständig gleichgeblieben oder gesteigert worden seien. Die Frage ist peinlich. Gramont bleibt nichts übrig als eine Lüge: er liest einen Satz vor aus der Depesche vom 12. Juli, in welcher die Garantie verlangt wird, und behauptet, das sei die erste Depesche. Es ist eine dreiste Fälschung, aber sie wird erst nach zwei Jahren entdeckt. In der Vollsitzung verlangt Gambetta den «Text der beleidigenden Depesche», die Bismarck an alle Kabinette Europas gesandt habe. Mit eiserner Stirn behauptet Gramont, er habe sie dem Ausschuss vorgelegt, und der Vorsitz des Ausschusses bestätigt diese unwahre Erklärung. Mit allen gegen 10 Stimmen genehmigt die Kammer die Kriegskredite; auch Thiers und Gambetta stimmen dafür.

40 Jahre später hat Paléologue zu Kaiserin Eugenie gesagt, man müsse gegen die kaiserliche Politik von 1870 vier Vorwürfe erheben:

- «1. Die Mängel unserer militärischen Organisation gestatteten es uns nicht, unseren Streit mit Preussen mit den Waffen auszutragen.
2. Die diplomatische Lage Europas berechtigte uns nicht, auf irgendein Bündnis zu zählen.
3. Der Krieg konnte ehrenhafterweise vermieden werden, wenn die ihm vorausgegangenen Verhandlungen mit weniger Prahlerei und mehr Kaltblütigkeit geführt wurden.
4. Der Kaiser hätte die Obliegenheiten eines Generalissimus nicht übernehmen dürfen, da er moralisch und körperlich ungeeignet war, sie zu erfüllen.»

Am 19.7. überreicht der französische Geschäftsträger Bismarck die Kriegserklärung. Als Gramont sich von den preussischen Diplomaten in

Paris verabschiedet, gibt er ihnen die Hand mit den Worten: «Ich hoffe, nach einigen galanten Schlachten werden unsere Souveräne sich wieder die Hand reichen, wie wir es jetzt tun.» Vielleicht hat Napoleon wirklich mit dem Gedanken gespielt – wie Bismarck und Beust vermuten –, Preussen nach dem ersten französischen Sieg vorzuschlagen: Süddeutschland in den Norddeutschen Bund und Belgien an Frankreich.

## VII

Durch ganz Deutschland geht ein Sturm der Begeisterung. Natürlich gibt es – wie Waldersee in sein Tagebuch vermerkt auch einige «Schwarzseher, Unglücksraben und Heulmeier.» Zu ihnen gehört Königin Auguste. Sie sieht die Franzosen schon über Rhein, Weser und Elbe marschieren und sagt zu Waldersee: «Ich fürchte sehr, dass die Franzosen ihr Hauptaugenmerk auf Spandau richten. Sie halten das vielleicht für dumm, aber ich habe nun mal das Gefühl.»

Die französische Rheinpolitik schlägt die Brücke über den Main. Der bayerische Ministerpräsident, Graf Bray, ist ein Duzfreund und Studien-genosse des Grafen Beust. Hätte Leopold nicht auf die spanische Krone verzichtet, so wäre Bayern neutral geblieben. Auch jetzt ist er in seinem Herzen für Neutralität. Er bemüht sich um eine englische Vermittlung. Ja, er lässt auch jetzt in Paris den Gedanken einer Neutralität ganz Süddeutschlands soufflieren. Aber am Tage des Landtagsbeschlusses über den Krieg wogt durch München eine Volksmenge, die den Abgeordneten, die für Neutralität sind, die Knochen zu zerschlagen droht; eine Truppenabteilung muss sie schützen. Vergebens erklärt Jörg, der Führer der «Patrioten», der stärksten Partei im Landtag: «Je mehr Sie Regimenter aufstellen, desto mehr gehen zum Feinde über.» Die Volksstimmung brandet über ihn hinweg. Das «kriegerische Ungestüm Frankreichs» – so klagt Bray – «hat uns Widerstrebende und das übrige Süddeutschland in den Krieg gestürzt.» Auch König Ludwig II. ist für den Krieg und

schreibt entschlossen auf einen Zettel: «J'ordonne la mobilisation» – denn selbst bei einem Krieg gegen Frankreich bevorzugt er das Französische. Als französische Zuschriften an die alte bayerisch-französische Waffenbrüderschaft appellieren, antwortet der Abgeordnete Sepp mit bayerischer Deutlichkeit: «Das Ferkel grunzt der Sau nach», d.h. der dritte Napoleon führt die Sprache des ersten.

Auch in Württemberg haben zunächst die Zeitungen dagegen protestiert, dass die Schwaben bluten sollten, weil der preussische Kuckuck über die Pyrenäen fliegen wolle. Der «Beobachter» behauptet sogar noch am 19.7., die württembergischen Truppen würden bataillons weise auf preussische Regimenter verteilt als «Geiseln für schwäbisches Land und Volk». Aber nach den neuen französischen Forderungen ist die Begeisterung in Stuttgart so stürmisch wie in Berlin. Als Varnbüler bedauert, dass Frankreich den Süddeutschen eine Neutralität unmöglich gemacht habe, schreibt Gramont stolz an den Rand der Depesche: «Als wenn wir jemals diese Neutralität geduldet hätten»; Frankreich brauche Süddeutschland für seinen strategischen Aufmarsch. Gramont hofft noch auf italienische und österreichische Divisionen. Als der französische Gesandte in Stuttgart nach Paris zurückkehrt, sagt ihm der Herzog, er habe den Krieg mit Preussen schon immer für unvermeidlich gehalten und deshalb einen günstigen Augenblick ausgesucht.

Gegenüber Baden erhebt Gramont den grundlosen Vorwurf, die badische Infanterie wolle Sprenggeschosse verwenden; Frankreich werde dann Baden vernichten wie einst Mélaç die Pfalz und nicht einmal die Frauen schonen. Nach einer Unterhaltung mit ihm sagt Metternich zu Vitzthum: «Es ist gut, dass Sie ihn noch gesehen haben; nun können Sie mir bezeugen, dass es verlorene Mühe wäre, einem Menschen Vernunft zu predigen, der den Kopf völlig verloren hat und nicht mehr zurechnungsfähig ist.»

Frankreichfreundlich ist die hessische Regierung. Der Grossherzog lässt Napoleon mitteilen, nur die preussischen Kanonen in Mainz hinderten ihn, sich Frankreich anzuschliessen; er warte nur auf den Tag, der ihm seine Unabhängigkeit wiedergebe. Der Minister Dalwigk bleibt in

Darmstadt, um sich «den Genuss des Einmarsches der französischen Befreier» nicht entgehen zu lassen.

Am 19.7. teilt Bismarck dem Reichstag des Norddeutschen Bundes mit, der französische Geschäftsträger habe ihm die französische Kriegserklärung überreicht. Die Abgeordneten und die Tribünenbesucher antworteten mit einem Beifall, wie ihn der Reichstag vorher und nachher nie erlebt hat. Am folgenden Tag berichtet Bismarck dem Reichstag: «Ich habe einstweilen nur zu erklären, dass sich wohl selten ein so wichtiges europäisches Ereignis vollzogen und zwischen den verschiedenen Höfen vorbereitet hat, wo die Zahl der Aktenstücke, in denen der Geschichtsforscher dereinst die Ursache desselben suchen wird, so karg bemessen wäre wie hier. Wir haben nämlich von der kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten: es ist dies die gestrige Kriegserklärung!»

Die französische Kriegserklärung nennt zwei Gründe: dass der König die Zukunftsgarantie abgelehnt habe und dass Preussen den europäischen Kabinetten die Weigerung mitgeteilt habe, den französischen Botschafter weiter zu empfangen. Die Schwäche des französischen Standpunktes kommt selbst in der Formulierung der Kriegserklärung zum Ausdruck: die Zukunftsgarantie ist nach der Ansicht ganz Europas unnötig und nur zum Zwecke der Demütigung gefordert worden, und die «Weigerung» hat in Wahrheit nur darin bestanden, diesen einen Punkt, über den der Botschafter ausführliche Äusserungen erhalten hat, nochmals zu behandeln; im Übrigen hatte der König den Botschafter nachher wieder empfangen und weitere Verhandlungen von Regierung zu Regierung angeregt.

In seiner Rede teilt Bismarck auch ein englisches Vermittlungsangebot mit. Preussen antwortet, es wolle sich dieser Vermittlung nicht entziehen. Aber da Frankreich die Initiative zum Kriege ergriffen habe, müsse zunächst die Bereitwilligkeit Frankreichs festgestellt werden, sich dieser Vermittlung zu bedienen. Es ist ein «Ja» unter der selbstverständlichen Voraussetzung, dass auch Frankreich «Ja» sage. Aber Frankreich sagt sofort «Nein».



*Emile Ollivier*



*Gramont Autuann Alfred Ag ner*

*Jules Favre*



*Adolphe Thiers*







*Bismarck (1871 in Versailles)*



*Edwin von Manteuffel*

*König Ludwig II von Bayern*



*Léon Gambetta*



## VIII

Napoleon hat einmal seinen Ministern erklärt, nur mit den Händen voller Allianzen werde er einen Krieg beginnen. Aber im Juli 1870 sind seine Hände leer. Trotzdem spiegelt Gramont mit unbestimmten Worten der Kammer vor, Frankreich könne auf die Hilfe Österreichs und Italiens rechnen, und fleht Beust an, 150'000 Österreicher in Böhmen und weitere 200'000 bis 300'000 Mann im übrigen Reich zu versammeln und 80'000 Italiener durch Tirol nach Bayern marschieren zu lassen. Dann werde man in Berlin den Frieden diktieren.

Aber in dem Kronrat vom 18. 7. sind ausser Beust nur der Oberbefehlshaber, Erzherzog Albrecht, und der Kriegsminister für das Bündnis. Denn schon 2 Tage vorher hat der russische Botschafter in Berlin in wohlberechneter Indiskretion seinen österreichischen Kollegen wissen lassen, Zar Alexander habe seinem Onkel Wilhelm von sich aus mitgeteilt: falls Österreich Preussen den Krieg erkläre, werde er mit 300'000 Mann in Galizien einmarschieren. Und als der französische Botschafter beunruhigt den Zaren darüber befragt, erhält er die ironische Antwort: «Eine reine Formsache! Sie sind so überzeugt davon, Preussen zu schlagen, dass mein Eventual-Versprechen an meinen Onkel ohne Bedeutung ist.» Als der österreichische Kriegsminister dem ungarischen Ministerpräsidenten Andrassy auf Befragen zugeben muss, ein russischer Einmarsch könne auch Ungarn berühren, kommt ein Bündnis mit Frankreich nicht mehr in Betracht. Andrassy ist ein Mann, an dem man nicht vorbeikann. Wenn man seinen Willen missachtet, würde er sofort jeden Hochverrat begehen, der ihm zweckmässig scheint.

So antwortet Beust, vorläufig müsse Österreich neutral bleiben, um seine Rüstungen zu vollenden und sich nicht einem vorzeitigen Angriff Preussens oder Russlands auszusetzen. Österreich betrachte aber Frankreichs Sache als die seine und werde ihm im Rahmen des Möglichen beistehen. Vitzthum soll Gramont ausrichten, Österreichs Neutralität sei

eine wohlwollende; in einigen Monaten, wenn der Winter Österreich vor Russland schütze, könne man vielleicht anders sprechen. Stufenweis müsse man rüsten und allmählich die Stimmung beeinflussen. Nur auf diese Weise könne man «im gegebenen Moment die Streitkräfte in die Wagschale werfen». Man denkt bei diesem Brief an den Vers, den Beust etwas später gemacht hat:

*Manches möchte ich noch gern vollenden,  
möchte auch nicht gern so rühmlos enden.*

Auch Franz Joseph bestätigt die «wohlwollende» Neutralität Österreichs. Den bayerischen Gesandten fragt er, dass wohl «wenig animo» bei dem Auszug der bayerischen Truppen vorhanden sei. Der Gesandte antwortet: «Im Gegenteil, Majestät! Selbst die in Österreich lebenden Wehrpflichtigen eilen zu den Fahnen, selbst aus Belgrad kommen sie herüber.» Franz Joseph schüttelt entrüstet den Kopf.

Beust legt noch einen Vermittlungsplan vor: Österreich und Italien sollen Frankreich diplomatisch unterstützen, aber nicht vor dem 15.9.; bis dahin – nimmt er an – wird die Kriegslage geklärt sein. Auch unterstütze Österreich Italiens Ansprüche auf Rom. Aber in dieser römischen Frage gibt Frankreich nicht nach. Eugenie ruft: «Welch ein böser Ketzer, dieser Beust!» Als später jemand den Einwurf macht, dass ja schliesslich Seine Apostolische Majestät, Franz Joseph, König von Jerusalem, die Opferung der weltlichen Herrschaft des Papstes empfohlen habe, erwidert sie: «Es war nicht die Ehre Österreichs, die uns anvertraut war: es handelte sich um die Ehre Frankreichs!»

So gibt Gramont der italienischen Regierung die stolze Antwort: «Frankreich schickt sich an, seine Ehre am Rhein zu verteidigen, aber nicht um sie am Tiber zu verlieren!»

In Florenz ist Viktor Emanuel kriegslustig, aber sein Kabinett ist dagegen. «Man merkt, dass Ihr von Wollhändlern abstammt», sagt der König zu seinem Minister Sella. «Meine Vorfahren haben nie Wechsel unterschrieben, die sie nicht einlösen konnten, wie es Eure Majestät jetzt beabsichtigen», bekommt er zur Antwort. Es hätte auch nichts geholfen,

wenn Napoleon den Kirchenstaat geopfert hätte: Italien will vor allem abwarten.

Es hat abgewartet. Und nach den Schlachten um Metz rief Viktor Emanuel mit der Nüchternheit eines Wollhändlers: «Gott sei Dank, dass wir nicht in diese Falle gegangen sind!» Es war zu spät, dass Napoleon jetzt «Frankreichs Ehre» preiszugeben bereit war und Italiens Forderungen annahm.

## IX

Wer war schuld an dem Deutsch-Französischen Kriege? Bismarck hat in den gleichen Tagen, in denen er Leopolds Kandidatur befürwortete, Badens Eintritt in den Nordbund abgelehnt, um Frankreich nicht zu reizen. Hätte er Napoleon «eine Falle stellen», ihn zum Krieg treiben wollen, so war der Eintritt Badens unvergleichlich besser geeignet: wenn Napoleon hier sein Schwert dazwischenwarf, hätte ganz Deutschland diesen Krieg begeistert mitgemacht und ganz Europa hätte ihn gebilligt. Bismarck hat bei der Kandidatur Leopolds nur den Fehler begangen, Napoleons Kriegsfurcht zu überschätzen.

Frankreich wollte Leopold um jeden Preis von Madrid fernhalten: das war nach europäischer Tradition verständlich. Aber es hat sich damit keineswegs begnügt. Es wollte ausserdem bei diesem Anlass Preussen demütigen, so stark demütigen, dass die Süddeutschen das Vertrauen auf Preussens Schutz verlören und auf den – ohnehin fraglichen – Eintritt in den Nordbund endgültig verzichteten. Deshalb Gramonts herausfordernde Rede, deshalb der Druck auf den König – auch als Spanien schon nachgegeben hatte. Und deshalb die Fortsetzung des Spiels nach Leopolds Verzicht: die Garantieforderung und der Entschuldigungsbrief.

In diesem Augenblick hat Bismarck auf eine ganze Reihe von groben Klötzen einen groben Keil gesetzt: die Emser Depesche. Sie war – wiederum nach europäischer Tradition – unerlässlich. Preussen hätte sonst alles Ansehen in Deutschland eingebüsst und mit ihm jede Hoffnung auf ein einiges Deutschland.

Aber diese Depesche machte den Krieg nicht unvermeidlich. Frankreich hätte sie mühelos parieren, ja sogar aus ihr den endgültigen Triumph ziehen können, wenn es den Frieden wollte. Aber die Kriegspartei, die sich mit Hilfe fanatisierter Grossstadthorden und einiger ehrgeiziger Journalisten als öffentliche Meinung maskierte, siegte über den friedlichen Kaiser.

Bismarck hat – wie ein englischer Historiker und erbitterter Gegner Bismarcks ausgeführt hat – sich in seinen späteren Darstellungen allwissender und planvoller dargestellt, als er gewesen ist; er habe sich, als er die Geschichte der Emser Depesche erzählte, in grosssprecherischer Weise nicht unschuldiger, sondern schuldiger gemacht, als es den Tatsachen entsprach. Das ist zutreffend. Er hat in dem literarisch prachtvollen, aber historisch ganz unzuverlässigen Kapitel über die «Emser Depesche» in sein in Wahrheit vorsichtig tastendes, mit manchen Irrtümern erfülltes Handeln eine Gradlinigkeit hineingebracht, die mit den Akten nicht übereinstimmt.

Der Kern der französischen Politik war, die deutsche Einheit zu verhindern und zu diesem Zweck Preussen zu demütigen. Es war kein gutes Ziel und es war kein gutes Mittel. Bismarcks Politik war, diese Demütigung zu verhindern. Zeitlebens hat Bismarck nur das Notwendige erstrebt und nur die sparsamsten Mittel für seine Ziele eingesetzt. Gramonts Politik war ganz unbismarckisch: für ein Ziel, das für die wahren Interessen Frankreichs nicht unerlässlich war, kämpfte er mit Mitteln, die zu einem unnötigen Krieg führen mussten.

## IM KRIEG GEGEN FRANKREICH

*Bismarck macht alles selbst.*

*Ludwig Bamberger*

### I

Am 31. Juli abends verlässt ein langer Zug den Potsdamer Bahnhof: das Grosse Hauptquartier. Es umfasst – ausser Generalstab und Stabs- wache – noch einige hundert Personen; es ist, wie Moltke sagt, «ein Darm, der hoffentlich bald abreissen wird». Zahlreiche Bundesfürsten und Prinzen wollen an dem Feldzug teilnehmen, jeder mit seinen Hof- marschällen, Adjutanten, Leibärzten, Sekretären und Dienern. Der Chef der Operationsabteilung, Oberstleutnant Bronsart v. Schellendorf, ver- merkt bei seiner Abreise in sein Tagebuch, man könne vielleicht einwen- den, das Unglück sei doch so gross nicht, wenn bei einer Armee sound- soviel Mann und Pferde unnütz mitgingen: «Von letzterer Gattung Ge- schöpfe ist dies auch zuzugeben, aber nicht von ersterer, welche in der vorliegenden Spezialität anspruchsvoll, frech und unverständig im höch- sten Masse zu sein pflegen.» Zu dieser «Landplage» rechnet Bronsart bereits den Kriegsminister Roon, der «überflüssig herumwerke und un- nötige Arbeit verursache»; er sei seit 1866 nicht nur total fertig, sondern «durch kindischen Eigensinn gemeinschädlich»; er stehe als Strategie un- gefähr auf derselben Stufe wie Graf Bismarck, als Komiker aber unend- lich höher. Im Verlauf des Feldzugs schlägt Bronsart vor, ihn gegen Gambetta auszutauschen. Gegen den Bundeskanzler, den er als den «Zi- vilisten im Kürassierrock» zu bezeichnen pflegt, nährt er den Hass des kleinen Mannes: er sei nicht mehr zurechnungsfähig und reif fürs Toll- haus.

Bronsart, der später unter Bismarck Kriegsminister wird, ist auf seinem Fachgebiet ein tüchtiger Offizier. Aber es ist, wie wenn der Militarismus in seiner kurzgeschorenen Engstirnigkeit und seinem trotzigen Hochmut in ihm Fleisch geworden sei. Bismarck hört, wie im Nachbar-Abteil die «Halbgötter» – die Generalstabsoffiziere – befriedigt feststellen: diesmal sei dafür gesorgt, dass Bismarck an militärischen Beratungen nicht teilnehmen dürfe. König Wilhelm hat später gesagt, in dem böhmischen Kriege habe Bismarck bisweilen im Kriegsrate im Widerspruch mit der Majorität den Nagel auf den Kopf getroffen; dass das den Generalen ärgerlich sei und sie ihr Ressort allein beraten wollten, sei nicht zu verwundern. Dieser Hass der Armee gegen ihn geht bis ins Kleinliche: seine beiden Söhne, die als Einjährige bei den Gardedragonen dienen, werden 10 Monate lang nicht befördert.

Der Bundeskanzler hat aus dem Auswärtigen Amt seine beiden engsten Mitarbeiter mitgenommen: Abel und Keudeken, wie er sie nennt. In Wahrheit heissen sie Abeken und Keudell. Geheimrat Abeken ist ein kleines buckliges Männchen: ängstlich, gebildet, liebenswürdig; sein Lieblingsgedicht ist «Wanderers Sturmlied» von Goethe, das er auf einsamen Spaziergängen deklamiert; Bismarck findet, er könne so viel arbeiten wie vier andere Menschen. Keudell, durch Johanna zu Bismarck gekommen, ist nach dem Urteil seiner Kollegen mehr Klavierspieler als Politiker, klug und anpassungsfähig, oft in Angst vor dem strengen Gebieter. Nach einigen Tagen lässt sich Bismarck für die Presse-Abteilung auch den Journalisten Dr. Busch nachkommen, einen vigilanten Sachsen, der sich bald duckt, bald aufspielt; für Bismarcks unausrottbare Neigung, von Fürstlichkeiten, wenn er sich über sie ärgert, in den größten Ausdrücken zu reden, stellt Busch ein dankbares Publikum dar. Freilich veranlasst körperliche und seelische Schwerhörigkeit den kleinen plebejischen Mann, der jedes Wort Bismarcks in sein «errötendes» Tagebuch einträgt, bisweilen Worte des Kanzlers sensationell zu vergrößern. Bismarck hat später manche Wendungen, die auch ganz unbismarckisch klingen, bestritten und bei anderen Busch darauf hingewiesen, er möge

nicht jede zwischen Suppe und Braten gefallene Wendung wie eine eidliche Aussage vor Gericht behandeln. Von Buschs Berichten über Bismarcks Tischgespräche fanden die damaligen Zuhörer später, er habe alles vergrößert.

## II

Siegessicherheit ist das stärkste Kriegsmotiv Frankreichs gewesen. Sie erweist sich als unbegründet. Das 36-Millionen-Reich kann zunächst nur 270'000 Mann ins Feld schicken – gegen 384'000 Soldaten, welche die 30 Millionen Deutschen sofort aufstellen. Vom ersten Tag an siegen die – zunächst meist stärkeren – deutschen Truppen, aber sie siegen unter schweren Opfern. Bismarck ist empört: die Führung treibe verbrecherischen Missbrauch mit der Bravour der Truppen. Er ist mit dem einzelnen Mann enger verbunden als Moltke, der ihn nüchtern belehrt, einzelne Fehler müssten gegenüber dem Gesamtergebnis zurücktreten; auch wenn ein ganzes Armeekorps völlig aufgerieben werde, müsse man das verschmerzen.

Am Spätabend des 16. August während der schweren Schlachten um Metz ist er mit Moltke beim König. Ein Ordonnanzoffizier tritt herein und macht leise Moltke eine Meldung; der General zuckt zusammen. «Geht es mich an?», fragt Bismarck. Der Offizier nimmt Haltung an und meldet laut: «Bei der letzten Attacke des 1. Garde-Dräger-Regiments ist Graf Herbert Bismarck gefallen, Graf Wilhelm tödlich verwundet worden.» Bismarck fragt ruhig: «Von wem kommt die Nachricht?» «Vom kommandierenden General des 10. Korps, von Voigts-Rhetz.» Bismarck lässt satteln, weist jede Begleitung ab und reitet in die Nacht. Er fragt und sucht viele Stunden. Dann hört er gegen Morgen, dass in einem Gehöft verwundete Dräger liegen. Er reitet hin und trifft vor dem Haus seinen Sohn Bill unverletzt; sein Pferd war bei der Attacke über ein vor ihm erschossenes Pferd gestürzt. Herbert war von drei Kugeln getroffen worden; eine hat nur die Uniform gestreift, eine zweite seine Uhr zerschmettert, die dritte war im Oberschenkel steckengeblie-



ben. Auf dem Gehöft fehlt es an Verpflegung, weil der Stabsarzt sich weigert, die herumlaufenden Hühner schlachten zu lassen. «Plötzlich fiel mir ein, dass ich ja auch General war; so gab ich ihm den dienstlichen Befehl und seine Verwundeten wurden bald satt.» An Johanna schreibt er sogleich, für Herbert sei damit wahrscheinlich der Krieg beendet. Zu einem Bekannten sagt er: «Ich hoffe, dass ich jetzt wenigstens einen von meinen Jungen behalte.» Im hohen Alter hat er auf die Frage, was er als das grösste Glück seines Lebens ansehe, geantwortet: «Dass Gott mir keins meiner Kinder genommen hat.»

Die Strapazen des Feldzugs sind dem Landwirt willkommen. Das Quartier ist oft schlecht: in Clermont hat er tagelang ein Zimmer ohne Bett oder Sofa, nur einen Binsstuhl. Er schläft auf dem Fussboden auf einer Matratze, neben sich den Revolver. Das Tischchen, an dem er seine Noten an Europa entwirft, bietet keinen Platz für den Ellenbogen. Unter ihm liegt das Büro des Generalstabs mit Nachtdienst, neben ihm fünf schreiende Kinder, über ihm 20 Hausbewohner. Noch lästiger ist ihm das Fehlen jeder Toilette. «Man wusste nicht, wie man's machen sollte, um den Anstand einigermaßen zu wahren. Unten hatte der Generalstab mit seinen Offizieren und Schreibern die Aussicht auf die Stelle, und da hatte ich mir zu überlegen, ob ich ihnen den Bundeskanzler von vorn oder von hinten zeigen sollte. Doch entschloss ich mich zu letzterm. Und ich musste mich dort schnell entschliessen; denn ich litt gerade daran, dass ich viel gehen lassen musste und rasch. Dabei präsentierte jedesmal die Wache, was sehr komisch war. Ich mochte abgewinkt haben, so viel ich wollte, auch das zweitemal, es half nichts; denn das drittemal war's immer ein anderer.»

Wenn die Bevölkerung ihn erkennt, sieht sie in ihm eine Ausgeburt der Hölle. «Die Leute müssen mich hier für einen Bluthund halten, die alten Weiber, wenn sie meinen Namen hören, fallen auf die Knie und bitten mich um ihr Leben. Attila war ein Lamm gegen mich.» Aber das hindert ihn nicht, abends allein durch die Strassen zu streifen; den Degen nimmt er nicht mit, aber den Revolver: «Ich will mich unter Umständen

gern ermorden lassen, aber ich möchte nicht ungerochen sterben.» Als Busch 15 Jahre später in einem Buch erwähnen will, dass Bismarck in einem bestimmten Quartier sehr freundlich aufgenommen wurde, streicht Bismarck den Satz durch: das könnte den Leuten Unannehmlichkeiten verursachen.

Die Verpflegung ist einfach; er isst, was er bekommt, ohne Rücksicht auf ärztliche Vorschriften. Später erklärt er, damals beim Vormarsch ohne viel Schreibwerk und Verhandlungen, als er biwakiert und aus der Satteltasche gelebt habe, habe er sich gesundheitlich ausgezeichnet befunden; der Krieg sei eigentlich der natürliche Zustand des Menschen. Tatsächlich hat er in diesem Feldzug nie biwakiert.

Ein schauerliches Erlebnis hat er nach dem Krieg mit dem grimmigen Humor Shakespeares erzählt. Eines Morgens sei er losgeritten und habe seit 24 Stunden nichts Ordentliches im Magen gehabt. «Als ich hinter einem Wald vorritt, schlug mir plötzlich ein appetitlicher Geruch wie von gebratenem Fleisch mit Zwiebeln angenehm in die Nase. Ich dachte, da kochen Soldaten ab, da reitest du hin und nimmst teil am leckeren Mahle. Als ich die Richtung, woher der Geruch kam, eilig verfolgte, stand ich unerwartet vor dem brennenden Bazeilles, in dem bekanntlich viele Franzosenleichen verbrannt sind. Es waren die knoblauchessenden Franzosenmänner gewesen, die so verführerisch dufteten. Der Appetit war mir jetzt freilich vergangen, trotz des knurrenden Magens.»

### III

Zwei Wochen nach den Metzger Schlachten schliesst Moltke die Armee Mac Mahons bei Sedan ein und zwingt sie, die Waffen zu strecken. Während der Schlacht melden französische Gefangene, Kaiser Napoleon befinde sich bei den Truppen. Die Offiziere sind begeistert, der Kronprinz in seiner Herzenseinfalt hält den Frieden für gesichert, da der «Urheber des schreienden Unrechts» in deutscher Hand sei. Bismarck, der

im Gegensatz zu Friedrich Wilhelm die Welt kennt, sagt bitter: «Wenn das wahr ist, so ist der Friede in weite Ferne gerückt.» Er sieht sofort, dass das Kaiserreich gestürzt werden wird und dass eine republikanische Regierung, die von der Volksstimmung abhängt, viel schwerer einen annehmbaren Frieden schliessen kann als Napoleon. Bis 1 Uhr nachts verhandelt er gemeinsam mit Moltke über die Waffenstreckung. Um 6 lässt ihn Napoleon um eine Unterredung bitten. «Ungewaschen und ungefrühstückt» reitet er los, trifft den Kaiser auf der Landstrasse in einem Wagen sitzend, sitzt ab, zieht – entgegen militärischem Brauch – die Generalsmütze und fragt nach seinen Befehlen «wie in den Tuileries». In einem schmutzigen Arbeiterhaus an einem fichtenen Tisch unterhalten sie sich eine Stunde: «Ein gewaltiger Kontrast mit unserm letzten Beisammensein, 1867 in den Tuileries. Unsre Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfnen schmerzlich berühren mussten.»

Bismarck fragt, ob der Kaiser zu Friedens Verhandlungen bereit sei. Aber Napoleon wehrt ängstlich ab: er sei Gefangener, er könne nicht für Frankreich sprechen. Diese Entscheidung ist Bismarck unerwünscht; er ist deshalb geneigt, sie für falsch zu halten: «Ich glaube, wenn er damals Frieden gemacht hätte, wäre er jetzt noch ein achtbarer Regent. Er ist aber ein dummer Mensch. Ich habe das schon vor 16 Jahren gesagt, wo mir's niemand glauben wollte. Dumm und sentimental.» Bismarck hätte Napoleon, wenn er Frieden machte, die Armeen von Sedan und Metz zur Verfügung gestellt. Aber es ist unsicher, ob es dem Kaiser gelungen wäre, mit diesen Truppen die schon auflodernde Revolution niederzuhalten. Bismarck erfüllt sogar den Wunsch des Kaisers, über Belgien in die Gefangenschaft zu reisen; er hofft, er werde nach England entfliehen und dann einen Partner für Friedensgespräche abgeben. Aber Napoleon reist folgsam nach Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel. «Napoleons Sturz ist Wilhelms Höhe» sagten die Berliner. Bismarck hat später Lord Loftus erzählt, er habe sich gewundert, dass Napoleon ihn bei Sedan spre-

chen wollte, denn er habe ihn doch – durch die Kriegserklärung – «betrogen». Der Satz war sicherlich ernst gemeint. Bismarck empfand die Überzeugung, die er sich von dem friedlichen Wesen des Franzosenkaisers gebildet hatte, als eine Verpflichtung Napoleons.

Als Eugenie die Nachricht von Sedan erhält, schreit sie mit verzerrten Zügen: «Nein, der Kaiser hat nicht kapituliert! Ein Napoleon kapituliert nicht. Er ist tot. . . Sie verstehen mich: ich sage Ihnen, dass er tot ist und man es vor mir verbergen will!» Dann, mit der ganzen Kälte des Ehrgeizes: «Warum hat er nicht den Tod gesucht? Warum hat er sich nicht unter den Mauern Sedans begraben lassen?... Er hat also nicht die Empfindung gehabt, dass er sich entehrt? Welchen Namen hinterlässt er seinem Sohne! . . .»

Die Pariser rufen die Republik aus; mit knapper Not entkommt Eugenie nach England. Von Gramont sagte Bismarck: «Der und Ollivier sind mir auch die Rechten. Wenn mir das passiert wäre, so wäre ich, nachdem ich solches Unglück angerichtet, doch wenigstens in ein Regiment getreten, meinewegen auch Franktireur geworden, und wenn ich darüber gehenkt worden wäre. Der grosse, starke, ungeschlachte Gramont passte ganz gut zum Kriegsgewerbe.»

Am Abend nach dem Waffenstillstand von Sedan sagt Moltke: «Nachdem dieser störende Zwischenfall erledigt ist, können wir unsere Whistpartie von vorgestern wieder aufnehmen.» Er hält den Krieg für gewonnen und schreibt seinem Bruder, in 14 Tagen werde er 200'000 Mann gegen jeden unberufenen Vermittler verfügbar haben und mit dem Rest mit Frankreich fertig werden. Ende Oktober hoffe er auf seinem Gut Hasen zu schiessen. Einem Adjutanten des Königs erklärt er: «Der Krieg ist zu Ende, es sind dies alles noch Zuckungen; von grossen Operationen ist keine Rede mehr.» Auch der Kronprinz vermerkt stolz in sein Tagebuch: «Was wird Frankreich uns anderes entgegenstellen können als die Trümmer der durch mich geschlagenen Armeen und ungeordnete Haufen von Franktireurs.» Moltke und der Kronprinz ahnen nicht, dass ein kleiner ungedienter Rechtsanwalt, namens Gambetta, ihnen in den nächsten Monaten 600'000 Mann entgegenstellen wird. Molt-

kes Entschluss, mit der freiwerdenden Armee Paris einzuschliessen, legt die Kriegsführung für lange Zeit fest. Aber der Bundeskanzler wird nicht befragt.

Später hat Bismarck gemeint, Deutschland hätte besser getan, Paris nicht einzuschliessen und den Krieg nur noch als Verteidigungskrieg in den französischen Grenzgebieten zu führen. Wahrscheinlich hat er angenommen, dass sich die Zwietracht der Franzosen dann voll entfaltet und alle weiteren Opfer erspart hätte. Aber mit dieser Hoffnung hätte er schwerlich recht behalten.

Der Vormarsch nach Paris vollzieht sich in 3 Wochen. Einige Tage bleibt das Hauptquartier in Rothschilds Schloss Ferrières. Bismarck beklagt sich bei dem Verwalter des Schlosses, dass Rothschild, der in Paris weilt, sich nicht nach den Wünschen des Königs erkundige. Unter diesen Umständen müsse er ihn wie jeden anderen Kaufmann behandeln und Wein aus seinem Keller kaufen. Der Verwalter erwidert, in diesem Hause «bedeute Geld nichts», aber Bismarck besteht auf einer Rechnung und bezahlt auch noch 50 cts. je Flasche Pfropfengeld.

Die Verpflegung an der Tafel des Königs ist schlecht und so knapp, dass Bismarck nicht satt wird. «Wenn ich tüchtig arbeiten soll, so muss ich gut gefuttert werden. Ich kann keinen ordentlichen Frieden schliessen, wenn man mir nicht ordentlich zu essen und zu trinken gibt. Das gehört zu meinem Gewerbe.» Er erwägt sogar, im Park Fasanen zu schiessen: «Der König hat es zwar verboten; aber was will man machen, wenn ich hinausgehe und ein paar hole? Arretieren is nich; denn da haben sie niemand, der den Frieden besorgt.»

An diesen Frieden denkt er unaufhörlich seit Kriegsbeginn. Ob man nicht doch den gefangenen Kaiser bei den Friedensverhandlungen auspielen kann? Als Herbert ihm schreibt, man schimpfe in Deutschland über die gute Behandlung Napoleons, antwortet Bismarck, das Problem wie immer nicht unter dem billigen Gesichtspunkt der Bestrafung, sondern der politischen Zweckmässigkeit sehend: «Uns ist ein gut behandelter Napoleon nützlich, und darauf allein kommt es mir an. Die Rache ist Gottes. Die Franzosen müssen ungewiss bleiben, ob sie ihn wieder-

bekommen, das fördert ihre Zwistigkeiten. Sie haben sich vorgestern Nacht schon mit Geschütz in den Strassen von Paris geschlagen. Wir haben nicht die Aufgabe, sie gegen uns zu einigen.» Während der Belagerung von Paris geht das Hauptquartier nach Versailles.

#### IV

In Versailles haust Bismarck in der bescheidenen Villa der Witwe Jessé. Er verfügt nur über 2 kleine Zimmerchen im ersten Stock und lebt wie ein Einsiedler. Gelegentlich empfängt er regierende Herrschaften im Bett, und den Kronprinzen, der plötzlich ins Zimmer tritt, sogar «gänzlich ohne Kostüm». Friedrich Wilhelm sagt mit gutem Humor: «Es ist Krieg. Ich habe Schlimmeres gesehen.»

Der Bundeskanzler ist primitiv untergebracht: zwei Kerzen, in Flaschenhälsen gesteckt, erleuchten das überheizte, verqualmte Stübchen. In der Mitte steht ein gebrechlicher Speisetisch. Er trägt einige Flaschen Wein, einen Krug Bier und Stösse von Akten. An ihm sitzt der neue Herr Europas. Hinter ihm auf einer Kommode türmen sich griffbereit die Zigarrenkisten, die man ihm stossweise aus Deutschland schickt.

Die Arbeitslast ist erschreckend. Ludwig Bamberger, der als Bankier an reichliche Arbeit gewöhnt, als liberaler Abgeordneter nur zu begrenzter Bewunderung geneigt und als origineller, grundgescheiter Mensch ein sorgfältiger Beobachter ist, beschreibt in einem Briefe: «Ich finde Bismarck um zwölf Uhr mittags im Schlafrock, furchtbar beschäftigt. Es ist doch ganz unsagbar, wie dieser Mann sich anstrengt; er macht alles selbst, innere Politik, deutsche, auswärtige, dabei ein Stück Krieg; die ganzen Hofintrigen sämtlicher kleinen Höfe, Presse, alles geht durch seine Hand. Es ist kein Wunder, wenn er überreizt ist. Es ist ein Drängen, Jagen, Rennen ohne Ende.» Ganz ähnlich schildert Busch den Andrang der Fürsten, Prinzen, Bischöfe und französischen Unterhändler: «Manche Stunde glich unser Haus einem Taubenschlage, so viele Bekannte und Fremde gingen ein und aus . . . Berlin schickte Reichstagsdeputatio-

nen, einzelne Parteiführer, Bankiers und höhere Beamte, von Bayern und aus anderen süddeutschen Staaten stellten sich Minister zum Abschluss von Verträgen ein. Die amerikanischen Generale, Mitglieder der fremden Diplomatie in Paris, darunter auch ein schwarzer Gentleman, wünschten den vielbeschäftigten Staatsmann oben in der kleinen Stube zu sprechen, und dass auch die Neugier der englischen Reporter sich an ihn heranzudrängen versuchte, versteht sich wohl von selbst. Dabei Feldjäger mit gefüllten oder auf Füllung wartenden Depeschensäcken, Kanzleidiener mit Telegrammen, Ordonnanzen mit Nachrichten vom Generalstabe und über dem allem Arbeiten, die ebenso schwierig als wichtig, vollauf Erwägen, Schaffen, Auskunftsuchen bei Hemmungen, Verdross und Ärger, getäuschte Erwartungen, die wohlberechtigt gewesen, Mangel an Unterstützung und Entgegenkommen da und dort, törichte Urteile der deutschen Zeitungen, Ungenügsamkeit derselben trotz vorher nie geträumter Erfolge, Wühlereien der Ultramontanen – kurz, es war mitunter schwer zu begreifen, wie sich der Kanzler unter allen diesen Ansprüchen an seine Arbeitskraft und Geduld, unter diesen Störungen und Reibungen im Grossen und Ganzen seine Gesundheit und die Frische bewahrte, die er oft noch spät am Abend in ernster und scherzender Rede an den Tag legte.» Aber die scherzende Rede wird oft bitter: «Wenn ich nicht ein strammgläubiger Christ wäre, wenn ich die wundervolle Basis der Religion nicht hätte, so wäre ich dem ganzen Hofe schon längst mit dem Sitzzeug ins Gesicht gesprungen, und schaffen Sie mir einen Nachfolger mit jener Basis, so gehe ich auf der Stelle.»

Nach wie vor kann Bismarck – namentlich in Zeiten grosser Anspannung – erst gegen Morgen einschlafen. Wenn er seine Leute bis Mitternacht festhält, sagt er: «Europa wartet auf euch.» Oft lässt er noch um 3 oder um 5 Uhr einen Sekretär rufen. Der Schlaf kommt ihm meist erst, wenn ihm die Morgenröte ins Fenster scheint; dann bleibt er bis 10 oder 11 liegen. Diese Tageseinteilung löst auch das Problem der militärischen Vorträge: da sie am frühen Morgen stattfinden, kommt seine Teilnahme nicht in Betracht.

Die ungeheure Arbeitslast verbindet ihn in diesen Monaten eng mit Keudell und Abeken. Abekens ganz anders angelegte Natur staunt immer von Neuem über Bismarcks Art zu arbeiten: «Mit dem Minister ist manchmal schwer auszukommen . . . Ich muss oft, wenn der erste Ärger vorbei ist, über ihn und über mich lachen. Ich will immer sehr genau auf das antworten, was die Leute gefragt haben. Er antwortet sehr oft gar nicht darauf, antwortet oft auf etwas ganz anderes, hört nicht, was sie sagen, er denkt nur an das, was er sagen will, und das Alles geschieht oft ganz unabsichtlich, oft, sehr oft absichtlich. Da haut er denn manchmal sehr daneben, und, was mir leid tut, es kriegt mancher einen Klaps weg, den er gar nicht verdient hatte. Aber oftmals ist es auch gerade das Rechte; und es kommt meistens wirklich mehr darauf an, was Bismarck sagen, als was der andere hören wollte. Es ist gerade dies Nichtachten des Anderen auch in dieser Beziehung ein notwendiges Element seiner Grösse, welches ihn befähigt, mit eiserner Energie auf sein Ziel, wenn auch oft auf sehr schiefem, ja krummem Wege loszugehen. Alles persönlich Unbequeme vergisst und verzeiht man leicht über seinen grossen Eigenschaften, die ihn zum Werkzeug in Gottes Hand befähigen. . . . Oft macht er auf die wunderbarste Weise Fehler und Irrtümer, die ja auch bei dem allerintelligentesten Menschen mit unterlaufen, wieder gut, ja zu Staffeln und Mitteln des Erfolges. Es ist eine grosse Sache, wenn man die Kühnheit hat, sich um eigene, vergangene Fehler und Irrtümer nicht zu kümmern! Regrets [Bedauern] kennt er, glaube ich, gar nicht.» Der schlichte Abeken ahnt nicht, dass er in seiner Analyse einige wesentliche Punkte jedes erfolgreichen Handelns beschrieben hat und dass aus solchem Grund die Abeken-Naturen immer an der Wirklichkeit scheitern.

Auch das Universale an der Begabung Bismarcks empfindet er: «Ich machte ihn auf die in Disraelis Lothair vertretene Ansicht aufmerksam, wonach nur diejenigen zu brauchen wären in der Welt, welche in gewöhnlichem Sinne nichts gelernt hätten, wenigstens nicht aus Büchern. Zu diesen hat man früher oft Bismarck selbst gerechnet, aber mit Unrecht. Es muss Zeiten in seinem Leben gegeben haben, wo er ungeheuer



viel gelesen und gelernt, namentlich in geschichtlichen und staatsrechtlichen Dingen. Darin weiss er ungeheuer viel, und nicht sporadisch, sondern systematisch und zusammenhängend; nach anderen Seiten hin ist er freilich weniger belesen, namentlich was die schöne Literatur betrifft. In allen Dingen aber kommt ihm sein gutes Gedächtnis zu Hilfe; und in politischen Dingen ist und bleibt er ein Meister; es kommt auch in den Geschäften alle Augenblicke einmal ein genialer Zug vor, an dem man seine Freude hat.»

Dankbar ist Bismarck, als Keudell ein Klavier aufstellt und ihm – auf seinen Wunsch fast jeden Abend – vorspielt: «Selten hat das Auswärtige Amt einen so guten Gedanken gehabt.»

Es ist nicht so sehr das Übermass der Arbeit, das ihn fast krank macht, sondern vielmehr das Übermass an Unvernunft, das ihm tagtäglich bei den wichtigsten Entscheidungen Steine in den Weg wälzt. Auch die fremde Atmosphäre stört ihn; selbst von dem Mond erzählt er später: «Der Mond scheint in Frankreich just wie hier da droben; wie oft hab' ich in meinem Garten in Versailles, wenn ich nächtliche Gänge machte (am Tage kam ich nicht dazu), ihn darauf angedet; aber er schien mich nicht zu kennen.» Aber er ist, selbst gereizt, nicht ohne Humor. Gelegentlich eines Fehlers sagt er zu Keudell: «Sie halten das Bureau nicht in Ordnung. Wir machen keine Vergnügungsreise. Wenn Sie mich alle im Stich lassen und krank ärgern, so ist der Moment schlecht gewählt, da ich jetzt sehr schwer zu ersetzen bin.»

## DAS PROBLEM ELSASS-LOTHRINGEN

*Der Friede, der unsere Grenzen sichert,  
und die Einheit des Reiches sind wesentlich eins.*

*Eduard Lasker*

### I

Schon in den ersten Tagen des Krieges verlangten deutsche Zeitungen: wenn wir siegen, müssen Elsass und Lothringen in das Reich heimkehren. Vor Jahrhunderten hatte Frankreich diese Länder mit Gewalt vom Reich losgerissen. Die Elsässer sprachen deutsch, die Lothringer bis auf wenige östliche Bezirke französisch. In beiden Gebieten gab es fast niemanden, der die Rückkehr ins Reich wünschte. Man empfand das Leben in Frankreich als leichter und angenehmer. Aber nach so glänzenden Siegen schien den Deutschen der Wunsch dieser Stämme unwichtig. Dröhnend versicherte Treitschke: das Vaterland kann nicht dulden, dass seine Söhne sich ihm auf die Dauer entfremden.

Gegen solche «Professoren-Ideen» war Bismarck immun. Er dachte nicht daran, verstaubte Rechtstitel auszugraben und damit ganz Europa misstrauisch zu machen. Aber auf seinem Gemüt lastete sein Leben lang eine Unterhaltung, die er in den 50er Jahren mit dem gescheiterten König Wilhelm von Württemberg gehabt hatte; er hat sie immer wieder zitiert. Der König hatte ihm damals gesagt: «Solange Strassburg ein Ausfallstor ist für eine stets bewaffnete Macht, muss ich befürchten, dass mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der Deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Solange Strassburg nicht deutsch ist, ist es ein Hindernis der deutschen Einheit.» Bismarck wusste 1870 noch nicht, ob er sich künftig auf die Süddeutschen werde verlassen können.

Er hatte das Gefühl: ein französisches Strassburg gefährdet die Treue der Süddeutschen, und wenn die Süddeutschen abfallen, verbinden sich Franzosen und Österreicher mit ihnen, und Deutschland ist verloren. Er hatte acht Jahre hinter sich, in denen sich Frankreich ständig in deutsche Fragen eingemischt und rein deutsche Gebiete willkürlich beansprucht hatte. Warum hatte Frankreich diesen Krieg geführt? Um die deutsche Einheit zu verhindern, wie es sie Jahrhunderte hindurch verhindert hatte! Wenn dieses einige Reich jetzt gegründet wurde: würde Frankreich nicht erst recht zu den Waffen greifen, sobald die Lage Europas ihm Chancen bot? Gegen diese Gefahr wollte er sich sichern. Im Elsass und in Ost-Lothringen sah er nur ein strategisches Vorfeld; er bekannte dem französischen Aussenminister Favre schon in der ersten Unterhaltung, dass dies Gebiet eine peinliche Last für Deutschland bilden werde.

Hundertmal hat man seitdem gefragt: war es klug, das Elsass und Ost-Lothringen zu annektieren? Ohne die Annexion hätte der Krieg schon im September zu Ende gehen können. Viktor Hugo schrieb damals: «Welchen Sinn hat denn dieser Krieg, Deutsche? Er ist beendet, da das Kaiserreich beendet ist. Ihr habt euren Feind getötet, der der unsere war. Was wollt ihr mehr?» Auch Ernest Renan hat später gesagt, Deutschland habe damals die schönste weltgeschichtliche Rolle in Händen gehabt: es hätte den Krieg auf alle Ewigkeit begraben, wenn es keinem Teil des französischen Volkes Gewalt antat. Aber hätte der Verzicht auf Elsass-Lothringen Frankreich wirklich versöhnt? Der Friede von 1815: wie nobel war er gewesen! Und trotzdem hatten die Franzosen ihn bis in jüngste Tage immer wieder für unerträglich erklärt. Und Königgrätz hatten sie als ein Ereignis empfunden, für das sie Rache nehmen müssten. Selbst ein so ruhiger Beurteiler wie der liberale Bankier Bamberger hat 30 Jahre später gesagt: «Meine eigene Überzeugung ist, dass der Hass gegen das siegreiche Deutschland und die Begierde nach Revanche ganz ebenso gross gewesen und geblieben wären, selbst wenn man keinen Zollbreit Land abgerissen hätte.» Derselbe Viktor Hugo, der den Deutschen Märsigung predigte, hat einige Monate später in der französischen Kammer erklärt,

Frankreich werde in einem Revanchekrieg nicht nur die geraubten Provinzen zurückholen, sondern das ganze linke Rheinufer losreißen.

Es ist sehr wahrscheinlich: auch wenn die Deutschen auf Elsass-Lothringen verzichtet hätten, so hätten sie doch mit der französischen Revanchelust rechnen müssen.

Und trotzdem haben wir Rückblickenden das Gefühl: der Verzicht wäre besser gewesen. Wir haben dies Gefühl, weil bei uns heute die Überzeugung eingewurzelt ist: wider seinen Willen soll man kein Gebiet einem Staat angliedern. Aber in dem Europa von 1870 war dieser Satz umstritten und in der politischen Wirklichkeit wird er leider auch heute nicht befolgt.

Aber hätte Bismarck, selbst wenn er es wollte, den Verzicht durchsetzen können? Er hätte nicht nur den König und die Generäle gegen sich gehabt, sondern das ganze deutsche Volk, an der Spitze die Liberalen, welche die Angliederung als selbstverständlich empfanden und aus diesem Eisen die deutsche Einheit schmieden wollten. Nicht einmal wenn er seinen Rücktritt androhte, hätte König Wilhelm nachgegeben; in militärischen Fragen – und so sah er dies Problem an – hörte er auf die Fachleute. Und wenn Bismarck wirklich zurücktrat, so war die Gründung des Reiches gescheitert, denn niemand als er konnte die widerstrebenden Ströme in ein Bett zwingen.

Der grosse englische Geschichtsschreiber G.P. Gooch hat über unser Problem gesagt: «Ausserhalb Frankreichs wurde die Annexion des Elsass und eines Teiles von Lothringen als die natürliche Strafe für die Macht angesehen, die den Krieg erklärt hatte und geschlagen worden war. Und wo ist die Nation, die, mit bitteren Erinnerungen wie denen an die Einfälle Ludwigs XIV. und Napoleons, aus einem blutigen Kampf mit leeren Händen zurückgekehrt wäre und ihren geschlagenen Feind im Besitz reicher Landschaften gelassen hätte, die zu ihrem eigenen entschundenen Reich gehört hatten?»

Aber trotz all dieser Tatsachen war die Angliederung des Elsass und Ost-Lothringens ein verhängnisvoller Fehler. Es ist jedoch sehr unsicher, ob ihn Bismarck hätte vermeiden können.

## II

Die republikanische Regierung hatte sofort nach dem Sturz Napoleons erklärt: «Kein Fussbreit unseres Bodens, keinen Stein von unseren Festungen.» Der neue Aussenminister, der Rechtsanwalt Favre, bat Bismarck um eine Unterredung. In seinen Erinnerungen hat er eine Beschreibung Bismarcks gegeben: «Obgleich dem achtundfünfzigsten Lebensjahre nahe, schien Graf Bismarck in der Fülle seiner Kräfte. Sein hoher Wuchs, sein mächtiger Kopf, seine ausdrucksvollen Züge gaben ihm ein Aussehen, das zugleich gebietend und hart, dennoch gemildert war durch eine natürliche Schlichtheit, die fast bis zur Treuherzigkeit ging. Sein Benehmen war höflich und ernst, durchaus frei von Ziererei und Rauheit. Sowie das Gespräch begonnen hatte, nahm er eine Miene wohlwollender Redseligkeit an, die ihn während der ganzen Dauer desselben nicht verliess. Sicherlich betrachtete er mich als einen Unterhändler, der tief unter ihm stehe, aber er war so höflich, das nicht merken zu lassen, und schien angezogen durch meine Aufrichtigkeit. Ich meinerseits war betroffen von der Klarheit seiner Gedanken, der Schärfe seines Verstandes, der Ursprünglichkeit seiner Geistesart. Seine gänzliche Anspruchslosigkeit war nicht weniger auffallend. Er erschien mir als politischer Geschäftsmann allem überlegen, was man nur ersinnen kann; rechnend nur mit dem, was ist, einzig bedacht auf positive und praktische Lösungen, gleichgültig gegen alles, was nicht zu einem nützlichen Ziele führt. Seitdem habe ich ihn oft gesehen; wir haben sehr viele Einzelfragen miteinander verhandelt, ich habe ihn stets als denselben Mann gefunden . . . Reizbar und nervös wie er ist, kann er nicht immer seine Heftigkeit bemeistern . . . Viel habe ich von dem Übermass seiner Gewandtheit gehört; mich hat er niemals getäuscht; oft hat er mich verletzt, empört sogar durch seine Forderungen und seine Härten, aber in grossen und kleinen Dingen habe ich ihn immer gerade und pünktlich gefunden.» Bismarck sagte Favre höflich: «Wenn ich sicher wäre, dass Sie

immer die Politik Frankreichs leiten, würde ich keinen Fussbreit Boden und keinen Pfennig verlangen. Aber Sie können morgen gestürzt sein.»

Die Verhandlungen scheiterten. Favre wies jede Abtretung von sich. Die republikanische Regierung wollte auch nicht, dass Frankreich eine Nationalversammlung zur Beratung des Friedens wähle. Sie wusste, dass diese Wahl ihren Sturz und den Frieden bedeutete. Gambetta, der Führer der demokratischen Linken, wünschte die Volksherrschaft nur, wenn sie ihn am Ruder liess.



Jules Favre: Da soll man Friedens Verhandlungen pflegen! Wo soll ich den Mann nur anfassen?

*(Figaro, September 1870)*

Einige Wochen später kam der grosse alte Mann Frankreichs zu Bismarck, Louis Adolphe Thiers, Staatsmann und Historiker. Er hatte vergeblich in allen Hauptstädten Europas um Hilfe geworben und wollte jetzt mit Bismarck über einen Waffenstillstand sprechen. Bismarck fand

ihn sympathisch: «Er ist ein gescheiter und liebenswürdiger Mann, witzig, geistreich, aber kaum eine Spur von Diplomat, zu sentimental für das Gewerbe. Er ist ohne Zweifel eine vornehmere Natur als Favre. Aber er passt nicht zum Unterhändler – nicht einmal zum Pferdehändler.» Thiers selbst nannte Bismarck einen «liebenswürdigen Barbaren». Bismarck empfahl ihm, den Frieden auf der Grundlage zu schliessen: Abtretung des Elsass und 3 Milliarden Entschädigung; denn nach dem Fall von Paris würden die Bedingungen heissen: Abtretung von Elsass und Lothringen und 5 Milliarden. Aber die Regierung in Tours lehnte jede Abtretung ab und rief Thiers kurzerhand zurück.

### III

Nach dem Sturz Napoleons forderte die sozialdemokratische Partei die Arbeiter auf, in Massen gegen eine Fortsetzung des Kriegs aufzumarschieren. In Königsberg protestierte der Abgeordnete Jacoby, von dem sich die Fortschrittspartei getrennt hatte, gegen die Annexion von Elsass-Lothringen. Der zuständige Generalgouverneur Vogel v. Falckenstein liess alle Versammlungen der «sozialistischen Volkspartei» verbieten und Jacoby verhaften. Bismarck beanstandete das Versammlungsverbot als verfassungswidrig. Als sich der General auf die Rechte berief, die der König ihm übertragen habe, antwortete Bismarck mit schneidender Ironie, aber zugleich in steifstem Amtsdeutsch: «Euer Exzellenz beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 25. dieses Monats ganz ergebenst zu erwidern, dass die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 18. Juli dieses Jahres nach meiner Auffassung eine Befugnis, allgemeine Verbotbestimmungen ohne Beachtung der gesetzlichen Formen zu erlassen, Euer Exzellenz nicht beigelegt hat, da es nicht in der Allerhöchsten Intention gelegen haben kann, mehr Rechte zu übertragen, als Seine Majestät der König nach der von Aller höchstdemselben genehmigten Verfassung Selbst ausübt.» Die Verhaftung Jacobys bezeichnete er nach aussen als zulässig, da seine Rede dazu beitrage, den Krieg zu

verlängern. Aber in Wahrheit war er empört. Als sein Vetter Bismarck-Bohlen seine Freude ausdrückte, dass man den «faulen Schwätzer eingespunden habe», erwiderte er: «Ich freue mich darüber ganz und gar nicht. Der Parteimann mag das tun, weil seine Rachegefühle dadurch befriedigt werden. Die Politik kennt solche Gefühle nicht. Die fragt nur, ob es nützt, wenn politische Gegner misshandelt werden.» In seinem Übermut meinte er, man könne sich Jacoby als Präsidenten der Republik schon gefallen lassen oder auch als König; er würde in mancher Hinsicht verständiger und jedenfalls weniger kostspielig sein. Da grade gemeldet wurde, die Pariser hätten die Tiere ihres Zoo aufgeessen, fügte er hinzu: «Falckenstein hätte mir nichts Unbequemeres einbrocken können . . . Wenn er ihn als Rhinzeroskotelette gegessen hätte, meinethalben; aber ihn einsperren – da hatte er an ihm nichts als einen alten dürren Juden.» Aber der König wollte seinen General nicht blossstellen. Bismarck brauchte mehrere Wochen, um die Freilassung durchzusetzen.



## DER KAMPF GEGEN DIE MILITÄRS

*Der Krieg ist eine viel zu schwierige Sache,  
als dass man ihn den Generalen überlassen könnte.*

*Clemenceau*

### I

Vor Paris bricht Bismarcks Groll gegen die Militärs los: «Ich bin militärfromm in den Krieg gekommen, künftig gehe ich mit den Parlamentarischen, und wenn sie mich weiter ärgern, so lasse ich mir einen Stuhl auf die äusserste Linke stellen . . . Wenn wir Frieden haben, so muss das Militärwesen einen anderen Charakter annehmen und darf nicht mehr dominieren.» Wie ist Bismarck zu dieser Wandlung gekommen?

Der Kampf zwischen Staatsmann und Feldherrn ist uralte. Dem Feldherrn ist der Sieg Selbstzweck, dem Staatsmann ist er ein Mittel, zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen. Welcher Friede «annehmbar» ist, hängt von der jeweiligen Lage ab: von den eigenen Verhältnissen, von der Situation beim Feinde und vom Verhalten der Neutralen. Kriegsziele, Kriegslage und Kriegsmassnahmen stehen in Wechselwirkung. «Wie sollte das glühende Eisen des künftigen Friedens seine Form bekommen, wenn man den Schmiedemeister erst an das erkaltete Material heranliess?» (Stadelmann) Der Kampf der Waffen ist ja nur ein Ausschnitt – freilich der wichtigste – aus dem Ringen zweier Staaten; neben ihm besteht der Kampf der Diplomaten, der Propaganda, der Wirtschaft. Jeder grosse militärische Entschluss muss die jeweilige Lage an diesen anderen Fronten berücksichtigen, jeder politische die Kriegslage und die Kriegspläne kennen.

Diese selbstverständlichen Erwägungen liegen den preussischen Generalen von 1870 völlig fern. Alle Operationen sind in ihren Augen rein

militärische Fragen. Als der Generalintendant Stosch empfiehlt, bei grundsätzlichen Entscheidungen Bismarck heranzuziehen, notiert Bronsart in sein Tagebuch, Stosch verrate Armee und Land wie Judas den Heiland; offenbar tue er das, um Roons Nachfolger zu werden. Manteuffel poltert, es sei eine Schande, dass ein Politiker wie Bismarck mehr Einfluss habe als die Heerführer und Generale. Der Kampf wird gemildert durch die sachliche Art und die vornehme Form Moltkes. Aber Moltke ist von jeher fast krankhaft empfindlich, sobald es sich um seine Selbständigkeit handelt; die vorgeschriebenen Berichte an zivile Behörden pflegte er schon in den Jahren vor Bismarcks Dienstantritt kurzerhand zu unterlassen. Das Rivalitätsgefühl gegen Bismarck kann er nicht unterdrücken: am Abend nach der Schlacht bei Sedan fährt er mit dem Bundeskanzler im Wagen durch biwakierende bayerische Truppen und wird mit Hurrarufen begrüßt; naiv sagt Bismarck: «Merkwürdig, dass die Truppen alle meine Kürassiermütze kennen!» Moltke antwortet nicht, aber die Bemerkung wurmt ihn tagelang.

In drei grossen Fragen prallen die Gegensätze aufeinander: bei den Verhandlungen mit den Bonapartisten, bei der Beschiessung von Paris und bei dem Abschluss des Waffenstillstandes.

## II

Von dem Augenblick an, in dem sich Napoleon bei Sedan gefangen gibt, bis zur Unterzeichnung des Friedens hat Bismarck sich ständig mit der Frage beschäftigt: soll ich nicht den Frieden mit dem bisherigen Kaiser schliessen? Die Republik ist offensichtlich so abhängig von der Volksstimmung, dass sie kein Gebiet abtreten kann. Wenn Deutschland nun Napoleon von Neuem die Krone anbietet: wird er nicht zugänglicher sein als Gambetta? Auch wäre ein bonapartistisches Frankreich so schwach, dass es nicht an Revanche denken könnte. Freilich, leicht wird es dem Kaiser nicht fallen, seine Herrschaft wiederherzustellen. Aber wenn er sich an die Friedenssehnsucht der ländlichen Bevölkerung wen-

det und an die Angst der Besitzenden vor dem Radikalismus, wenn man ihm das alte kaiserliche Heer zur Verfügung stellt – die Gefangenen in Deutschland und die Umzingelten in Metz: wird er dann nicht imstande sein, diese Aufgabe zu lösen? Bismarck erwägt, ob man nicht die bevorstehende Kapitulation von Metz, wo der kaisertreue Bazaine kommandiert, mit einem Friedensschluss verbinden kann. Und auch wenn die Verhandlungen mit Bonaparte scheitern: sie sind unstreitig das stärkste Druckmittel, das Deutschland gegenüber der republikanischen Regierung hat. Eine Rückkehr Napoleons bedeutet für alle jetzigen Machthaber das Ende ihrer Laufbahn, wahrscheinlich das Exil: um diese Gefahr abzuwenden, werden sie bestimmt Opfer in Kauf nehmen, die sie dem Frieden allein nicht bringen wollen.

Bismarcks Pläne sind einfach und überzeugend. Aber die Generale legen ihm jedes erdenkliche Hindernis in den Weg. Mit eherner Engstirnigkeit sehen sie in diesem Plan nur, dass man sie «um das militärische Ergebnis der Belagerung von Metz» bringe, wenn Bazaine nicht bedingungslos kapituliere. In einem primitiven Ressortfanatismus erklären sie sogar, die Übergabe von Metz sei eine rein militärische Angelegenheit, die den Bundeskanzler nicht das mindeste angehe und die daher auch nicht mit einem Friedensschluss verbunden werden könne. Prinz Friedrich Karl geht bis zur groben Nichtachtung königlicher Befehle. General Bourbaki, einer der fähigsten Offiziere Frankreichs, ist von den Deutschen aus Metz zu Eugenie nach England geschickt worden und freie Rückkehr ist ihm zugesichert. Aber der Prinz lässt ihn nicht wieder nach Metz herein und Bourbaki stellt sich der Republik zur Verfügung. Der Schnitzer ist verhängnisvoll: die Verbindung von Eugenie zu Bazaine ist abgerissen, die Zusagen, die man den Bonapartisten und auch England gegeben hat, sind gebrochen, das Ansehen der republikanischen Regierung gestärkt und sie hat einen Armeeführer gewonnen, der sich bald als sehr gefährlich erweisen soll.

Die Verhandlungen Bismarcks mit den Bonapartisten währen monatelang. Napoleon selbst befürwortet eine Verständigung, hält sich aber

persönlich zurück. Eugenie bietet schliesslich Neutralisierung des Elsass und spätere Volksabstimmung; mit der Abtretung des gesamten von Deutschland geforderten Gebietes könne sie ihre Regierung nicht beginnen. Sie will – sehr klug – Bazaine als vorläufigen Regenten einsetzen. Als sie sich schliesslich doch zu den geforderten Zugeständnissen entschliesst, ist es zu spät: ihre Beauftragten treffen zwei Stunden nach Unterzeichnung des Waffenstillstands in Versailles ein.

### III

Die deutschen Heere – etwa 200'000 Mann stark – haben Paris in einem Umkreis von 80 km eingeschlossen. In der Stadt leben 2 Millionen Menschen; die Truppenzahl wird auf 500'000 beziffert, aber darunter sind nur 60'000 Soldaten, der Rest ist eine Art «Bürgerwehr», die sich die Offiziere selbst wählt. Paris verfügt über 3'300 Geschütze, die Belagerer zunächst nur über 600. Die Einschliessung einer Millionenstadt ist etwas völlig Neues; auch Moltke nennt sie ein Wagestück. Aber man rechnet mit schnellem Fall. Der Stabschef des Kronprinzen, General Blumenthal, sagt prahlerisch im grossen Hauptquartier: «Wenn Ihr die Festung haben wollt, müsst Ihr es 2 Tage vorher sagen.» Was konnte man schon von der «Hauptstadt des Genusses» erwarten! Auch der Generalintendant Stosch und Bronsart prophezeien Ende September das Einrücken in den nächsten Tagen. Es ist die gleiche Unterschätzung des Volksheeres, die Moltkes Illusion über das baldige Kriegsende hervorgerufen hat.

Die Generale schwanken, mit welchen Mitteln man Paris zur Übergabe zwingen soll. Soll man sich auf die Aushungerung verlassen? Soll man die Forts und vielleicht später auch das Stadttinnere beschiessen? Soll man Sturmangriffe ansetzen? Hinter diesen militärischen Fragen stecken politische und menschliche Probleme. Sie entzünden einen dramatischen Kampf, der Bismarcks Stellung und Gesundheit erschüttert, und der ihn doppelt ärgert, weil er spürt, dass die Fesseln, die man ihm anlegt, von Frauenhänden gewoben sind.

Roon, Kronprinz Albert von Sachsen, Stosch, Waldersee und alle Artillerieführer sind für die Beschiessung. Ein deutscher Beobachtungsoffizier schreibt: «Je länger die Belagerung dauert, desto mehr können die Pariser ihre Verteidigungswerke ausbauen und ihre Truppen schulen; dem Simson wachsen die Haare, die wir ihm bei Sedan und Metz abgeschnitten haben.» Moltke ist im September für das Bombardement, später hat er Bedenken, hauptsächlich weil er wegen der Armeen Gambettas mit einer Aufhebung der Belagerung rechnen muss; dann wäre das Belagerungsgeschütz verloren. Der schärfste Gegner der Beschiessung ist Blumenthal: die Stadt werde bis spätestens Ende des Jahres durch Hunger fallen.

Nun sind für die Beschiessung lange Vorbereitungen nötig: die Bahn endet 25 km vor Paris; Belagerungsgeschütze und 2'500 t Munition müssen von hier mit Pferden weitergeschafft werden. Dieser Transport ist durchaus möglich, aber er wird von Blumenthal und seinem Ob er quartier meist er von Gottberg sabotiert.

Bronsart schwankt in seinem Urteil. Am 22. Oktober vermerkt er, die Einleitung einer grossartigen Beschiessung sei der erste schwere Fehler dieses Feldzugs. Drei Wochen später schimpft er, dass wir «Gott sei geklagt, Paris noch nicht einmal angeschossen haben»; die Beschiessung sei militärisch nötig. Die Gegner der Beschiessung werden beschuldigt, ängstlich und an falscher Stelle human zu sein. Vor Paris und in der Heimat bilden sich zwei Parteien, volkstümlich die Schiesser und die Sch.sser genannt.

In diesen Streit der Generale greift Bismarck ein. Er sieht vor allem die politische Seite der Frage: seit Monaten liegen die Deutschen ergebnislos vor der Stadt, seit Anfang September ist man dem Frieden nicht einen Schritt nähergekommen, und die Gefahr einer Einmischung der Neutralen wächst. Erbat das Gefühl: auf den bisherigen Wegen ist überhaupt kein Ende des Krieges abzusehen. Frankreich stellt immer neue Heere ins Feld, sie werden zwar von – zahlenmässig jetzt unterlegenen – deutschen Kräften geschlagen, aber für die französische Regierung ergibt sich keine Notwendigkeit, diese Art des Kampfes zu beenden.

Wenn die Deutschen die selbstgewählte Aufgabe, Paris zu Fall zu bringen, nicht lösen, können sie schwerlich den Franzosen einen Frieden aufzwingen. Bismarck ist deshalb für die Beschiessung: er will das «souveräne Volk von Paris», bei dem offenbar die Entscheidungen lägen, einschüchtern und auch die eigene Truppe ermutigen, die – wie auch Bronsart zugibt – auf die Beschiessung von Paris wartet «wie der Jude auf den Messias». Auch aus der Heimat bekommt Moltke Briefe wie

*Guter Moltke, gehst so stumm  
immer um das Ding herum.  
Bester Moltke sei nicht dumm,  
mach doch endlich: Bumm! Bumm! Bumm.*

Bismarck verspricht sich selbst von wenigen «verlorenen» Granaten eine starke Schockwirkung auf die Bevölkerung. An eine Beschiessung einer Stadt in dem Ausmass, wie sie im Bombenkrieg des 20. Jahrhunderts für alle Staaten selbstverständlich wurde, hat damals niemand gedacht. Bismarck fiebert danach, dem Frieden näher zu kommen. «Und wenn ich ein Herzogtum hätte, ich würde es hingeben für den ersten Schuss, der gegen Paris fällt», sagt er zu Blumenthal.

Aber Blumenthal – er ist der Hauptgegenspieler – erklärt leidenschaftlich, die Beschiessung sei unnötig, unmöglich, wirkungslos, bedenklich und schädlich. Sie sei unnötig, weil der Hunger Paris zur Übergabe zwingen werde; unmöglich, weil man das Belagerungsgeschütz nicht heranbekomme, wirkungslos, weil man nur Teile der Stadt erreichen könne, bedenklich, weil ein Fehlschlag eine Blamage sei, und schädlich, weil die anschliessenden Sturmangriffe schwere Verluste bringen würden. Jedes dieser Argumente ist ein blosser Vorwand: auch wenn man auf Aushungerung hofft, kann man ihre Wirkung durch Beschiessung verstärken; die Transportschwierigkeiten lassen sich – wie die Praxis bald zeigen wird – überwinden; die Reichweite lässt sich fast auf die Hälfte der Stadt vergrössern; ein Fehlschlag ist nicht blamabler als der jetzige Zustand; verlustreiche Sturmangriffe hat niemand gefordert.

Erst im Dezember, als die Provinzarmeen zurückgeschlagen sind, bekehrt sich Moltke endgültig zur Beschiessung. Der König legt das Transportwesen in Roons Hände, und Roon gelingt es schnell, die Zahl der täglichen Fuhrwerke von 45 auf 160 zu steigern und alles heranzuschaffen.

Aber Blumenthal ist keineswegs dankbar dafür, dass Roon diese Schwierigkeiten überwunden und seiner Armee diese starke Hilfe verschafft hat. Im Gegenteil: sein Hass gegen die Beschiessung wird krankhaft. Waldersee notiert in sein Tagebuch: «Blumenthal ist in der Bombardementsfrage närrischer denn je und macht manchmal den Eindruck, als wenn er überschnappen wolle. Es ist mir aus guter Quelle versichert worden, er hätte unlängst bei einer Unterhaltung, die etwas heftig wurde, sich zu der Äusserung hinreissen lassen: ‚Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, es wird nicht bombardiert!‘ Er erklärt immer wieder, die Idee sei ‚fährnrichsmässig‘, ‚ordentlich komisch‘, die ‚Beschiessungswut‘ fange an, ihm Spass zu machen; er schimpft auf den ‚infamen Munitionstransport‘ und freut sich, ‚dass immer noch nicht die ganze Munition hier ist? Man solle die Franzosen nicht zur Märtyrern einer Beschiessung machen, sondern sie wie ‚tolle Hunde Hungers krepieren lassen‘. Er behauptet sogar: ‚Hätten wir Paris, so wäre es nicht besser, sondern vielleicht ungünstiger.‘ Schliesslich versteigt er sich bis zu dem Ausspruch: ‚Wir schiessen uns mit dem Bombardement selber tot, selbst wenn das durch irgendeinen Zufall Erfolg haben sollte/»

Nun hat sich Blumenthal in allen anderen Fragen als ein sehr fähiger – wenn auch überdurchschnittlich eitler – General erwiesen. Warum hat er sich bei dieser Frage so pathologisch verhalten? Schon die übersteigerte Art, wie er seine Ansichten formuliert, zeigt deutlich, dass hier noch andere Gründe im Spiel sind als Transportberechnungen.

Der Zufall will es, dass bei der III. Armee der Oberbefehlshaber Kronprinz Friedrich Wilhelm, der Stabschef Blumenthal und der Ob erquartiermeister Gottberg – englische Frauen haben. Kronprinzessin Viktoria ist wie auch ihre Mutter gegen jede Beschiessung dieses «Mekkas

der Zivilisation». Nun ist der Kronprinz «vor allen Dingen Mann seiner Frau». Sein Freund Stosch empfindet es als rührend, wie er ihr anhängt. Gustav Freytag, auch ein Freund des Kronprinzen, der in seinem Gefolge einen Teil des Krieges auf seine Bitte mitmachte, hat später über die Art der Beziehungen zwischen Kronprinz und Kronprinzessin berichtet: «Über seine Gemahlin sprach er voll von zärtlicher Hingabe. Er rühmte ihr reiches Wissen und ihren Geist, zu dem er immer aufsehen müsse, und klagte, dass eine solche Frau nicht überall nach ihrem Wert Anerkennung finde, . . . Jede Huldigung, selbst die kleinste, die der angebeteten Frau zu Teil wurde, war für ihn eine Sache von Bedeutung. Denn seine Hingabe und Unterordnung unter die geliebte Frau war eine völlige. Diese Liebe war das Höchste und Heiligste in seinem Leben, das ihn ganz erfüllte. Sie war die Herrin seiner Jugend, die Vertraute aller seiner Gedanken, seine Ratgeberin, überall, wo sie Rat zu geben geneigt war. ... Wo er ihr einmal nicht ganz folgen konnte, oder wo sein innerstes Wesen ihrer Forderung widersprach, war er tief unglücklich und unzufrieden mit sich selbst. . . . Der Kronprinz schrieb jeden Tag an die Gemahlin und der Aufbruch des Hauptquartiers wurde manchmal etwas verzögert, weil ihn dieser Briefwechsel noch in Anspruch nahm.»

Die Kriegsbriefe der beiden sind vernichtet worden. Aber wir kennen die Ansichten des Kronprinzenpaares aus seinem Tagebuch: er befürchtet, die Beschiessung werde die öffentliche Meinung Englands ungünstig beeinflussen. Und er teilt auch Moltke und Blumenthal die Wünsche seiner Frau mit: «Graf Moltke und ich werden, solange wir im Amte sind, uns durch nichts in unserer Überzeugung irre machen lassen, denn nur an Ort und Stelle und nicht in Berlin, vermag man richtig zu beurteilen, worauf es hier ankommt. Ich teilte beiden mit, wie sehr meine Frau ihnen vertraue und ihren Ansichten zustimme, was beide offenbar sehr erfreute.»

Moltke ist zu sachlich, um solchen Einflüssen nachzugeben. Aber die anderen Offiziere können schwerlich vergessen, dass Friedrich Wilhelm mutmasslich in wenigen Jahren ihr Monarch und entscheidend für ihre



Laufbahn sein wird. Auch aus englischen Quellen wissen wir heute, dass England versucht hat, die Beschiessung von Paris zu verhindern. Es sei Königin Viktoria durch Briefe an ihre Tochter und an Königin Augusta gelungen, wenigstens das Bombardement hinauszuschieben. In Berlin erzählt der englische Gesandte Lord Loftus jedermann, England verbiete die Beschiessung von Paris. Auch die Königinwitwe Elisabeth erbittet sich als «Geburtstagsgeschenk» die Schonung der Stadt.

Bismarck leidet schwer unter diesen Kämpfen. So eng ist der Zusammenhang zwischen dem Stand der Beschiessungsfrage und seinem Befinden, dass seine Umgebung aus jeder Erkrankung auf gescheiterte Verhandlungen schliesst. Der Streit bedrückt ihn vor allem, weil er zwischen ihm und dem König eine Kluft aufreisst. Er hat das Gefühl, dass ihn der König gegenüber den Militärs nicht genügend unterstützt. Nach dem Krieg werde er nicht Minister bleiben. Den Vortrag beim König muss Abeken übernehmen. Tatsächlich ärgert sich der König über den ständigen Streit zwischen Bismarck und den Militärs und hält Bismarck für den Schuldigen, weil er sich in die militärischen Operationen einmische. An Johanna schreibt Bismarck: «Wenn man zu lange Minister ist, und dabei nach Gottes Fügung Erfolge hat, so fühlt man deutlich wie der kalte Sumpf von Missgunst und Hass einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt; man gewinnt keine neuen Freunde, die alten sterben oder treten in verstimmter Bescheidenheit zurück, und die Kälte von oben wächst, wie das die Naturgeschichte der Fürsten, auch der besten, so mit sich bringt; alle Zuneigungen aber bedürfen der Gegenseitigkeit, wenn sie dauern sollen. Kurz mich friert, geistig, und ich sehne mich bei Dir zu sein und mit Dir in Einsamkeit auf dem Lande. Dieses Hofleben erträgt kein gesundes Herz auf die Dauer. Gesund an Körper aber bin ich, mehr als seit Jahr und Tag, und grüsse Dich und die Kinder in herzlicher Liebe mit etwas Heimweh.»

Ende Dezember sind die Vorbereitungen beendet und der König befiehlt die Beschiessung. Man beginnt mit den Befestigungen auf dem Mont Avron; sie werden nach einem Tag Bombardement von den Fran-

zosen kampflos geräumt. Der Kronprinz gesteht Moltke: «Ich bekenne, mich geirrt zu haben.» Auch von dem Bombardement der Nordforts sagt Moltke: «Die Wirkung der nur ötägigen Beschiessung war entscheidend.» Bismarck behauptet, man finde nur schwer jemanden, der zugebe, jemals gegen das Schiessen gewesen zu sein. Die Pariser Zivilbevölkerung hat in 14 Tagen 111 Tote und 270 Verwundete.

Aber durchgreifend ist der Erfolg nicht, zumal Nebel in diesen Tagen die Treffsicherheit verringert. Befriedigt vermerkt Blumenthal nach zwei Wochen: «Von einem Erfolg keine Rede; die Mordbrenner sprechen nicht mehr gern davon, während ich jetzt eigentlich ganz zufrieden bin». Auch der immer schwankende Kronprinz schreibt nach 14 Tagen, dass noch kein Erfolg festzustellen sei. «Ich empfinde natürlich darüber keine geringe Schadenfreude. Es gewinnt den Anschein, als ob wir uns durch die Erfolglosigkeit der Beschiessung, wie ich es ja von Anfang an befürchtet habe, gründlich blamieren werden».

Aber das grosse Problem bleibt unentschieden: noch ehe sich das Bombardement auswirken kann, ergibt sich Paris – wie wir noch hören werden – aus Nahrungsmangel. Bei den Verhandlungen gibt Favre zu, die Beschiessung mache die Pariser geneigter, zu kapitulieren.

Die Urteile militärischer Fachmänner sagen heute: wenn man die Vorbereitungen der Beschiessung kraftvoller betrieben hätte, so wäre die Übergabe wahrscheinlich 4 bis 5 Wochen früher erfolgt.

#### IV

Wenn Bismarck im Spätherbst 1870 die Kriegslage überdenkt, so bietet sich ihm ein beunruhigendes Bild. Der Feldzug hat mit einem verblüffenden Erfolg begonnen: innerhalb von 4 Wochen haben die Deutschen sämtliche kaiserlichen Armeen gefangengenommen. Aber dann hat Moltke sich in der Hoffnung gewiegt, der Krieg sei beendet, und hat sich begnügt, Paris einzuschliessen, ohne es jedoch zu belagern. Ein wichtiger Teil Frankreichs ist «besetzt», aber so dünn besetzt, dass auch

aus diesen Teilen Rekruten zu den französischen Heeren strömen. Die Schienenwege des Nachschubs sind ständig durch die neuen Provinzarmeen bedroht. Schon betrachten die Neutralen die Lage als ausgeglichen; sie wünschen begreiflicherweise, das bisherige europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und den Deutschen die Früchte des Sieges zu rauben. Die zahlenmässige Überlegenheit der Deutschen ist verloren, hauptsächlich weil Roon sich weigert, den Landsturm heranzuziehen, da dies dem Militärgesetz widerspreche. Ein Eingreifen Österreichs ist wahrscheinlicher geworden, weil der Winter die Russen festhält. 14 Tage vor der Kapitulation von Paris spricht der Kronprinz von einem Frieden um jeden Preis. Ludendorff hat 40 Jahre später bekannt, der deutsche Generalstab habe 1870 dem Volkskrieg «eigentlich hilflos» gegenübergestanden. Bismarcks Groll gegen Moltke sei «ungerecht, aber begreiflich gewesen».

Der amerikanische General Sheridan, amerikanischer Bevollmächtigter im Hauptquartier und einer der Sieger im amerikanischen Bürgerkrieg, hatte Bismarck nach den ersten Schlachten gesagt, die Deutschen führten den Krieg zu nachlässig: «Es ist menschlicher, wenn ich es tue durch Abbrennen von Häusern als durch Totschiessen ganz unschuldiger Soldaten. Sie verstehen es, einen Feind zu schlagen wie keine andere Armee, aber ihn zu vernichten, das haben Sie noch nicht gelernt. Man muss mehr Rauch von brennenden Dörfern sehen, sonst werden Sie mit den Franzosen nicht fertig. «Die richtige Strategie besteht darin, dass man dem Feinde tüchtige Schläge beizubringen sucht, soweit er aus Soldaten besteht, dann aber darin, dass man den Bewohnern des Landes so viele Leiden zufügt, dass sie sich nach dem Frieden sehnen und bei ihrer Regierung darauf dringen. Es muss den Leuten nichts bleiben als die Augen, um den Krieg zu beweinen.» Es waren dies die Grundsätze, nach denen alle Generale im amerikanischen Bürgerkrieg verfahren waren, obwohl es sich hier um einen Kampf gegen Landsleute gehandelt hatte.

Bismarck denkt nicht an eine solche Politik der «verbrannten Erde»; eine Kriegführung, wie sie im 20. Jahrhundert üblich wurde, lag nicht

in seinem Gesichtskreis. Aber er schlägt dem König vor, im Rahmen der völkerrechtlichen Grundsätze den Druck auf das französische Volk zu verschärfen: «Die natürliche, in den Grenzen zwischen Edelmütigkeit und Schwäche sich bewegende Gutmütigkeit des deutschen Charakters, welche sich auf allen Stufen der Gesellschaft und folglich auch bei der Armee bemerklich macht», habe den Krieg für die Franzosen kaum fühlbar gemacht. Die Mehrzahl der Franzosen sei für den Frieden, sie werde aber von einer fanatischen Minderheit terrorisiert. Gegen diesen Terror müsse sie geschützt werden. Die Teilnahme der Zivilbevölkerung am Kriege und die Überfälle der Frantkireurs müssten nach Kriegsrecht bestraft werden, ebenso die Entsendung von Rekruten aus den besetzten Gebieten. Französisches Eigentum solle gegen Requisitionsscheine beschlagnahmt werden; man könnte diese Leistungen später auf die Kriegsentschädigung anrechnen, zumal Frankreich ja auch deutsche Handelsschiffe wegnehme. Als Sicherheit sollten Geiseln gestellt werden. Schliesslich sollten die deutschen Truppen weniger als bisher darauf ausgehen, Gefangene zu machen, da für viele Franzosen die Gefangenschaft gar keine Schrecken habe; die Zugänge zu dem französischen Heer würden sich dann vermindern. «Es mag in einer solchen Behandlung sowie in manchen der von mir alleruntertänigst beantragten Massregeln eine scheinbare Härte gesehen werden; in Wirklichkeit ist es aber ein Akt der Menschlichkeit zunächst gegen die eigenen Truppen und Untertanen Eurer Majestät, welche zu schützen die erste Aufgabe ist, sodann aber auch in der Tat gegen die feindliche Nation selbst, welche nur durch solche Einwirkung dahin gebracht werden kann, den grösseren Ruin von sich selbst abzuwenden, welchen die aussichtslose Fortsetzung des Krieges über sie bringt.» Deutschland leide Schaden, wenn die Beschiessung von Paris verschleppt, die Streitkräfte verzettelt und das völkerrechtlich übliche Kriegsrecht nicht angewandt werde.

Die Kinder des 20. Jahrhunderts haben unvergleichlich schärfere Kampfmethoden erlebt. Wilhelm I. nimmt keinen dieser Vorschläge an.

## V

Gleichzeitig verlangt Bismarck erneut: er wünsche über die Kriegereignisse informiert zu werden, die er oft erst aus den Zeitungen erfahre; wenigstens die Informationen für die Presse solle der Generalstab ihm sofort zugänglich machen. Tatsächlich musste er sich gelegentlich Informationen von dem englischen Kriegsberichter Russell und von deutschen Kleinfürsten beschaffen. Er bittet, ihn auch über die Pläne im Grossen zu informieren und seine Fragen willfährig zu beantworten. Er erhebt Einspruch, dass Moltke über seinen Kopf weg mit Trochu, dem Gouverneur von Paris, korrespondiere. Er verlangt, dass er bei der Abfassung der Nachrichten für die Heimat beteiligt werde; er fügt Beispiele hinzu, wie schädlich seine bisherige Ausschliessung gewesen sei.

Mitte Dezember befiehlt der König dem Generalstab, Bismarck besser zu informieren, auch über die Kriegspläne. Moltke befiehlt Bronsart, einen Entwurf zu machen, in dem Bismarck «möglichst wenig, aber doch etwas» gesagt würde. Aber Bronsart lehnt ab, den Befehl auszuführen, auch auf die Gefahr einer «Vernichtung seiner militärischen Existenz». Er überredet Moltke, nochmals mit dem König zu sprechen, und es bleibt alles beim alten. Die Militärs fürchten ständig: wenn Bismarck informiert wird, greift er auch ein. Grundlos war diese Befürchtung nicht. Bismarck war seiner gesamten Umgebung – abgesehen von Moltke – hoch überlegen; auch in dem Arbeitsgebiet anderer bemerkte er ständig Schwächen und zögerte nicht, sie zu beseitigen. Abeken schrieb damals an seine Gattin: «Es ist unglaublich, woran Bismarck alles denkt, und wenn er manchmal wirklich unnötige Arbeit macht, so hat man doch im Ganzen das Gefühl, dass es ein grosses Glück ist, dass er sich so um alles kümmert, weil viel Notwendiges unterbleiben würde, wenn er nicht für Zehne innerhalb und auch ausserhalb seines eigentlichen Ressorts dächte und handelte.»

An seiner Tafelrunde sagt Bismarck offen: «Wenn ich Offizier geworden wäre – ich wollte, ich wäre es –, so hätte ich jetzt eine Armee, und da stünden wir nicht vor Paris.»

Diese Kämpfe mit den Militärs fallen zusammen mit dem Ringen um die Reichsgründung. Roon, selbst grade vom Krankenbett aufgestanden, findet Bismarck «kränker als er selbst und andere glauben»; und redet ihm begütigend zu: «Wir armen mangelhaften Menschen mit und ohne Kronen müssen uns gegenseitig tragen und ertragen, wenn wir nicht die Hölle auf Erden haben wollen.»

Mitte Januar protestiert der Bundeskanzler von Neuem gegen Moltkes Verhandlungen mit Trochu. Jetzt endlich entschliesst sich Wilhelm, den Streit zu entscheiden. Es ergehen zwei Kabinettsorders, die nochmals eine genaue Orientierung Bismarcks verlangen und selbständige Verhandlungen mit Trochu verbieten. Bronsart tobt. Er sieht die Frage nicht sachlich, sondern nur unter Gesichtspunkten persönlicher Rivalität: Bismarck reiche Moltke nicht bis an die Stiefelabsätze. Er wolle – ein talentvoller, aber innerlich gemeiner Mensch – alle berechtigten Existenzen zertreten. Er gehöre ins Zuchthaus, da er Korrekturen der Heeresberichte angeordnet habe. Von diesem Bronsart lässt Moltke seine Antwort aufsetzen. Ironisch bietet er an, den Oberbefehl an Bismarck zu übergeben: «Was die beabsichtigten und noch in der Ausführung begriffenen Operationen anbetriift, so würde eine regelmässige Mitteilung hierüber wohl nur in dem Falle gerechtfertigt sein, wenn Euere Kaiserliche Majestät geneigt sein sollten, Sich auch hierin des Rates des Grafen Bismarcks zu bedienen. Da es indessen eine feststehende Meinung ist, dass kriegerische Operationen der einheitlichen Leitung bedürfen, so bin ich sehr gern bereit, den bezüglichen Vortrag und auch die Verantwortung dem Bundeskanzler allein zu überlassen, und sehe ich hierüber Euerer Kaiserlichen Majestät allergnädigstem Entscheid ehrfurchtsvoll entgegen.» Der König lehnt Moltkes Beschwerden höflich ab und verbleibt bei seiner Entscheidung. Aber der Brief bleibt bei den Akten, denn inzwischen sind die Feindseligkeiten beendet.

Die beiden Kabinettsorders jedoch, die den Streit mit den Militärs in letzter Stunde zugunsten Bismarcks entscheiden, entscheiden auch über

den Ausgang des Krieges: Bismarck nimmt die Verhandlungen über die Kapitulation von Paris und den Waffenstillstand entschlossen in eigene Hand. Die Weltgeschichte hätte vermutlich einen anderen Verlauf genommen, wenn er das nicht getan hätte.

## DER MAGISCHE KREIS

*Von Bismarck bin ich bezaubert. Wenn der Krieg zwischen England und Russland vermieden wurde, so ist es rein Bismarcks Verdienst.*

*Odo Russell zu Bamberger 3.12.1870*

### I

Die drei Einigungskriege Bismarcks haben das europäische Gleichgewicht von Grund auf verändert: Deutschland wurde aus dem schwächsten Grossstaat Europas der stärkste. Jeder europäische Staatsmann war im Interesse seines Staats verpflichtet, diese Verschiebung zu verhindern. Er folgte damit einer alten europäischen Tradition: seit 1500 hatte Deutschland keinen Krieg geführt, in den sich nicht dritte Mächte eingemischt hätten. Als zur Zeit der Luxemburger Spannung Krieg drohte, meinte der britische Aussenminister, Lord Stanley, kein Mann von Erfahrung könne bezweifeln, dass in einen deutsch-französischen Krieg binnen Kurzem wenigstens Österreich und Italien, weiterhin Russland, wahrscheinlich Belgien und Holland, dann also auch England, hineingezogen werden würden. Bei den Kriegen der Bismarckzeit ist die Ausschaltung der andern zum erstenmal gelungen.

Um die Grossmächte fernzuhalten, bedurfte es einer Meisterschaft, von der die Gegenspieler Bismarcks keine Vorstellung hatten. Bismarck hat zunächst sein Kriegsziel allen Mächten klargelegt: Deutschland denke an keine Vernichtung oder dauernde Schwächung Frankreichs. Es wolle nur seine Südwestgrenze sichern, und zwar durch Angliederung Elsass-Lothringens. In den letzten Jahrhunderten habe Frankreich zwölfmal Deutschland überfallen: «Gegen dieses Übel liegt unser Schutz



nicht in dem unfruchtbaren Versuche, die Empfindlichkeit der Franzosen momentan abzuschwächen, sondern in der Gewinnung gut befestigter Grenzen für uns. Dass in den Franzosen dadurch eine Bitterkeit geweckt werde, kann nicht in Betracht kommen. Schon unser Sieg bei Sadowa hat Bitterkeit in den Franzosen geweckt; wieviel mehr wird es unser Sieg über sie selbst tun!» Gegenüber dem Zaren fügte er das Argument hinzu, ein schlechter Friede werde in Deutschland die Aussichten der Republikaner verstärken. Er empfahl den Neutralen, Frankreich keine halben Versprechungen zu machen: «Es ist eine Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zulassen, dass die Pariser Regierung im Volk unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere.»

Entscheidend wurde für die Neutralen die Stellung Russlands. Ebenso wie bei den Kriegen gegen Dänemark und Österreich erntete Bismarck, was er als Gesandter in Petersburg gesät hatte: der Zar sah in König Wilhelm und Bismarck vertrauenswürdige Freunde und wollte auf die preussische Freundschaft einen grossen Wechsel ziehen: er wollte die Sperrklausel für das Schwarze Meer zerreißen, welche die Torheit der Westmächte vor 14 Jahren über Russland verhängt hatte. Vergebens regten Österreich und England eine Einmischung in Form einer Friedensvermittlung an. Der Zar erklärte kühl: «Wenn ich meine Neutralität aufgebe, so geschieht es nicht *gegen* Preussen.» Was die Abtretung von Elsass-Lothringen anging, so meinte Gortschakoff: «Nehmen Sie das Gebiet, wenn Sie so schwere Speisen vertragen können.»

Frankreich hatte dem Zaren schon bei Kriegsbeginn seine eignen Kriegsziele mitgeteilt. Sie waren ausschweifend: Preussen sollte die 1866 erworbenen Provinzen zurückgeben, weitere Gebiete an die Mittelstaaten abtreten, das Saargebiet Frankreich überlassen und Danzig den Russen. Da Österreich sich dann Schlesien genommen hätte, wäre nicht viel übriggeblieben. Der Zar teilte diese Pläne Berlin mit, Bismarck übergab sie den Engländern.

## II

England war zunächst für Deutschland. Denn Frankreich schien der gefährlichere Rivale zu sein – gar nicht davon zu reden, dass Deutschland im Recht war. Ein Brief des berühmten Sozialreformers und Menschenfreundes Lord Shaftesbury forderte auf, einen Tag des Gebetes zu proklamieren, an dem alle Engländer für den Sieg der deutschen Waffen beten sollten. Auch die Queen schrieb bei Kriegsbeginn ihrer Tochter: «Mein ganzes Herz, meine heißen Gebete sind mit dem geliebten Deutschland. . . . Ich bin höchst begierig, etwas über Eure Verteidigungs- und Angriffspläne zu hören, da wir bis jetzt nichts davon wissen.» Diese Pläne teilte Bismarck den Engländern nicht mit, wohl aber veröffentlichte er in der Times den handschriftlichen Vertragsentwurf, den Benedetti ihm im August 1866 übergeben hatte. Er sah vor, Frankreich sollte Belgien und Luxemburg erhalten und die süddeutschen Staaten sollten in den Nordbund eintreten. Bismarck ordnete an, dass über das Datum des Entwurfs nichts gesagt werden solle. Selbstverständlich teilte Benedetti sogleich mit, dass das Schriftstück vier Jahre alt sei; den Gewohnheiten der Politiker entsprechend fügte er die Notlüge hinzu, der Entwurf sei ihm von Bismarck diktiert worden. In Wahrheit hatte er das Schriftstück auf Grund einer uns heute vorliegenden Instruktion aus Paris allein aufgesetzt; aber Bismarck hat vorher mehrfach Napoleon darauf hingewiesen, dass Preussen sich gegenüber Ausdehnungen in französischem Sprachgebiet neutral verhalten werde. Gramont erfand sogar die Behauptung, Bismarck habe sich erboten, Belgien für Frankreich zu erobern. Das Ganze war ein Akt jener Heuchelei, wie sie stets entsteht, wenn die Grundsätze der Privatmoral auf das Handeln der Staaten angewandt werden: Bismarck stellte Benedetti an den Pranger für einen Vorschlag, den er seinerzeit moralisch durchaus nicht beanstandet hatte; Benedetti, der Urheber des Schriftstückes, erfand, dass es von Bismarck stamme, und die Engländer, welche zu allen Zeiten die anderen Völker

an erfolgreichen Eroberungen übertroffen haben, waren über diese gescheiterte Eroberungsabsicht tief entrüstet.

England hatte unter Gladstone überhaupt keine wirkliche Aussenpolitik. Als Granville, Clarendons Nachfolger, am 6. Juli 1870 sein Amt übernahm, also in einem Augenblick, als Napoleons Bündnisintrigen seit drei Jahren spielten und in der Hohenzollernkandidatur ein Gegenspiel begonnen hatte, da sagte ihm sein Unterstaatssekretär: «Die politische Lage Europas ist so ruhig wie noch nie.» Aber die öffentliche Meinung Englands wandelte sich selbstverständlich, als die Deutschen im Nu einen – anscheinend vollständigen – Sieg erfochten. Es lag nicht im Interesse Englands, dass eine der Grossmächte ausgeschaltet wurde, obendrein Frankreich, das immer geholfen hatte, den Russen den Weg nach Konstantinopel zu versperren. England begann zu vermitteln. Als Bismarck im September zunächst ablehnte, mit Favre zu verhandeln, weil die republikanische Regierung Frankreichs von keiner Regierung Europas anerkannt sei, ermahnte Granville ihn väterlich, nicht etwa an eine Wiedereinsetzung Napoleons zu denken und mit den Verhandlungen auch nicht zu warten. Aber aus Bismarcks Antwort merkte er zu seinem Schrecken: vorbei waren die schönen Zeiten, in denen die deutschen Diplomaten aus London ihre Befehle empfangen. Bismarck antwortete, wer in Frankreich regiere, sei ihm gleichgültig. Wichtig sei ihm nur, die deutsche Südwestgrenze zu sichern, und zwar durch Angliederung des Elsass und von Teilen Lothringens. Um dieses unerlässliche Ziel zu erreichen, werde er, «weder vor einem Vernichtungskampfe vor oder in Paris, noch vor 10 Jahren Krieg, noch vor dem gewagtesten Aufrufe der Nationalkraft Deutschlands gegen neutrale Intervention, noch vor einem Bündnis mit Napoleon zurückschrecken.» Er wollte Granville durch diesen scharfen Ton von weiteren Interventionen abhalten – und dies Ziel hat er erreicht. Granville empfahl sogar aus Furcht, Bismarck könne Napoleon wieder einsetzen, den Franzosen dringend, in Abtretungen einzuwilligen. Gleichzeitig lieferte England Waffen. Zwar schrieb die Times zunächst: «Wie können wir die Stellung von Neutralen beanspruchen, wenn die

Zeit für Unterhandlungen kommen wird, wenn wir vorher von dieser Stellung auf das Niveau von Trödlern und Schmugglern heruntergestiegen sind?» Aber bei der langen Dauer des Krieges waren die erzielbaren Gewinne zu hoch, als dass England diesen Standpunkt hätte durchhalten können.

Einzelne Engländer traten auch im weiteren Verlauf des Krieges für Deutschland ein. Carlyle schrieb in der Times: «Seit vierhundert Jahren hat keine Nation so böswillige Nachbarn gehabt wie die Deutschen an den Franzosen, die unverschämt, raubgierig, unersättlich, unversöhnlich auftraten und immer bereit waren, die Offensive zu ergreifen. Deutschland hat während dieser ganzen Zeit die Übergriffe und Anmassungen Frankreichs ertragen; aber heutzutage, wo es Sieger über seinen Nachbarn ist, wäre es nach meiner Ansicht sehr töricht, wenn es aus der Lage der Dinge nicht Nutzen ziehen und sich nicht eine Grenze sichern wollte, die ihm für die Zukunft den Frieden verbürgt.»

### III

Das Hauptproblem war Österreich. Beust fand bei Kriegsbeginn, Österreich habe seine Neutralität zu früh erklärt. Innerhalb von 8 Tagen könnten 300'000 Franzosen an der böhmischen Grenze stehen; die Süddeutschen würden keinen Widerstand leisten. Diese Seifenblase zerplatzte schnell, aber Beust liess immer neue Pläne in die Luft steigen, um Frankreich zu helfen. Er versuchte, Russland und England zur Einmischung zu bewegen. Aber beide lehnten ab. «Ich sehe Europa nicht mehr», klagte er verzweifelt.

Seine Formulierung war zutreffend: Bismarck hatte um Deutschland einen magischen Kreis gezogen; die frühere Einmütigkeit europäischer Diplomaten gegen Deutschland zerbröckelte vor ihm in Stücke. Beust zog alle Register: «In stummer Gleichgültigkeit» liessen die Neutralen «die Gefahr unerhörten Unheils» über sich ergehen; vor dem Urteil der Geschichte werde auf sie ein Teil der Verantwortung fallen. Er fuhr nach München, um die Verträge zwischen dem Nordbund und den süddeut-

schen Staaten zu hintertreiben. Er verfocht den Gedanken, Elsass-Lothringen als selbständigen Bundesstaat dem Deutschen Reich anzugliedern und den stellenlosen Grossherzog von Toskana, einen Habsburger, als Herrscher einzusetzen. Durch diese Hintertür sollte Habsburg doch wieder in das Reich kommen und der Siegespreis des Krieges ihm zufallen.

Bismarck strebte schon damals nach einem Bündnis mit Österreich; alle Revolutionsangebote von österreichischen Polen und Südslaven lehnte er deshalb ab. Eine Geste des Königs sollte die Verhandlungen einleiten. Er beauftragte den Botschafter v. Schweinitz, dem Kaiser Franz Joseph eine Botschaft König Wilhelms auszurichten; bei dem Marsch durch Frankreich habe er die gleichen Stätten berührt, die er vor 56 Jahren in Gemeinschaft mit dem hochseligen Kaiser Franz durchzogen habe, und diese Erinnerung an die alte Freundschaft sei ihm überaus wohlthuend gewesen. Mit dieser Erinnerung seien seine Wünsche und Absichten in vollstem Einklang. Aber die Geste fiel glatt zu Boden. Franz Joseph fand, in diesem Kriege habe «die Infamie über den Leichtsin» gesiegt, und schrieb nach den Metzger Siegen an seine Mutter: «Die Katastrophen in Frankreich sind fürchterlich und für unsere Zukunft nicht tröstlich. . . . Der König mit seinem Hochmut, seiner Eitelkeit und Scheinheiligkeit hat ein unverschämtes Glück.» Franz Joseph antwortete deshalb Schweinitz, er achte die deutschen Erfolge, aber «dass ich mich über die Sache freue, werden Sie nicht von mir erwarten.» Er betrachte nach seinen früheren Erfahrungen auch die besten Gefühle nicht mehr als Motive für politische Entschlüsse. Als Beust bald darauf eine überaus verletzend-ironische Note in Berlin vorlesen liess, schlug Bismarck nach Wien so kräftig zurück wie vorher nach London. Er schrieb an Schweinitz: «Ich weiss nicht, ob es nach der jetzigen Lage Frankreichs dem Wiener Kabinett noch gelingen kann, der deutschen Nation die Früchte ihrer Siege zu verkürzen; aber wenn es gelänge, so würde Deutschland dafür mit Österreich abzurechnen haben, bevor Frankreich sich wieder so weit kräftige, dass es uns daran hindern könnte. Es wird

Euer Exzellenz vielleicht ohne diplomatische Schritte möglich sein, in Wien das Verständnis dafür zu eröffnen, dass die Schuld Frankreichs, so weit deren Beitreibung durch Österreich gehindert würde, mit voller Zustimmung Deutschlands zu Österreichs Lasten gebracht werden würde.»

Zu seiner Umgebung äusserte Bismarck, falls Österreich sich einmische, werde es mit Böhmen bezahlen, wenn Deutschland Elsass-Lothringen einbüsse.

Bismarcks Politik war dadurch erschwert, dass Schweinitz zu Beust Vertrauen hatte: er habe zwar den bösesten Willen, sei aber zu klug, um Österreich in den Krieg zu verwickeln. Intelligenz sei eine bessere Garantie als Charakter; «auf Themistokles kann ich mich fester verlassen als auf Aristides». Aus den Akten wissen wir heute, dass Bismarck mit seinem Urteil im Recht war. Erst als die innerpolitische Entwicklung Österreichs eine preussenfeindliche Politik unmöglich machte, legte Beust das Steuer um und verzichtete auf jeden Einspruch gegen die Reichsgründung. In ein Stammbuch schrieb er «1870 war das Jahr des höchsten Leidens.» Aber er konnte sich nicht entschliessen, entsprechend dem Rat seiner Freunde jetzt an einem Dreikaiserbündnis zu arbeiten und seinen Kopf als Preis anzubieten.

#### IV

Italien zögerte bei Kriegsausbruch, seine Neutralität zu erklären. Schon knüpfte Bismarck Beziehungen zu italienischen Revolutionären an; die Verbindung lief über den in London lebenden Sozialisten Blind, den Stiefvater des Attentäters von 1866; Bismarck kannte keine Vorurteile. Für diese Verhandlungen entsandte er eine Verschwörernatur aus seiner Umgebung, den Legationssekretär von Holstein. Aber diese Vorbereitungen erwiesen sich als unnötig.

Bald nach Kriegsbeginn hatte Napoleon seine Truppen aus Rom zurückgezogen. Einige Wochen später marschierten die Italiener in den Kirchenstaat ein. Jetzt entstand die Frage: sollte der Papst in Rom bleiben, und wenn nicht, wohin konnte er gehen.

Preussischer Botschafter am Vatikan war Harry von Arnim, der durch spielerische Eitelkeit und unbegrenzten Ehrgeiz an einer sachlichen Berichterstattung verhindert wurde. Arnim erzählte, der Vatikan sei ein Narrenhaus und der Papst erwarte, dass König Wilhelm als Kaiser katholisch werden würde. Zum Glück war Bismarck durch solche Berichte nicht zu beeinflussen. Er war der Ansicht, falls der Papst den ungeheuren Fehler begehe, Rom zu verlassen, sei es ein Vorteil für Deutschland, wenn er in Preussen residiere, also in Fulda oder in Köln. Preussen würde Sympathien bei den Bayern, Belgiern, Polen und den preussischen Ultramontanen gewinnen.

Aber König und Kronprinz waren gegen diesen Plan; sie fürchteten, viele Leute würden dann katholisch werden. Bismarck erwiderte: «Wenn der Papst um ein Asyl bittet, so dürfen Euer Majestät es nicht abschlagen. Euer Majestät haben 10 Millionen katholischer Untertanen, die den Oberherrn ihrer Kirche geschützt sehen wollen. Es mag sein, dass Leute mit vorwiegender Phantasie, besonders Frauen, in Rom beim Anblick des Pops und des Weihrauchs des Katholizismus und des Papstes auf seinem Thron und mit seinem Segen Neigung empfinden, katholisch zu werden. Aber gross wäre diese Gefahr nicht, wenn man in Deutschland den Papst unter sich hätte als hilfeschuchenden Greis, als guten alten Herrn, als einen der Bischöfe, der wie die andern isst und trinkt, eine Prise nimmt, wohl gar auch seine Zigarre raucht.» Gegenüber seinen Mitarbeitern fügte er hinzu: «Und wenn auch etliche Leute übertreten – ich werd's nicht – so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen wären. Die Konfessionen machen's nicht, sondern der Glaube. Man muss toleranter denken.»

Bismarck focht erbittert für seinen Vorschlag, aber er setzte ihn nicht durch. In dieser nach Ansicht des Königs mehr religiösen als politischen Frage musste er nach Wilhelms Wünschen verfahren. Als im Auftrag des Papstes Kardinal Ledochowski ins Hauptquartier kam und wegen eines Asyls für den Papst anfragte, warnte Bismarck mit unzweideutigen Worten: Der ‚Papst auf Reisen‘ – wenn er ihm diesen Ausdruck zugute halten wolle – sei etwas völlig Neues. Unmöglich könne sich Seine Hei-

ligkeit Beschlüssen des preussischen Landtages unterwerfen! Das Haupt der katholischen Kirche könne niemals der Untertan eines Fürsten sein. Als Ledochowski sich damit nicht zufriedengeben wollte, empfahl Bismarck Bayern, Österreich, Belgien, Spanien oder Frankreich. Aber der Kardinal antwortete erregt: «Lieber noch nach Russland!» Preussen sei der einzige Staat, in dem der Papst zu leben wünsche; alle seine Sympathien seien dem König gewidmet und allein unter seinem Schutz werde er sich wohlfühlen. Bismarck antwortete, nicht er, sondern der unfehlbare Papst müsse diese Frage beurteilen können; in Preussen wisse er kein schickliches Unterkommen. Bald darauf fragte der Kardinalstaatssekretär an, ob der Papst, falls er Rom verlasse, damit rechnen könne, dass König Wilhelm ihn unterstützen werde, damit er ungehindert und in guter Form abreisen könne. Bismarck bejahte diese Anfrage sofort: «Seine Majestät der König hält den Norddeutschen Bund nicht für berufen zu unaufgeforderter Einmischung in die politischen Verhältnisse fremder Länder, glaubt aber den norddeutschen Katholiken gegenüber zur Beteiligung an der Fürsorge für die Würde und die Unabhängigkeit des Oberhauptes der katholischen Kirche verpflichtet zu sein.»

Bismarck beauftragte auch von sich aus den Kultusminister, bei einigen katholischen Bischöfen anzufragen, «welches Minimum von Forderungen, die im kirchlichen Interesse an Italien zu stellen sein würden, ihnen vorschwebt, und auf welchem Wege sie meinen, dass der König dieses Minimum bei Italien zur Anerkennung zu bringen haben würde, ob mit Gewalt, ob im Wege der Unterhandlung mit Italien oder in dem eines europäischen Kongresses.»

Das Vertrauen des Papstes zu dem protestantischen Bundeskanzler ging so weit, dass er ihn fragen liess, ob er Viktor Emanuel eine Audienz gewähren solle oder nicht. Bismarck antwortete: «In einer so zarten Frage, von der Abreise oder Bleiben des Papstes und damit eine für die ganze katholische Welt folgenreiche Entscheidung abhängt, können wir die Verantwortlichkeit eines Rates nicht übernehmen. In den Beziehungen des Papstes zu dem König Viktor Emanuel kommt so viel auf Seiner



Heiligkeit persönliches Gefühl an, dass wir auf die Entscheidung keinen Einfluss üben dürfen.»

Spanien blieb neutral. Die Regierung fragte während des Krieges noch einmal an, ob Leopold jetzt eine Königswahl annehmen würde. Der Prinz lehnte im Einvernehmen mit Bismarck rundum ab.

Die Vereinigten Staaten standen ganz auf Seiten Deutschlands. Wieder einmal bewährte sich ein früherer Schachzug Bismarcks. Er hatte während des amerikanischen Bürgerkriegs den deutschen Banken die Anleihen der demokratischen Nordstaaten dringend empfohlen, obwohl ihm innerpolitisch die patrizischen Südstaaten näherstehen mussten. Einem hierüber erstaunten Amerikaner hat er später gesagt: «Die inneren Angelegenheiten anderer Länder sind für die Diplomatie ein versiegeltes Buch. Das Hauptziel der Staatsführung besteht darin oder sollte darin bestehen, das Volk glücklich und wohlhabend zu machen und ihm Frieden und Reichtum zu geben. Mögen die verschiedenen Regierungsformen miteinander wetteifern, um diesen grossen Zweck zu erreichen. Wir fürchten uns nicht vor Vergleichen.» Es wurden nicht weniger als 200 Millionen Dollars gezeichnet.

Jetzt schrieb der amerikanische Gesandte in Berlin, der Historiker Bancroft, ein Krieg, der die Einigung Deutschlands verhindern solle, sei ein Krieg gegen die ganze Menschheit. Bismarck wurde in Amerika sehr populär. Vor einer Präsidentenwahl sagte ein amerikanischer Politiker in Berlin, nachdem er die Aussichten der einzelnen Bewerber abgewogen hatte: «Nur von Einem ist es ganz unzweifelhaft, dass der mit einer kolossalen Majorität würde gewählt werden; aber leider ist gerade er nicht wählbar!» Die Deutschen fragten mit grösster Spannung: Wer ist das? «Euer Bismarck, Euer Washington», antwortete der Amerikaner. Carl Schurz, der alte 48er, sagte nach der Reichsgründung: «Die grosse Seele Deutschlands, die viele Menschenalter hindurch wie ein Gespenst in der Weltgeschichte umging, hat endlich wieder einen festen Körper gefunden.»

## V

Es war Bismarck gelungen, Europa neutral zu halten. Aber im letzten Augenblick schien es, als würde eine Massnahme Russlands doch noch den grossen europäischen Krieg auslösen. Der Friede von Paris, der den Krimkrieg abschloss, hatte die törichte Bestimmung enthalten, Russland dürfe im Schwarzen Meer keine Kriegsschiffe halten. Nun sah Russland seit Jahrhunderten in seinem Streben nach warmem Wasser Konstantinopel als Schlüssel seines Reiches an oder – wie die Russen zu sagen pflegten: der Sultan hat nur die Wahl zwischen zwei Sakramenten: der Taufe oder der letzten Ölung. Jetzt hatte man ihnen für ihre einzigen eisfreien Häfen den Flottenschutz verboten. Jeder wusste, dass Russland die erste Gelegenheit benutzen werde, diese unwürdige Fessel abzustreifen. Bismarck war gern bereit, für den Dienst, den ihm Russland 1866 und 1870 durch seine Neutralität geleistet hatte, mit dieser Münze zu bezahlen, die ihn nichts kostete. Er hatte das auch Russland offen gesagt. Sein Plan war: nach Kriegsschluss solle eine internationale Konferenz diese Klausel aufheben. Frankreich und Österreich waren geschwächt, und England allein würde keinen Krieg gegen Russland und Deutschland anfangen.

Aber die Russen wollten nicht warten. Die «dummen Kerle» – wie Bismarck ärgerlich sagte – präsentierten den Wechsel, ehe er fällig war. Ende Oktober erklärte Gortschakoff, Russland betrachte die Schwarzmeerklausel als erloschen. Bismarck kam der Schritt ungelegen: noch war der Krieg mit Frankreich nicht entschieden, und dieser Schritt Russlands konnte den Kampf zu einem europäischen Krieg ausweiten. So erklärte er den Grossmächten, er sei von diesem Schritt überrascht, unterstütze ihn aber in vollem Umfang.

Russlands Note löste in London einen Sturm aus. Bernstorff meldete: das Unterhaus ist wie ein Mann für den Krieg. Beust erklärte mit seiner beliebten Rhetorik, dieser Vertragsbruch kompromittiere alle künftigen Verträge. Nun war der Friede damals ohnehin bedroht durch einen Streit

zwischen Amerika und England wegen englischer Neutralitäts Verletzungen im amerikanischen Bürgerkrieg. Washington bot Petersburg Unterstützung durch die amerikanische Flotte. Wenn Russland dies Angebot annahm, kam eine Lawine ins Rollen. Schon sprach man von einer deutsch-russisch-amerikanischen Koalition. Aber auch dieses gewaltige Bündnis reizte Bismarck nicht. Friede war ihm lieber als Sieg. Doch er musste selbst diese Fäden in die Hand nehmen, damit sie sich nicht zu einem Knoten verwirren, den nur das Schwert lösen konnte.

Nach dem Vertrag von Paris waren England, Frankreich und Österreich verpflichtet, Russland wegen seines Vertragsbruchs den Krieg zu erklären. Aber sie dachten nicht daran, diesen Vertrag zu halten. Sie wollten sich ihm entziehen, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Der englische Außenminister Lord Granville sah nur *eine* Rettung: er sandte seinen Unterstaatssekretär, Odo Russell, zu Bismarck ins Hauptquartier und erbat seine Hilfe. Zum erstenmal entwickelte sich jenes Bild, das sich in den folgenden Jahrzehnten ständig wiederholen sollte: Bismarck wurde als Schiedsrichter Europas angerufen. Englands Bitte war die britische Morgengabe an das entstehende Deutsche Reich.

Bismarck fand, ganz auf die englische Geistesart eingehend, sofort eine versöhnliche Formulierung, die den Streitfall entgiftete. Er belehrte Granville: «Wir stehen nicht vor Tatsachen, sondern vor Erklärungen. Vorerst sind die russischen Erklärungen ein Stück Papier, ein Schriftstück, das eine Rechtsauffassung ausspricht, und welchem man ein anderes Schriftstück gegenüberstellen kann, welches eine andere ausspricht . . . Ist es unter diesen Umständen recht getan, wegen einer schriftlichen Erklärung, welcher Handlungen noch nicht gefolgt sind, einen Krieg herbeizuführen? Ist es nicht menschlich und politisch weiser, Papier nur mit Papier, will sagen mit Noten und Protesten zu beantworten und abzuwarten, ob von der anderen Seite tatsächlich ein Vorgehen eintritt, dem man mit Tatsachen begegnen kann?» Mit solchen Darlegungen wollte Bismarck die öffentliche Meinung Europas beruhigen und Zeit gewinnen. Er wollte den Streit wie üblich durch eine Konferenz

schlichten, aber diese Konferenz durfte nicht zu früh stattfinden. Vorher musste die Stellung Deutschlands gegenüber Frankreich und damit in Europa verstärkt werden. Natürlich barg eine solche Konferenz eine Gefahr: sie konnte auf den Einfall kommen, in den deutsch-französischen Krieg einzugreifen. Bismarck liess keinen Zweifel: Preussen werde sofort vom Konferenztisch aufstehen, wenn die deutsch-französische Frage berührt werde.

Als die Konferenz schliesslich zusammentrat, war das Deutsche Reich geschaffen, und Frankreich verhandelte über einen Waffenstillstand. Die Teilnahme Favres wusste Bismarck zu vereiteln. Die Konferenz hob durch gemeinsamen Beschluss die Sperrklausel auf. Russland erkannte an, dass Verträge nur gemeinsam aufgehoben werden konnten. Das Gesicht war gewahrt.

## DIE GRÜNDUNG DES REICHES

*Wenn Bismarck einmal angeklagt werden sollte, weil er das Deutsche Reich gegründet hat, so wollen wir alle dem Ruf folgen: «Auf nach dem Kapitol und lasset uns den Göttern danken für die grossen Taten des Fürsten Bismarck».*

*Ludwig Bamberger*

### I

Die siegreichen Schlachten hatten die Deutschen mit einem Feuer lodender Begeisterung erfüllt. In diesem Feuer das Reich zu schmieden: welche Verlockung!

Bismarck ist dieser Verlockung nicht erlegen. Er hat sich nicht des Schmiedehammers der Gewalt bedient, um das weichgewordene Metall süddeutscher Stimmungen in eine einheitliche Form zu bringen. Er hat mit seiner alten Uhrmacher-Behutsamkeit Stück um Stück eine Gestalt des Reiches zusammengefügt, die jedem Beteiligten soviel Eigenrecht wie möglich liess und selbst auf sachlich törichte Wünsche unverdrossen Rücksicht nahm.

Diese Arbeit begann schon in den ersten Tagen des Krieges. Als der Kronprinz in Stuttgart den Oberbefehl übernahm, liess er sich durch den preussischen Gesandten mit dem Führer der preussenfreundlichen Deutschen Partei zusammenbringen. Aber diese Partei stand in Opposition zur württembergischen Regierung; die Regierung war daher verstimmt. Bismarck wollte sofort den Eindruck zerstreuen, als verbinde sich Preussen mit süddeutschen Oppositionsparteien. Scharf und zugleich humorvoll telegraphierte er an den preussischen Gesandten – und die heitere Formulierung konnte den Empfänger vielleicht mit dem bitteren Inhalt aussöhnen: «Nach Meldungen des Auswärtigen Amtes muss ich be-

fürchten, dass Euer Exzellenz politische Haltung nicht mit der der Regierung übereinstimmt. Euer Exzellenz wollen sich vergegenwärtigen, dass eine solche Divergenz, wenn ich mich von deren Vorhandensein überzeugen sollte, es mir unmöglich machen würde, auch nur einen Tag mit Euer Exzellenz gleichzeitig im auswärtigen Dienste zu bleiben.»

Ähnlich stand er innerlich zu dem stärksten süddeutschen Staat. Bayern – so hatte er schon 1865 erklärt – hat «durch die bestimmt ausgeprägte Stammeseigentümlichkeit und die Begabung seiner Herrscher» ein wirkliches Nationalgefühl ausgebildet. Seine Bedeutung steht nicht zurück hinter den anderen völlig selbständigen europäischen Staaten. Unter diesen Umständen darf Preussen nicht auf den «exzentrischen Einfall kommen, einen kräftigen, in sich zufriedenen und abgeschlossenen . . . zur Selbständigkeit berufenen Staat mit Gewalt oder List zu assimilieren».

Dass diese Sätze ernst gemeint waren, bewies Bismarck bei Beginn des Krieges. König Ludwig von Bayern verlangte, Preussen solle ihm garantieren, dass es auch nach einem siegreichen Kriege Bayerns Unabhängigkeit nicht antasten werde. Sogleich entwarf Bismarck einen unzweideutigen Brief, auch künftig werde die gegenseitige Annäherung nur «von dem freien Entschluss unserer Bundesgenossen» abhängen. Der König wollte einfügen, «wenn auch eine noch grössere Übereinstimmung unserer Beziehungen anzubahnen wäre». Bismarck strich den Satz, und der König fügte sich, wenn auch «nur ungerne». Der Bundeskanzler wollte keine Zwangsdeutschen; mehr noch: er wollte von vornherein verhindern, dass sich derartige Hoffnungen bei dem Hohenzollern festsetzten.

Bismarck hoffte, die nationale Welle eines siegreichen Krieges werde Bayern weiterreissen. Er hat sich nicht getäuscht. Zwar wollten die altbayerischen Bauern von der deutschen Einheit wenig wissen. Aber die Franken, die Pfälzer und die bayerischen Städter «entdeckten Preussen», wie der preussische Gesandte berichtete. Sie waren erstaunt, dass in Telegrammen des Königs Wendungen vorkamen wie «Welch eine Wendung durch Gottes Fügung», hatten sie doch angenommen, «dass die

Protestanten nicht an Gott glaubten». Der bayerische Ministerpräsident, Graf Bray-Steinburg, empfand die deutsche Einheit als unseligen Zwang, aber er sagte sich: der massvolle Bismarck wird uns mehr Selbständigkeit lassen als die Linke; bei ihm ist für den Gedanken eines Bundesstaats weniger zu befürchten als bei den deutschen Liberalen. So spielten die Liberalen mit ihrem Ruf nach dem Einheitsstaat, ohne es zu bemerken, das Spiel Bismarcks. Aber Bray wollte nicht in den Nordbund eintreten; die süddeutschen Staaten sollten lediglich einen «weiteren Bund» mit dem Nordbund abschliessen.

Bismarck selbst beeinflusste Bayern sehr behutsam. Er berief einen ihm gut bekannten bayerischen Diplomaten, den Grafen Tauffkirchen, in die Verwaltung des besetzten Gebietes und legte ihm seine Ansichten dar. Um keinen Vorschlag zu machen, der das Gefühl König Ludwigs beleidigen könne, wolle er ihm die Initiative überlassen. Wolle sie der König nicht ergreifen, so möge Bayern im jetzigen Zustand verbleiben, und man könne das Reich ohne Bayern gründen; freilich könne man Bayern eigentlich nicht zumuten, in einem Einspänner hinter dem Reichsomnibus herzufahren. Der Kaisertitel für das Präsidium sei ein Wunsch, keine Bedingung. Alle Sonderwünsche Tauffkirchens hörte er sich ohne Widerspruch an. Ja, er erwähnte sogar eine Möglichkeit, bei der Tauffkirchen der Mund offen blieb: wenn das deutsche Parlament etwas beschliesse, wogegen zwei Drittel der bayerischen Abgeordneten ein Veto einlegten, so solle das Gesetz nur für das übrige Deutschland gelten. Tauffkirchen berichtete nach München, was er gehört hatte.

Bismarcks massvolle Andeutungen, die wachsende nationale Begeisterung, ein Wink Sachsens und vor allem eine Reise des württembergischen Kriegsministers ins Hauptquartier: das alles trieb Bayern vorwärts. Man verständigte sich, dass Delbrück in München eine Vorbesprechung mit den Süddeutschen abhalten solle. Der Bayernkönig fand ihn gescheit und lebenswürdig, aber «furchtbar preussisch». Dem Vertreter Württembergs, Minister Mittnacht, sagte Ludwig II.: «Aber nicht wahr, in den

Norddeutschen Bund treten wir nicht ein.» Die Verhandlungen über den weiteren Bund versandeten in Allgemeinheiten. Delbrück schlug vor, einmal die Verfassung des Nordbunds durchzusprechen, um festzustellen, welche Bestimmungen für die Süddeutschen unannehmbar seien. Es ergab sich: Bayern wollte den Bund beschränken auf die Frage des Schuldrechts, des Gewerbebetriebs und ähnliche Angelegenheiten. Es verlangte eigene diplomatische Vertretungen im Ausland, eigenes Heer, keine Beteiligung an der Marine und Vetorecht gegen Verfassungsänderungen. Delbrück verzweifelte an dem Erfolg der Verhandlungen.

## II

Jetzt beantragte auf Bismarcks Bitte der Grossherzog von Baden, sein Land in den Nordbund aufzunehmen. Württemberg sandte zwei Minister ins Hauptquartier. Sogleich schickten auch die Hessen ihren Bevollmächtigten. Bayern wollte die andern nicht unbeaufsichtigt lassen, und Graf Bray reiste nach Versailles.

Aber er kam mit erhöhten Forderungen: die Instruktionen an die Reichsgesandten sollten gemeinsam durch Preussen und Bayern erfolgen; jede abgehende diplomatische Note hätte zwischen Berlin und München ausgehandelt werden müssen. Ausserdem sollte man eine Landbrücke zwischen Bayern und der Rheinpfalz herstellen: Baden sollte das Mannheimer Gebiet abtreten und im Elsass entschädigt werden. Freigebig bot Bray dem Badener die Königskrone mit dem – unzutreffenden – Titel eines Königs von Burgund. Sogleich verlangte Württemberg das preussische Hohenzollern.

Bismarck war innerlich angegriffen von diesen Schwierigkeiten. Aber nach aussen zeigte er keinerlei Ungeduld. Unerfüllbare Wünsche behandelte er ausweichend. Bayern blieb gleichsam im Leeren. Es war ihm willkommen, dass Bray, um seine Sonderwünsche durchzusetzen, allein verhandeln wollte. Bismarck trieb seine Trennung der Verhand-



lungen so weit, dass sich die Beauftragten der deutschen Staaten gegenseitig gar nicht kennenlernten, sondern erst nach zwei Wochen bei einem gemeinsamen Abend zu Bismarcks Erheiterung durch einen sächsischen Minister miteinander bekannt gemacht wurden. Vergebens bemühte sich der Sachse, eine Einheitsfront herzustellen: das gegenseitige Misstrauen war zu gross; so konnte Bismarck sie bequem gegeneinander ausspielen. Eine Abreise Brays verhinderte Bismarck mit einem einfachen Mittel: er regte immer wieder einen Fürstenkongress an. Die Menschenfeindschaft König Ludwigs war bekannt. «Lieber Attentate als Ovationen», pflegte er zu sagen. Jedes Opfer wollte er lieber bringen als diese Teilnahme, und wenn sein Minister abreiste, war der Fürstenkongress unvermeidlich; also musste Bray bleiben. Auch die Frage der bayerischen Ausdehnung hielt Bismarck als Köder in der Schwebe, während der Grossherzog von Baden den «Länderschacher» sofort entrüstet ablehnte. Dass er vor vier Jahren selbst die bayerische Pfalz hatte haben wollen, hatte er vergessen. Delbrück sagte zu Bamberger: «Die Monarchen sind wirklich imstande, die Leute zu Republikanern zu machen» und bekam zur Antwort: «Ihr Glück ist nur, dass die Republikaner die Leute wieder zu Monarchisten machen.»

### III

Wer im Herbst 1870 die Gegenkräfte ab wog, konnte schwerlich auf die Gründung eines Reiches hoffen. Die wichtigsten Einzelstaaten wollten ihre Selbständigkeit bewahren, das Parlament wünschte eine Art Einheitsstaat, der Krieg stagnierte, und König Wilhelm selbst dachte in der Tiefe seines 74jährigen Herzens mit Grauen an diese Umwälzung. Obendrein musste die Gefahr einer deutschen Einigung die anderen Grossmächte dazu treiben, Frankreich als Gegengewicht zu stützen. Dieses drohende Eingreifen musste die Siegesstimmung gefährden, die ein Wurzelboden der Reichsgründung war.

Mit der auswärtigen Gefahr wurde Bismarck fertig; in der Schwarzmeerfrage hielt er Russland und England im Gleichgewicht, und Beusts

Störungsversuche in München erregten nur den fürstlichen Widerwillen König Ludwigs.

Auch der doktrinäre Widerspruch der Fortschrittler war ohne Bedeutung. Sie wollten den Nordbund auflösen und durch ein Parlament eine neue Gesamtverfassung beschliessen lassen. Der Gedanke war absurd: selbst 1848, als die Länderregierungen wie Halme im Winde schwankten, hatte man auf diesem Wege nichts erreicht; wie sollte man jetzt in einem Augenblick der grössten Stärke der Länder damit zu einem Ergebnis kommen? Die bayerische, die württembergische und die hessische Regierung hätten zu diesem Parlament gar nicht wählen lassen. Das Ziel war nur durch behutsame Einzelzugeständnisse an die süddeutschen Regierungen zu lösen – eine Aufgabe, für die ein Parlament ungeeignet war. Wie so oft vermochten die Fortschrittler das Erwünschte und das Mögliche nicht zu unterscheiden; die Parteidogmen entzogen die Wirklichkeit ihrem Blick; selbst Baumgarten bezeichnete Bismarcks Zugeständnisse an Bayern als das «helle Verderben». Im Grunde spielten sie immer noch mit der Hoffnung, man könne das Deutsche Reich auf dem Weg «moralischer Eroberungen» zusammenreden und zusammenfeiern, obwohl ein gescheiter Liberaler wie Bamberger ärgerlich sagte: «Wenn man alles zusammentrüge, was schon für die deutsche Einheit gegessen worden ist, so könnte man damit den Main ausfüllen.» Klüger war die katholische Partei: Reichensperger sagte offen, ein protestantischer Kaiser sei für die Kirche erwünschter als ein katholischer, weil er sich viel weniger Eingriffe erlauben werde.

Gefährlicher war der Widerstand der Fürsten. Er reichte bis in die Familie des Königs. Der Schwager König Wilhelms und des Zaren, der Grossherzog Karl Alexander v. Sachsen-Weimar, eine beschränkte Natur, welche das Vorbild für die Witzblattfigur des «Serenissimus» geliefert hat, wollte alle Fürsten zusammenschliessen, damit ihnen ihre bisherigen Rechte als Gegengabe für die Kaiserkrone garantiert würden; man nannte ihn in Versailles den «Gegenkaiser». Er ging soweit, zu Bismarck zu sagen: «Da es jetzt zu Unterhandlungen kommt, so hoffe ich, dass mein Bundeskanzler mir auch die erforderlichen Mitteilungen ma-

chen wird, damit ich eventuell solche nach Russland gelangen lassen kann.» Bismarck verneigte sich und erwiderte: «Ich werde nichts unterlassen, was meinem Grossherzog erwünscht sein kann.» Auch Königin Auguste meldete ihre Wünsche an; trotz ihrer liberalen Gesinnung verlangte sie, dass sie und alle ihre Kinder an den kaiserlichen Titeln teilhaben sollten. Am reichsfreundlichsten war Wilhelms Schwiegersohn, der Grossherzog von Baden. Aber er wünschte in begreiflicher Eifersucht «die wenig heiligen Drei Könige von Bayern, Württemberg und Sachsen» möglichst in ihren Rechten zu beschränken. Ein Helfer Bismarcks war er nicht, sondern notierte in sein Tagebuch: «Es wird täglich fühlbarer, dass es dem Bundeskanzler an der Lust zur Arbeit fehlt und dass er alle diese wichtigen nationalen Angelegenheiten nur noch betreibt, weil sie eben behandelt werden müssen.»

#### IV

Der Kampf um die Reichsgründung zermürbt alle Beteiligten. Verzweifelt sagt Bismarck an seiner Tafel: «Wenn ich doch nur einmal auf fünf Minuten die Gewalt hätte, zu sagen: So wird es und so nicht. Dass man sich nicht mit Warum und Darum abzuquälen, zu beweisen und zu betteln hätte bei den einfachsten Dingen. Das ging doch viel rascher bei Leuten wie Friedrich dem Grossen, die selber Militärs waren und zugleich was vom Gange der Verwaltung verstanden und ihre eigenen Minister waren. Auch mit Napoleon.»

Besonders erbittert ihn der Widerstand des Kronprinzen. Friedrich Wilhelm ist eine weiche und menschenfreundliche Natur. Aber im Gefühl seiner geistigen Begrenzung rankt sich sein Selbstbewusstsein an seiner Stellung empor: wenn er nicht grade durch volkstümliches Gebaren wirken will, ist er hochfahrender als seine Standesgenossen und sehr geneigt, bestimmte höfische Abstufungen der Menschen zu empfinden und zum Ausdruck zu bringen. Schon bei Kriegsbeginn hat er Gustav Freytag auseinandergesetzt, die Hohenzollern müssten Kaiser werden,

damit sie nicht nochmals – wie bei der Pariser Weltausstellung – hinter dem russischen Kaiser im Rang zurückzustehen hätten. Über seine deutschen Kollegen fühlt er sich erhaben. Er spart im Verlaufe des Krieges bei den bayerischen Soldaten seiner Armee mit Auszeichnungen, da ihm der Bayernkönig den Hubertusorden noch nicht verliehen habe. Er verfertigt auch träumerische Denkschriften über die Gestaltung der Zukunft, in denen er z.B. Frankreich in 7 Staaten aufteilen will. Er missbilligt, dass Deutschland zustande komme, «lediglich durch die Gewalt der Waffen, weil deutsche Kultur, deutsche Wissenschaft und deutsches Gemüt uns Achtung, Liebe und – Ehre gewinnen mussten». Auf welchem Wege freilich Kultur und Gemüt die massiven Widerstände der Wirklichkeit überwinden sollen, darüber macht er sich keine Gedanken. Seine Friedensliebe ist überhaupt nur ein lose umgehängter Mantel. Im gleichen Augenblick, in dem er Liebe und Gemüt predigt, empfiehlt er, seinen kleinen süddeutschen Kollegen nicht ständig Zugeständnisse zu machen, sondern gegen sie Gewalt einzusetzen. Bismarck erwidert: «Wir haben ihre Rechte bei Kriegsausbruch garantiert. Sie sind unsere Bundesgenossen. Sie haben gemeinsam mit uns den Sieg errungen. Wir können keinen Zwang gegen sie anwenden.» «So mögen sie draussen bleiben», antwortet der Kronprinz. Im Übrigen werde eine Drohung genügen. Bismarck schüttelt den Kopf: «Im Gegenteil, wenn man wirklich Gewalt gegen sie anwenden will, so darf man nicht vorher drohen. Sonst treiben wir sie in die Arme Österreichs.» Friedrich ist nicht zu überzeugen: «Wenn das Heer König Wilhelm zum Kaiser ausruft: was sollen die Süddeutschen dann noch machen? Wir haben ihre Truppen hier in der Gewalt.» Bismarck mit gewohnter Anschaulichkeit erklärt, da möge der Kronprinz den Anfang damit machen, dass er seine bayerischen Divisionen entwaffne; schneidend fügt er hinzu: «So etwas kann vielleicht ein Prinz tun. Ein Edelmann wie ich kann es nicht.» Der Kronprinz beharrt bei seiner Ansicht, man müsse die Süddeutschen zum Nachgeben zwingen; notfalls könne man nach dem Frieden in Süddeutschland einrücken.

Dass die leisesten Streitigkeiten zwischen Nord- und Süddeutschland die Franzosen ermutigt, Europa zum Eingreifen herausgefordert und den Frieden verhindert hätten, solche Erwägungen liegen seinem Wunschenken fern. Sein fürstlicher Ehrgeiz, der der Kaiserwürde möglichst reichliche Rechte sichern will, macht ihn blind und ungeduldig. Er bezweifelt den Erfolg der behutsamen Verhandlungen Bismarcks und schreibt mit Kinder-Eigensinn in sein Tagebuch: «Sollten wir wider Erwarten dennoch mit halben Erfolgen nach Hause kommen, dann werde ich mich hämischer Weise über jede demokratische Bewegung freuen, welche sich gegen die heillosen Kabinette richtet, denn dann erhalten diese nur, was sie verdient haben.»

Bismarck ist über die Unterhaltung mit dem Kronprinzen aufs Äusserste erregt und bekommt einen Gallenanfall. Zu Bamberger sagt er in seiner unbekümmerten Weise: «Der Kronprinz ist der dümmste und eitelste Mensch und stirbt noch einmal am Kaiserwahnsinn. Mit dem steht Deutschland eine böse Zukunft bevor.» Vielleicht ist etwas von den Ansichten des Kronprinzen zu Ludwig von Bayern durchgesickert. Er hat in den späteren Jahren geistiger Trübung immer wieder den Befehl gegeben, ihn aufzugreifen und in unterirdischem Gewölbe, in Ketten bei Wasser und Brot gefangenzuhalten.

## V

Trotz aller Widerstände kommt Bismarck schrittweise vorwärts. Mitte November steht er vor dem Abschluss mit Württemberg. Da gelingt es der württembergischen Königin Olga, einer Zarentochter, durchzusetzen, Mitternacht dürfe nicht unterzeichnen ohne Bayern. Aber jetzt macht sich Bismarcks Persönlichkeit geltend. Mitternacht ist fromm katholisch und ein zugeknöpfter Verstandesmensch. Er ist als erbitterter Gegner Bismarcks nach Versailles gekommen; auf der Fahrt hat er erklärt, an den Händen Bismarcks klebe das Blut von Königgrätz; nach diesem Verbrechen müsse erst etwas Versöhnendes geschehen; Bismarck dürfe nicht länger bleiben. Aber in Versailles ist er in der Reichs-

gründungsfrage zu einem entschlossenen Freunde Bismarcks geworden. Er erklärt sofort, er fahre nach Stuttgart zurück und werde aus seinem Amt scheiden, wenn ihn der König nicht zur Unterzeichnung der Verträge ermächtige. König Olgus gibt nach. Baden und Hessen haben ihre Anschlussverträge schon kurz vorher unterzeichnet.

In Bayern beschwören die Prinzen Luitpold, Karl und Otto den kranken König, er müsse verhindern, dass das Reich wiederaufgerichtet werde. Aber auch hier gewinnt Bismarck den Ministerpräsidenten Grafen Bray. Er gewährt Bayern alle gewünschten Sonderrechte auf dem Gebiet des Heerwesens, der Biersteuer, der Briefmarken, ja auch der auswärtigen Vertretungen. Die Liberalen und der Kronprinz sind erbittert; selbst Moltke meint, unter diesen Umständen hätte man Bayern besser draussen lassen sollen.

Aber Bismarcks Entgegenkommen war unerlässlich. Wir sehen das aus den Worten, mit denen Bray seiner Frau die Unterzeichnung meldet: «Gestern um zehn Uhr haben wir alle einzelnen Dokumente unseres mit Graf Bismarck getroffenen Abkommens unterzeichnet. Dies ist der Anfang des neuen Deutschlands, und wenn unsere Entwürfe genehmigt werden, das Ende Altbayerns! Es wäre nutzlos, sich darüber täuschen zu wollen. In München wird man zu wählen haben. Alles dieses hat mehr als einmal meine Nachtruhe gestört. Aber mein Gewissen ist ruhig. Was wir tun konnten, ist schon geschehen; und ich habe das Bewusstsein, die feste Überzeugung, dass wir alles erlangt haben, was an staatlicher Selbständigkeit, vorbedungenen Sonderrechten und gesicherter Einflussnahme in jenem Staatenbunde zu erreichen möglich war.»

Bismarck kommt nach der Unterhandlung heiter in sein Haus zurück: «Nun wäre der bayerische Vertrag fertig und unterzeichnet. Die deutsche Einheit ist gemacht, und der Kaiser auch. Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemusst, und er kann Recht haben – mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, dass die

Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren – was sind Verträge, wenn man muss! – und ich weiss, dass sie vergnügt fortgegangen sind. Man muss nicht alles an einem Tag machen wollen. Was noch fehlt, muss die Zukunft beschaffen.»

Die weitgehende Selbständigkeit der Bundesstaaten entsprach auch Bismarcks angeborenen Neigungen: «Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen: Was kann gemeinsam sein, wie weit kann der grosse Mund des Gemeinwesens hineinbeissen in den Apfel? – sondern man muss sich fragen: Was muss absolut gemeinsam sein?» Und im hohen Alter hat er einmal gesagt: «Ich bin kein Freund der Zentralisation . . . ich sehe den Segen der Dezentralisation in dem Hervorbringen zahlreicher Kulturzentren und halte die Egalisierung für so wenig nützlich, wie mich etwa das Verschwinden der verschiedenen Landestrachten erfreut.» Die Geschichte hat Bismarcks Entscheidung bestätigt. Keines der bayerischen Sonderrechte hat Deutschland jemals Schaden gebracht.

## VI

Die Verträge mit den süddeutschen Staaten lassen eine Frage noch offen: welchen Titel soll das «Präsidium», der König von Preussen, führen? Der Glanz des Kaisertitels begeistert viele deutsche Herzen, aber keineswegs die Mitglieder des Hauses Wittelsbach. Am Münchner Hof wird nach wie vor jeder Preusse betrachtet, als sei er aussätzig. Und diese Stimmung wird nicht besser, wenn die Bayern in Berliner Zeitungen lesen können, die braven bayerischen Soldaten hingen mehr an «unserm Fritz» als an dem «Schwanenritter und Tannhäuser» in München. König Ludwig empfindet sich gern als Wiederverkörperung Ludwigs XIV., des Sonnenkönigs. Und er soll diesen grossgewordenen Berliner Feldwebel zum Deutschen Kaiser machen? Schon in Bayern fühlt sich Ludwig benegt und spielt später mit dem Gedanken, einen Freund zu beauftragen,

ihm eine einsame schöne Südseeinsel ausfindig zu machen, auf der er als unumschränkter Herrscher nach seinen Wünschen gebieten könne.

Aber da ist ein Punkt, der vielleicht die Sache in anderm Lichte erscheinen lassen könnte. Wir wissen nicht: ist König Ludwig auf diesen Gedanken gekommen oder der «Rossober». Den Rossober nennt man am Hofe den Ob er Stallmeister Grafen Holnstein, der sich in den letzten Jahren in den Vordergrund gespielt hat. Der «Rossober» zaubert, wenn Ludwig es wünscht, goldene Möbel auf die höchste Almhütte oder erledigt die heikelsten Vermittlungswünsche gegenüber Wagner oder der ehemaligen Verlobten des Königs. Ihm gibt König Ludwig II. einen wunderlichen Auftrag. Sein romantischer Haushalt verschlingt viel Geld, und seine Baupläne erfordern Millionen. Ist Bismarck bereit – sagen wir 5 Millionen Gulden für diese Zwecke zu stiften? Bei solch fürstlichem Verhalten könne man vielleicht auch die Kaiserfrage in anderem Licht sehen. Holnstein fährt nach Versailles.

Bismarck lächelt verbindlich. 5 Millionen habe er nicht. Aber die Zinsen dieser Summe, 300'000 Gulden jährlich, sei er bereit zu zahlen. König Ludwig möge sie als Beitrag seines preussischen Oheims zu seinen für Deutschland so wertvollen künstlerischen Bestrebungen oder auch als Rückzahlung der bayerischen Kriegsentschädigung von 1866 betrachten. Holnstein selbst behält 10 Prozent Vermittlungsgebühr ein, und Bismarck bewahrt ihm auch weiterhin seine Freundschaft: das Bier für die parlamentarischen Bierabende des Reichskanzlers wird stets aus Holnsteins Brauereien bezogen. Ob König Wilhelm von diesem Geschäft Kenntnis hat, ob das Geld aus der Privatschatulle König Wilhelms stammt oder aus dem Weifenfonds, wissen wir nicht. Auch über den Titel, den Bismarck der laufenden Zahlung gibt, haben wir nur Vermutungen.

Aber Bismarck begnügt sich nicht mit diesem groben Mittel. Er sendet an König Ludwig einen Brief, in dem er sich, an ferne Familienerinnerungen anknüpfend, als alten wittelsbachischen Vasallen bezeichnet. Er legt ihm dar, es sei eine Erniedrigung der Wittelsbacher, sich einem anderen König unterzuordnen, nicht aber einem Kaiser. Der geschmei-



dige Rossober bittet, er möge auch gleich Ludwigs Antwort aufsetzen, «sonst gibt's am End noch a Durcheinander». Bismarck entwirft sogleich den Brief «an einem wackelnden Tisch mit widerstrebender Feder». Holstein reist zurück nach Schloss Hohenschwangau.

Aber Ludwig ist kein Mann starker Entschlüsse. Als er von Holsteins Ankunft hört, legt er sich mit einem Zahngeschwür ins Bett. Holstein wartet 6 Stunden vor der Tür. Um 4 Uhr nachmittags lässt er dem König sagen, er habe einen Brief Bismarcks; um 6 Uhr müsse er nach Versailles zurückreisen, um seine Zusage gegenüber dem Hauptquartier einhalten zu können; bis dahin müsse er eine Allerhöchste Antwort haben. Ludwig lässt ihn ein; aber er ist inzwischen von seinen Verwandten so bedrängt worden, dass er zu keinem Entschluss kommt. Die Huldigungsstelle lässt er sich mehrmals vorlesen; sie macht ihm einen tiefen Eindruck – gar nicht zu reden von der Unterstützung seiner künstlerischen Bestrebungen. Der Günstling des Königs verhandelt mit der Uhr in der Hand. Der Rossober ist ein kräftiger Mann, gewohnt seine Reitknechte mit Ohrfeigen zu dirigieren. Er scheut auch hier nicht vor kräftigen Argumenten zurück: wenn S. Majestät nicht huldvollst zu unterschreiben geruhe, so laufe S. Majestät – alleruntertänigst zu bemerken – Gefahr, dass die bayerischen Truppen vor Paris den Kaiser auf eigene Faust ausrufen würden. Ludwig knirscht mit den kranken Zähnen und unterschreibt. Holstein reist pünktlich ab. Den Brief zeigt er auf der Durchreise in München dem Kabinettsrat und dem Ministerium. Beide stimmen zu. Das Herz voll bitteren Grolls muss Prinz Luitpold, der spätere Prinzregent, das Schreiben König Wilhelm übergeben.

Wilhelm jedoch ist keineswegs dankbar für den umsichtigen Liebesdienst Bismarcks. Er findet ihn «so unzeitig wie möglich», zumal grade schwere Kämpfe in den Provinzen das Hauptquartier in Versailles bedrohen. Als Abeken ihm Bericht erstattet – Bismarck geht grundsätzlich nicht mehr selbst zum Vortrag, um sich nicht aufzuregen –, lässt er ihn im Zimmer stehen.

Und auch den zweiten Machtfaktor des Nordbundes muss Bismarck zu seinem Glück zwingen: den Reichstag. Der Linken gefällt der Vertrag nicht; er lasse den Einzelstaaten zu grosse Rechte. Der Reichstagspräsident Simson schreibt seiner Frau: «Das Ding ist viel schwerer verdaulich als die massiven Riesenknödel des bayerischen Hochgebirges». Treitschke behauptet, der Nordbund verliere bei der Reichsgründung so viel an Festigkeit wie er an Ausdehnung gewinne; Bayern bleibe eine europäische Macht, die einige Angelegenheiten mit Deutschland gemeinsam habe. Die Nationalliberalen behandeln die Sache, als brauche man nur einen Wunschzettel von Verfassungsparagraphen zusammenzustellen. Bennigsen bezweifelt, ob sich eine Mehrheit gewinnen lassen werde.

Bismarck ist voller Sorge, der Reichstag werde die Verträge mit den Süddeutschen ablehnen und damit das ganze Werk umwerfen: «Die Leute ahnen nicht, wie die Lage ist. Wir balancieren auf der Spitze eines Blitzableiters; verlieren wir das Gleichgewicht, das ich mit Mühe herausgebracht habe, dann liegen wir unten. Sie wollen mehr haben, als was sich ohne Pression erreichen liess. Wenn sie vor 1866 nur die Hälfte von heute bekommen hätten, wären sie glücklich gewesen. Man will verbessern, mehr Einheit hineinkorrigieren, mehr Gleichförmigkeit; aber ändern sie nur ein Komma, so müssen neue Verhandlungen beginnen, und die Österreicher machen ihre Geschäfte in München.» Alle seine Freunde bietet Bismarck auf, um den Volksboten die Lage der inneren und äusseren Politik vertraulich darzulegen: bei der «lahmen Kriegsführung» der letzten Monate könne Russland auf andere Gedanken kommen; König Ludwig sei krank und könne sterben, sein Nachfolger Otto sei ein fanatischer Gegner der Reichsgründung; wenn man diese Stunden nicht nütze, so könne alles verloren sein. Schliesslich gesteht selbst Lasker: «Hässlich ist das Mädel, aber geheiratet werden muss es doch.»

Die entscheidende Sitzung des Norddeutschen Reichstages verläuft ohne Würde. Delbrück, der Bismarck vertritt, hat sich eine Anfrage nach dem «Oberhaupt» bestellt. Als sie gestellt wird, kramt er in den vor ihm

liegenden Papieren herum, als ob es sich um eine verlegte Notiz handle, und liest dann in seinem gewohnten trockenen Ton den Brief vor, in dem König Ludwig II. von Bayern dem König von Preussen die Kaiserkrone anbietet. Das Haus antwortet – wohl wegen dieser unangemessenen Form – mit einem Gelächter, das Windthorst sofort rügt. «Es war, als ob er die Kaiserkrone in altes Zeitungspapier gewickelt aus der Hosentasche gezogen», notiert der Kronprinz in sein Tagebuch. Die Gründung des Reiches wird dann gegen die Stimmen der Fortschrittler beschlossen.

Der Erbe der Krone schwankt in seinem Urteil. Am 9. Dezember schreibt er: «Mit Entsetzen fragt man sich, ob denn all das vergossene Blut, ob alle die hochherzigen Opfer des deutschen Volkes zu nichts anderem dienen sollen, als einen jämmerlichen Bund, dem man die Karikatur einer Kaiserkrone aufstülpt, zusammenzuflicken», um am nächsten Tag zu vermerken, der Grund, den der Reichstag gelegt habe, werde sicherlich gute Früchte tragen.

Bismarck ist über die Szene im Reichstag empört: Delbrück sei nun einmal kein Politiker; dieser «Kaiserschertz» hätte einen geschickteren Regisseur haben müssen.

Einen geschickten Regisseur – und zwar den Kronprinzen – findet der feierliche Empfang der Reichstags-Abordnung in Versailles. Ihr Führer ist derselbe Eduard Simson, der 1849 Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angeboten hat, was Bismarck einen «Witz der Geschichte» nennt. Er ist – wie Bismarck später sagt – ein «edles Gefäß, das die lautersten Empfindungen in sich aufnehme». Simson spricht kurz und würdig. Der König kann die Antwort vor Rührung kaum vorlesen und selbst den Generalen schiessen – wie der Kronprinz erzählt – die Tränen in die Augen. Zur Erinnerung an diese Stunde verleiht der König Bismarck das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Prinz Luitpold fehlt bei der Feier. Er bringt stattdessen bald darauf neue Wünsche vor: nicht weniger als ein abwechselndes Kaisertum der Hohenzollern und der Wittelsbacher.

Als die Neujahrglocken klingen, tritt das Reich in Kraft; nur die Proklamation hat man aufgeschoben, weil noch Schriftstücke aus München

fehlen. Der Kronprinz ist darüber entrüstet: «Mir ist heute förmlich übel zumute vor Ekel über den Mangel an Entschlussfähigkeit, dem man hier überall begegnen muss. Was kümmert uns denn Bayern mit seinem unberechenbaren König . . . Mir wird hier ein liebliches Erbteil bereitet.» Freytag sagt von ihm: «Er war wie ein über der Erde schwebender geflügelter Engel.»

## VII

Aber der Berg ist noch nicht erstiegen. Am 18. Januar soll der Kaiser feierlich proklamiert werden. Am Tag vorher kommt es zu dem schwersten Zerwürfnis zwischen Wilhelm und Bismarck.

Für den 74 jährigen ist die Gründung des Deutschen Reiches der Abschied von Preussen, und dieser Abschied fällt ihm bitter schwer. Eine merkwürdige Äusserlichkeit kommt hinzu: Bismarck hat den Bayern versprochen, der Kaiser werde den Titel «Deutscher Kaiser» führen und nicht «Kaiser von Deutschland», weil er keine unmittelbaren Hoheitsrechte über ganz Deutschland beanspruche. Bismarck selbst scheint diese Frage wie alle Formfragen unwichtig. Als das Problem an der Tafel erörtert wird, fragt er, ob jemand wisse, wie «Wurst» auf lateinisch heisse; auf die Antwort – *farcimentum* – sagt er: «Nescio, quid mihi magis *farcimentum* esset.» Aber König Wilhelm hatte hier eine seltsame Ansicht: am liebsten will er überhaupt nicht Kaiser werden; wenn aber, dann auch «Kaiser von Deutschland». Er pfeife auf den «Charakter-Major»,-ein Titel, der verabschiedeten Hauptleuten nachgeworfen wurde.

So führt die Beratung am Vortag der Proklamation zu einem klirrenden Zusammenstoss. König Wilhelm ruft schluchzend: «Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens. Da tragen wir das preussische Königtum zu Grabe, und daran sind Sie, Graf Bismarck, schuld.» Der Kronprinz versucht zu vermitteln, aber er erreicht nur, dass sein Vater empört ruft: «Du bist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge. Aber ich mache mir nicht ein Haar breit daraus und halte zu Preussen.» Voll Zorn springt er auf; er wolle von den morgigen Feiern nichts mehr hören.

Am nächsten Morgen bittet Bismarck den Grossherzog von Baden, der das Hoch ausbringen soll, er dürfe nur von einem «Deutschen Kaiser» sprechen, denn dieser Titel stehe in der Verfassung. Der Grossherzog erwidert, er habe eine schriftliche Anweisung des Königs vorliegen, dass er «Kaiser von Deutschland» genannt werden wolle. Der Badener geht nochmals zu seinem Schwiegervater und bekommt die unwillige Antwort: «Du kannst das machen, wie Du willst, ich werde mich später doch nur so nennen, wie ich und nicht wie Bismarck es will.»

Im Spiegelsaal zu Versailles versammeln sich die Fürsten, Staatsmänner, Generäle und Abgeordneten zusammen mit Abordnungen der Truppen. Der König erscheint todernst. Der Feldgeistliche der 1. Gardedivision hält eine endlose Festpredigt, bei der Bismarcks Blick starr und ängstlich auf die Beine des alten Königs gerichtet ist, die langsam ins Zittern geraten. Dann tritt der Kanzler an die Rampe, im blauen Überrock der Kürassiere, der ihn noch blasser macht, kämpfend mit einem neuen Krankheitsanfall, der aus der gestrigen Aufregung herrührt. Er verliert die Proklamation; sie ist von dem Kronprinzen und dem badischen Grossherzog aufgesetzt und gefällt ihm nicht. So liest er sie tonlos und ohne Wärme. Dann tritt Friedrich von Baden vor und ruft unter atemloser Spannung: «Hoch lebe Kaiser Wilhelm.» Für den Augenblick ist das Problem umgangen.

Jetzt schreitet der neue Kaiser zu den Fürsten, Staatsmännern und Feldhauptleuten und schüttelt jedem die Hand. An Bismarck geht er wortlos vorbei. Mit Tränen hat Bismarck am folgenden Tag dem Grossherzog von Baden erklärt, nach Friedensschluss werde er den Abschied nehmen. An Johanna schreibt er: «Mein Liebling, ich habe Dir schrecklich lange nicht geschrieben, verzeih, aber diese Kaisergeburt war eine schwere, und Könige haben in solchen Zeiten ihre wunderlichen Gelüste, wie Frauen bevor sie der Welt hergeben, was sie doch nicht behalten können. Ich hatte als Accoucheur [Geburtshelfer] mehrmals das dringende Bedürfnis eine Bombe zu sein und zu platzen, dass der ganze Bau in Trümmer gegangen wäre. Nötige Geschäfte greifen mich wenig an, aber die unnötigen verbittern.»

Prinz Otto von Bayern klagt seinem Bruder: «Ich kann Dir gar nicht beschreiben, wie unendlich weh und schmerzlich mir zumute war»; Ludwig II. legt als Zeichen der Trauer trotz der 300'000 Gulden schwarze Manschettenknöpfe an. Kronprinz Friedrich Wilhelm gratuliert ironisch, «zu dem kunstvoll angefertigten Chaos». Seine Frau schreibt ihrer Mutter: «Ich finde, dass ich als Engländerin und Deine Tochter höher stehe als alle ausländischen Kronen mich stellen könnten.» Der künftige Herald des Reiches, Treitschke, schilt über das «elende Flickwerk von Versailles», weil der nüchterne Genius des handelnden Staatsmannes seine gewaltsamen Pläne eines Einheitsstaates verschmäh hat.

Die Anschlussverträge Bayerns müssen von dem bayerischen Landtag mit Zweidrittelmehrheit genehmigt werden. Aber der zuständige Ausschuss verschleppt die Verhandlungen und empfiehlt dann dem Landtag, sie abzulehnen. Einer der Abgeordneten ruft: «Ich will die Germania nicht in die Militärkaserne eingesperrt haben, wo man ihr das Blut abzapft. Wir sagen nicht: «Pretiosa, hier, wir folgen dir», sondern: «Weich von mir, Satan!» Für den «Satan» sind die Liberalen. Viele von ihnen, die 1866 von einem Mann gesprochen hatten, «mit dessen Namen sie ihren Mund nicht beschmutzen wollten», fechten jetzt für Bismarck. Sie haben kräftige Argumente, vor allem finanzieller Natur: wenn Bayern ausserhalb des Reiches bleibe, komme es schlechter weg als in dem Reich. Schliesslich bleiben einige Abgeordnete der Patriotenpartei, die gegen die Verträge sind, bei der Abstimmung zu Hause, und andere stimmten dafür. So werden am 21. Januar die Verträge mit zwei Stimmen über der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Pfordten begleitet die Annahme mit dem Hinweis, dass vor genau 78 Jahren die Franzosen *ihren* König Ludwig ermordet hätten.

Wer die Geschichte der Reichsgründung an sich vorüberziehen lässt – ein Drama, das oft die Komödie streift und fast als Tragödie geendet hätte – der muss aufs Tiefste erschüttert sein über die Unzulänglichkeit menschlichen Strebens und die Unvollkommenheit der Welt. Da ist ein

Volk, das seit Jahrhunderten unter seiner Uneinigkeit leidet; seine Heimat ist 600 Jahre lang die Tenne, auf der die Völker Europas ihre blutige Ernte dreschen. Dieses Volk ist von einer tiefen Sehnsucht nach Einheit erfüllt; in herrlichen Versen beschwört seine Bildungsschicht Himmel und Erde, auch dem deutschen Volk eine gemeinsame Heimstätte zu beschern. Aber diese Sehnsucht scheidert immer wieder – nicht an Bösewichtern, sondern an jenem «Widerstand der stumpfen Welt», jener Eigenwilligkeit der einzelnen geschichtlichen Gewalten, welche sich mit den Kräften des durchschnittlichen Menschen nicht überwinden lässt. Jene Sehnsucht kann erst erfüllt werden, als ein Genie das Spiel in die Hand nimmt, ein Genie, das jenen Gefühlsüberschwang gar nicht empfindet, sondern mit «heiliger Nüchternheit» den Traum deutscher Sehnsucht in einem komplizierten Schachspiel verwirklicht – verwirklicht im siegreichen Kampf gegen alle.

Von diesem Kampf, von all dem Intrigenspiel hinter den Kulissen ahnte das deutsche Volk wenig. Aber es empfand in der Tiefe seines Herzens, welche Dankbarkeit es dem Manne schuldete, der diese Einheit geschaffen hatte. Einer der erbittertsten Gegner Bismarcks in der Konfliktzeit, der liberale Geschichtsschreiber Heinrich von Sybel, schreibt am Tage nach der Reichsgründung an einen Freund: «Lieber Freund, ich schreibe von allen diesen Belanglosigkeiten und meine Augen gehen immer herüber zu dem Extrablatt und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so grosse und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt! Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen?»

## VIII

An der Reichsgründung Bismarcks haben seine Gegner den Weg und das Ergebnis missbilligt. Was den Weg angeht, so hat Ludwig Dehio sehr

schön dargelegt, dass bei den gegebenen Verhältnissen Volksbewegungen und Parlamentsbeschlüsse allein das Reich nicht zu gründen vermochten, sondern nur die Staatskunst Bismarcks: «Ohne umwälzende Machtverlagerungen war die wirkliche Einigung Deutschlands, wenn überhaupt, nicht zu denken und selbst seine annähernde nur zu erreichen unter Ausnutzung aller günstigen Momente, vor allem der ermutigenden Lage der Aussenpolitik. Ermutigend freilich nur gemessen mit dem Massstabe der deutschen Geschichte und nur für einen Meister wie Bismarck. Er hat die entspannte Labilität des Systems zum Vorteil seines schwächling-sehnigen Staates auszunutzen verstanden . . . Aber freilich: für die deutsche nationale Bewegung bot sich in einem aussenpolitisch so klippenreichen Fahrwasser nur beengter Manövrierraum. Eine ähnlich gewichtige Rolle neben dem Staate wie in Italien fiel ihr nicht zu. Nur dem abgründigen Spiele Bismarcks konnte es gelingen, die drei grossen Mächte, von denen keine eine Stärkung der Mitte wünschen durfte, gegeneinander auszuspielen und damit seiner eigenen Aktion Bewegungsfreiheit zu sichern. Erleichtert wurde ihm seine Aufgabe durch einen Umstand, der wie ihre hoffnungslose Erschwerung aussah, den Konflikt mit der nationalen Bewegung. Er benutzte ihn als Kulisse, hinter der er seine Stärke und seine Absichten verbarg, um überraschend hervorzubrechen und vollendete Tatsachen zu schaffen.»

Was das Ergebnis betrifft, darf man die Verfassung von 1871 nicht messen mit den Massstäben von heute. Gewiss ist Bismarck bei den Anschauungen seiner Zeit geblieben: er hat starke Barrieren gegen Parteiherrschaft in seine Konstruktion eingebaut und den militärischen Bereich gleichsam ausgespart. Aber, gemessen an den damaligen Verhältnissen der andern Grossmächte, war Bismarcks Reich mit seinem gleichen und geheimen Wahlrecht, seiner Unabhängigkeit der Gerichte, dem Haushaltsrecht des Parlaments, seinen unbestechlichen Beamten und dem Koalitionsrecht der Arbeiter nicht etwa rückschrittlich, sondern den andern in vielen Punkten voraus, und sogar in mancher Beziehung freier und liberaler als das damalige England.



## WAFFENSTILLSTAND

*Ich habe noch nie eine solche Erbitterung  
gesehen, wie sie gegenwärtig gegen Bismarck  
herrscht.*

*Generalquartiermeister von Stosch  
am Tage des Waffenstillstands*

### I

Mitte Januar beginnt man auf eine Kapitulation von Paris zu hoffen. Die Rationen – täglich 300 g Brot und 50 g Pferdefleisch – gehen zu Ende. Die Stadt ist erfüllt von immer neuen Aufständen. Der Pöbel erzwingt den Rücktritt des Kommandanten Trochu und einen neuen nutzlosen Ausfall.

In Versailles hat sich der Gegensatz zwischen Bismarck und Moltke immer mehr zugespitzt. Dass dieser «Volkskrieg» kein Ende nimmt, empört Moltke als militärischen Fachmann; er ist entschlossen, «diese Nation der Lügner» völlig niederzuwerfen und den Frieden zu diktieren. Schliesslich bittet der Kronprinz Bismarck und Moltke zu einer Aussprache über die Frage: was soll nach einer Übergabe von Paris geschehen?

Bismarck erklärt sofort: aus der Übergabe von Paris müssen wir die Grundlage für einen günstigen Frieden machen. In seiner Erbitterung über den Stillstand der Operationen fügt er – unnötig und ungeschickt – hinzu, es sei überhaupt ein unverzeihlicher Fehler gewesen, Paris einzuschliessen. Moltke, sonst so ruhig, braust auf: im Gegenteil, es wäre ein unverzeihlicher Fehler gewesen, nicht nach Paris vorzudringen. Zum Frieden werde man durch den Fall von Paris auch nicht kommen; man müsse die Operationen in der Provinz dann mit verstärkter Kraft fortsetzen. Bismarck erwidert, nach der Übergabe von Paris sei ein Friede möglich, und zwar mit der Kaiserin Eugenie, die die einzig zu Recht beste-

hende Regierung Frankreichs sei; sie könne die alte Kammer einberufen und die deutschen Bedingungen annehmen. Moltke schweigt zu diesem Plan mit sichtlicher Ablehnung; er wird immer verschlossener und gereizter. Der Kronprinz fragt, wie sich die Besetzung von Paris durch deutsche Truppen gestalten solle. Moltke will die ganze Stadt besetzen. Bismarck lehnt das entschieden ab und bezeichnet es nochmals als Unglück, dass man es mit Paris zu tun bekommen habe. Jetzt bricht Moltke los, aber der Kronprinz legt sich ins Mittel und führt die Herren zu Tisch. Beim Essen ist Moltke schweigsam und ernst, Bismarck gesprächig und heiter.

Kurz nach dieser Unterhaltung sagt Moltke zu Stosch, er werde künftig auf den Bundeskanzler überhaupt keine Rücksicht mehr nehmen. Er reicht dem König seinen Vorschlag für die Kapitulation von Paris ein: Stadt und Festung sind zu übergeben, die Stadt wird besetzt, die Truppen und die Mobilgarde, soweit nicht in Paris ansässig, werden kriegsgefangen und nach Deutschland gebracht, etwa eine Viertelmillion Mann. Alle Waffen und Fahnen sind auszuliefern. Es ist eine Kapitulation nach dem Schema F, dem Schema von Sedan und Metz. Obendrein soll Paris 400 Millionen Kriegskontribution leisten, ferner pro Kopf und Tag der deutschen Besatzung 10 Franken und nicht genug damit einen Vorschuss auf die Kriegskosten von 4 Milliarden.

Was wäre geschehen, wenn der König diesen Vorschlag angenommen und Moltke mit der Führung der Verhandlungen betraut hätte? Vielleicht hätte sich in Paris wirklich ein Mann gefunden, der diese Bedingungen unterzeichnet hätte. Aber niemals hätte er sie durchführen können. Seine Regierung wäre vom Pöbel gestürzt worden, die Schreckensherrschaft der Kommune, die einige Monate später ausbrach, wäre schon damals entflammt, aber ins Hundertfache gesteigert durch eine anarchische Hungersnot, bei der 2 Millionen Menschen kein Gramm Brot mehr besessen hätten und auch keine Verwaltung, die herankommende Lebensmittel hätte verteilen können. Moltke hätte versuchen müssen, diese Revolte in Blut zu ersticken, die Welt hätte den Deutschen

die Schuld an dem beispiellosen Untergang einer Weltstadt gegeben, der Friede wäre in unbestimmte Ferne gerückt worden.

Aber alles kommt anders. Es kommt anders, weil Bismarck wieder alle überspielt: Moltke, den König und Jules Favre.

Favre beantragt einen Geleitschein für die Londoner Schwarzmeer-Konferenz, und zwar für sich und seine zwei Töchter. Will er sich und seine Familie retten? Bismarck lehnt ab. Favre hat nämlich den Geleitschein als Vertreter Frankreichs erbeten. Als Vertreter Frankreichs braucht ihn Bismarck nicht anzuerkennen, solange seine Regierung noch nicht einmal von Frankreich selbst anerkannt ist. Er fügt einige Sätze hinzu, die Favre bei seiner Ehre packen: will er wirklich Paris in diesem Augenblick höchster Gefahr verlassen, in dem in Paris für Frankreich mehr auf dem Spiel steht als der Artikel 11 des Vertrages von 1856? Er schliesst: «Ich kann daher kaum annehmen, dass Euer Exzellenz in der kritischen Lage, an deren Herbeiführung Sie einen so wesentlichen Anteil hatten, sich der Möglichkeit werden berauben wollen, zu einer Lösung mitzuwirken, wofür die Verantwortlichkeit auch Sie trifft.» Favre ist zu klug, um den doppelten Boden dieses Briefes nicht zu bemerken: der Brief ist eine unverfängliche Aufforderung zu neuen Verhandlungen – halb Wunsch, halb Drohung, aber unwiderstehlich. Favre hat Bismarck später dafür gedankt, dass er ihn auf seine dringlichste Pflicht hingewiesen habe.

Unwiderstehlich ist der Brief auch deshalb, weil einige Tage darauf ein städtischer Beamter schreckensbleich in eine Kabinettsitzung stürzt: man habe sich bei der Berechnung der Mehlvorräte geirrt: schon übermorgen seien die 300 g Brot je Kopf nicht mehr vorhanden. Favre schreibt in seinen Erinnerungen: «Der menschlichen Sprache fehlen die Worte, um die Wirkung dieser Botschaft zu beschreiben. Ein paar Schritte von uns der Bürgerkrieg, ein paar Stunden weiter die Hungersnot.» Die Armee springt mit ihren Vorräten ein. Aber wie lange kann sie helfen? Auch ihre Bestände sind in einer Woche zu Ende.

So meldet sich Favre bei Bismarck an und – Glücksfall ohnegleichen – er findet keinen General, der bereit ist, ihn bei den Verhandlungen über

die Waffenstreckung zu begleiten. Damit liefert er Bismarck den Vorwand, Moltke nicht sofort heranzuziehen. Bismarck ist entschlossen, die Kapitulation von Paris als Hebel zu benutzen, um endlich zum Frieden zu kommen. Er will einen Waffenstillstand für ganz Frankreich verlangen. Während dieses Waffenstillstands soll Frankreich eine Nationalversammlung wählen, und diese Nationalversammlung soll über den Frieden beschliessen. Er weiss: kriegerisch sind nur Gambetta, der in den Provinzen 2 Millionen ausheben will, und die fanatisierten Pariser Pöbelhorden; die Mehrheit des Volkes wird für den Frieden stimmen.

Aber wie soll er Favre zu diesem Waffenstillstand bringen? Der kleine Advokat wird Angst haben, dass man ihn erschlägt, wenn er den Waffenstillstand unterschreibt. Aber Bismarck hat eine Reihe von Trümpfen. Zunächst muss er ihm klarmachen: Gambettas Aushebungen können Frankreichs Schicksal nicht wenden. Dann muss er ihn mit Napoleon schrecken: seine Rückkehr bedeutet für Favre Exil und Armut. Und wenn alles nichts hilft, muss er seinen furchtbarsten Trumpf ausspielen: er werde die Kapitulation von Paris nur annehmen, wenn sie mit einem allgemeinen Waffenstillstand verbunden sei. Er weiss: wenn die Pariser 48 Stunden wirklich gehungert haben, werden sie den Waffenstillstand und Nationalversammlung vorziehen. Er muss die Leiber der 2 Millionen Pariser als Geiseln für den Frieden benutzen. Und er muss mit solcher Härte auftreten, dass Favre ihm diese Grausamkeit zutraut. Dafür will er ihm in den Kapitulationsbedingungen für Paris weit entgegenkommen: keine Besetzung der Stadt, kein Abtransport der Gefangenen.

Es ist eine echt bismarckische Situation: beide Völker wollen den Frieden. Die Fortsetzung des Krieges ist sinnlos, die Menschlichkeit verlangt, dies Blutvergiessen zu beenden, das nur noch der Eitelkeit einiger Politiker dient. Aber dieses Ziel der Menschlichkeit lässt sich nicht erreichen, wenn man nicht unmenschliche Mittel zumindest androht, vielleicht anwendet.

Bismarck will genau das Gegenteil wie Moltke. Der General wünscht eine scharfe Kapitulation und Fortsetzung des Kampfes. Bismarck will

milde Bedingungen der Übergabe und allgemeinen Waffenstillstand. Er weiss: der Pariser Pöbel nimmt leichter den allgemeinen Waffenstillstand und die Nationalversammlung an als Moltkes Truppeneinmarsch und Abtransport von 250'000 Gefangenen. Und eben deshalb ist es ein Segen für Europa, dass König Wilhelm in letzter Stunde ihm die Entscheidungsgewalt anvertraut hat und dass obendrein Favre ohne Begleitung eines Generals erscheint. So hat Bismarck die Hände frei.

## II

Favre kommt, wie Bismarck behauptet, grau geschminkt, um seinen Kummer zu betonen. Sein Begleiter ist ein Generalstabshauptmann Graf d'Hérisson; er hat später ausführlich über diese Unterhaltung berichtet: «Ich war betroffen von dem Gegensatz, den die beiden Unterredner persönlich darboten. Graf Bismarck trug die Uniform der weissen Kürassiere: weissen Waffenrock, weisse Mütze mit gelbem Band. Es sah aus wie ein Koloss. Eingeschnürt in seine Uniform, die Brust gewölbt, die Schultern eckig, strotzend von Gesundheit und von Kraft, erdrückte er mit seiner Nähe den gebeugten, magren, langen, trostlosen Advokaten in seinem Überrock, der überall Falten schlug, und auf dessen Kragen seine weissen Haare herabrieselten. Nur einen Blick brauchte man auf diese beiden Unterhändler zu werfen, um den Sieger und den Besiegten, den Starken und den Schwachen zu erkennen. . . . Mit einem erstaunlichen Freimut und einer bewunderungswürdigen Logik sagte der Kanzler schlicht, aufrichtig, was er wünschte. Immer ging er geradeaus auf sein Ziel los und verblüffte bei jedem Satz Jules Favre, der gewöhnt an Advokatenkniffe und Diplomatenlist sich nicht erheben konnte zu dieser vollkommenen Loyalität, dieser vornehmen, vom alten Brauch so weit abliegenden Art, die Fragen zu behandeln. . . . Die französischen Ausdrücke, die Graf Bismarck brauchte, zeigten ganz nach Bedarf bald feinen Geschmack, bald Kraft und Wucht, und ohne Mühe fand er das treffende Wort, das einen Gedanken abgrenzt. . . . Von der sentimental

Förmlichkeit französischer Staatsmänner war an ihm kein Zug zu entdecken. Er war im Grunde heiter; mitten im ernstesten Gespräch immer aufgelegt, einen Scherz hinzuwerfen, einen Witzpfeil abzuschneiden, unter dem man doch immer die mächtige Tatze des Löwen spürte.»

Favre beginnt mit dem Satz, er komme, um die Verhandlungen vom September wieder aufzunehmen. Sofort antwortet Bismarck: «Die Lage ist nicht mehr dieselbe, und wenn Sie Ihren Grundsatz von damals festhalten: keinen Fussbreit unseres Bodens – so brauchen wir gar nicht weiter zu sprechen. Meine Zeit ist kostbar, die Ihrige auch.» Dann aber plötzlich ganz menschlich werdend: «Sie sind sehr weiss geworden seit damals, Herr Minister.» Favre versichert, er sei zu Zugeständnissen bereit. Aber Bismarck zuckt die Achseln: «Sie kommen zu spät. Wir haben mit Ihrem Kaiser unterhandelt. Da Sie für Frankreich keine Verpflichtung eingehen können und wollen, so werden Sie leicht begreifen, dass wir das wirksamste Mittel gesucht haben, um den Krieg zu beenden. Ihr Irrtum war, dass Sie nach der Waffenstreckung von Sedan glaubten, Sie könnten Armeen aus dem Boden stampfen. Aber wie gross auch der Patriotismus einer Nation sei, Armeen kann man nicht aus dem Stegreif schaffen. Zu Anfang des Krieges hatten wir den französischen Soldaten in seiner ganzen Kraft, nur war er von unfähigen Führern geleitet, und deshalb haben wir Sie geschlagen. Die, die Sie uns heute entgegenstellen, ermangeln weder des Mutes, noch der Selbstverleugnung, aber es sind Bauern, keine Soldaten; sie können sich nicht halten gegen unsere seit lange kriegsgewohnten und im Waffenhandwerk geschulten Truppen. . . . Warum schliesslich soll ich mit Ihnen unterhandeln? Warum soll ich Ihrer Republik einen Anschein von Gesetzmässigkeit geben, indem ich mit ihrem Vertreter ein Abkommen schliesse? Im Grunde sind Sie ja doch nur Aufrührer! Wenn Ihr Kaiser zurückkommt, hat er das zweifellose Recht, Sie alle erschossen zu lassen als Verräter und Rebellen.»

«Aber wenn er wiederkommt», ruft Favre ausser sich, «dann ist das der Bürgerkrieg, die Anarchie!»

«Und inwiefern könnte der Bürgerkrieg uns, den Deutschen, schaden?»

«Aber Herr Graf, fürchten Sie denn nicht, uns zur Verzweiflung zu bringen? Unseren Widerstand aufs Äusserste zu verbittern?»

«Ah, Sie sprechen von Ihrem Widerstand! Auf Ihren Widerstand sind Sie stolz? Wohlan, mein Herr, wenn Herr Trochu ein deutscher General wäre, würde ich ihn heute Abend erschiessen lassen. Man hat nicht das Recht, verstehen Sie, man hat nicht das Recht im Angesicht der Menschheit, im Angesicht Gottes für eine leere militärische Glorie eine Stadt von 2 Millionen Seelen den Greueln der Hungersnot auszusetzen. Die Bahnlinien sind überall unterbrochen. Wenn es uns nicht gelingt, sie in zwei Tagen wieder herzustellen, so sterben Ihnen in Paris jeden Tag 100'000 Menschen den Hungertod. Sprechen Sie nicht von Ihrem Widerstand, er ist ein Verbrechen!»

Mit allen Mitteln versucht Bismarck den Eindruck unerbittlicher Härte zu erwecken. Er weiss: nur so kann er endlich nach diesem halbjährigen Ringen zu einer Einigung kommen. Als sich Favre beklagt, die preussische Artillerie habe auch ein Blindeninstitut getroffen, erwidert er: «Sie machen es ja noch viel schlimmer, Sie schiessen auf unsere rüstigen und gesunden Leute». Als Favre die bedenkliche Lage der Regierung beschreibt, rät er ihm, einen Aufstand zu provozieren und dann mit Pulver zu ersticken. Erschrocken sieht ihn Favre an, aber Bismarck setzt ihm ruhig auseinander, auf diesem Wege könne er mit einem revolutionären Pöbel am ehesten fertig werden. Zwei Monate später wird Favre an diese Prophezeiung gedacht haben.

Favre ist verzweifelt und entschlossen, alles zu unterschreiben, was Bismarck verlangt. Aber als man jetzt darangeht, die Einzelheiten zu erörtern, traut der Franzose kaum seinen Ohren. Dieser furchtbare Deutsche stellt Bedingungen, so milde, wie er sie nie zu hoffen gewagt, und lässt über jeden Punkt mit sich reden. Schon nach einer Stunde ist man völlig einig: Paris kapituliert, aber die Deutschen besetzen nur die Forts, nicht die Stadt. Die Armee liefert die Waffen aus, aber es werden keine Gefangenen abtransportiert. Paris darf sich verproviantieren. Es wird so-

fort ein Waffenstillstand für 3 Wochen geschlossen, und während des Waffenstillstands wird eine Nationalversammlung gewählt. Sie entscheidet über den Frieden und über die künftige Staatsform Frankreichs. Bismarck hat seine stärkste Drohung nicht auszusprechen brauchen. Nur einer dieser Punkte erforderte harte Auseinandersetzungen; aber es ist Bismarck, der hierbei die Interessen Frankreichs vertritt. Er rät, auch die Nationalgarde zu entwaffnen. Favre erwidert, das gebe ein Blutbad. Bismarck gibt nach, aber er sagt: «Glauben Sie mir, Sie begehen eine Torheit. Früher oder später werden Sie mit den Flinten zu rechnen haben, die Sie so unbedachter Weise jenen Feuerköpfen erhalten wissen wollen.» Zwei Monate später hat die Blutherrschaft der Kommune Bismarcks Warnung furchtbar bestätigt. Als der englische Gesandte, Odo Russell, diese Bedingungen erfährt, sagt er, die «edle Mässigung» dieses Vertrages sei ein Meisterstück der glänzenden Begabung des Bundeskanzlers.

### III

Für Bismarck beginnt jetzt die schwerste Aufgabe: die Bedingungen der Vernunft durchzusetzen gegenüber der Unvernunft der Generale. Noch am späten Abend begibt er sich zum König. Als er nach anderthalb Stunden wiederkommt, geht er in das Speisezimmer, pfeift eine Melodie und fragt, ob jemand sie kenne: «Das ist das Halali am Schluss der Jagd,» sagt Graf Hatzfeld. «Sie haben ganz recht», erwidert Bismarck mit einem bedeutungsvollen Blick, «es ist das Halali», und spricht von anderen Dingen.

Am nächsten Vormittag beruft König Wilhelm Bismarck, Moltke, Roon und den Kronprinzen. Moltke empfiehlt, mit Leuten wie Favre überhaupt nicht zu verhandeln. Paris solle sich bedingungslos ergeben. Bismarck erwidert, Deutschland habe ein Interesse daran, in Frankreich eine verhandlungsfähige Regierung am Leben zu erhalten. Man dürfe keine Bedingungen stellen, die in der hungernden Millionenstadt einen



blutigen Aufstand der Verzweiflung hervorrufen müssten. Der Köllig entscheidet sich für Bismarck, und Moltke stimmt schliesslich zu.

An dem nächsten Tage werden einige Einzelfragen mit Favre erörtert. Man sitzt um einen runden Tisch, und Bismarck bietet nach dem Essen auf einer Untertasse grosse Havannas an. Favre dankt; er rauche nie. «Sie haben unrecht», antwortete der Kanzler, «Wenn man eine Unterredung einleitet, die manchmal zu scharfem Wortwechsel und heftigen Entladungen führen kann, so ist es besser, man raucht beim Sprechen. Wenn man raucht, sehen Sie – und dabei zündet er sich eine Havanna an – so nimmt diese Zigarre, die man hält, die man dreht, die man nicht fallenlassen will, die physischen Bewegungen einigermaßen in Anspruch. Seelisch aber besänftigt sie uns, ohne unsere Gehirntätigkeit im mindesten zu schwächen. Die Zigarre ist eine Ablenkung, dieser blaue Rauch, der in Ringeln aufsteigt, dem man unwillkürlich mit dem Auge folgt, erfreut uns, stimmt uns versöhnlich. Man ist glücklich, das Auge ist gefesselt, die Hand ist beschäftigt, der Geruchsinn befriedigt. Man ist geneigt, sich Zugeständnisse zu machen. Und unser, der Diplomaten, ganzes Geschäft besteht ja darin, dass wir uns gegenseitig und ohne Unterlass Zugeständnisse machen».

Aber es ist nicht Favre, der sehr bald aufbraust. Es ist Bismarck, der bei einer Nebenfrage in leidenschaftlichen Zorn gerät: «Hatte ich bisher,» berichtet Hérisson «den ruhenden Löwen schnurren hören wie eine Katze, die man streichelt, so sollte ich ihn nun brüllen hören vor Wut, aufrecht, den Schweif in der Höhe und die Mähne im Wind.»

Es handelt sich um den italienischen Freischarenführer Garibaldi, der mit einer kleinen Armee Frankreich zu Hilfe gekommen ist – zur Hilfe gegen jenes Preussen, das den Italienern Venetien erkämpft hat. Bismarck will ihn von dem Waffenstillstand ausnehmen. Favre lehnt diesen Wunsch ab. Bismarck rückt auf seinem Stuhl hin und her und schlägt mit dem Zeigefinger auf den Tischrand: «Und doch muss ich ihn haben, denn ich will ihn in Berlin herumführen lassen, mit einer Inschrift auf dem Rücken, welche lautet: ‚Das ist die Dankbarkeit Italiens.‘ Wie! Nach Al-

lem, was wir für diese Leute getan haben. Es ist unanständig!» Zum Glück hat Graf d'Hérisson einen Einfall. Er reicht dem Zürnenden lächelnd die Untertasse mit den Havannas. Bismarck muss lachen: «Sie haben recht, Herr Hauptmann», sagt er, «es ist überflüssig sich zu ärgern. Das führt zu nichts – im Gegenteil!» Garibaldi wird in den Waffenstillstand eingeschlossen.

Beim Abendessen kommt man auf politische Prinzipien zu sprechen. Favre als echter Doktrinär formt die platte Phrase, es sei doch schön, wenn jemand sein Leben lang seinen Grundsätzen treu bleibe. Bismarck erwidert, der Mensch sei dem Irrtum unterworfen. Er habe als grüner junger Mensch andere Ansichten und Ziele als heute gehabt. Man dürfe die Konsequenz nicht so weit treiben, dass man das Vaterland zugrunde gehen lasse, um nicht zuzugeben, dass man geirrt habe. Man müsse seine Ansichten nach den Tatsachen, nach der Lage der Dinge, nach den Möglichkeiten ummodellieren, seinem Vaterland nach den Umständen dienen, nicht nach seinen Meinungen, die oft Vorurteile seien. Man dürfe dem Vaterland seine Neigungen nicht aufdrängen. «La patrie veut être servie et pas dominée» (Das Vaterland braucht Diener, keine Herrscher). Dieser Aphorismus, französisch noch prägnanter als deutsch, erweckt grosse Bewunderung. «Das ist ein wahres, sehr tiefes Wort», ruft Favre. Aber er wendet dann doch ein, dieser Satz laufe heraus auf die Unterordnung des genialen Individuums unter die Mehrheit, die wenig Verstand, wenig Sachkenntnis und wenig Charakter habe. Bismarck antwortet, das Pflichtgefühl, die Verantwortung vor Gott bleibe auch gegenüber den Wünschen der Mehrheit der letzte Leitstern.

Nochmals kommt es zu einem Kriegsrat mit Wilhelm und Moltke. Mit der gleichen rücksichtslosen Energie, mit der er gegen Favre aufgetreten ist, drückt Bismarck seine Ansicht auch gegenüber den Militärs durch. Er hat über diese Beratung – eine der wichtigsten seines Lebens – merkwürdigerweise in seine «Täglichen Losungen für einen Christen» das russische Wort für «langweilig» geschrieben. Immer wieder seien die Militärs auf widerlegte Gedanken zurückgekommen. Er sieht, was notwendig ist, der König steht auf seiner Seite, alles andere scheint ihm

Zeitvertrödelung. Er vereinbart sogar – ohne Moltke – mit Favre, das Geschützfeuer einzust eilen. Das monatelang umkämpfte Recht zu entscheiden: endlich ist es ihm zugefallen.

#### IV

Stosch bewundert, wie Bismarck sich in diesen entscheidenden Stunden durchsetzt: «Ich muss gestehen, dass ich es jetzt schon sehr vernünftig finde, wenn Bismarck das Verhandeln als seine unbedingte Domäne in Anspruch nimmt und alles und zwar ganz allein abmacht. Gewiss erregt er so allgemeines Missvergnügen bei Militär und Zivil, aber je mehr Menschen sich in solche Sache mischen, je mehr wollen sich wichtig machen und umso mehr Zeit wird vertrödelt.»

Aber alle übrigen Militärs toben über den «Skandal» dieses Vertrages. Bronsart hat schon, als Favre sich anmeldet, in sein Tagebuch geschrieben: «Graf Bismarck wird dem Wunsch wohl nicht entgegen sein, denn für ihn bietet sich dann sicher die Gelegenheit zu einem diplomatischen Plauderstündchen; diese Sorte Amüsemments fehlt ihm hier entschieden, und deshalb macht er sich anderweitig so unnütz.» Am folgenden Tag befürchtet er, Bismarck werde sichere Vorteile aus der Hand geben, nur um möglichst schnell den Herzogstitel von Lauenburg zu erwerben; Bismarck sei überhaupt schwach und auch der König des Kriegs herzlich müde. «Aber soll dann all das kostbare Blut umsonst verfließen sein?» Ja, er deutet sogar an, Bismarck habe nach der ersten Unterhaltung mit Favre noch in der Nacht telegraphisch ander Börse à la hausse spekuliert und werde deshalb jetzt einen faulen Frieden um jeden Preis schliessen. Von den Waffenstillstandsbedingungen versichert Bronsart, sie sicherten den Frieden gewiss nicht, ja er schreibt sogar wörtlich: «Ein fauler Friede kann leicht die Folge sein; denn Graf Bismarck, der sich nun noch finanziell engagiert zu haben scheint, wird umso mehr bestrebt sein, nur überhaupt ein Ende zu finden.»

Sein Tagebuch wirft auch Moltke vor, er habe kein Verständnis für die Gefühle der Truppe, weil er so wenig Dienst an der Front getan habe.

Moltke bemerkt den Hader seiner Abteilungsleiter; in seiner vornehmen Art lässt er nur die Bemerkung einfließen: «Darüber, dass vielleicht einige junge Offiziere mit der Sache nicht zufrieden sein werden, will ich mich leicht wegsetzen.» Bronsart hat die Stirn, seinem Vorgesetzten sogleich zu erwidern: «Wir drei Abteilungschefs, die wir nicht mehr zu den ganz jungen Offizieren gehören und gewohnt sind, die Verhältnisse nüchtern zu beurteilen, müssen das Abkommen als in jeder Beziehung ungenügend erklären, da wir jetzt in der Lage sind, dem Feind pure das Gesetz vorzuschreiben.» Man kann – wie erwähnt – Bismarcks Härte und Menschenverachtung nur verstehen, wenn man weiss, mit welchem Grade von selbstgerechter Torheit er überall zu kämpfen hat – am Hofe, im Kabinett, im Parlament und bei der Armee.

Dieser Torheit begegnet er auch in der Frage der Kontribution der Stadt Paris. Er sagt Favre, als sie gerade eine Treppe hinuntergehen – er begleitet ihn grundsätzlich bis zur Haustür – Paris sei eine so reiche Dame, dass er glaube, ihn zu beleidigen, wenn er weniger als eine Milliarde verlange. Favre hält sich am Geländer fest und jammert, 100 Millionen seien das Äusserste; zu 500 ist er ermächtigt. Als man auf der untersten Stufe angelangt ist, hat man sich auf 200 Millionen geeinigt. Bismarck beantragt nun, man möge aus dieser ersten Kriegsentschädigung den süddeutschen Staaten die Beträge zurückerstatten, die sie 1866 an Preussen hätten zahlen müssen. Aber keiner seiner Kollegen unterstützt ihn, und die Rückzahlung unterbleibt.

## V

Gambetta – Kriegs- und Innenminister – liest die Bedingungen des Waffenstillstands und schlägt mit der Faust auf den Tisch: Wahl einer Nationalversammlung: das bedeutet seinen Sturz und den Frieden. Sofort erlässt er einen dröhnenden Aufruf: «Nein, es wird sich kein Franzose finden um ein so schmähhliches Abkommen zu unterzeichnen. Zu den Waffen!» Zugleich entzieht er allen bonapartistisch gesinnten Politi-

kern das Recht, gewählt zu werden. Unverzüglich erklärt Bismarck: Wenn die Nationalversammlung unter solchen Einschränkungen gewählt wird, erkennen wir sie nicht als *das* Parlament an, das im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen ist. Die Verordnung Gambettas wird aufgehoben; er tritt zurück. Die Wahl vollzieht sich ruhig; Thiers bestätigt, dass die Besatzung sich nirgends eingemischt hat.

Gewählt werden überwiegend Monarchisten, aber keine Anhänger Napoleons, sondern der früheren Dynastien, der Bourbonen und der Orleans. Die Versammlung ernennt sofort Thiers zum «Haupt der vollziehenden Gewalt». Die Abgeordneten aus dem Elsass und aus Lothringen erheben sämtlich feierlich Einspruch gegen die Abtretung ihrer Heimat. Thiers sieht die Gefahr kommen, dass die Nationalversammlung jede Abtretung verbieten und damit den Frieden unmöglich machen werde. So erklärt er, er nehme sein Amt nur an, wenn man ihm volle Freiheit der Unterhandlung lasse. Der alte Mann, der im Juli gegen die Kriegserklärung gesprochen hat, weiss das Haus hinter seiner Person: mit allen gegen eine Stimme «verlässt sich das Parlament auf die Weisheit seiner Unterhändler», ohne sie zu binden.

Am letzten Tag des Waffenstillstands treffen Thiers und Favre in Versailles ein, um über den Frieden zu verhandeln. Sie sind entschlossen, auf alle Fälle zu unterzeichnen, selbst wenn Bismarck das ganze Elsass und ganz Lothringen verlangen sollte. Sie rechnen auch mit Abtretung von Kolonien, mit Ablieferung eines Teils der Flotte und mit Armeebeschränkungen, wie sie Napoleon I. über Preussen verhängt hat.

## FRIEDEN

*Bismarck war geradezu bezaubernd von grossartiger Liebenswürdigkeit und liebenswürdiger Grösse,*

*Minister Jolly über die Friedensverhandlungen*

### I

Bismarck hegt keine napoleonischen Pläne. Er will weder Schiffe noch Heeresbeschränkungen. Er will auch keine Kolonien; sie wären – wie er sagt – für Deutschland wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die kein Hemd haben. Er weiss, dass die Franzosen unterschreiben müssen, weil sonst Paris wieder eingeschlossen wird. Er hat auch hierfür einen seiner drastischen Vergleiche: «Ich denke, wenn die Pariser erst Zufuhr an Lebensmitteln gekriegt haben und dann wieder auf halbe Rationen gesetzt werden und wieder hungern müssen, das wird wirken. Es ist wie mit der Prügelbank, wenn da etwas länger gehauen wird – hintereinander –, so macht das nicht viel aus. Aber wenn ausgesetzt wird und nach einer Weile wieder angefangen, das ist unerwünscht. Ich weiss das von dem Kriminalgericht her, bei dem ich arbeitete. Damals wurde noch gehauen.»

Er weiss, er kann diktieren, aber er diktiert nicht. Im Gegenteil, er will nur das Elsass und in Lothringen nur die Sprachgrenze. Vom Elsass bleiben dann Beifort, von Lothringen fünf Sechstel mit Metz französisch. Aber die Generale erklären: Metz sei 120'000 Mann wert; Deutschland könne auf Metz und Beifort nicht verzichten. Bismarck gesteht seiner Umgebung, er habe schlaflose Nächte. Er sagt Bamberger, wenn er im Reichstag sässe, würde er gegen den Erwerb von Metz stimmen. Nie verlegen um Auswege, schlägt er schliesslich vor, eine Milliarde mehr

zu verlangen und eine neue Festung auf deutschem Gebiet zu bauen. Siewerde 800 Millionen kosten; dann habe Deutschland noch 200 Millionen verdient. Es gelingt Bismarck, Sohn und Schwiegersohn des Kaisers für seine Ansicht zu gewinnen. Der Kampf mit den Generalen wächst an bis zu einer Grobheit, von der der milde Grossherzog von Baden sagt, sie lasse sich nur durch die Verwilderung erklären, die ein langer Krieg auch in sonst gebildeten Kreisen verursache. Aber Moltke bleibt bei seiner Ansicht, und der Kaiser fügt sich dem Rat der Militärs. «Ich fürchte, wir haben Metz auf dem Hals», sagt Bismarck bei Tisch.

Für die Finanz Verhandlungen lässt Bismarck einen Beamten der Staatsbank und seinen Bankier Bleichröder ins Gefecht gehen. «Der Bleiche muss gleich nach Paris hinein, sich mit seinen Glaubensgenossen beriechen und mit den Bankiers reden, wie das zu machen ist.»

Bronsart ist empört, dass der Kanzler «seinen Privatjuden» hineinziehe.

## II

Zu den Friedens Verhandlungen kommen Thiers und Favre. Thiers gewinnt auch diesmal Bismarcks Zuneigung. An Johanna schreibt er: «Mein kleiner Freund Thiers ist sehr geistreich und liebenswürdig, aber kein Geschäftsmann für mündliche Unterhandlungen. Der Gedankenschaum quillt aus ihm unaufhaltsam wie aus einer geöffneten Flasche und ermüdet die Geduld, weil er hindert zu dem trinkbaren Stoffe zu gelangen, auf den es ankommt. Dabei ist er ein braver kleiner Kerl, weisshaarig, achtbar und liebenswürdig, gute altfranzösische Formen, und es wurde mir sehr schwer, so hart gegen ihn zu sein wie ich musste. Das wussten die Bösewichter, und deshalb hatten sie ihn vorgeschoben.»

Aber auch gegen Thiers lässt Bismarck, wenn es nötig wird, wieder seine gewohnten Mittel spielen. Als Thiers einen Vorschlag Bismarcks «une indignité», eine Unwürdigkeit nennt, fängt Bismarck an, Deutsch

zu sprechen. Weder Thiers noch Favre verstehen ein Wort von dieser Sprache. In kläglichem Ton bittet Thiers, er möge doch zur französischen Sprache zurückkehren. «Sie brauchten vorhin ein Wort, das zu verstehen meine französischen Kenntnisse nicht ausreichen», antwortet Bismarck. Thiers begreift und bewilligt, was er vorher als unwürdig bezeichnet hat.

Nochmals versucht Thiers, mit der Einmischung Europas zu drohen. Bismarck erwidert: «Sprechen Sie mir von Europa, so spreche ich Ihnen von Napoleon. Denken Sie an die Bauern und an die Offiziere und Soldaten. Die Garde kann nur unter dem Kaiser die Stellung wieder haben, die sie gehabt hat. Es würde ihm bei einigem Geschick nicht schwerfallen, von den Soldaten, die Gefangene in Deutschland sind, hunderttausend für sich zu gewinnen, und wir brauchen sie dann bloss bewaffnet über die Grenze gehn zu lassen, so ist Frankreich wieder sein.» Die Drohung wirkt; als Thiers später wieder von Europa anfangen will, hält er plötzlich inne und sagt: «Entschuldigen Sie.»

Einmal schläft in einer Verhandlungspause Thiers, der allein in Bismarcks Zimmer zurückgeblieben ist, ermattet auf dem Sofa ein. Als er aufwacht, findet er sich bedeckt von Bismarcks Militärmantel. Der Kanzler ist noch einmal in das Zimmer zurückgekehrt, um sich zu verabschieden, aber er hat den schlafenden Greis nicht geweckt, sondern mit dem Mantel vor der Winterkälte geschützt.

Bismarcks Nachgiebigkeit findet ihre Grenzen in der Hartnäckigkeit der Militärs. Er sagt Thiers offen: «In Deutschland behauptet man, ich verlöre die Schlachten, die Moltke gewonnen hat – verlangen Sie nichts Unmögliches von mir.» Aber Thiers erklärt: «Ich unterzeichne sofort, wenn ihr mir Beifort zugesteht. Wenn nicht, so bleibt nichts übrig, nichts als die letzten und äussersten Konsequenzen, welcher Art sie auch seien.» Bismarck gesteht, er selbst wolle ihnen Beifort lassen. Aber er müsse mit dem Kaiser – Bismarck sagte noch «mit dem König» – und mit Moltke reden. Er verlässt die Verhandlung und sucht einen Weg, um dem König den Verzicht auf Beifort schmackhaft zu machen.



«Ich glaube nicht», erzählt Favre, «dass jemals ein Angeklagter in grösserer Seelenangst auf sein Urteil gewartet hat. Unbeweglich und lautlos folgten wir bestürzten Auges dem Zeiger der Uhr, der die Stunde unseres Spruchs bezeichnen sollte. Endlich tat sich die Tür auf und auf der Schwelle stehend, sagte uns Herr v. Bismarck: «Was ziehen Sie vor, den Einzug der deutschen Truppen in Paris oder Abtretung Belforts?» Ohne mehr als einen Blick mit Favre zu wechseln, ruft Thiers: «Nichts wird dem Schmerze von Paris gleichkommen, wenn es die Tore seiner unberührten Mauern dem Feinde öffnet, der sie nicht hat erstürmen können. Deshalb haben wir Sie beschworen und deshalb beschwören wir Sie noch, ihm diese unverschuldete Erniedrigung nicht anzutun. Nichts desto weniger ist es bereit, den Kelch bis auf die Hefe zu leeren, um dem Vaterland ein Stückchen seines Bodens und eine historische Stadt zu retten! Wir danken Ihnen, Herr Graf, dass Sie ihm Gelegenheit geben, sein Opfer zu adeln. Seine Trauer wird das Lösegeld für Beifort sein, auf dessen Rückforderung wir mehr als je bestehen.» Wenn er diese Sätze wirklich improvisiert hat, so war er ein Rhetor von Rang.

Zum Glück ist Bismarck hinsichtlich der Besetzung von Paris überaus bescheiden: die deutschen Truppen sollen nur einen kleinen Teil von Paris symbolisch besetzen und auch ihn nur so lange, bis die französische Nationalversammlung den Frieden genehmigt hat. Wieder einmal erreicht er viele Ziele mit einem Schachzug: er verschafft dem König den ersehnten Einzug, er gewinnt ihn für den Verzicht auf Beifort und er drückt auf die französische Nationalversammlung, den Frieden anzunehmen.

Für Bismarck sind es Tage furchtbarer Anspannung. Abeken berichtet seiner Frau: «Der Minister konnte mich erst gegen 10 Uhr heut Abend zum König hinschicken. Für den Minister war es ein umso saurerer Tag; denk Dir, von 1 Uhr nachmittags bis nach 9 Uhr (mit kurzer Unterbrechung um 6 Uhr, um etwas zu geniessen) mit Herren Thiers und Jules Favre zu unterhandeln. Beide keine Geschäftsmänner, beide Rhetoren, der eine ein geschwätziger, der andere ein stummer, die nur sich selbst

hören – es muss eine furchtbare Aufgabe gewesen sein; der Minister war nachher auch so herunter, wie ich ihn kaum gesehen, selbst in den schlimmsten Zeiten. Er hat mich tief gedauert; und der König, dem ich ein Bild davon zu geben hatte, liess ihm auch seine herzlichste Teilnahme ausdrücken. Todmüde wie er ist, kann er nun doch nicht schlafen.»

Der Kanzler hat aus Rücksicht auf die Empfindungen der Süddeutschen Vertreter Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens gebeten, an den letzten Besprechungen teilzunehmen. Einer von ihnen, der badi-sche liberale Minister Jolly, berichtet von der Verhandlung: «Wenn Thiers sich sehr in langen Klageliedern erging, ohne bestimmte Gegenvorschläge zu machen, kam zu rechter Zeit ein seufzendes Stöhnen über die unerträglichen nervösen Schmerzen, die ihn fürchten liessen, die Verhandlungen nicht fortführen zu können, oder auch einmal in verbindlichster Form ein scharfer Sarkasmus, z.B. ‚Ich würde mich im Vertrauen auf Herrn Thiers gern mit geringeren Garantien begnügen, wenn er erblicher König von Frankreich wäre‘; oder: ‚Herr Thiers ist durch seine Beredsamkeit verwöhnt, durch welche er stundenlang grosse Versammlungen fesseln kann; wir werden aber, wenn wir uns nicht einigen, in 30 Stunden wieder schiessen müssen‘ und dergleichen mehr. Wirklich imponierend war aber der Hüne zwei- oder dreimal, wenn er vollkommen chevaleresk und ohne jede persönliche Härte, um zum Abschluss zu kommen, erklärte, nicht der Sieger, sondern der Besiegte hat nachzugeben: Es ist doch ein ganz eminenter Mensch, der trotz manchem wunderbarlich Bizarrem doch, als echtes Genie, bei aller Kraft innerlich massvoll ist.» Nach der Unterzeichnung ergreift Bismarck beide Hände des Franzosen und sagt: «Ich verstehe und ich ehre Ihren Kummer. Sie sind französischer Minister, ich bin preussischer Minister: ich habe tun müssen, was ich getan habe.» Als alles vorbei ist, schreibt er an Johanna: «Gestern haben wir endlich unterzeichnet, mehr erreicht als ich für meine persönliche politische Berechnung nützlich halte. Aber ich muss nach oben und nach unten Stimmungen berücksichtigen, die eben nicht rechnen. Wir nehmen Elsass und Deutsch-Lothringen, dazu auch Metz

mit sehr unverdaulichen Elementen, und über 1'300 Millionen Taler.» Thiers hat sich sein Leben lang Bismarck zu Dank verpflichtet gefühlt und für ihn ein Gefühl der Freundschaft empfunden. Die 5 Milliarden Franken Kriegsschädigung findet der amerikanische Gesandte niedrig – gemessen an der einen Milliarde, die Napoleon I. aus dem kleinen Preussen herausgepresst habe.

### III

Die französische Nationalversammlung zu Bordeaux nimmt den Frieden mit 546 gegen 107 Stimmen – unter diesen alle Elsass-Lothringer – schon am ersten Tag der Verhandlung an.

Inzwischen sind die Deutschen in einen kleinen Teil von Paris am 1. März eingerückt. Bismarck reitet mit und wird erkannt; an einen Arbeiter, der ihn besonders grimmig ansieht, reitet er heran und bittet ihn um Feuer; es wird ihm auch bereitwillig gegeben. Am folgenden Tage sollen diese deutschen Truppen durch andere ab gelöst werden. Aber schon am 2. März erscheint strahlend vor Schadenfreude Favre bei Bismarck und überreicht die Genehmigungsurkunde der Nationalversammlung. Bismarck ist erstaunt; Thiers und Favre hatten beteuert, die Beratung werde lange dauern. Lächelnd antwortet Favre: «Ich wollte Ihnen eine angenehme Überraschung bereiten. Seit dem Beginn der Verhandlungen hat Euer Exzellenz keine Gelegenheit verabsäumt, mir begreiflich zu machen, wie grosse Eile Sie hätten, zu Ende zu kommen. Sie glaubten uns die Zeit, die wir nötig hatten, gar nicht lassen zu können; immer wiederholten Sie, der Kaiser befehle Ihnen, rasch voranzugehen. Ihren Wünschen haben wir uns anbequemt.» Die Deutschen rücken vertragsgemäss sofort aus Paris ab. Aber Kaiser Wilhelm ist schwer getroffen: er könne sich vor der Armee gar nicht mehr sehen lassen.

Schon wenige Tage später beginnt der Aufstand der Kommune, in dem Tausende ermordet, stolze Gebäude der Stadt zerstört und zahlreiche Geiseln, darunter der Erzbischof von Paris, erschossen werden. Erst

nach einem greuelvollen Bürgerkrieg von 2 Monaten wird Mac Mahon mit einem Heer aus entlassenen Kriegsgefangenen des Aufstandes Herr.

Von Bismarck berichtet Keudell aus den Tagen der Friedensunterzeichnung: «Er war sehr heiter gestimmt und schien durch das Gelingen des Friedens Werkes von den Neuralgien befreit zu sein, an denen er während der mehrtägigen Verhandlungen mit Thiers und Favre schwer gelitten hatte. Es war mir immer wieder merkwürdig, dass weder sein Urteil noch seine Willenskraft jemals von körperlichen Schmerzen beeinflusst worden ist.»

Jetzt kommt es auch zur Versöhnung zwischen Bismarck und Moltke. Sobald die sachlichen Fragen entschieden sind, ist Bismarck – wie Stosch berichtet – «unendlich zuvorkommend und liebenswürdig». Auch Bronsart erzählt: «Nach einem Diner umarmte und küsste der Kaiser Moltke dreimal herzlich und entschuldigte sich nach der Tafel noch bei ihm, dass er oft so unwirsch bei den Vorträgen gewesen wäre; „Aber ich bin schon ein alter Mann; Sie haben immer recht gehabt? Das waren die laut und öffentlich gesprochenen Schlussworte des Kaisers, über welche General Moltke allen stillen Ärger, den er gehabt, gern vergass. Er gratulierte dem Grafen Bismarck zu seinem diplomatischen Erfolg; dieser lehnte ganz bescheiden jedes Verdienst ab und meinte, es sei wohl sehr leicht, mit einer solchen militärisch erreichten Grundlage Frieden zu machen. Darin hatte er ganz recht. So war denn alles ganz vergnügt und munter.» Von dem weiteren Verlauf des Abends berichtet Keudell: «Man war recht glücklich. Nach Tisch kamen noch verschiedene Leute, und als alle fort waren, 8½, und der Chef und ich allein, bat er mich zu spielen, erst den Hohenfriedberger Marsch. Während dessen kam Moltke, und sie sagten sich Annehmlichkeiten und erzählten sich was, während ich immer weiterspielte.»

Die Verhandlungen über die endgültige Unterzeichnung des Friedens werden in Brüssel von dem Botschafter Arnim geführt, aber die Bevollmächtigten können sich nicht einigen. Bismarck übernimmt sie selbst und setzt in Frankfurt in wenigen Tagen die deutschen Forderungen durch. Der Friede erweist sich als dauerhafter als die meisten Friedensschlüsse Europas.

Zweiundeinhalb Jahrzehnte später hat Bismarck gesagt: «Es ist gelungen, den Frieden seit 25 Jahren zu erhalten, und es ist keine Aussicht, dass er in kurzer Zeit gestört werde; wenn ich auf irgendetwas stolz bin, so ist es dies.» Es wurden sogar 43 Jahre, und es bedurfte einer ungewöhnlichen Entfaltung von Torheit, um diesen Frieden zu zerstören.

#### IV

Der Kaiser erhob Bismarck in den Fürstenstand. Der Kanzler teilte Johanna die Ernennung mit, indem er ihr die Urkunde mit den Schlussworten aus dem Wallenstein überreichte; «Dem Fürsten Piccolomini.» Bismarck empfand seine Namensänderung als lästige Formalität. Noch Wochen später antwortete er auf die Frage, wie es der Fürstin gehe, verständnislos: «Welcher?» Er schalt, der verdammte Titel zwingt ihn zu unnötig kostspieliger Repräsentation. Je älter er wurde, desto mehr wollte er ihr entrinnen.

Der Kaiser verschaffte ihm diese Möglichkeit: er schenkte ihm den Sachsenwald. In dem Herzogtum Lauenburg, das Dänemark an Preussen abgetreten hatte, lag ein unermesslicher Staatswald. Schon Karl der Grosse und Heinrich der Löwe hatten ihn als persönliches Eigentum besessen. Diesen Wald – 25'000 Morgen – schenkte ihm der Kaiser. Freilich war es ein riesiges Gebiet ohne rechten Wohnsitz. Es gab nur ein bescheidenes «Gasthaus Frascati» für die bisherigen Jagdpächter. Bismarck beschränkte den Umbau auf das Nötigste. Noch Jahre später hat sich Philipp Eulenburg darüber lustig gemacht, dass an den Schlafräumen von Friedrichsruh die Zimmernummern stehengeblieben waren. Bismarck beachtete das nicht. Eleganz und Komfort waren ihm fremd; er ist auch zeitlebens bei der Gänsefeder und der Öllampe geblieben, auch als sich Stahlfeder und elektrisches Licht schon durchsetzten.

Er lebte dort für den Wald. In Schönhausen wuchsen nur Kiefern; im Sachsenwald konnte er stundenlang zwischen Buchen Spazierengehen

und sich unter Eichen setzen, die schon den Dreissigjährigen Krieg erlebt hatten. Er legte Schonungen von 30 ausländischen Baumarten an, von denen viele herrlich gediehen. «Wenn meine politischen Taten längst vergessen sind, werden diese Pflanzungen beweisen, dass ich gelebt habe», sagte er zu Keudell. Sein grosser englischer Gegenspieler Gladstone pflegte als Liebhaberei das Fällen alter Bäume. Bismarck liess ihm durch einen englischen Maler einen Gruss bestellen: «Sagen Sie ihm, dass ich eifrig beim Pflegen bin, während er die Axt an die Bäume legt.»

## BISMARCK UND DIE POLITISCHE MORAL

*Wir müssen eine scharfe Unterscheidung machen zwischen dem moralischen Verhalten von Individuen und von sozialen Gruppen . . . Wenn wir diesen Dualismus der Moral nicht offen bekennen, so gefährden wir die Wirksamkeit der Moral auf beiden Gebieten.*

*Reinhold Niebuhr*

### I

In einer tiefgründigen Untersuchung über die «Politik zwischen den Völkern» hat der amerikanische Professor Hans Morgenthau (nicht identisch mit dem Schöpfer des Morgenthauplanes) die Frage aufgeworfen: «Die Schriftsteller stellen moralische Vorschriften auf. . . um die Beziehungen zwischen den Völkern friedlicher zu machen . . . Aber sie haben sich selten gefragt, ob und in welchem Umfang solche Vorschriften, so wünschenswert sie sein mögen, tatsächlich die Handlungen der Staatsmänner bestimmen.»

Das ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Handeln die Staatsmänner im Umgang mit anderen Staaten – nur von auswärtiger Politik soll in diesem Kapitel die Rede sein – nach den Grundsätzen der allgemeinen Moral, wie sie für Einzelpersonen gilt? Können sie danach handeln? Es ist eine ganze Reihe von Problemen, die wir hier prüfen müssen.

Erstens: Der Staat kennt keine «Liebespflichten». Er kann und soll einem notleidenden andern Staat helfen. Aber wenn ein Staatsmann hierbei die Existenz seiner Mitbürger aufs Spiel setzen wollte, so würden sie ihn abberufen. Der Einzelne kann sich opfern, aber nicht der Staatsmann sein Volk zugunsten eines anderen Volkes. Der Grundsatz *do ut des* – ich gebe, damit du gibst – gilt im Bereich des Einzelnen als widerwärtig.

ger Egoismus. Aber der Staatsmann, der ihn nicht befolgte, würde hinweggefegt werden. «Über ihre Eigeninteressen hinaus kann man Völkern kein Vertrauen schenken» (Washington). Hierdurch entfällt ein Hauptstück aller Moral.

Zweitens: «Das Minimum der Moral ist das Recht» (Jellinek). Nimmt der Staat die Rechtspflichten unverbrüchlich wahr? Hier ergibt sich eine noch grössere Schwierigkeit. Der Staat steht unter der Rechtsidee. Aber er steht keineswegs unter dem jeweiligen positiven Recht der Gegenwart. Dieses Recht ist seine Schöpfung. Mehr noch: dies Recht ist der Vervollkommnung ebenso fähig als bedürftig. Jedes Recht ist einmal durch Macht gesetzt worden, und auch das jeweils geltende Recht kann nicht beanspruchen, das letzte zu sein. Gerade die Rechtsverhältnisse zwischen den Völkern sind – das zeigt jeder historische Atlas – im Laufe der Jahrhunderte ständig geändert worden, oft aus Willkür, oft weil Willkür behoben werden musste, oft weil die Entwicklung über einen Rechtszustand hinweggegangen war. Meist haben sich diese Veränderungen unter Androhung oder Anwendung von Gewalt vollzogen. Als Preussen 1813 den Tilsiter Vertrag brach, war es nach geltendem Recht im Unrecht. Aber konnte man den aufgezwungenen Tilsiter Vertrag als echtes, ewiges Recht bezeichnen? Eben weil die Dinge so liegen, kennt das Rechtsempfinden auf staatlichem Gebiet eine ausserordentlich schnelle Verjährung: als 1804 einige hundert deutsche Zwergstaaten rechtswidrig den grösseren Staaten einverleibt wurden, empfand nach wenigen Jahren niemand mehr diesen Rechtsbruch als Frevel.

Obendrein ist das Völkerrecht ein Recht besonderer Art: es ist nicht erzwingbar, und es regelt nur einen Bruchteil der Probleme. In allen grossen Fragen fehlen ihm allgemein anerkannte Sätze. Ob z.B. für den Verlauf von Grenzen der Zustand von gestern massgebend sein soll oder der Zustand vor 10 Jahren oder der Wille der Bevölkerung oder die Sprache oder die Wirtschaft oder die Strategie: auf diese Fragen gibt das Völkerrecht keine Antwort. Die Staatsmänner haben immer wieder rechtswidrig gehandelt, sonst hätten sich die Staatsgrenzen nicht in jedem Jahrhundert geändert.



Diese Neigung zur Rechtswidrigkeit ist auch durch moralische Verhaltensweisen schwer zu ändern, und zwar weil jede Moral Gegenseitigkeit voraussetzt. Diese Gegenseitigkeit ist biologisch notwendig, denn ohne Gegenseitigkeit würde jeder, der einseitig der Moral folgt – ein Einzelner oder ein Staat –, in die Gefahr geraten, zu verkümmern oder unterzugehen. Wenn eine Gruppe von ihren Angehörigen die Beobachtung bestimmter Spielregeln fordert, so übernimmt sie die Gewähr, dass *alle* diese Regeln einhalten. Luther hat auf den Einwurf, wer nach christlicher Moral handle, gebe sich jedem Lumpen und Buben preis, geantwortet, es sei Aufgabe der Obrigkeit, Lumpen und Buben in Zaum zu halten. Von dieser Obrigkeit, von dieser Gewähr ist unter Staaten nicht die Rede. Hier gilt in vollem Umfang das Wort Luthers, dass die Welt «des Teufels Wirtshaus» ist. Vor der nun einmal gegebenen Beschaffenheit der Welt darf der Staatsmann die Augen nicht verschliessen. Dass ein Staat, der den Geboten der Ethik gehorcht, wahrscheinlich zugrunde geht, haben folgerechte Verfechter dieser Forderung – wie Friedrich Wilhelm Förster – auch zugegeben.

Von einem Privatmann, der einem rechtswidrigen Angriff ausgesetzt ist, sagt das Strafgesetz, er handle im Zustand der «Notwehr»; wenn er nur in diesem Zustand zu sein glaubt, so spricht es von «Putativ- (geglaubter) Notwehr». In diesem Zustand befinden sich die Staaten gleichsam ständig. Sie müssen, wenn sie können, jede Schwächung ihrer Macht vermeiden, um nicht eines Tages vor einem übermächtigen Angriff zu stehen. «Es gibt keine andere Möglichkeit, die Schwerter in Ruhe zu halten, als eines durchs andere; mehr als die Hälfte aller Kriege sind entstanden durch grosse Staatsfehler der Angegriffenen, welche dem Angreifer die Hoffnung eines glücklichen Erfolges gaben.» (Fichte)

Drittens: auch die Ethik der Einzelmenschen enthält kein Netz von Normen, die alle irdischen Tatbestände decken. Aber der Einzelne findet seinen moralischen Massstab in seinem Gewissen. Der Staat selbst hat kein Gewissen, und das Gewissen der Staatsmänner hat – schon, weil meist mehrere handeln – in Staatsfragen andere Massstäbe. Es bedeutet

einen Unterschied, ob der Einzelne sein persönliches Wohl als höchstes Ziel ansieht oder der Staat das Gemeinwohl. Der «Rang-Vorzug des Gemeinwohls» kann – so empfinden die Staatsmänner – ein Verhalten des Staates gebieten, das von der sittlichen Verpflichtung des Einzelnen abweicht. In «patriotischen Handlungen» sind persönliche Selbstlosigkeit und nationaler Egoismus oft heillos verfilzt. Dazu sind bei den Handlungen des Staates die Verhältnisse in der Regel verwickelter als im Leben des Einzelnen und dadurch schwerer zu beurteilen. Fast nie liegt bei Streitigkeiten der Staaten alles Recht und Unrecht auf einer Seite. Im Jahr 1853 griff Russland die Türkei an, angeblich um die christlichen Balkanvölker zu befreien, die unter der Misswirtschaft des Sultans schmachteten. In Wahrheit wollte es seinen Machtbereich ausdehnen. Es focht für «Menschenrechte», aber es verstieß gegen das Völkerrecht, wenn es in das Land des Sultans einfiel und damit den Grossherrn zur Kriegserklärung zwang. England und Frankreich sprangen den Türken bei, um Russland nicht zu gross werden zu lassen. Sie halfen dem Angegriffenen, aber sie hielten die christlichen Balkanvölker damit unter der Fuchtel einer erbärmlichen Regierung. Wo lagen Recht und Unrecht, Moral und Unmoral?

Viertens: der Einzelne kann sich Unrecht tun lassen, er soll sogar nach der Bergpredigt die andere Backe hinhalten. Unrecht dulden kann bei ihm Tugend sein. Anders der Staat. Die Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten, gehört zu seinen Aufgaben. Wenn ein Staatsmann einem angedrohten Unrecht nicht widersteht oder ein angetanes Unrecht ungestraft lässt, so kann das – lehrt der Heilige Thomas – ein Verbrechen sein. Der Staat darf sich seinem Amt – auch seinem «Schwertamt», wie Luther sagte – nicht entziehen. Dass sich die Grossstaaten England und Amerika jahrelang der Verpflichtung entzogen haben, Grossmächte zu sein, hat 1939 die ganze Welt büssen müssen. Vom Standpunkt der Einzelmenschen ist das höchste Ideal Selbstlosigkeit, vom Standpunkt der Gemeinschaft Gerechtigkeit.

Aber jede Gerechtigkeit erfordert ein Abwägen von Werten. Dieses Abwägen ist schwierig. Der grosse amerikanische Theologe Reinhold

Niebuhr, der unser Problem in mehreren scharfsinnigen Untersuchungen behandelt hat, sagt einmal: «Es gibt kein ethisches Handeln ohne Selbstkritik und es gibt keine Selbstkritik ohne die rationale Fähigkeit, von sich selbst Abstand zu nehmen; es ist daher natürlich, dass die Einstellungen von Völkern kaum annähernd ethisch sein können.» Nun hängt der Staatsmann heute aber von der Billigung seines Volkes ab. Diese Billigung verschafft er sich nur durch Erfolge. Erfolge beurteilt die Masse stets nach dem Gefühl, nicht nach sorgfältiger rationaler Abwägung. Ein Staatsmann, der gegenüber andern Staaten nachgibt, ist – leider – schon halb gestürzt.

## II

Diese abstrakten Überlegungen gewinnen mehr Farbe, wenn wir sie auf praktische Fragen anwenden. Es sind vor allem zwei spezifische Mittel, deren Anwendung dem Staatsmann immer wieder vorgeworfen wird: Lüge und Vertragsbruch.

Vor 300 Jahren hat der englische Gesandte in Venedig, Sir Henry Wotton, gesagt: «Ein Gesandter ist ein Ehrenmann, der ausgeschickt wird, um für den Staat zu lügen.» Ein so gerechter, ja selbstgerechter Politiker wie Onno Klopp erzählt stolz, dass er im Krieg von 1866 bei seiner Fahrt von der hannoverischen zur bayerischen Armee die Preussen durch unwahre Angaben über sein Ziel getäuscht habe. Nun ist das Verhältnis zwischen Staaten immer eine Kampfsituation, weil die Rechtsbeziehungen zwischen ihnen unvollkommen sind und mangels einer übergeordneten Gewalt immer wieder zum Kriege führen können. Der Systematiker der Ethik, Friedrich Paulsen, gestand: «Solange die Unvollkommenheit des Rechtszustandes, die Möglichkeit des Krieges zwischen den Staaten besteht, so lange kann es zwischen ihnen kein vollkommenes Vertrauensverhältnis geben; und wo es kein volles Vertrauen gibt, da kann es keine volle Offenheit und Wahrheit geben. Auch das ist für den Staatsmann eine unabhängig von seinem Willen gegebene Lage, mit der er rechnen muss. Und darum wird ihn kein moralischer Vorwurf treffen, wenn er aus dieser Lage heraus handelt, wenn er Täuschungen

über seine Absichten bestehen lässt und wohl auch ihr Entstehen begünstigt, wenn er in Abrede stellt, gewollt zu haben, was sich als unerreichbar herausstellt, wenn er ein untergeordnetes Organ, dem er zu einem Vorgehen freie Hand, vielleicht auch den Anstoss gegeben hat, hinterher, da die Sache nicht gerät, fallen lässt oder ihm die Schuld gibt, u.s.f. . . . Das Dissimulieren und das Simulieren gehört zum Handwerk; wer sich nicht ein wenig darauf versteht, der taugt nicht zum Diplomaten in dieser Welt, die nun einmal nicht die beste der Welten ist.»

Ein Staatsmann, der in einer Welt diplomatischer Lügen mit offenen Karten spielt, würde sein Volk zugrunde richten. Aber «der Staatsmann hat nicht das Recht, sich die Hände zu wärmen an den rauchenden Trümmern seines Vaterlandes mit dem behaglichen Selbstlob: Ich habe nie gelogen; das ist die Tugend des Mönches.» (Treitschke)

Der Staatsmann – genau wie der Soldat, ja sogar in gewissem Umfang auch der Kartenspieler und der Kaufmann – erwarten von ihren Gegnern gar keine lautere Wahrheit, sondern sind stets auf Irreführungen gefasst. Sie sind verpflichtet, alle Äusserungen des Gegners zu prüfen. Dass der Staatsmann Tatsachen zielstrebig zusammenstellt, einseitig beleuchtet, ja frei erfindet, dass er übertriebene Konsequenzen zieht, Motive unterschiebt, Handlungen «an die Rockschösse hängt»: das alles erwarten seine Gegner und darauf richten sie sich ein. Kampfsituationen verführen zur Einseitigkeit. Selbst Jesus hat – wie Paulsen bemerkt – beim Kampf gegen die Pharisäer das relativ Berechtigte und Segensreiche an ihnen nicht erwähnt.

Ähnlich liegt die Frage des Vertragsbruchs. Bei ihm handelt es sich um einen Konflikt zwischen Politik und positivem Recht. Aber auch hier ist das Fehlen eines erzwingbaren Rechtes wesentlich: «Der Satz des bürgerlichen Rechts, dass Nichterfüllung von einer Seite die andere nicht zum Rücktritt vom Verträge, sondern nur zur Klage vor dem Richter berechtigt, findet auf internationale Verträge zweifellos keine Anwendung, weil bei ihnen die richterliche Instanz fehlt» (Bismarck). Spinoza behauptete sogar: «Auch unter dem Gesichtspunkte der Reli-

gion und Frömmigkeit ist der Rücktritt von einem nachteiligen Staatsvertrage für den Inhaber der Staatsgewalt Pflicht gegen die eigenen Untertanen, denen die Treue zu wahren ihm höher stehen muss als die Vertragstreue gegenüber seinem Mitkontrahenten.» Ganz ähnlich hat in unseren Tagen Hans Morgenthau geschrieben: «Ein Diplomat, der in juristischen und propagandistischen Ausdrücken denkt, ist in Versuchung, auf dem Buchstaben des Rechts zu bestehen und die Folgen aus dem Auge zu verlieren, welche diese Hartnäckigkeit für das eigene Volk und für die Menschheit haben kann. Wenn Rechte verteidigt werden müssen, glauben diese Art von Diplomaten, dieser Tatbestand sei allein ausreichend. Jedoch die Wahl, vor der ein Staatsmann steht, ist nicht die zwischen Legalität und Illegalität, sondern zwischen politischer Weisheit und politischer Dummheit.» Aber diese beiden Sätze Spinozas und Morgenthaus widersprechen unserem Gefühl. Wir werden sogleich sehen, welche unzulässige Vereinfachung sie enthalten.

### III

Das Ergebnis unserer bisherigen Untersuchungen ist: der staatlichen Moral fehlen die Fundamente der privaten Moral. Friedrich Naumann, evangelischer Pfarrer und Führer der Demokraten in der Weimarer Nationalversammlung, der mit unserem Problem bitter gerungen hat, schrieb in den «Briefen über Religion»: «Der Kampf ums Dasein hat die Völker gelehrt, Panzertiere zu sein. Ohne Rüstung sind sie wie Schalentiere ohne Schalen ... Wir konstruieren unser staatliches Haus nicht mit den Zedern vom Libanon, sondern mit den Bausteinen vom römischen Kapitol. In diesem Haus aber soll Jesus noch heute sein Evangelium verkünden wie einst im römischen Hause. Deshalb fragen wir Jesus nicht, wenn es sich um Dinge handelt, die ins Gebiet der staatlichen und volkswirtschaftlichen Konstruktion gehören. Das klingt hart und schroff für jeden christlich erzogenen Menschen, scheint mir aber gut lutherisch zu sein.» Dieses Dilemma des Staatsmannes ist uralte.

Kein erfolgreicher Staatsmann hat sich jemals in seiner Aussenpolitik nach den Grundsätzen der Privatmoral gerichtet. Der Einiger Italiens, Cavour, hat das schwermütige Wort gesprochen: «Ich weiss nicht einmal, ob ich mich noch zu den Ehrenmännern zählen darf, weil ich die Einheit meines Vaterlandes gründete.»

Aber wenn der Staat nicht imstande ist, nach den Grundsätzen der Privatmoral zu handeln: ist er dann von jeder Moral befreit – etwa nach dem Prinzip des englischen Admirals Sir John Fisher, der bei der Haager Friedenskonferenz offenherzig erklärte, er kenne nur den einen Grundsatz: «Macht ist Recht» – ? Diese Lösung vermag niemanden zu befriedigen. Unser Gefühl verlangt Moral auch vom Staate. Diesen Grundsatz dürfen wir niemals preisgeben, sonst stürzen wir in ein Chaos.

#### IV

Es kommt darauf an, eine Moral zu finden, welche die Gegebenheiten des Staatslebens berücksichtigt. Um dieses Problem zu lösen, müssen wir – an Hand einer berühmten Untersuchung Max Webers – uns klar machen: jedes ethische Verhalten kann zwei verschiedenen Leitsternen folgen. Der Gesinnungsethiker hält für moralisch entscheidend den Geist, aus dem das Handeln entspringt. Die Folgen sind ihm gleichgültig; sind sie übel, so ist nicht er verantwortlich, sondern die Schlechtigkeit der Welt. Der Verantwortungsethiker dagegen sagt: der Mensch ist auch für die voraussehbaren Folgen seines Tuns verantwortlich. Zwischen diesen beiden Gestalten der Moral klafft ein tiefer Gegensatz. Die Gesinnungsethik ist verkörpert in dem Satz der englischen Puritaner: «Der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim.» Oder wie Kronprinz Friedrich 1864 ratlos in sein Tagebuch schrieb: «In der ersten schweren gegenwärtigen Zeit ist es Pflicht jedes Einzelnen, das was er für Recht hält, zu tun und einer gütigen Vorsehung dann das übrige anheimzustellen.» Innerlich schwache und weltfremde Naturen enden so in einer *Fart-pour-l'art*-Ethik. Der Verantwortungsethiker dagegen rech-

net mit der Unzulänglichkeit der Welt. «Er hat gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit voranzusetzen, er fühlt sich nicht in der Lage, die Folgen eigenen Tuns, soweit er sie voraussehen konnte, auf andere abzuwälzen. Er wird sagen: diese Folgen werden meinem Tun zugerechnet.» (Fichte)

Nun haben staatliche Handlungen eine grössere Breitenwirkung der Folgen als private. Im Verkehr der Staaten fehlen, wie wir gesehen haben, ein übergeordnetes Gericht und die Gewähr der Gegenseitigkeit. Die Unzulänglichkeit der Welt und mit ihr die Bedeutung der Folgen jeder Handlung wirkt sich deshalb im Staatsleben tiefgreifender aus. Hier kann weit öfter als im Privatleben aus guten Handlungen Böses, aus bösen Gutes entstehen. Reine Gesinnungsethik eines Staatsmannes bedeutet oft die Aufopferung anderer Menschen. Die reinen Gesinnungsethiker pflegen auch zu übersehen, dass keine Wohlfahrt, kein Rechtszustand und keine Friedensordnung ohne die Fähigkeit zum Kampf zu erreichen und zu behaupten sind.

Der Politiker darf deshalb nur nach den Grundsätzen einer Verantwortungsethik handeln. Vor Napoleons russischem Feldzug von 1812 hat Metternich durch ein Scheinbündnis mit Frankreich, dessen Verpflichtungen er nie zu erfüllen beabsichtigte, seinem Volk viel nutzloses Blut erspart. Es war Lüge und Vertragsbruch, aber moralisch völlig berechtigt.

Diese Auffassung der Staatsmoral ist nicht neu. Zu allen Zeiten hat man die Staatsmänner für die voraussichtlichen Folgen ihres Handelns moralisch haftbar gemacht und eine blosser Gesinnungsethik für sie verworfen. «Der Einzelne kann für sich selbst sagen: ‚Gerechtigkeit muss sein, und wenn die Welt zugrunde geht‘, aber der Staat darf dies nicht für die sagen, die seiner Fürsorge anvertraut sind» (Hans Morgenthau). Oder – wie es Niebuhr formuliert hat – «Wenn der Zweck einer Politik nach Moral und Vernunft zu billigen ist, so ist die Wahl der Mittel mehr politischer als ethischer Natur.» Und Theodor Mommsen sagte rundum: «Dem rechten Mann liegt das Ideal im Ziel und nicht in den Wegen.» Ja, er hat sogar von einer wegen ihrer Grausamkeit verrufenen Gestalt, wie

Sulla erklärt, er habe die italienische Einheit «mit endloser Not und Strömen von Blut nicht zu teuer erkaufte».

Aber diese Worte Mommsens, die wir nur mit Unbehagen lesen können, führen uns zu dem entscheidenden Problem der Verantwortungsethik, zu der Frage: wann vermag ein gutes Ziel verwerfliche Mittel zu heiligen? Diese Frage lässt sich nicht schematisch beantworten, oder – wie es in der grossen Untersuchung Morgenthau heisst «Der politische Realismus behauptet, dass man auf Handlungen der Staaten moralische Grundsätze nicht in ihrer allgemein abstrakten Formulierung anwenden kann, sondern dass sie gefiltert werden müssen durch die konkreten Umstände von Zeit und Ort.» Wie muss nun diese «Filterung» aussehen?

Das erste, was wir in der Politik prüfen müssen, sind die Ziele. Was das Buch Machiavells so widerwärtig macht, ist nicht nur die Skrupellosigkeit hinsichtlich der Mittel, sondern das Fehlen sittlicher Zwecke. Die «Macht» ist bei ihm Selbstzweck; sie bleibt völlig leer. Die wirklichen Ziele der Staatskunst – Wohlfahrt und Friede – sind für ihn nicht vorhanden.

Das Ziel echter aussenpolitischer Staatskunst liegt nicht in blosser «realpolitischer», d.h. besonders umsichtiger Verfolgung des eigenen Dauer Vorteils. Es liegt auch nicht in der Verwirklichung von «Kultur-Idealen» – einem Begriff, der zu verschwommen ist, um als höchster Wert dienen zu können. Auch der Kampf für angebliche «Ideen» ist oft Tarnung für eine massive Interessenpolitik. Vollends blosser Machterweiterung, Befriedigung des Ehrgeizes – auch des Ehrgeizes eines Volkes – oder Gewinnung der Volksgunst sind Ziele, die jedes Handeln moralisch verwerflich machen. Das echte Ziel kann nur eine dauernde und gerechte Friedensordnung sein – gerecht nicht nach dem Massstab eines einzelnen Volkes, sondern der Völkergemeinschaft.

Wie weit ist nun der Staatsmann berechtigt, zur Verwirklichung dieses Zieles auch Mittel einzusetzen, welche die Einzelmoral verwirft? Die Frage lässt sich nicht mit wenigen Sätzen beantworten. Ziel und Mittel müssen gegeneinander abgewogen werden. Ein nach der Einzelmoral



verwerfliches Mittel ist nur zu billigen, wenn der Schaden, den es materiell oder ideell anrichtet, nicht ausser Verhältnis zu dem Segen steht, den das erreichte Ziel gewährt. Der Gedanke der «Verhältnismässigkeit» – dem Juristen geläufig – ist bei diesem Problem nicht zu entbehren. Ziele und Mittel abzuwägen, erfordert Klugheit, die für den Staatsmann geradezu eine moralische Eigenschaft ist. Der evangelische Theologe Scholz hat in einer Untersuchung über Politik und Moral gesagt: «Der sittliche Massstab einer Politik ist die ihr innewohnende Sachlichkeit, mit anderen Worten die Sicherheit, mit der sie das Richtige trifft. Diese Sicherheit ist kein abstrakter Begriff, der sich nach Regeln zergliedern liesse, sondern ein eigentümliches lebendiges Gut, das immerfort neu erworben werden muss, wozu Verstand, Vernunft, Genie, Scharfblick, Tiefblick und überhaupt alle höchsten Kräfte des Menschen gehören.»

Die Sachlichkeit des Staatsmannes erscheint oft als Härte. Aber Weichheit des Charakters führt zu Unklarheit und Entschlusslosigkeit; daraus sind der Erste Weltkrieg und viele andere Kriege entsprungen. Die Napoleon-Naturen können nur dann Europa mit Blut bedecken, wenn ihnen nur schwächliche Gegenspieler in den Weg treten. Das Ideal eines Staatsmannes ist der Mann, der Klugheit mit Härte vereint und diese Kräfte in den Dienst des Friedens und Wohlstandes stellt.

## V

Wir haben diese grundsätzlichen Überlegungen anstellen müssen, um einen Massstab für Bismarcks politische Moral zu gewinnen. Viele Bücher gegen Bismarck beruhen auf einem einfachen Kunstgriff: sie werfen Bismarck Handlungen vor, die er tatsächlich begangen hat und die auch tatsächlich gegen die Gebote der Privatmoral verstossen. Aber sie verschweigen eine entscheidende Tatsache: alle anderen Staatsmänner, die vor ähnlichen Aufgaben – etwa vor der Einigung eines Volkes – standen, haben genau die gleichen, ja sogar weit schlimmere Handlungen begangen. Wer mit einem falschen Metermass misst, gelangt niemals zu einem richtigen Ergebnis.

Politische Ethik ist Verantwortungsethik. Verantwortungsethik fragt nach Zielen und Mitteln.

Bismarcks Ziel war, zunächst Norddeutschland und dann das gesamte nicht-österreichische Deutschland unter Führung Preussens zu vereinen. Ob das eine mehr preussische oder mehr deutsche Politik war, ist für das moralische Problem belanglos. Beides fiel sachlich weitgehend zusammen, denn nur Preussen – und nicht der Vielvölkerstaat Österreich – konnte ein einiges deutsches Reich schaffen.

Zu den Mitteln, die dieses Ziel erforderte, gehörte Täuschung der anderen Grossmächte, vor allem Frankreichs. Über den Kampf, den Bismarck mit Napoleon III. ausfechten musste, hat Hermann Oncken gesagt: «Im tieferen Kern enthüllt sich hinter den diplomatischen Methoden auch ein sehr verschiedenes Ethos . . . Die Politik Bismarcks war . . . eng verbunden mit dem Drang einer Nation, sich nach innen und aussen neu zu gestalten ... sie war sittlich, weil sie eine geschichtliche Notwendigkeit vollstreckte, aber sie hatte den Weg zum Ziele mit den Mitteln zurückzulegen, wie die europäische Umwelt, so wie sie war, wie vor allem die französische Nachbarschaft sie erforderte. Die Künste Napoleons dagegen, tiefend von schönen Schlagworten und im Kerne von tiefer Verlogenheit, dienten allein dem Zwecke, in den Lebensprozess einer anderen Nation mit gewissenlosem Spiele einzugreifen . . . Das zweideutige Spiel, in dem hier die Geschicke einer grossen Nation der nachbarlichen Begehrlichkeit und letztlich der dynastischen Berechnung eines Abenteurers geopfert werden sollten, wird immer das ungeschriebene Sittengesetz verletzen, das das Leben der Staaten und Völker regiert.»

Im Allgemeinen neigte Bismarck zur Täuschung weniger als andere Staatsmänner. Er war zeitlebens für seine Offenheit berühmt; sie war bei ihm elementare Neigung und zugleich eine bewusste Waffe, um eine Atmosphäre der Vertraulichkeit zu erzeugen; nahezu jeder, der zum erstenmal mit ihm sprach, hat nachher bekannt, solcher Offenherzigkeit sei er noch nicht begegnet. Der französische Aussenminister Ferry hat ihn den «Inbegriff der Gradheit» genannt. Aber eine Politik der offenen

Karten hat auch Bismarck nicht spielen können. Nur gab er die Notwendigkeit diplomatischer Lügen offen zu: «Wenn ich nicht lügen soll, kann ich nicht auswärtiger Minister sein», sagte er zu dem entsetzten Ludwig von Gerlach. Seine Neigung zum Pointieren hat ihn allerdings oft veranlasst, unmoralischer zu sprechen als er handelte.

Bismarck hat auf dem Wege zur deutschen Einheit auch einen Vertragsbruch vornehmen müssen: der Eventualvertrag eines Bündnisses mit Italien verletzte die Verfassung des Deutschen Bundes. Aber diese Verfassung war – auch nach Ansicht vieler Gegner Bismarcks – das Muster eines überlebten und verderblichen Vertrages. Das Bündnis sollte auch nur praktisch werden, wenn Österreich alle friedlichen Vorschläge zur Reform des Bundes ablehnte, und schliesslich hat Österreich selbst wenige Monate später die Bundesverfassung einschneidender verletzt, als Franz Joseph den Franzosen einen unabhängigen Rheinstaat in Aussicht stellte. Den völligen Bruch des Bundes hat Österreich den Preussen erspart, indem es durch seinen rechtswidrigen Antrag auf Bundesexekution voranging.

Aber hat Bismarck nicht, um sein Ziel zu erreichen, drei Kriege entfesselt? Dieses Urteil ist so falsch wie die meisten summarischen Urteile. Der dänische Krieg ist nur dadurch entstanden, dass der dänische Reichstag einen Vorschlag ablehnte, der seinen Vertragspflichten und der Vernunft entsprach und der ihm von allen Grossmächten und von seinem eigenen König empfohlen wurde. Den österreichischen Krieg hat Bismarck in der Tat herbeigeführt, aber erst als Österreich den sachgerechten Vermittlungsvorschlag des zweiköpfigen Deutschlands aus Siegeshoffnungen heraus abgelehnt hatte. Und was den Krieg mit Frankreich angeht, so hat Bismarck in der luxemburgischen und in der süd-deutschen Frage empfindliche Opfer gebracht, um ihn zu vermeiden. Der Krieg entstand, als Frankreich einen – von ganz Europa verurteilten – Versuch unternahm, Preussen zu demütigen. Bismarck wies ihn mit einer weit mildereren Waffe zurück, und Napoleon erklärte den Krieg.

Vergleichen wir Bismarck mit Staatsmännern, die mit ähnlichen Aufgaben gerungen haben, mit Cromwell oder Richelieu, Cavour oder Lin-

coln, Napoleon I. oder Schwarzenberg, vergleichen wir ihn mit Zeitgenossen wie Napoleon III., Palmerston oder Disraeli, so sehen wir, dass Bismarck seine Mittel mit weit grösserem Verantwortungsbewusstsein gewählt hat als jene.

Dieser Tatbestand hat gute Gründe. Bismarck hat nie geglaubt, der Staat sei unabhängig von der Moral; er hat deutlich ausgesprochen, jede rechtlose Politik führe ihre Strafe unausbleiblich mit sich. In ihm lebte ein sehr bestimmtes Staatsethos, das er freilich niemals systematisch entwickelt hat, das sich aber unzweideutig aus seinen Handlungen ergibt.

## VI

In einer schönen Untersuchung hat Otto Vossler dargelegt, Bismarck habe als «Pflicht» empfunden, «den Auftrag, den uns die gegebene Realität – oder die Geschichte oder das Schicksal oder Gott – stellt, auf sich zu nehmen». Gegen diese Formulierung kann man einwenden: aus der «Realität», aus Tatsachen lassen sich keine Ziele ableiten, aus einem Sein folgt nach den Regeln der Logik niemals ein Sollen; der «Gehorsam gegen die Wirklichkeit» lässt der Willkür das Tor offen. Aber dieser – grundsätzlich berechtigte – Einwand würde die Einstellung Bismarcks verkennen. Als Realität empfand er nicht nur die gegebene Wirklichkeit seines Staates, sondern auch die Voraussetzungen seiner künftigen Existenz. Der Politik jedes Staates seien feste tiefe Gleise vorgeschrieben, da er ein von lang her geprägtes Wesen sei.

Den Deutschen einen Staat zu schaffen, hat Bismarck als «Auftrag der Realität» empfunden. Bei seiner Durchführung lag ihm jeder persönliche und staatliche Ehrgeiz fern; er wäre auch mit einem zweiköpfigen Deutschland und mit anderen Lösungen zufrieden gewesen. Und als die Heimstätte für die Deutschen geschaffen war, hat er als Auftrag der Realität die Bewahrung des europäischen Friedens angesehen.

Bismarcks gesamte Politik ist gekennzeichnet durch den Sinn für Begrenzung des staatlichen Egoismus. Er hasste jedes Übergreifen – «Peri-

klitieren» – eines Staates auf Gebiete und Fragen, die nicht zu seiner Existenz gehörten oder – wie Bismarck in seiner Sprache sagte – die ihm Gott nicht angemessen habe. Er erklärte, Preussen würde die Niederlande selbst dann nicht annektieren, wenn alle 5 Millionen Holländer auf den Knien darum bäten. Und bei anderer Gelegenheit sagte er: Wenn die Deutsch-Österreicher sich dem Deutschen Reich anschliessen wollten, würde er zu seinem Bedauern genötigt sein, gegen sie Krieg zu führen. Er hat sich lange Jahre gegen Kolonien gewehrt und sie schliesslich nur in vorsichtigster Form und in kleinem Umfang erworben. Kaum war das Reich gegründet, da warnte – wie erwähnt – Bismarck in einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Brief den Kaiser: die Gründung des Deutschen Reiches sei das äusserste, was Europa von den Deutschen hinnehmen werde; künftig müsse Deutschland daher selbst auf unberechtigte Empfindlichkeiten seiner Nachbarn Rücksicht nehmen. Nach diesem Grundsatz hat er auch gehandelt. Er hat nach den unvermeidbaren Kriegen 20 Jahre lang eine europäische Friedens- und Solidaritätspolitik betrieben, wie sie bis dahin unbekannt war.

Eine «Mehring des Reiches durch Eroberungen», eine imperialistische Ausdehnungspolitik hat Bismarck niemals auch nur erwogen, obwohl alle anderen Grossstaaten zu seiner Zeit diese Politik betrieben. Der Imperialismus der «dröhnenden 90er Jahre» war eine Folge der Entfesselung der Massenkräfte, die er vergebens hatte fesseln wollen. Auch jede Prestigepolitik war ihm verhasst. Als während der orientalischen Wirren deutsche Politiker auch für Deutschland einen Ausgleich verlangten – «um des deutschen Ansehens willen» –, fertigte er sie mit der Randbemerkung ab: «Wir sind keine Prestige-Narren.»

Europa hat Bismarcks Friedenspolitik dankbar anerkannt, selbst der feindseligste Staat, Frankreich. In den achtziger Jahren sagte Waddington, damals französischer Botschafter in London, vorher französischer Ministerpräsident, er sehe in Bismarck den grössten Friedensgaranten der Welt. Er habe die Stellung eines Schiedsrichters in Europa, und kein anderer nach ihm werde eine ähnliche Position haben: «Meine feste

Überzeugung ist, dass, solange Bismarck am Ruder bleibt, wir uns unbedingt auf die Loyalität Deutschlands verlassen können. Wenn der Kanzler einst sein Amt niederlegt, werden stürmische Zeiten für Europa kommen. Dann wird man erst erkennen, von welchem unschätzbaren Wert für den Frieden und das Gedeihen der Völker die jetzige deutsche Politik ist.» Auch die meist deutsch-feindliche Times hat damals eingestanden: «Keine europäische Macht, nicht einmal unser eigenes friedfertiges Reich, hat sich mit so grosser Bescheidenheit und Klugheit genommen wie Deutschland. Deutschland ist wirklich der grosse, mässigende und zügelnde Einfluss in Europa. Seine ungeheure militärische Stärke ist dazu verwandt worden, um eine geschickte und weitblickende Diplomatie durchzusetzen, welche stetig und sicher jeden Versuch vereitelte, den europäischen Frieden zu stören.»

Bismarck sorgte sogar nicht nur für den Frieden Deutschlands, sondern auch für den Frieden zwischen den andern Staaten. Seinen Pariser Botschafter wies er an: «Ein französischenglischer Krieg würde für uns, auch wenn wir unbeteiligt blieben, eine ähnliche Kalamität sein wie ein russisch-österreichischer.» Und seinem Londoner Botschafter schrieb er: «Uns kann das Einvernehmen zwischen England und Russland nur erwünscht sein, da wir von keiner der beiden Mächte erwarten, dass sie ihr Einverständnis mit der andern gegen uns ausbeuten würde. Wir sind mit beiden befreundet und wünschen es zu bleiben, befürchten auch nicht, dass ihre Liebe zueinander stärker werde als die einer jeden von ihnen zu uns.» Als die deutschen Akten nach dem Ersten Weltkrieg veröffentlicht wurden, erklärte der grosse englische Historiker Gooch: «Wir sehen jetzt die Überzeugung bestätigt, dass Bismarck die Säule des europäischen Friedens war.» Wenn man Bismarcks auswärtige Politik mit einem Worte kennzeichnen soll, so muss man sie als «Politik des Masses» bezeichnen. Es gehört zu der «sublimen Ironie der Weltgeschichte», dass man grade aus Bismarck den Mann von Blut und Eisen gemacht hat.

Gemessen an den Massstäben einer Verantwortungsethik ist Bismarcks Aussenpolitik – die Innenpolitik muss man für sich betrachten – stets «sachgerecht» gewesen: sie hat für ihre sachlich berechtigten Ziele

nur Mittel eingesetzt, die durch diese Ziele ethisch gerechtfertigt waren. Gewiss, Bismarck hat bisweilen zu «harten» Mitteln gegriffen, aber immer nur dann, wenn mildere Mittel versagt hatten und wenn auf anderen Wegen ein sachlich berechtigtes Ziel nicht zu erreichen war. Er besass jenen «Abstand», den Reinhold Niebuhr als Voraussetzung für das moralische Handeln eines Staatsmannes bezeichnet hat. Diese kühl-sachliche Einstellung bewahrte ihn auch vor den Gefahren einer Gefühlspolitik, die fast immer ins Unsachliche und damit politisch Unmoralische abgleitet: «Es handelt sich nicht darum, berechnete Empfindungen kundzugeben, sondern Politik zu treiben.»

Auch das Gefühl des vulgären Patriotismus war ihm fremd; er empfand stets die Gefahr, dass man sich von solchen Empfindungen über die Grenze des sachlich Richtigen hinaustragen lasse; angesichts des Ewigen verblasste ihm – wie er seiner Frau schrieb – «der spezifische Patriotismus». Seine Neigung zu zugespitzten Formulierungen machte auch hier nicht halt, zwei Wochen nach Königgrätz telegraphierte er Manteuffel: «Wir werden den deutschen Schwindel gegenüber Napoleon noch benötigen.» Vollends unsinnig erschien ihm jede Politik, welche bestimmte Grundsätze durchsetzen wollte\* Da Prinzipien in der Politik erfahrungsgemäss beliebige Auslegungen zuliesse, so würde jeder Prinzipienpolitiker «die Beute von Sophismen». Es war in seinen Augen auch nicht die Aufgabe der Politik, «Strafgerechtigkeit zu üben und menschlich natürliche Regungen der Empfindlichkeit, so berechnete sie sein mögen, zu befriedigen». Bismarck lag daher auch jede «Kreuzzugs-idee» – jene verhängnisvolle Verbindung von Prinzipien- und Gefühlspolitik – fern.

Die Vorsicht, mit der Bismarck auswärtige Politik betrieb, beruhte nicht nur auf seiner Klugheit, sondern auch auf dem religiösen Fundament seiner Weltanschauung. Bei dem vielzitierten Wort: «Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt», wird die zweite Hälfte des Satzes meist ausgelassen: «und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen lässt». Seine Friedensliebe

stammte aus Gottesfurcht. «Der Realist Bismarck war mit dem Ideellen durchaus verknüpft» (Srbik). In einem umfangreichen Werk über die «Evangelische Ethik des Politischen» hat Georg Wünsch dargelegt: «Bei Bismarcks Wirklichkeitsauffassung gab es keine rationale, berechenbare Sicherheit; alles war für die unerwarteten Einflüsse offen, überall konnte aus dem Dunkel der Zukunft eine vorher nicht gesehene Gefahr auftauchen, die nicht nur das Werk, sondern auch den Sinn des Werkes und damit den Sinn des eigenen Lebens gefährdete... In dieser zutiefst menschlichen Unsicherheit und Ungewissheit sucht er den Schutz der letzten Macht: Gottes, fragt er die Bibel, ruft er den Glauben immer wieder – täglich, stündlich – und findet ihn auch immer wieder. Daher sind Vorsehung Gottes, Vertrauen, Amt, Beruf seine Inhalte; aus ihnen schöpft er immer neue Entschlossenheit, Zuversicht und Erhebung. Diese Frömmigkeit ist in Wahrheit ein Fragen, Ringen, Kämpfen; es geht in ihr nicht in erster Linie um Sünde oder Kirche, nicht um religiöse Dinge im engeren, institutioneilen oder dogmatischen Sinn, sondern um ihn selber, um sein Schicksal, um sein Werk und seinen Sinn.»

Aus all diesen Gründen ist er auch so frei von persönlichem Ehrgeiz und gefährlicher Eitelkeit gewesen wie wenige Staatsmänner. Die Tönung seiner Ethik ist «Dienst», «auf der Bresche stehen», «anschlagmäsig verbraucht werden». Diese Amtsidee «hielt dem titanischen Drang die Waage». (Rothfels)

## VII

Fassen wir zusammen! Niemals hat sich ein Staat in seiner auswärtigen Politik nach den Regeln der Privatmoral gerichtet. Kein Staat hätte das vermocht, ohne sich zugrunde zu richten, denn in den Beziehungen zwischen den Staaten fehlen die Fundamente, auf denen die Privatmoral ruht. Aber darum stehen die Staaten nicht jenseits der Moral. Es ist nur eine andere Moral, an die sie gebunden sind, eine Verantwortungsethik, bei der der Staatsmann für die Folgen seines Tuns einzustehen hat. Diese Ethik besagt nicht, dass jeder «gute» Zweck jedes Mittel heilige. Viel-



mehr prüft sie in jedem Einzelfall die Ziele und die Mittel. Die Ziele dürfen nicht gesetzt werden von dem Egoismus des einzelnen Volkes. Sie müssen einer dauerhaften Friedensordnung der Menschheit dienen. Und als Mittel sind Handlungen, die der Privatmoral widersprechen, nur dann gestattet, wenn sie unerlässlich sind, um ein gerechtes Ziel zu verwirklichen und wenn sie – ideell und materiell – nicht mehr Schaden anrichten, als dieses Ziel rechtfertigt.

Bismarcks Ziel war in den ersten 8 Jahren die allmähliche Umwandlung des losen Deutschen Bundes in ein festeres Machtgebilde, das den Deutschen mehr Sicherheit bot, als sie in den letzten Jahrhunderten genossen hatten. In den folgenden 20 Jahren war sein Ziel die Sicherung des europäischen Friedens.

Zu seinen Mitteln hat oft die Täuschung seiner Gegenspieler gehört, denn ohne sie hätte er sein Ziel nicht erreichen können; aber er hat sie seltener benötigt als viele andere Staatsmänner seiner Zeit. Um berechnete Forderungen durchzusetzen, hat er wiederholt, wenn die friedlichen Mittel erschöpft waren, Gewalt angedroht, aber oft ihre Anwendung nicht benötigt. In den 3 Fällen, in denen sie zur Anwendung kam, war es zweimal – 1864 und 1870 – auch nach dem Urteil Europas – die Schuld seiner Gegner, und auch bei dem dritten Mal, dem Konflikt mit Österreich, wissen wir heute, dass Bismarck vorher nichts unterlassen hatte, um die Einigung Deutschlands ohne Krieg zu erreichen.

Wenn diese beiden Ziele – die Einigung Deutschlands und der europäischen Friede – erreicht werden sollten, so benötigte die Natur in dieser unzulänglichen Welt einen Mann von grosser Härte. Aus weicherem Holz hätte sie ihn nicht schnitzen können.

## ZEITTAFEL

	<i>Lebens- alter</i>
1863 Gesamtstaatsverfassung für Dänemark; Thronwechsel – Bundesexekution im deutschen Holstein	48
1864 Krieg gegen Dänemark: Düppel (18.4.); Friede von Wien (30.10.)	
1865 Vertrag von Gastein (14.8.)	
1866 Preuss.-italien. Geheimbund – franz.-österr. Geheimvertrag – Antrag im Bundestag auf Berufung einer deutschen Nationalversammlung – preuss. Einmarsch in Hannover, Sachsen und Hessen (16.6.) – Langensalza (27.6.) – Königgrätz (3.7.) Niederlage der Fortschrittspartei bei den preuss. Landtagswahlen (3.7.) – Vorfriede von Nikolsburg (26.7.) – Geheimverträge zwischen Preussen und den süddeutschen Staaten – Zusammenschluss zum Norddeutschen Bund (18.8.) – Friede von Prag (23.8.) Annahme der Indemnitätsvorlage im preuss. Abgeordnetenhaus (3.9.) – Spaltung der Fortschrittspartei	
1867 Eröffnung des verfassungsberatenden Reichstages des Norddeutschen Bundes (24.2.) – Bismarck Bundeskanzler – Gesamtdeutsches Zollparlament – Ausgleich Österreich-Ungarn	
1869 österr.-franz. Einverständnis – span. Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern	
1870 Bekanntgabe der Hohenzollernkandidatur (2.7.) – Emser Depesche (14.7.) – Kriegserklärung Frankreichs (19.7.) – Sedan (2.9.) – Verträge von Versailles (Nov., Dez.)	
1871 Kaiserproklamation (18.1.) – Annahme der Versailler Verträge im Bayer. Landtag (21.1.) – Vorfriede von Versailles (26.2.) – Einmarsch in Paris (1.3.) – Friede von Frankfurt (10.5.)	

## LITERATUR

Ich verweise zunächst auf das Verzeichnis in Band I. Nachstehend sind nur die Werke aufgeführt, auf die ich im Quellennachweis verwiesen habe. (HZ = Historische Zeitschrift; H. Jb. = Historisches Jahrbuch; Pr. J. = Preussische Jahrbücher; Dt. Rdsch. = Deutsche Rundschau; F. z. b. p. G. = Forschungen zur brandenburgisch-preussischen Geschichte; Dt. Rev. = Deutsche Revue.)

1. Die auswärtige Politik Preussens 1858-1871 (1933-1945)
2. Die innere Politik der preussischen Regierung 1862-1866 (1866)
3. Quellen zur deutschen Politik Österreichs (Hsg. Heinrich v. Srbik, 5 Bände, 1934-1938)
4. Les origines diplomatiques de la guerre de 1870/71 (29 Bände, 1910-1932) 11, 12
5. Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914 (Bd. 1-6, 1922f.)
6. Stenographische Berichte über die Sitzungen des Norddeutschen Reichstags (jeweiliges Jahr)
7. Stenographische Berichte über die Sitzungen des Preussischen Landtags (jeweiliges Jahr)
8. Hedwig Abeken: Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit (1898)
9. L. Aegidi: Erinnerungen an Bismarck (Dt. Rdsch. 1898)
10. W. Alter: Deutschlands Einigung und die österreichische Politik (Dt. Rdsch. 1.10.1910) (fragwürdig)
11. Octave Aubry: Das zweite Kaiserreich (1938)
12. Ludwig Bamberger: Herr von Bismarck (1868)
13. Bismarcks grosses Spiel. Die geheimen Tagebücher L. Bambergers (1932)
14. O. Bandmann: Die Deutsche Presse und die Entwicklung der Deutschen Frage 1864-1866 (1910)
15. Hubert Bastgen: Die römische Frage. Dokumente und Stimmen (1917)
16. Hermann Baumgarten: Historische und politische Aufsätze und Reden (1894)
17. Otto Baumgarten: Politik und Moral (1916)
18. Otto Becker: Eine unbekannte Denkschrift Herzog Friedrichs (Festschrift für Pauls, 1950)
19. Otto Becker: Wie Bismarck Kanzler wurde (Festschrift für O. Scheel, 1952)
20. Otto Becker: Der Sinn der dualistischen Verständigungsversuche Bismarcks vor dem Kriege 1866 (HZ 169)

21. Friedrich Beiche: Bismarck und Italien (1931)
22. Ludwig Graf Belcredi: Fragmente aus dem Nachlass des ehemaligen Staatsministers Grafen Richard Belcredi (Die Kultur, 7. Jg., Heft 1, 1906)
23. Christian Berger: Bismarcks Politik im Lichte des christlichen Gewissens (1924)
24. Theodor von Bernhardi: Aus meinem Leben (Bd. 5-9, 1894)
25. Vincent Benedetti: Ma mission en Prusse (1871)
26. Heinrich Berl: Napoleon III. (1946)
27. Graf Albrecht von Bernstorff: Im Kampfe für Preussens Ehre. (Herausg. Karl Ringhoffer, 1906)
28. Friedrich Ferdinand Graf von Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten (2 Bände, 1887)
29. Max Bewer: Bismarck
30. R. von Biegeleben: Ludwig von Biegeleben (1930)
31. O. Bihler: Die Beschiessung von Paris (1932)
32. Bismarck: Die gesammelten Werke (19 Bände, 1924-1935)
33. Bismarck: Die politischen Reden. (Herausg. Horst Kohl, 14 Bände, 1892-1905)
34. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen (2 Bände, 1901)
35. Bismarck-Jahrbuch (Herausg. Horst Kohl, Band I-VI, 1894-1898)
36. Tagebücher des Generalfeldmarschalls Graf von Blumenthal (1902)
37. G. Bötticher: Bismarck als Zensor (1907)
38. Erich Brandenburg: Die Reichsgründung (2 Bände, 1916)
39. Erich Brandenburg: Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches 1870-1871 (1911)
40. S. Brase: Kritische Untersuchung von E. Olliviers Memoiren (1910)
41. Karl Braun: Zeitgenossen (1877)
42. Rudolph Braune: Aus Bismarcks Hause (1918)
43. Graf Otto von Bray-Steinburg: Denkwürdigkeiten (1901)
44. Paul Bronsart von Schellendorf: Geheimes Kriegstagebuch 1870-1871. (Hsg. P. Rassow, 1954)
45. G. Brüne: England und der deutsche Krieg (1929)
46. Carl Boysen: Die Wahrheit über Herzog Friedrich (Dt. Rev. 1904)
47. Wilhelm von Bülow: Neue Bismarck-Erinnerungen (1895)
48. E. Büttner: 1866 und die Katastrophe Hannovers (Neues Archiv für Niedersachsen, 1950)
49. Marie von Bunsen: Georg von Bimsen. Ein Charakterbild aus dem Lager der Besiegten (1900)
50. Moritz Busch: Tagebuchblätter (3 Bände, 1899)
51. Wilhelm Busch: Bismarck und die Entstehung des Norddeutschen Bundes (HZ 103)
52. Wilhelm Busch: Die Beziehungen Frankreichs zu Österreich und Italien zwischen den Kriegen 1866 und 1870/71 (1900)

53. Wilhelm Busch: Das Deutsche Grosse Hauptquartier und die Bekämpfung von Paris im Feldzuge 1870/71 (1905)
54. Wilhelm Busch: Der Kampf um den Frieden im Hauptquartier zu Nikolsburg 1866 (HZ 89)
55. Walter Bussmann: Das Zeitalter Bismarcks (Handbuch der Deutschen Geschichte, 1956)
56. Ch. W. Clark: Franz Joseph and Bismarck (1934)
- 56 a. H. J. von Collani: Die Finanzgebarung des preussischen Staates 1862 bis 1866 (1939)
57. F. Cornelius: Der Friede von Nikolsburg und die öffentliche Meinung in Österreich (1927)
- 57 a. Egon Cesar Conte Corti: Unter Zaren und gekrönten Frauen (1936)
58. Egon Cesar Conte Corti: Franz Josephs Wege u. Schicksale. Mensch und Herrscher (1952)
59. Egon Cesar Conte Corti: Wenn (1955)
60. Reinhard v. Dalwigk: Tagebücher (Hsg. W. Schüssler, 1920)
61. Ludwig Dehio: Die preussische Demokratie in dem Krieg von 1866 (F. z. b. p. G. 39)
- 61 a. Ludwig Dehio: Die Taktik der Opposition während der Konfliktzeit (HZ 140)
62. Ludwig Dehio: Beiträge zu Bismarcks Politik im Sommer 1866 (F. z. b. p. G. 46)
63. Ludwig Dehio: Gleichgewicht und Hegemonie (1954)
64. Hans Delbrück: Persönliche Erinnerungen an Kaiser Friedrich (1888)
65. Hans Delbrück: Weltgeschichte Band V (1931)
66. Hans Delbrück: Ollivier über den Krieg 1870 (Pr. J. 137)
67. Hans Delbrück: Geschichte der Kriegskunst (Band 5 und 6, 1920-29)
68. Rudolf v. Delbrück: Lebenserinnerungen 1817-67 (2 Bände, 1905)
69. Hans Delbrück: Bismarcks Erbe (1915)
70. Gustav v. Diest-Daber: Aus dem Leben eines Glücklichen (1904)
71. Michael Doeberl: Bayern und die Bismarckische Reichsgründung (1925)
72. W. Dringenberg: Hundert Jahre Hetze gegen Deutschland (1941)
73. K. Droessler: Dänemark im deutschen Schicksalskampf (1947)
74. Johann Gustav Droysen: Briefwechsel (2 Bände, 1929)
75. Ernst v. Dryander: Erinnerungen aus meinem Leben. (Hsg. R. Hübner, 1922)
76. Max Duncker: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlass (1923)
77. G. Dureau: Le siège de Paris (1939)
78. Julius v. Eckardt: Lebenserinnerungen (1910)
79. Julius v. Eckardt: Von Nikolaus I. zu Alexander III. (1881)
80. Friedrich Engel-Janosi: Graf Rechberg (1927)
81. Friedrich Engel-Janosi: Die Krise des Jahres 1864 in Österreich (Hist. Stud. A. F. Pribran z. 70. Geb., 1929)

82. E. Erichsen: Die Deutsche Politik des Grafen Beust im Jahre 1870 (1927)
83. Ernst II. von Coburg-Gotha: Aus meinem Leben und aus meiner Zeit (3 Bände, 1888/89)
84. Die Memoiren der Kaiserin Eugenie (Hsg. Graf Fleury, 2 Bände, 1921)
85. Erich Eyck: Bismarck (3 Bände, 1941-1944)
86. Jules Favre: Gouvernement de la défense nationale (3 Bände, 1904)
87. Richard Fester: Bismarck und die hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien (Dt. Rdsch. 140)
88. Richard Fester: Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien (2 Bände, 1913)
89. Richard Fester: Bismarck in Biarritz (1902)
- 89a. K. Fischer: Deutschland und der Bundestag (1880)
90. Friedrich Förster: Politische Ethik und Pädagogik (1918)
91. Max von Forckenbecks Briefe an seine Gattin in: Martin Philippson, Forckenbecks erstes Debüt beim Kronprinzen und beim Grafen Bismarck (Dt. Rev. 23) und Die innere Entwicklung im Norddeutschen Bund (ebd.)
92. F. Frahm: Bismarcks Stellung zu Frankreich bis zum 14. Juli 1866 (Diss. Kiel 1911)
93. Fr. Frahm: Die Bismarcksche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage (Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte 59)
94. Walther Frank: Friedrich und Viktoria (in Festgabefür H. v. Srbik, 1938)
95. Constantin Frantz: Die Wiederherstellung Deutschlands (1865)
96. Constantin Frantz: Das neue Deutschland (1871)
97. Constantin Frantz: Bismarckizismus und Friederizianismus (1873)
98. Constantin Frantz: Deutschland und der Föderalismus (1875)
99. Constantin Frantz: Die Weltpolitik (1882)
100. E. Franz: Ludwig Freiherr v. der Pfordten (1938)
- 100a. J. Friese: Die politische Haltung der Kronprinzessin Viktoria (1933)
101. Ludwig Freund: Politik und Ethik (1955)
102. Gustav Freytag: Der deutsche Kronprinz und die Kaiserkrone (1889)
103. Gustav Freytag und Heinrich v. Treitschke im Briefwechsel (1900)
104. Heinrich Friedjung: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland (2 Bände, 1907)
- 104a. Heinrich Friedjung: Historische Aufsätze (1919)
105. Tagebücher Kaiser Friedrich III. 1848-66 (Hsg. H. O. Meisner, 1929)
106. Kaiser Friedrich III. Kriegstagebuch 1870 (Hsg. H. O. Meisner, 1926)
107. Richard Freiherr v. Friesen: Erinnerungen aus meinem Leben (3 Bände, 1880-1910)

108. Johannes H. Gebauer: Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein (1912)
109. C. Gehrke: Theodor Mommsen als schleswig-holsteinischer Politiker (1927)
110. Ernst Ludwig v. Gerlach: Aufzeichnungen aus seinem Leben (1903)
111. Otto v. Gierke: Labands Staatsrecht (Schmöllers Jahrbücher für Gesetzgebung, Band 7)
112. Heinrich Glaser: Fürstliche Gegner Bismarcks im Kampfe um den Krieg 1866 (Grenzboten LXXII, 1913)
113. Rudolf v. Gneist: Die Militärvorlage von 1892 und der preussische Verfassungskonflikt von 1862-66 (1893)
114. Friedrich Gogarten: Politische Ethik (1932)
115. Hans Goldschmidt: Bismarck und die Friedensunterhändler 1871 (1929)
116. Hans Goldschmidt: Das Reich und Preussen im Kampf um die Führung (1931)
117. Uberto Gavone: General Govone, die Italienisch-Preussischen Beziehungen und die Schlacht bei Custoza 1866 (1903)
118. Marquis von Gricourt (Napoleon III.): Die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland unter Napoleon III. (1870)
119. Karl Griewank: Wissenschaft und Kunst in der Politik Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks (Archiv für Kulturgeschichte 34)
120. E. Grob: Beusts Kampf gegen Bismarck (1930)
121. Gruner: Rückblick auf mein Leben (Dt. Rev. 26)
122. Oberst v. Haefen: Bismarck und Moltke (Pr. J. 177)
123. Fritz Hähnsen: Ursprung und Geschichte des Artikels V des Prager Friedens (2 Bände, 1929)
124. M. Hähne: Die Staatsideen des Konstantin Frantz (1929)
125. P. Hahn: Varzin (1904)
126. Johannes Haller: 1000 Jahre deutsch-französische Beziehungen (1930)
127. Johannes Haller: Bismarcks Friedensschlüsse (1916)
128. Ludo Moritz Hartmann: Theodor Mommsen (1908)
129. Fritz Hartung: Deutsche Geschichte 1871-1919 (1952)
130. Hermann Hass: Der Kanzler und das Heer (1939)
131. P. Hassel: Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen (1898)
132. W. v. Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover (3 Bände, 1897 bis 1901)
133. A. Hausrath: Alte Bekannte (Band I, 1900)
134. Rudolf Haym: Das Leben Max Dunckers (1900)
135. Rudolf Haym: Ausgewählter Briefwechsel (1930)
136. F. Hellwig: Der Kampf um die Saar 1860-1870 (1934)
137. O. Herschel: Die öffentliche Meinung in Hamburg und ihre Haltung zu Bismarck 1864-1866 (Diss. München 1916)
138. Hans Herzfeld: Johannes v. Miquel (2. Band, 1938)
139. G. Hesekei: Das Buch vom Grafen Bismarck (1869)

140. M. Hesse: Die politische Haltung Ludwig von Gerlachs unter Bismarcks Ministerium 1862-1877 (Diss. Marburg 1912)
141. H. Hesselbarth: König Wilhelm und Bismarck am 12. und 13. Juli 1870 (HZ 106)
142. H. Hesselbarth: Die Urheberschaft der Übereinkunft von Gastein (Histor. Vierteljahrsschrift 1914)
143. H. Hesselbarth: Eine freimütige Aussprache Bismarcks 1864 (HZ 119)
144. P. Wentzcke-J. Heyderhoff: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks (Band 1, 1925)
145. H. Hjelholt: Treitschke und Schleswig-Holstein (1929)
146. Johannes Hofmann: Gustav Freytag als Politiker, Journalist und Mensch (1922)
147. Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten (2 Bände, 1906/07)
148. Hajo Holborn: Bismarck und Freiherr Georg v. Werthern (Arch.f.Pol. u. Gesch., Band 5)
149. Hajo Holborn: Über die Staatskunst Bismarcks (Zeitwende, 1927)
150. J. Hornberger: Die Preuss.-Ital. Allianz von 1866 (Pr. J. 28 und 30)
151. Wilhelm Hopf: Die deutsche Krisis des Jahres 1866 (1906)
152. Rudolf v. Jhering: Briefe (1913)
153. Karl Jacob: Bismarck und die Erwerbung Elsass-Lothringens 1870 bis 1871 (1905)
154. Otto Jöhliger: Bismarck und die Juden (1921)
155. Herbert Jordan: Die öffentliche Meinung in Sachsen 1864-1866 (1918)
156. Aus dem Leben König Karls von Rumänien (1894)
- 156a. Karl Heinrich Keck: Das Leben des Generalfeldmarschalls Edwin v. Manteuffel (1890)
157. Robert v. Keudell: Fürst und Fürstin Bismarck (1902)
158. W.E. Frhr. v. Ketteler: Deutschland nach dem Kriege von 1866 (1867)
159. Anneliese Klein-Wuttig: Politik und Kriegführung in den deutschen Einigungskriegen (1934)
160. W. v. Kloeber: Die deutsche Frage 1859/71 (1932)
161. P. Kloeppel: 30 Jahre deutscher Verfassungsgeschichte (1900)
162. O. Klopp: Rückblick auf die Preuss. Annexion des Königreichs Hannover (1868)
163. Wiard v. Klopp: Onno Klopp: Leben und Wirken (1950)
164. P. Kluge: Der Kampf der beiden deutschen Grossmächte um die Gestaltung Deutschlands 1851-1866 (P. Rassow, Deutsche Geschichte im Überblick, 1953)
165. Emil Knorr: Der Feldzug des Jahres 1866 in West- und Süddeutschland (Band 3, 1870)
166. M. Kranzberg: The siege of Paris, 1870-1871 (1950)
167. K. Kraus: Der Kampf in der bayerischen Abgeordnetenversammlung um die Versailler Verträge (Diss. Köln 1935)



168. G. Küntzel: Thiers und Bismarck (1905)
169. Herm. Lange: Vom Alten aus dem Sachsenwalde (1915)
170. Herm. Lange: Erinnerungen an den Sachsenwald (1908)
171. Karl Lange: Bismarck und die norddeutschen Kleinstaaten im Jahre 1866 (1930)
172. Eduard Lasker: Zur Verfassungsgeschichte Preussens (1874)
173. Eduard Lasker: 15 Jahre parlamentarische Geschichte (1902)
174. Wilhelm Lauser: Geschichte Spaniens (1877)
175. Max Lenz: Geschichte Bismarcks (1902)
176. Paul Liman: Bismarck in Geschichte, Karikatur und Anekdote (1915)
177. W. Lipgens: Bismarcks österreichische Politik vor 1866 (Welt als Geschichte 1950)
178. G. Lipke: Bismarck und Karl Twesten (Dt. Rev. 1880)
179. R. H. Lord: The Origins of the War of 1870 (1924)
180. Fritz Löwenthal: Der preussische Verfassungsstreit (1914)
181. Lord Lyons: A record of British diplomacy by Lord Newton (2 Bände, 1913)
182. Golo Mann: Gedanken über die Gründung des deutschen Reiches (Der Monat, 1956)
183. Erich Marcks: Der Aufstieg des Reiches (2 Bände, 1936)
184. Erich Marcks: Kaiser Wilhelm (1897)
185. Erich Marcks: Bismarck, ein Lebensbild (1915)
- 185a. Erich Marcks: Männer und Zeiten (2 Bände, 1912)
186. Erich Marcks, Karl Alex. v. Müller, Arthur v. Brauer: Erinnerungen an Bismarck (1915)
187. La Marmora: Ein wenig Licht über 1866 (1872)
188. L. Martin: Konstantin Frantz als Staatsphilosoph und Verfassungspolitiker (Diss. Köln 1928)
189. A. Matschoss: Die Kriegsgefahr von 1867 (1908)
190. Ed. Wilh. Mayer: Aus der Geschichte der natl. Partei in den Jahren 1868-71 (in Festschr. f. F. Meinecke, 1932)
191. W.H. May well: The life and letters of George William Frederik 4<sup>th</sup>. Earl of Clarendon (2 Bände, 1913)
192. O. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte (1881)
193. Heinrich Otto Meisner: England, Frankreich und die deutsche Einigung (Pr. J. 1928)
194. Wolfgang Menzel: Die wichtigsten Weltbegebenheiten (1869)
195. Arnold Oskar Meyer: Die Zielsetzung von Bismarcks Schleswig-Holsteiner Politik (Zeitschr. f. Schleswig-Holsteinische Geschichte, 1923)
196. Arnold Oskar Meyer: Bismarck, der Mensch und der Staatsmann (1949)
197. Ernst Meyer: Rudolf Virchow (1956)
198. Horst Michael: Bismarck, England und Europa (1930)

199. Hermann Frhr. v. Mittnacht: Erinnerungen an Bismarck (1904)
200. Hermann Frhr. v. Mittnacht: Rückblicke (1909)
201. Helmuth v. Moltke: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten (6 Bände, 1892)
202. Moltkes Gespräche (Hsg. E. Kessel, 1940)
203. Theodor Mommsen: Reden und Aufsätze (1905)
204. Wilhelm Mommsen: Johannes Miquel (1928)
205. Wilhelm Mommsen: Stein – Ranke – Bismarck (1954)
206. General Graf Monts: Napoleon auf Wilhelmshöhe 1870-71 (1909)
207. Hans Morgenthau: Politics among nations (1954)
208. Karl Alexander v. Müller: Die Tauffkirchensche Mission nach Berlin und Wien (Festschrift für S. Riezler, 1913)
209. Karl Alexander v. Müller: Deutsche Geschichte und deutscher Charakter (1926)
210. Karl Alexander v. Müller: Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe (1909)
211. Karl Alexander v. Müller: Bismarck und Ludwig II. im September 1870 (HZ 111)
212. H. v. Müller: Die Tätigkeit der deutschen Festungsartillerie bei den Belagerungen, Beschiessungen und Einschliessungen im deutsch-französischen Kriege 1870/71 (1904)
213. Reinhold Niebuhr: Moral Man and Immoral Society (1932)
214. Emil Ollivier: L'Empire liberal (15 Bände, 1895)
215. Hermann Oncken: Rudolf v. Bennigsen (2 Bände, 1910)
216. Hermann Oncken: Die Rheinpolitik Napoleons III. 1863-1870 (3 Bände, 1926)
217. Hermann Oncken: Grossherzog Friedrich I. von Baden (2 Bände, 1927)
218. Hermann Oncken: Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges (1935)
219. Wilhelm Oncken: Das Zeitalter des Kaiser Wilhelm (2 Bände, 1888)
220. H. B. Oppenheim: Benedikt Franz Leo Waldeck (1873)
221. Maurice Paléologue: Vertrauliche Gespräche mit Kaiserin Eugenie (1928)
222. Oskar Pank: Im Bismarckschen Hause (1929)
223. Rudolf Parisius: Leopold Frhr. v. Hoverbeck (1897-1900)
224. Martin Philippson: Max v. Forckenbeck (1898)
- 224a. Martin Philippson: Das Leben Kaiser Friedrich III. (1900)
225. W. Platzhoff: England und der Kaiserplan vom Frühjahr 1870 (HZ 127)
226. W. Platzhoff: Die Anfänge des Dreikaiserbundes 1867-1871 (Pr. J. 1922)
227. W. Platzhoff: Bismarck und die Annexion Elsass-Lothringens (Els.-Lothr. Jahrbuch 1924)
228. Ernst Frhr. v. Plener: Erinnerungen (2 Bände, 1911)
229. Heinrich v. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier (1894)
230. Heinrich v. Poschinger: Fürst Bismarck, Neue Tischgespräche und Interviews (1899)

231. Heinrich v. Poschinger: Ein alter 48er, Lothar Buchers Leben und Werke (1894)
232. L. v. Przi Bram: Erinnerungen eines alten Österreicher (2 Bände, 1911)
233. E. Quadflieg: Dokumente zum Werden von Konstantin Frantz (H. Jb. 1933)
234. Anna Augusta W. Ramsay: Idealism and Foreign Policy (1925)
235. Adolf Rapp: Die Württemberger und die Nationale Frage 1863-1871 (1910)
236. H. Raupach: Bismarck und die Tschechen im Jahre 1866 (1936)
237. Joseph Redlich: Das österreichische Reichs- und Staatsproblem (1920)
238. Joseph Redlich: Kaiser Franz Joseph von Österreich (1928)
239. G. Reinhardt: Preussen im Spiegel der öffentlichen Meinung Schleswig-Holsteins (Diss. Kiel 1951)
240. Viktoria Renner: Carl Twesten (1954)
241. K. Rheindorf: Ein amerikanisches Buch über den Kriegsausbruch von 1870 (F. z. b. p. G. 1926)
242. K. Rheindorf: Die Schwarze-Meer- (Pontus-) Frage (1925)
243. K. Rheindorf: England und der deutsch-französische Krieg 1870/71 (1923)
244. Werner Richter: Kaiser Friedrich III. (1938)
245. Werner Richter: Ludwig II. (1950)
246. Heinz Rieder: Napoleon III. (1956)
247. Gerh. Ritter: Die preussischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858-1876 (1913)
248. Gerh. Ritter: Die Entstehung der Indemnitätsvorlage von 1866 (HZ 114)
249. Gerh. Ritter: Bismarck und die Rheinpolitik Napoleons III. (Rheinische Vierteljahrsblätter 1949)
250. Gerh. Ritter: Machtstaat und Utopie (1943), später umgearbeitet: Die Dämonie der Macht (1948)
251. Gerh. Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk (Band 1, 1954)
252. Gerh. Ritter: Politische Ethik (1946)
253. Gerh. Ritter: Europa und die deutsche Frage (1948)
- 253a. Gerh. Ritter: Grossdeutsch und Kleindeutsch im 19. Jahrhundert Festschrift f. S. A. Kähler, 1950)
- 253b. Gerh. Ritter: Das Bismarckproblem (Merkur 1950)
254. C. Grant Robertson: Bismarck (1919)
255. Franz v. Roggenbach: Denkschriften und politischer Briefwechsel mit Kaiserin Augusta und Albrecht Stosch 1865-1896 (1943)
256. G. Roloff: Abrüstung und Kaiserplan vor dem Kriege 1870 (Pr. J. 1928)
257. Gustav Roloff: Bismarcks Friedensschlüsse mit den Süddeutschen (HZ 146)
258. Gustav Roloff: Brünn und Nikolsburg (HZ, 136)
259. Hans Rothfels: Bismarck und Jacoby (Königsberger Beiträge 1929)

260. Hans Rothfels: Bismarck und die Nationalitäten-Fragen des Ostens (HZ 147)
- 260a. Hans Rothfels: Bismarck und der Osten (1934)
261. Hans Rothfels: Bismarck und der Staat (1953)
262. Albrecht Graf Roon: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben (3 Bände, 1905)
263. Hans Rosenberg: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands (1935)
264. W. Russell: Kriegstagebuch 1870/71 (1874)
265. Hans Ruider: Bismarck und die öffentliche Meinung in Bayern 1862 bis 1866 (1924)
266. A. v. Ruville: Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches (1906)
267. W. Salter: Theodor v. Bernhardi als Politiker (Diss. Berlin 1927)
268. K. Samwer-K. Janssen: Die Befreiung Schleswig-Holsteins (1897)
269. K. Samwer: Zur Erinnerung an Franz v. Roggenbach (1909)
270. Johann Sass: Hermann v. Thile und Bismarck (Pr. J. 1929)
271. Friedrich C. Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus (1953)
- 271a. Graf Seherr Thoss: Erinnerungen (Dt. Rev. 1881)
272. Charlotte Sempell: England und Preussen in der Schleswig-Holsteinischen Frage (1932)
273. Arnold Senfft v. Pilsach: Aus Bismarcks Werkstatt. Studien zu seinem Charakterbilde (1908)
274. Bruno Siemers: Die Vereinigten Staaten und die deutsche Einheitsbewegung (Festschrift f. Otto Becker, 1954)
275. H. Frhr. Langwert v. Simmern: Aus meinem Leben (2 Bände, 1898)
276. B. v. Simson: Eduard v. Simson (1909)
277. M. Spahn: Zur Entstehung der nationalliberalen Partei (Zeitschrift für Politik I)
278. Heinrich Ritter v. Srbik: Die Schönbrunner Konferenzen (HZ 153)
279. Heinrich Ritter v. Srbik: Der Geheimvertrag Österreichs und Frankreichs vom 12. 6. 1866 (H. Jb. 1957)
280. Heinrich Ritter v. Srbik: Deutsche Einheit (4 Bände, 1940-1944)
281. Heinrich v. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches (7 Bände, 1892)
282. Albert Schäffle: Aus meinem Leben (1905)
283. Ewald Schaper: Konstantin Frantz (1940)
284. Otto Scheel: Bismarcks Wille zu Deutschland in den Friedensschlüssen von 1866 (1934)
285. Adolf Schimmelpfeng: Kurfürst Friedrich William I. von Hessen und seine Politik im Jahre 1866 (1890)
286. Franz Schmidt: Hermann v. Mallinckrodt (1921)
287. Franz Schnabel: Bismarck und die Nationen (La Nouvelle Clio, 1949)
288. Franz Schnabel: Das Problem Bismarck (Hochland 1949/50)

289. Franz Schnabel: Bismarck und die Nationen (Europa und der Nationalismus, Bericht über das III. internationale Historikertreffen in Speyer, 1950)
290. E. Schneider: Württembergs Beitritt zum deutschen Reich 1870 (Württ. Vierteljahrshefte für Landesgeschichte N. F. 29)
291. G. v. Schoch: Bismarck und die orientalische Frage im Jahre 1870 (Pr. J. 142)
292. Hans Joachim Schoeps: Das andere Preussen (1952)
293. Wilhelm Schüssler: Das Geheimnis des Kaiserbriefes Ludwigs II. (Festschrift für O. Becker, 1954)
294. Wilhelm Schüssler: Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867 (1929)
- 294a. Wilhelm Schüssler: Noch einmal: Bismarck und die Nationen (La Nouvelle Clio 1949/50)
295. Lothar v. Schweinitz: Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz (2 Bände, 1927)
- 295a. Lothar v. Schweinitz: Briefwechsel (Hsg. W. v. Schweinitz, 1927)
296. R. Schwemer: Geschichte der freien Stadt Frankfurt am Main 1814 bis 1866 (3 Bände, 1910-1918)
297. Ernst Schwening: Dem Andenken Bismarcks (1899)
298. Rudolf Stadelmann: Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik (1933)
299. Rudolf Stadelmann: Moltke und der Staat (1950)
300. E. Stamm: Ein berühmter Unberühmter (1948)
301. E. Stamm: K. Frantz und Bismarck (1917)
- 301a. E. Stamm: Konstantin Frantz (1930)
302. Alfred Stern: Geschichte Europas von 1815 bis 1866 (Bd. 9 u. 10, 1924)
303. Lawrence D. Steefel: The Schleswig-Holstein Question (1932)
304. A. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Bismarck und die Verständigungspolitik 1864-66 (1929)
305. Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode: Robert von der Goltz (1941)
306. Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode: Deutschland und die Vereinigten Staaten im Zeitalter Bismarcks (1933)
307. Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode: Bismarck (Neue Deutsche Biographie, Bd. II)
308. A. v. Stosch: Denkwürdigkeiten (1904)
309. M. Straganz: Zur Geschichte der Stoss ins Herz-Depesche des Grafen Usedom (1922)
310. A. Thiers: Notes et Souvenirs 1870-1873 (1903)
311. Christoph v. Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten (1905)
312. Friedrich Thimme: Bismarck und Hannover (Niedersächs. Jahrb. f. Landesgesch. 12)
313. Friedrich Thimme: Wilhelm I., Bismarck und der Ursprung des Anxionsgedankens 1866 (HZ 89)
- 313a. Heinrich v. Treitschke: 10 Jahre deutsche Kämpfe (1874)

314. Heinrich Triepel: Zur Vorgesch. d. Norddeutsch. Bundesverfassung (Festschrift f. Gierke, 1911)
315. Ernst Troeltsch: Politische Ethik und Christentum (1904)
316. Stefan Türri: Fürst Bismarck und die Ungarn (Dt. Rev. 25)
317. Karl Twesten: Machiavelli (1868)
318. Briefwechsel Twestens mit Rudolf Haym (Pr. J. 195)
319. Hans Viktor v. Unruh: Erinnerungen (1895)
320. Graf Usedom: Briefe an eine Freundin 1862-73 (Dt. R. 22)
321. Veit Valentin: Bismarcks Reichsgründung im Urteil englischer Diplomaten (1938)
322. J. Vilbort: Das Werk des Herrn v. Bismarck 1863-1866 (1870)
323. Carl Frd. Graf Vitzthum von Eckstädt: St. Petersburg und London (1886)
324. Carl Frd. Graf Vitzthum von Eckstädt: London, Gastein und Sadowa 1864-1866 (1889)
325. W. Vogel: Die Tagebücher des Frhr. v. Dalwigk als Geschichtsquelle (1933)
326. Ernst Vogt: Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung (1914)
327. Otto Vossler: Bismarcks Ethos (HZ 171)
328. Alfred Graf Waldersee: Denkwürdigkeiten (Hsg. H. O. Meisner, 2 Bände, 1922/23)
329. H. Wagener: Der Niedergang Napoleons III. (1890)
330. Adalbert Wahl: Die Unterredung Bismarcks mit dem Herzog Friedrich v. Augustenburg 1. Juni 1864 (HZ 95)
331. Georg Waitz: Das Recht des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein (1863)
332. H. Warenholtz: Bismarcks Kampf um den Vorfrieden von Nikolsburg 1866 (Diss. Bonn 1939)
333. A. v. Warnstedt: Rechtsgutachten der deutschen Juristenfakultäten in der schleswig-holsteinischen Successionsfrage (1864)
334. Hermann Wendel: Bismarck und Serbien im Jahre 1866 (1927)
335. Paul Wentzcke: Zur Naturgeschichte der Luxemburger Frage (Zeitschrift Westmark 1922)
336. E. Wertheimer: Graf Julius Andrassy und seine Zeit (1910)
337. E. v. Wertheimer: Zur Vorgeschichte des Krieges von 1870 (Dt. Rdsch. 185/86)
338. E. v. Wertheimer: Bismarck im politischen Kampf (1929)
339. Osk. v. Wertheimer: Napoleon III. Abenteurer, Frauenheld, Caesar (1928)
340. von Werthern: General von Versen (1898)
341. a E. Westphal: Bismarck als Gutsherr (1932)
342. Albert Wucher: Theodor Mommsen, Geschichtsschreibung und Politik (1956)
343. Georg Wünsch: Evangelische Ethik des Politischen (1936)

344. H. A. Zachariae: Staatsrechtliches Votum über die schleswig-holsteinische Successionsfrage (1864)
345. Egmont Zechlin: Bismarcks Stellung zum Parlamentarismus bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes (Diss. Heidelberg 1922)
346. Johannes Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs, Band 1. Die Reichsgründung (1925)

## QUELLEN-NACHWEIS

Die *schräg* gedruckten Zahlen dieses Buches verweisen auf die Nummer des Literaturverzeichnisses; die Zahlen hinter dem Komma geben die Seite des zitierten Buches an. Bei mehrbändigen Werken sind die Band-Zahlen in römischen Ziffern angegeben. Wenn zu einem Stichwort mehrere Quellen zitiert werden, so sind sie durch ein Semikolon (;) getrennt.

3 Palmerston: 187, 30 f – Spaltpilze: 38 J, 81 – 4 Urkunden: 281 III, 1–27 – König Frederik: 311, 487; Preuss. Intervention: 281 III, 49 – 5 Dän. Zeitungen: 281 III, 51 – 6 Zusatzvertrag: 268, 23 – Danisierung: 219 I, 483 f – Dän. Beamte: 311, 362 – finanzielle Last: 281 III, 88–8 Bismarck im Abgeordnetenhaus: 32 X, 181 – 9 kriegerisch: 234, 100 – auswärtige Politik: 24 VI, 194 – 10 Hannover: 281 III, 129, 199 – Times (Memorandum Palmerstons): 303, 61 – Bundesexekution: 32 IV, 182 – goldene Brücken: 321, 212 – 11 Halsstarrigkeit: 303, 88/92 – Kriegserklärung: 281 III, 140– Thronbesteigung: 281 III, 152 – Friedensfreundlichkeit: 32 IV, 206 – 12 Rechtsgutachten: 333, 343 – Verfassungseid: 46, 56 – 14 Zusammengehörigkeitsgefühl: 29, 50 – 16 Staatsratsitzung: 32 XV, 254 – Reaktion Friedrich Wilhelms: 268, 194 – 17 solchen Schachzug 32 IV, 401 – Freundschaft Russlands: 234, 109 – 18 Bernstorff: 28 I, 559 – Vorschläge Napoleons: 303, 293 – Buchanan: 303, 292 – Grenzen seines Entgegenkommens: 32 IV, 274 – Lossagung vom Londoner Protokoll: 144, 193 – 19 Englands Sprache: 303, 362 – halbamtlicher Bericht: 303, 361 – 20 Rheinwünsche: 216 I, 20 – Bündnisangebot: 56, 47 – Hilfe Frankreichs: 38 II, 94 – 21 Österreich: 56, 57 f – Bündnis mit Frankreich: 56, 3 – 22 Revolutionen durch Napoleon: 303, 311 – 24 Franz Josef: 139, 284 – Rechberg: 80, 129 – 25 Marcks: 185, 81 – 26 Rochau: 144, 188 – Gesamt-Mobilmachung: 305, 351 – null und nichtig: 145, 147 – Liberale Zeitung: 155, 81 – Treitschke: 183 II, 110 – 27 Kronprinz: 105, 192, 222 – Raubstaaten: 183 II, 92 – Tagebuch: 105, 229 – Strafgericht: 105, 231 – edle Absichten: 105, 273 – Konservativen: 311, 339 – Altliberale: 61a, 327 f – Vertagung: 24 V, 225 – Schleinitz: 305, 353 – 28 Kriegserklärung aus Dänenfreundlichkeit: 305, 371 – Lachen: 219 I, 561 – 29 Ablehnung der Abberufung: 305, 154 – 30 Brief an Goltz: 32 XIV, 658 ff – Brief von Schleinitz: 305, 355 – Oberwasser: 305, 368 – Bismarcks Gegenspieler: 305, 150, 159 – 31 Keudell und Bismarck: 157, 135 f – im Stiche lassen: 34 I, 99 – Schlaflosigkeit: 34 I, 102, 108 – Kräfte übersteigen: 34 I, 94 – Augustenburger Bewegung: 105, 230 – 32 Abschiedsgesuch: 32 XIV, 658 – Brief an Roon: 32 XIV, 661 – 33 Bitten Sachsens und Hannovers: 32 I, 210 – 34 Hartnäckigkeit des Reichstags: 281 III, 190 – Münchener Volksversammlung: 281 III, 214 – Bismarcks Antwort: 281 III, 206 f. Österr.-preuss. Note: 281 III, 224 – 35 Brief Palmerstons: 303, 165 – Sybel über die Handlungsweise des Abgeordnetenhauses: 144, 183 – 36 Kelch der Schande: 144, 212 – Virchow: 219 I, 487 – 37 Bismarcks Antwort: 32 X, 194 ff. Virchow: 32 X, 197 – 38 Bismarck gegen Virchow: 32 X, 197/198 – Mohl: 144, 194 f – Mommsen: 144, 216 – Bernhadi über die Liberalen: 24 V, 143 f. 39 Ministerium an der Gurgel: 220, 185 – Bestehen auf Verfassungsgarantien: 144, 195 – Waldeck über den Sieg: 61 a, 323 – Prophezeiung der Demokraten: 2, 399 – Gneist: 113, 107 – Bismarck vor dem Landtag: 32 X, 202 – 40 Bismarck über Politik der Vorsicht: 32 X, 213 f – Entschliessung: 268, 230 – 41 Kronprinzessin Viktoria: 100 a, 37 – Landwehrlaute: 219 I, 493 – Einspruch des Landtags: 180, 247 – Kriegsplan Moltkes: 281 II, 238 – Vergissmeinnicht: 194 I, 137 – 42 Londons Antwort: 272, 73 – Kabinettsbeschluss: 303, 173; 321, 232 – Andeutung Napoleons: 303, 181; 216 I, 27 – 43 Politik der Trinkgelder: 254, 177 – endloses Ringen: 303, 197 – König Wilhelm: 34 I, 109 – 44 Telegramm Wrangels: 32 IV, 328 – Wrangel und Bismarck: 281 III, 254 – so blamiert: 59, 209 – tugendhafte Ton: 94, 342 – 45 Berliner Kreise: 105, 348 – Bismarck als Zuschauer: 59, 196 f – Friedrich an Bismarck: 224a, 152– Rüge Viktorias: 59, 209 – Bismarck an Roon: 32 XIV, 664 – 46 Stadium der Personalunion: 281 III, 316 – 47 Erklärung der dän. Delegation: 303, 227, 229; 281 III, 317 f – Vorschlag Bismarcks: 281 III, 331 f – 48 Biegeleben: 303, 342 – Friedrich von Augustenburg: 108, 83, 85 – Dölgitz für niente: 137, 23 – fortschrittliche Anschauungen: 38 II, 90 – Brief an Napoleon: 267, 106 – Rücksicht auf Preussen: 24 V, 239 f. 49 Einfluss Samwers: 311 I, 322; 46, 58; 308, 207; 24 VI, 52 – Samwer Ministerpräsident: 24 VI, 110 – schlechterer Ratgeber: 46, 170 – 50 österr. Einfluss: 195, 64 – Erklärung: 24 VI, 109 – 51 schimpfliche Bedingungen: 268, 340 – 52 Anweisung an Bernstorff: 32 IV, 448 – Verbündeter Preussens: 268, 351 – Blindheit zu schlagen: 330, 70 – 53 Randbemerkung Bismarcks: 123



I, 247 – Selbstbestimmung der Grenze: 123 I, 210 f – demokratische Grundsätze: 212, 85 – österr. Bedenken: 32 IV, 424; 56, 79 – Kreuzzeitung: 195, 107 – 54 Schlei-Grenze: 302 IX, 381 – dän. Fehler: 254, 173 – Clarendon: 27, 572 – Bismarcks Antwort: 303, 253 – Wiederaufnahme der Feindseligkeiten: 24 VI, 130 – Abwarten Frankreichs: 303, 247 – Gortschakoff: 303, 253 – engl. Kabinett für Frieden: 281 III, 358 f – 55 engl. Interesse: 32 I, 234 – franz. Aussenminister: 123 I, 272 – Russell: 38 I, 93 – Ablehnung ihrer Vorschläge: 303, 254 – engl. Biograph: 254, 166 – 56 Mommsen: 203, 378 ff – 57 Aktenstücke in Stockholm: 93, 395 ff; 303, 372 – ehrlicher Krieg: 262 II, 262 – Viktoria: 123 I, 276 f – unpolitisch: 123 I, 279 – 59 Brief Moltkes: 201 VI, 62 – Geschichtsprofessor: 202, 229 – 60 Bismarck über Moltke: 299, 31 – Spazierenreiten: 201 IV, 176 – Windthorst über Moltke: 299, 36 – Pensionierung: 299, 21 – 61 Aussenminister: 202, 35 – Kämpfer: 299, 57 – Forckenbeck: 224, 140 – 62 franz. Protektorat: 144, 22 – gerichtliche Verantwortung: 144, 23 – Engel vom Himmel: 144, 227 – Ablehnung der Anträge Bismarcks: 32 X, 251 – 63 Bismarck zum Kommissionsbericht: 32 X, 237 f, 239 – moralische Linie: 197, 116 – 64 Erholung: 197, 118 – 65 Bismarck gegen Virchow: 32 X, 244 – Taktik des Konflikts: 61a, 328 – Hoverbeck: 223 II, 64 – Magnetberg: 215, 687 – 66 Droysen: 24 VI, 111 – Twesten: 317, 15 – Mommsen: 203, 401 – Jörg. Verhängnis Preussens: 160, 81 f – Jörgi Realpolitik: 263, 771 – Miquel an Marx: 204, 55 – 67 Bennigsen über Miquel: 138, 19 – Miquel: 215, 652 – Baumgarten: 15, 191 – 71 Bismarck und Grossfürstin Helene: 195, 239 – 72 Franz Joseph: 58, 310 – Plan Bismarcks: 55, 81 – Auswechslungsvertrag: 278, 43 – 73 Persönlichkeit Franz Josephs: 104a, 493f – Verkehr: 238, 200 – rechwegselbare Geschöpfe: 238, 109 – trennen: 104a, 498; Gesichtskreis: 56, 26 – 74 Formalist: 104a, 530 – Jagd: 58, 273 – beängstigende Sympathie: 326, 44 – 75 Delbrück: 68, 323 – Königin Augusta: 68, 318 – 76 entprechende Floskel: 280 IV, 212 – Mensdorff: 22, 3f, 14; 56, 145; 104 I, 109; 302 IX, 397 – Königrätz: 280 IV, 255-77 Esterhazy: 104 I, 128f, 160; 22, 12 – Biegeleben: 275 II, 19 – Bürde der Verantwortung: 104 I, 110, 163 – 78 Gedankengang Biegelebens: 104 I, 163; 280 IV, 191 f; 56, 150f – Sonette: 30, 345 f-79 Hannover zum Abzug: 132 II, 190 – Bismarcks Lösung: 56, 166 – Johann an Wilhelm: 280 IV, 222 – 80 Biegeleben an Karolyi: 3 IV, 371 f – Antwort Bismarcks: 3 IV, 524ff-81 Zusammenstellung der preuss. Forderungen: 56, 181 – sächs. Mätresse: 3 IV, 521 – Kladderadatsch: 14, 46 – Holstein samt Prälaten: 3 IV, 419 – 82 schlechter Scherz: I V, 691 – Biegeleben: 30, 298 – Schleswig-Holstein. Zeitung: 24 VI, 185 – Geldentschädigung: 280, 241 – Allianz von Schönbrunn: 3 IV, 609ff- Herzog kaufen: 104 I, 113; 280 IV, 242 – Glatz: 3 IV, 597 – Hohenzollern-Sigmaringen: 56, 227 – 83 Bismarck an Savigny: 32 XIV, 692 f – Verringerung der Landsoldaten: 32 V, 178 – Antwort Bismarcks: 3 IV, 638 – Gegenleistungen: 104 I, 160 – Bismarck an Karolyi: 3 IV, 628f- 84 Bismarck zu Hohenthal: 131 II, 222 – österr. Verwaltung gegen preuss. Einfluss: 3 IV, 729 – Schildwachen: 132 II, 243 – Bismarck über dän. Bevölkerung: 32 V, 194 – 85 Bismarcks Vorschlag im Kronrat: 32 V, 189 – Manteuffel: 156a, 71 – Urteil des Kronsyndikats: 281 IV, 138f – 86 Haltung Friedrich des Sachten: 56, 230f- Biegeleben: 56, 231 – Bismarck und Pfördten: 32 V, 241 – Vorbereitung der Verhaftung: 298, 41 – Augustenburger: 268, 773f – pädagogische Taktik: 32 V, 240 f- Krieg mit Österreich: 56, 249 – 87 Werther: 326, 70 – Beeinflussung des Königs: 132 II, 251; 280 IV, 256 – Franz-Joseph zu Belcredi: 22, 7; Biegeleben: 280 IV, 263 – 88 Geldmangel: 280 IV, 272 – 89 Bericht an Beust: 3 V, 17 – 90 Lösung des Problems: 280 IV, 275 – Bedingungen Bismarcks: 142, 294f- 91 Vertagung der Frage: 3 V, 12 – 92 Bismarck zu Beust: 60, 185 – Lancierte Pressenotiz: 157, 219-93 Bismarck an Wilhelm: 34 I, 119f- achtfaches Ohnütz: 145, 149 – Bismarck über Napoleon: 216 I, 22- 94 Russell: 302 IX, 428 – unblutiger Sieg: 184, 252 – Gnadenbeweis: 157, 224 – 95 Bismarck und Keudell: 157, 220 – 96 Goltz\* Kritik: 32 V, 226 – 98 Bannfluch der Nation: 322, 158 – Anleihen: 280 IV, 298f, 32 V, 325 – Bismarck in Biarritz: 305, 186 – Mérimée: 219 I, 512; 339, 309 – 99 Stimmung Napoleons: 32 V, 307 – Bismarck an Wilhelm: 89, 232 – 100 Goltz an Bernstorff und Schleinitz: Haschen nach Effekten: 305, 412 f- allgemeiner Rausch: 305, 412 – Methode indem Verfahren: 305, 390 – 102 Goltz an Schleinitz: 305, 392 – Thile: 270, 264 – 103 friedliche Erledigung der Meinungsverschiedenheiten: I VI, 91 f- Anweisung zum Mittelkurs: 56, 317- Wilhelm über den Augustenburger: 56, 316-104 dogmatisches Rüstzeug: 311, 456 – Reden Manteuffels: 32 V, 304 – widersprüchliches Pathos: 32 V, 304 – Bismarck an Manteuffel: 32 XIV, 705 f-105 Manteuffel an Roon: 262 II, 311 – türkischer Pascha: 302 IX, 431 f- Protest Preussens: 32 V, 367 – Verweis Franz Josephs: 3 V, 173 – 106 Verordnung Manteuffels: 56, 366 – Beust: 280 IV, 315 – Drohungen Bismarcks: 3 V, 201 – man sei kaum zurechnungsfähig: 3 V, 197 – 107 Situation in voller Krise: 3 V, 220 – Österreichs Illusionen: 56, 307f- Ablehnung: 56, 307 – Geistlichkeit: 302 IX, 451 – Antwort Frankfurts: 32 V, 313 – Anerkennung Italiens: 56, 330 – Entschluss zum Krieg: 280 IV, 316f- 108 Frage nach dem Gasteiner Vertrag: 3 V, 298f – ausweichende Antwort: 3 V, 306 – 109 Haus- und Familienwanzen: 112, 24 – Auguste über Bismarck: 217 I, 502 – Kronprinz über Bismarck: 295a, 120, 123 – 110 Alexander von Hessen: 57a, 208 – Unsittlichkeit der Politik: 59, 225 – Ernst von Koburg: 3 V, 69; 112, 153 – Ablehnung der Unterredung: 3 V, 381 – 111 Brief Mensdorffs: 32 V, 438 – neues Olmütz: 328, 263 – Preussen als Angreifer: 32 V, 390 – revolutionäre Politik: 305, 145 – Größen: 345, 163 – Erlass an das Offizierkorps: 65 V, 181 – Goltz an Wilhelm: 32 V, 440 – Randnotiz Wilhelms: 34 I, 144 – Empfehlung an die Hansestädte: 280 IV, 453-112 Sturz Bismarcks: 3 V, 292 – Mätresse: 3 V, 312 f-gottlose

## Quellen-Nachweis

Gewaltpolitik: 56 a, 45-liberale Geheimräte: 56a, 14 – Thile: 110, 294; 270, 261 – Keudell über Thile: 157, 23 – 113 Wilhelm über Bismarck: 60, 146 – Entlassung: 184, 252f – Gewissenskampf: 104 I, 330 – Wilhelm zu Schneider: 104 I, 298 – Hohenlohe: 147 II, 219 – Abeken: 129, 32 – 114 am König krank: 217, 503 – Bismarck über Wilhelm: 345, 157 – Roan an Blankenburg: 262 II, 400 – 115 Waldeck: 224, 137 – Virchow: 61 a, 333 – Trümmer: 61, 253 – zu Treitschke: 313a, 94 – Trottoir: 144, 307 – Engels: 183 II, 165 – Mohl: 232, 158 – Flugblatt: 56 a, 50; 104 I, 301 – 116 Richter: 223, 82 – Geisteszustand: 235, 60 – Reichsverräter: 235, 139 – unmännliche Gesellen: 235, 99f – Ankündigung eines Attentats: 196, 290 – 117 Attentat: 196, 291 – 118 Bismarck nach Petersburg: 32 V, 490f – Vaterunser: 42, 683 – gehasset: 196, 292 – 119 Reaktion in London: 27, 588 – Beobachter: 14, 176 – abgekartetes Spiel: 14, 170 – Kriegsminister: 326, 67 – Gradaus: 235, 146 – Bamberger: 12, 1 – 120 staatsrechtlichen Sinn: 292, 37 – Zehn Gebote: 292, 28 – scheussliche Irrlehre: 140, 55 – Annektion: 110, 310 – Unrecht verjährt: 247, 55 – konservative Regierung: 247, 119 – 121 Grapsger: 140, 43 – Geduld verlor: 140, 50 – Zurückweichen: 140, 31 – Paradoxon: 140, 21 – Gerlach an Kleist-Retzow: 140, 13 – besudelnde Verbindung: 247, 158 – 122 Lob Bismarcks: 140, 46 – 123 träumerisches Naturell: 228, 54 – über Napoleon III.: 183 II, 152; 339, 217f-124 Napoleon als Schiedsrichter: 216 I, 35 – Wetten: 58, 347 – Standkraft: 219, 514 – 125 Rheinbund: 216 I, 34 – in altem Glanze: 216 I, 27 – Napoleons Pläne: 32 VI, 202 – europäische Menagerie: 104 I, 315 – Bismarck zu Benedetti: 187, 76f; 25, 95f – 126 Bündnisanregung: 216 I, 31 – Hilfe Italiens: 302 I, 442 – Cavour: 150, 132 – 127 italien. Bedenken: 302 IX, 453 – Instruktion für Moltke: 32 V, 396ff – 128 Govone und Bismarck: 104 I, 185f; 117, 21; 187, 83 – Govone über Bismarcks Pläne: 117, 24 – Gegenspieler: 104 I, 185 – 129 Bismarck zu Govone: 117, 211 – Titel des Vertrags: 187, 142 – 130 Anspielungen: 21, IIOF – Bismarck an Wilhelm: 302 IX, 482 – Kriegausbruch: 117, 194 – 132 Doppelspiel: 216 I, 123 – Trinkgeld: 249, 356f – 133 Einberufung eines deutschen Parlaments: 344, 38 – Gortschakoff: 345 I, 148 – Reaktion in Frankreich: 344, 46; 280 IV, 349 – 134 beste Rede: 126, 137 – österr. Bundestagsgesandte: 3 V, 446 – 135 Beobachter: 235, 136 – Allgemeine Zeitung: 56, 400 – bad. Ministerpräsident: 3 V, 573f – 136 keine neuen Bundesstaaten: 280 IV, 372 – Krieg wagen: 169, 271 – Bayern für Reformplan: 169, 292 – Pfordten: 100, 359 – Bismarck an Ernst von Koburg: 83 III, 527 – 137 wohlthätiges Feuer 20, 287 – Bismarck zum Wahlrecht: 104, 199 – 138 Bismarck zu Benedetti: 39, 460 – 139 von der Etsch bis an den Belt: 169, 284 – Becker: 20, 297 – Mommsen über die Fraktion: 144, 251 – Mommsen an Sybel: 144, 250 – 140 Zeitungsleser: 144, 250 – Haym: 144, 286 – Duncker: 134, 380 – Wehrenpfennig: 134, 293 – Baumgarten: 134, 302 – Treitschke: 14, 92 – 141 Ziegler an Rodbertus: 61, 244 – Rodbertus an Ziegler: 61, 245f – 142 allgemeine Demoralisation: 144, 499 – 143 Bennigsen: 215 I, 702 – Bernhardt zu Bennigsen: 24 VI, 300, 302f – Bismarck zu Bernhardt: 24 VI, 304 – 144 Bismarck und Miquel: 32 VII, 119 – Bismarck und v. d. Heydt: 280 IV, 430 – Bismarck und Loftus: 321, 300 – 148 Beschluss des Kriegsrats: 56, 386 – falsche Nachricht: 150, 391 – 149 Schreiben Manteuffels: 32 V, 461 – Wilhelm zu Bismarck: 34 I, 138 f – 150 Agentennachricht: 151, 100; 3 V, 553 – Zar Alexander: 280 IV, 363 – Mensdorff an Esterhazy: 3 V, 561 – Gesamtmobilmachung: 302 IX, 464 – 151 Improvisation Friedrichs d. Gr.: 313a, 16 – Siegesgewissheit: 104 I, 281 – kein milder Friede: 57, 15 – kein zweites Olmütz: 144, 288 – Karolyi: 196, 302 – Friedensdemonstrationen: 3 V, 511 – 152 Hohenlohe: 147 I, 157f – ungar. Freiwillige: 57, 27 – Wiener Presse: 104 I, 281 – Freigabe der Presse: 104 I, 281 – 153 Ost-deutsche Post: 14, 120 – Tollhäusler: 14, 121 – Tiroler Stimmen: 14, 121 – steirischer Notar: 104 I, 280 – Verständigung mit Österreich: 3 V, 486 – fessellose Entwicklung: 3 V, 489 – Träumen und Denken: 219 I, 519 – 154 Luftschlösser: 219 I, 519; 302 IX, 474 – Entlassung Bismarcks: 324, 185 – Österreich und die Kongressidee: 228, 81 – 155 Gewinn durch Verzicht: 20, 290 – 156 Gablenz-Plan: 3 V, 519f – 157 moussierender Wein: 20, 276 – Vorschläge Moltkes: 3 V, 502; 19, 277 – Bismarck zu österr. Diplomaten: 56, 419 – 158 Kronprinz und Bismarck: 308, 63f – 159 drei Schritte näher: 20, 286 – kindliche Beurteilung: 22, 21 – 160 süsse Rache: 56, 424 – Mensdorff: 3 V, 591 f – Oberbefehl an Bayern: 20, 294f – 161 geteilte Stimmung: 322, 233 – 162 Blome über Pfordten: 280 III, 178 – Vorherrschaft an Preussen: 56, 371 – Einzug in Berlin: 117, 164 – Ludwig II. an Wagner: 245, 119 – Flucht auf die Roseninsel: 245, 134 – Hohenlohe: 147, 160 – Nürnberger Anzeiger: 265, 96f – 163 Jolly: 133, 143 – Varnbüler: 235, 142 – Beobachter: 235, 133 – Planck: 235, 159 – Dalwigk: 280 III, 227 – 164 franz. Einmarsch: 326, 113 – Provinzen ausbitten: 326, 104 – Beust: 24 VI, 308 – unzurechnungsfähig: 103, 92 – Bismarck über die Kleinstaaten: 171, 91 – 165 Ernst von Koburg: 171, 51 – Kriegserklärung durch Bettler: 89a, 500 – Georg II.: 280 III, 244; 215, 269 – Führung auf den Meeren: 280 III, 249 – 166 kindliche Schikane: 48, 625 – Bennigsen: 215 I, 703 – 167 Bennigsen an seine Gattin: 215 I, 734 – Töchter-schullehrer: 192, 203 – erhebliche Misserfolge: 163, 48 – geringe Befähigung: 163, 99 – Gedankenabwesenheit: 163, 235 – 170 Österreichs Zugeständnisse an Napoleon III.: 56, 434-437; 280 IV, 408-413-171 Srbik: 280 IV, 413-174 Napoleon an die Italiener: 302 IX, 486 – Bismarck an Usedom: 260 a, 87 – 178 Preussen im Bundestag: 280 IV, 419 – Verlassen der Versammlung: 89 a, 505 – Vers im 9. Psalm: –157, 216 – 179 Seherr-Thoss über Bismarck: 271a, 70ff – Bismarck zu mehreren Diplomaten: 280 IV, 422 – 180 Forckenbeck: 319, 253 – Korps am Rhein: 122, 86 – 181 Boyen: 65, 196 – Benedeks unverdienter Ruhm: 65, 193 –

Krismanic: 104 Z, 467 – starre Regel: 104 II, 217 – Beck an Franz Joseph: 58, 357 – Franz Joseph an Benedek: 104 II, 213 – 182 Salut des Himmels: 104 I, 196 – Moltkes Entschluss zur Schlacht: 24 VII, 258 – 183 Partie Landsknecht: 117, 149 – Manstein: 65, 210 – 184 Roon: 262 II, 448f. – Tod suchen: 157, 292 – Nachtquartier: 32 XIV, 718; 186, 357 – Uniform gegen Rheuma-Anfälle: 32 VII, 177 – militärische Dekolletierung: 229, 25 – 185 Kaiser Maximilian: 104 II, 375; Sommernachtsfest: 104 II, 374 – 186 Blumenthal: 104 II, 618f. – Marmora bei Custozza: 302 IX, 507 – Marmoras Voraussage: 24 VIII, 263 – 187 Verlegung der Südmaree: 58, 364 – 188 Hessen-Darmstadt: 89a, 510 – Prinz Karl: 280 IV, 442 – 189 Beobachter: 235, 166 – 190 Beck an Pfordten: 104 I, 465 – Bitte um franz. Einmischung: 326, 40 – Schutz der Bundesratsmitglieder: 104 II, 449 – Prinz Durcheinander: 133, 131 – 191 Baumgarten an Sybel: 144, 315 – Preussenhass in Frankfurt: 296 III, 192 – Flugschriften: 296 III, 192 – Frankfurter Zeitungen: 296 III, 220 – Sklavenbarone: 296 III, 257 – 192 Verunglimpfungen der Gegner: 296 III, 301 – keine Verteidigung: 296 III, 295f. – die Hände binden: 296 III, 313 – Bombardement: 296 III, 302 – Vermögen Rothschilds: 70, 306 – 193 Kontribution von 25 Mill.: 32 VI, 63 – Mittel zum Anschluss: 32 VI, 100 – Manteuffel als Vizekönig: 70, 319 – odiose Sache: 296 III, 334; 165, 32 – Termin von 24 Stunden: 165, 33 – Betrag aufbringlich: 296 III, 331 – 194 Verhandlungen mit Manteuffel: 165, 37 – Manteuffel zu Ellwanger: 165, Anhang ZX-195 persönliche Haftung: 296 III, 351 – Rothschild: 70, 360 – Pariser Rothschild: 329, 121 – Manteuffel 296 III, 341 – 196 angebliche Anweisung Bismarcks: 296 III, 358 – Zivilgouverneur v. Patow: 296 III, 362, 419 – Rothschild beim König: 296 III, 386 – unparteiische Kommission: 296 III, 402 – Verhandlungen mit Frankfurt: 296 III, 397 – Verhängnis des Bürgermeisters Fellner: 296 III, 355f. – 197 Bennigsen an seine Schwester: 215, 745 – 198 Konstantin der Grosse: 23, 44 – Schnabel: 288; 289, 96f, 104f. – russische Gesandte: 233, 346 – 199 Faktor des Rechtes: 32 I, 26 – Frantz an Wagner: 283, 27 – Erniedrigung Dänemarks: 301, 19 – Selbstgesetzgebung: 98, 26 – 200 allgemeine Ansichten: 98, 15 – Volksvertreter: 300, 129 – organisierte Körperschaften: 98, 118; 188, 62f. – Berufsvertretungen: 98, 23 – Zirkus: 283, 80 – höhere Blödsinn: 98, 15 – Weltherrschaft des Judentums: 99 III, 215 – deutsches Reich jüdischer Nation: 99 III, 112 – 201 Nationalsozialisten: 283, 12f. – Aktiengesellschaften: 301, 183 – Gemeindebetriebe: 98 XVIII-finnischen Meerbusen: 98, 140 – Titelverbindung: 99 II, 64 – hinter den Dnjestr: 98, 143 – Donaumündungen: 99 II, 69 – Ukraine: 301, 22 – 202 Bild des Ganzen: 98, 140 – Stellung Russlands: 98, 170 – Zweige unseres Stammes: 98, 134 – Holland und Dänemark: 98, 134 – neue Reich: 283, 69f. – Weltsprache: 99 II, 125 – 203 Orient: 98, 185 – Teile Kleinasiens: 98, 190 – drei Bünde: 283, 146 ff. – 204 halb Cavour: 98, 95 – förderative Partei: 99 III, 201 – 205 Frantz über seine Anhänger: 99 III, 208f. – Rübenzucker: 99 I, 18 – 206 Lobredner: 288, 23 – 211 den Rhein verloren: 284, 251 – 212 de Lhuys: 104 II, 343, 329, 247; 339, 314 – Thile: 270, 266 – 214 Bismarcks Erwägung: 216 I, 153 – Napoleon III. fast gebrochen: 216 I, 340 – Eugenie zu Reuss: 281 V, 236 – drohender Ton gegen Italien: 32 VI, 50 – ungar. Legion: 32 VI, 37, 47 – 215 Ingangsetzung von Napoleons Vermittlung: 32 VI, 55 – Bismarck nach Paris: 32 VI, 44 – 216 Keudell: 62, 154 – Instruktion für Goltz: 32 VI, 44f. – 217 einig mit Moltke: 32 VI, 61 – eigener Vorteil: 201 VI, 456 – Bismarck über weiteres Vorrücken: 157, 297 – Cholera: 105, 482 – 218 militärische Fronde: 127, 47 – ausgespuckt: 69, 37 – fordernde Briefe: 32 VI, 46 – Johanna an Keudell: 157, 298 – Usedom: 149, 321 – 219 keine österr. Provinzen: 32 VI, 53 – 220 Ricasoli zum König: 281 V, 228 – 221 Spott der Pariser: 104 II, 346 – Benedetti im Hauptquartier: 157, 296 – Benedetti zum Angliederungsplan: 4 XI, 53 – in Europa Schule zu machen: 104 II, 417 – Tiefenbacher: 50 I, 354 – 223 Goltz und die Friedensbedingungen: 32 KZ, 64 – das ganze feindliche Norddeutschland: 32 VI, 65 – Berufung des Kronprinzen: 32 VI, 69 – Brücke für Napoleon: 32 I, 321, 321 – 224 Rücktrittsdrohung: 183 II, 233 – Roon: 183 II, 233 – Zweifrontenkrieg: 32 VI, 68 – Piepmeyer: 32 II, 289 – Moltke: 104 II, 430 – 225 Abenteurer Bismarck: 219 I, 562 – Einverständnis Napoleons III.: 216 I, 373 – Bismarck über Goltz: 39, 592 – 226 österr. Kriegsmi-nister: 302 IX, 541 – Steigen der Kurse: 57, 29 – Venetien an Preussen: 216 I, 381 – Bismarck über Sachsen: 4 XI, 203 – Abendrot seines Alters: 8, 340 – 227 er hat zugestimmt: 244, 182 – 228 Abeken über Bismarcks Mässigung: 8, 341 – Bismarck an Schweinitz: 32 VI, 93 – 229 Preussenfreundlichkeit in England: 281 VI, 5 – sächs. Gesandte: 324, 254 – Vicky: 193, 77 – 230 bitterste Antwort: 193, 78 – Kandidatur Fritz Holsteins: 320, 291 – Entgegenkommen Bismarcks: 32 VI, 114, 119 – freies Reichsland: 236, 21 – Vergessen des Krieges: 57, 73 – Kürnberger: 57, 52 – 231 Freytag: 57, 67 – Bamberger: 12, 49 – 232 Überreichung der Gastwirtsrechnung: 302 IX, 562 – 234 Bismarck zu Benedettis Bericht: 216 II, 7 – suggestive Kraft: 4 XI, 219ff; 216 II, 7; 258, 10f; 284, 89f. – deutsche Presse: 258, 17 – Benedetti an Paris: 4 XZ, 381 – Benedetti bei Bismarck 4 XI, 394f. – 235 deutsche Bevölkerung: 4 XI, 397 – geradezu herzlich: 4 XI, 399 – engl. Botschafter: 32 I, 249 – 236 revolutionäre Stöße: 157, 305 – Angriff au Rom: 258, 19 – Note an Goltz: 32 VI, 109 – 237 Mac Mahon: 216 II, 54f. – erfundene Darstellung: 4 XII, 72 – 238 interne franz. Denkschrift: 216 II, 81f. – Forderungen Benedettis: 32 VI, 133 – Bismarck zu Benedetti: 216 II, 35, 100; 32 VI, 159, 245; 284, 270 – 239 Antwort auf den Entwurf: 32 VI, 159 – Preussen als Versucher: 284, 176 – Gegenschachzug: 216 I, 29 – 240 Baumgarten: 144, 339 – studentische Herzlichkeit: 294, 59 – 241 Winkeldeutschland: 147, 172 –

## Quellen-Nachweis

Allianz mit Preussen: 257, 31 f- 242 Pfordten an seinen König: 257, 41 – Zettel: 43, 109 – 243 Rolle der Nemesis: 43, 109 – Thile: 270, 268 – Instruktion an Manteuffel: 32 VI, 120 – 247 unerbittlichsten Kritiker Bismarcks: 288, 22 – ohne machiavellistische Methoden: 287, 88 – 248 Hartung: 129, 9 – 249 Dazwischenretren Bismarcks: 287, 96, 101 – 250 Beust: 28, 126 – Deichhauptmannschaft: 249 a, 445 – Aufstieg des Kleinbürgertums: 249a, 447 – 254 Bismarck zu Keudell: 157, 309 – Altersrückblick: 185a, 48 – 255 Bismarck zu Keudell: 157, 310 – 256 Diest: 70, 380 – Wurst: 32 VII, 265 – 257 Bismarck über Bäume: 32 XIV, 727 – 258 offener Wagen: 157, 480 – wogende Getreidefelder: 340a, 89 – Spazierenfahren: 340a, 3 – Feldrübe: 231, 149 – Heißhunger: 32 VII, 265 – 259 Schlösschen Varzin: 196, 385f – Bismarck an Keudell: 32 XIV, 739 – Bismarck an Johanna: 32 XIV, 726f – 260 Bismarck an Delbrück: 32 XIV, 741 – 5 Monate in Varzin: 32 VII, 292, 299 – Bucher über Bismarck: 231, 255 – 261 Johanna an Keudell: 157, 373 – Gesundheit meiner Frau: 125, 160f – 262 immer oben: 125, 166 – 264 Sybel über das Heer: 144, 331 – Schwerin: 157, 312 – Simson über 1866: 276, 362 – 265 Simson über seinen Sohn: 24 VII, 287 – Bunsen: 49, 182 – Rosenthal: 24 VII, 308 – Jhering: 152, 195f- drei Monate später: 152, 206 – Gneist: 113, 100 – 266 konservative Kollegen: 248, 30; Laband: 248, 32 – nein: 196, 338- Schöffle: 248, 44- 267 Bismarck über die Minister: 105, 470- Bismarck über Selchow: 12, 243- Bismarck an Johanna: 32 XIV, 720- kindliche Liebenswürdigkeit: 157, 309 – Wahl Forckenbecks: 24 VII, 276 – 268 Bismarck zur Indemnitätsvorlage: 32 X, 278- Duncker: 74, 870- Hoverbeck: 223 III, 109- Vincke: 7, 193- 270 Bismarck: 32 X, 283 – 272 Bismarck über Waldeck: 229, 151 – Virchow: 144, 352 – Wehrenpfennig: 144, 436 – geistige Leistungsfähigkeit: 144, 434 – 273 Forckenbeck an seine Frau: 91, 8 – Bockum-Dolffs: 24 KIT, 304; 157, 311 – 274 Beseler: 144, 444 – Reifen der Früchte: 32 XI, 46 – verzehrender Ehrgeiz: 240, 174 – Trauerspiele: 240, 178f – 275 Verstand und Glauben: 240, 33 – 276 Bamberger über Twesten: 240, 144 – 277 Verteidigung der Auslegung Lippes: 32 X, 266 – 278 neue Angriffe Twestens: 240, 160 – 280 Numidierkönig Jugurtha: 32 X, 422 – Gesetzesbruch: 161, 251 – 281 Twestens Vorwurf: 215 II, 122 – Gesindel des Beamtenums: 240, 160 – 282 ideale Menschen: 281 VII, 186 – Wehrenpfennig: 144, 438 – aristidische Sinnesart: 302 X, 116 – Bewunderung für Bismarck: 277, 403, 457 – Bismarck über Lasker: 144, 442 – Sprengpulver: 224, 157 – Lasker zu Bismarck: 154, 72 – 283 Richtung weisen: 173, 42 – Kurzsichtigkeit: 78, 60, 67 – 284 Mann aus schlechter Gesellschaft: 255, 22 – Schwäche seiner Partei: 146, 36 – Entzug des Wortes: 6, 67, 311 – 285 Bamberger über Bismarck: 144, 442 – Droysen: 74 II, 886- 286 Mommsen: 49, 201- Vischer: 271, 238 – Hillebrand: 144, 328 – Baumgarten: 144, 353, 358 – 287 Vitzthum: 323, 382 – Bismarck an Thile 32 Via, 443 – Einheitsstaat: 105, 132 – Bismarck an den Kronprinzen: I VIII, 360 – 288 hoher Beamter: 138, 80 – 289 Wilhelm an Bismarck: 34 I, 163ff – hessische Staatsschatz: 161, 241 – sieben Menschen: 24 VII, 321 – Augiasstall: 24 VII, 378 – Flennen und Schmollen: 138, 90 – Bismarck an Roon: 32 XIV, 736 – 290 Jesuiten: 32 Via, 119 – schönster Verfassungskonflikt: 32 VI, 172 – eigene Unfehlbarkeit: 32 Via, 428 – antisemitischer Gesetzentwurf: 32 Via, 332 – Wilhelm in Wiesbaden: 70, 361 – 291 Verhältnisse in Hannover: 48, 624; 138, 172 – Kronprinz als Statthalter: 32 VI, 102 – 292 Waldow-Steinhöfel an Bismarck: 215, 114 – 293 Bismarck und Marwitz: 78, 141 – 294 Roon über Bismarck: 251, 322 – 295 Andrae an Bismarck: 35 III, 214ff – 296 Bismarck an Andrae: 32 XIV, 709 – 297 Vorbereitung eines Aufstandes: 281 VI, 15f – polnische Emigranten: 24 VIII, 269 – Platen an Meding: 192 III, 158 – 298 Viktoria an Bismarck: 281 VI, 288 – Stanley: 32 Via, 133 – Einkauf der Ausrüstung: 192 III, 223, 380 – Unterhaltskosten: 192 III, 454 – 299 Warnungen Bismarcks: 32 Via, 291 – Abfindung: 192 III, 474 – Ruhegeltd: 192 III, 499 – 300 Bismarcks Gegner: 85 II, 376 – unvollkommene Informationen Bismarcks: 281 VI, 302 – Bismarck über den bedrohten Frieden: 32 XI, 13, 16 – politischer Geheimfond: 32 XI, 17 – 301 Zinsen für Geheimzwecke: 32 Via, 554 – Bismarck an Roon: 32 Vlb, 173 – 302 Friedrich der Sachte vergessen: 239, 62, 71 – dänisch sprechende Einwohner: 145, 246 – Bismarck im Landtag: 32 X, 294 – Ablehnung der Gegenseitigkeit: 284, 205 – Durcheinanderwohnen: 32 X, 388 – Hadersleben: 284, 215 – 303 geheime Vermittlungsaktion: 251, 319f – Forderung König Christians: 148, 674 – Bennigsen: 215 II, 121 – Forckenbeck an seine Frau: 91, 149 – 304 Usedom: 144, 429 – 305 Herz des Feindes: 32 V, 537 – ungeschickt formulierte Note: 24 VIII, 275f – 306 König stimmt Rücktritt Usedom zu: 32 Via, 406 – Usedom bei Wilhelm: 32 Via, 465 – Erfolg Usedom: 309, 54 – Billett Wilhelms: 34 I, 190f – 307 umgearbeitetes Abschiedsgesuch: 32 Vlb, 563ff – Antwort Wilhelms: 34 I, 198f – 308 Roggenbach: 49, 226 – Zersplitterung als eine Gegebenheit: 32 VI, 168 – 309 System der Gegengewichte: 344, 57, 60, 81, 83 – 310 Anweisung an Eulenburg: 32 VI, 238 – einer der Minister: 294, 7 – Friesen: 107 III, 11 f – 313 Norddeutsche Reichstag: 281 VI, 35 – Annexion der Kleinstaaten: 281 VI, 57 – demokratische Verfassung: 281 VI, 57f- 314 wohlmeinender Biograph: 220, 221 – Baumgarten: 144, 374 – 315 Schaden an meiner Verfassung: 281 VI, 63 – Bockum-Dolffs: 281 VI, 140 – 316 alle befriedigende Lösungen unmöglich: 32 X, 321 – ihren Mann begraben hat: 32 X, 324f – 317 nichts lernen: 32 X, 334 – 318 Bismarck zum Wahlgesetz: 32 X, 356 – hastiger Bau: 344, 58 – 319 Drängen des Reichstags: 18, 337 – Savigny als Vizekanzler: 18, 346 – ausländische Angriffe: 281 VI, 60 – 320 Forckenbeck: 138, 75; Moltke: 281 VI, 144 – 321 Bismarck an Roon: 32 Vlb, 135 – 322 Bismarck zur

Ministerfrage: 32 XI, 42 – 323 Treitschke: 313a, 278 – Bismarck zur Todesstrafe: 32 IX, 108f- 324 Morning Herald: 198, 41 – 325 Lasker: 173, 63 – 327 luxemburgisch bleiben: 189, 41 f. Verpflanzung der Habsburger: 235, 122; 198, 390; Benedettis Drängen: 32 VI, 179 – 328 Napoleons Reaktion: 32 VI, 340 – Moustier zu Goltz: 32 VI, 213 – 329 Verkauf der Luxemburger: 189, 64f – Roggenbach: 269, 117 – 330 französische Leidenschaft: 32 VI, 325 – Bestellung einer Interpellation: 32 VI, 328 – Benedetti und Bismarck: 192 III, 208f; 157, 357 – 331 Napoleon über die Beantwortung: 216 II, 276 – 332 Krieg zwischen Deutschland und Frankreich: 198, 49 – Existenz Belgiens: 32 VI, 330 – 333 Antwort Moltkes: 229 II, 97 – Bennigsen: 215, 64 – Roggenbach: 255, 73 – 334 Viktoria: 59, 262 – Bismarck zu Bethusy-Huc: 32 VII, 187 – Bismarck zu Bernhardi: 24 VII, 376 – 335 Bismarck gegen Bebel: 32 X, 386 – 336 Derby: 196, 360f- 338 Bismarck gegen das Nationalitätsprinzip: 149, 334 – Bismarck an Goltz: 32 VI, 303 – 339 Antrag der zweiten hess. Kammer: 281 VI, 212 – Dalwigk: 326, 176f; 325, 381 f – Bemühen um Österreich: 325, 426f- Helfer in Gagnern: 325, 13f; 1 VIII, 437 – 340 Königin Olga: 38 II, 285 – ein paar Kronen: 235, 323 – norddeutsche Tiefebene: 38 II, 286 – Reichsverpflichtung: 235, 327 – Mohl: 281 VI, 263ff- 3 Mann: 281 VI, 279 – Mathy an Freytag: 144, 350f, 403 – 341 Rat Wagners: 244, 164 – Hohenlohe-Schillingsfürst: 38 II, 280 – Stellung Hohenlohes: 38 II, 282; 147 I, 151 – Verfassungsbündnis: 281 VI, 206 ff – 342 Bismarck an den preuss. Gesandten: 32 VI, 285 – Wimpffens: 1 VIII, 440 – Angebot Bismarcks: 32 VI, 355; 281 VI, 125f- 343 Bray: 245, 222 – Gesellschafter: 82, 21 – einheitliches Deutschland: 38 II, 296 – Rosenpolitiker: 266, 66; 71, 73 – 344 Delbrück: 68 II, 412 – Wehrenpfennig an Treitschke: 144, 412 – Moltke: 24 VIII, 413 – 345 keine Majorisierung: 32 VII, 297 – Appell an die Furcht: 32 X, 467 – Völk: 302 X, 236 – 346 Bismarck zu Suckow: 216 I, 68; 32 VII, 259 – Bismarck zu Fröbel: 32 VII, 276 – 347 Randbemerkung Bismarcks: 32 VIIb, 217; 225,454f; 216 III, 380 – 348 Mass von Selbstbeschränkung: 32 XI, 98 f- keinen Druck auf Süddeutschland: 32 XI, 100 – Milchtopf abzusahnen: 32 XI, 101 – 349 Geduld haben: 32 XI, 103f- Hofkriegsrat: 32 XI, 106-350 Sprechen zur Unzeit: 32 XI, 107f-Baumgarten an Treitschke: 144, 464f- Roggenbach: 144, 453 – preuss. Gesandte: 148, 474 – griech. Kalenden: 216 III, 331 – 351 Vize-Kaiserschaft: 32 VIIb, 279f – Bennigsen: 215, 169 – 352 Roggenbach: 255, 102f – Bismarck an den preuss. Gesandten: 32 VIIb, 2 – 355 Napoleon III.: 214 XI, 17 – 257 Bismarck an den preuss. Gesandten: 216 III, 327 – 358 Talent der Improvisation: 232, 192 – Thiers über Beust: 310, 5 – Vitzthum: 324, 256 – Treitschke über Beust: 103, 82 – Bismarck über Beust: 32 VII, 172 – Blome: 336, 242 – Beust: 28, 4 – 359 einzige Forderung: 58, 379 – Bismarck zum österr. Gesandten: 1 VIII, 191 – Sächser: 232, 169 – Hafer und Peitsche: 334, 369 – 360 Napoleon als Jäger: 189, 55 – Reiz des Wechsels: 181 I, 186f – Moustier: 216 I, 51 – Metternich: 216 I, 55 – Offensiv- und Defensivbündnis: 218,93 – Toilette der Eugenie: 28 II, 132 – Erwerbung Beusts: 216 II, 447f- 361 Plan Beusts: 28 I, 337; 198, 210 – Gegenzüge: 198, 157 – Achtung aus Furcht: 198, 21 – englische Presse: 198, 31 – 362 Bernstorff: 27, 603 – Saturday Review: 27, 604 – eigene Prestige-Wünsche: 32 VI, 249f – 363 Bismarck zu Benedetti: 4 XIV, 186 – Stellung Russlands: 1 VIII, 480 – Segel einzureffen: 198, 159 – zur Interpellation: 32 VII, 274 – 364 Bismarcks Rat an Karl: 198, 130 – Entlassung Bratiansu: 198, 183 – 365 Sicherungsvertrag: 198, 237 – keine Gültigkeit haben: 32 VIIb, 23 – 366 Abweisung der Zumutung Usedom: 32 VIIa, 85f – Exil: 1 VIII, 200 – Befürchtung Bismarcks: 32 VIIa, 106 – 367 franz. Besetzung: 32 VIIa, 162 – Bismarck zum Unfehlbarkeits-Konsil: 32 VIIb, 283- Goltz: Meine Tage sind gezählt (Konzept) 305, 101 – 368 Bismarck über Beusts Orientpolitik: 32 VIIa, 501ff-bayer. Gesandte: 216 III,98 – Ducrot anDalwigk: 216 III, 98 – Wahl von 1869: 32 VIIb, 98 – Mérimée: 246,242 – Gortschakoff: 32 VIIb, 107 – österr. Militärattaché: 216 III, 113 – 369 Metternich: 216 I, 81 – Entwurf: 216 I, 79 – Zerschlagung Preussens: 216 I, 80 – Wünsche Italiens: 337, 228 – Rückschlüsse: 216 I, 81 – 370 Leugnung der Verabredung: 216 I, 87 – Grenzen des Möglichen: 58, 423 – Napoleon zu Rouher: 216 II, 251 – Napoleon zu Lebrun: 218 V, 97 – Beust an Metternich: 337, 241 – Kriegsplan: 216 I, 94 – teuer büssen: 196, 364 – 371 Le Boeuf: 66, 327 – Metternich an Beust: 216 II, 480 – Franz Joseph zu Lebrun: 216 I, 98 – Warnungen an Bismarck: 183 II, 397 – Bernhardi: 24 VIII, 405 – 372 Bericht Benedettis: 25, 284; 32 VIIb, 203 – Revolution im Innern: 126, 172 – Bismarck zu Stoffel: 32 VIIb, 116 – Zollzwischenfall: 32 VIIb, 160 – Ablösung Benedettis: 32 VIIa, 209 – Bismarck über Vambüler: 32 VIIb, 164 – 373 preussische Ungeduld: 32 VIIb, 168 – Mädchenjäger: 302 X, 112 – 374 Eugenie: 221, 146 – Napoleon III. am Piano: 11, 429 – Königin Viktoria: 305, 119 – 375 Pakt mit dem Glücke: 221, 38 – Zeitgenosse: 26, 505 – Verlangen und Furcht: 196, 391 – 376 Abtretung Galiziens: 196, 393 – schwankende Stimmung: 40, 171 – Empörung: 40, 172 – Clarendon über Gramont: 243, 27 – Bismarck zu Benedetti: 147 II, 72 – Isabella: 302 X, 273 – 377 Kriege gerettet: 32 VIIa, 474 – Friedens-Fontanelle: 32 VIIb, 79 – Bernhardi in Spanien: 40,34-Ablehnung Ferdinands: 183II, 409 – für den Thron von Griechenland: 179,15 – 378 Hohenzollern: 40,210; 88 I,11 – Salazar nach Deutschland: 1741,219f-Familieninteressen: 32 VIIb, 267 –Bismarck zu Benedetti: 32 VIIb, 81 f- Erwägung der Kandidatur: 174, 218 – 381 alle für die Kandidatur: 32 VIIb, 314 – Moltke nickt: 40, 232 – 382 Berufung für diese Aufgabe: 88 I, 63f- Abbruch der Verhandlungen: 32 VIIb, 323 – rosenfarbige Darstellung: 88 I,771- Minen seines Mutterwitzes: 340, 82 – Versen in Varzin: 337, 83 – Bitte um die Genehmigung: 32 VIIb, 324 – 384 schlechter Gesundheitszustand: 157,426f- guter Prophet: 174,

223 – 385 Gramont vor der Kammer: 32 *Vib*, 344 – 386 vom Zaune brechen: 216 *III*, 398 – ungeschickt gewesen: 179, 147 – Rückenstärkung: 88 *I*, 85 – Kriegserklärung: 28 *II*, 349 – Napoleon fröhlich gestimmt: 337 *II*, 48 – Eugenie verjüngt: 337 *II*, 50 – 387 Ollivier: 216 *I*, 103 – Metternich und Gramont: 216 *I*, 104 – Beust an Metternich: 88 *II*, 78 – Komische Oper: 28 *II*, 257; 216 *III*, 492 – 388 allerbedenklichste Eindrücke: 179, 122 – Wahlmanöver Bismarcks: 88 *II*, 4 – Bündnishilfe: 196, 405 – Bismarcks Rat an Leopold: 32 *Vib*, 342 – England zur Kandidatur: 243, 26 – fest ländische Nebenbuhler: 243, 32 – 389 Überraschung Bismarcks: 152, 440 – Berufung des Reichstags: 32 *Vib*, 347 – Bismarck an Solms: 32 *Vib*, 348 – Wilhelm an Auguste: 302 *X*, 325 – Benedetti zu Wilhelm: 88 *II*, 18 – Bitte an König von Belgien: 302 *X*, 326 – 390 Span. Bitte um Rücktritt: 174, 239; 88 *II*, 62 – neuerliches Telegramm an Benedetti: 174, 241–391 Bismarck an Thile: 32 *Vib*, 354 – Wilhelm an Karl Anton: 88 *II*, 64 – 392 Anregung Olliviers: 218, 108 – Metternich an Beust: 216 *I*, 107; österr. Militärbevollmächtigte: 216 *I*, 108 – 393 Telegramm Bismarcks: 32 *Vib*, 356 – 394 Wilhelm an Auguste: 88 *II*, 92 – Bismarck nach Ems: 32 *Vib*, 359 – 395 mildere Mittel: 179, 228 – 396 Lyons zu Gramont: 174, 246; 243, 34 – Guizot: 219 *I*, 772 – 397 Lauser: 174, 248 – Gramont an Benedetti: 88 *II*, 97 – 398 Lord: 179, 79 – 399 Entgegennahme des Briefes: 219 *I*, 776 – 400 welche Schande: 216 *I*, 109 – Stolz der Nation: 221, 149f – Regenschaft für den Sohn: 40, 181 – 401 in den Tod gehen: 11, 725 – Sachlich unnötig: 40, 128 – verrückte Improvisation: 179, 80 – gute Nachricht: 32 *Vib*, 371 – 402 höfliche Form der Ablehnung: 88 *II*, 118f – sein letztes Wort: 302 *X*, 340 – 403 Privatleute: 8, 374 – Gladstone: 38 *II*, 130f – Telegramm aus Stuttgart: 179, 219 – 404 Bismarck zu Loftus: 243, 40; Gladstone: 243, 41 – Depesche Abekens: 32 *Vib*, 369 – 407 Emser Depesche: 32 *Vib*, 371 – Telegramm Werthers: 179, 105 – Bismarck an Abeken: 32 *Vib*, 373 – 408 Wilhelm über die Depesche: 68, 350 – Ohrfeige: 214 *XIV*, 355 – 410 Napoleon zu Eugenie: 66, 316 – Sühnopfer: 221, 159 – Le Boeuf: 66, 321 – Wahrscheinlichkeit des Sieges: 221, 140 – Gramont: 219, 321 – Daily News: 216 *III*, 435 – 411 Bismarck über die Billigung: 32 *Vib*, 386 – Gramont zu Napoleon: 216 *III*, 491 – Ollivier zu Napoleon: 40, 174 – Gramont zum dän. Gesandten: 216 *III*, 456 – 412 Napoleon zu Ollivier: 214 *XIV*, 373 – europäischer Kongress: 40, 177 – Napoleon nach dem Sturz: 118, 31 – Rouher: 40, 163 – 414 Belgien an Frankreich: 66, 331 – Auguste: 328, 85 – englische Vermittlung: 43, 145 – Volksmenge: 43, 129 – Jörg: 71, 41; Klage Brays: 337, 115 – 415 Ludwig II.: 71, 35 – preussische Kuckuck: 235, 367 – Begeisterung in Stuttgart: 235, 367 – österr. Divisionen: 281 *VII*, 389 – Gramont zum franz. Gesandten: 218, 110 – Metternich zu Vitzthum: 216 *III*, 444 – Grossherzog an Napoleon: 325, 175 – 416 Dalwigk: 345, 257 – Bismarck vor dem Reichstag: 32 *XI*, 136 – 417 Hände voller Allianzen: 221, 72 – Gramont an Beust: 216 *I*, 113 – Indiskretion: 32 *Vib*, 389 – Antwort des Zaren: 11, 702 – Antwort Beusts: 216 *III*, 464f – 418 Wagschale werfen: 120, 48 – Vers: 82, 49 – Franz-Joseph: 216 *III*, 476 – Vermittlungsplan: 10, 120 – Eugenie: 281 *VII*, 390 – Antwort Gramonts: 221, 66 – 419 Abwarten Italiens: 216 *III*, 499 – 421 Bronsart über Roon: 44, 221 – kindischer Eigensinn: 44, 415 – Komiker: 44, 214 – Austausch gegen Gambetta: 44, 212 – zurechnungsfähig: 44, 393 – Tollhaus: 44, 212 – 422 Abeken: 50 *I*, 363 – Keudell: 295 *I*, 202 – 423 Bismarcksöhne: 157, 448f – 424 grösste Glück: 196, 418 – in Clermont: 50 *I*, 118 – Bevölkerung: 32 *XIV*, 785 – Spaziergänge: 50 *I*, 366 – 425 Biwak: 319, 321 – schauerliches Erlebnis: 186, 53 – 426 Unterredung mit Napoleon: 32 *XIV*, 790 – 427 Moltke nach Sedan: 202, 152 – alles noch Zuckungen: 328 *I*, 101 – Kronprinz: 105, 184 – 428 Bismarck in Ferrières: 44, 108 – Verpflegung: 50 *I*, 229 f – Behandlung Napoleons: 32 *XIV*, 793 – 429 Unterkunft Bismarcks: 244, 66 – 430 Europa wartet: 8, 455 – 431 Werkzeug in Gottes Hand: 8, 411 f – Fehler und Irrtümer: 8, 500 – 432 genialer Zug: 8, 465f – der Mond: 9, *IV* – Bismarck zu Keudell: 57, 458 – 433 Lasker: 153, 31 – Treitschke: 313a, 326 – 434 Bismarck zu Favre: 227, 5 – Renan: 72, 15 – 435 Gooch: 127, 184 – 436 Favre über Bismarck: 216 *II*, 204 – Bismarck zu Favre: 216 *II*, 204 – 437 Gambetta: 216 *II*, 215–438 Bismarck über Thiers: 501, 345 – Abberufung Thiers: 227, 62; 32 *Vib*, 581 – Bismarck an Vogel v. Falckenstein: 259, 322 – 439 Bismarck zur Verhaftung Jacobys 85 *II*, 513 – Rhinzeroskotelett: 50 *II*, 116 – 440 Bismarck gegen die Militärs: 50 *I*, 429; 217 *II*, 327 f – 441 Empfindlichkeit Moltkes: 299, 204 – Kürassiermütze: 299, 41 – 442 Nichtachtung königlicher Befehle: 159, 109 – Angebot Eugenes: 159, 124 – 443 Blumenthal: 44, 94 – 444 Moltke zum Bombardement: 212 *IV*, 79 – Vorbereitung für die Beschießung: 44, 189 – Sabotage durch Blumenthal: 44, 153 – Bronsart: 44, 137, 184 – zwei Parteien: 67 *VI*, 235 – Einmischung der Neutralen: 32 *Vib*, 603 – 445 Jude auf den Messias: 44, 271 – 446 Moltke für Beschießung: 159, 134 – Transportwesen: 44, 204; 53, 67 – Waldersee: 328, 116 – Beschießungswut: 36, 160, 161, 164 – vielleicht ungünstiger: 36, 207 – Erfolg haben sollte: 53, 72 – Viktoria wie ihre Mutter: 59, 289 – 447 Stosch: 308, 107 – öffentliche Meinung Englands: 106, 308 – 448 Königin-Witwe Elisabeth: 53, 38 – Vortrag an Abeken: 159, 139 – Bismarck als Schuldiger: 217 *II*, 306 – Bismarck an Johanna: 32 *XIV*, 802 – 449 Kronprinz zu Moltke: 44, 261 – Verluste in Paris: 166, 133 – Blumenthal: 36, 236 – Kronprinz: 106, 322 – Favre bei den Verhandlungen: 217 *II*, 342 – militärische Fachleute: 53, 80 – 450 Bedrohung des Nachschubs: 65 *VI*, 638 – Eingreifen Österreichs: 67 *VI*, 526 – Weigerung Roons: 183, 487 – Frieden um jeden Preis: 36, 223 – Ludendorff: 244, 58 – Bismarcks Groll: 65 *VI*, 638 – Sheridan: 32 *Vib*, 633 – 451 Verschärfung des Drucks: 32 *Vib*, 636 ff – 452 Bismarck über seine Ausschließung: 32 *Vib*,

592, 615, 638, 658 – Bronsart: 44, 236 – beim Alten: 159, 137 – Bismarck an der Tafelrunde: 53, 310 – 453 Protest des Bundeskanzlers: 32 *Vlb.*, 673 – Korrekturen der Heeresberichte: 44, 309 f. Antwort Moltkes: 159, 153 – 455 Russel zu Bamberg: 217, 447 – Bismarck über das Kriegsziel: 32 *Vlb.*, 454 f. – 456 Aussichten der Republikaner: 32 *Vlb.*, 458 – an die Neutralen: 32 *Vlb.*, 501 – Gortschakoff: 32 *Vlb.*, 534 – 457 Shaftesbury: 27, 624 – Queen Victoria: 59, 283 – 458 Bismarcks Antwort an Granville: 32 *Vlb.*, 504 – Granville an Frankreich: 243, 96 – Times: 243, 6 – 459 Reise nach München: 82, 58 – 460 Siegespreis des Krieges: 10, 123 – Revolutionsangebote: 32 *Vlb.*, 457 – Botschaft Wilhelms: 82, 55; 32 *Vlb.*, 511 – Franz Joseph an Schweinitz: 82, 55 – Bismarck an Schweinitz: 32 *Vlb.*, 564 f. – 461 im Falle einer Einnischung: 82, 71 f. – Schweinitz über Beust: 295 I, 264, 279 – preussenfeindliche Politik: 336 I, 618 – Stammbuch: 82, 84 – 462 Vatikan ein Narrenhaus: 106, 412 – mehr religiöse als politische Frage: 217, 164 – 463 lieber noch nach Russland: 217, 191 – schickliches Unterkommen: 32 *Vlb.*, 531 – Bejahung der Anfrage: 32 *Vlb.*, 537 – Anfrage an kath. Bischöfe: 32 *Vlb.*, 554 – Bismarck an den Papst: 32 *Vlb.*, 589 – 464 Schurz: 274, 205 – 466 Wirkung der russ. Note: 242, 99 f. – Eingreifen Bismarcks: 242, 101 – Schiedsrichter Europas: 291, 332 – versöhnliche Formulierung: 242, 109 f. – 469 Bismarck über Bayern: 71, 2 – unzweideutiger Brief: 71, 47 – 470 Reichsomnibus: 71, 4 – Bericht Tauffkirchens: 211, 94 f. Ludwig II. über Delbrück: 107, 137 – Ludwig II. zu Mittnacht: 200, 100 – 471 Delbrück verzweifelt: 71, 113 – erhöhte Forderungen: 71, 112 – König von Burgund: 133, 206 – 472 Trennung der Verhandlungen: 107, 170 – gegenseitiges Misstrauen: 290, 135 – Länderschacher: 217, 510 – 473 neue Gesamtverfassung: 107, 138 – Bamberger: 147 II, 6 – Gegenkaiser: 217, 196; 105, 412 – Bismarck und Grossherzog Alexander: 106, 159 – 474 Wünsche Augustes: 217, 255 – Grossherzog von Baden: 217 III, 142 – Helfer Bismarcks: 217, 308 – höfische Abstufungen: 102, 21, 28 – 475 Hubertusorden: 328, 104 – Aufteilung Frankreichs: 244, 217 – Gewalt der Waffen: 106, 303 – Bismarck und der Kronprinz: 196, 424 – Einmarsch in Süddeutschland: 244, 226 – 476 Wunschenken: 106, 215, 265, 233 f. – Gefangenschaft bei Wasser und Brot: 244, 240 – Mittnacht Gegner Bismarcks: 290, 144 – 477 Beschwörungen der bayer. Prinzen: 217, 214 – Moltke: 217, 175 – Bray an seine Gattin: 43, 170 – 478 aussätzig: 71, 206 – Tannhäuser: 71, 130 – Südseeinsel: 245, 388 – 479 Holnstein: 245, 262 – 300'000 Taler Jahreszinsen: 293, 206 f.; 245, 188 – 480 Holnstein bei Ludwig: 196, 427 – Durchreise in München: 106, 465 f.; 245, 265 – Treitschke: 313a, 401 – Bennigsen: 215, 201 – 482 Karikatur einer Kaiserkrone: 106, 264 – Empörung Bismarcks: 266, 210 – Witz der Geschichte: 276, 378 – edles Gefäss: 8, 382 – Tränen: 106, 280; 276, 380 – abwechselndes Kaisertum: 217, 403 – 483 Bismarck über den Kaisertitel: 50 II, 38 – klirrender Zusammenstoss: 217, 326 – Vermittlung des Kronprinzen: 106, 337 – 484 Kaiser von Deutschland: 38 II, 401 – unwillige Antwort: 217, 32 – Bismarck an Johanna: 32 XIV, 810 – 485 schwarze Manschettenknöpfe: 245, 271 – kunstvoll angefertigtes Chaos: 106, 305 – Kronprinzessin: 59, 301 – Weich\*, Satan: 167, 76 – Hinweis Pfordtens: 100, 406 – 488 Nation der Lügner: 55, 121 – 489 keine Rücksicht auf den Bundeskanzler: 217, 319 – 490 Brief an Favre: 32 *Vlb.*, 669 ff. – Favre: 86 II, 359 – 492 d'Herisson über Bismarck: 219 II, 326 f. – 493 Beginn der Unterredung: 219 II, 323 ff. – 495 Russell: 217, 346 – 496 Bismarck über das Rauchen: 219 II, 327 – d'Herisson: 219 II, 327 – Bismarck über Garibaldi: 219 II, 328 – 497 Gespräch über politische Prinzipien: 50 II, 111 f.; 8, 497 – langweilig: 196, 437 – 498 Stosch: 308, 229 – diplomatisches Plauderstündchen: 44, 294 – Herzogtitel: 44, 295 – kostbares Blut: 44, 297 – Börsenspekulation: 44, 307, 352 f. – Vorwurf gegen Moltke: 44, 314 – 499 Rüge Moltkes: 44, 316 – Antwort Bronsarts: 44, 316 – Einigung über die Kontribution: 230 II, 124 – Aufruf Gambettas: 219 II, 341 – 500 zur Unterzeichnung entschlossen: 127, 85 – 502 neue Festung: 127, 82 f. Metz auf dem Hals: 328 I, 163 – Privatjude: 44, 349 – Bismarck an Johanna: 32 XIV, 816 – 503 Thiers bittet um Beifort: 219 II, 346 – 504 Favre: 219 II, 347 – 505 Jolly: 133, 257 – Bismarck zu Thiers: 168, 93 – 506 Gefühl der Freundschaft: 196, 440 – Überreichung der Genehmigungsurkunde: 219 II, 351 – Wilhelm schwer getroffen: 196, 441 – 507 Keudell über Bismarck: 157, 475 – Bronsart: 44, 369 – 508 Bismarck über den Frieden: 127, 98 – 510 Niebuhr: 213, 270 f. – 511 Washington: 213, 84 – 512 Aufgabe der Obrigkeit: 315, 140 – Förster: 90, 255 – Fichte: 209, 139 – 513 vom Standpunkt der Gemeinschaft: 213, 257 – 514 Niebuhr: 213, 88 – 519 Mommsen: 203, 471 – politischer Realismus: 207, 9 – 520 Abwägen von Ziel und Mittel: 207, 9 – 523 Bismarck über rechtlose Politik: 32 I, 26 – geprägtes Wesen: 327, 278 – 527 religiöse Fundament: 280 III, 66 – Srbik: 280 III, 66 – Rothfels: 261 XXII

## PERSONENVERZEICHNIS

- Abeken, Heinrich, Theologe und preuss. Diplomat (1809-1872) 113, 218, 228, 403f., 407, 422, 431, 448, 452, 480, 504
- Albert, König v. Sachsen (1828-1902, reg. 1873-1902) 444
- Albrecht, Erzherzog, österr. Feldmarschall (1817-1895) 370, 417
- Alexander IL, Zar (1818-1881) 14, 17, 150, 228, 243, 417, 456
- Alexander, Prinz v. Hessen, österr. General (1823-1888) 110, 190, 192
- Andrassy, Gyula Graf v., österr.-ungar. Staatsmann (1823-1890) 358, 417
- Antonelli, Giacomo, Kardinal Staatssekretär (1806-1876) 185
- Arnim, Harry v., Diplomat (1824-1881) 30, 462, 507
- Auguste, Königin v. Preussen, Deutsche Kaiserin, Gem. Wilhelms I., (1811-1890) 26, 75, 109, 128, 262, 303, 306, 414, 448, 474
- Augustenburg, Herzöge v. Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 4; s. Herzog Christian August, Erbprinz Friedrich
- Baden, s. Grossherzog Friedrich I.
- Bamberger, Ludwig, Bankier und Politiker (1823-1899) 25, 116, 119, 231, 272, 276, 282, 285, 345, 421, 429, 434, 468, 472f.
- Bancroft, George, Historiker und USA-Diplomat (1800-1891) 464
- Baumgarten, Hermann, Historiker (1825-1893) 67, 109, 140, 142, 191, 240, 272, 286, 314, 350, 473
- Bazaine, François Achille, französ. Marschall (1811-1888) 442f.
- Bebel, August, sozialdem. Politiker (1840-1913) 335
- Becher, August, Mitglied der Reichsregentschaft in Stuttgart 340
- Beck, Friedrich Graf v., österr. Generalstabschef (1830-1920) 190
- Belcredi, Richard Graf, österr. Staatsmann (1823-1902) 76, 87
- Belgien, s. König Leopold II.
- Benedek, Ludwig Ritter v., österr. General (1804-1881) 181 ff.
- Benedetti, Vincent Graf, französ. Diplomat (1817-1900) 96f., 125, 153, 192, 221, 232-239, 326f., 330f., 350, 372, 378, 389-392, 397, 401 ff., 408, 457
- Bennigsen, Rudolf v., nation.-lib. Politiker (1824-1902) 67, 142 f., 166f., 197, 272, 281, 285, 303, 318, 324, 330f., 333, 336, 351, 481
- Bernhardi, Theodor v., Diplomat und Schriftsteller (1803-1887) 38, 49, 143, 371, 377
- Bernstorff, Albrecht Graf, preuss. Diplomat (1809-1873) 18, 30, 46, 52f., 111, 134, 362, 403, 465
- Beseler, Georg, Jurist und Politiker (1809-1888) 274
- Bethusy-Huc, Eduard Graf v., Parlamentarier (1829-1893) 334
- Beust, Friedrich Ferdinand Graf v., sächs. und österr. Staatsmann (1809-1886) VII., 53, 79, 89, 92, 164, 170, 223, 231, 250, 357-361, 368, 370,



- 386f., 410, 417f., 459ff., 465
- Biegeleben, Ludwig Maximilian Frhr. v., österr. Diplomat (1812 bis 1872) 48, 77-87, 105f., 146, 151
- Bismarck, Herbert Graf (1849-1904) 423f., 428
- Bismarck, Johanna Gräfin, geb. v. Puttkammer (1824-1894) 43, 94, 99, 218, 255, 260-263
- Bismarck, Otto v. (1815-1898) seit 1865 Graf, seit 1871 Fürst
- Bismarck, Wilhelm (Bill) Graf (1852 bis 1901) 423f.
- Blankenburg, Moritz v., preuss. Politiker (1815-1888) 32
- Bleichröder, Gerson v., Bankier (1822-1893) 82, 144, 263, 393, 502
- Blind, Karl, demokr. Politiker (1826 bis 1907) 461
- Blome, Gustav Lehnsgraf v., österr. Diplomat (1829-1906) 89ff., 145, 162, 358
- Blumenthal, Leonhardt Graf v., preuss. Generalfeldmarschall (1810 bis 1900) 186, 443-449
- Bluntschli, Johann Kaspar, Staatsrechtslehrer (1808-1881) 285
- Bockum-Dolffs, Florens v., Politiker (1802-1899) 38f., 273, 315
- Bodenschwingh, Karl v., preuss. Minister (1800-1873) 112, 144, 292
- Bourbaki, Charles, französ. General (1816-1897) 401, 442
- Bratianu, Jon C., rumän. Staatsmann (1821-1891) 364
- Bray-Steinburg, Otto Graf v., bayer. Staatsmann (1807-1899) 343, 414, 470 ff., 477
- Brogie, Albert Herzog v., französ. Staatsmann (1821-1901) 368
- Bronsart von Schellendorf, Paul, preuss. General und Kriegsminister (1832-1891) 421 f., 441-445, 452f., 498f., 502, 507
- Buchanan, Sir Andrew, brit. Diplomat (1807-1864) 18, 34
- Bucher, Lothar, Publizist und preuss. Diplomat (1817-1892) 260, 312, 382f.
- Bunsen, Georg Frhr. v., Politiker (1824-1896) 265
- Busch, Moritz, Publizist (1821-1899) 312, 422f., 425, 429
- Carlyle, Thomas, engl. Schriftsteller (1795-1881) 287, 459
- Cavour, Camillo Graf, italien. Staatsmann (1810-1861) 42, 126, 517
- Chamberlain, Joseph, brit. Staatsmann (1836-1914) VII
- Charlotte, Landgräfin v. Hessen-Kassel, Schwester König Christians VIII. v. Dänemark, (1789-1864) 4
- Christian IX., Prinz v. Sonderburg-Glücksburg, König v. Dänemark (1818-1906, reg. 1863-1906) 5, 11, 16, 33, 303
- Christian August, Herzog v. Augustenburg (1798-1869) 5, 12, 49
- Clarendon, George Earl of, brit. Staatsmann (1800-1870) 54, 60, 94, 134, 347, 365, 376
- Cohen (Blind-Cohen), Ferdinand († 1866) 119
- Crenneville, Franz Graf Folliot v., Generaladjutant Franz Josephs I. (1815-1888) 71, 181
- Dänemark, s. König Christian IX.
- Dalwigk, Reinhard Frhr. v., hess. Staatsmann (1802-1880) 163, 240, 339, 415
- Delbrück, Hans, Historiker (1848 bis 1929) 176f.
- Delbrück, Rudolf, preuss. Minister (1817-1903) 75f, 470ff., 481

- Derby, Edward Geoffrey Earl of, brit. Staatsmann (1799-1869) 336
- Derby (Lord Stanley), Edward Henry Stanley Earl of, brit. Staatsmann (1826-1893) 298ff., 455
- Diest, Gustav v., preuss. Beamter (1826-1911) 195, 255f.
- Disraeli, Benjamin, Earl of Beaconsfield, brit. Staatsmann (1804 bis 1881) 332
- Drouyn de Lhuys, Edouard, französ. Staatsmann (1805-1881) 93, 96, 212, 234, 241
- Droysen, Johann Gustav, Historiker und Politiker (1808-1884) XI, 66, 142, 161, 285
- Ducrot, Auguste Alexandre, französ. General (1817-1882) 368
- Duncker, Max, Historiker und Politiker (1811-1886) 140, 268
- Eckardt, Julius v., Publizist (1836 bis 1908) 292, 308
- Elisabeth, Kaiserin v. Österreich, Königin v. Ungarn, Gem. Franz Josephs I., (1837-1898) 73f.
- Elisabeth, Königin v. Preussen, Gem. Friedrich Wilhelms IV., (1801-1873) 448
- Engels, Friedrich, sozialist. Führer (1820-1895) 115
- Ernst II., Herzog v. Sachsen-Coburg-Gotha (1818-1893, reg. 1844 bis 1893) 10, 110, 136, 165, 243
- Esterhazy, Moriz Graf, österr. Diplomat und Staatsmann (1807 bis 1890) 77, 148
- Eugenie, Kaiserin v. Frankreich, Gem. Napoleons III., (1826-1920) 28, 170, 211f, 214, 222, 225, 360, 374f., 386, 400f., 410, 418, 427, 488
- Eulenburg, Friedrich Graf zu, preuss. Staatsmann (1815-1881) 152, 266f., 308, 310, 403
- Eulenburg, Philipp Fürst zu, Diplomat (1847-1921) 508
- Favre, Jules, französ. Staatsmann (1809-1880) 434, 436, 449, 458, 490-506
- Fellner, Karl Constanz, Bürgermeister v. Frankfurt (1807-1866) 194, 196f.
- Fischer, Hannibal, Staatsmann (1784-1867) 63
- Fleury, Emile-Félix, französ. General (1815-1884) 328
- Forckenbeck, Max v., Jurist und Politiker (1821-1892) 61, 180, 267, 273, 281, 303, 320
- Frantz, Gust. Ad. Constantin, polit. Schriftsteller (1817-1891) 198-207
- Franz Joseph I., Kaiser v. Österreich, König v. Ungarn (1830 bis 1916, reg. 1848-1916) 23f, 72ff., 78, 87f., 105, 107f., 130, 148, 150f., 154f, 159, 169f., 172, 175, 187, 211, 226, 246, 343, 357, 371, 418, 460
- Frederik VII., König v. Dänemark (1808-1863, reg. 1848-1863) 3f., 10
- Frese, Julius, preuss. Abgeordneter (1823-1883) 140
- Freytag, Gustav, Schriftsteller (1816 bis 1895) 38, 218, 231, 274, 283f., 447, 474f., 483
- Friedrich I., Grossherzog v. Baden (1826-1907, reg. 1852-1907) 109, 163, 339, 471f., 474, 484, 502
- Friedrich, Erbprinz v. Augustenburg (1829-1880) 6, 11-16, 26f., 36, 47-52, 79-86, 92, 103, 105, 230, 302
- Friedrich Karl, Prinz v. Preussen, Generalfeldmarschall (1828-1885) 183, 218, 442

- Friedrich Wilhelm, Kurfürst v. Hessen-Kassel (1802-1875, reg. 1831 bis 1866) 74f., 164
- Friedrich Wilhelm III., König v. Preussen (1770-1840, reg. 1797-1840) 58
- Friedrich Wilhelm IV., König v. Preussen (1795-1861, reg. 1840-1861) 5, 482
- Friedrich Wilhelm, Kronprinz v. Preussen, Kaiser Friedrich III. (1831-1888, reg. 1888) 27, 44f., 101, 109, 182f., 225, 227, 266, 287f., 291, 320, 327, 346f., 351, 381, 425, 427, 429, 446f., 449f., 462, 468, 474, 477, 482-485, 488f., 495, 502, 517
- Friesen, Richard Frhr. v., sächs. Staatsmann (1808-1884) 310f.
- Gablenz, Anton Frhr. v., Politiker (1810-1878) 156f., 159, 173
- Gablenz, Ludwig Frhr. v., österr. General (1814-1874) 103, 105, 156, 173
- Gagern, Heinrich Frhr. v., Politiker (1799-1880) 160, 339
- Gambetta, Léon, französ. Staatsmann (1838-1882) 392, 413, 427, 437, 491, 499f.
- Garibaldi, Giuseppe, italien. Freiheitsheld (1807-1881) 496f.
- Georg V., König v. Hannover (1819 bis 1878, reg. 1851-1866) 165 ff., 279, 297 ff.
- Gerlach, Ernst Ludwig v., Jurist und Politiker (1795-1877) 32, 120 ff.
- Gerlach, Leopold v., preuss. General (1790-1861) 121
- Gladstone, William Ewart, brit. Staatsmann (1809-1898) 310, 403f., 458, 509
- Gneist, Rudolf v., Jurist und Politiker (1816-1895) 39, 143, 265
- Goltz, Robert Graf v. d., preuss. Diplomat (1817-1869) 21, 27-30, 32, 96f., 100ff., 111, 132, 153, 216, 222-225, 236, 238, 326, 367
- Gortschakoff, Alexander Fürst, russ. Staatsmann (1789-1883) 17, 54, 133, 154, 228, 363, 368, 403f., 456, 465
- Gottberg, Walter v., General, Oberquartiermeister (1823-1885) 444, 446
- Govone, Giuseppe, italien. General und Staatsmann (1825-1872) 127-130, 305
- Gramont, Autwann Alfred Agènor, Herzog v., franz. Staatsmann (1819-1880) 376, 385, 387ff., 395, 397-404, 407f., 410f., 413, 415, 417f., 457
- Granville, George Levesongower Earl of, brit. Staatsmann (1815 bis 1891) 336, 388, 458, 466
- Grillparzer, Franz, österr. Dichter (1791-1872) 185
- Gröben, Karl Graf v. d., preuss. General (1788-1876) 111
- Gruner, Justus v., preuss. Politiker (1807-1885) 66
- Guizot, Guillaume, Historiker und französ. Staatsmann (1787-1876) 368, 396
- Hannover, s. König Georg V.
- Hatzfeld, Gabriele Gräfin v., (1825 bis 1908) 82, 111
- Hatzfeld, Paul Graf v., Diplomat (1831-1901) 495
- Haym, Rudolf, Literaturhistoriker und Politiker (1821-1901) 134, 140
- Helene, Grossfürstin v. Russland, geb. Prinzessin Charlotte von Württemberg (1807-1873) 71
- Hérissou, Maurice Graf d', französ. Schriftsteller (1840-1898) 492, 496 f.
- Hessen-Darmstadt, s. Grossherzog Ludwig III.

- Hessen-Kassel, s. Kurfürst Friedrich Wilhelm
- Heydt, August v. d., preuss. Staatsmann (1801-1874) 144, 278, 280
- Hillebrand, Karl, Historiker und Publizist (1829-1884) 286
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, bayer. Staatsmann (1819 bis 1901) 151, 162, 313, 341 ff.
- Hohenthal, Karl Adolf Graf v., sächs. Diplomat (1811-1875) 84
- Hohenzollern-Sigmaringen, Fürsten v., s. Karl (Carol I.), Karl Anton, Leopold
- Holland, s. König Wilhelm III. der Niederlande
- Holnstein, Max Graf, Oberstallmeister Ludwigs II. (1835-1895) 479f.
- Holnstein, Friedrich v., preuss. Diplomat (1837-1909) 262, 378, 461
- Hoverbeck, Leopold Frhr. v., Politiker (1822-1875) 65, 268, 320
- Hugo, Victor, französ. Dichter (1802 bis 1885) 434
- Ignatiew, Nikolaus P., russ. Diplomat (1832-1908) 358
- Isabella II., Königin v. Spanien (1830 bis 1904, reg. 1833-1868) 376f., 379
- Itzenplitz, Heinrich Graf v., preuss. Staatsmann (1799-1883) 261
- Jacoby, Johann, Arzt und preuss. Politiker (1805-1877) 438 f.
- Jhering, Rudolf v., Jurist (1818 bis 1892) 265
- Jörg, Joseph E., bayer. Politiker (1819-1901) 66, 414
- Jolly, Julius, bad. Staatsmann (1823 bis 1891) 162, 273, 501, 505
- Karl I., König v. Württemberg (1823-1891, reg. 1864-1891) 340, 477
- Karl (Carol I.), Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen, Fürst v. Rumänien, rumän. König (1839-1914, reg. 1866/81-1914) 290, 364, 377, 382, 393
- Karl Alexander, Grossherzog v. Sachsen-Weimar (1818-1901, reg. 1852 bis 1901) 473f.
- Karl Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, preuss. Staatsmann (1811-1885) 378f., 381 f., 393 f., 402
- Karl Theodor, Prinz v. Bayern, bayer. Feldmarschall (1795-1875) 188ff, 477
- Karolyi, Alois Graf v., österr.-ungar. Diplomat (1825-1889) 80, 106, 108, 150f.
- Keudell, Robert v., preuss. Diplomat (1824-1903) 30f., 112, 182, 215, 218, 236, 422, 431f., 507
- Keyserling, Alexander Graf v., Naturforscher (1815-1891) 60
- Kleist-Retzow, Hans Hugo v., Politiker (1814-1892) 267
- Klopp, Onno, Geschichtsschreiber (1822-1903) 167, 514
- Kügelgen, Wilhelm v., Maler und Schriftsteller (1802-1867) 122
- Kürnberger, Ferdinand, österr. Schriftsteller (1821-1879) 185, 230
- La Marmora, Alfonso Marchese, italien. General und Staatsmann (1804-1878) 91, 127, 130, 186, 305
- Lasker, Eduard, Politiker (1829 bis 1884) 272, 274, 281 ff, 320, 324, 348, 433, 481
- Lauser, Wilhelm, Publizist (1836 bis 1902) 397
- Le Boeuf (Leboeuf), Edmond, französ. Marschall und Staatsmann (1809-1888) 371, 410
- Lebrun, Barthelemy L. J., französ. General (1809-1889) 370f.

- Ledochowski, Mieczyslaw Halka v. Ledochow Graf, Kardinal (1822 bis 1902) 462 f.
- Lehndorff, Heinrich Graf, Flügeladjutant (1829-1905) 176f.
- Leonhardt, Gerhard Adolf, preuss. Staatsminister (1815-1880) 281
- Leopold II., König v. Belgien (1835 bis 1909, reg. 1865-1909) 389, 393
- Leopold, Prinz v. Hohenzollern-Sigmaringen, span. Thronkandidat (1835-1905) 377-393, 419, 464
- Leopold II., Grossherzog v. Toskana (1787-1870, reg. 1824-1859) 169, 460
- Liebknecht, Wilhelm, sozialdem. Politiker (1826-1900) 333
- Lippe, Leopold Graf v. d., preuss. Staatsminister (1815-1889) 266f., 276, 278, 281
- Loë, Walter Frhr. v., preuss. Generalfeldmarschall und Diplomat (1828-1908) 329
- Löwe, Wilhelm, Politiker (1814-1886) 40
- Loftus, Augustus Lord, brit. Diplomat (1817-1904) 144, 404, 448
- Lucca, Pauline, Sängerin (1841-1908) 205
- Ludwig II., König v. Bayern (1845 bis 1886, reg. 1864-1886) 162, 243, 341, 414f., 469f., 476, 478ff., 482, 485
- Ludwig III., Grossherzog v. Hessen-Darmstadt (1806-1877, reg. 1848 bis 1877) 241, 415
- Luitpold, Prinz v. Bayern, Prinzregent (1821-1912, reg. 1886-1912) 477, 480, 482
- Lulu (Napoleon IV.), Sohn Napoleons III., (1856-1879) 400
- Lyons, Richard Earl of, brit. Diplomat (1817-1887) 386, 396, 400
- Mac Mahon, Maurice Marquis de, französ. Marschall (1808-1893) 237, 425, 507
- Mallinckrodt, Hermann v., Parlamentarier (1821-1874) 185, 315
- Manstein, Albrecht v., preuss. General (1805-1877) 183
- Manteuffel, Edwin Frhr. v., preuss. Generalfeldmarschall (1809-1885) 85, 103ff., 149, 173, 175, 193-197, 228, 236, 243f., 303, 441
- Marwitz, Robert v. d., konserv. Abgeordneter (1837-1897) 292 f.
- Marx, Karl, Sozialist (1818-1883) 135, 375
- Mathy, Karl, bad. Staatsmann (1806 bis 1868) 103, 140, 340
- Meding, Oskar, bann. Regierungsrat (1829-1903) 297, 299
- Mensdorff, Alexander Graf, General und österr. Staatsmann (1813 bis 1871) 76f., 83, 86, 110, 145-148, 150, 152, 160, 169ff., 175
- Menzel, Wolfgang, Literarhistoriker (1798-1873) 62
- Mérimée, Prosper, französ. Schriftsteller (1803-1870) 98, 368
- Metternich, Richard Fürst, österr. Diplomat (1829-1895) 169, 222, 360, 369, 371, 386f., 392, 411, 415
- Meza, Christian-Julius de, dän. General (1792-1865) 11, 41
- Miquel, Johannes v., Politiker (1828 bis 1901) 66f., 142ff., 272, 285, 319, 349, 394
- Mittnacht, Hermann Frhr. v., Württemberg. Staatsmann (1825-1909) 476f.
- Mohl, Moritz, Politiker (1802-1888) 340
- Mohl, Robert v., Jurist und Politiker (1799-1875) 38
- Moltke, Helmuth Graf v., preuss. Generalfeldmarschall (1800-1891)

- 41, 57-61, 82, 85, 126f., 150, 157, 166, 171, 176, 180, 182ff, 193, 217, 224, 227, 235, 245, 320, 332f., 344, 377, 381, 404, 406, 421, 423, 425, 427, 441, 443f., 446f., 449f., 452f., 477, 488-491, 495-499, 502, 507
- Mommsen, Theodor, Historiker (1817 bis 1903) 38, 56, 66, 139f., 142, 211, 272, 285f., 518
- Moustier, Lionel, französ. Staatsmann (1817-1869) 328, 331, 360
- Mühler, Heinrich v., preuss. Staatsminister (1813-1874) 117, 266
- Müller, Samuel Gottlieb Dr., Finanzsenator v. Frankfurt 194
- Napoleon III., Kaiser v. Frankreich (1808-1873, reg. 1852-1870) 14, 19ff., 28f., 42f., 98f., 123-126, 132, 153, 169 ff., 186, 211, 220-224, 228, 236f., 241, 328f., 331, 336, 355, 360, 366, 368ff, 374f., 378, 389f., 396, 400f., 411f., 417, 425f., 442
- Napoleon (Jérôme Napoleon), Prinz, General und Diplomat (1822-1891) 220
- Oldenburg, s. Grossherzog Peter
- Olga, Königin v. Württemberg, Gem. König Karls I., (1822-1892) 340, 476
- Ollivier, Emile, französ. Staatsmann (1825-1913) 375f., 385, 387, 392, 396, 399ff, 408f., 411 ff.
- Orloff, Katharina (Katja) Fürstin, geb. Prinzessin Trubetzkoi (1840 bis 1875) 99
- Otto (Otto I.), Prinz v. Bayern (1848-1916) 477, 485
- Palmerston, Henry John Viscount, brit. Staatsmann (1784-1865) 3, 8ff, 35, 42, 54f.
- Patow, Robert Frhr. v., preuss. Staatsminister (1804-1890) 196
- Peter, Grossherzog v. Oldenburg (reg. 1853-1900) 51
- Pfordten, Ludwig Frhr. v., Jurist, bayer. Staatsmann (1811-1880) 86, 88, 136, 149, 161, 175, 189, 240, 242f., 341, 485
- Pius IX., Papst (1792-1878, Papst 1846-1878) 461 ff.
- Planck, Karl Christian, Philosoph und Theologe (1819-1880) 163
- Platen, Adolf Graf, v., hannov. Staatsmann (1814-1889) 297
- Prim, Juan Marques de los Castillejos (1814-1870) 379, 382, 384, 390
- Radowitz, Joseph Maria v., preuss. Diplomat (1839-1912) 102
- Radziwill, Anton Prinz, Flügeldjutant (1833-1904) 402
- Ranke, Leopold v., Historiker (1795 bis 1886) V, 230, 245f.
- Rechberg-Rothenlöwen, Bernhard Graf, österr. Staatsmann (1806 bis 1899) 24, 47, 54, 72, 74ff.
- Redern, Heinrich Alexander Graf, preuss. Diplomat (1804-1888) 30
- Reichensperger, August, Jurist und Politiker (1808-1895) 323, 473
- Renan, Ernest, französ. Religionsforscher und Schriftsteller (1823 bis 1892) 434
- Reuss, Heinrich (VII.) Prinz, preuss. Diplomat (1825-1906) 214
- Reuter, Fritz, niederdeutscher Dichter (1810-1874) 353
- Ricasoli, Bettino Baron v., italien. Staatsmann (1809-1880) 220
- Rodbertus, Johann Karl, Nationalökonom (1805-1875) 141
- Roggenbach, Franz Frhr. v., bad. Staatsmann (1825-1907) 218, 273, 308, 329, 333, 350ff.

- Roon, Albrecht Graf v., preuss. Generalfeldmarschall und Kriegsminister (1803-1879) 32, 47, 57, 72, 85, 109, 176, 182, 184, 192, 217, 224, 226, 289, 294, 321, 381, 404, 406, 444, 446, 450, 453, 495
- Rosenthal, Buchhändler, demokrat. Politiker 265
- Rothschild, Bankhaus; James (1792 bis 1868), Alphonse (1827-1905) 98, 195f., 284, 428
- Rouher, Eugène, französ. Staatsmann (1814-1884) 370, 412
- Russell, John Lord, brit. Staatsmann (1792-1878) 18,35,42, 53 ff., 94, 229
- Russell (Amphill), Odo Lord, brit. Diplomat (1829-1884) 452, 455, 466, 495
- Russland, s. Zar Alexander II.
- Sachsen, s. König Albert
- Salazar, Eusebio de, span. Staatsrat 378f., 382, 384
- Salisbury, Robert Cecil, brit. Staatsmann (1830-1903) VII
- Samwer, Karl Friedrich, Politiker (1819-1882) 49, 82, 84
- Savigny, Franz Karl v., preuss. Diplomat (1814-1875) 178, 311 f., 319
- Schäffle, Albert, Nationalökonom und Soziologe (1831-1903) 266
- Schleinitz, Alexander Frhr. v., preuss. Staatsminister (1807-1885) 27, 111
- Schneider, Louis, Schauspieler (1805 bis 1878) 113
- Schulze-Delitzsch, Hermann, Jurist und Sozialreformer (1808-1883) 62, 269
- Schurz, Carl, nordam. General und Staatsmann (1829-1906) 322, 464
- Schwarzenberg, Felix Fürst, österr. Staatsmann (1800-1852) 5, 138, 170
- Schweinitz, Hans Lothar v., preuss. General und Diplomat (1822-1901) 460f.
- Schweitzer, Johann Baptist v., sozialdem. Politiker (1834-1875) 135
- Schwenger, Ernst, Arzt (1850-1924) 256
- Schwerin-Putzar, Maximilian Graf v., preuss. Staatsmann (1804-1872) 40, 264
- Seherr-Thoss (Schertosz), Arthur Graf, ungar. Emigrantenführer (1820-1898) 178 f.
- Selchow, Werner v., preuss. Landwirtschaftsminister (1806-1884) 267
- Sella, Quintino, italien. Finanzminister (1827-1884) 418
- Serrano y Dominguez, Francisco, span. General und Staatsmann (1810-1885) 390
- Shaftesbury, Anthony Ashley-Cooper, Earl of, brit. Sozialpolitiker (1801-1885) 457
- Sheridan, Philip Henry, nordam. General (1831-1888) 450
- Siemens, Werner v., Industrieller (1816-1892) 140
- Simson, Eduard v., Jurist und Politiker (1810-1899) 264f., 481 f.
- Speltz, Dr., Senator v. Frankfurt 192f.
- Stanley, Lord, s. Derby
- Stoffel, Eugene Baron, französ. Militärschriftsteller (1823-1880) 372
- Stolberg-Wernigerode, Otto Graf v., Staatsmann (1837-1896) 291
- Stosch, Albrecht v., preuss. General (1818-1896) 441, 443f., 447, 488f., 498, 507
- Strantz, Frhr. v., Oberst 391, 393
- Suckow, Albert v., Württemberg. Kriegsminister (1828-1893) 346

- Sybel, Heinrich v., Historiker und Politiker (1817-1895) 35, 62, 264, 318, 486
- Tauffkirchen, Karl Graf v., bayer. Ministerialrat (1826-1895) 343, 470
- Tegetthoff, Wilhelm v., österr. Admiral (1827-1871) 186
- Thiers, Louis Adolphe, französ. Staatsmann und Historiker (1797 bis 1877) VII, 133, 358, 360, 412, 437f., 500, 502ff., 506
- Thile, Hermann v., preuss. Diplomat (1812-1889) 102, 112, 128, 212, 232, 243, 388, 391, 393
- Toskana, s. Grossherzog Leopold II.
- Treitschke, Heinrich v., Historiker (1834-1896) 26, 140, 268, 272, 323, 358, 433, 481, 485, 515
- Trochu, Louis Jules, französ. General (1815-1896) 452f., 488
- Twisten, Karl, liberaler Politiker (1820-1870) vii, 8, 66, 142, 272, 274-281, 302
- Unruh, Hans Viktor v., Politiker (1806-1886) 65, 142
- Usedom, Guido Graf v., preuss. Diplomat (1805-1884) 30, 111, 174, 218, 304-307, 366, 372
- Varnbüler, Friedrich Gotti. Karl Frhr. v., Württemberg. Staatsmann (1809-1889) 163, 240f., 339, 372f., 403, 415
- Versen, Maximilian v., preuss. General (1833-1893) 382
- Viktor Emanuel II., König v. Italien (1820-1878, reg. 1861-1878) 220, 418f, 463
- Viktoria, Königin v. Grossbritannien (1819-1901, reg. 1837-1901) 57, 229f., 298, 374, 446, 448, 457
- Viktoria, Kronprinzessin v. Preussen, Deutsche Kaiserin, Gem. Friedrichs III., (1840-1901) 41, 44f., 110, 229f., 243, 333f., 446f., 485
- Vilbort, Joseph, französ. Journalist 177f., 236
- Vincke, Georg v., liberaler Politiker (1811-1875) 268, 289f.
- Virchow, Rudolf, Pathologe (1821 bis 1902) 36f., 40, 63ff., 115, 268f., 272
- Vischer, Friedrich Theodor, Ästhetiker (1807-1887) 268
- Vitzthum von Eckstädt, Carl Graf, sächs. und österr. Diplomat (1819 bis 1895) 245, 287, 358, 412, 417
- Völk, Dr. Joseph v., Parlamentarier (1819-1882) 345
- Vogel von Falckenstein, Eduard, preuss. General (1797-1885) 192 f., 438 f.
- Waddington, William Henry, französ. Staatsmann (1826-1894) 524 f.
- Wagener, Hermann, konserv. Politiker (1815-1889) 53
- Wagner, Richard, Komponist (1813 bis 1883) 341
- Waldeck, Benedikt, preuss. Politiker (1802-1870) 39, 269, 272, 313f.
- Waldersee, Alfred Graf v., preuss. Generalfeldmarschall (1832-1904) 414, 444, 446
- Waldow-Steinhöfel, Karl v., Landrat (1804-1874) 292f.
- Weber, Max, Nationalökonom und Soziologe (1864-1920) 134f.
- Wehrenpfennig, Wilhelm, lib. Politiker (1829-1900) 38, 140, 142, 272f., 282, 344, 394
- Werther, Karl Frhr. v., preuss. Diplomat (1809-1894) 387, 398f., 403, 407, 410



- Werthern, Georg Frhr. v., preuss.  
Diplomat (1816-1895) 378
- Wilhelm III., König der Niederlande  
(1817-1890, reg. 1849-1890) 326-  
329, 331
- Wilhelm I., König v. Preussen, Deut-  
scher Kaiser (1797-1888, reg.  
1861/71-1888) 16, 31, 43, 47, 72, 74,  
85ff., 92ff., 101, 103, 111 ff., 129,  
135, 147-150, 172, 176f., 182f., 197,  
212, 217, 223f., 226ff., 239, 242 ff.,  
267, 288 ff., 299, 305 ff., 327, 332,  
346, 366, 379, 381f., 384, 389, 391 f.,  
394, 399, 401 ff., 405, 408, 448, 451  
ff., 462, 480, 482 ff., 489f., 492,  
495ff., 507f.
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser (1859 bis  
1941, reg. 1888-1918) 52
- Wilhelm I., König v. Württemberg  
(1781-1864, reg. 1816-1864) 433
- Wimpffen, Felix Graf v., österr. Diplo-  
mat (1827-1882) 342
- Windthorst, Ludwig, Politiker (1812 bis  
1891) vu, 60, 166, 299f., 350, 482
- Wrangel, Friedrich Graf v., Feldmar-  
schall (1784-1877) 41, 43 ff.
- Württemberg, s. König Karl I.
- Ziegler, Franz, Politiker (1803-1876)  
141, 279

## ABBILDUNGEN

*Ludwig Bamberger S. 49 / Rudolf von Bennigsen S. 272 / Friedrich Ferd. Graf von Beust S. 273 / Bismarck (49jährig) S. 48, auf Schloss Putbus 1866 S. 48, 1870 vor der Kriegserklärung S. 48, 1871 in Versailles S. 417, Bismarck und Pauline Lucca 1865 S. 48 / Rudolf von Delbrück S.273 / Jules Favre S.416 / Max von Forckenbeck S. 272 / Léon Gambetta S. 417 / Robert Graf von der Goltz S. 49 / Gramont Autwann Alfred Agènor S. 416 / Eduard Lasker S. 49 / Ludwig II. von Bayern S. 417+ / Edwin von Manteuffel S. 417 / Johannes von Miquel S. 272 / Helmuth von Moltke S. 49+ / Emile Ollivier S. 416 / Heinrich von Sybel S. 272 / Adolphe Thiers S. 416 / Rudolf Virchow S. 273 / Ludwig Windthorst S. 273*

Die Vorlagen zu den mit + gekennzeichneten Bildern hat der Bilderdienst Ullstein zur Verfügung gestellt, die übrigen das Historische Bildarchiv Handke, Bad Berneck.